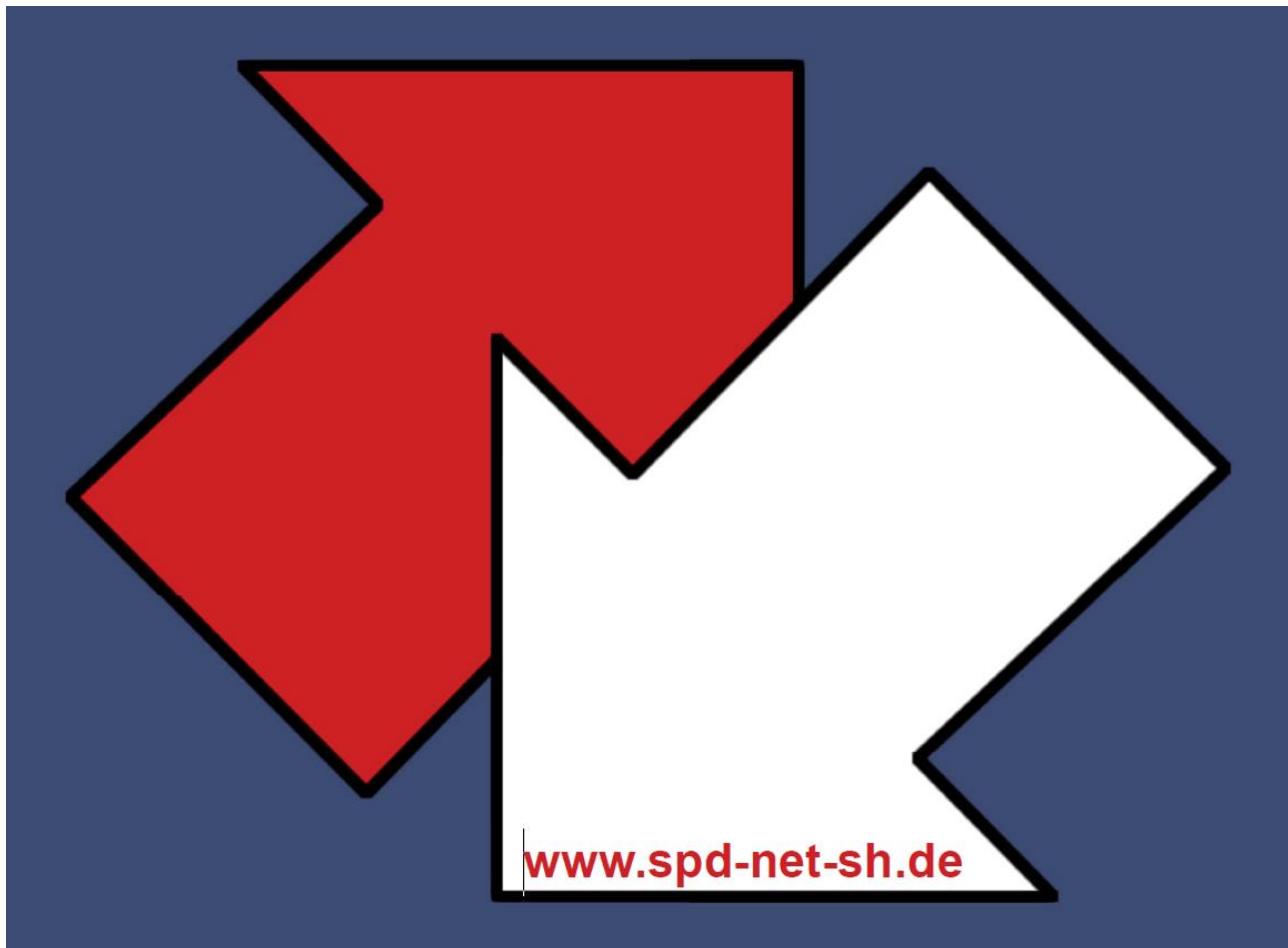


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2012, 1. Halbjahr ab 06.05. bis 31.12.2012

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2020

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.05.2012, 13:38 Uhr - 9543 Clicks - Nr. 301

6. Mai 2012, 13.00 Uhr - Ich habe gewählt

Es ist geschafft. Ein anstrengender Wahlkampf liegt hinter uns, aber auch ein sehr schöner. Es gab zahlreiche nette Gespräche, viele kleine, schöne Veranstaltungen und vor allem ein unglaubliches Engagement in den Ortsvereinen und von Freundinnen und Freunden. An alle meine Helferinnen und Helfer: Ihr seid super! Vielen Dank für euren Einsatz!

Bis 18.00 Uhr ist noch Zeit, es wird spannend...

Keine Kommentare



[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 06.05.2012, 20:48 Uhr - 209288 Clicks - Nr. 302

Schleswig-Holstein hat gewählt

Nach wochenlangem Wahlkampf konkretisiert sich jetzt das Wahlergebnis in Kiel, allerdings gibt es noch keine Klarheit darüber, wer am Ende wirklich den Ministerpräsidenten stellt und welche Koalition möglich ist. Nach Meinungsumfragen wünschen sich viele Menschen in Schleswig-Holstein, dass ein Politikwechsel ohne die Beteiligung von CDU oder FDP möglich wird.



Weitere Infos über Ergebnisse finden sie auf den [Internetseiten](#) der Landeswahlleiterin. (CS)

Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 08.05.2012, 17:17 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Was soll ich sagen: " Es ist noch einmal gut gegangen ! " Aber sind wir zufrieden ? Nein, weil der Wahlsieg hätte deutlicher ausfallen können !

Kommentar von [Kirsten Grote](#) vom 08.05.2012, 12:18 Uhr:

@ Kuddel/ Ralf Stegner

Moin Kuddel! Ich für meinen Teil verwehre mich dagegen, mir "nur" die Haltung der konservativen Presse zu eigen gemacht zu haben. Ich kenne Ralf Stegner aus persönlichen Begegnungen, aus der Teilnahme an gemeinsamen SPD-Gremien und Veranstaltungen, ich lese seine Facebook-Einträge, verfolge seine Tweets, beobachte seine Auftritte im Landtag und bei Veranstaltungen außerhalb der SPD. Ich zweifle nicht im Geringsten an seiner Intelligenz oder Haltung. Sein unberechenbares Gebahren, das aus scheinbar persönlich motivierten Gründen (sachlich sind sie jedenfalls nicht nachvollziehbar) mit Polemik und Diffamierungen Konflikte schürt und zuspitzt (man denke nur an seine "Intimfeindschaft" mit Carstensen - wie kindisch ist das denn?) mögen einige rebellische Genossen befriedigen. Zu einer konsensorientierten,

konstruktiven Politik tragen sie jedenfalls nicht im Geringsten bei, ganz im Gegenteil. Die Bevölkerung erwartet nicht zu Unrecht von ihren politischen Vertretern, dass diese in der Sache von persönlichen Befindlichkeiten abstrahieren können. Dass Ralf Stegner das so deutlich nicht tut/kann, macht die SPD in SH für viele Menschen unwählbar. Dadurch schadet Ralf Stegner der SPD-SH. Und das liegt nicht an der Fliege.

Kommentar von [Kuddel](#) vom 08.05.2012, 08:13 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Ich finde es schon eigenartig, wie sich einige die Meinung der konservativen Presse zu eigen machen und Ralf Stegner verteufeln. Ich habe Ralf Stegner auf mehreren Veranstaltungen erlebt und ihn sehr gut und vernünftig argumentierend erlebt, weder arrogant noch überheblich sondern scharfsinnig und auch deutlich Dinge ansprechend, die in unser Gesellschaft falsch laufen. Ich wähle nicht die Fliege, die ein Mensch trägt, sondern höre mir an was die Person mir zu sagen hat.

Kommentar von [Michael Schulz](#) vom 08.05.2012, 00:04 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Wann merkt der Herr Stegner endlich mal das er der Partei nur schadet!

Kommentar von [Kirsten Grote](#) vom 07.05.2012, 22:39 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Woran es in der SPD mangelt, läßt sich heute noch (07.05.12 22:41 h) gut auf der Homepage des KV Flensburg ablesen: Obwohl Simone Lange das Direktmandat errungen hat und die SPD bei den Zweitstimmen stärkste Partei wurde, ist auf der Homepage immernoch die Wahl des neuen KV aus dem Februar zu sehen. Weil einem Teil der SPD (in Flensburg?) eben Pöstchen und Ämter (besonders eigene) über den Erfolg der Partei gehen. Und vielleicht auch, weil sie nicht mit ansehen können, wie Jüngere (hier namentlich das gut aufgestellte Wahlkampfteam und die großartigen Jusos) erfolgreich sind. Die Verheißung, die die Hinterzimmerlistenplatzvergabe des amtierenden Landesvorsitzenden für diese Genossen mit sich bringt und wie er selbst (der LV) damit seine Macht stärkt, brauche ich sicher nicht weiter zu erläutern.

Kommentar von [Barmstedter Wähler](#) vom 07.05.2012, 19:36 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Das katastrophale Ergebnis der vorletzten Landtagswahl erzielte die SPD ganz unter Ralf Stegner. Dieses Mal wieder ein flaes Ergebnis mit Ralf Stegner als Landes- und Fraktionsvorsitzender. Hier gingen meiner Meinung nach größtenteils die fehlenden Prozente "über den Jordan". Das Killerargument der Mitbewerber war: Wer Albig wählt, bekommt Stegner. Dazu kommen noch Torheiten, wie die Aufstellung einer karrieregeilen Landtagskandidatin, die kurz vorher den fliegenden Wechsel von der Kubicki-Partei zur SPD vollzogen hatte. So verprellt man sogar die eigenen Leute oder Stammwähler.

Kommentar von [Andre Rehder](#) vom 07.05.2012, 17:32 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Welch ein deprimierendes SPD-Ergebnis! selbst wenn die Dänenampel kommt, muss man sich doch mal ernsthaft Sorgen um unsere Partei machen. Bei den guten Werten des Spitzenkandidaten, der guten Anti-Schwarz-Gelb Stimmung, hätte doch wesentlich mehr drin sein müssen. Meine Vermutung ist, dass wir einfach einen zu schläfrigen "Wahlkampf" geführt haben. Die meisten Leute haben einfach keine Begeisterung gespürt die SPD unbedingt wählen zu müssen. Die Quittung haben wir gestern bekommen. Schaut man sich die Umfragen der letzten Monate an, haben wir seit Mitte letzten Jahres eher abgenommen, statt zugelegt. Aber wie ich unsere Partei kenne, ist das morgen alles vergessen und als Wahlsieger wird nur das Positive (was wohl nur kein Schwarz-Gelb mehr sein kann) gesehen.

Kommentar von [Barmstedter Wähler](#) vom 07.05.2012, 10:26 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Herr Flenker, die "Dänenampel" wäre eine wackelige Konstruktion. Bei einer Einstimmenmehrheit wäre ein einziger Abgeordneter in der Lage, die Regierung ins Wanken zu bringen. Beim letzten Versuch scheiterte das schon im Ansatz: Auch Abgeordnete kann man kaufen! Der "Müslimann" aus E. hat genug Schotter in seiner Portokasse, um hier "Schicksal" spielen zu können. Das schlechte Ergebnis der SPD hat Gründe: Die SPD ist längst zum Handlanger des Kapitals geworden. Zwei Beispiele: Unser Herr Bundestagsabgeordnete Dr.R. aus E. spricht sich für die weitere Elbvertiefung aus. Die nützt nur wenigen Kapitalisten, Werften in Korea usw. Für die Bewohner der Marsch bedeutet jede weitere Elbvertiefung das Risiko, irgenwann mal wieder "abzusaufen". Die SPD im Landkreis Stade ist für ein neues Kohlekraftwerk dort. Wer sich nur ein klein wenig mit der Materie beschäftigt weiß, dass Kohlekraftwerke permanent Quecksilber in die Luft pusten. Auch hier profitieren nur die Kapitalisten: Das ist Politik gegen den Bürger und die Umwelt.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 07.05.2012, 09:34 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Ich bin mit dem Ausgang der Landtagswahl und mit der Wahlbeteiligung hinten und vorn nicht zufrieden, habe mir mehr versprochen! Aber wir müssen jetzt damit leben und das Beste daraus machen. Trotz dieses knappen Wahlergebnis halte ich eine Dänenampel für die einzig richtige Konstellation, weil sie inhaltlich am besten zusammenpaßt. Wir brauchen in unserem Lande eine Regierung, die sich deutlich von der vorangegangenen unterscheidet und wieder Politik für die Menschen macht und nicht nur für die Lobbyisten!wieder Politik

Kommentar von [Barmstedter Wähler](#) vom 07.05.2012, 09:21 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Über die Landesliste sind 9 SPD-Abgeordnete in den Landtag gewählt worden. Herr Bolln ist mit seinem Listenplatz auch als Nachrücker praktisch chancenlos. Es wird also nichts mit der Dreitageweche im Monat.

Kommentar von [Günter Borchert](#) vom 07.05.2012, 02:01 Uhr:

RE: Schleswig-Holstein hat gewählt

Kann es sein, das der Spitzenkandidat der CDU im neuen Landtag nicht MdL sein wird, weil die 22 Plätze der CDU von genau 22 Direktkandidaten besetzt wurden, und somit die Landesliste gar nicht zur geltung kommt! Unter diesem Aspekt, sah ich heute den ganzen Abend schon die Interviews dieses privaten Herrn mir an und mußte schmunzeln!

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 07.05.2012, 11:09 Uhr - 10407 Clicks - Nr. 303

Herzlichen Glückwunsch Anette Langner!

Herzlichen Glückwunsch Anette Langner!

Vielen Dank an die Wählerinnen und Wähler für das Vertrauen!

Auf einer Wahlparty im Lutterbeker ging der spannende Wahlabend im Wahlkreis zu Ende. Die Nachricht, dass Anette Langner den Wahlkreis 16 Plön-Nord/Malente mit 39,9 direkt gewonnen hat, löste Begeisterung bei den Anwesenden aus.

Anette Langner: „Ich freue mich, dass ich meine Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger fortsetzen darf. Ich bedanke mich bei den Wählerinnen und Wählern für das grosse Vertrauen!“



Keine Kommentare

SPD siegt im Kreis Plön

Mit großer Spannung wurde auch beim Kreisverband Plön auf das Ergebnis der Landtagswahlen gewartet. Insgesamt kann man sehr zufrieden sein. Anette Langner gewann gegen ihren langjährigen Kontrahenten Werner Kalinka sehr souverän das Direktmandat im Wahlkreis Plön-Nord/Malente.

Trotz der Neuschneidung des Wahlkreises holte sie sehr gute 39,9 % und verwies Kalinka mit 35,6 % auf den zweiten Platz. Auch bei den Zweitstimmen liegt die SPD in Plön-Nord/Malente vorne. Vor allem die sehr guten Ergebnisse in den größeren Gemeinden waren für den Wahlsieg von entscheidender Bedeutung.

Im Wahlkreis Plön-Süd/Eutin wurde das Rennen sehr spannend. Unsere Kandidatin Regina Poersch musste sich gegen Kreispräsident Peter Sönnichsen von der CDU nur sehr knapp geschlagen geben. Am Ende hieß es 36,5 zu 37,8. Auch bei den Zweitstimmen liegt die CDU nur sehr knapp vorne. Und das obwohl der Wahlkreis eher ländlich geprägt ist und somit nicht unbedingt als SPD-Hochburg angesehen werden kann. Mit dem Ergebnis kann man also durchaus zufrieden sein. Trotz ihrer knappen Niederlage zieht Regina über die Landesliste in den Landtag ein und wird dort den Kreis Plön zusammen mit Anette engagiert vertreten. Alles Gute euch Beiden!!!!

Die Wahlergebnisse zeigen, dass die SPD im Kreis Plön sehr gute Ergebnisse erzielen kann und sollte uns neuen Schwung für die Kommunalwahlen im nächsten Jahr geben.



Jonas Cornelsen
(Kreisvorstand)

Kommentar von [Manfred Paukstadt](#) vom 14.05.2012, 20:43 Uhr:

RE: SPD siegt im Kreis Plön

Herzlichen Glückwunsch zum neuen Netzauftritt der SPD Selenter See Süd von den Grünen in Selent

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 08.05.2012, 14:35 Uhr - 5556 Clicks - Nr. 305

Gemeinde Steinfeld erzielt wieder das beste Ergebnis

Die Gemeinde Steinfeld hat für die SPD in der Rangfolge des Kreises Schleswig-Flensburg wieder das beste Ergebnis mit über 38% im Vergleich mit anderen Gemeinden erzielt.

Für das Vertrauen bedankt sich der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis bei den Wählerinnen und Wählern als auch für die hohe Wahlbeteiligung mit über 70%.

Leider hat es trotz des guten Abschneidens in der Gemeinde Steinfeld und vor allen Dingen in der Stadt Schleswig dennoch nicht für Birte Pauls gereicht, als Direktkandidatin in den Kieler Landtag wieder einzuziehen. Wir als Ortsverein Steinfeld-Ulsnis bedauern es sehr, denn Birte Pauls war unsere starke Stimme in Kiel.

Birte Pauls ist erste Nachrückerin auf dem Listenplatz in Schleswig-Holstein und wir hoffen, dass sie in den Landtag einziehen wird, wenn ein/eine Abgeordnete(r) Staatssekretär werden sollte.

Der gesamte Kreis Schleswig-Flensburg ist jetzt ohne MdL. Wir hoffen, dass dies keine Auswirkungen auf die Wahlen im Jahr 2013 hat. Über das Abschneiden der Listenplätze unserer drei Direktkandidaten auf der Landesliste ist der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis sehr enttäuscht. Für die Probleme in unserem ländlichen Raum fehlt uns eine kritische Stimme in Kiel.

Keine Kommentare

Zwei junge Frauen aus dem Wahlkreis für drei Tage Abgeordnete in Berlin

„Planspiel Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion

Vom 6. bis 8. Mai 2012 nahmen rund 140 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 20 Jahren aus ganz Deutschland am „Planspiel Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion teil. Auf Einladung von Franz Thönnnes waren auch Leonie Pätzold aus Bad Bramstedt und Donata Nebel aus Bad Oldesloe mit dabei.



Drei Tage lang schlüpften sie mit den anderen Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden in die Rolle der Parlamentarier und simulierten die Arbeit einer Bundestagsfraktion. Nach der Wahl des Vorstandes verteilten sich die Jugendlichen auf die von ihnen gewählte Arbeitsgruppe. Leonie Pätzold ging in die AG Arbeit und Soziales und Donata Nebel in die AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hier erarbeiteten sie jeweils einen Antrag, den sie mit den „echten“ Abgeordneten des entsprechenden Ausschusses diskutierten. Abschließend wurde er in einer Fraktionssitzung debattiert und zur Abstimmung gestellt. Wie im „wahren“ Politgeschäft.

„Das waren drei interessante Tage. Insbesondere die Chance mit so vielen politisch interessierten Jugendlichen aus ganz Deutschland zusammen zu kommen, hat man ja sonst nicht“, so Leonie Pätzold. Dem stimmte Donata Nebel zu und ergänzte: „Es ist schon spannend sich hier in den Räumen des Deutschen Bundestages aufzuhalten. Besonders beeindruckt hat mich aber, wie schwer es ist für seine Positionen zu werben und die anderen Teilnehmer zu überzeugen. Das gibt einem einen guten Eindruck, wie die Arbeit eines Abgeordneten aussieht.“

„Es freut mich sehr, dass meine Fraktion als erste ein eigenes Politik-Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene im Deutschen Bundestag durchführt. Ziel ist es sie für Politik zu begeistern und eine neue Form des Dialogs zwischen ihnen und uns Abgeordneten zu etablieren. Deshalb soll das Planspiel künftig auch jährlich stattfinden“, so Thönnnes abschließend.

Weitere Informationen unter „Projekt Zukunft“ auf www.spdfraktion.de/

Bildunterschrift: Donata Nebel, Franz Thönnnes und Leonie Pätzold vor dem SPD-Fraktionssaal

Keine Kommentare

Vielen Dank für das Vertrauen!

Landtagsabgeordneter Martin Habersaat mit Angebot an den Wahlkreis Stormarn-Süd

Zum zweiten Mal nach 2009 bewarb Martin Habersaat sich um das Landtagsmandat in Stormarn-Süd, dieses Mal gelang der direkte Einzug in den Landtag. Nachdem der 35jährige Barsbüttler vor zweieinhalb Jahren noch über die Landesliste ins Parlament eingezogen war, eroberte er den Wahlkreis 2012 direkt. „Das ist eine schöne Bestätigung für meine Arbeit.“



Ich habe mich um viel Präsenz bemüht, viel über meine Arbeit berichtet und diese umfangreich auf meinen Webseiten unter www.martinhabersaat.de dokumentiert“, freut sich der Wahlgewinner. „Ich bedanke mich bei allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen und bei den tollen SPD-Ortsvereinen für ihre Unterstützung!“

Die Verantwortung als Wahlkreisabgeordneter verbindet Martin Habersaat mit einem Angebot an die Menschen im Wahlkreis, die sich direkt von ihrem Abgeordneten etwas über die Arbeit in Kiel berichten lassen können. Wer einen Kreis von 5 oder mehr interessierten Menschen organisiert, im heimischen Wohnzimmer, Clubhaus oder Café, kann mit Martin Habersaat einen Termin vereinbaren und dieser kommt vorbei und erzählt von der Arbeit im Landtag. Telefon: 040 / 67081528. Habersaat: „Das Angebot gilt auch für Nicht-Wähler, die vielleicht einmal ‚einem von diesen Politikern‘ erklären wollen, warum sie nicht an der Wahl teilgenommen haben.“

Interessantes zur Wahl:

- Martin Habersaat hat in seiner Heimatgemeinde Barsbüttel mit 43,7 Prozent knapp besser abgeschnitten als Joachim Wagner in seiner Heimatgemeinde Oststeinbek (43,0 Prozent).
- Während in Oststeinbek nur 19,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler einen Direktkandidaten der kleinen Parteien wählten, waren es in Wentorf 29,3 Prozent.
- SPD, FDP und CDU liegen im Wahlkreis 31 über dem Landesschnitt, besonders deutlich die SPD.
- In Glinde konnte Martin Habersaat 13 von 14 Wahlbezirken für sich entscheiden, ein Wahlbezirk endete unentschieden.
- Obwohl die CDU in Reinbek nach Zweitstimmen vor der SPD gewann (31,1 % : 30,6 %), lag bei den Erststimmen Martin Habersaat vorne (37,7 % : 36,5 %).
- Im Wahlkreis 31 lag die Wahlbeteiligung noch unter dem Landesschnitt. Besonders niedrig war sie in Glinde (52,22 %), am wenigsten niedrig und knapp über dem Landesschnitt in Wentorf (61,05 %).

[Mehr Wahlergebnisse: hier.](#)

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 10.05.2012, 16:34 Uhr - 27935 Clicks - Nr. 308

SPD-Kreisvorstand spricht sich für Schleswig-Holstein-Ampel aus

SPD-Kreisvorstand Rendsburg-Eckernförde besuchte den SPD-Treff Gettorf und diskutierte das Ergebnis der Landtagswahl. Der Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix bewertete das Ergebnis differenziert:

„Die gute Botschaft: Serpil Midyatli, Dr. Kai Dolgner und Dr. Ralf Stegner haben über die Landesliste den Sprung in den Landtag geschafft. Der Kreisvorstand bedankt sich bei den Dreien und bei allen, die in dem engagiert geführten Wahlkampf mitgeholfen haben. Wir können aber nicht damit zufrieden sein, dass in allen drei Wahlkreisen die CDU-Kandidaten direkt gewählt wurden – auch wenn wir wussten, dass sich die CDU mit der Wahlkreisreform die Wahlkreise maßgeschneidert hat. Natürlich schlägt in erster Linie auch das landesweite Ergebnis auf die Wahlkreise durch. Trotzdem müssen wir prüfen, was wir vor Ort besser machen können.

Der SPD-Kreisvorstand unterstützt die Bemühungen, eine von SPD, den Grünen und SSW gestützte Landesregierung zu bilden. Etwas anderes, als der versprochene Politikwechsel, wäre den Wählerinnen und Wählern auch nicht zu vermitteln. Die schwarz-gelbe Regierung wurde am vergangenen Sonntag abgewählt. CDU und FDP haben zusammen 7,4 Prozentpunkte verloren. SPD, Grüne und SSW konnten dagegen zulegen und verfügen über eine knappe Mehrheit im Landtag. Die Versuche der CDU, sich als Wahlsieger darzustellen und ihr Ergebnis als „Regierungsauftrag“ zu verkaufen, ist nur der krampfhafteste Versuch, die Deutungshoheit zu erlangen. Wir glauben, dass die meisten Wählerinnen und Wähler solche Versuche als Geschwafel erkennen und gründlich satt haben!“

Schriftführer Götz Borchert machte auch auf die sinkende Wahlbeteiligung aufmerksam. „Das kann keine politische Partei zufrieden stellen. Gemeinsam müssen wir uns daran machen, dies zu ändern. Wir müssen wieder deutlich machen, dass politische Entscheidungen uns alle betreffen und die Beteiligung an politischen Entscheidungen deshalb auch für alle Menschen von hoher Bedeutung sind.“

Der SPD Kreisverband wird eine genaue Analyse durchführen.

Ausdrücklich lobte der Kreisvorstand die Einrichtung des SPD-Treffs in der Fußgängerzone Gettorfs. „Die SPD hat in Gettorf nicht nur einen lebendigen Ortsverein, eine ortskundige Fraktion und einen engagierten Bürgermeister, sondern nun auch einen zentralen Treffpunkt, an dem Bürgerinnen und Bürgern mit uns ins Gespräch kommen können“, so Sönke Rix.

Kommentar von [Gerrit van den Toren](#) vom 11.05.2012, 08:56 Uhr:

RE: SPD-Kreisvorstand spricht sich für Schleswig-Holstein-Am

Super, ich finde es klasse, dass wir uns so schnell und eindeutig positioniert haben und nicht erst den Ausgang der Wahlen in NRW abgewartet haben. Ich denke, dass unsere Wähler das erwartet haben und die zukünftigen Wähler das bei den nächsten anstehenden Wahlen honorieren werden. Bei der Kommunalwahl werden wir aber wahrscheinlich schon mit dem gemessen, was wir innerhalb dieses Jahres umsetzen konnten und ich wünsche mir deshalb, dass wir dieses Jahr eben nicht verstreichen lassen, sondern durch verstärkte Kommunikation mit der Bevölkerung klarmachen, was an der Realität noch durch die Vorgängerregierung bestimmt wird und was wir schon verändern konnten.

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 11.05.2012, 12:20 Uhr - 23091 Clicks - Nr. 309

Schleswig-Holstein braucht kluge Investitionen

Zu den heute vorgestellten Bemerkungen des Landesrechnungshofs sagt die finanzpolitische

Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Der Landesrechnungshof führt zu Recht an: Die positiven Ergebnisse im Landeshaushalt

sind auf die gute Konjunktur zurückzuführen.

Bei der Reduzierung des strukturellen Defizits hat die Landesregierung zwar die erste Hürde genommen – allerdings ist der erste Schritt auch der leichteste. Weitere Kürzungen zu Lasten einer fairen, solidarischen Gesellschaft sind nicht hinnehmbar.



Schleswig-Holstein braucht Investitionen in Bildung und soziale Gerechtigkeit, wenn wir nicht künftig von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt werden wollen. Daher sind strukturelle Einnahmeerhöhungen zwingend notwendig.

Dazu gehören höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen, Reduzierungen von Steuerprivilegien und ein konsequenter, nachhaltiger Wachstumskurs.

Auch die SPD will Stellen abbauen. Dabei gilt: Zuerst werden die Aufgaben reduziert, dann die Stellen.

CDU und FDP haben sich alle Mühe gegeben, zerschlagenes Porzellan zu hinterlassen: soziale Kahlschläge, dramatische Unterrichtsausfälle und eine freigiebige Verschenk Mentalität bei der Wirtschaftsförderung.

Um kommende Regierungen zu knebeln, hat die Ein-Stimmen-Mehrheit von CDU und FDP kurz vor Toresschluss noch ihr eigenes Berechnungsverfahren im Landtag beschließen lassen.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW haben damals ihr eigenes Konzept dagegen gestellt. Wir werden alle Hände voll zu tun haben, mit klugen Investitionen, konsequenten Aufgabenreduzierungen und einer transparenten, offenen Haushaltsführung Ordnung in die Landesfinanzen zu bringen.

Der Landesrechnungshof ist bei der Einhaltung der Schuldenbremse an unserer Seite. Das ist auch gut so.

Keine Kommentare

[SPD-Hasselberg](#) - veröffentlicht am 12.05.2012, 16:20 Uhr - 3778 Clicks - Nr. 310

Eine Ära geht zu Ende!

Gerd-Ludwig Kraack nimmt seinen Abschied als 1. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Hasselberg!

Mit dem Rücktritt von Gerd-Ludwig Kraack als 1. Vorsitzender des SPD Ortsvereins Hasselberg am 28.03.2012 geht eine Ära zu Ende.

Gerd-Ludwig war eines der prägenden Gründungsmitglieder des SPD-Orstvereins Hasselberg, welcher am 08. April 1986 im Gasthaus Schade Gundelsby aus der Taufe gehoben wurde. Somit ist er seit mehr als 25 Jahren ehrenamtlich im Vorstand tätig und prägt ebenso lange das Gesicht der Kommunalpolitik in unserer Gemeinde.

Die Wichtigkeit einer politischen Alternative in unserer Gemeinde zeigte sich bereits am 02. März 1986 in dem umwerfenden Erfolg der SPD bei den damaligen Kommunalwahlen, wo die SPD auf Anhieb 3 von insgesamt 11 Sitzen erringen konnte. Ein überwältigender und unerwarteter Erfolg! In den darauf folgenden Jahren zeigte sich wie willkommen diese neue Kraft in der Gemeinde aufgenommen wurde. Auch der politische Gegner war gezwungen seinen Respekt zu zollen. Durch ihre kooperative Art und die Kompetenz in der Sache war die Mitarbeit des Ortsvereins in den Gremien stets gefragt. Seit diesen Tagen hat sich der Ortsverein der SPD in Hasselberg zu einer festen Größe in der Gemeindegarbeit entwickelt.



Wieviel Arbeit, Engagement und Motivation eine so lange und erfolgreiche ehrenamtliche Mitarbeit benötigt kann sich wohl jeder denken, der selbst aktiv ein Ehrenamt bekleidet.

Wir vom SPD Ortsverein unserer Gemeinde Hasselberg sprechen Gerd-Ludwig für seinen jahrzehntelangen Einsatz für das Gemeinwohl unseren Dank und unsere Anerkennung aus. Gerd-Ludwigs Erfahrungen und Kompetenz wird unserer Gemeinde auch weiterhin von großem Nutzen sein, den er steht auch nach seinem Rücktritt weiterhin dem neu gewählten Vorstand mit Rat und Tat zur Seite – jetzt allerdings als 1. stellvertretender Vorsitzender!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.05.2012, 21:20 Uhr - 10544 Clicks - Nr. 311

Barsbüttel hat nun ein Helmut John Stadion

„Er war körperlich nicht groß, aber er war, ist und bleibt der größte BSVer, den wir jemals hatten!“ Mit dieser Worten versuchte der Vorsitzende des Barsbüttler Sportvereins, Bernhard Zeppenfeld, die Verdienste von Helmut John zu beschreiben, nach dem die Sportanlage des Barsbütteler Sportvereins künftig heißen soll. Zu einem Empfang im BSV-Vereinsheim hatten sich Mitglieder des BSV, Tochter und Enkel von Helmut John und Vertreter aus der Politik eingefunden.

Mit dabei war auch der frisch gewählte Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.

Die bisher namenlose Sportanlage an der Straße „Hinterm Garten“ heißt künftig Helmut John Stadion. Helmut John war am 11. November 1948 Gründungs- und später Ehrenmitglied des Barsbütteler SV. Er war aktiv als Fußballer und später als Leichtathlet. Im Jahr 2008 legt er als 80-



Jähriger zum inzwischen dreißigsten Mal die Prüfung zum Goldenen Sportabzeichen ab. Er leitete lange die Fußballabteilung und war als Schatzmeister des Vereins tätig. Bürgermeister Thomas Schreitmüller lobte das langjährige Engagement Johns: „Als er

feststellte, dass in der Gemeinde Sportangebote fehlen, hat er diese nicht von anderen eingefordert, sondern selbst geschaffen. Ein tolles Beispiel für ehrenamtliches Engagement!“

Keine Kommentare

[SPD-Hasselberg](#) - veröffentlicht am 13.05.2012, 22:29 Uhr - 4599 Clicks - Nr. 312

Vorstandswahlen des SPD Ortsvereins Hasselberg im Gasthuus Spieskamer!

Am 28.03.2012 konnte der 1. Vorsitzende Gerd-Ludwig Kraack 13 Mitglieder sowie einige honorige Gäste zur Jahreshauptversammlung des Ortsvereins begrüßen.

Ralf Wrobel, der SPD-Vorsitzende des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg und SPD-Kandidat für die Landtagswahl im Wahlkreis 5 hatte es sich nicht nehmen lassen der diesjährigen Sitzung beizuwohnen. Begleitet wurde er zudem von der 1. Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Gelting Bente Reimer. Die Presse war durch die Anwesenheit von Frau Ursel Köhler vom Schlei-Boten vertreten.

Nach den üblichen Formalismen wie Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlußfähigkeit konnte Gerd-Ludwig zwei neue Mitglieder im Ortsverein begrüßen. Mit Hella Petersen und Andrea Petersen wurden zudem zwei aktive Mitglieder für 10-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt.

Nach dem Jahresrückblick des 1. Vorsitzenden und einem Bericht von Ralf Wrobel über die Arbeit auf Kreisebene erfolgte der Kassenbericht mit dem Bericht der Kassenprüfer und der Entlastung des Vorstandes.

Bei der darauf folgenden Wahl, welche durch Ralf Wrobel geleitet wurde und bei der Bente Reimer unterstützte, wurden folgende Mitglieder in den neuen Vorstand gewählt:

- 1. Vorsitzender: Ingo Detlefsen
- 1. stellvertretender Vorsitzender: Gerd-Ludwig Kraack
- 2. stellvertretende Vorsitzende: Andrea Petersen
- Schatzmeister: Matthias Nissen
- Schriftführer: Horst-Günter Schnau
- Beisitzer: Günter Gröhnke und Reinhard Peterreit

Wir danken dem alten Vorstand für seine aktive und erfolgreiche Arbeit für unsere Gemeinde und hoffen dies mit dem neuen Vorstand in gleicher Weise fortsetzen zu können!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.05.2012, 23:23 Uhr - 9466 Clicks - Nr. 313

Schleswig-Holstein-Ampel

SPD Schleswig-Holstein beschließt Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit Grünen und SSW

Der Landesvorstand und der Landesparteirat der SPD Schleswig-Holstein haben heute, Montag, 14. Mai 2012, im Kieler Legienhof die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen

mit den Grünen und dem SSW beschlossen. Beide Gremien der SPD votierten einstimmig für den Vorschlag der Sondierungsgruppe. Außerdem wurde durch den Landesvorstand die Zusammensetzung der 12-köpfigen Verhandlungskommission beschlossen.

Mit dabei ist auch der Stormarner Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



Die Verhandlungskommission wird geleitet vom Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner, dem Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Torsten Albig, und dem Vorsitzenden des Landesparteirats Sönke Rix, MdB, die für die SPD bereits die Sondierungsgespräche geführt hatten.

Neben ihnen gehören der Verhandlungskommission der SPD Schleswig-Holstein an:

Birgit Herdejürgen, MdL
Bettina Hagedorn, MdB
Andreas Breitner, Bürgermeister der Stadt Rendsburg
Martin Habersaat, MdL
Wolfgang Baasch, MdL
Regina Poersch, MdL
Serpil Midyatli, MdL
Jürgen Weber, MdL
Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin der Stadt Elmshorn

Die Koalitionsverhandlungen sollen - eine Zustimmung aller drei Parteien vorausgesetzt - am kommenden Mittwoch in Kiel aufgenommen werden.

Keine Kommentare

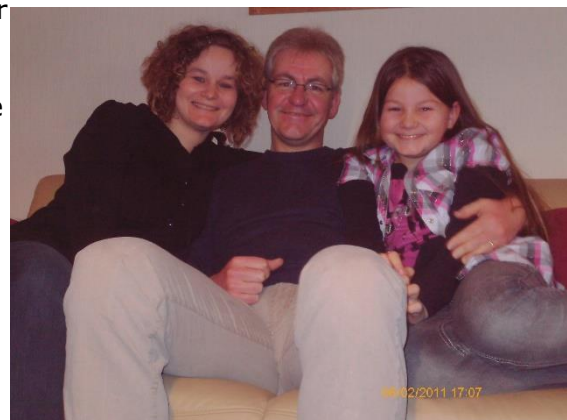
[SPD-Hasselberg](#) - veröffentlicht am 15.05.2012, 18:43 Uhr - 4989 Clicks - Nr. 314

Der neue 1. Vorsitzende des SPD-Ortsverbandes Hasselberg stellt sich vor!

Nachdem die meisten der Ehrenämter des SPD Ortsvereins Hasselberg auf der Jahreshauptversammlung mit altgedienten Mitgliedern besetzt wurden, hat sich mit Ingo Detlefsen aus Gundelsby ein neues Gesicht als Nachfolger für den scheidenden Gerd-Ludwig Kraack für die Vorstandsarbeit gefunden.

Ingo hat am 03. März 1971 in Kappeln als Sohn von Angelika Detlefsen, geborene Schade und Klaus-Dieter Detlefsen das Licht der Welt erblickt. Bis zum Alter von 27 Jahren hat er durchgehend in Gundelsby gelebt, die Grundschule in Kieholm besucht und danach die Realschule in Kappeln. Nach einer Lehre als Kommunikationselektroniker und dem Besuch der weiterführenden Schule leistete Ingo seinen Wehrdienst bei der Luftwaffe.

1994 begann er ein Studium zum Diplom Ingenieur (FH) Elektrotechnik an der Fachhochschule Flensburg, welches er nach 8 Semestern abschloß. Die berufliche Tätigkeit



verschlug ihn daraufhin nach Nürnberg, München und Hamburg, wo er über 12 Jahre als Ingenieur und Produktmanager, unter anderem bei der Siemens AG, arbeitete. Im Jahre 2004 nahm er zudem noch ein betriebswirtschaftliches Studium zum MBA an einer englischen Hochschule auf.

Im Sommer 2008 zog es Ingo mit seiner Frau Bianca und den zwei Kindern nebst Hund wieder zurück nach Gundelsby. Er ist seitdem in der Freiwilligen Feuerwehr Gundelsby, der Nachbarschafts- und Sterbegilde, dem Sparclub Gundelsby, dem Förderverein der Schule und des Kindergartens Kieholm sowie weiteren Vereinen und Organisationen aktiv.

Der SPD Ortsverein Hasselberg wünscht Ingo und dem neuen Vorstand alles Gute und eine erfolgreiche Arbeit für unsere Gemeinde Hasselberg!

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 15.05.2012, 20:06 Uhr - 22567 Clicks - Nr. 315

Steuerschätzung positiv - Neuverschuldung senken!

Zur heute veröffentlichten regionalen Steuerschätzung für Schleswig-Holstein sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen setzt sich fort. Das ist ein gutes Signal für Schleswig-Holstein, denn es bedeutet, dass es uns gelingen wird, die Neuverschuldung des Landes weiter zu senken. Weniger neue Schulden bedeuten auch weniger Zinsen, die in den nächsten Jahren unsere Haushalte noch stark belasten werden.



Sowohl das Land als auch die Kommunen profitieren von den Einnahmen. Sie sind vor allem konjunkturell bedingt. Nötig sind jedoch auch strukturelle Veränderungen. Dazu gehören höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen, Reduzierung von Steuerprivilegien und ein konsequenter, nachhaltiger Wachstumskurs.

Dauerhaft brauchen wir ausgeglichene Haushalte, in denen die Einnahmen ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Nichts anderes sagt die Schuldenbremse aus. Daher freuen wir uns über die hohen Einnahmen zum Abbau der Neuverschuldung und setzen konsequent auf einen nachhaltigen Konsolidierungskurs.

Kommentar von [Kieler](#) vom 26.05.2012, 15:02 Uhr:

RE: Steuerschätzung positiv - Neuverschuldung senken!

Herr Habeck meint ja zur A20, das diese durch Kredite finanziert wird. Was auch Richtig ist. Allerdings ist die gesamte Haushaltspolitik auf Kredite finanziert, dank auch der Rot/Grünen Landesregierung unter Frau Simonis und der CDU Landesregierungen davor. Jetzt kehrt Rot/Grün wieder zur 1-jährigen Haushaltsaufstellung zurück und wartet, wahrscheinlich erst wieder die Steuerschätzung ab, bevor gehandelt wird. Der sogenannte Wachstum bei den Finanzen muss aber auch erst verdient werden. Da die Grünen Strassen verteufeln obwohl ein Herr Habeck selbst wohl mit dem Dienstwagen zum Flughafen Fuhlsbüttel gefahren ist, (somit die A7 genutzt hat), um Grüne Propaganda in den USA zu machen. Und diese Herrschaften setzen sich ein, das der Flugverkehr reduziert wird!? Ein wenig seltsam deren Vorstellungen. Ich hoffe, das die SPD im Verkehrsbereich, der bessere, vernünftiger Paart sein wird. Hoffentlich wird die Stadtregionalbahn Kiel nicht ganz vergessen

„Vernünftige Politik für Fischer und Fische“

SPD-Politikerin präsentiert Vorschläge zur Reform der Fischereipolitik

Straßburg: Eine vernünftige Politik, die dem gesunden Menschenverstand folgt: So lautet der Leitsatz des Berichtsentwurf zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, den die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Montagabend im Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments in Straßburg vorstellen wird.



Die Sozialdemokratin ist als Berichterstatteerin beauftragt, Änderungsvorschläge zu dem von EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki vorlegten neuen Regelwerk zu erarbeiten sowie die anstehenden Kompromissverhandlungen für das Europäische Parlament zu leiten.

"Gesunder Menschenverstand heißt für mich, dass wir Europäer uns verpflichten, jedes Jahr von einem Fischbestand nur soviel zu fischen, wie auch wieder nachwächst. Leider ist das nicht für jeden selbstverständlich", erklärt Rodust.

"Gesunder Menschenverstand heißt außerdem, dass wir Schluss machen damit, essbaren Fisch zurück ins Meer zu werfen."

"Vernünftige Politik bedeutet für mich hierbei, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam mit den Fischern anpacken, dass wir ihnen helfen, selektiver zu fischen, damit möglichst nur das im Netz landet, was an Land auch verwertet werden kann."

"Vernünftige Politik heißt auch, dass wir unsere gemeinsamen Meeresschätze im Sinne aller optimal nutzen. Für mich bedeutet das: Kleinfischer bekommen Vorfahrt vor Industriefischern. Denn kleine Kutter schaffen Arbeit und machen Küstenregionen touristisch attraktiv. Wer wann wie viel fischen darf, muss neu diskutiert werden."

Rodust wird dem Fischereiausschuss 227 Änderungsvorschläge gegenüber dem Text der Europäischen Kommission vorlegen. In den nächsten Wochen erhalten die anderen Abgeordneten Gelegenheit, eigene Änderungswünsche zu formulieren. Anschließend wird das Parlament unter der Leitung der SPD-Fischereiexpertin einen Kompromiss aushandeln.

Keine Kommentare

Herzlichen Glückwunsch, Hatice Kara!

Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix gratuliert der Rechtsanwältin Hatice Kara aus Rendsburg zur gewonnenen Stichwahl um das Bürgermeisteramt in Timmendorfer Strand:

„Wir freuen uns, dass Hatice Kara die Stichwahl nach einem sehr guten Ergebnis vor zwei Wochen nun klar für sich entscheiden konnte.“

Aus der Erfahrung unserer gemeinsamen Arbeit mit Hatice Kara weiß ich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Timmendorfer Strand eine gute Wahl getroffen haben. Hatice Kara ist kompetent und pflegt den Dialog. Sie wird gemeinsam mit den Menschen Entscheidungen treffen. Ich wünsche ihr gutes Gelingen!"

Seit 2010 engagierte sich Hatice Kara als Beisitzerin im Kreisvorstand der SPD Rendsburg- Eckernförde. Sie arbeitete dort in den Themenbereichen Arbeit sowie Migration und Integration.

Auf ihre Initiative hin beschloss der Kreisvorstand die Forderung nach einem Integrationskonzept für den Kreis. Für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzte sich Hatice Kara auch im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im Kreis Rendsburg-Eckernförde ein.

„Wir bedauern, dass wir mit Hatice Kara eine aktive Genossin in unserem Kreis verlieren und gratulieren Timmendorfer Strand gleichzeitig zu dieser guten Wahl“, so Sönke Rix.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.05.2012, 10:50 Uhr - 10655 Clicks - Nr. 318

SPD - Kreisparteitag in Großhansdorf

Neuwahl des Kreisvorstands und für ein familiengerechteres Stormarn

Am 2. Juni ab 10.00 Uhr trifft sich die SPD Stormarn zu einem Kreisparteitag in Großhansdorf (Mensa des Schulzentrums Schmalenbek, Sieker Landstraße 203). Auf dem Programm stehen neben der Neuwahl des Kreisvorstandes ein Blick auf SPD-Familienpolitik in Stormarn und einige Anträge aus den Ortsvereinen.

Martin Habersaat, 35, tritt nach zehn Jahren im Kreisvorstand, davon acht als Vorsitzender, nicht erneut an. Um seine Nachfolge bewirbt sich seine bisherige Stellvertreterin Susanne Danhier. Sie wäre die erste Frau an der Spitze der Stormarner Sozialdemokraten.



Martin Habersaat: „Nachdem wir uns Anfang 2011 den Schwerpunkt der Seniorenpolitik gesetzt hatten, wollen wir nun den Blick auf die Frage lenken, wie wir ein familiengerechteres Stormarn schaffen. Der Kreisvorstand hat ein Papier vorgelegt, das verändert und ergänzt werden wird. Es kann den Ortsvereinen auch als Grundlage für ihre Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2013 dienen.“ Habersaat selbst hat vor, sich künftig noch mehr auf seine Arbeit in der SPD-Landtagsfraktion zu konzentrieren, der er als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Stormarn-Süd wieder angehört. „Ich bin natürlich weiterhin Vermittler zwischen den SPD-Ortsvereinen in Stormarn und der Landespolitik. Insofern bleibe ich natürlich der Kreis-SPD erhalten.“

Das Papier zur Familienpolitik („12 Schritte für ein familiengerechteres Stormarn“) schlägt einen Bogen von der Ablehnung des durch die Bundesregierung geplanten Betreuungsgeldes über den notwendigen Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und eine Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten bis hin zu Hilfen für

Alleinerziehende und familienfreundlichem Wohnen und Leben.

Es außerdem liegen Anträge aus den Ortsvereinen Ammersbek und Tremsbüttel vor. Die SPD Ammersbek fordert beispielsweise, bei künftigen Haushaltsberatungen des Kreises die Einnahmen aus Bußgeldern für Vergehen im Straßenverkehr verstärkt für die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Stormarn einzusetzen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 29.05.2012, 18:38 Uhr - 22277 Clicks - Nr. 319

SPD-Landtagsfraktion wählt ihren Vorstand

Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihrer Klausur-Sitzung in Hohwacht den Fraktionsvorstand und die Vorsitzenden ihrer Arbeitskreise gewählt sowie die künftigen Ausschussvorsitzenden nominiert.



Zum geschäftsführenden Fraktionsvorstand gehören neben dem Vorsitzenden Ralf Stegner, der bereits am 8. Mai wiedergewählt wurde, die neue Parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Herdejürgen (13 Ja-Stimmen) sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Serpil Midyatli (18), Martin Habersaat (18) und Gitta Trauernicht (14).

Dem Fraktionsvorstand gehören auch die Vorsitzenden der sechs Arbeitskreise an. Diese sind:

Martin Habersaat (Bildung, Wissenschaft Forschung und Kultur)
Olaf Schulze (Wirtschaft, Technologie, Tourismus und Verkehr)
Sandra Redmann (Umwelt, Energie und Ländliche Räume)
Wolfgang Baasch (Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie, Europa)
Lars Winter (Finanzen)
Kai Dolgner (Innen und Recht)

Für den Vorsitz von Ausschüssen des Landtages (vorbehaltlich des mit den anderen Fraktionen vereinbarten Zugriffsrechts) wurden folgende Abgeordnete nominiert:

Finanzausschuss: Thomas Rother
Sozialausschuss: Peter Eichstädt

Für die Wahl des ersten Landtagsvizepräsidenten nominierte die Fraktion Bernd Heinemann.

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 30.05.2012, 18:31 Uhr - 4637 Clicks - Nr. 320

Infobrief SPD Suchsdorf

Der SPD OV Suchsdorf aus dem Kieler Norden gibt monatlich einen Infobrief heraus, der per Email verschickt wird. (Kontakt: Vorsitzender Andreas Arend)Nun wollen wir diesen

Infobrief auch über unsere Homepage zur Verfügung stellen und beginnen mit dem (leicht veralteten) von Anfang Mai. Viel Spaß!

---SUCHSDORF aktuell--- Newsletter 05/12

DIE KIELER SOZIALDEMOKRATEN: Suchsdorfer SPD! Und Gut!

Internet: www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf/

I)Musikalischer Frühschoppen des OV Kiel-Suchsdorf

Siehe dazu Bericht auf der Homepage unter "Veranstaltungen"

II)KEINE NEUE BUSHALTESTELLE AM RUNGHOLTPLATZ

Siehe dazu Bericht auf der Homepage unter "Themen"

III)Es war auf den Plakaten am Steinberg bereits seit Anfang April angekündigt - Einer von uns - Torsten Albig auf Haustürbesuche!

Am 22.04.2012 besuchten Torsten und Thomas das Gebiet Suchsdorf an der Au. Auf Ihrem Spaziergang durch Suchsdorf wurden nicht nur Rosen und Schokoladenherzen verteilt.

Beide nutzten auch die Gelegenheit um mit den AnwohnerInnen ins Gespräch zu kommen. Es wurde über das Bildungs- oder das Erziehungskonzept der SPD diskutiert, es waren aber auch spezielle städtische Entwicklungen das Thema.

IV)Gemütliches (Nachbarschafts-) Treffen in der Alten Chaussee mit Wiederholungswert!

Am 26.04.2012 trafen wir uns zu einem gemütlichen "Miteinander" im Carport in der Alten Chaussee. Bei einem Glas Rotwein und

Kräcker wurde fleißig über den Wahlkampf, die Planungen des

Ortsvereines und so manch anderes gesprochen. Unser Landtagskandidat Kiel Nord Rolf berichtete über

"Neuigkeiten" aus der Kieler SPD. Es gesellten sich noch einige Nachbarn aus der Umgebung dazu und gemeinsam mit Claus Möller und Erwin Ratz kam es zu "tollen Gesprächen"!

Insgesamt war es ein sehr netter und geselliger Abend, den wir so im Sommer gerne wiederholen sollten. Für die Einladung danken wir Gabi und Reinhard.

V) Zudem haben wir ein PublicViewing zum TV-Duell veranstaltet und am 11.5. unser traditionelles Spargelessen abgehalten. Dazu mehr im nächsten Infobrief-per Email auch mit Bildern!

Wir hoffen, einen interessanten Überblick über unsere monatliche Arbeit vermitteln zu können. Danke fürs Lesen, die Suchsdorfer SPD!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.05.2012, 18:49 Uhr - 8269 Clicks - Nr. 321

SPD-Landtagsfraktion wählt ihren Vorstand

Martin Habersaat ist nun stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihrer Klausur-Sitzung in Hohwacht den Fraktionsvorstand und die Vorsitzenden ihrer Arbeitskreise gewählt sowie die künftigen Ausschussvorsitzenden nominiert. Zum geschäftsführenden Fraktionsvorstand gehören neben dem Vorsitzenden Ralf Stegner, der bereits am 8. Mai wiedergewählt wurde, die neue Parlamentarische Geschäftsführerin Birgit Herdejürgen (13 Ja-Stimmen)



sowie die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden

Serpil Midyatli (18), Martin Habersaat (18) und Gitta Trauernicht (14).

Dem Fraktionsvorstand gehören auch die Vorsitzenden der sechs Arbeitskreise an.

Diese sind:

Martin Habersaat (Bildung, Wissenschaft Forschung und Kultur)
Olaf Schulze (Wirtschaft, Technologie, Tourismus und Verkehr)
Sandra Redmann (Umwelt, Energie und Ländliche Räume)
Wolfgang Baasch (Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie, Europa)
Lars Winter (Finanzen)
Kai Dolgner (Innen und Recht)

Für den Vorsitz von Ausschüssen des Landtages (vorbehaltlich des mit den anderen Fraktionen vereinbarten Zugriffsrechts) wurden folgende Abgeordnete nominiert:

Finanzausschuss: Thomas Rother

Sozialausschuss: Peter Eichstädt

Für die Wahl des ersten Landtagsvizpräsidenten nominierte die Fraktion Bernd Heinemann.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 01.06.2012, 12:21 Uhr - 16045 Clicks - Nr. 322

SPD-MdB Franz Thönnnes bietet zusätzlichen Berlin-Besuch

Nach dem erstmaligen Angebot im Jahr 2008 offeriert SPD-MdB Franz Thönnnes nun zum vierten Mal die Teilnahme an einer sogenannten Selbstzahlerfahrt nach Berlin für Bürgerinnen und Bürger aus den Kreisen Segeberg und Stormarn.

Diese Möglichkeit wurde geschaffen, weil es für Berlin-Besuche auf Einladung des Bundespresseamtes inzwischen deutlich mehr Interessenten und Anmeldungen gibt als zur Verfügung stehende Plätze.



Die diesjährige Fahrt findet vom 7. bis zum 9. September 2012 statt und kostet 189 Euro pro Person im Doppelzimmer (EZ + € 50). In diesem Preis ist neben dem Bustransfer und zwei Übernachtungen mit Frühstück im Hotel Ludwig van Beethoven in Berlin das folgende Programm enthalten: Besuch und Mittagsessen in der Landesvertretung S-H, Besuch im Reichstag einschl. Plenarsaal und Kuppel, eine Stadtrundfahrt und der Besuch der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße, Besuch und Führung durch das Schloss Cecilienhof und die Besichtigung des „Neuen Gartens“ sowie des Marmorpalais in Potsdam.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger melden sich bitte bis spätestens 2.7.2012 beim Bürgerbüro von Franz Thönnnes, Tel. 04551-968383 oder

buengerbuero@thoennes.de an.

Bildquelle: Berthold Kamps / pixelio.de

Keine Kommentare

„Dorsch auf den Teller – nicht in den Müll“

SPD-Politikerin kritisiert Vernichtung von Ostseefischen als Reaktion auf fallende Preise

Kiel: Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust hat die Vernichtung von Ostseedorsch als von der EU subventionierter Preisstützung scharf kritisiert.

„Nachdem sich der vormals stark gefährdete Dorschbestand in der Ostsee dank entsprechender Managementpläne erfreulicherweise in den letzten Jahren wieder erholt hat, haben die hohen Fangerträge jetzt einen massiven Preisverfall nach sich gezogen, dem mit diesem höchst zweifelhaften Mittel entgegen getreten wurde,“ so Rodust. Um den Markt zu stützen seien rund 70 Tonnen von dänischen und polnischen Fischern gefangener Dorsch aus dem Markt genommen und vernichtet worden.



„Ich halte diesen Ansatz für grundfalsch und moralisch verwerflich,“ erklärte die fischereipolitische Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament: „Während wir im Rahmen der Reform der Europäischen Fischereipolitik derzeit nach einer intelligenten Ausgestaltung eines Rückwurfverbots von Beifängen suchen, wird hier essbarer Fisch vernichtet, der gefangen wurde, dann aber keine rentablen Preise erzielen konnte.“ Hier werde das Europäische Parlament mit seinen Vorschlägen zu einer neuen Marktordnung ansetzen, ist sich Rodust sicher.

Die Sozialdemokratin, die als Berichterstatterin beauftragt ist, die im Rahmen der Fischerei-Reform anstehenden Kompromissverhandlungen für das Europäische Parlament zu leiten, hofft außerdem, dass eine grundlegend überarbeitete Fischereipolitik auch wieder dazu führt, dass die europäischen Verbraucher mehr heimischen Fisch nachfragen. „Ich fürchte, viele Konsumenten sind inzwischen zutiefst verunsichert und greifen auch deshalb vermehrt zu übrigens oft unter problematischsten Bedingungen in asiatischen Aquafarmen produzierten Fischarten.“ Das liege sicher auch daran, dass europäische Fischereipolitik in der Vergangenheit viel Vertrauen verspielt habe. „Ein neuer, an der Nachhaltigkeit orientierter Ansatz ist deshalb nicht nur unter ökologischen Gesichtspunkten nötig, sondern wird auch das Image europäischer Fischereiprodukte verbessern“, ist sich Rodust sicher.

Keine Kommentare

Gewerkschaft ver.di beschließt Urabstimmung bei den Damp Kliniken

Die AfA Schleswig-Flensburg hat in den vergangenen Monaten sich mit den Beschäftigten der Damp-Kliniken in unserer Region solidarisches unterstützt.

Nun zeichnet sich in der Tarifaueinandersetzung ein Streik ab und wir werden die Beschäftigten weiterhin unsere Unterstützung anbieten.

Besorgt hat sich die AfA Schleswig-Flensburg Gedanken gemacht bezogen auf die wachsenden Groß-Konzerne im Gesundheitswesen. Wohin führt der Weg in

Massenbetrieben mit über 80.000 Beschäftigten?

Seit Monaten hat ver.di die Fortschreibung der Tarifverträge für die Beschäftigten bei der Zentralen Service Gesellschaft (ZSG) Damp eingefordert. Der neue Eigentümer, die Helios-Kliniken GmbH mit Sitz in Berlin, lehnt dies ab.

„Es ist weder fair noch konstruktiv während laufender Verhandlungen Kollegen und Kolleginnen zu kündigen, sogenannte „Sprinterprämien“ anzubieten oder die Forderungen des Verhandlungspartners schlicht zu ignorieren!“ so ver.di Verhandlungsführer Dr. Oliver Dilcher. „In den Gesprächen haben wir versucht Brücken zu bauen, haben uns mit den Vorstellungen des Arbeitgebers inhaltlich und materiell auseinandergesetzt, ohne dass dies von der Gegenseite erwidert worden ist.“

ver.di fordert Gehaltssteigerungen, wie sie in anderen Branchen in der jüngsten Vergangenheit bereits umgesetzt sind. Das Heliosmanagement will die Zerschlagung des bestehenden Tarifwerks, verweigert tarifliche Regelungen für den Servicebereich, beabsichtigt ein Einfrieren der Gehälter im Rehabereich und bietet die Einführung einer neuen Gehaltstabelle für die Kliniken an. Nach Berechnungen von ver.di würden mehr als die Hälfte der Belegschaften in den Akutkliniken leer ausgehen, den Mitarbeitern der Rehakliniken droht eine „Nullrunde“ und den Mitarbeitern im Servicebereich drohen massive Gehaltsabsenkungen, sofern sie überhaupt einen Arbeitsplatz in den neuen Servicegesellschaften bekommen.

Dies wird ver.di nicht hinnehmen. Die Große Tarifkommission von ver.di hat am 30. Mai 2012 auf ihrer Sitzung in Damp einstimmig beschlossen, am 13. und 14. Juni 2012 während eines zweitägigen Streiks eine Urabstimmung durchzuführen.

Betroffen sind in unserer Region die Standorte Damp, Schönhagen und Schleswig.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.06.2012, 18:56 Uhr - 26070 Clicks - Nr. 325

SPD-Parteitag wählte neuen Kreisvorstand

Die SPD Rendsburg-Eckernförde wählte einen neuen Vorstand und bestätigte Sönke Rix nach 10 Jahren erneut im Amt des Kreisvorsitzenden.

Seit 2002 ist Sönke Rix Kreisvorsitzender der SPD Rendsburg-Eckernförde. In einer Rede zum 10jährigen Amtsjubiläum würdigte seine Stellvertreterin und Wegbegleiterin Heidrun Isolt aus Eckernförde seine Arbeit. „Sönke Rix blieb immer geerdet und mit uns im Dialog. 10 Jahre Sönke Rix als Kreisvorsitzender, das sind auch 10 sehr aktive Jahre des Kreisverbandes. In Rendsburg-Eckernförde und darüber hinaus.“ Rix ist seit 2005 auch Bundestagsabgeordneter, zuvor engagierte er sich viele Jahre als Ratsherr in Eckernförde. Seit 2010 ist Rix Vorsitzender des Landesparteirats und führt in dieser Funktion derzeit gemeinsam mit Spitzenkandidat Torsten Albig und dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und dem SSW.

Die 106 Delegierten bestätigten Rix mit 97,2 % in seinem Amt. Zu seinen Stellvertretern wurden die Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli (94 %) aus Gettorf und der bisherige Schriftführer Götz Borchert (87 %) aus Dänischenhagen gewählt. Neuer Schriftführer wurde der Fraktionsvorsitzende im Eckernförder Rat, Martin Klimach-Dreger (88 %). Kassierer des Kreisverbandes bleibt Peter Skowron (90,2 %) aus Eckernförde.

8 Beisitzer komplettieren den Kreisvorstand. Zu ihnen gehören Heidrun Isolt (Eckernförde), Axel Diehl (Büdelsdorf), Andreas Fleck (Felde), Carsten Peschel (Nortorf), Robert Schuster (Kronshagen), Jürgen Strack (Neuwittenbek), Manfred Tank (Mielkendorf) und Martin Tretbar-Endres (Rendsburg).

Auf Antrag des gastgebenden Ortsvereins Altenholz beschloss der Parteitag die Reduzierung der Stundenzahl für Lehrkräfte und die Ausweitung der Mitbestimmung.

Sönke Rix zog eine positive Bilanz des Parteitags: „Wir haben uns inhaltlich gut aufgestellt. Erfahrene Kreisvorstandsmitglieder und neue Ideen werden sich gut ergänzen. Trotz unseres flächenmäßig so großen Kreises sind alle Regionen vertreten. Das ist ein gutes Zeichen, auch für die Kommunalwahl im nächsten Jahr. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit in den nächsten zwei Jahren.“

Kommentar von [Dirk Lerche](#) vom 03.06.2012, 13:59 Uhr:

RE: SPD-Parteitag wählte neuen Kreisvorstand

Meinen Glückwunsch an den alten und neuen Kreisvorsitzenden und den neuen Kreisvorstand. Ich wünsche Euch weiterhin viel Erfolg bei Eurer Arbeit und immer gute Beschlüsse!

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 06.06.2012, 09:43 Uhr - 8019 Clicks - Nr. 326

Geist-reich Verantwortung übernehmen

Pfingsten in der Ansgar-Kirchengemeinde
Schönningstedt / Ohe

In der Pfingstgeschichte geht es um die Aussendung des Heiligen Geistes. Gibt es so einen Geist, gibt es Begeisterung auch in der Politik? Zum Nachdenken darüber lud Pastor Benedikt Kleinhempel die Südstormarner Landtagskandidaten zum Pfingstgottesdienst nach Schönningstedt ein. Der Einladung folgten Harald Horst von der Linkspartei, Johannes Köhn von der FDP und der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



Die Politiker nutzten die Gelegenheit zum Innehalten und Reflektieren. Martin Habersaat sprach über die Funktion der Sprache in der Politik, die sowohl Mittel der Verständigung als auch des Angriffs sein könne. „Oft meint man auch verschiedene Dinge mit dem gleichen Begriff. Deutlich wird das beispielsweise, wenn man sich ansieht, wie die einzelnen Parteien ‚Familie‘ definieren und welche Politik sie daraus ableiten.“

Auch mit der Frage nach einem „gemeinsamen Geist“ bei politisch Aktiven und der Frage nach der Begeisterung befasste man sich. Martin Habersaat: „Begeisterung für ehrenamtliches Engagement muss da sein, sonst würde niemand so viel Zeit investieren in eine Arbeit, die selten Lob und oft Kritik einträgt.“

Im Anschluss an den Gottesdienst blieben noch viele Gemeindemitglieder da, um mit ihrem Pastor und den Politikern ins Gespräch zu kommen. Auch um Politik ging es dabei, aber sehr nachdenklich und freundschaftlich. Das war ein Geist-reicher Vormittag, befanden alle.

Foto: Johannes Köhn, Harald Horst, Benedikt Kleinhempel, Martin Habersaat, Uschi Berger

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.06.2012, 10:20 Uhr - 7903 Clicks - Nr. 327

Der Schlüssel des Erfolges

Nach zehn Jahren im Kreisvorstand, davon die letzten acht als Vorsitzender der SPD Stormarn, trat Martin Habersaat beim Kreisparteitag am 2. Juni in Großhansdorf nicht erneut an. Er verabschiedete sich mit einer ehrlichen Bilanz der letzten Jahre, sprach das Problem zurückgehender Mitgliederzahlen vor allem im ländlichen Raum an, aber auch die gute Ausgangslage für die Kommunalwahl 2013, lag die SPD bei der jüngsten Landtagswahl in vielen Städten und Gemeinden doch vor der CDU.



Der Schlüssel des Erfolgs eines Kreisvorsitzenden, so Habersaat, sei neben hohem persönlichen Einsatz ein gutes Team im Kreisvorstand und eine gute Unterstützung der Arbeit durch die Vorsitzenden der Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften sowie die Mandatsträger der SPD. Soweit er könne, wolle er dazu beitragen - sagte er und überreichte seiner Nachfolgerin einen großen Messingschlüssel. Mit Susanne Danhier ist erstmals in der 92jährigen Geschichte der SPD Stormarn eine Frau Vorsitzende dieses Kreisverbands.

Der Kreisparteitag verabschiedete die Ausscheidenden Mitglieder des Kreisvorstands, nach acht Jahren als Schatzmeisterin schied auch Gesa Tralau aus, nach zwei Jahren als Beisitzerin Halina Waltz, mit viel Dank und Applaus und stattete den neuen Kreisvorstand mit guten Wahlergebnissen aus. „Ein gelungener Übergang“, befanden alle Beteiligten.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.06.2012, 18:48 Uhr - 22218 Clicks - Nr. 328

Bundestagswahl 2013: KVn Fl und SL-FL einigen sich auf gemeinsame Vorgehensweise

Die Kreisvorstände Flensburg und Schleswig-Flensburg haben sich am 5. Juni 2012 in Tarp getroffen, um über die Modalitäten für die Bundestagswahl im Bundestagswahlkreis 1 im Jahr 2013 gemeinsam zu treffen. Als Gast auf der Sitzung nahm auch MdB Sönke Rix aus Rendsburg-Eckernförde teil, der zurzeit die beiden Kreise als Bundestagsmitglied betreut.

Die beiden Kreisvorstände einigten sich einstimmig darauf, dass die Mitglieder die Möglichkeit erhalten, ihren Kandidaten bzw. ihre Kandidatin im Rahmen einer Wahlkreiskonferenz zu wählen. Diese wird am 24. November 2012 in Tarp stattfinden.

Im Vorfeld werden im Kreis Schleswig-Flensburg drei Vorstellungsveranstaltungen und in Flensburg wird eine Vorstellungsveranstaltung stattfinden. Zurzeit sind von einigen Ortsvereinen Knut Dethlefsen und Bente Reimer vorgeschlagen worden und bekannt ist auch, dass Dirk Peddinghaus kandidieren wird. Diese Kandidaturen sind zurzeit bekannt. Es ist möglich, dass noch weitere Kandidaten antreten könnten. Die Vorstellungsrunden sind öffentlich, sodass sowohl SPD-Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger daran teilnehmen können, damit sie die Kandidatin und Kandidaten kennenlernen können.



Auf dem Foto von links nach rechts: Helmut Trost, Sönke Rix, Birte Pauls, Ralf Wrobel

Foto: Lothar Jacobie, KV Flensburg

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 07.06.2012, 15:02 Uhr - 8127 Clicks - Nr. 329

Beate Raudies bekommt neue Aufgaben im Landtag

Nachdem zwei Fraktionsmitglieder zu designierten Staatssekretären erklärt wurden, hat die SPD-Landtagsfraktion die Aufgaben noch einmal neu verteilt. Während der Fraktionsklausur in der vergangenen Woche (KW 22) wurden die Abgeordneten in ihre Positionen gewählt. Nach der konstituierenden Sitzung des Landtages am 5. Juni, wurden zwei Fraktionsmitglieder zu designierten Staatssekretären erklärt, so dass sich die Aufgaben einiger Abgeordneter verschoben haben. Beate Raudies war zunächst Mitglied im Innen- und Rechtsausschuss. Diese Position hat sie wieder abgegeben. Nunmehr ist sie stellvertretende Vorsitzende des Bildungsausschusses. Dort ist sie außerdem kulturpolitische Sprecherin und für den Landeschulbeirat zuständig. Zudem sitzt die Elmshornerin im Petitionsausschuss und bekleidet einen Stellvertreterposten im Finanzausschuss.



Die Abgeordnete ist außerdem als Fraktionssprecherin für den Bereich Feuerwehr zuständig.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.06.2012, 19:30 Uhr - 27715 Clicks - Nr. 330

Altersarmut verhindern

Kreisverband SPD – AG 60 plus: Altersarmut verhindern
Die Kreiskonferenz der AG 60 plus in Fockbek hatte die Abteilungsleiterin

Sozialpolitik DGB Bezirk Nord Gabriele Wegner zu einem Referat zum Thema „Altersarmut – Ursachen und Folgen“ eingeladen“.

Die Zunahme prekärer, gering entlohnter Beschäftigungsverhältnisse und das Anwachsen von ungesicherten Selbständigkeiten höhlen unsere sozialen Sicherungssysteme aus. Wegner mahnte dringende Reformen am Arbeitsmarkt an. Mindestlohn muss weiterhin auf der Agenda ganz oben stehen.

„Mehr soziale Sicherheit im Alter sowie Vermeidung und Überwindung von Altersarmut sind schon lange Themen der Älteren in der SPD“ ergänzte der Kreisvorsitzende der AG 60 plus Hans Peter Robin, „Altersarmut wird der rote Faden unserer Arbeit in den nächsten zwei Jahren sein !“

Der Sozialdemokrat aus Rendsburg wurde auf der Kreiskonferenz mit allen Stimmen der anwesenden Mitglieder für weitere zwei Jahre als Vorsitzender bestätigt. Zu Beisitzern wurden die Genossen Uwe Fischer und Rolf Meiswinkel aus Eckernförde, Harald Harder aus Rendsburg, Bernhard Fleischer aus Sehestedt Uwe Krohze aus Nortorf, Peter Ohlsen aus Westerrönfeld, Hans-Peter Warnholz aus Fockbek und Walburga Utecht aus Kochendorf gewählt.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 08.06.2012, 08:36 Uhr - 11701 Clicks - Nr. 331

Anette Langner wird Staatssekretärin

Anette Langner wird Staatssekretärin

Rund 4 Wochen nach den Landtagswahlen haben sich die Spitzen von SPD, Grünen und SSW auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag geeinigt. Am 12. Juni wird Torsten Albig vom Landtag zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Der neuen Landesregierung wird auch unsere Kreisvorsitzende Anette Langner angehören. Sie wird Staatssekretärin in dem von Kristin Alheit geführten Sozialministerium



Für Anette, die uns als Kreisvorsitzende erhalten bleibt, ein Traumjob, so zählt das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ doch zum Markenkern der SPD. Zwar muss sie dafür ihr direkt gewonnenes Landtagsmandat abgeben. Als Regierungsmitglied wird Anette aber zukünftig noch mehr für unsere Region bewirken können, als sie es ohnehin schon getan hat. Zudem verfügt der Kreis Plön mit Regina Poersch auch weiterhin über eine sehr engagierte und kompetente SPD-Landtagsabgeordnete, so dass wir ideal aufgestellt sind!

Herzlichen Glückwunsch, Anette und viel Erfolg im neuen Amt!

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 08.06.2012, 12:31 Uhr - 4735 Clicks - Nr. 332

Bürgerhausverein feiert Geburtstag

Fünf Jahre Verein Bürgerhaus Barsbüttel - Grund genug zum Feiern. Deshalb hatten die Mitglieder des Vereins um den Vorsitzenden Hans-Dieter Ellerbrock zu einem bunten Gartenfest eingeladen und ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt, das

viele Gäste anlockte. Zumindest am Nachmittag konnte auch Martin Habersaat dabei sein, nachdem der SPD-Kreisparteitag in Großhansdorf beendet war.

Das Wetter war immerhin überwiegend gut, und mehr als 400 Gäste verbrachten einen tollen Tag im Garten des Bürgerhauses. Dabei waren unter anderen die Musikschule, die Showband 2000, die Liedertafel Barsbüttel, der Musikzug der freiwilligen Feuerwehr Willinghusen und ein Comedy-Programm. Der Verein kündigte schon an: „Es war sicher nicht das letzte Mal, dass ein solches Gartenfest im Bürgerhaus gefeiert wird.“

Foto: Wolf Harden und Martin Habersaat

Fotoalbum: [hier](#).



Das Bürgerhaus im Internet:

<http://www.buergerhaus-barsbuettel.de/>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.06.2012, 12:59 Uhr - 11789 Clicks - Nr. 333

FH Kiel plant Festival der räumlichen Medien

Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion zu Besuch im Mediendom

Vom 2. bis 3. November 2012 findet an der Fachhochschule Kiel zum ersten Mal das KOORDINATEN Festival der räumlichen Medien statt. Das Festival widmet sich der künstlerischen Nutzung und Erforschung umgebender Medien. Um einen Einblick in dieses spannende Tätigkeitsfeld zu gewinnen, besuchten nun Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion den Mediendom auf dem Kieler Ostufer.

Jürgen Rienow demonstrierte den staunenden Gästen die Möglichkeiten des Mediendoms, unter anderem wurde der Film „Rätsel des Lebens – Darwins große Reise“ gezeigt - eine der besten Produktionen, die es für solche Kuppeln derzeit gibt. Anschließend lud Kanzler Klaus-Michael Heinze noch zu einem Rundgang über den Campus und zeigte die Räumlichkeiten, in denen das Festival stattfinden wird.

Bei den Abschlussgesprächen im Bunker D zeigten die Gäste sich sehr beeindruckt. Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion: „Wir haben einen tollen Campus gesehen, viel Kunst im öffentlichen Raum und junge Menschen, die hier mit viel Kreativität etwas auf die Beine stellen!“

Foto: Klaus-Michael Heinze, Martin Habersaat, Heidi Kjær, Shakira-Jil Simon, Jürgen Rienow



[Mehr Informationen zum KOORDINATEN-Festival.](#)

[Fotoalbum: hier.](#)

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.06.2012, 17:25 Uhr - 11016 Clicks - Nr. 334

Martin Habersaat besucht „Frauen helfen Frauen“

Nach der erfolgreichen Landtagswahl hatte Martin Habersaat das Angebot gemacht, als Abgeordneter überall dort zu Besuch zu kommen, wo ein Bericht über seine Arbeit in Kiel gewünscht ist oder wo Menschen ihm von ihrer Arbeit oder ihren Problemen erzählen wollen. Die erste, die dieses Angebot annahm, war Dagmar Greis von „Frauen helfen Frauen Stormarn e.V.“. Sie und ihr Team besuchte Martin Habersaat nun in Bad Oldesloe, um den frisch ausgehandelten Koalitionsvertrag vorzustellen und um viele Anregungen mitzunehmen.

Die letzte Landesregierung hatte die Mittel für Frauenhäuser und Frauenfachberatungsstellen stark zusammengestrichen. Auf der anderen Seite wurde allerdings ein neuer Verteilungsschlüssel eingeführt, der Benachteiligungen, wie sie für Stormarn vorher bestanden, abmilderte. Habersaat nahm den Wunsch auf, diesen Schlüssel im Prinzip beizubehalten. Außerdem wünschten sich die Frauen des Vereins, dass das im letzten Jahr von der Schließung bedrohte Frauenhaus Stormarn um zwei Plätze auf 15 aufgestockt wird, wie es der Trägerverein seit Jahren einfordert. Zu berichten hatte er unter anderem, dass die Kürzung der Mittel rückgängig gemacht werden soll („Weil sonst auf den Sozialstaat langfristig mehr Kosten zukämen“), und dass in Sachen Gleichstellung von der neuen Landesregierung gleich mehrere Verbesserungen geplant sind.

Der Abgeordnete besichtigte die Räumlichkeiten und informierte sich über die vielfältige Arbeit der Frauenfachberatungsstelle. Habersaat: „Für Diskussionen in Kiel ist es wichtig, dass ich die Situation in Stormarn gut kenne. Jetzt weiß ich, welche Fragen ich stellen und worauf ich achten muss.“

Wer einen Kreis von 5 oder mehr interessierten Menschen organisiert, im heimischen Wohnzimmer, Clubhaus oder Café, kann mit Martin Habersaat einen Termin vereinbaren. Telefon: 040 / 67081528.

Habersaat: „Das Angebot gilt auch für Nicht-Wähler, die vielleicht einmal ‚einem von diesen Politikern‘ erklären wollen, warum sie nicht an der Wahl teilgenommen haben.“



Foto: Vira Sprotte, Dagmar Greiß, Sina Mierau, Gisela Boyer, Martin Habersaat, Astrid Dünnes, Kobra Ahoon

Keine Kommentare

„Mitgliedstaaten müssen sich zu nachhaltiger Fischereipolitik bekennen“

Berichterstatteerin fürchtet Rückschritte im Reformprozess

„Jetzt muss Butter bei die Fische – vage Absichtserklärungen reichen an diesem Punkt des Reformprozesses der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik nicht mehr aus!“, betont die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST am Montag zu Beginn der Sitzungswoche in Straßburg.

Von dem am Dienstag in Luxemburg tagenden Fischereirat erwartet die SPD-Politikerin, die Berichterstatteerin des Europäischen Parlaments zur anstehenden Reform ist, deshalb ehrgeizigere Schritte.

Die angestrebte Grundsatzeinigung der Minister über die Reform der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik (GFP) müsse konkrete Maßnahmen gegen die Überfischung vorweisen. „Wenn sich der Rat dieses zentrale Thema erst für die Zeit bis 2020 auf Wiedervorlage legt, wie das einige Mitgliedstaaten gerne hätten, ist ihm echter Reformwille abzusprechen“, so Ulrike RODUST. Nur wenn sich die EU-Länder rechtlich wasserdicht vorschrieben, die jährlichen Fangmengen daran auszurichten, mindestens einen maximalen Dauerertrag (MSY) erhalten zu können, werde der Überfischung Einhalt geboten werden können.

Gleichermaßen kritisiert die Berichterstatteerin erste vorliegende Pläne des Rates, von einem grundsätzlichen Rückwurfverbot abweichen und dieses nur noch "von Fall zu Fall" einführen zu wollen. „Für uns Parlamentarier ist klar, dass es zentraler Inhalt der Reform ist, diese skandalöse Verschwendung von essbarem Fisch zu beenden“, erklärt Ulrike RODUST. „Ich kann die Mitgliedsstaaten nur warnen, diesen Punkt erneut in Frage zu stellen“, so Ulrike RODUST weiter.

Natürlich könne das Europäische Parlament jeden Minister verstehen, der sich um das Auskommen seiner Fischer Sorge. „Das kann aber nicht dazu führen, dass wir den Willen zu einer echten – und auch im Interesse der Fischer – auf Dauer nötigen Reform verlieren“, unterstreicht Ulrike RODUST. In diesem Zusammenhang frage sie sich auch, warum der Rat nichts unternehme, um Kleinfischern zu helfen. Schließlich schaffe die handwerkliche Küstenfischerei mehr Arbeitsplätze und biete zudem einen kulturellen und touristischen Mehrwert und müsse deshalb Vorrang vor der Industriefischerei haben.

Abschließend betont Ulrike RODUST die Rolle des Europäischen Parlaments: „Ich bin mir sicher, dass wir bessere Lösungen für die drängenden Probleme finden werden. Die Minister werden sich noch massiv bewegen müssen, damit wir am Ende einem Kompromisstext zustimmen können“.

Keine Kommentare

OV Suchsdorf Infobrief Juni

Der monatliche Infobrief des OV Suchsdorf ist wieder da! Für eine erweiterte Version mit Bildern bitte den OV-Vorsitzenden Andreas Arend kontaktieren. Wir wünschen viel Spaß! Suchsdorfer SPD! Und Gut!-Newsletter 06/12

Liebe Genossin, lieber Genosse,
ich hatte es in der Vergangenheit bereits angekündigt, der damals bevorstehende Wahlkampf sollte ganz in den Mittelpunkt des Ortsvereines gerückt werden, denn wir hatten uns große Ziele gesetzt. Und jetzt liegen fünf arbeitsreiche Monate hinter uns und mit vereinten Kräften haben wir es im Land gemeinsam geschafft!

- Denn "Einer von uns" Torsten Albig wird Ministerpräsident werden und damit ist auch ein Regierungswechsel in Schleswig-Holstein verbunden.

- Unsere Kandidaten für die Wahlkreise in Kiel sind direkt in den Landtag gewählt worden.

Und hierfür haben wir unseren Beitrag geleistet! Wir haben politische und kulturelle Veranstaltungen geplant und durchgeführt. In den letzten Wochen vor der Wahl haben wir an insgesamt 14 Infoständen den BürgerInnen und Bürgern Rede und Antwort gestanden, und einige von uns haben zusätzlich die Aktionen und Veranstaltungen des Kreisverbandes unterstützt.

Das war eine prima Leistung und dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken: Bei unseren Familien und Partnern, die uns zu Hause den Rücken frei gehalten haben und damit auch Verständnis für unsere ehrenamtliche Tätigkeit aufbringen.

Wir möchten uns bedanken bei allen aktiven Wahlkampfhelferinnen und Helfern.

Die Aktionen im Mai sind hier dokumentiert und Du kannst Dich über unsere Vereinsaktivitäten im Juni informieren. Vielleicht sieht man sich ja bei der einen oder anderen Veranstaltung. Viel Spaß beim Lesen!

Andreas Arend

Vorsitzender

I)Public Viewing im OV Kiel-Suchsdorf zum Kandidatenduell siehe dazu Homepage

II)Mit 600 Rosen im Gepäck ging es in den Endspurt

Siehe dazu in Kürze unsere Homepage www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf

III)SPD WIEDER STÄRKSTE PARTEI IN SUCHSDORF

Aus der Landtagswahl ist die SPD in Suchsdorf als stärkste Partei hervorgegangen.

Im Ortsbeiratsbezirk (Alt-Suchsdorf und Klausbrook) errang Rolf Fischer 44,3 % (plus 9,6 %) der Erststimmen und holte im Wahlkreis Kiel-Nord erneut das Direktmandat. Mit der Zweitstimme wählten 39,5 % (plus 9,7 %) der Suchsdorferinnen und Suchsdorfer die SPD. Die Wahlbeteiligung lag mit 71 ,9 % (Kiel: 61 ,2 %) wieder überdurchschnittlich hoch.

Auch das Suchsdorfer SPD-Ergebnis liegt über dem Kieler Resultat (Kiel, Erststimmen: 43,3 %, Zweitstimmen: 36,1 %). Von den 8 Suchsdorfer Wahlbezirken wurde die SPD in 7 stärkste Kraft, nur nicht im Ostsee- und Nordseevierviertel. Das beste Ergebnis wurde im Sylter Bogen (Erststimmen: 55,0 %, Zweitstimmen: 50,2 %) erreicht. Thomas Wehner, Ratsherr

IV)Spargelesen des Ortsvereines war gut besucht

Siehe auch dazu einen Bericht unserer Homepage

V)Fotosammlung des Ortsvereines

Wie ihr wisst, bin ich kein großer Freund von "Hochzeitszeitungen"! Zumindest nicht, wenn es sich im eigentlichen Sinne um einen Newsletter handeln soll. Mittlerweile bin ich aber zu der Überzeugung gekommen, dass die Bilder doch immernoch sehr geeignet sind die Veranstaltungen für euch lebendiger darzustellen. So ist in den letzten Monaten ein beachtliches Archiv an Fotos aus dem Ortsverein zusammen gekommen. Hierfür auch Dank an Hans-Ulrich und Reinhard!

Natürlich können wir nicht alle Fotos im Newsletter ausstellen. Wer aber Interesse hat, kann auf Rückfrage alle Bilder von mir erhalten. Wenn Ihr mir eine DVD oder CD überlasst, mit dem Hinweis, welche Fotos bzw. Veranstaltungen euch interessieren, fertige ich euch eine entsprechende Bilder-CD.

Da wir auch gerne die Geschichte unseres Ortsvereines in Wort und Bild festhalten möchten, sind wir auf Eure Hilfe angewiesen. Wenn Ihr Fotos, Schriftstücke, Filme oder Erinnerungen in Schriftform aus der Vergangenheit habt, bitten wir Euch, diese für unser Archiv zu Verfügung zu stellen. Vielen Dank! Vielleicht sieht man sich ja auf der einen oder anderen Veranstaltung?! Wenn Du eine gute Idee, einen Verbesserungsvorschlag oder Anregungen für den Infobrief hast, würde ich mich über eine kurze Nachricht sehr freuen!

Beste Grüße
Andreas

Wir freuen uns immer über Ihr/euer Interesse, kontaktieren Sie/ihr uns gerne! Bis zum nächsten Infobrief

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 11.06.2012, 20:53 Uhr - 57857 Clicks - Nr. 337

Die Nachhaltigkeitsstrategie im Koalitionsvertrag 2012

Eckart Kuhlwein, Geschäftsführer des UmWeltforums der SPD Schleswig-Holstein, hat den Koalitionsvertrag 2012 an den Positionen der SPD in Schleswig - Holstein gespiegelt:



Kursiv Einfügungen des Autors – der übrige Text ist O-Ton des Koalitionsvertrages

Das umWeltforum der SPD Schleswig-Holstein sieht im Koalitionsvertrag der Schleswig-Holstein-Koalition einen Wendepunkt der Landespolitik – weg vom Paradigma eines beliebigen Wirtschaftswachstums und hin zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie auf dem Erdgipfel in Rio 1992 formuliert wurden. Unser Land kann damit Vorreiter einer sozial-ökologischen Erneuerung werden. Dafür stehen insbesondere die folgenden Punkte des Koalitionsvertrags, zu denen auch das umWeltforum durch viele Initiativen in den letzten Jahren beigetragen hat. Wir sind übrigens das Original und keine Kopie. Ich erinnere nur an Björn Engholms Öko-Valley, an Berndt Heydemanns beispielgebendes Naturschutzgesetz und an die Energiepolitik von Günther Jansen und Claus Möller. Ohne die SPD wäre Schleswig-Holstein niemals Vorreiter bei der Windenergie geworden.

Präambel

Schon in der Präambel des Koalitionsvertrags findet sich das Bekenntnis zur Nachhaltigkeit mit einem Zitat aus dem Hamburger Programm, das wir mehrfach auf unseren Landesparteitagen bestätigt haben: „ Wir stehen für eine Politik, die Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen verankern wird.“ Dazu gehört auch eine langfristig angelegte Politik: „ Dabei wollen wir ein Denken in den engen Zeitfenstern von Legislaturperioden überwinden. Niemand von uns weiß genau, vor welchen Herausforderungen unsere Gesellschaft im Jahr 2017 stehen wird und niemand von uns weiß, ob alle Aufgaben, die sich uns in den fünf Jahren gestellt haben, auch in diesem Zeitraum abgearbeitet werden konnten.“

Anderes Wirtschaften

Zu den wichtigsten Projekten der Nord-Koalition gehören auch Energiewende und Schritte hin zu einer CO2-armen Wirtschaftsweise. Denn: „Investitionen in Energieeffizienz und Energiesparen dienen nicht nur dem Klimaschutz, sondern können bei steigenden Energiekosten auch strukturell die öffentlichen Haushalte entlasten. Sie genießen daher neben den Bildungsinvestitionen Priorität. Klimawandel und steigende Energiepreise erfordern ein anderes Wirtschaften, ein qualitatives Wachstum. Für unser Land liegt in der Energiewende und mehr Ressourceneffizienz eine große Entwicklungschance für die Wirtschaft.“

Vorreiter bei der Energiewende

„Schleswig-Holstein muss wieder Vorreiter bei der Energiewende werden und seine großen Potenziale nutzen. Zur Sicherung der Umsetzung des Atomausstieges, zur Erreichung der Klimaschutzziele und zur Gewährleistung einer nachhaltigen

Energieversorgung müssen sehr schnell alle Anstrengungen unternommen werden, den Einsatz regenerativer Energien zu stärken und nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. Unser Ziel ist, in Schleswig-Holstein eine Versorgung mit Energie ganzjährig aus regenerativen Energien sicher zu stellen - unabhängig von Tageszeit und Wetter. Wir wollen in den nächsten Jahren die Voraussetzungen schaffen, dass bis 2020 unser Land dreimal so viel erneuerbaren Strom produziert, wie es verbraucht und so zum wirtschaftlichen Profiteur der Energiewende wird.“

Das Land werde zügig Bundesratsinitiativen starten, um die Erhöhung der Einnahmebasis für Land und Kommunen zu erreichen. Hierzu gehörten unter anderem der konsequente Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und die Einführung einer Klimaschutzsteuer.

Schluss mit EURATOM !

Wir werden über den Bundesrat eine Initiative zur sofortigen Revision des Euratom-Vertrages einbringen. Wir setzen dabei auf ein Ende des Euratom-Vertrages und die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE). Die Aufteilung der Forschungsmittel zwischen nuklearem und nicht nuklearem Bereich ist besonders hinsichtlich der erneuerbaren Energien sehr einseitig zu Gunsten der Atomkraft. Wir werden im Rahmen der Erstellung des nächsten Forschungsrahmenprogramms darauf hinwirken, dass die Mittel in die Erforschung von Energieeffizienz und erneuerbare Energien überführt werden und keine Mittel mehr für Atomforschung bereitgestellt werden.

„Naturschutz ist kein Luxus“

„Schleswig-Holstein ist geprägt von einer einzigartigen Naturvielfalt und Schönheit. Der Fortschritt und die Veränderungen, die wir anstreben, dürfen und werden nie gegen die Natur gerichtet sein. Die biologische Vielfalt ist einer der größten Schätze dieses Landes, Lebensgrundlage und ein Kapital. Naturschutz ist kein Luxus. Wir wollen mit unserer Politik einen integrierenden Ansatz für Wirtschaft und Naturschutz, um die konkurrierenden Interessen gegeneinander abzuwägen und auszugleichen.“

Nachhaltige Wachstumsindikatoren

Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes nachhaltig gestalten und dafür weitere Wachstumsindikatoren neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) entwickeln. Dazu wird die Landesregierung eine Kommission unter Einbezug des Landtages einrichten. Sie setzt sich zum Ziel, im Dialog mit Experten aus der Wirtschaft ergänzende BIP-Indikatoren zu entwickeln.

Nachhaltigkeit bei der Wirtschaftsförderung

Alle Wirtschaftsförderprogramme und -instrumente für Schleswig-Holstein werden überprüft und den übergeordneten Zielen der Landesregierung angepasst. Die Wirtschaftsförderprogramme werden konsequent an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet, *u.a. auch an einem Nachweis über die Umweltverträglichkeit*. Besonders im Fokus stehen Potenziale in den wichtigen Zukunftsfeldern Energie- und Umwelttechnik, neue Speichertechnologien, Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik, maritime Wirtschaft, nachhaltiger Tourismus, Kreativwirtschaft, Mobilität, Maschinenbau, Ernährungswirtschaft, Wichtigste Aufgabe ist dabei die Wandlung hin zu einer nachhaltigen Industrieproduktion, die auf Energie- und Materialeffizienz setzt. Wir wollen uns in unserer Wirtschaftspolitik, und dazu gehört auch die Industriepolitik, daran messen lassen, technologische, ökologische und soziale Innovationen voran zu bringen. Für die Förderung des Tourismus gelten zukünftig auch folgende Rahmenbedingungen: Nachhaltigkeit, Klimaverträglichkeit, Schonung der Ressourcen und die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV.

Kein neues Kohlekraftwerk mehr

Mit dem Industriestandort Brunsbüttel verfügt das Land auch über einen Energieknotenpunkt, den wir im Rahmen der Energiewende gerade bei der Entwicklung von Speichertechnologien und der Forschung zur Bindung und Vermeidung von CO₂ stärken wollen. Wir wenden uns gegen den bisher erlaubten Import von bei uns nicht

zugelassenen chemischen Substanzen in verarbeiteten Produkten (z.B. Farben in Textilien). Ein neues Kohlekraftwerk ist mit den Zielen der Landesregierung zu erneuerbaren Energien und zum Klimaschutz nicht vereinbar. Deshalb werden wir alle Möglichkeiten nutzen, den Neubau eines Kohlekraftwerks in Schleswig-Holstein zu verhindern. Konkret werden wir in Brunsbüttel die Option für den Grundstücksverkauf an SWS auf keinen Fall verlängern und die Landesregierung wird gegenüber dem Investor deutlich machen, dass Kohlekraftwerke nicht in die aktuelle Energiestrategie des Landes passen.

Mehr ÖPNV und Fahrradverkehr

Angesichts des sich rapide verschlechternden Zustandes unserer Verkehrswege muss es unser vorrangiges Ziel sein, die Infrastruktur dauerhaft im vollen Umfang betriebsfähig zu halten und eine weitere Substanzschädigung zu verhindern. Gleichzeitig wissen wir, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele auch der Verkehrsbereich einen relevanten Beitrag leisten muss. Dazu gehört für uns auch die Diskussion über die Verteilung der Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Wir nehmen eine Verteilung von 70:30 für den öffentlichen Verkehr vor. Wir werden die für den Radverkehr zur Verfügung stehenden GVFG-Mittel schrittweise erhöhen, um Schleswig-Holstein zum Fahrradtourismusland Nummer eins in Deutschland zu machen.

Mehr Lärmschutz und Tempo 130

Unser Ziel ist eine Verbesserung des Schutzes vor Verkehrslärm an Straßen, Schienen und Flughäfen. Lärmquellen sollen beseitigt, der Schutz der Menschen verbessert werden. Die Koalition setzt sich auf Landes- und Bundesebene für ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen ein. *Unsere Landespartei hatte sogar mal Tempo 120 beschlossen – der Bundesparteitag aber Tempo 130.* Darüber hinaus wird die Landesregierung zeitnah die einzelnen Geschwindigkeitsregelungen auf den Autobahnen in Schleswig-Holstein anhand von § 45 Abs. 1 StVO überprüfen und prüfen, ob ein generelles Überholverbot für LKW auf einzelnen Autobahnen umsetzbar ist, damit in Zukunft mehr Sicherheit, ein besserer Verkehrsfluss und weniger Kohlendioxid-Ausstoß erreicht werden kann.

A 20 mit Vorrang bis zur A 7

Wir stellen fest, dass ein Weiterbau der A20 westlich der A7 in dieser Legislaturperiode nicht realistisch ist und ausgeschlossen wird. Das bedeutet u.a., dass die im Investitionsrahmenplan des Bundes vorgesehene Maßnahme westlich der A23 (Abschnitt Hohenfelde-Sommerland) in dieser Legislaturperiode nicht gebaut wird. Deshalb müssen die Finanzmittel hierfür umgewidmet werden und vorrangig für den Anschluss der A20 an die A7 verwendet werden. Wir haben uns darauf verständigt, dass die A20 abschnittsweise von Ost nach West nur mit verkehrstechnisch sinnvollem Anschluss gebaut wird.

Keine Gigaliner bei uns

Der Einsatz von Lang-LKW, sogenannter Gigaliner, wird von uns abgelehnt. Darum wird sich Schleswig-Holstein aus dem Feldversuch Lang-LKW zurückziehen.

Neue Rechnung für Fehmarnbelt

Die Koalitionspartner nehmen zur Kenntnis, dass sich die ursprünglich auf 800 Millionen Euro angesetzten Kosten für die Hinterlandanbindung nach Schätzungen des Bundesrechnungshofes vom April 2009 auf mindestens 1,7 Milliarden Euro erhöht haben. Deshalb wird die Landesregierung die Bundesregierung auffordern, eine Überprüfung der Kostenschätzung und des Nutzen-Kostenverhältnisses vorzunehmen. Es gilt der deutsch-dänische Staatsvertrag, der nur einvernehmlich und von den jeweiligen nationalen Regierungen nach Artikel 22 neu erörtert werden kann. Die im Landeshaushalt eingestellte Verpflichtungsermächtigung über 60 Millionen Euro für die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbeltquerung wird aufgehoben, weil sie nicht rechtmäßig ist.

Kein Geld für Landesflughäfen

Angeichts der zahlreichen Aufgaben und eingeschränkter Haushaltsmittel, die das Land für Infrastrukturmaßnahmen hat, wird die Förderrichtlinie für Investitionen an Flughäfen unverzüglich aufgehoben und in Zukunft keine Investition in Flughäfen und Verkehrslandeplätze seitens des Landes gefördert.

Nachhaltige Ostseepolitik

Flaggschiff-Projekte der EU-Ostseestrategie, die wir initiieren und voranbringen, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien (Kompetenzzentrum Windenergie). Wir werden gemeinsam mit den Nachbarn eine integrierte maritime Politik umsetzen, insbesondere durch Initiativen für mehr Schiffsicherheit in der Ostsee gemeinsam mit den Anrainern, Meeresschutzprogramm Ostsee, neue umweltfreundliche Technik für die Häfen der Ostseeanrainer, Unterstützung der Initiative „Baltic Sea Clean Shipping“ mit dem Ziel Null-Emissionen in der Seefahrt.

Öffentliche Gebäude als Vorbilder für Energiesanierung

Wir werden Investitionsprogramme zur Sanierung öffentlicher Gebäude auflegen, die in der Folge Heizkosten für den Haushalt einsparen. Wir werden der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein zusammen mit den anderen Landesinstitutionen im Energiebereich den Auftrag erteilen, einen langfristigen Sanierungsfahrplan vorzulegen und die Aktivitäten im Bereich Bauen und Bewirtschaften konsequent an der Zielsetzung der Energieeinsparung um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 auszurichten. Die knappen Haushaltsmittel aus dem Hochbautitel werden wir vorrangig für energetische Sanierungsvorhaben verwenden. Bauvorhaben sollen den Gesamtenergiebedarf der Landesliegenschaften reduzieren.

CCS durch ein Gesetz verbieten

Wir halten CCS aus Sicherheits- und Klimaschutzgründen für falsch und lehnen Fracking ab. Deswegen wollen wir diese Wege für ganz Deutschland - insbesondere auch in der Ausschließlichen Wirtschaftszone - ausschließen. Dazu werden wir entsprechende Initiativen ergreifen bzw. unterstützen. Bis uns dies gelingt, werden wir CCS in Schleswig-Holstein über ein Gesetz verbieten.

Stromleitungen wenn möglich als Erdkabel

Neue Stromleitungen mit bis zu 110 KV sollen im Rahmen des zulässigen Mehrkostenfaktors grundsätzlich als Erdkabel verlegt werden und im Rahmen des gesetzlich Möglichen sollte bei 380 KV-Leitungen eine Prüfung dessen erfolgen. Die Anbindung unserer windreichen Gebiete per Seekabel an das norwegische Stromnetz sind ein entscheidender Beitrag zur Energiewende. Wir werden und entschieden und engagiert für die alsbaldige Realisierung eines solchen Kabels einsetzen. Durch Pilotprojekte für innovative Technologien sowie Markteinführung und Anwendung der ausgereiften Speicherkonzepte werden wir die Integration der wetterabhängigen erneuerbaren Energiequellen entscheidend voranbringen. Wir wollen bestehende Möglichkeiten zur Nutzung von Wasserstoff als Speicher mit einbeziehen. Wir wollen für Druckluftspeicher eine Kartierung des Untergrundes vornehmen lassen und dabei auch unterirdische Räume für tiefe Geothermie und Gasspeicher für erneuerbare Energien reservieren.

Klimaschutz als Ziel der Landesplanung

Wir werden Klimaschutz und Energieeffizienz in den zentralen Vorschriften der Landesplanung als Ziel festschreiben. Den Ausbau der erneuerbaren Energien werden wir über die Raumordnung und die Landesplanung unterstützen und steuern. Auch bei der Planung und Steuerung des Netzes sehen wir das Land in der Pflicht und werden auf die Schaffung einer Landesnetzgesellschaft hinwirken, an der sich Private beteiligen können, die aber mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand liegt.

Schluss mit der „Vermaisung“

Die Vermaisung der Landschaft muss gestoppt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anlagen zunehmend bedarfsgerecht den Strom produzieren und sinnvolle Wärmenutzungskonzepte umgesetzt werden. Auch bestehende Anlagen sollen sich technisch z.B. mit dem Ziel der besseren Rohstoffeffizienz weiterentwickeln können. Regionen unterstützen wir darin, über die Instrumente des Planungsrechts eine dominierende Belastung ganzer Landschaften mit einzelnen Biomassepflanzen wirksam zu begrenzen.

Bei der Biomasse setzen wir vor allem auf Reststoffe und auf umwelt- und landschaftsverträgliche nachwachsende Rohstoffe. Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Novellierung des Erneuerbare Energiengesetzes die einseitige Ausrichtung auf Mais in Biogasanlagen beendet wird und die Regeln zur Privilegierung von Biogasanlagen im Bauplanungsrecht angepasst werden.

15 Prozent Vorrang für Naturschutz

Wir wollen der Natur auf 15 Prozent der Landesfläche Vorrang einräumen. Wir werden das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem weiterentwickeln, laufende Verfahren zur Ausweisung von Naturschutzgebieten zügig abschließen und die Unterschutzstellung weiterer Gebiete vorbereiten. Die für Schleswig-Holstein typischen Knicks werden wir wieder wirksam schützen und dazu landeseinheitliche Regelungen erlassen. Alleen und Straßenrandbepflanzungen mit Gehölzen sollen nach einem öffentlichen Bewirtschaftungskonzept unter Berücksichtigung des Naturschutzes gepflegt und erhalten werden.

Grünland und „Greening“ der Agrarpolitik

Den dramatischen Rückgang an Grünland wollen wir stoppen. Neben Vertragsnaturschutzangeboten wollen wir ein generelles Umbruchverbot auf Moorstandorten umsetzen und ihre Wiederherstellung unterstützen. Wir wollen Wertschöpfung und Einkommen aus einer umweltverträglichen Grünlandbewirtschaftung sichern und die Kompetenzen in Weide- und Grünlandnutzung aus Praxis, Bildung, Wissenschaft und Beratung bündeln und vernetzen. *Für die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik – das haben wir bei uns auch so beschlossen:* Gegenüber der Bundesregierung und auf europäischer Ebene setzen wir uns für wirksamere Vorgaben zur Ökologisierung der EU-Agrarförderung („Greening“) wie Mindestvorgaben zu Fruchtfolgen und ökologischen Vorrangflächen ein. Außerdem fordern wir eine wirksame Bindung an Arbeit durch Degression bei der Förderung.

Mit der Entwicklung einer Eiweißstrategie wollen wir konzeptionell die Grundlage für mehr Anbau von Eiweißpflanzen in Schleswig-Holstein legen. Dadurch sollen auch die aus umwelt- und entwicklungspolitischer Sicht problematischen Soja-Importe verringert werden.

Ökolandbau und Regionalisierung

Schleswig-Holstein ist beim Ökolandbau bundesweit Schlusslicht. Das wollen wir ändern und werden daher die Umstellungshilfe für den Ökolandbau flächendeckend fortsetzen und die Beibehaltungshilfe wieder einführen. Die Mittel für Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Produkte werden wir auf mittelständische und handwerkliche Strukturen ausrichten. Bei der öffentlichen Beschaffung streben wir die stärkere Verwendung regionaler und ökologischer Produkte an. In Mensen und Großküchen wollen wir den Anteil regionaler und ökologischer Produkte erhöhen. Vorhandene Kompetenz im Ökolandbau in Praxis, Beratung, Lehre und Forschung im Land werden wir stärker vernetzen.

Unser Land gentechnikfrei

Wir wollen die Gentechnikfreiheit beim Anbau in Schleswig-Holstein als einen wichtigen Standortvorteil für die Land- und Ernährungswirtschaft erhalten und sichern. Der Schutz vor gentechnischen Verunreinigungen im Saatgut oder in Futtermitteln ist dafür Voraussetzung. Wir wenden uns daher gegen jegliche Versuche, die Nulltoleranz aufzuweichen. Auf europäischer Ebene unterstützen wir die Forderung, dass Regionen

und Ländern das Recht eingeräumt wird, den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen zu untersagen. Schleswig-Holstein wird wieder Mitglied im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen werden.

Gewässer- und Meeresschutz

Die Pflanzen- und Tierwelt unserer Seen, Bäche und Flüsse ist durch Nährstoffeinträge und Strukturarmut bedroht. Wir werden im Dialog mit den Betroffenen vor Ort die Qualität der Oberflächengewässer verbessern und die Gewässerrandstreifen besser schützen. Mehr als die Hälfte der Grundwasserkörper weisen zu hohe Nitratgehalte auf. Wir setzen uns daher auf Bundesebene für eine Überarbeitung der Düngeverordnung ein. Die Zuschüsse an die Wasser- und Bodenverbände werden wir stärker an Auflagen zur naturnahen Gewässerunterhaltung binden.

Wir wollen dem Meeresschutz wieder einen hohen Stellenwert geben. Die bestehenden Nutzungen im Nationalpark Wattenmeer werden wir auf Vereinbarkeit mit den Schutzziele überprüfen und einen Runden Tisch mit Fischern und Naturschützern einrichten, um Lösungen für eine naturverträglichere Fischerei in Natura-2000-Gebieten zu erarbeiten.

Keine Privatisierung der Wälder

Schleswig-Holstein ist das waldärmste Bundesland. Etwa die Hälfte unserer Wälder befindet sich im Besitz der öffentlichen Hand. Wir halten an der Anstalt Landesforsten fest, mit uns wird es keine Privatisierung geben. Unser Ziel ist es, den Anteil an Naturwaldflächen in öffentlicher Hand zu sichern und schrittweise zu erhöhen. Der Erlebniswald Trappenkamp soll als Umweltbildungseinrichtung erhalten werden. Das ehrenamtliche und private Engagement von Naturschutzverbänden und -stiftungen ist von herausragender Bedeutung für unsere Gesellschaft, die wir wertschätzen und weiter unterstützen. Die Mittelkürzungen beim Freiwilligen Ökologischen Jahr werden wir rückgängig machen und wieder einen Landeszuschuss in Höhe von 1,2 Millionen Euro gewähren.

Ein Aktionsplan gegen den Flächenverbrauch

Wir wollen den voranschreitenden Flächenverbrauch stoppen. In einem „Aktionsplan Flächenschutz“ bündeln wir ein landesweites Ausgleichskataster und die Verwaltung von Ökokonten. Hinzu kommen konkrete Vorgaben für die Erstellung der Regionalpläne zu einem schonenden Umgang mit Flächen, die im Landesentwicklungsplan formuliert werden.

Mit der Umsetzung all dieser Punkte wird Schleswig-Holstein zum Land der Nachhaltigkeit Nummer 1!

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 12.06.2012, 16:36 Uhr - 27773 Clicks - Nr. 338

Herzlichen Glückwunsch Andreas Breitner!

SPD-Kreisvorstand gratuliert Andreas Breitner zur Ernennung als Innenminister des Landes Schleswig-Holstein.

Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix begrüßte die Ernennung von Rendsburg Bürgermeister Andreas Breitner zum Innenminister. "Mit Andreas Breitner hat unser neuer Ministerpräsident Torsten Albig für dieses wichtige Ressort eine sehr gute Wahl getroffen. Er bringt wichtige Erfahrungen aus seinen

Tätigkeiten als ehemaliger Polizist bei der Landespolizei, als Mitarbeiter des Innenministers Klaus Buß und auch als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker im Kreistag Rendsburg-Eckernförde und der Gemeindevertretung in Schwedeneck mit in das neue Amt.

Als hauptamtlicher Bürgermeister unserer Kreisstadt hat Andreas Breitner Rendsburg über die Grenzen hinaus bekannt gemacht. Vieles, was er für Rendsburg erreicht hat, dient als Vorbild für andere Kommunen. Die Wirtschaft Rendsburgs hat er durch den Obereiderhafen und die Modernisierung der Innenstadt gestärkt und gleichzeitig das Zusammenleben in einer bunten Gesellschaft gestärkt. Mit seiner Toleranz gegenüber allen Menschen in der Stadt hat er gezeigt, wie eine weltoffene Gesellschaft aussehen kann.

Rendsburg verliert mit Andreas Breitner einen sehr engagierten, tatkräftigen und überaus beliebten Bürgermeister. Schleswig-Holstein gewinnt heute einen kompetenten und liberalen Innenminister. Ich gratuliere Andreas Breitner im Namen des SPD-Kreisvorstands zu seiner Ernennung und wünsche ihm alles Gute!"

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 13.06.2012, 15:46 Uhr - 157617 Clicks - Nr. 339

„Lange verhandelt – wenig erreicht“

Europäisches Parlament muss bei Reform der Fischereipolitik mutiger entscheiden als der Ministerrat
Mangelnden Mut und „Verschieberitis“ hat die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST den europäischen Fischereiministern am Mittwoch in Straßburg vorgeworfen.

Bei dem in der Nacht in Luxemburg zu Ende gegangenen Treffen des Fischereirats sei von der angekündigten Grundsatzentscheidung zur Ausrichtung einer neuen europäischen Fischereipolitik "leider zu wenig übergeblieben", kritisierte Ulrike RODUST, die als Berichterstatterin des Europäischen Parlaments die anstehende Reform begleitet.



„Der Fischereirat ist gefährlich weit hinter den Reformentwurf der EU-Kommission zurückgefallen“, erklärte Ulrike RODUST. In den entscheidenden Punkten fehle den Ministern jeglicher Ehrgeiz: „Was das Rückwurfverbot von essbarem Fisch ins Meer angeht, hat der Rat eine hübsche Mogelpackung geschnürt, die ihm die Hintertür offen lässt, gar nichts zu ändern und Rückwürfe nur von Fall zu Fall zu verbieten.“

Auch was das Problem der gerade im Süden Europas existierenden Überkapazitäten angehe, fehlten den Ministern Konzept und Ideen, stellte Ulrike RODUST fest: „Verschieben ist hier leider ebenso wenig eine Lösung, wie bei der Problematik der Überfischung, der sich der Rat erst 2020 stellen will!“ So reiche es nicht, dass der Rat die Überfischung kritisiere, vielmehr sei es endlich nötig, dass sich die EU-Staaten rechtlich wasserdicht vorschrieben, bei den jährlichen Fangmengenbeschlüssen nicht von wissenschaftlichen Empfehlungen abzuweichen.

Die Europaabgeordnete bedauert zudem, dass der Rat nichts unternahme, um Kleinfischern zu helfen. „Die handwerkliche Küstenfischerei schafft mehr Jobs als die Industriefischerei und bietet zudem einen kulturellen und touristischen Mehrwert und sollte deshalb auch Vorrang genießen“, ist sich Ulrike RODUST sicher.

Bis zu einem Kompromisstext, dem schlussendlich auch das Europäische Parlament

zustimmen könne, sieht die Berichterstatterin den Rat noch vor einem langen Weg. „Hier erwarte ich auch gerade von der deutschen Ministerin, die sich ja regelmäßig zu der Reform bekennt, sich dann auch vehementer für grundsätzliche Änderungen einzusetzen“, so Ulrike RODUST abschließend.

Kommentar von [Ron](#) vom 13.06.2012, 16:54 Uhr:

RE: „Lange verhandelt – wenig erreicht“

Die Frage ist doch, ob das Parlament tatsächlich ambitionierter sein wird. Mit dem Finger auf den Rat zeigen, bevor die erste Lesung im Parlament durch ist, also bevor alle Änderungsanträge beschossen sind, ist vielleicht etwas übereilt, oder?
<http://polscieu.ideasoneurope.eu/tag/common-fisheries-policy/>

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 14.06.2012, 15:25 Uhr - 26069 Clicks - Nr. 340

MdB Sönke Rix: Solidarität mit Damp!

Ich teile den Unmut über das Verhalten der Helios GmbH gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Damp Holding. Leider ist es seit Jahren bei Firmenübergängen Praxis, die Kaufpreise durch eine Knebelung der Angestellten wieder rauszuholen. Ein unhaltbarer Zustand, wie ich finde.



Wer eine Firma kauft, darf sie sich nicht von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlen lassen. Hier spielen die Gewerkschaften und Betriebsräte eine wichtige Rolle. Feindliche, aber auch „freundliche“ Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum sein.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren konsequent jede sich bietende Gelegenheit ergriffen, um mindestens die Ausweitung branchenbezogener Mindestlöhne gegen die Union durchzusetzen. Wir mussten dies der Union Branche für Branche abtrotzen. Weil es aber in einigen Branchen Tarifverträge gibt, die ihren Namen nicht verdienen, fordern wir gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, branchenbezogene Regelungen durch einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zu flankieren. Das kann das Engagement vor Ort nicht ersetzen, aber immerhin helfen, dass man am Ende des Tages so viel in der Lohntüte hat, um nicht noch ergänzende Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen.

Weiterhin wollen wir die Stärkung der Tarifautonomie und den Schutz vor Kündigung sowie das Recht auf die Wahl von Betriebsräten. Dies sind für uns unverzichtbare Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Beschäftigungspotenziale der Gesundheitswirtschaft sind gigantisch. Schon heute leisten in Gesundheit und Pflege fast sechs Millionen Arbeitnehmer Dienst am Menschen. Künftig können bis zu einer Million neuer Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftszweig geschaffen werden. Die „Gesundheitswirtschaft“ muss auch in Zukunft den Patienten dienen und die Beschäftigten müssen Arbeitsbedingungen haben, die sie nicht selbst krank machen.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 15.06.2012, 12:40 Uhr - 28199 Clicks - Nr. 341

MdB Sönke Rix zur A20: Ein kluger Beschluss!

Für großen Wirbel sorgt zur Zeit die Entscheidung der neuen Landesregierung, die A20 bis zum Jahre 2017 bis zur A7 auszubauen und nicht darüber hinaus auch westlich der

A23.

Es ist keine Geheimnis, dass sich die schleswig-holsteinischen Koalitionspartner im Landtagswahlkampf unterschiedlich zum Weiterbau A20 positioniert haben und von daher ein Kompromiss gefunden werden musste.

Unabhängig davon halte ich den Beschluss aber auch für klug und vernünftig. Denn es gibt auch gravierende finanzielle Probleme, über die die Vorgängerregierung und Bundesverkehrsminister Ramsauer lieber nicht so offen gesprochen haben.



So ist der Bundesverkehrswegeplan, der von der Bundesregierung beziehungsweise von der schwarz-gelben Koalition verantwortet wird, hoffnungslos unterfinanziert. Insofern wurden in den vergangenen Monaten von der Bundes- und der alten Landesregierung völlig unrealistische Erwartungen hinsichtlich des Weiterbaus der A20 geweckt.

Alles andere als seriös sind auch die Planungen zum privaten Bau und Betrieb der Elbquerung. So liegen offenbar Fakten vor, nach denen eine Privatfinanzierung das Projekt erheblich verteuern würde. Eine Machbarkeitsstudie, aus der dies hervorgeht, hält Ramsauer seit Monaten unter Verschluss. Wir SPD-Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein haben ihn dazu bereits im März in einer Fragestunde befragt – klare Antworten Fehlanzeige. Kein Wunder: Befindet sich Ramsauer doch in einer Zwickmühle, denn sein Etat aus dem Bundeshaushalt würde nicht einmal für eine Anschubfinanzierung reichen.

Im Gegensatz zum Verkehrsminister, der offenbar ein falsches Spiel treibt, sagt die neue Koalition ehrlich, was sie plant, was sie will, was finanzierbar ist. Die Landesregierung verspricht nichts, was sie angesichts der finanziellen Zuweisungen nicht halten kann. Das gehört zu unserem grundlegenden Verständnis von Politik, das für den ein oder anderen noch ungewohnt sein mag. Dass dieses Vorgehen hinsichtlich der A20 nicht jedem und allen gefällt, ist selbstverständlich, aber unvermeidbar. Für uns ist in erster Linie wichtig, dass wir pragmatisch sind.

Dass die Kritik der schwarz-gelben Opposition maßlos ist – daran muss und wird sich die Küstenkoalition gewöhnen. Dass allerdings langjährig erfahrene Repräsentanten von Wirtschaftsverbänden auf diesen Zug aufspringen und die finanziellen und planungstechnischen Realitäten nicht anerkennen, halte ich für unseriös.

Die Zukunft der schleswig-holsteinischen Wirtschaft hängt nicht einzig und allein von einer Straße ab.

In jedem Fall ist klar: Unser Verfahren zur A20 bedeutet nicht, dass der westliche Ausbau vom Tisch ist. 2017 wird die dann neu gewählte schleswig-holsteinische Landesregierung darüber entscheiden.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung am 15.06.2012

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.06.2012, 14:19 Uhr - 8532 Clicks - Nr. 342

Der Koalitionsvertrag aus Stormarner Sicht

„Bündnis für den Norden - Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“, so ist der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW überschrieben, der die Arbeitsgrundlage von

Torsten Albig und seiner Regierung bildet. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Stormarn und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, war in der Verhandlungskommission dabei und wirft in der Woche der Wahl des neuen Ministerpräsidenten einen Blick auf Themen, die den Kreis Stormarn betreffen.

Aber auch über Stormarn hinaus gehende Punkte von Interesse. „Neu wird vor allem der Stil der Regierung im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern sein“, kündigt er an.

Neuer Politikstil

Deutlich wird die Dialogbereitschaft der Regierung Albig an einer Vielzahl von runden Tischen und Konferenzen - so ist eine Hochschulkonferenz ebenso eine Aufwertung des Dialogforums zur festen Beltquerung. Ein Sozialdialog mit Vereinen, Verbänden und Betroffenenorganisationen soll ins Leben gerufen werden, es sind regionale Pflege- und Gesundheitskonferenzen geplant und eine Konferenz „Zukunft der Bildung - Bildung der Zukunft“.

Habersaat: „Auch in seiner Regierungserklärung hat Torsten Albig die Hand ausgestreckt und einen neuen Stil gezeigt. Das wird für die Landespolitik ein anstrengender Prozess, aber ein notwendiger. Gegen Politikverdrossenheit helfen nur Beteiligung, Transparenz und ein vernünftiger Umgang miteinander.“ Die von der alten Regierung beschlossenen Verschlechterungen in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werden rückgängig gemacht, das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 gesenkt, wie es bei Kommunalwahlen schon üblich ist. Es sollen Initiativen für die Einführung eines Ausländerwahlrechts unternommen werden. Künftig sollen Gemeinden ab 10.000 Einwohnern wieder eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte beschäftigen (betrifft z.B. Barsbüttel).



Bildung

2013 sollen die Kommunen vom Land für den Betreuung von U3-Kindern 15 Millionen Euro erhalten. Bis 2017 wird diese Summe auf 80 Millionen jährlich anwachsen. Habersaat: „Profitieren werden besonders die Kommunen, die viele Betreuungsangebote vorhalten - eine sinnvolle Steuerung.“ Die Verpflichtung der Kreise, eine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten zu erheben, wird aufgehoben. In Stormarn stehen die Chancen gut, dass der Kreistag die Elternbeteiligung dann abschafft. Die Gemeinschaftsschulen werden die von CDU und FDP gestrichenen Differenzierungsstunden zurück erhalten, in einem ersten Schritt zwei von dreien. Neue Gemeinschaftsschulen sollen eine Oberstufe bekommen, wenn der Schulträger dies mit Zustimmung der Schulkonferenz beantragt und wenn nach der Schulentwicklungsplanung ein Bedarf besteht (könnte z.B. auf Reinbek zutreffen). Auf Abschlüssen soll künftig ebenso verzichtet werden wie auf Schulartempfehlungen im Anschluss an Klasse 4. Habersaat: „Stattdessen soll es ein Beratungsgespräch für die Eltern geben und für die Schulen die Verpflichtung, Verantwortung für alle ihre Schülerinnen und Schüler zu übernehmen.“ Bis zum Ablauf des bestehenden Gastschulabkommens Ende 2015 soll mit Hamburg eine gemeinsame Bildungsplanung erarbeitet werden, um eine freie Schulwahl zwischen beiden Bundesländern bei öffentlichen und freien allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zu erreichen. Bereits ab 2013 wird die Landesregierung an die betroffenen Kommunen im Hamburger Rand einen Ausgleich der Schulkostenbeiträge für Hamburger Schülerinnen und Schüler zahlen. Habersaat: „Davon profitieren alle Städte und Gemeinden, deren Schulen auch von Schülerinnen und Schülern aus Hamburg besucht werden.“

Wirtschaft und Verkehr

Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird abgeschafft. Habersaat: „Die wurde schwerpunktmäßig im Landesteil Schleswig gewährt. In dieser Hinsicht werden nun alle Kreise gleich behandelt.“ Förderprogramme sollen über revolving Fonds in Form von Krediten organisiert werden. Pläne zur Kommunalisierung der Landesplanung werden aufgegeben, die Landesplanung wird in der Staatskanzlei angesiedelt und damit zur „Chefsache“. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit dem Königreich Dänemark einen Vertrag über den Bau der festen Fehmarnbeltquerung geschlossen. Darin hat sich Dänemark verpflichtet, die Kosten für die Querung zu tragen, Deutschland sorgt für die Hinterlandanbindung auf deutschem Boden. Habersaat: „Diese Verpflichtung muss von Seiten der Bundesregierung auch unterfüttert werden. Hier wird Schleswig-Holstein in Berlin auf seine Interessen pochen.“ Die Realisierung der S4 soll forciert werden, insgesamt sollen mehr Mittel in den ÖPNV fließen.

Für viel Wirbel sorgte die Ankündigung der neuen Regierung, die A20 bis 2017 nur bis zur A7 weiterzubauen. Habersaat: „Dabei ist schon das ein ambitioniertes Vorhaben. Eine neue Elbquerung bis 2017 ist völlig unrealistisch, auch, weil das Bundesverkehrsministerium Gelder lieber nach Bayern als nach Norddeutschland überweist. Die scharfe Kritik an diesem Punkt des Koalitionsvertrags überrascht mich, weil es ja immer um tatsächlich gebaute Straßen gehen sollte und nicht um bloß auf dem Papier behauptete.“

Norddeutsche Zusammenarbeit

Die Ergebnisse der Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“, die von 2010 - 2012 tagte und deren Mitglied Martin Habersaat war, sollen Grundlage einer engeren norddeutschen Kooperation werden. Ziel ist die Entwicklung eines Kooperationskonzepts gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern. In der Kooperation mit Hamburg soll die Zusammenarbeit parlamentarisch institutionalisiert werden. Bereits im vergangenen Jahr hatten die SPD-Fraktionen Hamburgs und Schleswig-Holsteins die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses vorgeschlagen.

Energie

Kommunale Anträge zur Ausweisung von Windeignungsflächen werden unterstützt. Die neue Landesregierung will prüfen, die Organleihe bei der Bundesnetzagentur zu beenden, um eine eigene Landesnetzagentur aufzubauen, möglicherweise als gemeinsame Anstalt der norddeutschen Länder. Habersaat: „Damit kommt man einem Anliegen der kommunalen Stadtwerke nach, die sich in Bonn bisher nicht gut betreut fühlten.“ Das Gemeindefortschrittsrecht wird überarbeitet, um den Kommunen erweiterte wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten einzuräumen. Habersaat: „Das hilft, wenn Kommunen und ihre Unternehmen - beispielsweise die Stadtwerke - bei der Energiewende eine tragende Rolle übernehmen sollen.“ Stillgelegte Atomkraftwerke sollen zurückgebaut werden, die Option „sicherer Einschluss“ aus dem Atomgesetz gestrichen werden. Habersaat: „Aus und weg muss die Devise lauten, nicht abschließen und stehenlassen!“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.06.2012, 16:07 Uhr - 7669 Clicks - Nr. 343

Wir haben exzellente Hochschulen!

Zur heutigen Bekanntgabe der im Rahmen der Exzellenzinitiative erfolgreichen Hochschulen erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Schleswig-Holsteins Hochschulen sind stark in der Lehre und stark in der wissenschaftlichen Forschung. Dies ist heute durch die erfolgreichen Bewerbungen im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder erneut deutlich geworden.

Sie prägen mit ihren jetzt prämierten Forschungsschwerpunkten zur Ozean- und Entzündungsforschung Schleswig-Holsteins Gesicht als Land zwischen den Meeren und als Gesundheitsland.



Wir gratulieren den Universitäten in Kiel und in Lübeck, die ihre Projekte nun von 2012 bis 2017 fortsetzen können. Das gilt auch für die Graduiertenschule «Entwicklung menschlicher Gesellschaften in Landschaften». Die neue Landesregierung wird die Hochschulen auch künftig dabei unterstützen, an die bundesweite Spitze zu gelangen und dort zu bleiben.

Die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen ist im Koalitionsvertrag als zentrales Projekt benannt. Zu unserem Verständnis einer guten Wissenschaftspolitik gehört, Forschung und Lehre als gleichwertige Säulen auszubauen. Wir haben deshalb die Bewerbungen der Christian-Albrechts-Universität und der Universität zu Lübeck im Exzellenz-Prozess unterstützt und freuen uns, dass die Hoffnungen unserer Hochschulen sich zu einem guten Teil erfüllt haben. Die Kieler Materialforschung bleibt spitze, auch wenn die DFG Schleswig-Holstein kein zusätzliches Exzellenzcluster zuerkannte.

[DFG zu den Entscheidungen der Exzellenzinitiative](#)

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 18.06.2012, 01:39 Uhr - 3604 Clicks - Nr. 344

Spielplatzkonzept kann umgesetzt werden - Weg für Finanzierung frei

„Die Attraktivität der Reinfelder Spielplätze wird enorm steigen“, zeigt sich Lasse Karnatz, SPD-Stadtverordneter und Mitglied im Sozialausschuss, überzeugt. Das umfangreiche Spielplatzkonzept, das der Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Reinfeld (KJB) entwickelt hat, kann umgesetzt werden.

Auf seiner Sitzung am 22. Mai 2012 beschloss der Stadtentwicklungsausschuss einen Bebauungsplan für eine nichtgenutzte Teilfläche des Spielplatzes am Heilsauring aufzustellen. Dies war Bedingung für den Verkauf des Grundstücks. Mit etwa der Hälfte des Verkaufserlöses wird das Spielplatzkonzept des KJB nun unterstützt.

„Die Idee zum Verkauf hatten die Jugendlichen selbst“, erläutert Gerd Herrmann, Stadtverordneter für die SPD und Mitglied des Stadtentwicklungsausschusses. „Sie erklärten den Bereich für verzichtbar, wenn dadurch die anderen Spielplätze der Karpfenstadt verbessert werden könnten.“

Bereits im vergangenen Juni präsentierten die Mitglieder des KJB ihre Vorstellungen im Sozialausschuss. So sollen an sechs Spielplätzen im Stadtgebiet Investitionen in die Modernisierung der Geräte und in die Sicherheit der Spielflächen getätigt werden. Insgesamt sehen die Vorschläge des KJB einen Bedarf von etwa 67.000 Euro vor. Den Austausch von Spielgeräten und die Renovierung der bestehenden Anlagen haben die Jugendlichen mit großem Engagement unter Beteiligung von vielen Reinfelder Kindern und Jugendlichen geplant.

„Nun ist eine Hürde für die Finanzierung eines Großteils der geplanten Änderungen übersprungen“ freut sich Karnatz. „Wir hoffen, dass es schnell zu einer Umsetzung kommen wird.“

Keine Kommentare

Reinfelder Teichgeschichte wiederbeleben?

Reinfeld ist die Stadt der Teiche. Zisterzienser-Mönche des Reinfelder Klosters legten sie an, um für die Fastenzeit – und vermutlich auch den Handel – mit genügend Fisch versorgt zu sein. Nun ist die SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“ auf den Gedanken gekommen, die Reinfelder Historie mit aktuellen Aspekten zu verknüpfen: Geschichte in Verbindung mit Energiegewinnung und Naherholung.

„Wir möchten überprüfen, ob sich die historisch belegten ehemaligen Wasserflächen wieder aufstauen und für die Gewinnung elektrischer Energie nutzbar machen lassen.“ sagt dazu Gerd Herrmann, Sprecher der AG.

„Kann man daraus auch einen Nutzen ziehen für Reinfeld als Naherholungsort?“ Diese Fragen möchte die SPD-AG am Donnerstag, dem 21.06. um 19.30 Uhr diskutieren. Die Mitstreiter der AG sind dazu in den Lilienweg 11 eingeladen. Aber auch weitere Interessierte können sich unter der Telefonnummer 1837 melden.

Keine Kommentare

„Ökologische Ausrichtung darf nicht verwässert werden!“

Zukünftige Gemeinsame Europäische Agrarpolitik muss Beitrag leisten zu Klimaschutz, Umweltschutz und Biodiversität

„Nur wer Klimaschutz, Arten- und Landschaftsvielfalt erhält, darf zukünftig noch in den Genuss von Agrarzahlingen aus europäischen Steuergeldern kommen“, betonte die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST am Rande der ersten Aussprache zu den Berichtsentwürfen zur Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung am

Die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten stellte klar, dass Forderungen so mancher konservativer und liberaler Ausschusskollegen, wonach sich jeder Mitgliedsstaat die für ihn passende Maßnahmen für eine stärker auf Nachhaltigkeit und Ökologie ausgerichteten Landwirtschaft herausuchen könnte, der falschen Weg sei. „Wir schreiben hier keine Speisekarte, an Hand dessen sich die Mitgliedstaaten das passende Menü zusammenstellen können, sondern müssen um eine Reform ringen, die nicht zuletzt der gesellschaftlichen Akzeptanz bedarf. Ohne eine verstärkte Ökologisierung in der so genannten 1. Säule, also bei den Direktzahlungen an die Landwirte, wird das Verständnis seitens der Menschen für die EU-Agrarpolitik aber nicht einzuholen sein“, so Ulrike RODUST. Schließlich, so erinnerte die Sozialdemokratin weiter, schauten auch viele Abgeordnete aus den anderen Ausschüssen bereits kritisch auf die Agrarpolitik.

Selbst die Landwirtschaftsminister hätten mittlerweile akzeptiert, dass es ohne eine Ökologisierung der GAP nicht gehe, stellte die SPD-Politikerin klar. Bei der letzten Sitzung des Agrarrats unter ihrer Leitung hatte die dänische Präsidentschaft am Montag in Luxemburg einen Sachstandsbericht vorgestellt, der erste Zwischenergebnisse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vorlegt und die Vorschläge zur Ökologisierungskomponente zusammenfasst. „Bei den EU-Agrarministern scheint sich inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass eine stärkere ökologische Ausrichtung der Direktzahlungen notwendig ist, damit die Gemeinsame Agrarpolitik den sich ihr stellenden Herausforderungen gerecht wird“, erläuterte Ulrike RODUST.

Allerdings besteht auch nach wie vor die Sorge, dass die Minister die Kommissionsvorschläge abschwächen wollen.

Der Fortschrittsbericht könne allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass beim Rat in wesentlichen Punkten noch immer Uneinigkeit herrsche, was die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 angehe. Ulrike RODUST. „Was den Kampf gegen den Klimawandel ebenso wie den Erhalt der Biodiversität angeht, sehe ich eine große Verantwortung auf Seiten des Europäischen Parlaments – wir Abgeordnete dürfen nicht zulassen, dass sich am Ende doch noch die Gegner einer umfangreichen Reform durchsetzen“, so die Sozialdemokratin abschließend.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 20.06.2012, 13:53 Uhr - 23177 Clicks - Nr. 347

Stellungnahme zum Koalitionsvertrag

Die SPD-Landtagsfraktion bekennt sich klar zu den großen Verkehrsprojekten in Schleswig-Holstein und damit auch zur Fertigstellung der A20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt.

Auch wenn zurzeit Horrorszenarien beschrieben werden, die aus den Formulierungen des Koalitionsvertrages beileibe nicht abzulesen sind, bin ich mit den Vereinbarungen zwischen den Koalitionspartnern zufrieden.



Der Bundesverkehrswegeplan ist hoffnungslos unterfinanziert. Norddeutsche Projekte werden in Konkurrenz zu anderen Regionen vom Bundesverkehrsministerium vernachlässigt.

Die Koalitionspartner kommen von völlig unterschiedlichen Positionen. Dennoch haben wir mit den Grünen aushandeln können:

- dass in dieser Legislaturperiode rund 20 km A20 gebaut werden. Das ist in etwa so viel, wie die CDU in ihrer Regierungszeit auch fertig gestellt hat. Die Fertigstellung der Strecke zur A7 bis 2017 ist ein ehrgeiziges Ziel.
- dass alle Planfeststellungsverfahren weitergeführt werden
- dass alle Optionen zum Weiterbau erhalten bleiben.

Der eigentliche Skandal ist nicht, dass wir vernünftigerweise dort weiterbauen, wo der bisherige Bau endet und wo mit den knappen Mitteln der größte Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger erzielt werden kann.

Der Skandal ist, dass die bisherige Landesregierung seit November ein Gutachten mit Blick auf den Wahlkampf zurückgehalten hat, aus dem hervorgeht, dass die Finanzierung der Elbquerung völlig offen ist.

Wir beschreiben in unserem Koalitionsvertrag was machbar ist. Vollmundige Ankündigungen in Papierform sind beendet. Der neue Wirtschaftsminister wird sich mit

dem klaren Bekenntnis zum Weiterbau der A20 in Berlin für die Finanzierung des Weiterbaus und der Elbquerung bei Glückstadt stark machen.

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 20.06.2012, 20:37 Uhr:

RE: Stellungnahme zum Koalitionsvertrag

Bei dieser Ausbaugeschwindigkeit von ca. 30 km in fünf Jahren wird es nicht realistisch sein, dass die Elbquerung vor 2035 fertiggestellt wird, zumal auf niedersächsischer Seite noch nichts getan wurde. Es wäre insbesondere für diejenigen, die seit Jahren auf eine leistungsfähige Elbquerung westlich von Hamburg hoffen, eine gute Entscheidung, wenn jetzt eine Verbesserung der Elbfähre in Angriff genommen würde. Diese wäre kurzfristig (in wenigen Jahren) umsetzbar, wäre umweltpolitisch weit weniger problematisch als der Bau der Autobahn und sie würde privat finanziert sein. Wichtig wären jetzt Verhandlungen mit der Betreiberin der Elbfähre Glückstadt-Wischhafen mit dem Ziel, die alten Schiffe und Fähranleger durch leistungsfähige Bauten zu ersetzen, wie sie beispielsweise zwischen Dänemark und Schweden bei Helsingborg existieren. Dort wird der Verkehr auch von Autobahnen auf Fähren geführt und zügig übergesetzt.

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 20.06.2012, 14:08 Uhr - 159469 Clicks - Nr. 348

"Wie frisch ist der Fisch?"

Konservative Mehrheit im Fischereiausschuss verhindert transparentere Kennzeichnung

Mehr Transparenz für den Verbraucher beim Kauf von Fisch hat eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen am Mittwoch im Fischereiausschuss verhindert.

Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen die bisherigen Regelungen zur Kennzeichnung von Fisch, wonach lediglich Fischart, Fanggebiet und gegebenenfalls die Produktion in Aquakultur angegeben werden müssen, um weitere für den Verbraucher relevante Informationen zu erweitern. Dazu gehört die Frage, ob der Fisch frisch oder aufgetaut in der Auslage liegt und eine Angabe des Fangdatums.

Doch genau letzteres haben konservative und liberale Ausschussmitglieder nun verhindert und sich mit ihrem Vorschlag durchgesetzt, lediglich ein Anlandedatum auszuweisen, das keinen Aufschluss darüber zulässt, ob der gekaufte Fisch tatsächlich fangfrisch ist. „Mit dieser Abstimmung ist den Verbrauchern das Recht abgesprochen worden, zu wissen, ob der Fisch den sie kaufen wollen, in der Nacht zuvor gefangen wurde oder bereits mehrere Monate tiefgekühlt auf hoher See unterwegs war“, erläuterte Ulrike RODUST.

„Ich bin davon überzeugt, dass Konservative und Liberale hier gegen die Interessen der Verbraucher entschieden haben“, so Ulrike RODUST. Selbst wenn davon auszugehen sei, dass die technischen Voraussetzungen an Bord gegeben seien, den gefrorenen Fisch optimal frisch zu halten, sollten die Bürger doch die Wahl haben, selbst zu entscheiden, ob sie aufgetauten oder tatsächlich frischen Fisch kaufen wollen.

„Besonders bedauerlich finde ich, dass wir heute eine Chance vertan haben, gerade die kleine Küstenfischerei zu stärken. Mit der Garantie, wirklich fangfrischen Fisch zu liefern, hätten diese Fischer ein Alleinstellungsmerkmal bieten können, das ihnen eventuell auch höhere Einkommen ermöglicht hätte“, so Ulrike RODUST abschließend.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.06.2012, 13:20 Uhr - 7126 Clicks - Nr. 349

Lehrerbildung für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit

Zur Kritik konservativer Landtagsfraktionen und Lehrerverbände an der geplanten Reform der Lehrerausbildung erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die abgewählte CDU-FDP-Koalition hat uns neben vielen anderen Baustellen auch die angekündigte Reform der Lehrerbildung hinterlassen. Durch die halbierte Legislaturperiode ist zwar das entschuldbar, nicht aber, dass die CDU und ihre Sprachrohre unter den Lehrerverbänden eine Woche nach der Wahl der neuen Regierung bereits detailgenaue Pläne einfordern, wie sich das künftige Lehramtsstudium gestalten wird.



Nur Geduld! Die Koalition will noch 2012 ein Lehrerbildungsgesetz einbringen, das den neuen Schulstrukturen gerecht wird. Für die Grundschullehrerausbildung wird die Universität Flensburg zuständig sein, für die Sekundarstufen I und II beide lehrerbildenden Universitäten mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Mehr und frühere Praxisanteile werden dabei ebenso eine Rolle spielen wie die Binnendifferenzierung, die möglich ist, auch wenn alle Anhänger des Sortierens von Kindern dies bestreiten.

Wir handeln nicht an den Universitäten vorbei; die CAU und die Universität Flensburg sollen bis Ende 2013 ein Konzept über ihre Zusammenarbeit und über die dann nötige Mobilität erarbeiten. Es wird sich für die CDU nicht auszahlen, bei den Studierenden das Schreckgespenst einer täglichen Hetzjagd zwischen Kiel und Flensburg an die Wand zu malen.

Den standesbewussten Philologen und Realschullehrern sei ans Herz gelegt, sich gemeinsam zuerst als Pädagogen zu betrachten, dann wird auch ihnen klar werden, dass das Verbindende das Trennende überwiegt. Zu gemeinsamen Pressemitteilungen immerhin reicht es ja schon.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 22.06.2012, 13:40 Uhr - 6315 Clicks - Nr. 350

AfA Schleswig-Flensburg verurteilt die rechtswidrigen Kündigungen bei Helios

Die AfA Schleswig-Flensburg verurteilt aufs Schärfste das Vorgehen des Mehrheitseigners Helios, ehemals Damp Holding, mit der Kündigung von 1000 Beschäftigten bei der Zentralen Service-Gesellschaft (ZSG) Damp. Der Betriebsrat erhielt heute Morgen darüber lediglich darüber ein Schreiben zur Kenntnis.

Seit Helios die Damp-Kliniken übernommen hat, zeigt der Konzern nun sein wahres Gesicht. Mit den offensichtlich rechtswidrigen Kündigungen will Helios den Streik der Beschäftigten unterlaufen. Damit verstößt Helios gegen verfassungsrechtliche Grundsätze. Streikrecht ist ein Grundrecht nach dem Grundgesetz Artikel 9 Abs. 3!



Das unrechtmäßige Verhalten der Helios ist schon bemerkenswert, da der Damp-Eigentümer Helios durch die Übernahme der Klinikette Rhön zum größten Klinikkonzern aufsteigen will. Hier sind die Aufsichtsbehörden in der Pflicht, die geplante Fusion kritisch zu überprüfen bzw. zu unterbinden.

Wir fordern den Gesetzgeber auf, ein Gesetz einzubringen, nach dem alle Krankenhäuser und Kliniken rekommunalisiert werden, oder aber zumindest unter staatliche Kontrolle gestellt werden.

Die AfA Schleswig-Flensburg stellt sich solidarisch hinter die betroffenen ZSG-Beschäftigten und unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften ver.di und NGG nach gerechter Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 22.06.2012, 17:51 Uhr - 11296 Clicks - Nr. 351

Alles Gute für den Start als Staatssekretärin!

SPD - Kreis Plön

17. Juni 2012

Alles Gute für den Start als Staatssekretärin!

Die Staatssekretärin Anette Langner hatte die Wahlkämpfer und Wegbegleiter aus dem Wahlkreis Plön/Malente nach Wendtorf zu einer kleinen Feierstunde eingeladen. In gemütlicher Runde begrüßte Anette Langner die Gäste und dankte den Genossinnen und Genossen für die große Unterstützung als Abgeordnete. Sie hob



hervor, dass sie in ihrer neuen Rolle als Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung auch weiterhin für die Menschen im Kreis Plön wirken kann. Sie sagte: „Meine Entscheidung, Politik zu machen, ist immer verbunden mit dem Willen zu gestalten und die Verhältnisse zum Besseren zu verändern und ich will immer auf der Seite derjenigen sein, die in unserer Gesellschaft keine starke Lobby haben.“

Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Lutz Schlüsen, gratulierte im Namen der Partei und wünschte Ihr alles Gute und führte weiter aus:

„Wir sind sehr stolz auf Dich. Im Sozialministerium, in dem die klassischen sozialdemokratischen Themen zuhause sind, wirst Du unsere Ideen verwirklichen können.“

Als unsere Abgeordnete, die ihren Wahlkreis selbstbewusst gewonnen, müssen wir Dich verabschieden. Das tun wir ungern, aber wir wissen, dass Du in Deiner neuen Position sehr viel für unsere Region tun kannst. Du bist hier zuhause und ich weiß, dass Du in Kiel

immer ein Auge auf die Menschen im Kreis Plön haben und weiterhin den Wahlkreis betreuen wirst.

Mit Deiner großen Kompetenz hast Du als Abgeordnete gewirkt, Du hast Dich bürgernah und verantwortungsvoll der Anliegen angenommen und viel erreicht. Grosse Anerkennung hast Du bei den vielen Menschen in Vereinen und Verbänden erworben. Bei der Recherche über Deine Arbeit im Landtag las ich unzählige Pressemitteilungen und wie ein roter Faden zieht sich Dein großes unermüdliches Engagement für Arbeitsplätze, Ausbildung, Menschen mit Behinderung und Soziales durch die Darstellungen. Insofern bist Du jetzt genau an der richtigen Stelle, um Deine Arbeit fortzusetzen. In Zukunft gehören auch die Bereiche Kindertagesstätten und Gleichstellungspolitik zu den Aufgabenbereichen des Sozialministeriums. Und da wissen wir unsere Belange bei Dir in guten Händen, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Wir wünschen Dir alles Gute und viel Erfolg!"

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.06.2012, 11:30 Uhr - 8497 Clicks - Nr. 352

Abschied aus dem Kreistag

Seit 2003 gehörte Martin Habersaat dem Stormarner Kreistag an. Vor der Landtagswahl hatte er sein Mandat niedergelegt, um sich künftig verstärkt auf seine Aufgaben in Kiel konzentrieren zu können. Die SPD-Landtagsfraktion wählte den 35jährigen Barsbüttler, der den Wahlkreis Stormarn-Süd direkt gewann, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, außerdem ist der ehemalige Lehrer bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Kreispräsidentin Christa Zeuke (CDU, Reinbek) verabschiedete Martin Habersaat in der jüngsten Sitzung des Kreistages. „Engagiert, ruhig und kompetent“ sei er gewesen, war ihr Fazit, es sei schade, dass er gehe.



In den neun Jahren im Kreistag war Habersaat als bildungspolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion stets Mitglied im Schul- und Kulturausschuss gewesen. Christa Zeuke erinnerte sich auch an Zeiten, in denen es mit der Ruhe des Abgeordneten vorbei war. Durch den einen oder anderen Zwischenruf sei Martin Habersaat auch aufgefallen, vor allem, wenn es um die Schülerbeförderungskosten ging, sei die Diskussion lebhafter geworden. Martin Habersaat hatte sich stets gegen eine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ausgesprochen, war damit häufig anderer Meinung als Kollegen der CDU, die Debatte blieb allerdings immer anständig im Ton.

Martin Habersaat: „Es war eine schöne Zeit im Kreistag, und ich bedaure, dass sie vorbei ist. Gleichzeitig freue ich mich natürlich auf neue Aufgaben in Kiel.“ Drei Dinge habe er im Kreistag besonders gelernt: Den Blick über die eigene Heimatgemeinde hinaus, die Notwendigkeit konstruktiver Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinweg und den partnerschaftlichen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. All das nehme er mit nach Kiel. Ebenso wie den Hinweis von Landrat Klaus Plöger: „Vergiss in Kiel nicht, dass du aus Stormarn kommst!“ Da besteht keine Gefahr.

[Fotoalbum](#)

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 24.06.2012, 22:04 Uhr - 20862 Clicks
- Nr. 353

Die SPD im Kreis SL-FL verurteilt die unrechtmäßigen Kündigungen bei Helios

Der SPD Kreisvorstand hat mit Befremden die rechtswidrigen Kündigungen von allen Beschäftigten bei der Zentralen Service Gesellschaft (ZSG) Damp durch den Damp-Eigentümer Helios zur Kenntnis nehmen müssen.

Mit großer Verärgerung mussten wir erfahren, wie ein großer Gesundheitskonzern seine Beschäftigten behandelt, nur um noch mehr Gewinne zu erzielen. Die Beschäftigten wurden vor den Sommerferien gekündigt. Der Betriebsrat wurde zu den Kündigungen nicht beteiligt.

Deutlich zeigt Helios, wie menschenverachtend sie mit ihren Beschäftigten umgeht und versucht, diese einzuschüchtern. Es wäre fatal, wenn Helios dieses Vorgehen für andere Beschäftigtengruppen wie auf Krankenschwestern und -pfleger anwendet. Diese Personalpolitik hat letztlich negative Auswirkungen auf die Patienten der Helios-Kliniken. Personal mit Lohndumping zu beschäftigen, heißt auch auf Qualität und Qualifizierung zu verzichten.

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg steht hinter den Beschäftigten und wird alle Möglichkeiten nutzen, gegen die rechtswidrigen Kündigungen vorzugehen. Das Verhalten der Helios mit abhängig Beschäftigten ist menschenunwürdig und kann nicht hingenommen werden.

Alle Mitglieder der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg sind aufgerufen, die Beschäftigten der Helios und die Gewerkschaften ver.di und NGG in ihrem Kampf um gerechte Bezahlung und für bessere Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Ralf Wrobel
SPD-Kreisvorsitzender

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.06.2012, 12:05 Uhr - 11669 Clicks -
Nr. 354

Landesmeisterschaften der Jugendfeuerwehren in Barsbüttel

In den schleswig-holsteinischen Jugendfeuerwehren im Landesfeuerwehrverband sind 417 Jugendfeuerwehren mit knapp 10.000 Mitgliedern engagiert. 15 Mannschaften hatten sich in ihren Kreisen für den Landesentscheid qualifiziert, der erstmals auf dem Sportgelände am Barsbüttler Soltausredder ausgetragen wurde. Ein Heimspiel für die ebenfalls qualifizierte Jugendfeuerwehr Barsbüttel. Das ließen sich auch Gäste aus der Politik nicht entgehen.

So zum Beispiel Stormarns Landrat Klaus Plöger und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, die beide aus Barsbüttel stammen.

Ergebnis: Die Jugendfeuerwehr Schwarzenbek war und ist die Schnellste im Lande. Das

Team um Jugendwart Jörg Landwehrjohann gewann die Landesmeisterschaft zum dritten Mal in Folge. Dicht auf den Fersen waren die Teams aus Dassendorf und Amt Steinbergkirche, die den zweiten und dritten Platz belegten. Die beiden ersten Teams haben sich damit die Fahrkarte für den Bundesentscheid im nächsten Jahr in Stadthagen (Niedersachsen) verdient. Die Schwarzenbeker konnten neben dem Titel auch den „Pokal des Innenministers“ in Empfang nehmen. Den 60 Zentimeter hohen „Pott“ hatte der damalige Innenminister Lothar Hay spendiert. Überreicht wurde er erstmals vom neuen Innen-Staatssekretär Bernd Küpperbusch, der versprach, diese Tradition weiterhin aufrecht zu erhalten.



Küpperbusch lobte die Freiwilligen Feuerwehren für ihre aktive Jugendarbeit. „In den Wehren unseres Landes steht die Förderung des Feuerwehrnachwuchses im Mittelpunkt der Arbeit“, sagte er. Der Bundeswettbewerb leistet nach Ansicht von Küpperbusch einen wichtigen Beitrag für die Nachwuchswerbung der Jugendfeuerwehren. „Es kommt darauf an, dass die jungen Leute gut motiviert sind, später einmal in die Einsatzabteilungen der Feuerwehren einzutreten“, sagte der Staatssekretär. Er rief die Teilnehmer des Landesentscheid auf, für diese Veranstaltung zu werben. „Wir müssen den Ehrgeiz haben, dass demnächst Jugendfeuerwehren aus allen Kreisen unseres Landes daran teilnehmen“, sagte Küpperbusch.

„An diesem Wettbewerb haben nur Sieger teilgenommen, denn ihr alle habt Euch bereits in Euren Kreisen für den Landesentscheid qualifiziert“, lobte der stellv. Landes-Jugendfeuerwehrwart Sascha Keßler an die Adresse der 15 teilnehmenden Mannschaften. Er dankte besonders den Ausbildern, die den Jugendlichen die Grundtätigkeiten der Feuerwehrtechnik und sportliche Elemente vermittelten. „Denn schließlich sind es das technische Verständnis und Fitness, die die Feuerwehrarbeit auszeichnen“, sagte er. Für alle Gruppen gab es Urkunden und für die drei Erstplatzierten Medaillen.

Jede Wettbewerbsgruppe besteht aus neun Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 18 Jahren. Der nach bundesweit einheitlichen Richtlinien ausgetragene Leistungsvergleich gliedert sich in einen lehrbuchmäßig vorgetragenen "trockenen" Löschangriff (A-Teil) und einen 400-Meter-Staffellauf (B-Teil). Die Wettbewerbsanforderungen sind ein Spiegelbild der bisherigen Ausbildung der jungen Leute für ihren späteren Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr. Denn hierbei kommt es gleichermaßen auf technisches Wissen, aber auch auf sportliche Fitness an. In beiden Wettbewerbsteil sind zusätzliche feuerwehrtechnische Aufgaben integriert. Beispielsweise müssen im A-Teil eine Kletterwand und ein Kriechtunnel mit Feuerwehrschauch überwunden werden. Im B-Teil müssen die Läufer das Staffelholz sicher ins Ziel tragen und zwischendurch mehrere Einlagen nach Schnelligkeit absolvieren.

Die Platzierungen mit Punktzahlen im Landesentscheid (Punktzahlen in Klammern): 1. Schwarzenbek (1422,9), 2. Dassendorf (1415), 3. Amt Steinbergkirche (1409), 4. Sörup (1396), 5. Lütjenburg (1367), 6. Bothkamp (1356), 7. Schleswig (1341), 8. Wankendorf (1331,9), 9. Neustadt / H. (1327), 10. Timmendorfer Strand (1323), 11. Itzstedt (1309), 12. Barsbüttel (1190,9).

Drei weitere Mannschaften haben das Wettbewerbsziel nicht erreicht.

Keine Kommentare

Rechts steht im Abseits

Nicht nur in Polen und der Ukraine - auch in Glinde wurde dieser Tage großer Fußball gespielt. Zu gewinnen gab es einen vom DGB Stormarn gestifteten „Wanderpokal für Demokratie und Toleranz“, im Mittelpunkt des Turniers mit zehn Mannschaften standen an diesem Nachmittag jedoch der Spaß am Spiel und ein gemeinsam verbrachter bunter Nachmittag auf dem Gelände des TSV Glinde. Die Glindeer Bürgerinitiative hatte den Tag unter dem Motto „Rechts steht im Abseits“ organisiert.



Die Moschee war mit einem Catering-Stand dabei und viele Mannschaften stellten sich dem Vergleich.

Der Pokal ging am Ende an eine Mannschaft, die unter dem Namen „Bürger von Glinde“ spielte - und das waren tatsächlich die Gewinner. Die SPD Glinde, ergänzt um den Reinbeker SPD-Vorsitzenden René Wendland und den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, errang Platz 4. Habersaat: „Das haben wir vor allem Jan und Paddy aus der B-Jugend des TSV zu verdanken, die uns rausgerissen haben - vielen Dank dafür!“ Ein großer Dank auch an alle Organisatoren dieses gelungenen Nachmittags!

[Fotoalbum](#)

Keine Kommentare

Gesetzentwurf zum Beschäftigtendatenschutz stoppen!

Die Bundesregierung plant allem Anschein nach noch vor der Sommerpause, ein neues Beschäftigtendatenschutzgesetz zu verabschieden. Die AfA Schleswig-Flensburg fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, den vorliegenden Gesetzentwurf zu stoppen.

Der Gesetzentwurf stellt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Generalverdacht. Für Arbeitgeber ist er so etwas wie die Lizenz zum Schnüffeln:

- Danach soll das Fernmeldegeheimnis für private Gespräche und E-Mails am Arbeitsplatz insgesamt abgeschafft werden. Der Arbeitgeber soll auch private Gespräche mithören und E-Mails lesen dürfen – um zu überprüfen, ob sie wirklich privat sind.
- Das Mithören dienstlicher Telefongespräche und das Mitlesen dienstlicher E-Mails soll permanent und ständig zugelassen werden, nicht mehr nur stichprobenhaft in vorher mitzuteilenden Zeiträumen.
- Die permanente Videoüberwachung von Beschäftigten soll ganz allgemein „zur Wahrung wichtiger betrieblicher Interessen“ zugelassen werden.
- Der anlass- und verdachtslose Abgleich von Beschäftigtendaten („Screening“) soll nicht mehr nur zur Aufdeckung von Verfehlungen zugelassen werden, die eine fristlose Kündigung rechtfertigen, sondern auch zum Aufspüren minder schwerer „Pflichtverletzungen“.
- Innerhalb von Konzernen soll eine uneingeschränkte Übermittlung von Arbeitnehmerdaten zugelassen werden.

- Eignungs- und Einstellungstests nach Methoden, die wissenschaftlich nicht anerkannt sind, sollen zugelassen werden.
- Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge sollen künftig Vorrang vor den gesetzlichen Überwachungsgrenzen erhalten und dadurch selbst das geringe gesetzliche Schutzniveau gänzlich aufheben dürfen.

Diese Bundesregierung übernimmt wieder einmal völlig unkritisch, was ihr die Arbeitgeberlobby ins Ohr legt. Erneut werden Beschäftigteninteressen von dieser Bundesregierung mit Füßen getreten!

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 26.06.2012, 18:10 Uhr - 6056 Clicks - Nr. 357

Große Solidarität mit den 200 Helios ZSG-Beschäftigten in Schleswig

Der Tarifkonflikt bei den Krankenhäusern der Helios-Tochter Damp in Norddeutschland eskaliert: Rund 1.000 Beschäftigte der Helios ZSG erhielten Kündigungen in blumenbeschnückten Umschlägen am 22. Juni 2012 wegen einer Streikbeteiligung. In Schleswig sind 200 von den Kündigungen betroffen. Helios will sie mit dieser unmenschlichen Art abstrafen.



Am 26. Juni um 12 Uhr mittags nahmen alle Betroffenen und mit großer solidarischer Unterstützung vom DGB, Betriebs- und Personalräten von anderen Einrichtungen, der Kirche, der SPD, MdL Birte Pauls und dem stellvertretenden Landtagspräsidenten Bernd Heinemann an der ver.di Kundgebung vor dem ver.di Haus in Schleswig und anschließender Demonstration durch die Stadt teil. Die Polizei sprach von über 300 Teilnehmern.

Lassen wir es uns nicht gefallen, dass der Arbeitgeber nach Gutsherrenart und ohne Rechtsgrundlage mit solchen Maßnahmen durchkommt. Das Verhalten von Helios ist übelster Manchester-Kapitalismus! Alle 200 Betroffenen in Schleswig haben über ver.di eine Massenklage eingereicht.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 28.06.2012, 11:26 Uhr - 6169 Clicks - Nr. 358

Tarifverhandlungen bei den ehemaligen Damp-Kliniken

Beschluss des AfA Landesvorstandes v. 26.06.2012

Der AfA-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 26.06.2012 in Kiel sich durch Vertretern von ver.di über die Tarifaueinandersetzung bei den ehemaligen Damp-Kliniken in Damp und Schleswig informiert und ruft alle in der SPD organisierten ArbeitnehmerInnen auf sich mit den Beschäftigten zu solidarisieren und an der Demonstration am kommen Sonnabend, 12:00, in Kiel vor dem Gewerkschaftshaus zu beteiligen.

Es geht um die Menschen, die in den Kliniken arbeiten. Es geht um das grundgesetzlich gesicherte Streikrecht. Es geht letztendlich um Gute Arbeit in Schleswig-Holstein. Die Aufrufe von ver.di und der NGG senden wir im Anhang mit.

Die AfA steht dazu, dass die Politik sich mit Stellungnahmen in Tarifkonflikten zurückhält. Die skandalösen Kündigungen, die einen Rechtsbruch auf das Streikrecht darstellen erfordert jedoch eine deutliche Stellungnahme der Landesregierung. Der Koalitionsvertrag bekennt sich mit klaren Worten zum Tarifrecht, zum Ausbau der Mitbestimmung und Guter Arbeit in Schleswig-Holstein.

Herr Ministerpräsident: machen sie öffentlich deutlich wie wichtig Gute Arbeit in unserem Land ist. Dazu gehören ein Mindestlohn, die Stärkung der Tarifautonomie und der Schutz vor Kündigung sowie das Recht auf die Wahl von Betriebsräten

Keine Kommentare

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 28.06.2012, 11:34 Uhr - 11722 Clicks - Nr. 359

Gute Arbeit statt Ausbeutung von Arbeitnehmern

Zu den Tarifverhandlungen an den ehemaligen Damp-Kliniken, jetzt Helios, erklären der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner sowie die beiden Landesvorstandsmitglieder Serpil Midyatli und Birte Pauls:

"Beim Helios-Konzern lässt sich derzeit ein bundesweit einmaliger Vorgang beobachten, der die soziale Marktwirtschaft durch Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ersetzen soll. Es ist nicht überraschend, dass die Tarifverhandlungen keine Annäherungen ergeben haben. Das Verhalten von...

Zu den Tarifverhandlungen an den ehemaligen Damp-Kliniken, jetzt Helios, erklären der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner sowie die beiden Landesvorstandsmitglieder Serpil Midyatli und Birte Pauls:

"Beim Helios-Konzern lässt sich derzeit ein bundesweit einmaliger Vorgang beobachten, der die soziale Marktwirtschaft durch Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ersetzen soll. Es ist nicht überraschend, dass die Tarifverhandlungen keine Annäherungen ergeben haben. Das Verhalten von Helios ist eine denkbar schlechte Grundlage. Die SPD steht solidarisch an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir stehen mit den Gewerkschaften in Kontakt und haben einen Termin mit der Geschäftsführung angefragt. Mit den Landtagsabgeordneten Birte Pauls und Serpil Midyatli waren Mitglieder des SPD-Landesvorstands direkt in den vergangenen Tagen zur Unterstützung der Streikenden in Schleswig und Damp.

Wir rufen alle unsere Mitglieder auf, sich mit den Beschäftigten zu solidarisieren und sich an der Demonstration am kommenden Samstag, um 12 Uhr, in Kiel vor dem Gewerkschaftshaus zu beteiligen. Es geht um die Menschen, die in den Kliniken arbeiten. Es geht um das Streikrecht. Es geht um Gute Arbeit in Schleswig-Holstein.

Lohndrückerei und Kündigungen, die den Druck auf die Tarifverhandlungen und die Streikenden erhöhen, sind nicht akzeptabel. Dass die Kündigungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Blümchenschlag erreicht, ist reiner Zynismus. Dass das Streikrecht von Helios in Frage gestellt wird, macht deutlich, dass die Dimensionen dieser Auseinandersetzung über eine Tarifverhandlung hinausgehen. Solche menschenverachtenden Praktiken dürfen nicht länger Bestand haben.

Die Damp-Kliniken standen für Qualität. Die Frage, die sich die Verantwortlichen stellen

müssen ist, wie diese künftig gewährleistet werden soll. Wollen Aktionäre die Arbeit von Ärzten und Pflegepersonal übernehmen? Bisher diene die Arbeit in den Kliniken der Gesundheit. Wenn sich der Konzern durchsetzt, wird sie künftig krank machen. Dumpinglöhne, die zu einer indirekten Subventionierung über staatliche Aufstockungen führen würden, dürfen nicht das Ergebnis der Verhandlungen sein.

Die geplante Unterstützung des Landes für den Neubau wollen wir auch weiterhin zum Wohle der Menschen, die darauf angewiesen sind. Aber mit Sorge sehen wir die Entwicklungen.

Das Beispiel Helios zeigt aber auch, dass Gesundheitsversorgung nicht zur Erfüllung von Renditezielen geeignet ist. Die Rendite wird erwirtschaftet auf dem Rücken von Personal und Patienten - Qualität und Ethik rücken in den Hintergrund. Die Rhön-Kliniken, die Helios als Nächstes übernehmen will, müssen sich in diesen Tagen fragen: Passt dieser Konzern zu uns?

Die SPD Schleswig-Holstein sieht die zunehmende private Krankenhausversorgung weiterhin kritisch. Wir kämpfen für die Belange einer qualifizierten stationären Versorgung. Erlöse müssen der Verbesserung von Gesundheitsversorgung dienen und nicht der Bereicherung einiger Weniger.

Am Beispiel Helios zeigt sich aber auch wie wichtig Gute Arbeit in unserem Land ist: Dazu gehören ein Mindestlohn, die Stärkung der Tarifautonomie und der Schutz vor Kündigung sowie das Recht auf die Wahl von Betriebsräten."

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.06.2012, 13:13 Uhr - 8318 Clicks - Nr. 360

Außer der CSU will niemand das Betreuungsgeld

Die Bundesregierung hält an ihrem Plan, ab 2013 eine Prämie an Eltern zu zahlen, deren Kinder keine Kindertageseinrichtung in Anspruch nehmen. Das Betreuungsgeld soll zum 1. August 2013 für Kinder im Alter zwischen einem und drei Jahren eingeführt werden. Heute hat sich der Bundestag in einer ersten Lesung mit dem Projekt befasst. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd, hält das Betreuungsgeld für einen Schritt in die falsche Richtung.



„Ich habe in Schleswig-Holstein auch noch keinen CDU-Bundestagsabgeordneten gefunden, der das Betreuungsgeld für eine gute Idee hält. Die FDP hat sich von Anfang an kritisch geäußert, scheint aber dennoch mitzumachen.“

Habersaat weiter: „In Zeiten knapper Haushalte streiten wir uns darüber, welche Investitionen in Bildung wir uns noch leisten können. Richtig ärgerlich werde ich, wenn ich sehe, wie das knappe Geld nicht nur an falscher Stelle ausgegeben wird, sondern geradezu kontraproduktiv. Der Grundgedanke ist, dass Eltern Geld vom Staat

bekommen, wenn sie Bildungseinrichtungen für ihr Kind nicht in Anspruch nehmen.“

Die SPD Schleswig-Holstein fordert die Abgeordneten von CDU und FDP auf, diesen Unsinn zu verhindern. Dazu der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner: „Schleswig-Holstein braucht ein gutes und verlässliches Betreuungsangebot für alle Kinder, damit sie in ihrer Entwicklung bestmöglich gefördert werden. Diese frühkindliche Bildung kostet Geld, denn Qualität ist nicht umsonst zu haben. Wir brauchen ein gutes Angebot an Kitaplätzen, damit Mütter und Väter ihr Leben, ihre Familie und ihren Beruf so organisieren können, wie sie es möchten.“

Würden die geplanten 1,2 Milliarden Euro statt in das Betreuungsgeld in den Kita-Ausbau investiert, so könnten in Schleswig-Holstein, 4.040 zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden*. Damit wären wir ein Stück weiter. Denn wir wissen: Bei Chancengleichheit in der Bildung kommt es auf den Anfang an. Kindertagesstätten sind ein Ort der Bildung. Es muss unser Ziel sein, Kinder daran teilhaben zu lassen. Wer diese Möglichkeit nicht wahrnimmt, darf dies selbst entscheiden, braucht aber keine Belohnung.“

Martin Habersaat: „Echte Wahlfreiheit haben wir für die Familien erst erreicht, wenn ein bedarfsdeckendes Angebot an Kindertageseinrichtungen zur Verfügung steht. Daran müssen wir arbeiten. Und nicht der CSU und Herrn Seehofer auch noch die absurdesten Forderungen erfüllen.“ Haushaltspolitisch sei es nicht zu verstehen, dass der Bund einerseits Schulden aufnehme, um den Ausbau von Kindertagesstätten zu fördern, und andererseits Schulden aufnehme, um Eltern dafür zu bezahlen, ihre Kinder von diesen Einrichtungen fernzuhalten.

*Quelle: Basisdaten vom Statistischen Bundesamt, eigene Berechnung

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 28.06.2012, 15:48 Uhr - 16348 Clicks - Nr. 361

Thönnies: Betreuungsgeld ist falsche Weichenstellung mit Fehlanreizen

Auswirkungen werden auch im Kreis Segeberg zu spüren sein

Experten, Bürger und Politik sind sich einig: Das Betreuungsgeld ist eine falsche Weichenstellung, setzt Fehlanreize und ist ein Hemmnis für Integration und Kita-Ausbau. Inzwischen hat sich diese Einschätzung selbst in weiten Teilen der Regierungskoalition breit gemacht.

Das zeigt nicht zuletzt die massive Abwesenheit von CDU- und FDP-Abgeordneten während der geplanten ersten Lesung des Betreuungsgeldes in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Einzig und allein die CSU will ein Gesetz durchsetzen, von dem niemand überzeugt ist und das selbst 64% der CDU-Anhänger für falsch halten. Durchgesetzt werden soll dies nur aus Gründen des Koalitionsfriedens und um das Gesicht der CSU zu wahren, da sie es zu ihrem Prestigeprojekt mit Blick auf die Landtagswahl in Bayern gemacht hat.

Dazu der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies: „So kann man keine Politik



machen! Machtinteressen wider jeder Vernunft zu Lasten von Kindern auszutragen, hat mit seriöser Politik nichts zu tun. Statt an den Bedürfnissen von Menschen in einer modernen Gesellschaft und Arbeitswelt zu arbeiten, hält man an überkommenen Rollenbildern fest und will diese mit Hilfe von Gesetzen manifestieren. So sieht gesellschaftlicher Stillstand aus, der am Ende mit dazu beiträgt, dass die dringend benötigten Finanzmittel für den Ausbau von ausreichend Kindertagesstätten-Plätzen fehlen.“

Wichtig wäre stattdessen eine Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes. Jeder Cent, der in ein Betreuungsgeld fließt, fehlt an dieser Stelle. Über 130.000 Kitaplätze fehlen derzeit bundesweit. Momentan gibt es im Kreis Segeberg eine U3-Betreuungsquote von 24%. Das ist eine erhebliche Steigerung im Vergleich zu 2006, als sie noch bei 7,2% lag. Ziel waren aber schon für dieses Jahr 28% und bis 2013 sind es 41%.

„Beim Blick auf die Zahlen ist klar, dass dies ausschließlich mit großem, auch finanziellen Aufwand gelingen wird, aber nur so kann der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz sichergestellt werden. Deshalb wollen wir nicht in eine Stillhalteprämie für Horst Seehofer sondern sogar zusätzliche Mittel in den Kita-Ausbau investieren. Denn das ist Politik mit Hand und Fuß, die vor Ort hilft“, so Thönnies.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 29.06.2012, 11:52 Uhr - 22559 Clicks - Nr. 362

Privatisierungen sind in der Gesundheitsbranche der falsche Weg!

Die Massenentlassungen um den Tarifkonflikt in den Damp-Kliniken bestätigen die SPD-Kreistagsfraktion in Ihrer Auffassung, dass Privatisierungen im Klinikbereich ein gefährlicher Irrweg sind.

Es ist ein Märchen, dass private Investoren wie Helios ihre übertriebenen Renditeerwartungen durch Effizienzsteigerungen erreichen könnten und für Patienten und Mitarbeiter alles bliebe wie zuvor.

Das brutale Vorgehen von Helios zeigt exemplarisch, wie Privatisierungen wirklich funktionieren: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sprichwörtlich ausgequetscht, Tarifverträge gekündigt und das arbeitsrechtliche Instrumentarium bis zur Schmerzgrenze ausgeschöpft.

Neu ist diese Erkenntnis aber wahrlich nicht. Vor ähnlichen Folgen hatte die SPD-Kreistagsfraktion bereits vor einigen Jahren gewarnt, als die damalige CDU-Kreistagsfraktion die Privatisierung der Kreiskrankenhäuser vorantrieb, die im letzten Moment verhindert werden konnte.

Wir hoffen, dass das Thema Verkauf der kreiseigenen Kliniken nun endgültig vom Tisch ist: Spätestens jetzt müssen CDU und FDP am Beispiel Damp erkennen, dass der Preis für die Renditeerwartungen der privaten Investoren von den Patienten und den Mitarbeitern gezahlt werden muss, deshalb gehört die öffentliche Daseinsvorsorge auch in die öffentliche Hand. Wir werden unsere Hände auch in Zukunft nicht für einen Verkauf der kreiseigenen Krankenhäuser heben.

Kai Dolgner
Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK

Keine Kommentare

SPD ruft zur Solidarität mit den Beschäftigten in Damp auf

Die SPD Rendsburg-Eckernförde ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich mit den Beschäftigten in den ehemaligen Damp-Kliniken zu solidarisieren, die Streikenden zu unterstützen und sich an der Demonstration am kommenden Sonnabend, um 12 Uhr, in Kiel vor dem Gewerkschaftshaus zu beteiligen!

Der Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix:

„Wenn teils Hochschwangere in einem Blümchenumschlag ihre Kündigung erhalten, Streiks unterdrückt und Dumpinglöhne gezahlt werden sollen, die eine staatliche Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach sich ziehen, ist das menschenverachtend!

Wir stehen an der Seite der Beschäftigten, weil wir für gute Löhne und Tariftreue statt Lohndrückerei stehen, weil wir für das Streikrecht und die Mitbestimmung stehen und weil wir taktische Kündigungen im Rahmen von Tarifverhandlungen ablehnen.

Die Beschäftigten in Damp sind der Garant für die Qualität in der Gesundheitsversorgung, für die dieser Standort bisher bekannt war. Dies muss auch der Helios-Konzern anerkennen. Der derzeitige Vorgang zeigt aber auch, dass Privatisierungen in der Krankenhausversorgung kein Weg zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung sind. Eine Gesundheitsdiscountpolitik, wie sie offenbar dem Helios-Konzern vorschwebt, lehnen wir ab.

Wir begrüßen es, dass die Landesregierung bereit ist zu vermitteln“

Keine Kommentare

25 Jahre Walter-Jacobsen-Gesellschaft

Gefördert werden Politische Bildung, Politische Psychologie und auch der Olof-Palme-Friedenspreis der SPD Stormarn

Die Walter-Jacobsen-Gesellschaft (WJG) wurde am 5. Juni 1987 in Hamburg als gemeinnützige wissenschaftliche Vereinigung gegründet. Initiator und siebzehn Jahre lang Erster Vorsitzender war der Hamburger Sozialpsychologe Helmut Moser. Walter Jacobsen stiftete das Gründungsvermögen.

Mit diesen Mitteln fördert die WJG seit 1987 Projekte, Tagungen und Publikationen zu Fragestellungen der Politischen Bildung und Politischen Psychologie. Dazu zählen vor allem regelmäßige Workshops zu aktuellen politischen Problemen (Umwelt, Arbeitsmarkt, Friedenssicherung, Folgen der Wende, politische Skandale usw.). Aus Mitteln der WJG wurde auch die „Zeitschrift für Politische



Psychologie" (1992-2006) materiell unterstützt.

Ganz im Geiste Walter Jacobsens sieht die WJG ihre Aufgabe auch in der Förderung sozialer Verantwortung und der Verständigung zwischen den Kulturen. Daher stiftet sie seit 1988 einen nicht unerheblichen Teil des Preisgeldes für den „Olof-Palme-Friedenspreis“, mit dem die SPD Stormarn alljährlich beispielhafte soziale und humanitäre Projekte und Initiativen ehrt. Für die Preisträger konnten bisher stets namhafte Festredner gefunden werden, u.a. Egon Bahr, Hans Jochen Vogel, Henning Voscherau, Olaf Scholz. Birgit Kassovic, Großnichte des Stifters und Gründungsmitglied der WJG, ist seit Beginn des Jahres auch Vorsitzende des Kuratoriums für die Vergabe des Olof-Palme-Friedenspreises. Ihr war es daher eine besondere Freude, zur Feier WJG-Jubiläums auch den langjährigen Vorsitzenden der SPD Stormarn, Martin Habersaat, begrüßen zu können.

Walter Jacobsen (1895-1986), geboren in Altona, erwarb seinen Doktorgrad an der Universität Hamburg bei William Stern und arbeitete danach als Psychologe in der Berufsberatung. In der NS-Zeit war er aktiv im liberalen Widerstand gegen das Regime und musste 1936 nach Schweden emigrieren, wo er ebenfalls in der Eignungsdiagnostik tätig war. Nach dem Krieg arbeitete er als erster - und lange Zeit einziger - Psychologe am Aufbau der Bundeszentrale für Politische Bildung mit. Bereits 1946 war Walter Jacobsen Gründungsvorsitzender des Berufsverbands Deutscher Psychologen (BDP). Auf seine Initiative geht auch die Bildung der Sektion „Politische Psychologie“ im BDP zurück. Darüber hinaus legte er mit seinen Mitteln den materiellen Grundstock für den „Forschungsfonds Psychologie der politischen Bildungsarbeit“, der bis heute von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung verwaltet wird. Die Walter-Jacobsen-Gesellschaft führt sein Lebenswerk fort.

Die WJG will auch weiterhin Politische Bildung und Engagement im Dienste von Integration und Völkerverständigung fördern und ist daher für materielle Unterstützung durch Spenden* dankbar.

Kontaktadresse: birgit.kassovic@t-online.de

Weitere Informationen sind auch der Homepage der WJG zu entnehmen:
www.wjg.kulturserver-hamburg.de

*Spenden zu Gunsten der Walter-Jacobsen-Gesellschaft bitte auf das Konto-Nr. 1201112222 bei der Haspa, BIZ 20050550

Foto v.l.:

Martin Habersaat, Birgit Kassovic, Rainer Krieger, Bernhard Claußen, Frank Hüttmann, Helmut Moser, Siegfried Preiser.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 03.07.2012, 11:02 Uhr - 6516 Clicks - Nr. 365

Damp-Kliniken

AfA aktiv bei der Demo

AfA aktiv bei der Demo gegen den Gesetzesbruch bei den ehemaligen Dampkliniken dabei

Die AfA und viele SPD Mitglieder waren am Sonnabend, 30.06.2012 bei der Demo und

Kundgebung anwesend und haben den betroffenen Kolleginnen und Kollegen ihre Solidarität und Unterstützung gezeigt. Angeführt vom SPD Landesvorsitzenden Ralf Stegner und dem AfA Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler waren zahlreiche Parteigrößen und Landtagsabgeordnete anwesend. Es war beeindruckend die 3.500 Menschen durch Kiel demonstrierend zu sehen.

Der Aufruf der AfA an den Ministerpräsidenten öffentlich zu den 1000 Kündigungen Stellung zu nehmen hat er mit einer klaren Rede, klaren Worten an die Geschäftsführung von Helios und dem Mutterkonzern und einer deutlichen Positionierung der Landesregierung auf der Kundgebung unterstrichen. Mit ihm dabei der neue Innenminister Andreas Breitner und der Staatssekretär für Arbeit Ralph Müller-Beck. Jetzt geht es darum zu positiven Ergebnissen für die betroffenen KollegInnen zu kommen und wir drücken ver.di bei den Tarifverhandlungen alle Daumen
Auf der Kundgebung AfA Landesvorsitzender Wolfgang Mädler mit der Landtagsabgeordneten Serpil Midyatli und Frank Schischefsky von ver.di

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 05.07.2012, 13:56 Uhr - 10410 Clicks - Nr. 366

Martin Habersaat bei 60plus

Am 12. Juli trifft sich im Bürgerhaus Glinde ab 15.00 Uhr der Diskussionstreff 60plus. Als Gast hat Organisatorin Marietta Exner den Südstormarner Landtagsabgeordneten Martin Habersaat eingeladen. Der 35jährige Barsbüttler ist seit der Landtagswahl auch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und wird den Gästen des Diskussionstreffs den Koalitionsvertrag der Schleswig-Holstein-Ampel aus SPD, Grünen und SSW vorstellen.



Habersaat war selbst Mitglied der Kommission, die den Vertrag „Bündnis für den Norden - Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“ aushandelte.

Der Diskussionstreff 60plus der SPD Glinde trifft sich einmal monatlich, immer am zweiten Donnerstag eines Monats, im Bürgerhaus Glinde. Bei Kaffee und Kuchen wird mit unterschiedlichen Gästen über Politik diskutiert. Kommen darf jeder, der in gemüthlicher Runde klönen oder etwas über die spannenden Themen erfahren will. Die Organisatorin Marietta Exner ist zu erreichen unter 040 / 710 63 29.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 05.07.2012, 19:10 Uhr - 9996 Clicks - Nr. 367

Hält die Hartz IV-Reform, was sie den Kindern versprochen hat?

5. 7. 2012
Pressemitteilung

SPD-Kreistagsfraktion: Hält die Hartz IV-Reform, was sie den Kindern versprochen hat?

In den zurückliegenden Jahren ist das Thema Kinderarmut immer stärker in das Bewusstsein der Gesellschaft gerückt.

Bereits Ende 2007 hat die SPD-Fraktion, um die Situation im Kreis Plön richtig einschätzen zu können, einen aktuellen Bericht eingefordert, der die tatsächliche Zahl der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen darstellt und u. a. auch Auskunft über deren Teilhabe im Schul-, Freizeit- und Kulturbereich gibt.

Dieser Bericht hat deutlich werden lassen, dass ca. 2700 Kinder in Familien mit SGB II Leistungsbezug aufwachsen und dass die damaligen Regelleistungen bei weitem nicht ausreichen, um am Mittagessen in der Schule teilzunehmen, notwendige Unterrichtsutensilien zu kaufen oder sich sportlich oder künstlerisch im Alltag zu betätigen.

Initiativen wie der Kleine Anna-Kreis, der Kinderförderfond der AWO, der Verein für Jugendhilfe, Sportvereine, Tafeln, die Nachmittagsbetreuung usw. haben sich der gesellschaftlich wichtigen Aufgabe angenommen, durch ausgleichende Maßnahmen und Sachleistungen zu helfen, heben die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit und der sozialpolitische Sprecher Kai Bellstedt anerkennend hervor. Der Kreistag selbst hat seit 2008 20.000 € bereitgestellt, um solche Initiativen zu unterstützen.

Bei allem Bemühen, den offensichtlichen Defiziten mit Bordmitteln entgegenzuwirken, stand die Forderung auf Nachbesserung an den Bundesgesetzgeber im Vordergrund. Aus diesem Grund sind an die zum 01.01.2011 in Kraft getretene Hartz IV-Reform, mit dem Bildungs- und Teilhabepaket, der Anhebung der Regelsätze usw. große Erwartungen auf Verbesserungen der Lebenschancen benachteiligter Kinder und Jugendlichen geknüpft worden.

Um nach über einem Jahr Umsetzung nachvollziehen zu können, ob sich dies nun auch in der Realität abzeichnet, bittet die SPD-Kreistagsfraktion die Verwaltung, den Bericht aus dem Jahr 2008 für den Zeitraum 2008 bis Mitte 2012 fortzuschreiben. Ergänzt werden soll er durch Angaben zum Ausbau der Kitaplätze, der Kindertagespflege, der Schulsozialarbeit und der Annahme des Bildungs- und Teilhabepaketes und seiner Auswirkung im Kreis Plön.

An den Bericht wird auch die Kernfrage geknüpft sein, ob ein Sinken der Zahl der arbeitslosen Hartz IV-Empfänger auch zur Folge hat, dass weniger Kinder und Jugendliche von Kinderarmut bedroht sind und welche Auswirkung die Entwicklung im Niedriglohnssektor auf die nachwachsende Generation haben kann.

Gute Schulbildung, gesellschaftliche Teilhabe und mitmachen im Alltag gehören für hilfebedürftige Kinder genauso zum Existenzminimum wie Nahrung, Kleidung und Unterkunft, sind sich die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit und der sozialpolitische Sprecher Kai Bellstedt einig. Aus diesem Grunde ist es wichtig zu wissen, ob wir über das Bildungs- und Teilhabepaket auf dem Weg sind, die bekannten Benachteiligungen auffangen zu können, oder ob es auch weiterhin auf die Unterstützung durch Initiativen, Förderfonds und freiwilliger Leistungen der Kommunen ankommen wird. Denn nach wie vor gilt: Die Qualität und die Zielgenauigkeit bestehender Förder- und Bildungschancen entscheidet maßgeblich über die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen. Dabei darf kein Kind zurückgelassen werden.

Helga Hohnheit
Stellvertr. Fraktionsvorsitzende
Dorfstr. 16
24220 Boksee
Tel. 04302 965955

Keine Kommentare

Die Solidarität mit den Beschäftigten der Helios hat sich gelohnt

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD des Kreises Schleswig-Flensburg bedankt sich zuerst einmal für die große Solidarität mit den streikenden Beschäftigten und mit den Gewerkschaften ver.di und NGG bei den Helios-Damp-Kliniken. Das Einlenken der Helios ist nur durch den Einsatz der Beschäftigten von den Helios Beschäftigten erlangt worden.



Die unrechtmäßigen Kündigungen bei der Zentralen Service-Gesellschaft (ZSG) während des ordentlichen Streiks – trotz Notdienstvereinbarungen mit den Gewerkschaften – hat tiefe Wunden bei den Betroffenen verursacht. Der Widerstand der Beschäftigten hat ALLE Beschäftigten im Gesundheitskonzern zusammengeschweißt. Die große Solidarität innerhalb der Belegschaft als auch von außen von Politik und der Bevölkerung und Patienten hat bei den Beschäftigten, den Streikenden und bei den Gekündigten der ZSG nach ihren berechtigten Forderungen gestärkt.

Der AfA Schleswig-Flensburg ist es bewusst, dass die frühkapitalistischen Methoden des Helios-Fresenius-Konzerns keinen weiteren Erfolg haben werden. Jedoch ist die AfA auch überzeugt, dass dieser Konzern weiter nach Gesetzeslücken suchen wird, um Wege zum Personalabbau zugunsten der Aktionäre und Renditen zu finden.

Die Fehler der Vergangenheit mit der Privatisierung im Gesundheitssektor und anderen ehemaligen öffentlichen Dienstbereichen müssen korrigiert werden. Dieses Thema setzt sich die AfA Schleswig-Flensburg als Ziel für die nächsten Monate als Schwerpunkt ihrer Arbeit.

Keine Kommentare

Die S4 kommt!

Zu aktuellen Presseberichten über die S4 sagen die Stormarner SPD-Landtagsabgeordneten Martin Habersaat und Tobias von Pein:

Die S4 kommt! Im Kapitel „Schiene und Straße“ des Koalitionsvertrags findet sich folgender Absatz: „Im Vordergrund steht im Bereich der Metropolregion die Herstellung der S4 zwischen Bad Oldesloe und Elmshorn sowie der Ausbau der AKN als S-Bahn einschließlich nördlicher Anbindung an den Flughafen Fuhlsbüttel.“



Wir wollen eine S-Bahn 21 von Kaltenkirchen nach Hamburg einrichten, indem die bestehende AKN-Strecke ausgebaut, elektrifiziert oder mit Hybridwagen betrieben wird."

Ein Zusammenhang mit der Stadtrationalbahn wurde in den Koalitionsverhandlungen nicht hergestellt. Richtig ist, dass mehr Mittel in Richtung ÖPNV umgeschichtet werden sollen.

Der Landtag hat mit Drucksache 17/902 (neu) beschlossen, den Ausbau der S4 sichern zu wollen. Das war ein Antrag von CDU, SPD, FDP, Grünen und SSW. Was dort steht, gilt. In der Begründung heißt es treffend: „Schon lange wird für eine S-Bahnverbindung auf eigener Trasse nach Ahrensburg und Bad Oldesloe gekämpft. Seit 2003 wird der Ausbau im ‚Vordringlichen Bedarf‘ des Bundesverkehrswegeplans geführt und ist damit eines der wichtigsten Projekte für die Metropolregion. In Hinblick auf den Bau der Fehmarnbelt-Querung und die damit einhergehende Steigerung des Güterverkehrs gilt eine wesentliche Entlastung des Hamburger Hauptbahnhofs durch die S-Bahnstrecke von Hamburg nach Ahrensburg und Bad Oldesloe als unstrittig und auch dringend notwendig.“

Alles andere darf unter der Rubrik „Sommertheater“ verbucht werden.

Keine Kommentare

[SPD-Harrislee](#) - veröffentlicht am 09.07.2012, 13:37 Uhr - 5977 Clicks - Nr. 370

Der Neue – Bürgermeister für Harrislee: Dr. Jens Maßlo

Er soll unser neuer Bürgermeister in Harrislee werden:
Dr. Jens Maßlo.

In der vergangenen Woche wählte die Fraktion den 32-Jährigen zu unserem Kandidaten. "Wir freuen uns, dass die Fraktion mit Jens Maßlo einen hervorragenden Kandidaten für den Bürgermeisterposten gefunden hat", sagte SPD-Ortsvereinsvorsitzender Holger Zschiesche.

"Ich möchte gerne ein Bürgermeister für alle sein", sagte Maßlo und kündigte an, dass er das direkte Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen werde.

Mehr Bürgerbeteiligung bei Gemeindeentscheidungen, eine stärkere Orientierung am Service-Gedanken und eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde – das sind drei seiner Schwerpunkte.

Der Ortsverein sieht dem bevorstehenden Wahlkampf mit Zuversicht entgegen:

"Ich bin sicher, dass Jens Maßlo ein würdiger Nachfolger für unseren ehemaligen Bürgermeister wird", sagte Holger Zschiesche. Bei der Wahl am 2. September stimmen die Bürger über den Nachfolger von Dr. Wolfgang Buschmann ab, der 19 Jahre lang Bürgermeister von Harrislee war und seit Mai Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg ist.

Wahlkampf ist für unseren Kandidaten nichts Neues. Bei der letzten Landtagswahl vor einigen Wochen trat er als Direktkandidat für die SPD im Wahlkreis Flensburg-Land an. Mit knapp 32 Prozent erzielte er dabei das beste Ergebnis der Erststimmen in unserer Gemeinde.

"Dieses Resultat möchte ich natürlich noch verbessern, schließlich will ich ein Bürgermeister für alle sein", sagte Maßlo.

Die Marine hat ihn zu uns nach Harrislee gebracht. Seit über einem Jahrzehnt wohnt er hier in unserer Gemeinde. Als Marineoffizier hat er in Hamburg Politikwissenschaften studiert und über die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen promoviert. Zuletzt arbeitete er als Wahlkreismitarbeiter bei unserem ehemaligen Landtagsabgeordneten und Ortsvereinsmitglied Lothar Hay. Politische Erfahrungen hat Jens Maßlo vor allem als Mitglied des Kreistages Schleswig-Flensburg gesammelt. Er gehört dem Kreistag seit 2003 an. Seit der letzten Kommunalwahl 2008 ist er der

Vorsitzende des Regionalentwicklungsausschusses und beschäftigt sich dort mit Themen wie Regionalplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus, deutsch-dänischer Zusammenarbeit oder Natur- und Umweltschutz.

Aber auch die Politik in unserer Gemeinde begleitet er schon seit über zehn Jahren, seit er damals als jüngstes Mitglied in die Fraktionsarbeit mit eingebunden wurde und inzwischen als bürgerliches Mitglied im Jugend- und Sportausschuss voll dabei ist. Die SPD in Harrislee steht hinter unserem zukünftigen Bürgermeister Jens Maßlo und wird ihn in seinem Wahlkampf unterstützen – eben getreu seines Mottos "Miteinander bringt's".

Link zur Internetseite von Dr. Jens Maßlo:

<http://www.masslo.de>

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 11.07.2012, 10:54 Uhr - 14987 Clicks - Nr. 371

SPD-MdB Thönnnes wirbt für Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen –, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.



Hierzu erklärt Franz Thönnnes, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Segeberg/Stormarn-Nord: „Eine lebendige parlamentarische Demokratie, Politik und freie Medien bedingen einander. Das gilt für alle Ebenen der Demokratie von der Kommunalpolitik über das Landesparlament bis zum Deutschen Bundestag. Eine verständliche und konstruktiv-kritische Berichterstattung erläutert Entscheidungsprozesse, schafft Transparenz und regt vielleicht auch zum politischen Engagement an. Eine breite Beteiligung der Medien und Vorschläge auch durch Bürgerinnen und Bürger in den Kreisen Segeberg und Stormarn würde mich sehr freuen“.

Der eingereichte Beitrag muss bis zum 15. Oktober 2012 vorliegen und nach dem 30. September 2011 erschienen sein. Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt. Dem Bewerbungsschreiben sind zehn Exemplare der zur Auszeichnung vorgeschlagenen Arbeit bzw. Arbeiten und ein Lebenslauf des Autors bzw. Lebensläufe der Autoren beizufügen. Die Auswahl der Preisträgerin oder des Preisträgers erfolgt dann durch eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste
Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik –
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227-38630, Fax: 030-227-36464,

Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 12.07.2012, 10:09 Uhr - 31974 Clicks - Nr. 372

Kreis Segeberg: SPD geht intensiver "online"

Google, facebook, twitter, soziale Netzwerke, video-streaming. Mit diesen Begriffen aus der virtuellen Welt beschäftigt sich seit einiger Zeit der Kreisvorstand der Segeberger SPD.

Die Segeberger Sozialdemokraten wollen mehr als ihre Homepage www.spd-segeberg.de. Sie wollen darüber hinaus an dem regen Meinungs Austausch, der in Blogs, Foren und Networks herrscht, teilnehmen und über ihre politische Arbeit informieren und diskutieren.

Pressesprecher Horst Ostwald: „In sozialen Netzwerken wird intensiv über Politik gesprochen. Heutzutage kommt es für uns immer mehr darauf an, sich den Botschaften zu stellen, die Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Richtung absenden. Wir sehen dabei „online“ nicht isoliert von „offline“, es ist nicht mehr als ein zusätzlicher Kanal. Die persönlichen Gespräche wollen wir nicht durch Kontakte im Netz ersetzen, sondern allenfalls ergänzen.“

Der Kreisvorstand hat dazu in einer Klausurtagung die Ziele festgelegt und einen Arbeitskreis unter der Leitung von Christopher Schmidt aus Kaltenkirchen gebildet, der die praktische Umsetzbarkeit prüfen soll. Darüber hinaus gilt es zu beurteilen, wie man es am besten anstellt, einen Gewinn für sich und diejenigen, die diskutieren und mitreden wollen, zu generieren.

Ein erstes Ergebnis konnte der Arbeitskreis dem Kreisvorstand liefern: Seit gestern Abend ist der SPD-Kreisverband unter www.facebook.com/Spd.Segeberg zu finden.

Nächstes Ziel: Der Kreisparteitag im November soll erstmals für jedermann als video-stream im Internet zu verfolgen sein.

Bis zum September soll ein Leitfaden erarbeitet werden, der Orientierung geben soll in der Fülle der Möglichkeiten von „Social Media“.

Schulungen im Rahmen der sogenannten „roten Werkstatt“ und auf örtlicher Ebene sollen in der weiteren Entwicklung die Teilnahme der Ortsvereine im Kreis Segeberg vorbereiten.

Kreisvorsitzender Andreas Beran: „Unser Vorstoß ist nicht etwa eine hektische Reaktion auf die politische Konkurrenz durch die „Piraten“. Wir sprechen ganz einfach eine weitere Einladung zur Teilnahme an unserer politischen Arbeit aus. Dabei wollen wir zeitgemäße Wege gehen.“

Keine Kommentare

Einladung- Kommunalpolitik mit den Jusos am 25.07.2012 in Eckernförde

Liebe Genoss_innen,
in Deinem Ort wird über Deinen Kopf hinwegentschieden? Das Schwimmbad gefällt dir nicht und der Sportplatz könnte mal saniert werden? In der Gemeindevertretung sitzen nur alte Menschen?

Du kannst was dagegen tun! Kommendes Jahr sind Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, das heißt, dein Ort und der Kreis wählen ihre neuen Vertretungen. Und Du kannst dabei sein!

Über den Nutzen von Kommunalpolitik wollen wir mit dir und unseren Gästen diskutieren:

Am 25.07. 18:00 in der Bürgerbegegnungsstätte Eckernförde, Rathausmarkt 3.

Mit dabei sind:

Kai Dolgner- Vorsitzender der Kreistagsfraktion der SPD

Hatice Kara- neue Bürgermeisterin von Timmendorfer Strand (angefragt)

Tim Klüssendorf- Juso und Ausschussvorsitzender in Lübeck

Wir würden uns sehr freuen, wenn Du dabei bist! Schick uns doch einfach eine kurze Mail (m.deutschmann@jusos-rd-eck.org) und melde dich an, damit wir besser planen können. Und es werden Wahlen nötig sein, da wir neue Delegierte für den Jusos Landesausschuss bestimmen müssen. Mit sozialistischen Grüßen, Moritz Deutschmann (Kreisvorsitzender der Jusos)

Keine Kommentare

Ein Abgeordneter zum Nachfragen

Martin Habersaat stellte bei 60plus in Glinde den Koalitionsvertrag vor

„Gut, wenn man persönlich nachfragen kann!“ - So lautete das Fazit einer Teilnehmerin des Glinde Diskussionstreffs 60plus. Zuvor hatte der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat zwei Stunden lang bei Kaffee und Kuchen den Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW vorgestellt, viele Fragen beantwortet und Vieles diskutiert, was in den vergangenen Wochen über die neue Landesregierung in der Zeitung zu lesen war.

Die Teilnehmer der Veranstaltung begrüßten besonders den neuen, wertschätzenden Politikstil, den Torsten Albig mitgebracht hat. Kritischer sahen sie das Vorhaben der Koalition, das Wahlalter zu senken. Besonders viel Erklärungsbedarf gab es im Bereich der Verkehrspolitik.

„Bündnis für den Norden - Neue Horizonte für Schleswig-Holstein“, so ist der



Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW überschrieben, der die Arbeitsgrundlage für Torsten Albig und seine Regierung bildet. Deutlich werde die Dialogbereitschaft der Regierung Albig an einer Vielzahl von runden Tischen und Konferenzen, berichtete Habersaat. Als Beispiele nannte er eine große Bildungskonferenz im Herbst, regionale Pflege- und Gesundheitskonferenzen und Veranstaltungen der Regierung im ganzen Land. Mehr Menschen mitnehmen - das ist auch der Hintergrund des Vorhabens, das Wahlalter auf 16 zu senken. „Wer mehr Rechte will, muss auch mehr Pflichten übernehmen“, befanden viele Diskussionsteilnehmer und gaben dem Abgeordneten durchaus skeptische Einschätzungen zu diesem Vorhaben mit auf den Weg. Habersaat selbst ist ein Befürworter des Wahlalters 16 : „Was bei Kommunalwahlen geht, geht auch bei Landtagswahlen. Ich sehe aber ein, dass wir für dieses Vorhaben noch werben müssen.“

In den vergangenen Wochen hatten Passagen des Koalitionsvertrags zu verschiedenen Verkehrsprojekten für Schlagzeilen gesorgt. Habersaat stellte die Beschlüsse einen nach dem anderen vor und erläuterte die Hintergründe. So habe die Bundesrepublik Deutschland mit dem Königreich Dänemark einen Vertrag über den Bau der festen Fehmarnbeltquerung geschlossen. Darin hat sich Dänemark verpflichtet, die Kosten für die Querung zu tragen, Deutschland sorgt für die Hinterlandanbindung auf deutschem Boden. Habersaat: „Diese Verpflichtung muss von Seiten der Bundesregierung auch unterfüttert werden. Hier wird Schleswig-Holstein in Berlin auf seine Interessen pochen. Die Entscheidung für den Bau kann von Kiel aus nicht in Frage gestellt werden. Wir dürfen aber kritisch nachfragen, was der bayerische Bundesverkehrsminister für den Norden plant.“ Für viel Wirbel sorgte die Ankündigung der neuen Regierung, die A20 bis 2017 nur bis zur A7 weiterzubauen. Habersaat: „Dabei ist schon das ein ambitioniertes Vorhaben. Eine neue Elbquerung bis 2017 ist völlig unrealistisch, auch, weil das Bundesverkehrsministerium Gelder lieber nach Bayern als nach Norddeutschland überweist.“ Zunächst sei es sinnvoll, die A20 „am Stück“ weiterzubauen und nicht einzelne Elemente in die Landschaft zu setzen. Aktuelle Gerüchte, der Bau der S4 werde in Frage gestellt, bezeichnete der Abgeordnete als „Sommertheater - Hamburg und Schleswig-Holstein ziehen hier an einem Strang. Die S4 kommt.“

Marietta Exner, die Initiatorin des Diskussionstreffs, freute sich über den abwechslungsreichen Nachmittag, an dem auch über die Energiewende, Bildungspolitik und die Risiken der Freigabe von Drogen gesprochen wurde. Sie verabschiedete den Gast mit einem großen Lob: „Nach drei Jahren im Landtag ist Martin Habersaat nun schon stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion. Dabei hat er sich seine nette Art bewahrt, kümmert sich um unsere Anliegen und nimmt sich die Zeit, Fragen anschaulich zu erklären. Weiter so!“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 16.07.2012, 15:45 Uhr - 25725 Clicks - Nr. 375

Die Arbeit am Kreiswahlprogramm hat begonnen!

Der neu gewählte Kreisvorstand der SPD Rendsburg-Eckernförde hat während seiner ersten Sitzung einige Eckpunkte zur Vorbereitung der Kommunal- und Kreistagswahl, die am 26. Mai 2013 stattfinden wird, festgelegt.

Die Kreistagsfraktion hatte bereits drei Arbeitsgruppen zu den Oberthemen "Lebensqualität", "Bildung" und "Mobilität" gebildet. Diese sind nun aufgefordert bis zur Klausurtagung des Kreisvorstands Anfang September Eckpunkte zu formulieren.

Mit diesen Eckpunkten wollen wir dann in eine Diskussion mit den Mitgliedern der Partei, mit Vereinen und Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Wer Interesse

hat, schon bei der Erarbeitung der Eckpunkte mitzuarbeiten, meldet sich bitte bei dem Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Kai Dolgner oder dem Kreisvorsitzenden Sönke Rix - wegen der Sommerferien bitte per E-Mail: kai@dolgner.info bzw. kontakt@soenke-rix.de.

Mit dem weiteren Verfahren zur Erarbeitung des Kreiswahlprogramms wird sich der Kreisvorstand in seiner Sitzung am 15. August 2012 beschäftigen. Die Kreistagsfraktion befasst sich übrigens am 18.08.2012 ab 10.00 Uhr auf einer Sonderklausurtagung im Jugendfeuerwehrzentrum in Rendsburg, P.-H.-Eggers-Straße 22-24, 24768 Rendsburg, ausschließlich mit dem Thema Kommunalwahl 2013. Neue und interessierte Mitglieder, die gerne im Kreistag mitarbeiten möchten, sind herzlich dazu eingeladen. Zur Planung ist unbedingt eine Anmeldung bei Siegrid Gehringer erforderlich: spd-fraktion@gmx.de Bis Mitte Februar haben die Ortsvereine Zeit, die Kandidatinnen und Kandidaten in Mitgliederversammlungen in den einzelnen Kreistagswahlkreisen zu bestimmen. Und am 02. März 2013 soll die Liste für die Kreistagswahl auf einer Kreiswahlkonferenz bestimmt werden.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 19.07.2012, 11:01 Uhr - 29109 Clicks - Nr. 376

SPD-Kreisverband erinnert an Massenmord auf Utøya

Die Sozialdemokraten des Kreises Segeberg erinnern am ersten Jahrestag an die schrecklichen Geschehnisse auf der norwegischen Insel Utøya und gedenken der Opfer.

Am 22. Juli 2011 kam es zu einer Explosion in der Nähe eines Regierungsgebäudes im Zentrum der norwegischen Hauptstadt Oslo. Etwa zwei Stunden später begann auf der Insel Utøya ein Anschlag auf ein Feriencamp der Jugendorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Arbeidernes Ungdomsfylking (AUF). Der Täter – ein politischer Warrkopf - schoss etwa 90 Minuten lang auf die unbewaffneten Opfer. Insgesamt kamen bei den Anschlägen 77 Menschen ums Leben. Der Segeberger SPD-Kreisverband: "Es war nicht nur ein Angriff auf die sozialdemokratische Integrationspolitik Norwegens, sondern ein Angriff auf die sozialdemokratischen Werte in Europa und der ganzen Welt."

Voller Hochachtung und Hoffnung erinnern die Sozialdemokraten auch an die Worte des norwegischen Premierminister Jens Stoltenberg kurz nach den Anschlägen. Seine Botschaft war klar: „Keiner wird uns zum Schweigen bomben. Keiner wird uns zum Schweigen schießen. Ihr werdet unsere Demokratie oder unsere Idee einer besseren Welt nicht zerstören. Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit."

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 27.07.2012, 12:30 Uhr - 15729 Clicks - Nr. 377

Situation in Belarus: Gemeinsame Erklärung von 15 internationalen Parlamentariern

Der polnische Europaabgeordnete Marek Migalski, der an der Patenschaftskampagne der Menschenrechtsorganisation Libereco – Partnership for Human Rights teilnimmt, hat eine Erklärung zur Situation in Belarus veröffentlicht, die von 14 weiteren internationalen Parlamentariern unterstützt wird.



Am heutigen Tage drücken die Abgeordneten ihre Unterstützung für das demokratische Streben der Menschen in Belarus aus und fordern die belarussischen Behörden dazu auf, die Verfolgung von Andersdenkenden, Menschenrechtsverteidigern und Journalisten zu beenden sowie die gegen die politischen Gefangenen erhobenen Vorwürfe fallenzulassen und sie sofort und bedingungslos freizulassen.

Nachfolgend erklärt die Gruppe der Parlamentarier:

„Die Situation in Belarus verschlechtert sich, da die belarussischen Behörden fundamentale Freiheiten der Bevölkerung weiterhin repressiv verweigern. Unabhängige belarussische Medien berichten, dass das belarussische Regime seine Razzien sowie die Inhaftierung von politischen und Menschenrechtsaktivisten, Oppositionellen und unabhängigen Journalisten fortsetzt.

Gemäß dieser Berichte hat sich die Situation mehrerer politischer Gefangener, die in Strafkolonien oder Haftanstalten festgehalten werden, weiter verschlechtert. Gefangene werden oft gefoltert und sind harten Haftbedingungen ausgesetzt, die in vielen Fällen eine Bedrohung für ihr Leben und ihre Gesundheit darstellen. Die belarussischen Behörden versuchen weiterhin, die Gefangenen zu beschuldigen „grob die Strafkolonieordnung missachtet zu haben“, um ihnen so die Möglichkeit zu nehmen, eine Amnestie zu erhalten. Siarhei Kavalenka und der ehemalige Präsidentschaftskandidat Mikalai Statkevich wurden gedrängt, ein Begnadigungsgesuch einzureichen. Da sie dies ablehnten, wurden sie in Einzelhaft verlegt.

Wir waren beunruhigt, zu erfahren, dass neue Ermittlungen gegen den inhaftierten Vorsitzenden der oppositionellen Jugendbewegung „Junge Front“ (Malady Front) Dzmitry Dashkevich aufgenommen wurden. Es droht ihm ein weiteres Jahr im Gefängnis, weil er angeblich gegen die Gefängnisordnung verstoßen haben soll. Mikalai Autukhovich und Mikalai Statkevich wurden zu strengeren Haftbedingungen verurteilt und von einer Strafkolonie in ein geschlossenes Gefängnis verlegt. Mikalai Dziadok wurde für 6 Monate in eine Isolationszelle verlegt. Berichten zufolge sieht sich der Menschenrechtsaktivist Ales Bialatski größer werdenden Haftrepressionen ausgesetzt, insbesondere reduzierten Nahrungsrationen und begrenzten Besuchsrechten.

Am 22. Juni wurde der bekannte Journalist und Aktivist des unabhängigen Verbands der Polen, Andrei Pochobut, festgenommen. Es wurde ein Strafverfahren wegen angeblicher Beleidigung von Präsident Alexander Lukaschenko gegen ihn eingeleitet. Obwohl er am 30. Juni gegen Kaution freigelassen wurde, droht ihm weiterhin eine Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Präsidenten. Diese gezielte Attacke stellt eine Drohung an die belarussischen Journalisten dar und zeigt die wachsende Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die belarussischen Behörden.

Außerdem sind wir besorgt darüber, dass gegen eine zunehmende Zahl von Jugendaktivisten Verwaltungshaft verhängt wird. Von Juli 2011 bis Mai 2012 wurden 16 Mitglieder der „Jungen Front“ (Malady Front) festgenommen. Diese politisch motivierten Inhaftierungen basierten auf falschen Anschuldigungen und sind offensichtliche Versuche, die Opposition zu schikanieren und einzuschüchtern.

Wir verurteilen die Verfolgung der belarussischen Bürger durch die Behörden des Landes und rufen zur sofortigen Freilassung und vollen Rehabilitation aller politischen Gefangenen auf.“

Franz Thönnies, Mitglied des Deutschen Bundestags
Marieluise Beck, Mitglied des Deutschen Bundestags
Bijan Djir-Sarai, Mitglied des Deutschen Bundestags
Sari Essayah, Mitglied des Deutschen Bundestags
Michael Gahler, Mitglied des Europäischen Parlaments
Katrin Göring-Eckardt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Angelika Graf, Mitglied des Deutschen Bundestags

Mark Kirk, US- Senator für Illinois
Bärbel Kofler, Mitglied des Deutschen Bundestags
Marek Migalski, Mitglied des Deutschen Bundestags
Manuel Sarrazin, Mitglied des Deutschen Bundestags
Werner Schulz, Mitglied des Europäischen Parlaments
Marina Schuster, Mitglied des Deutschen Bundestags
Christoph Strässer, Mitglied des Deutschen Bundestags
Florian Toncar, Mitglied des Deutschen Bundestags

Das Patenschafts-Programm für die politischen Gefangenen in Belarus wurde von der Menschenrechtsorganisation Libereco - Partnership for Human Rights initiiert, um die Gefangenen und ihre Angehörigen zu unterstützen. Mehrere Parlamentarier, die diese gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben, sind eine Patenschaft für einen politischen Gefangenen in Belarus eingegangen. Weitere Informationen zu den Gefangenen-Patenschaften finden Sie auf: www.lphr.org

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an: info@lphr.org

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 02.08.2012, 20:14 Uhr - 5534 Clicks - Nr. 378

Oberstufe an der Reinbeker Gemeinschaftsschule - Reinbeker SPD-Fraktion begrüßt

„Wir begrüßen die Initiative der Schulkonferenz der Reinbeker Gemeinschaftsschule, in dieser Schule eine gymnasiale Oberstufe einzurichten.“ Mit dieser klaren Aussage reagierte Volker Müller, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Reinbeker Stadtverordnetenversammlung, auf einen Brief des Schulleiters der Gemeinschaftsschule Frank Lölling, in dem dieser den entsprechenden Beschluss der Schulkonferenz vom 7. Mai 2012 jetzt publik gemacht hatte.

Mit der Einrichtung einer eigenen gymnasialen Oberstufe in der Gemeinschaftsschule trage die Stadt der wachsenden Attraktivität der Schule am Mühlenredder Rechnung und schaffe zugleich eine sinnvolle Alternative zu dem G8-Bildungsgang zum Abitur, den die Sachsenwaldschule anbiete, so der schulpolitische Sprecher der Reinbeker SPD-Fraktion, Tomas Unglaube. Auch sei zu erwarten, dass sich angesichts dieses Angebots nun auch vermehrt Eltern für diese Schulform entschieden.

Dass sich die Gemeinschaftsschule zunehmender Beliebtheit erfreut, zeigen die aktuellen Anmeldezahlen: Statt der im Schulentwicklungsplan der Stadt für die künftigen 5. Klassen prognostizierten 57 Schülerinnen und Schüler werden nach den Sommerferien knapp 80 Kinder neu in die Gemeinschaftsschule eingeschult werden; an Stelle der erwarteten Zahl von insgesamt 335 Schülerinnen und Schülern plant das Schulamt in seinen Zuweisungen mit ca. 430 Kindern und Jugendlichen. Auch wenn eine Entscheidung über die Schaffung der gymnasialen Oberstufe in der Gemeinschaftsschule nicht innerhalb der nächsten Wochen ansteht, wird dieses Thema doch schon die Beratungen zur Raumoptimierung in den Reinbeker Schulen, die am 7. August 2012 im Sozial- und Schulausschuss fortgesetzt werden, beeinflussen: „Wir dürfen bei den Klassen- und Fachräumen jetzt nichts planen, was uns die Schaffung einer eigenen gymnasialen Oberstufe in der Gemeinschaftsschule in zwei bis drei Jahren unmöglich macht“, gibt Volker Müller zu bedenken.

Der Trend, da ist sich der SPD-Fraktionsvorsitzende sicher, werde dahin gehen, „dass es in Städten und Mittelzentren von der Größe Reinbeks nebeneinander Gymnasien mit

einem G8-Angebot und Gemeinschaftsschulen mit einem G9-Angebot geben wird.“ Wegen der notwendigen Abstimmung im Mittelzentrum wird die SPD-Fraktion daher auch bereits in der übernächsten Woche Gespräche mit Kommunalpolitikern der Nachbarkommunen aufnehmen.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 02.08.2012, 20:17 Uhr - 5204 Clicks - Nr. 379

SPD-Fraktion Reinbek: Den Charakter der Möllner Landstraße erhalten!

„Wir werden uns bei den anstehenden Beratungen im Bauausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung dafür einsetzen, den bestehenden Charakter der Möllner Landstraße zu erhalten.“ Mit dieser klaren Aussage trat Volker Müller, Vorsitzender der Reinbeker SPD-Fraktion am 31. Juli 2012 im Anschluss an eine Sitzung seiner Fraktion vor die Presse. Intensiv hatte sich die SPD-Fraktion in ihrer Sitzung mit der anstehenden Sanierung der Möllner Landstraße im Stadtteil Neuschönningstedt beschäftigt.

Erarbeitet wurden von den Mitgliedern der SPD-Fraktion dabei folgende Eckpunkte:

1. Erhalt des Charakters der Möllner Landstraße einschließlich des prägenden Baumbestandes;
2. Schaffung von Parkflächen nur dort, wo es für die unmittelbaren Anwohner sinnvoll ist;
3. Einhalten eines Kostenrahmens, der die Anlieger nicht unbillig belastet.

Alle drei Punkte sind nach Aussage von Müller für die SPD-Fraktion untrennbar miteinander verknüpft. „Es kann nicht angehen, dass mögliche Mehrkosten für den Erhalt einzelner Bäume den Anliegern in Rechnung gestellt werden, aber alle davon profitieren“, erläutert Müller den Standpunkt der SPD.

Die Bürgerinformation am kommenden Montag in der Begegnungsstätte wird von vielen Mitgliedern der SPD-Fraktion besucht werden. „Wir wollen hören, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt, und dabei konzentriert zuhören; wir werden aber nicht das große Wort schwingen, denn im Mittelpunkt der Anhörung sollen die Bürgerinnen und Bürger stehen“, betont Volker Müller.

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 06.08.2012, 11:56 Uhr - 11307 Clicks - Nr. 380

Radtour

Die beliebte Grillradtour des SPD-Ortsvereins Wilster findet auch in diesem Jahr wieder nach den Sommerferien am 19.08.2012 ab 10:30 Uhr (Treffpunkt: Buchhandlung Bunge) statt.



Wie in den vergangenen Jahren bleibt das Ziel der Fahrt bis zum Start geheim. Nach etwa 2 Stunden Fahrt durch die Wilstermarsch wird anschließend im Hof der Gaststätte "Neue Börse" gemeinsam gegrillt.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 06.08.2012, 13:13 Uhr - 15911 Clicks - Nr. 381

Franz Thönnnes bewirbt sich erneut für SPD-Kandidatur zum Deutschen Bundestag

Im Wahlkreis 8 Segeberg – Stormarn-Mitte bewirbt sich erneut der Abgeordnete Franz Thönnnes für die SPD-Kandidatur zur Bundestagswahl 2013. Dies hat der Sozialdemokrat bereits Ende Juli den Ortsvereinsvorsitzenden und Kreisvorständen seiner Partei in einem Schreiben mitgeteilt. Die Wahlkreisdelegiertenkonferenz zur Nominierung soll am 4. Dezember 2012 in Henstedt-Ulzburg stattfinden.



Der 57-jährige SPD-Politiker ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Anschluss an seine Aufgabe als stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender war er von 2002 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Gesundheit und Soziale Sicherung sowie Arbeit und Soziales. Nach der letzten Bundestagswahl wurde er Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Berichterstatter seiner Fraktion für alle Länder des Ostseeraumes sowie Russland. Dabei kommen ihm seine Funktionen als Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe und Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz zu Gute.

Thönnnes: „Gemeinsam will ich mit meinen Parteifreunden dafür werben und kämpfen, dass wir nach vier Jahren schwarz-gelber Koalition wieder eine SPD-geführte, solide Bundesregierung bilden können. Für eine verantwortungsvolle Politik nach der Bundestagswahl brauchen wir eine enge Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Zusammenhalt, nachhaltiger ökologischer Ausrichtung sowie wirtschaftlichem Erfolg und soliden Finanzen in Deutschland und Europa.“

Im Wahlkreis kommt es für den langjährigen Sozialpolitiker darauf an, dass die Kreise Segeberg und Stormarn ihre hervorragende wirtschaftliche Position behalten. Damit könnten sie auch weiterhin gute Standorte für Arbeit, Ausbildung und Wohnen über alle Lebensphasen sein. Wichtig sei jedoch sich den demographischen Herausforderungen mit wirksamen Konzepten zu stellen, wie beispielhaft bereits mit den Mehrgenerationenhäusern in Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg und Bad Oldesloe geschehen. Ebenso ist es für die Attraktivität der Wirtschaftsregion von großer Bedeutung ausreichende Kinderbetreuungsangebote anzubieten, damit auch Alleinerziehende Familie und Beruf optimal miteinander vereinbaren können. Dies gehört genauso zu guter Arbeit wie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und der Verbesserung der Mitbestimmung sowie der Arbeitsbedingungen bei Leih- und Zeitarbeit.

Im Übrigen ist es für den SPD-Bundestagsabgeordneten nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch eine Antwort auf die demographischen und ökologischen Herausforderungen, wenn nun über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Spitzensteuersatz-Anhebung und die Erbschaftssteuer diskutiert wird. Schließlich geht es um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates, damit dieser gute Bildung, soziale Sicherheit und Innovationsfähigkeit gewährleisten kann.

Aber auch die internationale politische Arbeit ist für Thönnnes eine weitere Motivation für eine erneute Kandidatur. Für ihn stehen die Sozialdemokraten angesichts der aktuellen

Situation in Europa vor großen Herausforderungen. „Wir tragen Verantwortung dafür, dass Europa als das große Friedensprojekt nach dem 2. Weltkrieg erfolgreich weiterentwickelt wird. Deshalb will ich, dass sich das Primat der Politik vor den Finanzmärkten behauptet. Und es gilt, Europa demokratischer zu machen, es mit der Bildung einer Finanz-, Wirtschafts- und Sozialunion zu stärken und mit einer breiten Bürgerbeteiligung zu erneuern“, so der SPD-Politiker.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.08.2012, 01:58 Uhr - 8327 Clicks - Nr. 382

„Und wenn uns bald die Sonne lacht...

- dann hat's die SPD gemacht!" - Das war der augenzwinkernde Kommentar von Martin Habersaat, nachdem er gemeinsam mit Jan Bastick auf der NDR 1 Welle Nord die Wettervorhersage präsentiert hatte. Ein wenig Sonne immerhin war enthalten bei der Ansage live vom Glinder Marktplatz.



Und für Regentage empfiehlt Martin Habersaat, der Landtagsabgeordnete für Stormarn Süd und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, einen Blick auf seine Webseiten und die umfangreichen Literaturtipps unter www.martinhabersaat.de.

Keine Kommentare

[AsF Kiel](#) - veröffentlicht am 09.08.2012, 03:38 Uhr - 6090 Clicks - Nr. 383

"Wir unterstützen Susanne Gaschke!"

Nach den beiden Informationsveranstaltungen der Kieler SPD zu den Kandidaturen zur OB-Wahl erklären die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen AsF, der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen AfA, der Älteren in der SPD AG60plus und der Kreisgeschäftsführer der Jungsozialisten Juso in der Kieler SPD:

"Alle vier Bewerberinnen und Bewerber haben sich gut und fair präsentiert, ihre Ziele und politischen Standpunkte deutlich gemacht und die aus den Runden gestellten Fragen ausführlich beantwortet. Sie verdienen unseren Respekt! Uns als Vorsitzende der genannten Arbeitsgemeinschaften ist aber deutlich geworden, dass nur eine Bewerberin das Zeug hat, für unsere Anliegen als Kandidatin der Kieler SPD um das Amt der Oberbürgermeisterin zu kämpfen. Aus diesem Grunde unterstützen wir Susanne Gaschke!



Sie kennt das soziale Zusammenleben in unserer Stadt ebenso

wie die Politik in Stadt, Land und Bund aus eigener Anschauung und als Top-Journalistin am Besten. Als einzige Bewerberin hat sie konkrete Probleme in allen Teilen der Stadt benannt und politische Lösungen angeboten. Wir kennen sie zudem als langjähriges Mitglied der Kieler SPD und als Gewerkschaftsmitglied, als Mensch und in ihren politischen Positionen.

Vertrauen in das künftige politische Handeln, Glaubwürdigkeit und Menschlichkeit sind die Fundamente auf dem die OB-Kandidatin der Kieler SPD stehen muss. Deshalb bitten wir die Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaften am kommenden Sonnabend zur Mitgliederversammlung zu kommen und empfehlen ihnen ihre Stimme Susanne Gaschke zu geben!"

Ingrid Lietzow Vorsitzende AsF Kiel
Jürgen Müller Vorsitzender AfA Kiel
Dieter Heß Vorsitzender AG 60plus Kiel
Timm Wüstenberg Kreisgeschäftsführer Juso Kiel

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 10.08.2012, 18:35 Uhr - 13057 Clicks - Nr. 384

Morgen wichtigste Mitgliederversammlung der Kieler SPD

Zur Diskussion über die Nominierung einer Kandidatin/eines Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl

„Zur Berichterstattung der Kieler Nachrichten zur OB-Findung, in der es heißt, dass Frau Sölller-Winkler „offenbar auf die Unterstützung der Parteispitzen auf Landes- und Kreisebene zählen“ könne, ist deutlich zu sagen: Der SPD-Kreisvorstand hat keinerlei Votum für oder gegen eine der Kandidatinnen oder Kandidaten getroffen und/oder veröffentlicht.

Ca. 1.600 wahlberechtigte Mitglieder (nicht 1.300, wie zitiert) hat die Kieler SPD. Wir rechnen damit, dass an der morgigen Mitgliederversammlung zwischen 20-30% davon teilnehmen werden. Damit findet ein Verfahren seinen ersten Abschluss, dass für uns überaus erfolgreich verlaufen ist. Mit Beteiligung von fast 500 Gästen bei den Vorstellungsrunden sind unsere Erwartungen übertroffen worden. Die Kieler SPD ist damit die einzige Partei, die ein Bewerbungsverfahren mit mehreren Kandidaten so öffentlich gemacht hat.“, so der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 11.08.2012, 22:01 Uhr - 17328 Clicks - Nr. 385

SPD Kiel nominiert Susanne Gaschke als Oberbürgermeisterkandidatin

Susanne Gaschke setzte sich heute im innerparteilichen Wahlkampf durch. Kreisvorsitzender Rolf Fischer und Ministerpräsident Torsten Albig gratulierten ihr zur Wahl. Mit Kreativität und Kampfgeist werde die Partei nun geschlossen für ihre Kandidatin in den Oberbürgermeisterwahlkampf gehen, so Fischer.

Mit 145 Stimmen wurde die ZEIT-Redakteurin im zweiten Wahlgang von der Kieler SPD als Oberbürgermeisterkandidatin nominiert. Die Landeswahlleiterin Manuela Söller-Winkler unterlag mit 143 Stimmen. Thomas Engel und Jan C. Kaack hatten nach dem ersten Wahlgang ihre Kandidatur zurückgezogen. Die Kieler SPD hatte die Nominierung bundesweit ausgeschrieben, die Bewerberinnen und Bewerber sich in zwei Vorstellungsrunden öffentlich vor rund 500 Mitgliedern und Gästen präsentiert.



Keine Kommentare

[SPD-Harrislee](#) - veröffentlicht am 13.08.2012, 13:10 Uhr - 3962 Clicks - Nr. 386

Vorstellungen der Bewerber für die Bundestagskandidatur

Die SPD-Ortsvereine Harrislee und Handewitt laden ein zu Vorstellungen der Bewerber für die Bundestagskandidatur. Die erste Veranstaltung findet am 15.08.2012 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus in Harrislee statt.

Knut Dethlefsen, Bente Reimer und Dirk Peddinghaus möchten sich in den Ortsvereinen Handewitt und Harrislee als Bewerber für die Bundestagskandidatur vorstellen.

Vorstellungstermine der drei Bundestagskandidaten:

Knut Dethlefsen:

Mittwoch, 15.08.2012, 19 Uhr im Bürgerhaus Harrislee, Altentagesstätte, Süderstr. 101

Bente Reimer:

Mittwoch, 22.08.12, 19 Uhr im Bürgerhaus Harrislee, Altentagesstätte, Süderstr. 101

Dirk Peddinghaus:

Montag, 03.09.2012, 19 Uhr im Freizeitheim Weding.

Alle Vorstellungsrunden sind öffentlich und werden auch in der Presse und im Internet bekannt gegeben.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.08.2012, 17:06 Uhr - 7363 Clicks - Nr. 387

Marktfest in Glinde

Bei strahlendem Sonnenschein ließ sich Martin Habersaat auch in diesem Jahr einen Besuch beim Glinder Marktfest nicht entgehen. Eine angebotene „Laufkarte“ für die zahlreichen angebotenen Spiele schlug der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion zwar mit der Begründung aus, er wolle den 30 Jahre jüngeren Besuchern nicht den Platz wegnehmen, trotzdem zeigte der



Rundgang, dass Glinde bunt ist und zu feiern versteht.

Martin Habersaat: „Es gibt in Glinde viele tolle Feste und Veranstaltungen, die einfach ‚eingeübt‘ sind und die mit viel ehrenamtlichem Engagement getragen werden. Das gefällt mir an dieser Stadt besonders gut.“

Nach einigen Jahren im Amt, stellte der Abgeordnete fest, werde er auch häufiger auf solchen Festen erkannt und auf Fragen zur Tagespolitik angesprochen. In vielen dieser Gespräche wies er auch wieder auf sein Angebot an den Wahlkreis hin - der Abgeordnete macht auch Hausbesuche: Wer einen Kreis von 5 oder mehr interessierten Menschen organisiert, im heimischen Wohnzimmer, Clubhaus oder Café, kann mit Martin Habersaat einen Termin vereinbaren und dieser kommt vorbei, berichtet von der Arbeit im Landtag und diskutiert aktuelle politische Entwicklungen. Telefon: 040 / 67081528. Habersaat: „Das Angebot gilt auch für Nicht-Wähler, die vielleicht einmal ‚einem von diesen Politikern‘ erklären wollen, warum sie nicht an Wahlen teilnehmen.“

Fotoalbum zum Marktfest: [hier](#).

Keine Kommentare

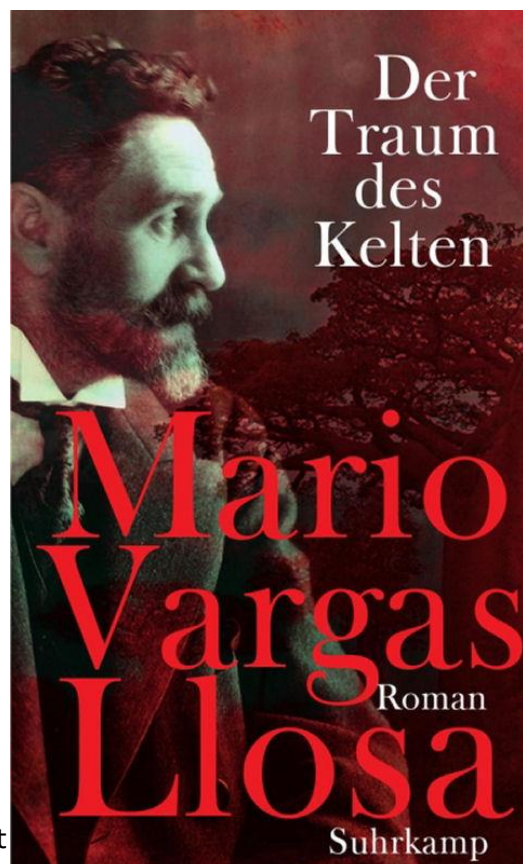
[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.08.2012, 18:05 Uhr - 8529 Clicks - Nr. 388

Rezension: Mario Vargas Llosa - Der Traum des Kelten

Bücher führen den Leser in fremde Welten und erweitern den Horizont. Und wie: In diesem Fall schreibt ein peruanischer Autor über einen irischen Diplomaten, der im Auftrag Großbritanniens im Kongo und in Peru war und als irischer Freiheitskämpfer das Kaiserreich Deutschland besuchte. Und um es vorwegzunehmen - mein Horizont hat sich erweitert. Mario Vargas Llosa, peruanischer Schriftsteller, 1936 geboren und 2010 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet,

schildert in „Der Traum des Kelten“ aus dem Jahr 2010 das Leben von Roger Casement, den es tatsächlich gab und der 1916 knapp 52jährig in London wegen Hochverrats gehängt wurde. Grundlage sind die Berichte und Tagebücher Casements. Die Authentizität der Tagebücher ist umstritten, Llosa findet meines Erachtens eine Variante, die wahr sein könnte.

Der Roman schildert die letzten Tage Casements, in denen er die Stationen seines Lebens Revue passieren lässt. Ab 1892 war Casement häufig in Afrika, deckte als britischer Konsul die Gräueltaten der Belgier in ihrer Kolonie Kongo auf, in der Eingeborene mit Gewalt zur Kautschukernte gezwungen wurden. Der Bericht sorgt weltweit für Aufsehen, Casement wird für seine Verdienste um den Kongo zum Ritter geschlagen. Jahre später wird Casement in das peruanische Amazonasgebiet entsandt, wieder geht es um Vorwürfe gegen die



Kautschukindustrie, diesmal gegen ein britisches Unternehmen, dessen Schergen ganze Indio-Stämme ausrotten. Und wieder sorgt sein Bericht für Aufsehen.

Der Kampf gegen den Kolonialismus in Afrika und Südamerika weckt den Funken des Widerstands in Casement: Er sieht seine Heimat Irland als Opfer des englischen Kolonialismus und setzt sich für Irlands Unabhängigkeit ein. Schließlich schreckt er nicht einmal vor einem Pakt mit den Deutschen zurück, die den Ersten Weltkrieg vorbereiten. Casements Aktivitäten werden entdeckt, ihm wird der Prozess gemacht. Seinen guten Ruf in der Welt, der die Verhängung der Todesstrafe unpopulär machen würde, versucht die Regierung zu erschüttern, indem sie seine Tagebücher veröffentlicht. Aus diesen gehen Casements homosexuellen Neigungen hervor - damals noch, wenn in die Praxis umgesetzt, ein Straftatbestand und im katholischen Irland noch problematischer.

MH, August 2012

Der Spiegel befindet: „Meisterhaft zeichnet Vargas Llosa den Traum des Kelten Casement von einer freien, gerechten Welt in all seinen inneren und äußeren Kämpfen nach.“

Vargas Llosa: „Am Anfang war mein Buch gar kein literarisches Projekt, es speiste sich aus dem Interesse an einer historischen Figur. Erst nach und nach, als ich das Material zusammentrug und Notizen zu machen begann, spürte ich, dass darin der Stoff für einen Roman steckte.“

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.08.2012, 20:19 Uhr - 19720 Clicks
- Nr. 389

Andreas Breitner kommt zum Kreisparteitag (KPT) nach Steinfeld

Am 18. August 2012 lädt der Kreisverband Schleswig-Flensburg (SL-FL) zum ordentliche KPT von 10.00 bis 17.00 Uhr in den Landgasthof Jäger´s Ruh, Kastanienalle 7, 24888 Steinfeld ein. Einlass ist um 09.30 Uhr. Als Hauptredner wird Andreas Breitner, Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, zum Thema „Kommunalpolitik in Schleswig-Holstein“ erwartet.

Auf dem Kreisparteitag findet außerdem die Neuwahl des Vorstandes, Wahl der Delegierten zum Landesparteitag statt und es wird über Anträge beraten.

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 14.08.2012, 17:53 Uhr - 5279 Clicks - Nr. 390

Infostand mit Susanne Gaschke

Am Samstag 18.08,2012 wird der SPD OV Suchsdorf von 10:00-12:00 Uhr den Bürger_innen an einem Infostand für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Ort wird der EDEKA-Markt Steenbeker Weg/Rudolf-Hell-Str. sein. Der OV möchte gerne regelmäßig persönlich mit den Menschen vor Ort in Kontakt treten. Als "besonderes Highlight" wird diesen Samstag OB-Kandidatin Susanne Gaschke die Mitglieder unterstützen und sich den interessierten Suchsdorfer_innen bekannt vorstellen. Wir freuen uns!

Am Samstag 18.08,2012 wird der SPD OV Suchsdorf von 10:00-12:00 Uhr den

Bürger_innen an einem Infostand für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Ort wird der EDEKA-Markt Steenbeker Weg/Rudolf-Hell-Str. sein. Der OV möchte gerne regelmäßig persönlich mit den Menschen vor Ort in Kontakt treten. Deshalb wird angestrebt, möglichst oft Infostände und Aktionen an verschiedenen Orten im Stadtteil vorzunehmen, Termine werden über die Homepage bekanntgegeben. Eine Kontaktaufnahme per Telefon, Post oder Email ist natürlich auch jederzeit willkommen. Als "besonderes Highlight" wird diesen Samstag OB-Kandidatin Susanne Gaschke die Mitglieder unterstützen und sich den interessierten Suchsdorfer_innen bekannt vorstellen. Wir freuen uns über zahlreiches Erscheinen von Bürger_innen und Mitgliedern.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 14.08.2012, 21:30 Uhr - 14535 Clicks - Nr. 391

SPD-Kreisspitze steht geschlossen hinter der Kandidatin Susanne Gaschke

Der Kreisvorstand und die Leitung des Kreisausschusses erklären anlässlich der heutigen Berichterstattung in den Kieler Nachrichten einstimmig:

"Die Mitglieder der Kieler SPD haben am Samstag in einem offenen, transparenten Verfahren mit großer Beteiligung der Partei und mit großem öffentlichen Interesse Susanne Gaschke zur SPD-Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin gewählt.

Susanne Gaschke ist eine ausgezeichnete Kandidatin, die alle Kompetenzen und Fertigkeiten mitbringt, um Kiels nächste Oberbürgermeisterin zu werden. Sie hat die volle Unterstützung des gesamten Kreisvorstands.



Die in den Kieler Nachrichten zitierte anonym geäußerte Kritik an dem Auswahlverfahren ist sachlich falsch und persönlich verletzend. Wir weisen sie entschieden zurück. Der Kreisvorsitzende Rolf Fischer hat bereits vor gut einem Jahr erklärt, dass er als OB-Kandidat nicht zur Verfügung steht. Von einer "Verschleppung" der Kandidatenfindung kann in keiner Weise die Rede sein. Das transparente Verfahren wurde basisdemokratisch auf einem Kreisparteitag beschlossen."

Kommentar von [Falk Stadelmann](#) vom 17.08.2012, 23:44 Uhr:

RE: SPD-Kreisspitze steht geschlossen hinter der Kandidatin

Als Kielerin oder Kieler, die später vor der Entscheidung stehen, wen sie an die Spitze der Stadt wählen, haben sich viele Menschen schon auf den Info-Veranstaltungen der SPD ein gutes Bild machen können. Nämlich dieses: Susanne Gaschke arbeitet seit dem Ende ihres Studiums in der Presse. Nach ihrem Studium der Anglistik, des öffentlichen Rechts und der Pädagogik und einer Promotion an der Universität Kiel hat sie erst für die „Kieler Nachrichten“ gearbeitet, und seit 1997 ist sie Redakteurin der Wochenzeitung DIE ZEIT. Seit vielen Jahren ist Susanne Gaschke dort verantwortliche Redakteurin, führt Teams von hochintelligenten Frauen und Männern und ist Herausgeberin eines eigenen Magazins im ZEIT-Verlag. Susanne Gaschke arbeitet als Journalistin an einer Schnittstelle zwischen Politik und privater Wirtschaft. Die Presse wird einerseits oft als „vierte Gewalt“ bezeichnet, neben den klassischen drei staatlichen Gewalten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Die Presse kontrolliert die Politik bei der Ausübung ihrer Befugnisse. Es ist Susanne Gaschkes Beruf, die Tätigkeit von Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen vorherzusehen, nachzuvollziehen und kritisch zu hinterfragen. Es ist ihr Beruf, mit Volksvertretern und Beamten zu sprechen und zu erfahren, was sie tun wollen – und auch infrage zu stellen, was sie beabsichtigen. Es ist ihr Beruf, die Lebenswirklichkeit von Menschen außerhalb der Behördenapparate zu erforschen und zu

erkennen, welche Folgen Gesetze und Bürokratie ihnen zufügen – die Wahrnehmung außerhalb von Behörden über das „wirkliche Leben“ ist beileibe nicht dieselbe wie diejenige innerhalb von Verwaltungen. Und es ist ihr Beruf, diese Erkenntnis verständlich und lesenswert aufzuschreiben und so vielen Leserinnen und Lesern wie möglich nahezubringen. Das erfordert viel Sachkunde, Präzision und den Überblick über das Gesamtbild. Und es braucht die Fähigkeit, mit Menschen in Kontakt zu treten, die in unterschiedlichsten Welten leben und arbeiten. Menschen in öffentlichen Verwaltungen. Menschen in sozialen Einrichtungen wie einem Frauenhaus. Menschen aus Vereinen wie der AWO. Menschen, die in Betrieben wie ELAC in Kiel arbeiten. Andererseits ist die Presse unabhängig vom Staat. Das muss sie sein, um frei sein zu können. Deshalb ist DIE ZEIT auch ein privates Wirtschaftsunternehmen und steht im Wettbewerb mit anderen Zeitungen im Medienmarkt. Susanne Gaschke weiß also, was Konkurrenzdruck bedeutet. Was es für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet, dafür zu arbeiten, dass der Lohn „in die Tüte“ kommt, ohne die Unkündbarkeit des öffentlichen Dienstes. Sie ist nah dran an der Welt der Arbeitnehmer und der leitenden Angestellten der privaten Wirtschaft. Nicht nur, weil sie darüber recherchiert. Sondern weil sie wie sie auch dort arbeitet. Susanne Gaschke bringt also beides mit: Erfahrung in und mit der Politik und eine langjährige Führungsverantwortung in einem freundlichen Medienunternehmen, das nach den Gesetzen des Marktes arbeitet und arbeiten muss. Das ist eine starke Voraussetzung, um an der Spitze einer Stadt zu stehen, in der die Schaffung und Erhaltung von guten Arbeitsplätzen zentrales Anliegen kommunaler Politik sind.

Kommentar von [Manfred Berke](#) vom 15.08.2012, 12:43 Uhr:

RE: SPD-Kreisspitze steht geschlossen hinter der Kandidatin
Krankheitsbedingt konnte ich dem Kreisparteitag leider nicht beiwohnen, sonst wäre das Ergebnis um eine weitere Stimme knapper ausgefallen. Offensichtlich ist auf dem Parteitag mit dem Herzen abgestimmt worden. Die langjährige Zugehörigkeit zur Partei und die soziale Einbindung von Susanne musste eigentlich jeden SPDler für Sie (aus dem Bauch/dem Herzen heraus) stimmen lassen. Wer jedoch den Kopf und Verstand hat entscheiden lassen, hätte sich für die gestandene Verwaltungskraft entscheiden müssen. Fakt ist doch, dass Kiel eine/n OB benötigt, die/der die Kieler Stadtverwaltung schnellstmöglich wieder auf eine moderne, innovative Verwaltung ausrichtet, um die berechtigten Belange der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten und umzusetzen. Hier ist Führungskompetenz der wichtigste Ansatz. Für die politische Ausrichtung haben wir doch schließlich die Ratsversammlung. Wenn diese ihre Aufgaben richtig erledigt und wahrnimmt, bedarf es keines/r politischen OB. Wir können nur hoffen, dass Susanne (so sie dann überhaupt von der Bevölkerung gewählt wird) recht schnell die erforderlichen Kompetenzen zur Führung einer Stadtverwaltung erwerben wird. M.Berke

Kommentar von [J. Eggers](#) vom 15.08.2012, 09:51 Uhr:

RE: SPD-Kreisspitze steht geschlossen hinter der Kandidatin
Glauben Sie das wirklich selbst, was Sie hier verbreiten? Wer beim Parteitag dabei war, konnte hautnah miterleben, wie tief bei den meisten Funktionsträgern der Schock saß, dass Manuela Söller-Winkler es nicht geschafft hat und so knapp gescheitert ist. Unter der Hand äußern seitdem viele Genossen ernsthafte Zweifel daran, ob Frau Gaschke tatsächlich das Zeug dazu hat, eine Verwaltung mit über 4500 Mitarbeitern zu führen.

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 15.08.2012, 11:23 Uhr - 21769 Clicks - Nr. 392

Wir sind bereit, mit den Piraten über alles zu reden!

Zur Darstellung der Piraten über die Zusammenarbeit der Parlamentarischen Geschäftsführer erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Die Piraten sind offenbar nicht bereit, sich an mehrheitlich getroffene Vereinbarungen zu halten. Wenn ein Gesprächsangebot zum gegenseitigen Umgang auf diese Weise kommentiert wird, verstehe ich das nicht als vertrauensbildende Maßnahme.



Wir sind bereit, mit den Piraten über alles zu reden. Sie haben bisher allerdings nichts getan, um das Vertrauen der anderen Fraktionen zu gewinnen. Fairer Umgang sieht anders aus.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 15.08.2012, 11:55 Uhr - 23584 Clicks - Nr. 393

Ab sofort warmes Freibad-Wasser in Kellinghusen

Eine Freibadeanstalt gibt es in Kellinghusen schon seit über 100 Jahren – aber von der Witterung unabhängiges warmes Wasser in den Becken erst seit dem Wochenende. Das im Jahre 1905 auf dem ehemaligen Gelände der Fernsichter Tonwarenfabrik erbaute moderne Freibad wurde im Jahr 1982 am gleichen Standort von der Kommune komplett neu aufgebaut. Schon damals war eine Erwärmung geplant, scheiterte jedoch an dem Einspruch des Landes.



So mussten die Kellinghusener 30 Jahre warten, bis sie mit finanzieller Unterstützung durch das Holsteiner Auenland, endlich im warmen Wasser schwimmen können.

Grund genug für die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen mit ihren kommunalpolitischen Mitstreitern zu feiern.

„Bei solchen nassen und kalten Sommern, wie in den letzten beiden Jahren, war diese Heizungsanlage wirklich überfällig“, so Birgit Herdejürgen.

Mit ihren Parteikolleginnen Ute Burkhard (Fraktionsvorsitzende Kellinghusen) und Regina Nürnberg feuerte sie den Werkausschussvorsitzenden Reinhard Rübner (SPD) an.

Dieser weihte gemeinsam mit Kreispräsident Hans-Friedrich Tiemann und Bürgermeister

Axel Pietsch das erwärmte Schwimmbad mit einem gekonnten „Körper“ ein.

„ Ich freue mich für die Kellinghusener Bürgerinnen und Bürger, besonders aber auch für die Kinder, die ihre Ferien zuhause verbringen. Jetzt auch mal bei nicht so gutem Wetter schwimmen gehen zu können, ist eine große Bereicherung“, so die Landtagsabgeordnete.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 21.08.2012, 22:10 Uhr:

RE: Ab sofort warmes Freibad-Wasser in Kellinghusen
Warum seid ihr nicht im Wasser, dem geheizten?

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.08.2012, 13:57 Uhr - 7004 Clicks - Nr. 394

Vom letzten Platz aus nach vorn blicken

Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, zum „Bildungsmonitor 2012“:

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist eine Lobby-Institution, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert wird. Kritiker werfen ihr vor, nicht an einer sozialen, sondern in Wirklichkeit an einer neo-liberalen Wirtschaft frei von staatlichen Einflüssen interessiert zu sein.

Mit der Erstellung der aktuellen Studie wurde das Institut der deutschen Wirtschaft beauftragt. Studienleiter Prof. Dr. Axel Plünnecke ist für das Kompetenzfeld mit dem vielsagenden Namen „Humankapital und Innovationen“ zuständig.



Es ist allerdings nicht akzeptabel, dass die Wirtschaft Bildung in erster Linie unter dem Aspekt der ökonomischen Verwertbarkeit betrachtet und demgegenüber wesentliche Fortschritte auf dem Weg zur Bildungsgerechtigkeit in die Platzierung nur am Rande einfließen lässt. Schleswig-Holstein kann stolz darauf sein, wenn es auf dem Handlungsfeld der Integration einen zweiten Platz und beim Umgang mit der Lebenszeit junger Menschen sogar einen ersten Platz belegt. Deshalb sind Veröffentlichungen der INSM mit Vorsicht zu genießen, ignorieren muss man sie aber nicht, weil sich aus manchen Vergleichszahlen Handlungsbedarfe ableiten lassen. Der Bildungsmonitor wurde zum neunten Mal veröffentlicht, und 2012 belegt Schleswig-Holstein in der Vergleichsstudie den letzten Platz, konnte seit 2004 die geringsten Fortschritte machen. Den größten Sprung nach vorne machte Hamburg.

Für Schleswig-Holstein, das Berlin als Schlusslicht abgelöst hat, stellt der Bildungsmonitor u.a. fest:

- Der Anteil an Studierenden war mit 5,5 Prozent der niedrigste nach Mecklenburg-Vorpommern, auch die Anzahl der Akademiker insgesamt ist sehr niedrig.
- Die Anzahl an internationalen Kooperationen ist bei den Hochschulen in Schleswig-Holstein besonders niedrig.
- Andere Länder haben bei den PISA-Ergebnissen größere Fortschritte gemacht.
- Positiv: Die Wiederholerquoten waren 2010 in Schleswig-Holstein geringer als in den meisten anderen Bundesländern. Hier war das Land früher trauriger Spitzenreiter.
- Positiv, wie erwähnt, auch die Integrationserfolge.

Es wäre schön, wenn die aktuelle Platzierung nicht Anlass zu gegenseitigen Schulzuweisungen wäre, sondern der Auftakt zu einer Verständigung, für einen gemeinsamen Blick nach vorn. Ich frage deshalb jetzt nicht, wer von 2005 bis 2012 Ministerpräsident war, sondern ich frage: Wie können wir Betreuung und Förderung junger Menschen verbessern? Was ist guter Unterricht und wie erreichen wir möglichst viel davon in Schleswig-Holstein? Wie können wir die Zahl der Bildungsverlierer schneller senken? Wie können wir unsere Hochschulen weiter stärken? Das sollten wir gemeinsam mit allen Beteiligten diskutieren. Die vom Bildungsministerium für den 8. September eingeladene Bildungskonferenz und die bald folgende Hochschulkonferenz können dabei ein guter Anfang für Schleswig-Holstein sein.

Den Forderungen der INSM, die Betreuungsinfrastruktur zu verbessern und besonders Alleinerziehende zu unterstützen, kann ich mich anschließen. Zitat INSM: „Letztlich würde auch die öffentliche Hand von den Investitionen in eine Förderinfrastruktur profitieren.“ Entdeckt jetzt auch die Wirtschaft, und sei es auch nur aus ihrem ökonomischen Blickwinkel heraus, den vorsorgenden Sozialstaat? Es wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

Link zum Bildungsmonitor: <http://www.insm-bildungsmonitor.de/>

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 15.08.2012, 20:53 Uhr - 4733 Clicks - Nr. 395

SPD unterstützt Thomas Schreitmüller

Bürgermeister stellte sich den Fragen von SPD-Ortsverein und Fraktion

Barsbüttels SPD-Vorsitzender Paul Donning und der Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser hatten gemeinsam eingeladen - Bürgermeister Thomas Schreitmüller stellte sich den Fragen der Sozialdemokraten, und die wollen ihn unterstützen.

Paul Donning: „Mir war wichtig, dass unsere Mitglieder aus erster Hand etwas über die Ausrichtung und die Zielsetzung einer weiteren Amtszeit des Bürgermeisters erfahren.“

Thomas Schreitmüller führte aus, dass ihm der rasche Ausbau der gesetzlich vorgesehenen U3-Plätze sehr am Herzen liege, betone aber gleichzeitig, dass damit auf die Gemeinde sowohl ein Mehr an Bau- als auch an Personalkosten zukommen würde. Gleichwohl gelte es, gemeinsam mit den Vertretern aller Parteien dafür im Haushalt die nötigen Positionen zu schaffen, dabei ab die mittelfristige Finanzplanung im Auge zu behalten. Ähnliches gelte für Angebote an Senioren; hier reiche es sicher auch nicht aus, lediglich ein barrierefreies Rathaus zu schaffen – vielmehr seien wirkliche Angebote an die älter werdende Bevölkerung gefragt. Bei allen Wünschen gelte es aber, Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen. "Wir werden uns nicht alles wünschenswerte leisten können."



Im Verlauf des Abends wurden zahlreiche Themen andiskutiert: Fachkräftemangel bei den Kitas, Zukunft des Stiefenhoferplatzes, Verkehrsberuhigung und Lärmschutz. Am Ende war klar: Die SPD unterstützt Thomas Schreitmüller. Hermann Hanser: „Für alle genannten Punkte arbeiten wir seit Jahren Seite an Seite mit der Verwaltung und unterstützen Herrn Schreitmüller in der Umsetzung der Dinge. Bis zur Bürgermeisterwahl am 9. September werden wir für eine gute Wahlbeteiligung werben und gleichzeitig deutlich machen, wie wir uns eine sozial ausgewogene und zukunftsgerichtete Politik für unsere Gemeinde vorstellen.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.08.2012, 23:25 Uhr - 7803 Clicks - Nr. 396

Martin Habersaat bei der SPD Glinde

Monatsversammlung bei der SPD - Glinde - trotz sommerlicher Temperaturen sind viele SPD-Mitglieder im Bürgerhaus erschienen, um sich von ihrem Landtagsabgeordneten Hintergründe zum Koalitionsvertrag und aktuelle Entwicklungen der Kieler Küstenkoalition berichten zu lassen. Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, berichtete von den ersten zwei Monaten der neuen Regierung.

Vor allem lobte er die konstruktive Zusammenarbeit und den kooperativen Stil der neuen Regierungspartner.

Der neue Stil wird auch deutlich in zahlreichen Beteiligungsgremien, mit denen die Regierung Betroffene und Experten einbezieht. So wird es am 8. September eine Bildungskonferenz mit 120 Teilnehmern zu aktuellen Problemen an den Schulen geben. Im Oktober folgt eine ähnliche Veranstaltung mit den Hochschulen des Landes, das Beteiligungsgremium zur Fehmarnbelt-Querung wird verbessert und die Regierung wird zu verschiedenen Themen auch regionale Veranstaltungen organisieren.



In der anschließenden Diskussion spielten vor allem die neu in den Landtag eingezogenen Piraten eine Rolle. In vielen Fragen brächten sie neue Ideen und Methoden mit, berichtete Habersaat. „Manchmal wünschte ich mir aber auch, sie würden sich die Dinge erst einmal eine Weile angucken, bevor sie zu dem Schluss kommen, es besser zu wissen.“ Er hoffe, der neue Landtag, der nun nur noch 69 statt 95 Abgeordnete hat, finde zu einer konstruktiven Form der Zusammenarbeit und falle nicht mehr so oft in „historische Standarddebatten“ zurück.

Foto: Oliver Sendzik, Martin Habersaat, Frank Lauterbach, Gerd Prüfer (Gast vom Kreisvorstand)

Keine Kommentare

Gespräch im Rathaus

Sommertour: Martin Habersaat besucht Thomas Schreitmüller

Auch 2012 ist Martin Habersaat wieder auf Sommertour, um die Bürgermeister seines Wahlkreises zu besuchen. Den Auftakt machte ein Besuch bei Thomas Schreitmüller. Martin Habersaat: „Das Beste am Barsbüttler Rathaus ist, dass ich es zu Fuß in fünf Minuten erreichen kann!“ Die beiden sprachen über die ersten Monate der neuen Landesregierung, Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Gemeindeordnung und die in wenigen Wochen anstehende Bürgermeisterwahl in Barsbüttel.

Martin Habersaat berichtete von den Koalitionsverhandlungen und Absichten der neuen Regierung. Thomas Schreitmüller gab „seinem“ Abgeordneten gleich ein paar Hausaufgaben mit auf den Weg. So gebe es in der noch von Schwarz-Gelb beschlossenen Gemeindeordnung ein Problem mit der Öffentlichkeit von Ausschüssen. Nach aktuellem Recht kann es vorkommen, dass Gemeindevertreter, die nicht Mitglied eines Ausschusses sind, diesen im Nicht-Öffentlichen Teil verlassen müssen. Das ist besonders dann nicht zielführend, wenn dieselben Gemeindevertreter über dieselben Themen später zu befinden haben und dann sowieso informiert werden müssen.



Ein weiterer Punkt betraf den Umgang mit Spenden. Seit Kurzem ist klar geregelt, dass Städte und Gemeinde, Spenden für die kommunalen Aufgaben annehmen dürfen. Das ist im Prinzip gut, bedarf aber in jedem Einzelfall eines Beschlusses der Gemeindevertretung. Ein solcher Einzelfall könne aber z.B. auch die Spende eines Kuchens beim Fest eines gemeindlichen Kindergartens sein. Habersaat: „Hier brauchen wir wohl eine etwas lebenspraktischere Regelung.“

Bei der Bürgermeisterwahl am 9. September ist Thomas Schreitmüller der einzige Kandidat. CDU und BfB haben ihn nominiert, auch die SPD hat beschlossen, ihn zu unterstützen. Diese Unterstützung sagte Martin Habersaat auch persönlich zu. „Mit Thomas Schreitmüller ist konstruktive Ruhe in Barsbüttel eingekehrt. Verwaltung und Politik arbeiten verlässlich zusammen. Natürlich gibt es auch mal Meinungsunterschiede, aber nach der Sitzung können sich alle noch in die Augen sehen.“ Diese Zusammenarbeit solle fortgesetzt werden, „möglichst mit dem Rückenwind einer guten Wahlbeteiligung“.

Foto: Martin Habersaat und Thomas Schreitmüller

Keine Kommentare

Emissionsfreie Fähren zwischen Puttgarden und Rødby

Emissionsfreie Fähren zwischen Puttgarden und Rødby als mögliche Alternative zur festen Fehmarnbeltquerung?

**mit Dr. Gernot Tesch, Geschäftsführer Scandlines
und Herrn Björn Pape von Future Ship
am Montag, den 27. August 2012, 19:00 - 21:00 Uhr
im "Haus des Kurgastes", Strandstr. 121 A in Niendorf an der Ostsee**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir möchten gemeinsam mit Ihnen, mit dem Geschäftsführer von Scandlines Deutschland GmbH Dr. Gernot Tesch, Herrn Björn Pape von Future Ship und dem SPD-Kreisvorsitzenden Lars Winter über emissionsfreie Fähren auf dem Fehmarnbelt diskutieren. Nach wie vor stehen wir gemeinsam mit der SPD Ostholstein als entschiedene Gegner des Projekts einer festen Fehmarnbeltquerung an der Seite der Menschen, Initiativen und Verbände, mit denen wir in Berlin und vor Ort mit unvermindertem Einsatz weiter gegen das Vorhaben kämpfen. Bereits am 18.06.2012 diskutierten SPD-Mitglieder der Bundes-, Landes- und Kreisebene in Timmendorfer Strand zusammen mit dem Fährbetreiber Scandlines über Pläne der Reederei für den zukünftigen Einsatz emissionsfreier Fähren zwischen Puttgarden und Rødby als mögliche Alternative zur festen Querung. Hier stellte Dr. Gernot Tesch, Geschäftsführer der Scandlines Deutschland GmbH, erstmals die neuen Pläne der Reederei für einen umweltfreundlichen Fährverkehr vor. Demnach könnten schon in wenigen Jahren durch Brennstoffzellen angetriebene Fähren auf dem Fehmarnbelt verkehren. Die Brennstoffzellen sollen durch Windenergie on- und offshore aufgeladen werden und ermöglichen einen emissionsfreien Fährverkehr und eine nachhaltige Perspektive für die mehr als 1000 Reedereimitarbeiter in der Region. Mit dieser Veranstaltung wollen nun beide Seiten den Dialog fortsetzen und die Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein über dieses Projekt informieren. Denn die SPD Ostholstein ist überzeugt: Das Projekt der emissionsfreien Fähren ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Fehmarnbeltregion schon heute lebendig und zukunftsfähig ist. „Für uns ist klar, dass wir unabhängig von der festen Fehmarnbeltquerung den Fährbetrieb in Puttgarden aufrechterhalten, und - wenn möglich - alle Arbeitsplätze sichern wollen,“ erklärte Tesch. „Die Zukunftsorientierung heißt auch, dass wir jetzt über den Einsatz neuer Schiffe nachdenken müssen. Die vom Germanischen Lloyd erarbeiteten Pläne für emissionsfreie Fähren sind eine Option, unseren heute schon einzigartigen Dienst umweltfreundlicher zu machen, Vorbild für den Fährensektor weltweit zu sein und das Innovationspotenzial in Deutschland zu sichern.“ Wir würden uns freuen, **am 27. August 2012** zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, Bürgerinitiativen, Windmüller, Kommunalpolitiker und Verbandsvertreter zu diesem konstruktiv kritischen Dialog begrüßen zu dürfen. Um eine verbindliche Anmeldung bis zum 22. August 2012 unter bettina.hagedorn@wk.bundestag.de oder per Fax an 04521-78386 wird gebeten. Mit freundlichen Grüßen Bettina Hagedorn Mitglied des Deutschen Bundestages Sandra Redmann Mitglied des Landtages

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 19.08.2012, 13:45 Uhr - 26246 Clicks - Nr. 399

Pierre Gilgenast für Rendsburg

*SPD-Kreisvorstand gratuliert Pierre Gilgenast zur Nominierung als
Bürgermeisterkandidat in Rendsburg*

„Mit Pierre Gilgenast kandidiert ein junges sozialdemokratisches Urgestein aus unserem Kreis in Rendsburg für das Bürgermeisteramt“, erklärt der SPD Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix.

„Er ist seit vielen Jahren SPD-Mitglied, hat sich schon bei den Jusos engagiert, Kommunalpolitik von der Pike auf gelernt. Seit 14 Jahren ist er einer der beliebtesten und erfolgreichsten Bürgermeister im Kreis - und das wird er auch in Rendsburg bleiben. Diese Stadt hat eine stolze sozialdemokratische Tradition. Mit Andreas Breitner stand zuletzt ein Mann an der Spitze Rendsburg, der landesweit hohes Ansehen genießt. Pierre

Gilgenast ist der geeignete Nachfolger. Er wird ein guter Bürgermeister für die Stadt Rendsburg sein.“

Der SPD-Kreisvorstand gratuliert Pierre Gilgenast und wünscht ihm viel Erfolg im Wahlkampf und bei der Arbeit für die Stadt Rendsburg und die Belange der Bürgerinnen und Bürger.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 19.08.2012, 17:31 Uhr - 5757 Clicks - Nr. 400

SPD Reinbek fordert: Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen bereitstellen!

„Auch wenn Reinbek – rein statistisch betrachtet – zu den reichen Kommunen in Deutschland gehört und hier überdurchschnittliche viele Menschen in Eigenheimen oder Eigentumswohnungen leben, dürfen wir nicht vergessen, dass auch in unserer Stadt Menschen leben, die sich Wohnungen zu marktüblichen Preisen kaum oder gar nicht leisten können. Hier ist auch die Politik gefordert.“

Mit dieser klaren Ansage trat Volker Müller, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Reinbeker Stadtverordnetenversammlung im Anschluss an die letzte Fraktionssitzung vor die Presse.

Die SPD werde es nicht zulassen, dass junge Familien und Einzelpersonen mit geringem Einkommen aus der Stadt verdrängt werden. Reinbek müsse seine ausgeglichene soziale Balance behalten. „Angesichts ihres Schuldenstandes hat die Stadt nicht die finanziellen Möglichkeiten, hier größere Beträge zu investieren“, gibt Müller zu bedenken. „Aber wir werden gemeinsam mit interessierten privaten Investoren sowie in Reinbek bereits aktiven Vermietern und Baugenossenschaften überlegen, welche Hilfen seitens der Stadt zum Beispiel planungsrechtlicher Art gegeben werden können, ohne Millionensummen aus der Stadtkasse zu investieren.“

Auch werde die SPD-Fraktion eine Anregung ihres baupolitischen Sprechers Bernd Syska prüfen, ob ein Teil des Geldes, das durch den bereits beschlossenen Verkauf städtischer Einzelimmobilien Erlöst wird, gezielt für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums genutzt werden könne.

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 20.08.2012, 08:40 Uhr - 11925 Clicks - Nr. 401

SPD-Wilster per Fahrrad durch die Marsch

Am Sonntag unternahmen Genossinnen und Genossen, sowie Freunde der Partei bei schönstem Sommerwetter eine etwa 20 km lange Radtour durch die Wilstermarsch. Dabei ging es über Averfleth, Ecklakerhörn und Achterhörn wieder zurück nach Wilster.

Im Anschluss an die Radtour wurde im Hof der Gaststätte "Neue Börse" gegrillt, dabei konnte Natascha Böhnisch, die Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Wilster, dann auch weitere



Sozialdemokraten begrüßen, darunter Birgit Herdejürgen (MdL) und Jörn Thießen (ehem. MdB).

Mit politischen Gesprächen klang die Veranstaltung am frühen Nachmittag aus.

Foto: Jens-Peter Mohr

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.08.2012, 21:54 Uhr - 6957 Clicks - Nr. 402

Nicht von sich auf andere schließen

Zu den Pressemitteilungen von CDU und FDP zur Bildungskonferenz am 8. September erklärt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

Obwohl das Versehen einer fehlenden Einladung bereits korrigiert wurde, ist sich Frau Franzen nicht zu schade, dieses noch einmal für Verschwörungstheorien zu instrumentalisieren.

Die bildungspolitischen Vorstellungen und Vorhaben der Koalition sind kein Geheimnis. So heißt es im Koalitionsvertrag: Wir gehen offen, aber nicht ohne Position in eine solche Konferenz.

Es ist natürlich verständlich, dass CDU und FDP die Dialog- und Diskussionsbereitschaft der neuen Landesregierung erst akzeptieren lernen müssen. Dafür haben sie ja auch noch viel Zeit.



Keine Kommentare

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 21.08.2012, 21:43 Uhr - 6513 Clicks - Nr. 403

SPD Kinderfest

Der SPD Ortsverein Schacht-Audorf veranstaltet am 26. August 2012 von 11 bis 17 Uhr auf dem Dorfplatz (Ecke Dorfstraße/Klaus-Groth-Straße) in Schacht-Audorf wieder ihr traditionelles Kinderfest.

Neben verschiedenen Ständen und einem Spieleparcours bietet der Ortsverein für kleines Geld wieder Kaffee und Kuchen an. Weiterhin gibt es die Möglichkeit Pfannkuchen zu backen oder sich am Imbissstand zu stärken. Alle Kinder und ihre Eltern aus der Umgebung sind herzlich eingeladen teilzunehmen.



Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 22.08.2012, 19:11 Uhr - 14769 Clicks - Nr. 404

SPD Kiel stellt Entwurf des neuen Kommunalwahlprogramms 2013-2018 vor

"Gemeinsam - sozial - handeln"

Im Mai 2013 wählen die Kielerinnen und Kieler eine neue Ratsversammlung für fünf weitere Jahre in das Rathaus. Die Kieler SPD hat frühzeitig begonnen, über ihre politischen Ziele zu beraten. Jetzt liegt der vom Kreisvorstand und der Kommunalwahlprogrammkommission der Kieler SPD erstellte Entwurf eines neuen Kommunalwahlprogramms 2013-2018 vor, an dessen Erarbeitung viele Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Ortsvereine



sowie erfahrene Kommunalpolitikerinnen und -politiker der Kieler SPD beteiligt waren. Unsere Schwerpunkte sind: Mehr Kinderbetreuung, mehr Ganztagschulen, eine soziale Wohnungsbaupolitik und die Garantie guter öffentlicher Daseinsvorsorge zu bezahlbaren Preisen. Dies ist das Markenzeichen der Kieler SPD, dass wir durch gemeinsames und soziales Handeln für unsere Stadt und mit den Kielerinnen und Kielern erreichen.

Programmdiskussion mit breitester Beteiligung:

Wir werden unseren Programmentwurf mit größtmöglicher öffentlicher Beteiligung diskutieren. Wir werden Fachleute aus Gewerkschaften, Kirchen, sozialen Organisationen, aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur um Anregungen und Ergänzungen bitten. Wir werden zu drei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen im Kulturforum des Neuen Rathauses einladen, in denen wir mit Bürgerinnen und Bürgern unsere Vorstellungen für die Kieler Kommunalpolitik besprechen und ihre Anregungen aufnehmen wollen (am 22. September, am 29. September und am 6. Oktober). Und wir werden den Programmentwurf in den nächsten Wochen "online" stellen mit der Möglichkeit für jede und jeden - ob SPD-Mitglied oder nicht -, Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge dazu zu schreiben. Über alle Änderungs- und Ergänzungsvorschläge, seien sie von SPD-Ortsvereinen, einzelnen Parteimitgliedern oder Bürgerinnen und Bürgern, die nicht der SPD angehören - soll dann Mitte November in einer für alle öffentlichen Programmkonferenz beraten und diskutiert werden. Die letztendliche Beschlussfassung über diesen Entwurf und die Änderungs- und Ergänzungsanträge erfolgt dann durch die Delegierten des SPD-Kreisparteitages Ende des Jahres: Dann ist das neue Kieler SPD-Kommunalwahlprogramm 2013-2018 beschlossen.

Was uns leitet:

Die Städte in unserem Land sind besondere Orte, und Kiel ist eine besondere Stadt. Vom Wohl der Städte hängt der Zusammenhalt unseres ganzen Gemeinwesens ab: Ohne Stadt kein Staat! Die Kieler SPD ist aufgrund ihrer über 140jährigen Tradition und unserer politischen Arbeit für diese Stadt im besten Sinne die „Kiel-Partei“; die Stadt ist uns Heimat und Herausforderung zugleich. Erfolgreiche sozialdemokratische Oberbürgermeister von Andreas Gayk, Günther Bantzer, Karl-Heinz Luckhardt über Norbert Gansel und Torsten Albig haben unsere Stadt geprägt. Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Unsere besondere Stärke in Kiel ist das gemeinsame Handeln in sozialer Verantwortung für das Gemeinwohl. Wir vertreten die Interessen aller Kielerinnen und Kieler. Wir entwickeln Perspektiven für ein gerechtes Miteinander und nutzen alle Möglichkeiten zur kreativen Gestaltung des Gemeinwesens. Die Stadt gehört allen, die hier leben und arbeiten – in der vielfältigen Breite einer offenen, toleranten Gesellschaft. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich füreinander verantwortlich fühlen und einander helfen. Kein Mensch lebt für sich allein. Unser Schwerpunkt ist die soziale Politik der „guten Gesellschaft“. Wir sind die Partei, die sich kümmert – und die auch Gutes und Bewährtes bewahrt und die Schwächeren verteidigt.

Zusammenfassung des Inhaltes des Programmentwurfs:

Wir wollen unsere Stadt gemeinsam gestalten. Durch einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, der erst unter der SPD in unserer Stadt richtig begann: Bereits heute haben wir mehr als dreimal so viel Betreuungsangebote in Kiel wie in der gesamten Wahlperiode davor mit einer Ratsmehrheit von CDU und GRÜNEN! Durch einen Ausbau der gebundenen Ganztagschulen und eine unterstützende Schulsozialarbeit - die Zahl der Schulsozialarbeiter ist unter sozialdemokratischer Verantwortung in den letzten Jahren verdreifacht worden! Durch den Umbau der Beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ), einem der größten Schulbauvorhaben in ganz Deutschland! Durch den Bau eines neuen Sport- und Freizeitbades an der Hörn, um die maroden Bäder am Lessingplatz und in Gaarden zu ersetzen. Durch eine lebendige Kulturpolitik, die die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt erhält und ausbaut. Durch eine Weiterentwicklung des Volksfestes "Kieler Woche", bei der der Grundsatz "umsonst, draußen und für alle" gilt. Durch eine geschlechtergerechte Politik für die ganze Stadt. Durch eine neue Politik der Anti-Diskriminierung, die sich im öffentlichen Handeln niederschlagen soll und Menschen, die heute noch eher unbeachtet unter Ausgrenzung leiden (z.B. Alleinerziehende, chronisch Kranke, Menschen mit Übergewicht). Durch eine Politik der "guten öffentlichen Leistungen" und eine aufgeschlossene und moderne Großstadtverwaltung. Durch ein klares Bekenntnis zu den Städtepartnerschaften Kiels, zur Zusammenarbeit mit den Kieler Hochschulen und zu unserer Stadt als Bundeswehrstandort. Und durch eine deutliche Kampfansage gegen die NPD und gegen jede Form des Rechtsextremismus in Kiel!

Wir wollen Kiel sozial gestalten: Durch eine Politik des "guten Wohnens", indem wir neue Wohnbauflächen ausweisen (wie es in der Innenstadt geschieht) und den genossenschaftlichen Wohnungsbau stärken - auch durch den Aufbau einer eigenen kommunalen Wohnungsbaugenossenschaft. Durch die Fortsetzung der Maßnahmen der "Sozialen Stadt" in Gaarden, auf dem Ostufer und in Mettenhof. Durch die Vergabe von Erbpachten auch in Zukunft und durch die Garantie, dass Erbbaugrundstücke nicht an private Investoren veräußert werden. Durch eine Politik der "neuen Nachbarschaften" wie generationenübergreifendes Wohnen oder selbstorganisiertes Wohnen, durch die Schaffung von barrierefreien Wohnraum für Ältere und Menschen mit Behinderungen und durch betreute Wohnungsangebote. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir eine Beschäftigungsinitiative mit einem "zweiten Arbeitsmarkt" für Tätigkeiten im öffentlichen Interesse, für die es aber keinen Markt gibt (z.B. in Büchereien, Kindertagesstätten, Sportvereinen...). Wir wollen den Ursachen von Armut vorbeugen durch eine präventive Sozialpolitik und Schwächere unterstützen, wie wir es z.B. mit dem Projekt "Kids in die Clubs" oder dem "Kiel-Pass" tun. Wir wollen die Integration von Migrantinnen und Migranten aktiv unterstützen und legen besonderen Wert auf Angebote für Kinder und deren Eltern, z.B. bei der zweisprachigen Kinderbetreuung und der Sprachförderung. Wir wollen das Zusammenleben von Jung und Alt durch intelligente Formen neu beleben (z.B. "Wohnen für Hilfe") und räumen der Selbstbestimmung der Älteren einen hohen Stellenwert ein, indem wir durch die Schaffung altersgerechter Infrastruktur ein gutes Altwerden in den eigenen vier Wänden erleichtern. Wir wollen ermöglichen, dass Menschen mit Behinderungen aktiv am alltäglichen Leben teilnehmen können. Und wir wollen Kiel als Gesundheitsstandort mit guter Versorgung für die Kielerinnen und Kieler ausbauen.

Wir wollen für unsere Stadt handeln und nicht dem freien Spiel der Kräfte das Schicksal Kiels überlassen: Durch eine intelligente Stadtentwicklung, die schon heute z.B. die Altstadt durch die Ansiedlung des neuen Geschäftshauses "Nordlicht" belebt und daneben zusätzlichen Wohnraum ermöglicht (z.B. Alte Feuerwache, Pläne für die Eggerstedtstraße). Durch die stärkere Betonung von Kiels maritimem Charakter als Alleinstellungsmerkmal unter den Städten, z.B. durch eine Wasserverbindung zwischen Bootshafen und Kleinem Kiel und durch einen neuen Stadtstrand am Hindenburgufer. Wir wollen im Stadtteil Holtenau das freiwerdende Gelände des Marinefliegergeschwaders 5 für die Entstehung von Arbeitsplätzen und Wohnungen nutzen. Wir wollen die besten Voraussetzungen für ein prosperierendes Gewerbe, die Industrie, Handel und

Dienstleistungen schaffen. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Entwicklung des Einzelhandels, der eine gute Versorgung in allen Stadtteilen gewährleisten soll. Wir wollen den Hafen und den Tourismus stärken. Die Verkehrsinfrastruktur für Kraftfahrzeuge, Radfahrerinnen und Radfahrer und für Fußgängerinnen und Fußgänger wollen wir stetig verbessern, ebenso den Öffentlichen Personennahverkehr, wozu auch die Errichtung einer Stadt-Regional-Bahn zählt. Wir wollen eine gute öffentliche Daseinsvorsorge zu bezahlbaren Preisen für die Kielerinnen und Kieler organisieren, mit einer Nachfolgelösung für das Gemeinschaftskraftwerk am Ostufer, einer effizienten städtischen Müllabfuhr und einer klimafreundlichen Abfallbeseitigung im Müllheizkraftwerk. Wir setzen unsere solide Haushaltspolitik fort und bauen Schritt für Schritt das jährliche Defizit ab. In der Umweltpolitik setzen wir auf Nachhaltigkeit und die Erhaltung von Natur und Umwelt. Die öffentliche Sicherheit und die Feuerwehren sind uns ein zentrales Anliegen, denn in Kiel sollen sich alle Menschen sicher fühlen können."

[Anlage: Entwurf des Kieler SPD-Kommunalwahlprogramms 2013-2018](#)

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.08.2012, 14:36 Uhr - 6852 Clicks - Nr. 405

Wir wollen Chancengleichheit und längeres gemeinsames Lernen

Landtagsrede vom 23. August 2012 zum Bericht der Landesregierung

Als Lehrer habe ich mich über den Wissensdurst von Schülerinnen und Schülern gefreut, über Nachfragen und Themenvorschläge. Heute als Abgeordneter freue ich mich über desgleichen von Seiten der Opposition. Insofern ist es für mich auch in Ordnung, dass wir heute eine Wiederholung des Bildungsausschusses vom 9. August erleben. Nur: Zuhören wäre dann ein Gebot der Höflichkeit.

Wie kann man heute einer Regierung vorwerfen, sie leiste der Leiharbeit Vorschub, wenn die Regierung die Zahl der unbefristeten Stellen im Gegenteil erhöht und das hier und im Ausschuss erklärt.

Wir haben heute das erste Mal seit Langem einen Bericht einer Bildungsministerin gehört, der Herz hatte und einen Blick für die Schülerinnen und Schüler. Vielen Dank dafür. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Nachdem die FDP das babylonische Exil an der Seite der CDU hinter sich gelassen hat, ist sie frei, sich in Sachen der 300 Lehrerstellen anders zu verhalten als vorher. Und auch zu ihren dubiosen Beschlüssen in Sachen Vertretungsfonds sehe ich Absetzbewegungen. Vielleicht führt die neue Freiheit ja auch zu neuen Einsichten.

Unser Koalitionsvertrag will Chancengleichheit und längeres gemeinsames Lernen. Das Ziel ist klar. Ich kann den Ärger der CDU verstehen, die erst Gemeinschaftsschulen einführt und dann, mit einem neuen Koalitionspartner, deren Konzepte aushöhlt. Da ärgert man sich über die eigene Richtungslosigkeit.

Das Ziel ist klar. Über den Weg wird der Dialog gesucht, der alle Betroffenen einbezieht. Nun kann man den Streit suchen über Einladungsverteiler und Tagesordnungen solcher Bildungskonferenzen, man kann vielleicht später auch das Essen dort kritisieren. Aber eins ist klar: Jeder Dialog ist besser als kein Dialog, wie er unter der alten Regierung üblich war.



Das Ziel ist klar. Wir werden mit den Betroffenen über Wege reden und auch darüber zu sprechen haben, wie wir solange Schritte in die falsche Richtung vermeiden.

Der Kollege Koch hat gestern zwei Facebook-Meldungen über „Symbolpolitik“ veröffentlicht. Heute sollte eine dritte dazukommen, die sich mit dem Vertretungsfonds befasst. Er ist nicht ausgeschöpft. Mehr Geld hilft nicht, wenn nicht die Lehrer da sind. Ab dem ersten Tag ist allein mit Geld kein Unterricht sichergestellt, solange dann nicht auch ein Lehrer vor der Klasse steht.

Wenn Frau Franzen nun heute und in Pressemitteilungen Tränen über die schlechte Ausstattung der Regionalschulen vergießt, sei daran erinnert: Es ist die Ausstattung, die Sie beschlossen haben. Es ist Ihr Haushalt, unter dem die Schulen heute leiden.

An unseren Schulen, an allen Schulen, wird gut gearbeitet. Ich freue mich, dass wir den Schulen endlich wieder mit Wertschätzung begegnen, dass Dialog stattfindet. Das ist ein guter Weg.

(frei gehalten, daher Abweichungen vom Manuskript möglich)

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.08.2012, 18:37 Uhr - 7075 Clicks - Nr. 406

Kein Denkmalschutz in der Lehrerausbildung!

Landtagsrede vom 23. August 2012

In der Hochschullandschaft gibt es immer wieder Debatten über den Sinn und Nutzen von Akkreditierungsagenturen. Unabhängige Experten versehen die Studiengänge mit einem Qualitätssiegel, im Rahmen des Bologna-Prozesses mussten alle neuen Bachelor- und Masterstudiengänge akkreditiert werden.

Meines Wissens dürfen in Deutschland derzeit zehn Agenturen dieses Siegel vergeben, die damit gutes Geld verdienen und zuweilen für ihre Begutachtungen kritisiert werden.

Dabei geht es so viel billiger. Viel Aufwand könnten wir den deutschen Hochschulen ersparen, wenn wir die Kollegen Daniel Günther und Heike Franzen künftig an den Akkreditierungsrat ausleihen. In einer Pressemitteilung vom 21. August berichten die beiden von einem Besuch beim Zentrum für Lehrerbildung der CAU am selben Tag. Diese Pressemitteilung wurde um 14.49 Uhr online gestellt. Ein einziger Vormittag hat gereicht, um beide zu dem Schluss kommen zu lassen: Alle Lehramtsstudiengänge an der CAU, und man kann dort immerhin 27 Fächer studieren, in unterschiedlichen Kombinationen mit den Abschlüssen Bachelor und Master, alle sind fachwissenschaftlich hervorragend und pädagogisch ausgezeichnet. Es gibt nichts zu verbessern, alles perfekt! Qualitätssiegel drauf, fertig. In nicht einmal vier Stunden. Wie viel einfacher könnte die Hochschulwelt sein...

Nun sind für die Akkreditierung in der Wirklichkeit allerdings „unabhängige Experten“ vonnöten. Und nun kann die Tatsache, dass man keinerlei Verbesserungsmöglichkeiten sieht, entweder daran liegen, dass es sie nicht gibt. Oder dass man sie nicht erkennen kann oder will. Es ist kein Geheimnis, dass es selbst an der CAU Stimmen gibt, die eine Verbesserung der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für möglich halten. Und die sogar bereit sind, mit der Landesregierung über eine solche Verbesserung zu sprechen.



In der 16. Legislaturperiode haben CDU und SPD gemeinsam die Schulstrukturen in Schleswig-Holstein grundlegend verändert und haben damit bundesweite Maßstäbe gesetzt. Die logische Konsequenz wäre gewesen, spätestens die 17. Legislaturperiode zu einer Novellierung der Lehrerausbildung zu nutzen. In Ansätzen ist das geschehen, teilweise wurde die abgewählte Landesregierung allerdings auch von sich selbst behindert. So tauchte im Sommer 2011 sogar ein Dinosaurier aus dem Sommerloch auf, aber zur Abwechslung nicht Nessie, sondern die vom Bildungsminister propagierte Rückkehr zur Staatsexamensausbildung. Niemand sonst wollte das haben, aber noch im November 2011 beharrte das Ministerium in seinem Bericht auf dem Staatsexamen als Option gegenüber konsekutiven Studienabschlüssen.

Inzwischen ist in Flensburg ein Schritt in die richtige Richtung gelungen. Und nachdem Frau Wende als Präsidentin der Universität Flensburg ihre Hausaufgaben gemacht hat, wird sie jetzt ultimativ aufgefordert, eben einmal schnell da weiterzumachen, wo Herr Klug aufgehört hat.

Wir wollen ein Lehramt für die Primarstufe und wir wollen ein Lehramt für die Sekundarstufen I und II. Das entscheidende Kriterium ist das Alter der Kinder, nicht die Schule, auf der sie gelandet sind. Trotzdem werden wir natürlich Lehrer für Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ausbilden.

Ich lade Sie zu einem Gedankenexperiment ein - man stelle sich zwei Schülerpaare vor: Ein 10jährigen Fünftklässler und ein volljährigen Oberstufenschüler auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite eine 14jährige Gemeinschaftsschülerin und eine 14jährige Gymnasiastin.

Jetzt frage ich Sie: Welches Paar ist unterschiedlicher?

Nur Konservative und Philologen finden den Unterschied zwischen den beiden 14jährigen erheblicher.

(Die Separierung, besonders von Gymnasiallehrern, haben vor uns schon die Bundesländer Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland aufgehoben. In Baden-Württemberg ist man auf dem Weg zu Stufenlehrern, in Brandenburg wird nur teilweise nach Schularten differenziert. Es bleibt abzuwarten, wie es in Niedersachsen angesichts der neu eingeführten Oberschulen weitergeht. Übrigens wurden in keinem dieser Länder die Gymnasien abgeschafft.)

Sie werden es schon aushalten müssen, dass das etwas deutlich anderes ist, als die frühere Landesregierung in ihrem Bericht zur Reform der Lehrerausbildung vom 04. November 2011 angekündigt hat, die ein einheitliches Lehramt für Regional- und Gemeinschaftsschule wollte, während die Gymnasiallehrausbildung unter Denkmalschutz gestellt wurde. Leider war das der einzige Punkt, an dem die Belange des Denkmalschutzes für Sie Priorität hatten.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 24.08.2012, 13:28 Uhr - 21724 Clicks - Nr. 407

Ralf Wrobel mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt

Auf dem ordentlichen Kreisparteitag am 18. August 2012 in Steinfeld erhielt der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel ein überragendes Stimmergebnis von über 95%. Als seine Stellvertreterin und Stellvertreter wurden Birte Paus aus Schleswig und Karsten Stühmer aus Schaalby bestätigt.

Ebenfalls bestätigt wurden Hanna Hansen aus Treia als Schriftführerin und Ing Obst aus Freienwill als Kassenverantwortlicher. Anne Marxen aus Steinfeld als Presseverantwortliche und Andreas Pauls aus Stapelholm als Internetbeauftragter wurden weiterhin in jeweils einer Einzelwahl wiedergewählt. Als Besitzerinnen wurden Rotraud Rasch aus Fahrdorf, Bente Reimer aus Gelting, Erika

Wolletz aus Kappeln, Marina Hansen aus Steinbergkirche, Jan Thorben Book aus Sterup, Holger Groteguth aus Schleswig, Tom Landfester aus Busdorf und Thorsten Schacht aus Kappeln in den Kreisvorstand gewählt.

Neben Grußworten des SPD Bürgermeisters aus Steinfeld Heinrich Buch, der Ortsvereinsvorsitzenden Steinfeld-Ulsnis Anne Marxen und dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden aus Flensburg Johannes Schmidt wurde mit Spannung die Rede des Innenministers von Schleswig-Holstein Andreas Breitner zum Thema „Kommunalpolitik in SH“ von den Anwesenden erwartet.



Andreas Breitner referierte über die zukünftigen Herausforderungen in der Kommunalpolitik und hob exemplarisch einige Felder wie die finanzielle Stärkung der Kommunen durch Rücknahme der Kürzungen der Vorgängerregierung, mehr Beteiligung des Bundes an Leistungsgesetzen, die die Kommunen übermäßig belasten, ein von allen Betroffenen erarbeitete und getragene Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), Verzicht auf eine Gemeindegebietsreform, Direktwahl für alle hauptamtlichen Bürgermeister, Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide und Festlegung des Wahlalters für Erstwähler auf 16 Jahre hervor. Zu mehr Bürgerlichem Engagement zitierte Andreas Breitner „Die Laien haben die Arche Noah – die Profis die Titanic“. Zum Schluss appellierte Andreas Breitner an alle, die Kommunalwahl im nächsten Jahr zu gewinnen.

In einem Antrag der AG 60plus wurde gefordert, dass Arbeitsgemeinschaften mit Stimmrecht an Kreisparteien teilnehmen sollen. Dieser Antrag wurde zur Erarbeitung einer Regelung durch den Kreisvorstand empfohlen. Das Ergebnis wird auf dem Kreisparteitag im Jahr 2013 präsentiert. Dieser vorgeschlagenen Änderung stimmten die Delegierten bei 11 Gegenstimmen mehrheitlich zu.

Auf dem Kreisparteitag wurden neben der Wahl von Revisoren und der Mitglieder der Schiedskommission noch 15 Delegierte für den Landesparteitag gewählt. Nach Auszählung der Stimmen ergab sich folgendes Ergebnis in der Reihenfolge: Ralf Wrobel, Bente Reimer, Birte Pauls, Anne Marxen, Jens Maßlo, Holger Groteguth, Rotraud, Rasch, Ingo Obst, Immo Degner, Antje Schümann, Ingo Degner, Jan Thorben Book, Dirk Peddinghaus, Bettina Koch und Karsten Reimer
Als Ersatzdelegierte wurden Marina Hansen, Andreas Pauls, Thorsten Schacht und Günter Nissen gewählt.

Auf dem Bild der neu gewählte Kreisvorstand. Es fehlt Karsten Stühmer. Text von Anne Marxen und Bild von Gerhard Schulz

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.08.2012, 14:04 Uhr - 26844 Clicks - Nr. 408

SPD fordert Konsequenzen

Zu den Vorgängen um die Eckernförder Entbindungsstation erklären der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB, und die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Serpil

Midyatli, MdL:

Wenn es gelingt, die Geburtsstation in Eckernförde zu halten, dann ist das in erster Linie dem Engagement der zahlreichen Bürgerinnen Bürger aus Eckernförde und Umgebung zu verdanken.

Unabhängig vom Ausgang zeigen die aktuellen Vorgänge, dass weitere Konsequenzen gezogen werden müssen:

1. Der Gesellschaftervertrag muss ggf. überarbeitet werden, damit zukünftig ausgeschlossen ist, dass die Geschäftsführung weitreichende Entscheidungen, wie die Schließung einer Station, alleine trifft und die Gesellschafterversammlung dies aus den Medien erfährt.
2. Die Form einer GmbH ist nur die zweitbeste Lösung für ein Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft. Das Krankenhaus sollte als Eigenbetrieb geführt werden. So wäre gewährleistet, dass die Verantwortung und die Entscheidungen tatsächlich in Händen der gewählten Vertreter des Kreises sind, die sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dafür rechtfertigen müssen.
3. Die Lasten, die sich durch die Haftpflichtversicherung für Ärzte ergeben, müssen auf alle Ärzte gerecht verteilt werden.
4. Die Bezahlung von medizinischen Behandlungen muss bundesweit vereinheitlicht werden.

Keine Kommentare

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 25.08.2012, 18:38 Uhr - 7970 Clicks - Nr. 409

Jubiläum bei der AfA

AfA-Jubiläum: 10 Jahre AfA-Auftritt im Internet

Der geschäftsführende Landesvorstand (Wolfgang Mädler, Landesvorsitzender, Kirsten Jöhnck und Uwe Teut, stellv. Landesvorsitzende) bedanken sich mit Worten und natürlich auch einem gutem Rotwein bei Helmut Ulbrand für die Initiative und mittlerweile 10 Jahre kontinuierliche Arbeit beim Auftritt der AfA-Schleswig-Holstein im Internet.

2002 ergriff Helmut Ulbrand die Initiative. Alle waren begeistert, aber es war für Helmut nicht leicht, da die ganze Arbeit bei ihm lag. Es lief deshalb langsam an und noch heute könnten wir noch informativer sein, wenn die Zuarbeiten vom Landesvorstand und den Kreisen kontinuierlicher laufen würde. Immerhin über 140.000 mal wurde die Webseite inzwischen angeschaut. Diese Zahl zeigt die Wichtigkeit dieses neuen Mediums.

Aber wir sind stolz auf unser Jubiläum und hoffen, dass Helmut noch lange mitmischt. Damit verbinden wir auch den Hinweis: wer Lust hat zu helfen, einfach melden bei Helmut Ulbrand.

Foto: Walter Albrecht

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.08.2012, 14:16 Uhr - 11937 Clicks - Nr. 410

Global Player mit Sitz in Glinde

Martin Habersaat zu Besuch bei Honeywell

Honeywell ist ein internationaler Mischkonzern mit Sitz in den USA, aktiv in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Spezialchemikalien, Automatisierungs- und Steuerungstechnik und Transportsysteme. Zu den Transportsystemen zählt auch die Entwicklung und Herstellung von Bremsbelägen - und die Deutschlandzentrale für diesen Bereich liegt in Glinde.

Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat besuchte nun den Standort am Gliner Weg und ließ sich von Dr. Peter Degenkolb, einem der drei Geschäftsführer, über das Unternehmen informieren.

Bei der Gliner Honeywell Bremsbelag GmbH werden Bremsbeläge für die Automobilindustrie (PKW & LKW), die Eisenbahn für industrielle Anwendungen wie zum Beispiel Windkraftanlagen und Kräne hergestellt. Etwa 1000 Mitarbeiter sind hier beschäftigt, neben der Produktion gibt es am Standort



Glinde auch eine große Entwicklungsabteilung mit etwa 100 Mitarbeitern. Chemiker und Verfahrenstechniker arbeiten hier an der Entwicklung neuer Produkte und Fertigungsverfahren. „Ein Trend ist die Entwicklung von Öko-Belägen, bei denen ausschließlich Rohstoffe verwendet werden, die Mensch und Umwelt nachhaltig schonen. Ein anderer der, möglichst geräuscharme Produkte zu entwickeln“, berichtete Degenkolb.

Martin Habersaat verfolgte beim Rundgang eine komplette Produktionslinie und war erstaunt über die Größe des Geländes, es sind 220.000 Quadratmeter: „Man fährt oft am Firmengelände vorbei und sieht das Firmenschild und viele Bäume. Ein derart großes Betriebsgelände hatte ich dahinter nicht erwartet. Es ist gut für den Standort Stormarn, wenn Firmen mit internationaler Ausrichtung hier entwickeln und produzieren!“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.08.2012, 14:52 Uhr - 7299 Clicks - Nr. 411

Initiative für eine neue Oberstufe

Martin Habersaat zu Besuch bei der Bargteheider Dietrich-Bonhoeffer-Schule

Die Elterninitiative für eine Oberstufe an der Bargteheider Dietrich-Bonhoeffer-Schule (DBS) arbeitet weiter. Nachdem Schulkonferenz und Schulträger der Einrichtung einer Oberstufe an der DBS zustimmten und einen entsprechenden Antrag an das Ministerium für Bildung und Wissenschaft in Kiel sandten, hatte man nun den Stormarner Landtagsabgeordneten Martin Habersaat eingeladen.

Der ehemalige Gymnasiallehrer ist bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Mit ihm und der Vorsitzenden der SPD in Stormarn, Susanne Danhier, diskutierte man die Erfolgsaussichten des Antrags und ließ sich über die bildungspolitischen Schwerpunkte des Koalitionsvertrages informieren.

„Es ist wichtig, allen Schülerinnen und Schülern bereits ab Klasse fünf die Perspektive bis zum Abitur anbieten zu können“, betonte die Elterninitiative. Nur mit einer Oberstufe könne sich die DBS auf Augenhöhe mit den anderen Schulen in Bargteheide entwickeln. Mittlerweile ist die DBS in der Unter- und Mittelstufe siebenzünftig. Sie ist damit die größte weiterführende Schule in Bargteheide. Wenn der erste Gemeinschaftsschuljahrgang der DBS die 10. Klasse absolviert hat, werden sich ca. 80-90 Schüler für den Weg zum Abitur qualifiziert haben.



Die engagierten Eltern betonten, dass Bargteheide mit drei bereits vorhandenen Oberstufen zwar auf den ersten Blick gut versorgt sei, allerdings sei nicht die Anzahl der Oberstufen, sondern die der vorhandenen Oberstufenplätze entscheidend. Und solche könnten an der DBS geschaffen werden: „Die Schüler stehen in der Warteschleife, Fachräume sind vorhanden, das Kollegium ist hochmotiviert und die Stadt ist bereit, die Gelder für weitere Klassenräume bereitzustellen.“ Susanne Danhier betonte die über alle Fraktionen reichende Bereitschaft in Bargteheide, die Schulen in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

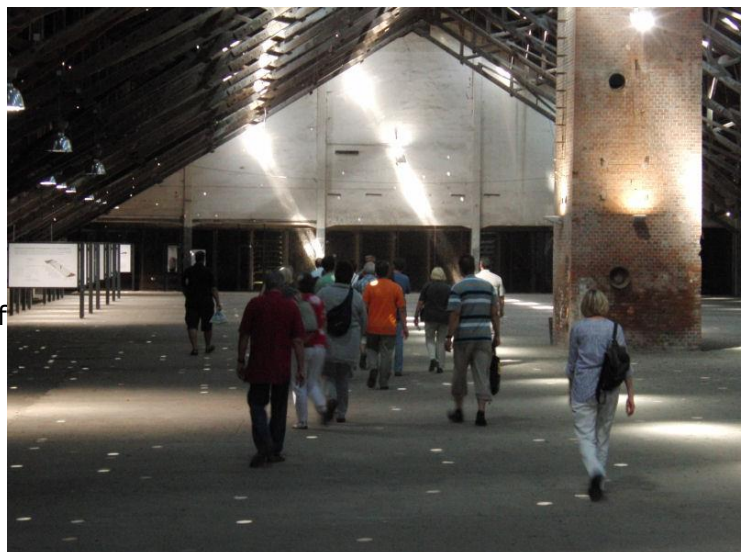
Martin Habersaat hörte sich alle Argumente aufmerksam an und versprach, sich beim Ministerium über den Fortgang des Antrags zu informieren. „Wir wollen ja die Zahl der Abiturienten in Schleswig-Holstein erhöhen, da brauchen wir auch mehr Oberstufen“, befand er. Schon heute sei Stormarn der Flächenkreis mit den meisten Oberstufen und der besten Abiturquote - und mit einer Stärkung der Gemeinschaftsschulen werde es landesweit noch besser werden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.08.2012, 14:02 Uhr - 10647 Clicks - Nr. 412

Gegen das Vergessen

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, im Mai 2005 auf dem Gelände des ehemaligen Häftlingslagers als Ausstellungs-, Begegnungs- und Studienzentrum eröffnet, erinnert am historischen Ort an die Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges Häftlinge des größten Konzentrationslagers in Nordwestdeutschland waren. Auf Einladung der SPD - Ortsvereine Lübeck-Hüxtertor und Reinfeld besuchte nun eine Gruppe von Sozialdemokraten Ausstellung und das ehemalige Klinkerwerk.



Mit dabei war auch Martin Habersaat, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

Im Südosten von Hamburg befand sich von 1938 bis 1945 das größte Konzentrationslager Nordwestdeutschlands, das KZ Neuengamme. Es waren mehr als 100 000 Häftlinge aus ganz Europa im Hauptlager und den 86 Außenlagern inhaftiert. In Neuengamme, den Außenlagern und bei Kriegsende im Zuge der Lagerräumungen starben mindestens 42 900 Menschen. Martin Habersaat: „Das KZ-Neuengamme gehört zum traurigsten Teil der deutschen Geschichte, ist aber auch ein wichtiger Teil unserer Regionalgeschichte. Es war gut, dass auch viele junge Menschen an der zweistündigen Führung teilgenommen haben.“

<http://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/>

Keine Kommentare

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 28.08.2012, 08:55 Uhr - 6231 Clicks - Nr. 413

Bürgersprechstunde des Landtagsabgeordneten Dr. Ralf Stegner

Der Fraktionsvorsitzende der SPD Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner wird am Freitag, 31. August 2012 ab 18 Uhr seine erste Bürgersprechstunde in der Gemeinde Schacht-Audorf abhalten.

Sie findet in den Räumlichkeiten der Gemeindeverwaltung statt. Anmeldungen bitte unter 01 60 - 184 10 12.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 28.08.2012, 19:32 Uhr - 27050 Clicks - Nr. 414

SPD begrüßt Erhalt der Entbindungsstation in Eckernförde

Zur Entscheidung, die Geburtshilfe am Krankenhaus in Eckernförde zu belassen, erklären der SPD- Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB, und die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Serpil Midyatli, MdL:

Wir begrüßen, dass die Geburtshilfe am Krankenhaus in Eckernförde bestehen bleibt.

Der Erhalt der Geburtshilfe in Eckernförde ist eine strukturpolitische Notwendigkeit. Neben der Verantwortung für die Familien im Kreisgebiet spielt die medizinische Grundversorgung in einem so großen Flächenkreis eine nicht unerhebliche Rolle bei der Bevölkerungsentwicklung.

In der langfristigen Betrachtung sollten beide Krankenhausstandorte so gestärkt werden, dass eine optimale medizinische Versorgung für alle Bereiche gesichert wird:

1. Die SPD ist dafür, in Gemeinde- und Kreisordnung eine verstärkte Berichtspflicht für Gesellschaften mit öffentlicher oder überwiegender öffentlicher Beteiligung gegenüber den zu-ständigen Selbstverwaltungsgremien gesetzlich zu verankern, um sicherzustellen, dass Entscheidungen im Namen des Eigentümers nicht ohne dessen Wissen erfolgen können, selbst wenn dieses gesellschaftsrechtlich nicht zu beanstanden ist. Öffentliche Unternehmen haben eine besondere Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Es darf nicht mehr zu Situationen kommen, dass die Vertreter des Eigentümers weitreichende

Entscheidungen aus der Presse erfahren müssen (so wie es in Fall der Geburtshilfe Eckernförde war).

2. Es gab in der Kreis-SPD immer Zweifel, ob eine GmbH-Lösung die richtige Rechtsform für eine öffentliche Beteiligung ist, diese wurden durch die jüngsten Ereignisse nicht ausgeräumt.

3. Das Belegarztsystem und die damit verbundenen Haftpflichtregelungen gehören reformiert. Die SPD setzt sich daher im Bundestag für eine gerechtere Verteilung der Versicherungszahlungen - auch bei den Hebammen - ein.

4. Medizinische Behandlungen in Krankenhäusern müssen bundesweit gleich bezahlt werden. Die Gesundheitsminister der Länder müssen hier endlich zu einer gerechten Einigung kommen.

5. Die SPD-Rendsburg-Eckernförde begrüßt, dass die Imland alle notwendigen Verhandlungs- und juristischen Schritte gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung gehen wird. So wird unterstrichen, dass der Erhalt der Geburtshilfe in Eckernförde eine langfristige Lösung sein soll.

6. Mit dem Honorarkraft-Konzept für die Geburtshilfe unterstreicht der Kreis als Eigentümer des Krankenhauses seine Verantwortung für eine ortsnahe medizinische Versorgung auch im Norden des Kreises.

Ein besonderer Dank geht an die vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Geburtshilfe-Standort Eckernförde mit Nachdruck stark gemacht hat. Es war ihr Engagement, das die Verantwortlichen dazu gebracht hat, die Planungen für die Schließung der Geburtshilfe zurückzunehmen.

Kommentar von [Karin Schröder](#) vom 29.08.2012, 11:05 Uhr:

RE: SPD begrüßt Erhalt der Entbindungsstation in Eckernförde

Ich finde es sehr gut das die Geburtsklinik in Eckernförde nicht geschlossen wird , denn auch wenn ich da meine Kinder nicht Entbunden habe weil es immer sehr eng war wurden meine 1 Enkelkinder Zwillinge dort Geboren 1998 und ich kann nur sagen das es eine super tolle Wochenstation ist mit freundlichen gruss Karin Schröder Rendsburg

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 29.08.2012, 08:45 Uhr - 10222 Clicks - Nr. 415

SPD-Kreistagsfraktion: Keine Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten

28. 8. 2012

SPD-Kreistagsfraktion: Wir möchten die Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten wieder abschaffen

Der Koalitionsvertrag zwischen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW sieht vor, dass die Kreise künftig nicht mehr verpflichtet werden, Elternbeiträge zu den Kosten der Schülerbeförderung zu erheben.



Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Die SPD-Kreistagsfraktion war immer gegen eine Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten. Nur unter dem Zwang eines

Gesetzes wurde im Kreis die Beteiligung eingeführt. Ministerpräsident Torsten Albig hat jetzt die richtige Zielrichtung eingeschlagen. Durch die Streichung der Elternbeteiligung werden wir im Kreis Plön bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 wieder die kostenlose Schülerbeförderung einführen, denn Chancengleichheit und Bildung muss für alle da sein, unabhängig vom Geldbeutel und dies insbesondere in einem Flächenkreis, in dem es z. B. zur Zeit nur drei Gemeinschaftsschulen gibt. Schülerbeförderungskosten von Eltern zu erheben ist mit sozialdemokratischen Standpunkten unvereinbar. Bildung muss kostenlos sein, die Familien im ländlichen Raum werden mit diesen Gebühren ungerecht belastet."

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 29.08.2012, 20:19 Uhr - 4854 Clicks - Nr. 416

SPD Reinbek feiert 111. Geburtstag

Im September 1901 wurde in Reinbek eine neue Parteiorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegründet. Die Zeitungen berichteten mit den Worten, „der langgehegte Wunsch der hiesigen und Schönningstedter Parteigenossen“ sei nun in Erfüllung gegangen.

Anlässlich ihres 111. Geburtstages möchte die SPD Reinbek am Freitag, den 14.09.2012 im Rahmen eines Kabarettabends mit vielen Gästen auf diesen besonderen Tag anstoßen. Um 19:30 Uhr wird zudem das bekannte Tritopkabarett in der Begegnungsstätte Neuschönningstedt auftreten. Karten für nur 10,- EUR sind beim Office Shop in der Ladenzeile Königsberger Straße oder an der Abendkasse erhältlich. Reservierungen können auch unter info@spd-reinbek.de oder Tel. 040/67956754 vorgenommen werden. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Das Kabarettprogramm „Na wenn das so ist...“ verrät das Geheimnis von Merkels Beliebtheit und weiß, was man dagegen tun könnte, betrachtet die Regierungs-Performance aus seemännischer Sicht, zeigt wie Lebensmittelskandale und Deutsche-Bank-Chefs gemacht werden und entführt das Publikum gleich zweimal in die Welt des Supermarkts – erstens, weil dort alles schön billig ist, und zweitens, um zu gucken, ob die Kanzlerin tatsächlich für mehr Butter vom Netto sorgt.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 30.08.2012, 11:44 Uhr - 152102 Clicks - Nr. 417

„Fischereiverordnung: die Region nicht aus dem Blick verlieren“

SPD-Politikerin besucht Betriebe der Binnenländischen Fischerei

Kiel: Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust besuchte am vergangenen Freitag drei Betriebe der Binnenländischen Fischerei. Damit folgte sie der Einladung der Vorsitzenden des Verbandes der Binnenfischer und Teichwirte in Schleswig-Holstein, Sabine Schwarten. Hintergrund des intensiven Gedanken- und Meinungs-austausches ist die zurzeit laufende Neuordnung der



Gemeinsamen Fischereipolitik in der EU (GFP) und das dazugehörige Finanzinstrument, der Meeres- und Fischereifond (EMFF). Im Fokus der Gespräche stand insbesondere die Unterscheidung, sowohl in praktischer als auch in administrativer Hinsicht, zwischen Seefischerei und Binnenländischer Fischerei.

Ulrike Rodust konnte sich bei ihrem Besuch zweier familiengeführter Teichwirtschaften ein Bild über die Besonderheiten derartiger Betriebe in Schleswig-Holstein machen. Teichwirt Dietrich Ebeling zeigte auf seinem Betrieb in Waldhütten, wie sich der Betrieb, jetzt in dritter Generation, vom reinen Karpfen - Satzfishbetrieb auf andere Fischarten erweitert hat. Darüber hinaus bietet er Ferien auf der Teichwirtschaft an. Die von der Familie Knutzen geführte Teichwirtschaft in Hohenlockstedt / Springhoe bezeichnete sich selbstbewusst als Nischenbetrieb und setzt auf die Herstellung hochwertiger Fischprodukte. Dritter Betrieb war die Fischerei Bening am Wittensee in Sande. Bei der Fahrt über den See zu einer Fischreue erklärte Arne Bening die Probleme und Besonderheiten der Seenfischerei. Um ein auskömmliches Betriebseinkommen zu erreichen, müssen erhebliche Mengen an Seefisch zugekauft, die im Betrieb verarbeitet und dann im Hofladen und auf Wochenmärkten vermarktet werden.

In einem für diesen Tag abschließenden Gespräch hob der Verband der Binnenfischer und Teichwirte den guten Ton und respektvollen Umgang mit den vorgetragenen Sorgen, aber auch Lösungsansätzen hervor. Dass sich Frau Rodust so viel Zeit genommen hat unterstreiche die Ernsthaftigkeit und den Willen für eine wirklich gemeinsame Fischereipolitik. Geschlossen wurde das Treffen mit der festen Absicht auch weiterhin den intensiven Dialog fortzusetzen.

Fischerei Bening, Wittensee/Sande: v.l. Heinz Bening, Peter Liebe, Ulrike Rodust, Helmut Schwarten, Tim Arne Bening, Sabine Schwarten, Arne Bening. (Foto: Albrecht Hahn)

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 30.08.2012, 22:13 Uhr - 5734 Clicks - Nr. 418

Mindestlohn

Mindestlöhne und gute Arbeit

Kiel, 30. August 2012

Nr. 202/2012

Olaf Schulze:

Mindestlöhne und gute Arbeit

Zu den heute vorgestellten Eckpunkten des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Tariftreuegesetz für Schleswig-Holstein sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Im September werden die Koalitionsfraktionen ihren Entwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz für Schleswig-Holstein vorlegen. Es wird Zeit, endlich den unhaltbaren Zustand zu beenden, in dem man Ausschreibungen mit Dumping-Löhnen gewinnen kann statt mit Qualität. Andere Bundesländer haben vorgemacht, dass rechtssichere Auftragsvergabe auch mit strengen Anforderungen an die Arbeitsbedingungen möglich ist. Auch Schleswig-Holstein hatte lange Zeit ein vorbildliches Tariftreuegesetz. An diese Tradition werden wir anknüpfen. Wir werden die Anregungen des DGB auf ihre Umsetzbarkeit prüfen.

Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, deshalb wird eine verbindliche Lohnuntergrenze von 8,92 € auch in unserem Gesetzentwurf enthalten sein.

Was wir nicht wollen, ist eine Ausweitung der Mini-Jobs, deren Anzahl unter der schwarz-gelben Regierung massiv gestiegen ist. Vielmehr brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute und fair bezahlte Arbeitsplätze und eine Entlohnung, von der sie leben können.

Gute Arbeit zu fairen Bedingungen, Transparenz und Korruptionsbekämpfung gehen dabei Hand in Hand. Das nützt den kleinen und mittleren Betrieben in Schleswig-Holstein, die längst gute Tariflöhne zahlen, es nützt den Kommunen und es nützt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.09.2012, 13:05 Uhr - 8647 Clicks - Nr. 419

Gewinnen mit der SPD Reinfeld

Gute Ideen müssen unterstützt werden - und eine gute Idee ist das Gewinnspiel der SPD Reinfeld. Wer den Herbstmeister der Fußball-Bundesliga errät, kann Karten für ein HSV-Heimspiel gewinnen. Mit dieser Aktion präsentierte sich die SPD Reinfeld auf dem Wochenmarkt. Martin Habersaat, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, war ebenfalls dabei und unterstützte die Reinfelder Genossen um den Vorsitzenden Norbert Hintze.

Habersaat: „Es ist immer gut, wenn die SPD auch außerhalb von Wahlkampfzeiten präsent ist. Das versuchen wir in meinem Wahlkreis in Südstormarn, und das versuchen die Reinfelder auch. Ich war erstaunt, wie sich die Gespräche am Infostand durch so eine Aktion verändern. Genauso viel wie über Politik habe ich über Rafael van der Vaart und die Aussichten des HSV diskutiert. Das hat Spaß gemacht!“



Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.09.2012, 14:40 Uhr - 7313 Clicks - Nr. 420

Stammtisch in Wentorf

Jeweils am letzten Freitag eines Monats lädt die SPD Wentorf Mitglieder und Interessierte zum Stammtisch. Im August kam auch Martin Habersaat, um von den ersten Monaten der neuen Landesregierung und seinen neuen Aufgaben in der Landtagsfraktion zu berichten. Dabei sprach die Runde über die neuen Minister und Staatssekretäre, über die am 8. September anstehende Bildungskonferenz und andere aktuelle Themen aus der Landespolitik.



Martin Habersaat: „Es ist schön, auch einmal in lockerer Runde über Politik plaudern zu können, ohne Tagesordnung und ohne Wahlkampfhintergrund. Ich konnte von meiner Arbeit berichten, aber auch viele Einschätzungen und Argumente mitnehmen. Gut, dass die SPD-Wentorf so eine Runde ins Leben gerufen hat.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 03.09.2012, 15:33 Uhr - 8674 Clicks - Nr. 421

Rezension: Ferdinand von Schirach - Verbrechen

Ferdinand von Schirach, Jahrgang 1964 und Enkel des Reichsjugendführers Baldur von Schirach, ist Anwalt und Strafverteidiger in Berlin. Von seinen Fällen ließ er sich zu dem 2009 erschienenen Kurzgeschichtenband „Verbrechen“ inspirieren, in dem es um elf Fälle geht - Mord, die japanische Mafia, Prostitution und Kannibalismus, was man in Berlin eben so erlebt. Die Sprache ist klar und ungekünstelt, die Fälle werden eher berichtet als erzählt.

FERDINAND
VON SCHIRACH

Das Buch war ein Spiegel-Bestseller, kam bei vielen Kritikern gut weg. Die Süddeutsche Zeitung befand anlässlich des zweitens Bandes „Schuld“, aber auch zum ersten Teil durchaus passend: „Das Strafrecht ist nun einmal, weil es dabei um Leib und Leben geht, ein erregendes Fach. Es ist so erregend, dass man kein besonders guter Erzähler sein muss, um sein Publikum zu finden; der Fall erzählt sich selbst. Wenn man ein sehr guter Erzähler ist wie der Berliner Strafverteidiger Ferdinand von Schirach: umso besser.“ Immerhin gab es für „Verbrechen“ den Kleist-Preis 2010.



Mein Eindruck war, dass hier viele gute Geschichten und Charaktere kaum mehr als skizziert sind, die jetzt noch weiter auserzählt werden könnten. Doris Dörrie hat es getan und die Geschichte „Glück“ verfilmt, in der es um eine Prostituierte geht, der ihr Kunde, ein Politiker, quasi unter den Händen wegstirbt. Und deren Freund in Unkenntnis der genauen Umstände die Leiche verschwinden zu lassen versucht. Filmtauglich ist für mich auch der Kommissar aus „Notwehr“ mit der Weisheit: „Folgen Sie dem Geld oder dem Sperma. Jeder Mord klärt sich so auf.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 03.09.2012, 15:37 Uhr - 6940 Clicks - Nr. 422

Dieses Verfahren hätte man sich sparen können

Zum heutigen Urteil des Landesverfassungsgerichts über die Verfassungsbeschwerde des Kreises Dithmarschen gegen die Regelung im Schulgesetz von 2011, die die Kreise zwang, Elternbeiträge zur Schülerbeförderung zu erheben, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Dieses Verfahren hätte man sich sparen können.

Die Regelung, wonach die Kreise auch dann die Eltern zu einer Beteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung heranziehen müssen, wenn sie es gar nicht wollen, hatten CDU

und FDP ins Schulgesetz hineingeschrieben. Und inzwischen versichert auch die FDP, sie hätte dem nur aus Koalitionsraison zugestimmt.

Wie dem auch sei: Der neue Landtag ist hier klüger und hat bereits im August eine Novellierung auf den Weg gebracht, die die Verantwortung dorthin zurückgibt, wo sie auch hingehört: in die kommunale Selbstverwaltung, in diesem Fall in die der Kreise.



Auch die neue Regelung wird nicht allen Erwartungen gerecht werden können, da weder die Kreise noch das Land das Geld haben, um den Schülerverkehr landeseinheitlich kostenfrei zu stellen. Wenn aber die Kreise dafür den finanziellen Spielraum haben, sollen sie dies auch tun können. Wäre die damalige Koalition bei der Verabschiedung des Schulgesetzes 2011 mit etwas mehr Klugheit ans Werk gegangen, hätte man sich das heute abgeschlossene Verfahren auch sparen können!

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 04.09.2012, 13:20 Uhr - 24052 Clicks - Nr. 423

SPD-Kreisvorstand stellte sich bei Klausurtagung neu auf

Am Wochenende erarbeitete und beschloss der neue SPD-Kreisvorstand auf einer zweitägigen Klausurtagung in Bad Malente die Arbeitsschwerpunkte für das kommende Jahr.

„Die Vorbereitung der Kommunal- und der Bundestagswahl steht auch im Zentrum unserer inhaltlichen Arbeit“, fasste der Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix die Ergebnisse der Beratungen zusammen. „Wir wollen den Menschen in den nächsten Monaten deutlich machen, wie wir die Entwicklung des Kreises in Zukunft sehen und dieses mit ihnen diskutieren. Wir haben uns dafür verschiedene Fragen gestellt: Wie gelingt es uns unseren Kindern und Enkeln die besten Bildungschancen zu garantieren? Wie organisieren wir eine ökologische und zugleich bezahlbare Mobilität für die Menschen in Rendsburg-Eckernförde? Wie erhöhen wir vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung die Lebensqualität, gerade auch in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Integration? Der SPD-Kreisvorstand möchte Antworten liefern und wird bei deren Erarbeitung auch mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog treten. Geschlossene Veranstaltungen zur Erarbeitung politischer Forderungen sind nicht unsere Sache!“

Auf der Klausurtagung in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte setzte der neue SPD-Kreisvorstand weitere Akzente für die Reform der der partei-internen Arbeit.

„Wir arbeiten konsequent an unseren Strukturen. „Wir wollen mehr Debatten führen, offen kommunizieren und uns stärker um Ortsvereine und Mitglieder kümmern. Dafür haben wir mit Carsten Peschel aus Nortorf erstmals einen Mitgliederbeauftragten ernannt, der dieses Thema - inklusive Kampagnen zur Neumitgliedergewinnung - federführend bearbeiten wird“, so Sönke Rix.

Ein anspruchsvolles Programm will die SPD Rendsburg-Eckernförde auch zum Parteijubiläumsjahr 2013 präsentieren. „150 Jahre SPD sind für uns ein Grund zum Feiern. Wir wollen erinnern, forschen und diskutieren. Dabei wird aber auch deutlich werden: Die SPD ist immer noch die Fortschrittspartei.“

Keine Kommentare

Suchsdorfer Infobrief September

+++Suchsdorf Aktuell+++Der Infobrief der Suchsdorfer SPD für alle, die an der Arbeit der Suchsdorfer Genossinnen und Genossen interessiert sind. Der Infobrief erscheint ca. 10 mal im Jahr und ist in der ungekürzten Version mit Bildern beim OV-Vorsitzenden zu erhalten.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihre/Eure Suchsdorfer SPD!

Und Gut!



+++SUCHSDORF aktuell+++DIE KIELER SOZIALDEMOKRATEN+++09/2012

Inhalt:

- Kommunalwahl 2013-die Jahreshauptversammlung entscheidet über unsere Kandidat(inn)en
- Wer werden unsere Kandidatinnen und Kandidaten?
- Sommerfest 2012
- Infostand mit Susanne
- Aus dem Ortsverein
- Spende Barrierefreiheit
- Einladung zur Jahreshauptversammlung

Liebe Genossin, lieber Genosse,

ein spannendes Bewerbungsverfahren liegt nun hinter uns und wir sind mit Vollgas gestartet. Ein guter Start . . . die OB-Kandidatin der SPD steht fest und wir haben bereits unseren ersten Infostand mit Susanne hinter uns.

Der Vorstand hat die Spur aufgenommen und ist mitten in der Wahlkampfplanung. Das Besondere diesmal ist, dass wir parallel die Planung für unsere Kommunalwahl 2013 durchführen.

Für das Kommunalwahlprogramm liegt ein erster Entwurf vor.

Auf der nächsten Mitgliederversammlung wählen wir unsere Kandidaten für das Rathaus und die Mitglieder für den zukünftigen Ortsbeirat Suchsdorf.

Es gibt aber noch weitere spannende lokale Themen die wir in der Zusammenarbeit mit unserem Ratsherrn Thomas Wehner auf den Weg bringen wollen.

Dieses und noch viel mehr kannst Du aber auch auf unseren Internetseiten, www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf, nachlesen. Ich wünsche Dir viel Spaß beim Lesen!

Beste Grüße

Andreas

Vorsitzender

I)Kommunalwahl 2013 -die Jahreshauptversammlung entscheidet über unsere Kandidat(inn)en

Am 18.09.2012 kannst Du auf unserer Jahreshauptversammlung mit darüber entscheiden, wer bei der nächsten Kommunalwahl für die Ratsversammlung beziehungsweise für den Ortsbeirat kandidieren soll.

Wie die Auswertungen der letzten Kommunalwahlergebnisse gezeigt hatten, lagen wir nur um wenige Stimmen hinter der CDU. Die Karten sind neu gemischt und der Regierungswechsel hat uns Aufwind gebracht!

In Suchsdorf und Klausbrook sind wir politisch ebenfalls ganz vorn und wir wollen auch hier stärkste Kraft im Ortsbeirat werden. Darum wird in den nächsten Monaten ganz im Vordergrund unserer Arbeit der Wahlkampf für unsere zukünftige Oberbürgermeisterin, Susanne Gaschke, sowie für unsere Kandidatinnen und Kandidaten im Rathaus und im Ortsbeirat stehen.

Es wird darum gehen, aktiv auf Infoständen und Veranstaltungen die Kandidat(inn)en zu unterstützen aber auch darum, den Bürgerinnen und Bürgern "klein klein" deutlich zu machen, dass unsere sozialdemokratische Politik die Zukunft unserer Stadt ist. Vor dem Hintergrund des Ergebnisses der letzten Wahl, muss aber auch deutlich gemacht werden, dass jede Stimme zählt und jede nicht gezählte Stimme bedeuten kann, dass man die Politik bekommt die man dann verdient! Wir stehen für gemeinsames, soziales Handeln! Das tragen wir selbst tagtäglich nach außen in unsere Gesellschaft.

Darum bitte ich Euch in den nächsten Monaten verstärkt Gespräche im Rahmen eures sozialen Umfeldes zu führen, in denen Ihr deutlich macht, dass GEMEINSAM nur funktioniert, wenn alle sich der Verantwortung der Wahl und des Wahlganges bewußt sind!

II) Wer werden unsere Kandidatinnen und Kandidaten?

Es ist unsere Aufgabe verantwortungsbewußte Menschen für die ehrenamtliche Arbeit im Rathaus und im Ortsbeirat zu gewinnen.

Es gilt eine Liste von ca. 9 ehrenamtlichen Beiräten aufzustellen. Die Plätze 5 bis 9 sind die Nachrückstellen. Für die Ratsversammlung und den Kommunalwahlkreis stellen wir eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten. Wer sich in dieser verantwortlichen Aufgabe sieht und sich einbringen möchte, kann sich auf der nächsten Vorstandssitzung dafür erklären. Eine kurze Erläuterung zur Person und zur Motivation wäre hilfreich!

Natürlich könnt Ihr Euch aber auch gerne per E-Mail bei mir bis spätestens zum 04.09.2012 melden. Kandidaturen sind aber auch auf der Jahreshauptversammlung selbst noch möglich!

III) Sommerfest:

Bestes Wetter und gute Laune waren angesagt, als die Kandidatinnen und Kandidaten unser Sommerfest besuchten!

Am Freitag, den 03.08. trafen sich die Mitglieder des SPD Ortsvereins Suchsdorf, interessierte Bürger_innen und Nachbarn sowie zahlreiche Genossinnen und Genossen aus ganz Kiel wieder zum traditionellen Sommerfest des OV in gemütlicher Gartenatmosphäre.

Nach stundenlanger Vorbereitung mit Zeltaufbau (das Kieler Wetter- man weiß nie), dem Aufstellen von Bänken und Tischen, dem Einkauf von Fleisch und Kohle und dem "Schnippeln von Grünzeug" in der Küche trafen gegen 18:00 Uhr die ersten Gäste ein. Einige Gäste brachten auch wieder ihre Kinder mit, die sich alle gemeinsam vergnügten. Durch die gleichzeitig stattfindende erste OB-Kandidaten vorstellungsrunde in der Ricarda-Huch-Schule waren es am Anfang noch nicht so viele, nach dem Ende trudelten gegen 20:30 Uhr jedoch noch 20-30 weitere Besucher ein, sodass es insgesamt um die 50 waren. Unter ihnen waren auch sämtliche OB-Kandidaturbewerber_innen (Susanne Gascje, Manuela Söller- Winkler, Thomas Engel und Jan Christian Kaack) mit ihren Ehepartnern, Kreischef und Wissenschaftsstaatssekretär Rolf Fischer, Ratsfraktionsvorsitzende Gesa Langfeld und der noch fehlende Teil des OV- Vorstands. Durch das gute Grillgut, die Getränke und die von vielen Gästen mitgebrachten Beiträge wie Brote, Salate und Naschkram fand jede/r etwas und wurde satt. Gelegentlicher leichter Regen konnte die gute Stimmung und die angeregten politischen Diskussionen in keinsten Weise bremsen. Abgerundet wurde alles von angenehmer musikalischer Begleitung mit Gitarre und Gesang in mehreren Sprachen. Alle freuen sich schon auf das nächste Jahr! cbe

IV) Infostand mit Susanne Gaschke (wir berichteten)

Viele Interessierte Genossinnen und Genossen nahmen sich die Zeit um einmal Erfahrung am Info Stand zu sammeln, aber auch um bei dieser Gelegenheit einmal mit Susanne ins Gespräch zu kommen. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger zeigten sich sehr interessiert und Susanne führte eine Reihe guter Gespräche! Es wurden lokale und auch überörtliche Themen angesprochen.

Manche wollten Susanne aber auch einfach nur zu Ihrer Kandidatur Glückwünsche aussprechen.

Unsere OB-Kandidatin hat sich sehr wohl bei uns gefühlt und bedankte sich für die Unterstützung sowie den tollen Einsatz!

V) Lesefest- Alle Jahre wieder! ! !

Am 02.11.2012 ist es wieder soweit und unser beliebtes Lesefest geht in seine fünfte Runde. Wie in den vergangenen Jahren findet es in den Räumlichkeiten des AWO Kinderhauses am Nienbrügger Weg statt.

Als das Haus in den 90er Jahren gebaut wurde, stand die Barrierefreiheit noch nicht so im Vordergrund der Gesellschaft.

Diese Tatsache stellt uns Jahr für Jahr vor die Schwierigkeit, dass für Menschen mit z. B. einer Gehbehinderung der Leseraum nur schwer zugänglich ist. Das soll jetzt anders werden!

Darum haben wir beschlossen, einen rollstuhlgerechten Plattenweg über Eigenleistung und Spendengelder zu bauen. Ein großer Teil wird von unserem Ratscherrn Thomas Wehner getragen, einen Teil wird der OV übernehmen.

Im Sinne der öffentlichen Barrierefreiheit und Gerechtigkeit möchte ich Euch bitten und auffordern uns bei diesem Projekt zu unterstützen. Bitte spendet auf unser Konto unter Stichwort AWO!

Das Bauvorhaben ist für den 21.09.2012 vorgesehen. Wir treffen uns gegen 12:00 Uhr zum Platten verlegen. Zur Unterstützung wird unsere OB Kandidatin Susanne Gaschke kommen und mit anfassen! Prima Susanne!

SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreisverband Kiel

Ortsverein Kiel-Suchsdorf

Der Vorstand

E-Mail: SPD.Suchsdorf.Vorstand@gmx.de

Internet: www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf/

Bankverbindung

Eckernförder Bank

BLZ 21 0 920 23

Konto 682 31 2 20

(Bitte entschuldigt das nicht ausgearbeitete Layout.)

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 04.09.2012, 20:05 Uhr - 52955 Clicks - Nr. 425

Meeresschutz durch „Greening“ der Agrarpolitik verbessern

Zur Debatte um den Meeresschutz erklärt die meerespolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Dr. Gitta Trauernicht:

Nord- und Ostsee müssen in ihrer Wasserqualität verbessert werden. Das haben die Berichte gezeigt, die im Rahmen der Umsetzungsphase der europäischen Meeresstrategierahmenrichtlinie in Deutschland den aktuellen Zustand der Meere untersucht haben.

Um die Vorgaben der EU zu erfüllen, bis 2020 einen guten Zustand der Meeresumwelt zu erreichen, müssen die schädlichen Einträge in die Meere so schnell wie möglich verringert werden.

Ein Faktor ist dabei zunehmend intensiviertere Landwirtschaft. So trägt die vermehrte Ausbringung von Gülle und Düngemitteln zur Eutrophierung unserer Meere bei. Deshalb unterstützen wir die Vorschläge der Europäischen Kommission zum sog. „Greening“ der EU-Agrarpolitik. Die künftige Vergabe von Fördermitteln muss stärker als bisher an Vorgaben zur nachhaltigen und verantwortungsbewussten Landwirtschaft geknüpft werden. Unter anderem muss es Mindestvorgaben zu Fruchtfolgen und ökologischen Vorrangflächen geben. Wir werden uns zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, die

Regeln zur Privilegierung von Stallbauten zur Massentierhaltung zu ändern.
Nur durch u.a. solche Maßnahmen kann auch der Schutz unserer Meere langfristig gesichert werden.
Wir werden das Ministerium auffordern, uns im nächsten Umweltausschuss zu berichten, welche konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der EU-Meeresstrategie geplant sind.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 04.09.2012, 20:32 Uhr - 19398 Clicks - Nr. 426

Kranzniederlegung zum Antikriegstag

Für die Kreisvorstände Flensburg und Schleswig-Flensburg legten Helmut Trost und Birte Pauls zu Gedenken des Antikriegstages am 1. September einen Kranz auf dem Harrisleer Bahnhof nieder.

Die Kreisvorstände schlossen sich dem Gedenken zum Antikriegstag des DGB am Mahnmal Harrisleer Bahnhof an, der für etwa 1600 dänische Häftlinge in den Jahren 1944/2945 eine „Station auf dem Weg in die Hölle“ wurde. Es sprachen Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Ludwig Hecker, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und Susanne Uhl, DGB.

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen einer der schrecklichsten Kriege der Menschheitsgeschichte mit 60 Millionen Toten. Der Antikriegstag am 1. September 2012 gilt dem Gedenken. Und er beinhaltet ein Versprechen: Im Hier und Heute die Mitverantwortung dafür zu übernehmen, dass Faschismus und Rechtsextremismus keinen Platz mehr haben in dieser Gesellschaft.

Auf dem Foto: Birte Pauls und Helmut Trost bei der Kranzniederlegung
Foto: W. Borm

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 05.09.2012, 10:59 Uhr - 5879 Clicks - Nr. 427

Umfairteilen - Aktionstag 29. September 2012

Fehlende Kita-Plätze, geschlossene Bibliotheken, mangelhafter Nahverkehr – der öffentlichen Hand fehlt das Geld für wichtige Investitionen. Dem stehen gigantische private Vermögen entgegen. Sie müssen wieder an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt werden - mit einer einmaligen Vermögensabgabe und einer dauerhaften Vermögenssteuer.

Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung! Wir wollen nicht, dass die öffentlichen und sozialen Leistungen verschlechtert und die große Mehrheit der Bevölkerung höher belastet wird. Stattdessen müssen übergroßer Reichtum und Finanzspekulation endlich besteuert werden. Es geht nicht nur um Geld, sondern auch



um gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft.

Gefordert wird:

- eine Vermögensteuer und eine einmalige Vermögensabgabe, um die notwendigen öffentlichen und sozialen Ausgaben gerecht zu finanzieren und die Verschuldung abzubauen;
- einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen und für eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und gegen die Armut, weltweit.

Landtage, der Bundestag und Parteien sind aufgefordert, sich der Forderungen der Kampagne anzuschließen und sie in die Tat umzusetzen!

Im Trägerkreis arbeiten mit: Der Paritätische Gesamtverband, Sozialverband VdK, Sozialverband Deutschland SoVD, Volkssolidarität, Arbeiterwohlfahrt, medico international, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW, DGB Jugend, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, attac. Campact, NaturFreunde Deutschlands, SJD - Die Falken und andere.

Weitere Informationen auf der Homepage:

<http://umfairteilen.de/start/home/>

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 05.09.2012, 14:26 Uhr - 14316 Clicks - Nr. 428

Thönnies unterstützt „Weltwärts“-Aktivisten:

Junger Wakendorfer lehrt Englisch in China

Kurz vor seiner Abreise nach China erhielt Jonas Jahnke aus Wakendorf II noch eine weitere Unterstützung. Der 19-jährige Abiturient, der Ende letzter Woche ins Reich der Mitte flog, wird dort im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres, das über den Arbeiter-Samariter-Bund in Kiel organisiert wird, Englisch unterrichten. Sein neuer Lebensmittelpunkt für die nächsten zwölf Monate wird Fugong in der Provinz Yunnan im Südwesten Chinas sein.



„China und seine Kultur interessieren mich schon seit langem“, so Jonas. Neben Büchern und Filmen gilt seine besondere Neigung der Kampfsportrichtung Kung-Fu. „Mir ist es wichtig, dass in den Regionen Chinas etwas passiert“, erklärt der junge Wakendorfer. Denn die Organisation des Englisch-Unterrichtes ist in manchen Bereichen des großen Landes noch sehr unterentwickelt. So gab es bislang an der Grundschule, an der Jonas nun Fünft- und Sechsklässler unterrichten wird, nur einen Englischlehrer für 2.000 Schüler.

Jonas Jahnke reiste nicht allein. Mit 30 weiteren Freiwilligen machte er sich am vergangenen Wochenende auf den Weg gen Osten. Sie alle nehmen am Programm „Weltwärts“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung teil. Essens- und Wohngeld werden übernommen. Ebenso wird eine Taschengeld von 100 € gezahlt. Gemeinsam mit den anderen Akteuren beteiligt sich Jonas auch an der Sammlung von Spenden für den Bau einer neuen Schule für die Strassenkinder in Yunnan.

Mit großem Engagement wendete sich Jonas mit einem Spendenaufruf an die Presse. So erfuhr auch der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies (SPD) davon und lud Jonas

Jahnke vor seiner Abreise zu einem Gespräch ein. Die 800 Euro, die er bis dahin überwiegend im Familien- und Bekanntenkreis sammeln konnte, rundete SPD-MdB Franz Thönnies auf 1.000 € auf. „Die deutsch-chinesischen Beziehungen weiterzuentwickeln ist nicht nur Aufgabe der Politik. Aus meiner Sicht ist insbesondere das zivilgesellschaftliche Engagement und der gegenseitige Austausch - am besten von jungen Menschen - entscheidend. Und gerade das ganz praktische Engagement, wie Jonas es zeigt, unterstütze ich gern, so Thönnies.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 05.09.2012, 20:27 Uhr - 24658 Clicks - Nr. 429

SPD-Kreisvorstand begrüßt Kandidatur von Sönke Rix

Der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix ist der einzige Bewerber der SPD für die Bundestagskandidatur im Wahlkreis 04 (Rendsburg-Eckernförde ohne Altenholz und Kronshagen). Der SPD-Kreisvorstand begrüßt die Kandidatur.

„Wir freuen uns, dass Sönke Rix wieder für den Bundestag antreten möchte“, erklärte die stellvertretende Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli. „Sönke Rix hat in den vergangenen sieben Jahren im Bundestag, in Rendsburg-Eckernförde aber auch in unserer Partei erfolgreich Politik gestaltet. Er ist dynamisch und steht für eine progressive Familienpolitik. Sein Engagement gegen Rechtsradikalismus und für Toleranz und eine Stärkung der Demokratie ist vorbildlich.“

Die endgültige Entscheidung fällt in einer Wahlkreiskonferenz am 17.11.2012 in Rendsburg. Formal sind Kandidaturen noch bis zum Wahlgang auf der Wahlkreiskonferenz möglich. Um jedoch ein faires Verfahren zu ermöglichen und allen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, Bewerber kennen zu lernen, hatte der Kreisvorstand bereits vor der Sommerpause als Stichtag für Bewerbungen den 05. September 2012 bekannt gegeben.

Sönke Rix ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags. Er arbeitet dort im Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Seit Anfang des Jahres ist Rix auch Mitglied im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 06.09.2012, 10:55 Uhr - 28826 Clicks - Nr. 430

MdB Sönke Rix: Gleicher Preis für gleiche Leistung

Die Geburtsstation der Eckernförder Klinik ist vorerst gerettet. Das ist die gute Nachricht. Und ich kann es nicht oft genug betonen: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die sich für den Geburtshilfe-Standort Eckernförde mit Nachdruck stark gemacht haben, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Planungen für die Schließung der Geburtshilfe zurückgenommen wurden.

Die schlechte Nachricht aber ist, dass sich Schleswig-Holstein in der Frage der Krankenhausfinanzierung immer noch in einer Situation befindet, die wir im Jahr 2009 bereits überwunden glaubten: Die SPD-Bundestagsfraktion hatte in der Großen Koalition seinerzeit nach zähen Verhandlungen mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem



Krankenhausfinanzierungsreformgesetz 2009 eine Verbesserung der Finanzsituation der Krankenhäuser erreicht.

Ein zentraler Aspekt der Reform der Krankenhausfinanzierung 2009 war die künftige Aufhebung der strikten Bindung der Krankenhausausgaben an die Einnahmen der Krankenkassen.

Aber wie entstehen diese Krankenhauskosten? Früher war es so, dass die Krankenhäuser pro Tag und belegtem Bett einen festen Betrag erhalten haben. Für eine Blinddarm-OP mit zehn Tagen Verweildauer gab es genausoviel Geld wie für einen komplizierten Oberschenkelhalsbruch mit zehn Tagen Verweildauer. Die Krankenhäuser waren dadurch zu einer Kalkulation gezwungen, die die weniger kostentreibenden Patienten zur Finanzierung der „teuren“ Patienten benötigte. Viele werden sich erinnern, dass man besser „zur Beobachtung“ noch über das Wochenende in der Klinik verblieb und die Abschlussuntersuchung erst Montagvormittag stattfand.

Mit der Einführung der Fallpauschalen änderte sich das grundlegend. Beinbruch und Blinddarm wurden „eigenständige“ Krankheiten und anhand der durchschnittlichen entstehenden Kosten mit den Krankenkassen abgerechnet. Die Kalkulation der Krankenhäuser änderte sich. Weniger aufwändige Fälle werden seitdem geringer vergütet, aufwändige entsprechend höher. Seit 2010 gilt für alle Krankenhäuser eines Bundeslandes ein einheitlicher Basisfallwert und somit ein einheitlicher Preis für gleiche Leistungen. Allerdings ist das Preisniveau zwischen den Bundesländern noch unterschiedlich, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Dadurch kommt es dazu, dass etwa in Hamburg eine Blinddarm-OP teurer ist, als in Schleswig-Holstein.

Für mich war immer klar: Die Blinddarm-OP darf in Bayern nicht höher vergütet werden als in Berlin oder im Saarland. Es ist nicht zu erklären, warum es bei gleichem Lohnniveau und gleichen Energiekosten bundesweit unterschiedliche Preise für identische medizinische Leistungen gibt. Gleicher Preis für gleiche Leistung.

Veröffentlicht als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung vom 05.09.2012

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.09.2012, 14:56 Uhr - 8744 Clicks - Nr. 431

Habersaat hilft mit hundert Herzen

Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU) hat eine Sorge: Das „Bewusstsein, Schleswig-Holsteiner zu sein“, sei im Hamburger Rand sei nicht ausgeprägt genug. Gerade im Grenzgebiet zu Hamburg, wo man zum Beispiel Hamburger Vorwahlen habe, fehle die Erkenntnis, dass Kiel das politische Zentrum sei. Von dieser Sorge fühlt sich Martin Habersaat angesprochen. Der 35jährige Barsbüttler ist Landtagsabgeordneter in Kiel, war vorher Lehrer in Hamburg (!) und vertritt mit Stormarn-Süd einen „040-Wahlkreis“.

Er schickte Schlie nun 100 Herzaufkleber in den Landesfarben.



„Ich habe aus dem Landtagswahlkampf noch ‚Lieblingsland-Herzen‘ in den Landesfarben übrig“, berichtet Habersaat. „Mein Lieblingsland“ - das war die Kampagne, mit der Torsten Albig Ministerpräsident wurde. „Im Wahlkampf habe ich viele Herzen, als Aufkleber, Anstecker oder aus Schokolade, im Hamburger Rand verteilt. Wenn Herr Schlie den Bewohnern der Metropolregion nun mehr Landesbewusstsein schenken will, stelle ich ihm gerne meine Restbestände zur Verfügung.“

Gleichzeitig empfahl Habersaat aber zu bedenken, dass der Weg vom Hamburger Umland nach Kiel mindestens genauso weit sei wie der umgekehrte: „Es gibt im Hamburger Umland schon manchmal das Gefühl, von Kiel aus als ‚Randgebiet‘ wahrgenommen zu werden. Wenn Herr Schlie das Thema auch von dieser Seite aufgreift, bin ich dabei, schließlich leben wir hier in einer der stärksten Regionen des Landes.“

Link: „Gefälle beim Schleswig-Holstein-Gefühl“

<http://www.shz.de/nachrichten/schleswig-holstein/artikeldetail/artikel/gefaelle-beim-schleswig-holstein-gefuehl.html>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.09.2012, 15:23 Uhr - 7748 Clicks - Nr. 432

Kubickis Relativitätstheorie: „Fair is foul, and foul is fair!“

Zur Pressemitteilung des Vorsitzenden der FDP-Fraktion (6.9.12) erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Der Presseerklärung von Herrn Kubicki verdanken wir immerhin eine neue Erkenntnis, nämlich dass sich die CDU-FDP-Koalition für irgendetwas geschämt hätte. Auf diese Idee wären wir nicht gekommen.

Es ist schon eine eigenartige Logik, dass die FDP in der Regierungsverantwortung erst einen Kahlschlag bei den Lehrerstellen durchsetzt und sich dann lauthals beschwert, wenn die neue Regierung einen Teil der gestrichenen Stellen wieder an die Schulen zurückgibt.



Dass die „demographische Rendite“ unseren Handlungsspielraum erhöht, was wir sowohl zur Verbesserung der Bildung als auch zur Konsolidierung des Haushaltes nutzen werden, sollte die FDP nach ihren sonstigen Einlassungen eigentlich begrüßen. Dass Herr Kubicki dies zum Anlass nimmt, den Geschäftsführer der GEW wie einen dummen Jungen herunterzuputzen, fällt auf ihn selbst zurück.

Seine merkwürdige Relativitätstheorie, wonach FDP-verantwortete Stellenkürzungen besser seien als rot-grün-blau verantwortete Stellenaufstockungen, mag nachvollziehen, wer kann und will. Oder Herr Kubicki reiht sich in den Hexenchor aus „Macbeth“ ein und singt: „Fair is foul, and foul is fair.“

Keine Kommentare

Antrittsbesuch bei Elmshorns Bürgermeisterin Brigitte Fronzek

Nicht, dass die SPD-Landtagsabgeordnete nicht schon vor den Landtagswahlen das eine oder andere Gespräch mit Elmshorns Bürgermeisterin Brigitte Fronzek und ihrem Stellvertreter, dem Ersten Stadtrat Volker Hatje, im Elmshorner Rathaus geführt hatte. Doch in ihrer neuen Funktion als Mitglied des Landtages informierte sie die beiden über aktuelle Diskussionen im Landtag.

Schulkostenbeiträge, „kommunaler Rettungsschirm“ und Kommunalabgabengesetz: Es ging ums Geld und um den Gestaltungsspielraum von Verwaltung bei dem Antrittsbesuch-Gespräch – wichtige Themen also für Elmshorns Stadtvertreter.

Ein dringendes Anliegen an die neue Regierung: Eine Nachbesserung bei den Schulkostenbeiträgen. Hintergrund: Ab 2011 müssen Investitionen, wie etwa Ausbau von Klassenräumen oder Mensen, von den Gemeinden mitbezahlt werden. Im Umkehrschluss soll es allerdings so sein, dass alle Aufwendungen, die vor 2010 für Schulen aufgebracht wurden, bei Abschreibungen nicht mehr berücksichtigt werden. „Das geht gar nicht!“, so Raudies. Sie will Brigitte Fronzek und Volker Hatje bei diesem Thema unterstützen.

Außerdem kam der aktuelle Sachstand zum „kommunalen Rettungsschirm“, dem Haushaltskonsolidierungsgesetz, auf den Tisch. „Eigentlich eine gute Idee, dass das Land zusätzliche Mittel bewilligt, damit die Kommunen Defizite ausgleichen können“, so Raudies. Bei der Umsetzung hapere es allerdings gewaltig. 17 Kommunen, darunter auch Elmshorn, Uetersen, Pinneberg und auch der Landkreis müssten sich in diesem Zusammenhang gefallen lassen, dass für die Dauer von zehn Jahren vom Innenministerium massiv in die finanzielle Selbstverwaltung eingegriffen werde. Denn Steuern und Abgaben werden in diesem Zeitraum vom Land diktiert. „Wir arbeiten an der Aufhebung dieser Vorgaben“, so die Landtagsabgeordnete – was bei Brigitte Fronzek und Volker Hatje auf große Zustimmung stieß.

Weiterhin im Landtag diskutiert wurde das umstrittene Kommunalabgabengesetz. Wie bekannt, hatte die frühere CDU/FDP-Landesregierung verfügt, dass es Kommunen und Städten freigestellt sei, ob sie Straßenbaubeiträge erheben. „Da kommen derzeit Gemeinden im Vergleich mit zentralen Orten entschieden besser weg. Städte mit ihrer weitläufigeren Infrastruktur werden deutlich mehr belastet. So ein Gefälle bei der Kostenverteilung sollte allerdings vermieden werden. Dafür werde ich mich einsetzen“, sagt die Politikerin. Dem konnten Brigitte Fronzek und Volker Hatje ebenfalls zustimmen.

Beate Raudies sicherte Brigitte Fronzek und Volker Hatje zu, sie auch künftig darüber zu informieren, was im Landtag beschlossen wird.

Keine Kommentare

Bildungsstandards für Deutschland

2003 beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK) die Einführung von Bildungsstandards in Deutschland. Diese sollen gewährleisten, dass alle Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs dieselben Kompetenzstufen erreicht haben. Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus vielen Bundesländern nahmen nun an einer KMK-Konferenz im Hamburger Institut für Lehrerbildung teil, um Erfahrungen mit den Bildungsstandards auszutauschen und sich über wissenschaftliche Begleitstudien zu informieren.

Aus Schleswig-Holstein war auch Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, dabei.

Prof. Dr. Hans Anand Pant begleitet mit dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungssystem (IQB) die Einführung der Bildungsstandards. Er wies nach, dass kompetenzorientierter Unterricht zu besseren Lernerfolgen bei den Schülerinnen und Schülern führt. Das Problem sei jedoch, dass die Kompetenzorientierung eigentlich von unten, im jeweiligen Unterricht, wachsen müsse, dieses Wachsen von unten aber schwer von oben angeordnet werden könne. Pant: „Die Frage darf nicht mehr sein: Welcher Stoff wurde heute im Unterricht durchgenommen? Sie muss lauten: Welche Vorstellungen, Fähigkeiten und Einstellungen sind heute entwickelt worden?“

Martin Habersaat: „Wichtig ist letztlich nicht, was im Unterricht ‚drangenommen‘ wurde, sondern was die Schülerinnen und Schüler tatsächlich können.“ Zum mittleren Bildungsabschluss gehört es beispielsweise, verschiedene Lesetechniken zu beherrschen. Einen Text flüssig vorlesen können gehört ebenso dazu wie ihn schnell zu überfliegen oder den Zusammenhang zu integrierten Bildern herzustellen. Anhand welcher Texte dies geübt wird, ist nicht entscheidend. Das ist ein Unterschied zum „Stoffplan“ vergangener Jahrhunderte.



In der Arbeitsgruppe „Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften“ ging es im Anschluss an den Vortrag von Pant um die Frage, wie Beschlüsse der KMK in der Schulwirklichkeit ankommen. Martin Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag selbst Lehrer: „In meinem Referendariat habe ich bereits kompetenzorientierten Unterricht gestaltet. Es hilft aber nicht, wenn das nur Referendare während ihrer Ausbildung tun.“ Das Problem sei aber, vorsichtig formuliert, dass nicht jede gute Idee der KMK von allen Lehrkräften sofort mit Begeisterung aufgegriffen werde. Habersaat: „Untersuchungen zeigen beispielsweise, dass Schülerinnen und Schüler besonders davon profitieren, wenn sie eigene Lernfortschritte selbst bewerten und kommentieren müssen. Dennoch findet das noch nicht in jedem Unterricht statt.“

Wichtig findet der Abgeordnete, dass auch Politik und Öffentlichkeit sich mit Fragen nach gutem Unterricht beschäftigen. „Wir streiten uns viel zu oft über das Schulsystem oder andere Äußerlichkeiten. Es könnte gerne häufiger um die Frage gehen, wie wir Unterricht verbessern und mit unseren Ressourcen mehr erreichen. Gerne auch häufiger auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.“

Die von der Kultusministerkonferenz in den Jahren 2003 und 2004 vereinbarten Bildungsstandards finden sich hier: <http://www.kmk.org/bildung-schule/qualitaetssicherung-in-schulen/bildungsstandards/dokumente.html>

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 08.09.2012, 19:04 Uhr - 26511 Clicks - Nr. 435

Wir brauchen eine Debatte über die Zukunft der Rente

Der Kreisvorsitzende der AG SPD 60 plus Hans Peter Robin zur Debatte um die Rentenversicherung und Altersarmut:

„Wir brauchen eine breite Debatte darüber, ob der Gesellschaft eine lebensstandardsichernde Rente wichtiger ist oder die Beitragssatzstabilität. Wir glauben, dass die Menschen lieber die Sicherheit haben wollen, als Rentner nicht auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Die Beibehaltung des jetzigen Rentenniveaus wäre ein sehr viel wirksameres Instrument gegen Altersarmut als die konfuse Pläne der Ministerin von der Leyen.

Die kurzfristige Senkung der Rentenbeiträge sowie der unseriöse Griff in die Rentenkasse zur Gegenfinanzierung der verkorksten Zuschussrente müssen gestoppt werden. Wer die Rentenversicherung finanziell schwächen will, kann nicht glaubwürdig behaupten, Altersarmut bekämpfen zu wollen. Sozialleistungen müssen durch die Allgemeinheit der Steuerzahler finanziert werden, die Rentenversicherung ist kein Selbstbedienungsladen.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.09.2012, 12:57 Uhr - 7228 Clicks - Nr. 436

Bildungspolitik im Dialog - das Experiment ist gelungen

Zur Bildungskonferenz in der Toni Jensen Gemeinschaftsschule sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Über 100 Menschen aus ganz Schleswig-Holstein, die man als Abgeordneter zwar an verschiedenen Stellen trifft, aber noch nie unter einem Dach erlebt hat, diskutieren einen ganzen Samstag lang engagiert über Fragen der Bildungspolitik.

Menschen, die sonst nur über Pressemitteilungen kommunizieren, kommen miteinander ins Gespräch, hören einander zu und entwickeln gemeinsame Ansätze. Es wird klar: Allen geht es um die Sache, um die Zukunft von Kindern in unserem Land.

Die Umgang miteinander ist wertschätzend, es wird in der Sache diskutiert und nicht auf persönlicher Ebene. Gegensätzliche Meinungen kommen zu Wort, nichts muss ungesagt bleiben.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bildungsministerium hören zu und helfen bei Sachfragen weiter. Ministerin und Staatssekretäre nutzen den ganzen Tag, um ebenfalls zuzuhören. Sie glauben an Dialog und Bildung.

So hätte ich mir eine Bildungskonferenz gewünscht. Und das Experiment ist gelungen: So war die Bildungskonferenz. Ein neuer Anfang ist gemacht: Bildungspolitik im Dialog.



Jetzt gilt es, das kommende Jahr zu nutzen, um den Dialog fortzuführen, Ideen auf- und Einwände ernst zu nehmen. Nicht jede Meinung wird sich zu 100 Prozent durchsetzen können. Und wer Kritikpunkte sucht, wird sie finden.

Wer sich aber über diesen Tag in der Toni Jensen Gemeinschaftsschule ausschließlich negativ äußert, kann außer der Schmoll-Ecke nichts gesehen haben. Und geht nicht wertschätzend mit den konstruktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern um.

Fotoalbum: <http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/unterwegs-im-land/2012.html>

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.09.2012, 13:01 Uhr - 10721 Clicks - Nr. 437

Bildungskonferenz mit viel Beteiligung aus Stormarn

Bildungsministerin Wara Wende hat sich vorgenommen, Bildungspolitik im Dialog zu gestalten. Zur Auftaktkonferenz in der Toni Jensen Gemeinschaftsschule in Kiel waren 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen - aus Politik, Schule und Wissenschaft. Auch aus Stormarn waren Viele dabei, die sich bildungspolitisch engagieren.

In den einzelnen Foren ging es um die Schulen und die Lehrerbildung der Zukunft, um den Erhalt von Schulstandorten bei schrumpfender Bevölkerung und um Übergänge von Kita und Schule. Das Ministerium hatte Themen vorgeschlagen, die Teilnehmer konnten weitere ergänzen.



Martin Habersaat aus Barsbüttel, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, hatte die Idee der Bildungskonferenz mit entwickelt und im Koalitionsvertrag verankert. Er war

zufrieden mit der Auftaktveranstaltung: „Viele Akteure, die sonst nur über Pressemitteilungen miteinander kommunizieren, sind miteinander ins Gespräch gekommen. Der Umgang miteinander war wertschätzend, das Klima konstruktiv. Das Experiment ist gelungen, ein neuer Anfang ist gemacht: Bildungspolitik im Dialog.“ Positiv wurde von vielen Teilnehmern aufgenommen, dass die Ministerin, die Staatssekretäre und viele Mitarbeiterinnen aus dem Bildungsministerium den ganzen Tag lang zuhörten, bei Sachfragen zur Klärung beitrugen und den Dialog sehr ernst nahmen.

Weil Dialog Zeit braucht, kündigte Wara Wende an, dass Änderungen im Schulgesetz erst zum Schuljahr 2014/15 erfolgen werden, wenn in Ruhe über alle Themen gesprochen wurde. Die Schleswig-Holstein-Koalition hofft, auf diesem Weg in der Bildungspolitik wieder eine konstruktive Atmosphäre zu schaffen. Jetzt gelte es, das kommende Jahr zu nutzen, um den Dialog fortzuführen, Ideen auf- und Einwände ernst zu nehmen, findet Martin Habersaat: „Nicht jede Meinung wird sich zu 100 Prozent durchsetzen können. Und wer Kritikpunkte sucht, wird sie finden. Wer sich aber über diesen Dialogprozess ausschließlich negativ äußert, kann außer der Schmoll-Ecke nichts gesehen haben. Und geht nicht wertschätzend mit den konstruktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern um.“

Aus Stormarn haben an der Bildungskonferenz teilgenommen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

Martin Habersaat, Barsbüttel, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
Andreas Hausmann, Ahrensburg, LEV (Elternvertretung der Kindertagesstätten)
Herbert Janßen, Schulleiter der Selma Lagerlöf Gemeinschaftsschule in Ahrensburg (für die Arbeitsgemeinschaft der Gemeinschaftsschulen)
Anita Klahn, FDP, Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion
Klaus Mangold, Reinfeld, Vorsitzender "Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule"
Jörg Wischermann, Reinbek, Landeselternbeirat Regionalschulen
Volker Wurr, Schulleiter der Gemeinschaftsschule Wiesenfeld in Glinde (für den Direktorenverbindungsausschuss)

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 10.09.2012, 15:47 Uhr - 5291 Clicks - Nr. 438

Thomas Schreitmüller bleibt Bürgermeister

2378 Ja-Stimmen standen 240 Nein-Stimmen gegenüber. Unter dem Strich hieß das, dass die Barsbüttlerinnen und Barsbüttler ihren Bürgermeister Thomas Schreitmüller mit 90,8 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 25,2 Prozent wiedergewählt haben. Der freute sich über das Ergebnis und nahm es als Rückenwind für die kommenden Jahre. Sein erster Dank galt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde: „Alleine kann ein Bürgermeister keine gute Arbeit abliefern.“



Zu Gratulieren ins Rathaus gekommen waren auch Mitglieder der SPD-Barsbüttel, zum Beispiel der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der auch Gemeindevertreter in seiner Heimatgemeinde ist, der Fraktionsgeschäftsführer Thomas Harden und Fraktionsmitglied Heinrich Dippel. Habersaat und Harden überreichten dem Bürgermeister einen großen Blumenstrauß und wünschten alles Gute für die kommenden Jahre, „und eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit im Interesse der Gemeinde Barsbüttel“.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.09.2012, 15:48 Uhr - 7289 Clicks - Nr. 439

Richtfest in Wentorf

Die Regionalschule Wentorf bekommt einen neuen Naturwissenschaftlichen Trakt. Bei bestem Wetter konnte die Gemeinde nun gemeinsam mit Schule und Bauträger Richtfest feiern. Mit dabei war auch Martin Habersaat, Wentorfs Landtagsabgeordneter und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Der konnte gleich mehrere Bauprojekte bestaunen: Direkt neben dem Naturwissenschaftlichen Trakt entsteht das neue Kinderzentrum in Wentorf mit Kita, Grundschule und Sporthalle.

Den Besuch bei der Regionalschule Wentorf nutzte Martin Habersaat gleich für einen kurzen Rundgang durch die Schule, die derzeit von etwa 450 Schülerinnen und Schülern besucht wird, und ein Gespräch mit Schulleiter Ronald Faust. „Wenn hier alles fertig ist, ist das eine schön gelegene, toll ausgestattete Schule“, befand der Abgeordnete, der bis 2009 selbst Lehrer war. Habersaat erinnerte bei dem Gespräch in Wentorf daran, dass die neue Landesregierung es sich zum Ziel gesetzt hat, die Regionalschulen im Land zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln.



Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 10.09.2012, 22:20 Uhr - 7053 Clicks - Nr. 440

OB Kandidatin auf Tour

AfA Landesvorsitzender mit OB Kandidatin Susanne Gaschke auf Kieler Betriebstour

Auf Anregung des AfA-Landesvorsitzenden Wolfgang Mädels ist die OB Kandidatin Susanne Gaschke zur Zeit auf Betriebstour bei den Betriebsräten in Kieler Metallbetrieben. Die ersten Stationen waren Vossloh Locomotive – auf dem Bild sind mit dabei Kollegen des Betriebsrates und der besuchten Abteilung - HDW, Caterpillar und Rheinmetall Landssysteme. Es folgen u.a. noch Thales Defence, L3 Elac Nautik und Raytheon Anschütz. Dazu kommen noch Betriebe aus der Chemiebranche, dem Gesundheitswesen und städtische Betriebe und Einrichtungen. Susanne Gaschke informiert sich vor Ort wo der Schuh drückt und was die Wünsche an das Rathaus sind. Sie verfolgt damit konsequent die direkte Art eines Norbert Gansel und Torsten Albig, sich vordringlich bei denen zu informieren, die für gute Arbeitsplätze eintreten und notfalls auch darum kämpfen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.09.2012, 10:35 Uhr - 8250 Clicks - Nr. 441

Treffen mit Axel Barendorf

Es ist in diesem Jahr fast eher eine Herbst- als eine Sommertour, aber auch 2012 ist Martin Habersaat wieder unterwegs, um die Bürgermeister seines Wahlkreises zu besuchen. Es geht darum, aktuelle Themen aus den Kommunen und dem Land zu besprechen und „den guten Draht in meinen Wahlkreis zu pflegen“, wie er es nennt. Nun traf sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion mit Reinbecks Bürgermeister Axel Barendorf.

Es ging um das Kommunalrecht und Entwicklungen in der Metropolregion: Verkehrssituation, Demografie und Schulwesen.

Martin Habersaat berichtete von dem Vorhaben der Landesregierung, neue Oberstufen in Schleswig-Holstein an Gemeinschaftsschulen einzurichten, die bisher mit der 10. Klasse enden. Erste Anträge auf die Einrichtung neuer Oberstufen sind bereits beim Ministerium eingegangen. Weil jedoch nicht das „Windhund-Prinzip“ gelten soll, erarbeitet das

Ministerium derzeit Kriterien, nach denen die Genehmigungen dann erfolgen. Habersaat: „So haben auch Schulen eine Chance, für die die Einrichtung einer Oberstufe erst in einem oder zwei Jahren beantragt wird.“ Neue Entwicklungen in Sachen Gastschulabkommen erwartet Habersaat erst in der Zukunft. 2015 läuft das aktuelle Gastschulabkommen aus, bis dahin soll mit Hamburg eine neue Lösung erarbeitet werden. „Am besten eine, die freie Schulwahl in der Region ermöglicht“, findet der Abgeordnete. Ein wiederkehrendes Thema im Gespräch mit Bürgermeister ist für Habersaat derzeit eine Änderung der Gemeindeordnung, die von der schwarz-gelben Landesregierung in ihren letzten Tagen umgesetzt wurde. Es geht um den Umgang mit Spenden an die Kommune oder kommunale Einrichtungen. Das ist im Prinzip gut, bedarf aber in jedem Einzelfall eines Beschlusses der Stadtvertretung. Hier warb Bärenndorf für pragmatischere Regelungen, z.B. die Einführung sinnvoller Untergrenzen, ab denen ein Beschluss erst erfolgen müsste.



Martin Habersaat begrüßte die Bemühungen der regionalen Bürgermeister, die Verkehrs- und Schulentwicklung im Hamburger Rand verstärkt gemeinsam anzugehen. „Soweit ich das als Landtagsabgeordneter unterstützen kann, werde ich das sehr gerne tun“, sagte er zu.

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 11.09.2012, 11:13 Uhr - 7229 Clicks - Nr. 442

Kleine Gemeinden sind das Rückgrat Schleswig-Holsteins

Kommunale Hochzeiten - was Verwaltungsreformen für Auswirkungen auf kleine Gemeinden haben könnten, diskutierte die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies mit den Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Seestermühe

Die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies hat sich zu einem Gespräch mit dem SPD-Ortsverein Seestermühe getroffen. Bürgermeister Thorsten Rockel, Ortsvereinsvorsitzende Erika Zieger und dem stellvertretenden Ortsvorsitzenden Kai Albarts ging es bei dem Gespräch mit der Landtagsabgeordneten um ein altbekanntes Thema: kommunale Verwaltungsreformen.

So wird im Koalitionsvertrag festgelegt, dass sich Gemeinden zu einer Verwaltungseinheit bis zu einer Größe von 8000 Einwohnern freiwillig zusammenschließen könnten, um Synergieeffekte zu nutzen. Was das konkret für Seestermühe und benachbarte Orte zur Folge haben könnte, wollten die Ortsvertreter von der Landtagsabgeordneten erfahren. Beate Raudies: „Ministerpräsident Torsten Albig hat ganz klar erklärt, dass in Sachen Gemeinde- und Kreisgebietsreformen kein Zwang auf die Gemeinden ausgeübt wird. Denn sie sind das Rückgrat Schleswig-Holsteins und wichtig für die Demokratie vor Ort.“ Zusammenschlüsse würden nur auf freiwilliger Basis erfolgen. „Wie im Anhang des Koalitionsvertrags verzeichnet, soll bis 2015 das Finanzausgleichsgesetz dergestalt verändert werden, dass es finanzielle Anreize für kommunale Hochzeiten geben soll. Denn schließlich sollen sich die Gemeinden nach einem Zusammenschluss finanziell nicht verschlechtern. Dafür werde ich mich stark machen“, sagt die Landtagsabgeordnete.

Damit sich die Gemeindevertreter in den Diskussionsprozess einbringen können, werde es ein ausführliches Beteiligungs- und Anhörungsverfahren geben.

Keine Kommentare

SPD Rendsburg-Eckernförde beteiligt Bürger beim Kreiswahlprogramm

„Wir werden unser Kreiswahlprogramm für die Legislaturperiode 2013 – 2018 unter breiter Beteiligung unserer Mitglieder und der Bürgerinnen und Bürger im Kreis erarbeiten“, erklärte der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Götz Borchert. „Bereits im vergangenen Jahr hat die SPD im intensiven Dialog mit den Menschen im Land ein Regierungsprogramm für Schleswig-Holstein erarbeitet. Wir werden nicht mehr dahinter zurückfallen, sondern offen sein und um Beteiligung und Ideen werben.“

Während einer Klausurtagung Ende August hat der Kreisvorstand „Eckpunkt-Papiere“ zu den Schwerpunkten „Bildung“, „Lebensqualität“ und „Mobilität“ beschlossen. Diese „Eckpunkte“ sind auf der Homepage der Kreis-SPD (www.spd-rd-eck.de) einsehbar und können dort auch kommentiert werden. Zusätzlich hat der Kreisverband rund 160 Vereine und Verbände aus dem Kreis eingeladen, hierzu Stellungnahmen abzugeben. Die „Eckpunkte“ werden außerdem in öffentlichen Veranstaltungen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen und Verbänden aus dem Kreis diskutiert. Die ersten beiden Diskussionsveranstaltungen finden am 21. September in Rendsburg (19 Uhr, Hotel Hansen) zum Thema „Soziales, Gesundheit, Lebensqualität“ und am 22. September in Eckernförde (10 Uhr, Stadthallenrestaurant) zum Thema „Mobilität“ statt.

„Erst nachdem wir unsere ersten Ideen ausführlich und auf verschiedenen Wegen diskutiert haben, wird der Kreisvorstand im Herbst einen Entwurf für ein Kreiswahlprogramm vorlegen, das anschließend von einem Kreisparteitag debattiert und beschlossen wird“, erklärte Kreis-vorstandsmitglied Martin Tretbar-Endres aus Rendsburg und bürgerliches Mitglied im Umwelt-, Verkehrs- und Bauausschuss des Kreises. „Mit unseren drei Schwerpunktthemen greifen wir drei zentrale Zukunftsthemen auf, die besonders vor dem Hintergrund des demographischen Wandels große Auswirkungen für das Leben der Menschen im Kreis Rendsburg-Eckernförde haben werden.“

Keine Kommentare

Bundestags-Bewerber der SPD stellen sich vor – wen schickt die SPD ins Rennen?

Die SPD Schleswig-Flensburg und in Flensburg legen ihr Augenmerk schon auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr. Für den Wahlkreis 1 zur Bundestagswahl im Jahr 2013 gibt es eine SPD-Bewerberin und drei SPD-Bewerber. Dies sind die vier Bewerber: Knut Detlefsen aus Schleswig, Dirk Peddinghaus aus Sollerup, Bente Reimer aus Gelting und Reinhard Vieth aus Schleswig.

Diese stehen Rede und Antwort auf öffentliche Vorstellungsrunden jeweils um 19.30 Uhr am

Montag, 17. September, im Landgasthof "Boddelhoch" in Rabenkirchen-Faulück,

Dienstag, 25. September, im Veranstaltungszentrum Kropp „Rosengarten“, Rheider Weg 7,

Donnerstag, 27. September, im Hotel Goos in Jübek,

Donnerstag, 25. Oktober, in der „Jungen Harmonie“, TSB-Heim, Eckener Straße 24 in Flensburg.

Die SPD freut sich auf eine lebhafte Diskussion mit den vier Bewerbern. Alle Mitglieder der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg, der Stadt Flensburg und interessierte Bürgerinnen und Bürger sind willkommen.

Eine Entscheidung mit der Wahl des Kandidaten bzw. Kandidatin treffen die SPD-Mitglieder aus dem Kreis Schleswig-Flensburg und Flensburg am 24. November 2012 in Tarp.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.09.2012, 22:51 Uhr - 7232 Clicks - Nr. 445

Ausgleich für Gastschüler aus Hamburg

Ab 2013 bekommen Städte und Gemeinden, die Schülerinnen und Schüler aus Hamburg aufnehmen, dafür einen finanziellen Ausgleich. Das Gastschulabkommen von 2010 regelt zwar, was die Städte und Gemeinden zahlen müssen, wenn Kinder eine Schule in Hamburg besuchen, der umgekehrte Fall wird aber nicht bedacht.

„Schülerinnen und Schüler aus Hamburg wurden im Gastschulabkommen zwar gegengerechnet, das hatte die schwarz-gelbe Landesregierung bisher aber ausschließlich dem Landeshaushalt zu gute kommen lassen“, berichtet Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel.

Dass die Kommunen sich an den Transferzahlungen nach Hamburg beteiligen, hält Habersaat für gerechtfertigt. „Wenn ein Schüler aus Glinde in Reinbek zur Schule geht, zahlt Glinde an Reinbek. Also ist es fair, auch zu zahlen, wenn ein Schüler nach Hamburg geht. Allerdings sollten Hamburger Schüler in Glinde dann gegengerechnet werden.“ Wenn 20 Glinder in Hamburg zur Schule gehen und 5 Hamburger in Glinde, zahlt Glinde künftig nur für fünfzehn Schüler. 2011 und 2012 mussten die Kommunen noch ohne Gegenrechnung zahlen, ab 2013 wird das Land dann für etwa 300.000 bis 500.000 Euro im Jahr aufkommen, die die Kommunen im Hamburger Randgebiet durch die Verrechnung weniger zahlen müssen.



Die Schleswig-Holstein-Koalition hat sich zudem vorgenommen, das 2015 auslaufende Gastschulabkommen dann durch eine Regelung zu ersetzen, die eine freie Schulwahl über die Landesgrenzen hinweg erlaubt.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 13.09.2012, 12:30 Uhr - 22327 Clicks - Nr. 446

Kartoffelolympiade in Hohenlockstedt

Im Rahmen der Hohenlockstedter Pellkartoffeltage besuchte die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen die Kartoffelolympiade auf dem Hof der Familie Senne in Ridders. Wie schon in den vergangenen Jahren veranstaltete die Erzeugergemeinschaft für Qualitätskartoffeln Hohenlockstedt die Kartoffelolympiade.

Dazu werden Grundschulklassen aus dem Kreis Steinburg eingeladen, die sich in Wettkämpfen rund um die Tolle Knolle messen müssen.

Die Wettkämpfe reichen vom Kartoffellauf, wo die Kinder um die Wette laufen und dabei auf einem Löffel die Kartoffeln balancieren müssen bis zum Kartoffeln sammeln. Hier müssen die Mannschaften in einer bestimmten Zeit möglichst viele Kartoffeln ausgraben.

Als Sieger der diesjährigen Wettkämpfe konnte sich mit der 4a erstmals eine Hohenlockster Klasse durchsetzen.



„ Die Kartoffelolympiade ist immer wieder eine gelungene Veranstaltung an der die Kinder viel Freude haben. Auch können sie so hautnah erleben, wie und wo eines unserer Grundnahrungsmittel geerntet wird. Gerade in unserer technisierten Welt ist es für Kinder schön und wichtig zu erleben, wie Natur funktioniert. Man konnte sehen, dass sie das „Wühlen“ in der Erde richtig genossen haben“, freute sich Birgit Herdejürgen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 13.09.2012, 18:43 Uhr - 15691 Clicks - Nr. 447

Weblog von Susanne Gaschke zur OB-Wahl in Kiel

Auf ihrer neuen Internetseite www.susanne-gaschke.de/ stellt sich unsere OB-Kandidatin Susanne Gaschke vor.

Zu den vielen Veranstaltungen und Aktionen bis zum 28. Oktober möchte sie alle Kielerinnen und Kieler herzlich einladen, damit sie sich ein Bild von ihr machen können.

Im Laufe des Wahlkampfes werden auf dieser Seite die Aktionen und Veranstaltungen der Kieler SPD dokumentiert und Ihnen ein Überblick verschafft, welche interessanten Termine auf Sie warten. Susanne Gaschke und die Kieler SPD würden sich freuen, sie dort begrüßen zu können.



Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 13.09.2012, 21:19 Uhr - 22196 Clicks - Nr. 448

SPD-Landtagsfraktion in Kopenhagen

Die diesjährige Fraktionsreise der SPD-Landtagsfraktion führt nach Kopenhagen. Start ist am heutigen Donnerstag. Dazu erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin Birgit

Herdejürgen

Als Ziel der ersten Reise der neuen Fraktion nach der Landtagswahl haben wir bewusst die dänische Hauptstadt gewählt. Wir wollen unsere Kontakte pflegen und ein weiteres Mal deutlich machen, dass uns die guten Beziehungen zum nördlichen Nachbarstaat sehr wichtig sind. Deshalb nutzen wir die Reise überwiegend zu politischen Gesprächen. Wir treffen dänische Sozialdemokraten, besuchen die deutsch-dänische Handelskammer, sprechen mit dem Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen, Jan Diedrichsen sowie dem Hauptvorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen. Die Femern A/S wird uns über den Stand der Planungen für die feste Fehmarnbelt-Querung informieren.



Um Erfahrungen aus einer anderen Metropolregion zu erhalten, werden wir mit Thor Grønlykke (Mitglied im Lenkungsausschuss der Metropolregion Kopenhagen) diskutieren. Wir wollen bisherige Kontakte festigen, das gegenseitige Vertrauensverhältnis zu Schleswig-Holstein wieder verbessern und viele neue Eindrücke unserer zukünftigen Arbeit einfließen lassen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 14.09.2012, 10:03 Uhr - 25130 Clicks - Nr. 449

Einladung zum Forum „Soziales, Gesundheit, Lebensqualität“

Am 21. September findet das erste Forum der SPD Rendsburg-Eckernförde für die Entwicklung des Kreiswahlprogramm 2013 – 2018 statt. Erste „Eckpunkte“ sind auf der Homepage zu finden: www.spd-rd-eck.de.

Auf dieser Basis möchten wir mit Bürgerinnen und Bürgern im Dialog unser Kreiswahlprogramm entwickeln. Kommentare können online eingestellt, als Stellungnahme an den Kreisverband geschickt oder im Rahmen einer unserer Veranstaltungen diskutiert werden.

Das erste Forum findet statt

zum Thema „Soziales, Gesundheit, Lebensqualität“
am Freitag, 21. September 2012, um 19:00 Uhr
im Saal des Hotel Hansen (Bismarckstr.29, 24768 Rendsburg)

Während der Diskussionsveranstaltung haben Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertreter eingeladener Vereine und Verbände aus dem Kreisgebiet die Gelegenheit mit Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion, darunter der Sozialausschussvorsitzende des Kreises Ulrich Kaminski, und des SPD-Kreisvorstands, darunter der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix, MdB und Andreas Fleck aus Felde, zu diskutieren. Grundlage hierfür sind die „Eckpunkt-Papiere“ (www.spd-rd-eck.de). Moderiert wird die Veranstaltung vom Fockbeker Bürgermeister Pierre Gilgenast.

Keine Kommentare

Solidarität statt Altersarmut

Die AfA Schleswig-Flensburg schließt sich dem Beitrag von Klaus Barthel, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, vom 12.09.2012 an:

Die Sicherheit der Altersversorgung ist eines der zentralen Anliegen der Mehrheit der Bevölkerung. Bisher wird der SPD dabei eine hohe Kompetenz zugesprochen.



Damit tragen wir eine große Verantwortung, laufen aber Gefahr, diesen Kredit durch unausgelegene und ungerechte Vorschläge zu verspielen. Der jetzt veröffentlichte Vorstoß von Sigmar Gabriel beruht nicht auf der Arbeit einer breit aufgestellten Kommission, wie dies auf dem Berliner Parteitag vereinbart worden war und der sich selbst als Rentenkommission eingesetzte Parteivorstand musste neun Monate auf einen inhaltlichen Vorschlag warten. Gewerkschaften und Sozialverbände sowie weiterer Sachverstand waren nicht eingebunden.

Der Vorschlag ist insofern zu begrüßen, als er – anders als bei der politischen Konkurrenz – den Versuch macht, die Rentenproblematik im Gesamtzusammenhang zu sehen und deutliche Verbesserungen gegenüber der Ist-Situation enthält.

Beispiele hierfür sind die Erwerbsminderungsrente und die Steuerfinanzierung der Mindestsicherung.

Nicht hinnehmbar dagegen ist, das Rentenniveau wie bisher vorgesehen weiterhin abzusenken und die Rente mit 67 weiter schrittweise unverändert in Kraft treten zu lassen. Die AfA lehnt die Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters weiterhin ab und fordert, die Absenkung des Rentenniveaus mindestens auf dem heutigen Stand zu stoppen.

Wir werden dem schleichenden Prozess des Systemwechsels aus dem bewährten gesetzlich geregelten, lebensstandardsichernden, beitragsbezogenen System hin zu einem Grundsicherungssystem mit Sozialhilfecharakter nicht mitmachen. Ein solcher Umbau würde nämlich auch bedeuten, dass jeder, der mehr als Grundsicherung will, trotz jahrzehntelanger Beitragszahlung, nur dann mehr als die Grundsicherung bekommt, wenn er mit sogenannten Kapitalgedeckten Privatversicherungen auf die Finanzmärkte geht.

Daran ändert sich auch nichts, wenn man wie bei Riester oder Betriebsrenten vom Staat gefördert wird. Mit Beitragssatzstabilität und Sicherheit haben all diese Modelle nichts zu tun. Der DGB hat aufgezeigt, dass es im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung sehr wohl möglich ist, das Rentenniveau zu sichern, auf die Rente mit 67 zu verzichten und dennoch das Beitragsniveau zu stabilisieren.

Wir rufen alle Parteigliederungen auf, möglichst bald dem Parteivorstand deutlich zu machen, dass die jetzt vorliegenden Eckpunkte einer grundlegenden Korrektur bedürfen.

Keine Kommentare

Ostuferrunde zum Thema Bildung

18. September 2012, 19:00 Uhr, in der Aula des Gymnasiums Elmschenhagen, Allgäuer Str. 30, 24146 Kiel

Mehrmals jährlich lädt Bernd Heinemann, Landtagsabgeordneter und Landtagsvizepräsident, zu inhaltlichen Gesprächen im Rahmen einer sogenannten „Ostuferrunde“ ein. Dabei geht es um Themen, die wichtig sind für die Menschen auf dem Kieler Ostufer. Am 18. September steht die Bildungspolitik auf dem Programm.



Die Landtagswahlen sind vorbei, aber weiterhin dreht sich fast alles um das Thema Bildung, nicht nur der Koalitionsvertrag der SPD mit dem Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW hat hier einen eindeutigen Schwerpunkt, auch die Eltern, die Schulleitungen, die Lehrerverbände und die Presse sind stark engagiert. Der bildungspolitische Sprecher und Chef des Arbeitskreis Bildung der SPD - Landtagsfraktion, Martin Habersaat, gibt eine Einführung, liefert Hintergrundinformationen und beantwortet Fragen zum Thema. Die Schulleitungen und Elternvertretenden werden eingeladen.

Keine Kommentare

SPD-Landtagsfraktion in Kopenhagen

Die diesjährige Fraktionsreise der SPD-Landtagsfraktion führte nach Kopenhagen. Als Ziel der ersten Reise der neuen Fraktion nach der Landtagswahl wurde bewusst die dänische Hauptstadt gewählt. Birgit Herdejürgen, parlamentarische Geschäftsführerin: „Wir wollen unsere Kontakte pflegen und ein weiteres Mal deutlich machen, dass uns die guten Beziehungen zum nördlichen Nachbarstaat sehr wichtig sind.“ Deshalb wurde die Reise überwiegend zu politischen Gesprächen genutzt.



Die Fraktion traf dänische Sozialdemokraten, besuchte die deutsch-dänische Handelskammer, sprach mit dem Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen, Jan Diedrichsen und dem Hauptvorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen. Bei der Femern A/S informierte die Fraktion sich aus erster Hand über den Stand der Planungen für die feste Fehmarnbelt-Querung.

Martin Habersaat: „Reisen erweitert den Horizont. In den vielen Gesprächen konnten wir neue Einsichten und Ideen gewinnen. Wir wollen bisherige Kontakte festigen, das gegenseitige Vertrauensverhältnis zu Schleswig-Holstein wieder verbessern und viele neue Eindrücke in unserer zukünftige Arbeit einfließen lassen.“ Augenzwinkern fügt er hinzu, dass niemand sich sorgen müsse, „dass wir nur das Gespräch mit den nördlichen Nachbarn suchen. In der kommenden Woche habe ich auch zahlreiche Termine in Hamburg.“

Fotoalbum: <http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/unterwegs-im-land/kopenhagen-2012.html>

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.09.2012, 16:52 Uhr - 25594 Clicks - Nr. 453

Einladung zum Forum „Mobilität“

Am 22. September findet das zweite Forum der SPD Rendsburg-Eckernförde für die Entwicklung des Kreiswahlprogramm 2013 – 2018 statt. Erste „Eckpunkte“ sind auf der Homepage zu finden: www.spd-rd-eck.de.

Auf dieser Basis möchten wir mit Bürgerinnen und Bürgern im Dialog unser Kreiswahlprogramm entwickeln. Kommentare können online eingestellt, als Stellungnahme an den Kreisverband geschickt oder im Rahmen einer unserer Veranstaltungen diskutiert werden.

Das zweite Forum findet statt
zum Thema „Ein starker Öffentlicher Personennahverkehr im Kreis“
am Samstag, 22. September 2012, um 10:00 Uhr
im Stadthallenrestaurant (Am Exer 1, 24340 Eckernförde)

Nach der Vorstellung der Ideen und Vorschläge der SPD nehmen Vertreterinnen und Vertreter der Landesverkehrsgesellschaft (LVS), von Pro Bahn e.V, dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) und dem Kreissenorenbeirat dazu Stellung. Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertreter weiterer eingeladenen Vereine und Verbände aus dem Kreisgebiet haben anschließend die Gelegenheit mit Mitgliedern der SPD-Kreistagsfraktion und des SPD-Kreisvorstands, darunter Martin Tretbar-Endres aus Rendsburg, zu diskutieren.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 18.09.2012, 17:50 Uhr - 55015 Clicks - Nr. 454

FAIRantwortung übernehmen

Auf dem Umweltgipfel der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro beschlossen die Staaten der Welt sich eine Agenda21 zu geben und forderten dazu auf, dass Kommunen in der ganzen Welt sich eigenhändig lokale Projekte vornehmen sollten, um Nachhaltigkeit vor Ort umzusetzen. 20 Jahre danach ist dieser Gedanke und das Motto „global denken – lokal handeln“ aktueller denn je. Mit der Umsetzung hapert es jedoch oft sehr. Zu abstrakt sind manchmal die Themen, zu kompliziert das Erklären von Zusammenhängen und das Umsetzen konkreter Vorhaben. Auch aus diesem Grund startete im Mai 2012 das Projekt „Inlandsarbeit“ des Bündnis

Eine Welt, dem entwicklungspolitischen Dachverband in Schleswig-Holstein. Das Projekt soll Eine-Welt-Themen „in die Fläche“ bringen, auf Ungerechtigkeiten aufmerksam machen, Initiativen bündeln und Engagierte zusammenbringen.

Der Faire Handel ist Eine Möglichkeit praktisch auf globale Zusammenhänge hinzuweisen. Der Kauf von fair-hergestellten Produkten hier im „Norden“ hat massive Auswirkungen auf die Lebensrealität von Menschen im Globalen „Süden“. ProduzentInnen erhalten einen gerechten Preis für ihre Produkte, langfristige Verträge und so eine Zukunft für sich und ihre Familien.



Doch nicht nur wir als KonsumentInnen können durch den Kauf von Fair-Trade-Produkten lokal handeln, sondern auch die Politik kann etwas tun: Die Öffentliche Beschaffung stellt mit einem Volumen von jährlich 360 Milliarden Euro in Deutschland eine erhebliche Marktmacht dar. 50 Milliarden dieser öffentlichen Ausgaben gehen direkt in Entwicklungsländer. Würde dieses Geld in ökologisch und sozialer Art und Weise eingesetzt, könnten weltweit die Lebensbedingungen von vielen ProduzentInnen und die Umweltbedingungen vor Ort erheblich verbessert werden.

Dabei ist öffentliche Beschaffung eine Gemeinschaftsaufgabe von allen Verantwortlichen in Politik und Verwaltung. Volksvertreter und Parteien sollten diese Aufgabe geschlossen angehen und Stellung für Globale Verantwortung beziehen. Viele tun das schon seit längerem: Die SPD hat auf ihrem letzten ordentlichen Parteitag 2011 den Beschluss „Fortschritt für Globale Gerechtigkeit“ gefasst, in dem das Ziel sozialdemokratischer Politik bekräftigt wurde, auf allen staatlichen Ebenen sowohl ökologische, als auch soziale Kriterien bei der Beschaffung umzusetzen. Es ist Zeit, dieses Bekenntnis in den Kommunen des Landes Realität werden zu lassen.

Jede Kommune kann dabei ein Zeichen setzen und Verantwortung übernehmen. In Deutschland haben z.B. knapp 300 Kommunen einen Beschluss gegen den Kauf von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit verabschiedet. Fast 100 Städte sind bundesweit schon als Fair-Trade-Stadt ausgezeichnet worden, in Schleswig-Holstein erste eine einzige. Die Möglichkeiten zum Handeln sind vorhanden und die Kriterien für jede Stadt im Land erfüllbar. Viele Akteure müssen zusammenkommen und sich gemeinsam der Kampagne annehmen. In Eckernförde hat dies erstaunlich gut geklappt: In nur kurzer Zeit wurden alle Kriterien erfüllt und im Oktober wird die Stadt zur 100. Fair-Trade-Town Deutschlands ausgezeichnet. Warum also nicht in anderen Städten Schleswig-Holsteins? Warum nicht in einem ganzen Kreis? Das Bündnis Eine Welt will diesen Prozess weiter vorantreiben, Erfahrungen und Ideen austauschen und damit zeigen, dass auch Kommunen einen Beitrag zu einer gerechteren Welt leisten können. Überzeugend umsetzen müssen es aber die Menschen in den Städten selbst. Was es dazu braucht, sind engagierte Politiker und Bürger, denen es nicht egal ist, wenn mit ihren Steuergeldern Ausbeutung finanziert wird.

Markus Schwarz
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI)
Fachpromotor für nachhaltige Beschaffung und Fairen Handel
Mail: markus.schwarz@bei-sh.org

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.09.2012, 19:46 Uhr - 21337 Clicks - Nr. 455

Erste Vorstellungsrunde in Boddelho

Auf der ersten Vorstellungsrunde im Kreis Schleswig-Flensburg am 17. September im Landgasthof Boddelho in Rabenkirchen-Faulück nutzten über 70 Teilnehmer die

Gelegenheit, die Bente Reimer und Bewerber Knut Dethlefsen, Dirk Peddinghaus und Reinhard Vieth kennenzulernen, die sich für die den Wahlkreis 1 zur Bundestagswahl beworben haben.

Alle 4 Bewerber hatten 10 Minuten zur Verfügung, ihre Schwerpunkte für die Kandidatur zur präsentieren. In der anschließenden Diskussionsrunde wurden von den Teilnehmern Fragen gestellt, die von allen 4 Bewerbern beantwortet wurde. Die Themen Renten, Altersarmut, Bildung, Bürgerversicherung und Finanz- und Sparpolitik dominierten.

Im Kreis Schleswig-Flensburg werden weitere Mitglieder und Interessierte die Gelegenheit haben, die Bewerber bei Vorstellungsrunden in Kropp (am 25. September) und in Jübek (am 27. September) kennenzulernen.



Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.09.2012, 14:13 Uhr - 8732 Clicks - Nr. 456

Koalition korrigiert Fehler in der Gemeindeordnung

Zur Tagung des Landtags vom 25.-27 September bringt die Regierungskoalition aus SPD, Grünen und SSW einen Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeinde- und der Kreisordnung ein. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd, berichtet: „Wir ändern die Regelungen zum Umgang mit Spenden und zur Nicht-Öffentlichkeit von Sitzungen. Beide Themen haben auch in Südstormarn für Wirbel gesorgt, und viele Bürgermeister und Kommunalpolitiker haben den Wunsch nach entsprechenden Änderungen geäußert.“

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte eine Regelung in die Gemeindeordnung aufgenommen, nach der die Annahme von Spenden durch eine Kommune in jedem Fall durch die Politik genehmigt werden muss. Habersaat: „Das war von Vielen gewollt und ist sinnvoll, weil es Klarheit schafft. Es hat sich allerdings gezeigt, dass diese Regelung nur mit einer Bagatellgrenze praktikabel ist, weil sie sonst in einem nicht korruptionsrelevanten Bereich die Arbeit der Gemeindevertretung unnötig erschwert sowie das gesellschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürgern verhindert.“ Kleinspenden, z.B. ein Kuchen für das Kindergartenfest, werden daher von der Zustimmungspflicht ausgenommen.



Die zweite Änderung betrifft den nicht-öffentlichen Teil von Ausschusssitzungen.

Habersaat: „Es konnte den dubiosen Fall geben, dass ein Gemeindevertreter, der nicht Mitglied des beratenden Ausschusses war, von den Ausschussberatungen ausgeschlossen wurde. Kam das Thema später in die Gemeindevertretung, mussten natürlich trotzdem alle Gemeindevertreter informiert werden.“ Diese Regelung werde geändert, weil sie sich nicht bewährt habe und zudem überflüssig sei, da ohnehin alle GemeindevertreterInnen und Mitglieder des Kreistages zur Verschwiegenheit verpflichtet sind.

Wenn der Landtag dem Entwurf im September in der ersten Lesung zustimmt, wird sich der Innen- und Rechtsausschuss damit befassen. Eine abschließende zweite Lesung ist dann in der November-Sitzung des Landtags möglich.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 19.09.2012, 14:33 Uhr - 10851 Clicks - Nr. 457

Hundert erfolgreiche Tage in Kiel

Zu den ersten 100 Tagen rot-grün-blauer Koalition erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner:

Wir haben den Politikwechsel, den wir versprochen und für den uns die Bürgerinnen und Bürger gewählt haben, erfolgreich begonnen. Die Atmosphäre in der Koalition ist gut, wir arbeiten vertrauensvoll und konstruktiv zusammen und produzieren dabei weniger Schlagzeilen als unsere Vorgänger.



Unser Fundament sind unsere gemeinsamen Ziele: gerechte Bildung, Energiewende und gute Arbeit – verbunden mit soliden Finanzen.

Die rot-grün-blaue Bilanz der ersten 100 Tage kann sich sehen lassen:

Wir werden den Fachkräftemangel in der Pflege wirksam bekämpfen und werden deshalb im kommenden Haushalt 200, in den nächsten Jahren weitere 200 landesgeförderte Pflegeausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Über die Finanzierung des Kita-Ausbaus führen wir Gespräche mit den Kommunen. Wir streben eine gemeinsame Lösung an, um die Klage der Kommunen auf Konnexität abzuwenden. Für die Finanzierung des Betreuungsangebotes für Kinder unter 3 Jahren stellen wir 2013 zusätzlich 15 Mio. Euro zur Verfügung; der Betrag steigt bis zum Jahr 2017 auf 80 Mio. Euro.

Die Förderung von Frauenhäusern und -beratungsstellen erhöhen wir um ca. 550.000 Euro.

Das Blindengeld wird im nächsten Haushalt angehoben.

Der Sozialdialog mit Verbänden und Kommunen hat begonnen.

Im Umwelt-, Agrar- und Energiebereich haben wir die Mittel für den ökologischen Landbau wieder aufgestockt und Schleswig-Holstein ist wieder Mitglied im Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen.

Das Ministerium wird ein CCS-Gesetz auf den Weg bringen, bemüht sich um den Stopp

der Vermaischung der Landschaft und wird den Meeresschutz stärken. Die Mittelkürzungen von Schwarz-Gelb beim Freiwilligen ökologischen Jahr werden rückgängig gemacht.

Wir werden eine Initiative starten zum Rückbau der stillgelegten Atommeiler sowie zur Verbesserung des Knickschutzes.

Im Europabereich werden wir an die erfolgreiche Tradition der Ostseestrategie, die unter CDU-FDP vernachlässigt wurde, anknüpfen und diese weiterentwickeln.

Den kommunalen Schuldenfonds werden wir nicht in der bisherigen Form weiterführen. Wir haben vielmehr zur kommunalen Entschuldung eine Einigung mit den Kommunen, nicht gegen sie gefunden, weil wir nicht mit der Pickelhaube, sondern dialogorientiert mit den Kommunen verhandeln.

Wir haben die Rücknahme des Glücksspielgesetzes auf den Weg gebracht. Damit beenden wir den Alleingang Schleswig-Holsteins, um dem Glücksspielstaatsvertrag beizutreten. Allerdings gestaltet sich das in der Umsetzung schwierig – der Schaden, den CDU und FDP hier angerichtet haben, ist immens.

Dass wir das Wahlalter auf 16 Jahre senken wollen, hatten wir angekündigt und sind deshalb gerne der Initiative der Piraten gefolgt.

Und wir haben die Aufnahme der Minderheit der Sinti und Roma in die Landesverfassung auf den Weg gebracht.

Im Bildungsbereich wurde mit der Bildungskonferenz der Dialog mit allen Beteiligten erfolgreich gestartet.

Die Gleichstellung der dänischen Schulen ist in den Haushaltseckwerten des Kabinetts bereits beschlossen worden.

Über die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten werden wieder die Kreise entscheiden; dies war ein erklärtes Ziel der Koalition, wir haben deshalb gerne die Initiative der FDP und der Piraten aufgegriffen.

300 zusätzliche Lehrerstellen werden - mit dem überbesetzten Vertretungsfonds verrechnet - auf den Weg gebracht. Die Gemeinschaftsschulen erhalten zwei der drei von der Vorgängerregierung gekürzten Differenzierungsstunden zurück.

Das Mitbestimmungsgesetz werden wir wieder auf den Status bringen, wie er vor den Änderungen durch Schwarz-Gelb war, und dadurch die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken.

Die Koalition hat ein Tariftreuegesetz erarbeitet, das nächste Woche in 1. Lesung im Landtag beraten wird. Das ist für uns ein wichtiger Schritt, unser Ziel „gute Arbeit“ in Schleswig-Holstein zu erreichen.

Die A 20 wird bis 2017 bis zum Anschluss an die A7 Stück für Stück fertig gebaut. Damit werden wir konkret mehr Kilometer der A 20 bauen als die CDU-geführten Koalitionen der Vergangenheit.

Für die StadtRegionalBahn hat das Verkehrsministerium ein verbessertes Angebot an die Städte Kiel und Neumünster vorgelegt, das eine höhere Landesbeteiligung an den jährlichen Betriebskosten und die Aufstockung der Finanzierungsmittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz von bisher 15 auf 25 Prozent vorsieht.

Diese Bilanz kann sich sehen lassen – ganz im Gegensatz zu dem, was CDU/FDP seinerzeit vorzuweisen hatten:

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 19.09.2012, 16:06 Uhr - 154333 Clicks - Nr. 458

„Ulrike Rodust begrüßt AktivRegionen im Europäischen Parlament“

Ausstellung über die Zukunft der ländlichen Entwicklung in Brüssel

Brüssel: Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust eröffnete am Dienstagabend in Brüssel die von ihr initiierte Ausstellung „Neue Wege für Leader – Zukunft für ländliche Entwicklung“.

Rodust zur Seite standen der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Torsten Albig, der Berichterstatter zur ELER- Verordnung und MdEP Luis Manuel Capoulas Santos sowie Georg Häusler, der Kabinettschef des EU-Kommissars für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Dacian Cioloș.

In ihrer Eröffnungsrede betonte Ulrike Rodust, dass sie neben ihrer Tätigkeit als Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten für Landwirtschaft und ländliche Räume auch eine starke persönliche Verbindung mit den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins hat: „Es ist mir eine Herzensangelegenheit meinen europäischen Kollegen diesen besonderen Kultur- und Naturraum vorzustellen und sie für die Leader Projekte aus Schleswig-Holstein zu begeistern. Um lebendige ländliche Räume zu erhalten und zu gestalten ist es auch in Zukunft unabdingbar, dass die Menschen vor Ort an der Gestaltung beteiligt werden. Dabei darf auch die finanzielle Förderung der ländlichen Gebiete nicht vernachlässigt werden.“



Ein außergewöhnliches Rahmenprogramm trug ebenfalls zum Erfolg der Ausstellungseröffnung bei. Nachwuchsartisten des Circus Ubuntu, ein Leuchtturmprojekt der AktivRegion Steinburg, überzeugten die zahlreichen anwesenden Abgeordneten beim Mitmach-Jonglieren von dem kreativen Gestaltungswillen der AktivRegionen.

Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V. und dem Regionen-Netzwerk und ist noch bis zum 21. September im Europäischen Parlament zu sehen. Im Fokus der Ausstellung stehen vor allem beispielhafte Projekte aus den 21 AktivRegionen und das Modellvorhaben MarktTreff. Die Ausstellung will auch über Schleswig-Holstein mit seinem aktuellen Ansatz in der Förderpolitik nach dem Leader-Prinzip informieren. „Leader“ ist die Bezeichnung für einen methodischen Ansatz der Regionalentwicklung. Dieser ermöglicht es den Menschen vor Ort regionale Prozesse mitzugestalten. Seit 2007 ist „Leader“ ein Baustein des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, kurz „ELER“.

OV Suchsdorf fördert Inklusion im Alltag!

Susanne Gaschke, OB Kandidatin der SPD in Kiel, und Thomas Wehner, SPD Ratsfraktion Kiel, unterstützen eine Aktion für mehr Barrierefreiheit in Suchsdorf!

Inklusion und der Umgang mit Menschen behindernden baulichen Gegebenheiten gehen uns alle etwas an. Dies möchte der OV Suchsdorf gemeinsam mit seinem Rats Herrn, dem Fraktionssprecher für Menschen mit Behinderungen, an einem praktischen Beispiel verdeutlichen.

Datum: Freitag, 21. September 11:30 Uhr, AWO Kinderhaus Suchsdorf

Barrierefreiheit und Inklusion gehen uns alle etwas an!

Im Rahmen der Umsetzung der Barrierefreiheit werden die SPD OB Kandidatin Susanne Gaschke und der Suchsdorfer Rats Herr der SPD, Thomas Wehner, Sprecher für Menschen mit Behinderung, den Bauen eines barrierefreien Gartenwegs zum AWO Kinderhaus am Nienbrügger Weg unterstützen.

Beide stehen als Sozialdemokraten dafür ein, dass jeder Mensch von Anfang an die Möglichkeit erhalten muss, sich gleichberechtigt und in vollem Umfang an den gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Sie möchten gemeinsam mit dem SPD-OV Suchsdorf darauf aufmerksam machen, dass dieses Thema im gesamtgesellschaftlichen Interesse von großer Bedeutung ist. Während der Herstellungsarbeiten, wie z. B. Betonplatten verlegen, werden sie handwerklich unterstützen und auch für Gespräche mit Kindern, den Erzieherinnen und Erziehern sowie mit Eltern zur Verfügung stehen. Dabei steht im Vordergrund die Bedeutung der Inklusion und Barrierefreiheit. Der Ortsverein freut sich über Ihr Kommen!

Diese Aktion wird am Freitag, den 21. September 2012 von 11:30 bis 14:00 Uhr in Suchsdorf stattfinden. Treffpunkt ist das AWO Kinderhaus am Nienbrügger Weg. Spenden, um diese Aktion zu unterstützen und dem AWO-Kinderhaus Nienbrügger Weg ein Stück Barrierefreiheit mehr zu geben, sind herzlich willkommen!

Bankverbindung

Eckernförder Bank

Kontoinhaber SPD OV Suchsdorf

BLZ 210 920 23

Kontonr. 682 312 20

Suchsdorf.Vorstand@gmx.de



Keine Kommentare

MdB Sönke Rix: Gefährlicher Weg

Mit der Entscheidung, zukünftig Staatsanleihen verschuldeter Länder in unbegrenzter Höhe auf dem Sekundärmarkt, also über den Umweg über Banken, zu kaufen, beschreitet die Europäische Zentralbank (EZB) einen gefährlichen Weg.

Sie ist durch das Versagen des Krisenmanagements der Kanzlerin endgültig zum einzigen handlungsfähigen Akteur gezwungen worden. Und Merkel freut sich: Durch die Hilfsmaßnahmen der EZB muss sie nicht mehr im Bundestag um Mehrheiten für weitere Rettungspakete kämpfen. Das wäre



auch ein schwerer Kampf geworden, denn die Regierungskoalition tut sich damit zunehmend schwerer. Vor wenigen Monaten haben CDU und CSU eine solche Staatsfinanzierung durch die EZB noch energisch zurückgewiesen. Heute akzeptieren sie es.

Wir stehen vor der Entscheidung, ob die gemeinschaftliche Haftung begrenzt und unter demokratischer Kontrolle stattfinden soll - wie etwa bei einem europäischen Schuldentilgungsfonds - oder unbegrenzt und ohne Kontrolle - wie derzeit durch die EZB. Die Bundesregierung hat aber bisher alle Vorschläge für eine begrenzte und politisch kontrollierte Haftung, wie z.B. die Eurobonds, abgelehnt und stimmt klammheimlich der Intervention der EZB zu. Dabei ist das Ausfallrisiko bei beiden Wegen gleich. Aber mir ist der demokratisch legitimierte Weg lieber. Und außerdem ist die Idee eines Schuldentilgungsfonds ein Vorschlag des Sachverständigenrates der Bundesregierung.

Über die Ausgestaltung und den Anteil Deutschlands an einem solchen Fonds kann demokratisch entschieden werden. Über eines müssen wir uns im Klaren sein: Eine gemeinsame Haftung findet längst statt. Die Europäische Zentralbank, von Deutschland wesentlich mit Kapital ausgestattet, kauft Staatsanleihen der Krisenländer. Und wenn die ausfallen, haften wir unbegrenzt und ohne, dass der Bundestag darüber auch nur einmal abgestimmt hat.

Es nützt nichts, die Lage schön zu reden. Wenn wir das Auseinanderbrechen der Euro-Zone verhindern wollen, wird das nicht ohne Risiken für Deutschland gehen. Das sollte die Regierung den Menschen endlich ehrlich sagen.

Wer eine demokratische Kontrolle der Euro-Rettung will, der darf die Verantwortung nicht einer unabhängigen Institution überlassen. Doch es sind paradoxerweise ausgerechnet die Kritiker der Staatsanleihenkäufe in den Reihen von Schwarz-Gelb, die sich vehement jeglicher politischen Lösung der Refinanzierungskrise verschließen. Die EZB soll ihre Arbeit machen. Aber von der Bundesregierung erwarte ich politische Lösungsvorschläge zu den Fragen der Bankenaufsicht, der Regulierung, der Verantwortung der Banken, der Einschränkung von hochspekulativen Geschäften und vor allem auf die Frage der demokratischen Kontrolle finanzpolitischer Entscheidungen.

Als "Bericht aus Berlin" veröffentlicht in der Eckernförder Zeitung vom 19.09.2012

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 19.09.2012, 19:44 Uhr - 22396 Clicks - Nr. 461

Standort Itzehoe muss erhalten bleiben

Zur Pressemitteilung „ Alle müssen für den Standort Itzehoe der Firma Prinovis kämpfen“ der Herren Landtagsabgeordneten Hans-Jörn Arp (CDU) und Heiner Rickers (CDU) ergänzt die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion Birgit Herdejürgen.

Der Standort Itzehoe der Firma Prinovis ist ein seit vielen Jahren gewachsenes wirtschaftliches Standbein des Kreises Steinburg.

Die SPD-Landtagsfraktion und ich, als zuständige Abgeordnete der Region, haben stets Umbrüche und



Veränderungen, auch in schwierigen Zeiten begleitet.
Dies geschah immer im Dialog sowohl mit der Betriebsleitung, als auch mit dem Betriebsrat.

Auch in der sich jetzt weiter verschärfenden Situation, haben wir den Beteiligten sofort unsere Unterstützung zugesagt, die auch gerne angenommen wird.

Vorerst ist es aber an Betriebsleitung, Gewerkschaft und Betriebsrat Sondierungen aufzunehmen.

Selbstverständlich aber ist, dass die Landesregierung und ich, an der Seite der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen für den Erhalt der Arbeitsplätze am Standort Itzehoe kämpfen werden.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 21.09.2012, 08:06 Uhr - 9251 Clicks - Nr. 462

SPD-Schönberg: Findungskommission für Bürgermeisterwahl nominiert

Anlässlich einer Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins wurden Peter Domeier als Vorsitzender, Dieter Schimmer als 2. Vors. und Kerstin Thomsen als Kassiererin bestätigt.

Als Beisitzer wurden Rainer Kruse, Ingrid Schweder, Bengt Wagner und Günter Rohmann gewählt. Schriftführerin wurde Renate Jochimsen. Peter Domeier dankte den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Elke Henning und Marlies Küssner für ihre langjährige Arbeit für den SPD-Ortsverein. Der Fraktionsvorsitzende Dieter Winkler gab einen Bericht über die Arbeit der SPD-Fraktion. Er führte u.a. aus:

Bei den Haushaltsberatungen für 2012 war es wichtig, dass keine Abgabenerhöhungen beschlossen wurden und dass die KITA-Gebühren konstant bleiben. An der Gemeinschaftsschule Probstei wird jetzt der Antrag auf eine gymnasiale Oberstufe gestellt.

Das Umkleide- und Toilettengebäude am Sportplatz Strandstraße wird geplant. Am 24. Oktober letzten Jahres hatte die SPD anlässlich einer gemeinsamen Sitzung mit der SPD-Kreistagsfraktion den Anschlag für die Planung dieses Gebäudes gegeben. Zwischenzeitlich sind die Wünsche des TSV definiert. Detail-Planungen, Standortfrage und Kostenüberblick sind noch nicht vollständig, allerdings ist ein Zuschuss des Kreises von 32.000 Euro schon avisiert.

Mit viel Elan wurde die Aufstellung dieses B-Planes in der Finnenhaussiedlung in Angriff genommen. Angedacht war, dass die noch erhaltene Charakteristik dieser Siedlung festgeschrieben wird. Eine Protestwelle und die Meinungen der Bewohner auch im SPD-Internetforum und die Ergebnisse in den Bürgerversammlungen bewirkten, dass der Plan auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Anwohner und Gemeindevertreter soll die Modalitäten erarbeiten.

Die Gestaltung der Fußgängerzone, die Bebauung auf dem Speichergelände Kallsen sind weitere große Projekte, die in nächster Zeit durchgeführt wurden.

Staatssekretärin im Sozialministerium Annette Langner gab einen Bericht über die ersten 95 Tage Amtszeit der Regierung. Sie sind geprägt von einem Dialog mit den Menschen in Schleswig-Holstein. Insbesondere der neue „Sozialdialog“ bindet Wohlfahrtsverbände in die Arbeit mit ein. Alle Versprechen der Politik werden eingelöst, z. B. 400 neue Lehrerstellen eingerichtet, 15 Mio. Euro werden in die Kinderbetreuung investiert, die Kürzungen der Beträge für die Frauenhäuser werden zurückgenommen.

Zur Vorbereitung der Direktwahl des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin in

Schönberg wurde von der Mitgliederversammlung eine Findungskommission eingesetzt. Nach einem Anforderungsprofil, das von der Findungskommission erarbeitet werden muss, wird die Suche nach einem geeigneten Kandidaten oder Kandidatin durchgeführt. Die Findungskommission besteht aus:

Antje Klein (Vorsitzende), Wilfried Zurstrassen, Kerstin Thomsen, Dieter Schimmer, Peter Domeier, Dieter Winkler. Nachdem das Gesetz zur Direktwahl der Bürgermeister voraussichtlich im September im Landtag verabschiedet wird, nimmt die Findungskommission unverzüglich ihre Arbeit auf. Die Bürgermeisterwahl könnte nach Vorstellung der SPD mit der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 durchgeführt werden.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 21.09.2012, 08:27 Uhr - 9821 Clicks - Nr. 463

Siozialog am 25.09.2012 in Kiel

Viele vermissen einen klaren Kurs im Land.

Die Menschen spüren, dass die soziale Infrastruktur schwindet. Sie sorgen sich schlichtweg um ihre Zukunft. Immer mehr Fragen, die die Zukunft unseres Landes betreffen, drängen sich in den Vordergrund. Geht der soziale Zusammenhalt verloren? Zieht sich der Staat aus der Verantwortung für die Gesellschaft zurück? Werden die Menschen in Zukunft auf sich alleine gestellt sein? Wo stehen wir in Schleswig-Holstein im Jahr 2020? Sind die Chancen zukünftig noch gerecht verteilt, oder setzt sich die Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer fort?

Wird es in Zukunft vom persönlichen Geldbeutel abhängen:

ob man im Alter noch gut versorgt ist?
ob man Hilfe bekommt, wenn es alleine nicht mehr geht?

ob alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu Bildung und Beruf bekommen?

Da uns all diese Fragen bewegen, ist es Zeit, über Soziales im Dialog zu sprechen.



[Einladungsflyer](#)

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 21.09.2012, 10:37 Uhr - 15035 Clicks - Nr. 464

Thönnnes lädt am 10.Oktober 2012 zum Bürgergespräch nach Bad Segeberg

Die Politik wird aufgrund der engen Verflechtung von europäischer, nationaler und kommunaler Ebene immer komplexer und bedarf daher ausführlicher Erklärung, um Partizipation zu ermöglichen. Gleichzeitig gibt es ein reges Interesse an manchen politischen Themen. Um diesem Bedürfnis auch außerhalb von Parteiveranstaltungen gerecht zu werden, ist für den Monat Oktober von SPD-MdB Franz Thönnnes ein Bürgergespräch in Bad Segeberg eingeplant.



Entsprechend seines Leitsatzes „da sein – zuhören – handeln“ will er somit den persönlichen Kontakt zu den Menschen in seinem Wahlkreis weiter ausbauen. Ebenso erhofft sich Thönnnes Anregungen, Meinungen und auch konstruktiv-kritische Beiträge, die er in seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter einbeziehen kann. „Oft haben Menschen, mit denen ich an Infoständen ins Gespräch komme, tolle Ideen, welche wir in diesem Rahmen leider nicht vertiefen können. Das Format des Bürgergesprächs garantiert jedoch eine intensivere Befassung mit dem einen oder anderen Anliegen“, so der SPD-Politiker.

Für diesen Dialog wird Franz Thönnnes zu einem **Bürgergespräch** am **10. Oktober 2012** in der Heimatstube im **Heinrich-Wickelhaus in Bad Segeberg** (neben der Stadtbücherei), **Oldesloer Straße 20, von 19.30 - 21.00 Uhr** einladen und sich den Meinungen, Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürgern stellen.

Für weitere Informationen steht Ihnen das Bürgerbüro von Franz Thönnnes unter 04551 – 96 83 83, oder E-Mail - buengerbuero@thoennes.de - gerne zur Verfügung.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.09.2012, 13:08 Uhr - 25967 Clicks - Nr. 465

Vor Ort gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus

Das Thema Rechtsextremismus muss auch Eingang in das Kreiswahlprogramm der SPD Rendsburg-Eckernförde finden. Darin waren sich die Mitglieder des SPD-Kreisvorstandes nach einem Bericht ihres Vorsitzenden Sönke Rix aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ einig.

„Es vergeht kein Termin des Untersuchungsausschusses, an dem nicht ein weiteres Fehlverhalten der Behörden zu Tage tritt, die eigentlich seit fast 14 Jahren mit den Tötungs- und Raubdelikten des Trios beschäftigt waren“. Mit dieser Einschätzung fasste Bundestagsabgeordnete Sönke Rix, der Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss ist, die bisherigen Anhörungen und Zeugenvernehmungen zusammen. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sowie drei Landesverfassungsschutzchefs haben schon ihren Hut genommen. Diese Woche hat ein Mitglied der Bund-Länder-Kommission seinen Rückzug aus diesem Gremium erklärt, weil er von der Existenz eines V-Mannes zwar nichts wusste, aber hätte wissen können.

„Das zeigt, wie hoch oben auf dem Eisberg wir uns noch befinden“, so Rix. Bis weit ins nächste Jahr reichen die Termine für die Zeugenvernehmungen, darunter die ehemaligen Innenminister Schäuble und Schily und der hessische Ministerpräsident Bouffier. „Für einen Sozialdemokraten ist es schwer erträglich, mit welcher Ignoranz und Verdrängung der Phänomenbereich Rechtsextremismus nicht beachtet wurde“, erklärte Rix. „Umso mehr freut es mich, wenn sich die Menschen vor Ort gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus wehren und sich wie zum Beispiel in Gettorf der Initiative „Kein Ort für Neonazis“ anschließen.“

Keine Kommentare

Neubau der Kreisfeuerwehrzentrale - eine Investition in die Zukunft

18. 9. 2012

SPD Kreistagsfraktion: Neubau der Kreisfeuerwehrzentrale - eine Investition in die Zukunft

"Es ist eine schwierige Geburt", so der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen, „die SPD-Kreistagsfraktion entscheidet sich bei der Grundsatzentscheidung für den Neubau einer Kreisfeuerwehrzentrale.“

"Uns ist bewusst", so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen weiter, „dass der Neubau teurer werden wird als eine Sanierung einer 40 Jahre alten Feuerwehrzentrale. Mit der Entscheidung für den Neubau investieren wir auch in die Zukunftsfähigkeit der Feuerwehr, um optimale Voraussetzungen für ihre Arbeit zu schaffen.

Immer neue Herausforderungen, wie z.B. durch den Bau von Windkraftanlagen, Solaranlagen, Biogasanlagen oder gesetzliche Anforderungen erfordert eine perspektivische Erweiterungsmöglichkeit. Mit der Sanierung würden wir lediglich Löcher stopfen und bei weiteren Anforderungen schon am Ende der Grenzen sein.“

Die Investitionen in die Kreisfeuerwehr waren in den vergangenen Jahren deutlich unterdurchschnittlich, so dass ein Stau bis hin zur Nichteinhaltung von Arbeitsrechtlichen Vorschriften der Feuerwehrunfallkasse zu diesem Ergebnis von mind. 2,5 Mio. Sanierungskosten führen würde.

Eine Sanierung und mögliche Erweiterung am Standort ist nicht möglich, so dass dieser Schritt nicht umsetzbar ist. Der vorhandene Standort ist einfach nicht mehr ausbaufähig und jede neue Anforderung an das Feuerwehrwesen kann nicht mehr umgesetzt werden. Immer neue Aufgaben und Herausforderungen, sei es beim Atemschutz oder durch gesetzliche Änderungen, neue und zunehmende Techniken, wie z.B. Windkraftanlagen, Biogasanlagen oder Solaranlagen oder aber auch die Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberg führen zu zusätzlichen Forderungen und Arbeitsbereichen.

"Es macht keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken und die Hinweise und Mängelberichte der Feuerwehrunfallkasse zu ignorieren", resümiert Lutz Schlüsen. Die Kreisfeuerwehr ist eine originäre gesetzliche Aufgabe des Kreises. Bei der Standortfrage ist die Kreistagsfraktion noch offen, wobei es schon bereits Sympathien für den Standort Preetz gibt. Er liegt zentral für alle Wehren, es gibt Kooperationen und Synergien mit dem Bildungszentrum Plön und dem THW. Dennoch ist auch das Kasernengelände in Lütjenburg nicht aus dem Rennen, denn auch dort gibt es Liegenschaften, die bewertet und geprüft werden müssen. Außenseiterchancen hat Wankendorf und Plön scheint kein passendes Gelände in ausreichender Größe anbieten zu können. Diese Standortentscheidung wird allerdings erst nach weiteren Erarbeitungen und Kostenschätzungen am 20. Dezember 2012 im Kreistag beschlossen.

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion: Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik wird unterstützt!

18. 9. 2012

SPD-Kreistagsfraktion: Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik wird unterstützt!

Die SPD Kreistagsfraktion sieht gute Chancen in der inhaltlichen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen und die wirtschaftspolitische Sprecherin Maria Busch-Laurinck.

Hier sind gute Vorschläge für den Weiterbetrieb des Gewerbe und Technikzentrum in Schwentinental bis mindestens 2015 gemacht worden, die zum einen auch Mehreinnahmen und Einsparvorschläge in Höhe von knapp 80.000€ vorsehen. Somit wird der Beschluss des Kreistages aus dem Jahr 2010 umgesetzt und dabei auch eine weitere Umgestaltung festgelegt. Die Weiterentwicklung auch der inhaltlichen Arbeit hin zu einer stärkeren Betreuung der regionalen Verbände und Betriebe ist ebenso wichtig und richtig wie ein stärkeres Engagement bei Projekten.

Insbesondere sollten auch Co-Finanzierungen ein geworben werden. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt auch die Einrichtung einer zusätzlichen ½ Stelle. Der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin soll sich u.a um das Einwerben von EU-Fördermittelprogrammen sowie der Vernetzung der verschiedenen Programme kümmern. Somit wird ein Teil der Einsparungen wiederum investiert. Auch die stärkere Vernetzung mit der IHK zu Kiel wird ausdrücklich unterstützt. Als Themenschwerpunkte können auch Energie und Klimaschutz sowie die Unternehmensnachfolge besetzt werden, so Lutz Schlüsen weiter. Mittelfristig muss es aber gelingen, die Zusammenarbeit in der Kiel – Region noch zu verstärken. Es muss gelingen, dass die Region sich noch stärker positioniert und dabei die einzelnen Wirtschaftsförderungsgesellschaften intensiver zusammenarbeiten.

Keine Kommentare

Thönnnes: Jetzt bewerben als UN-Jugenddelegierter 2013/14

„Wer für die Jahre 2013/14 Interesse und Lust hat UN-Jugenddelegierter zu werden, der kann sich noch bis zum 6. November 2012 bewerben“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes. Bei erfolgreicher Bewerbung wird man dann Nachfolger des diesjährigen UN-Delegierten Patrick Rohde, der aus Bargteheide im Kreis Stormarn stammt.

Mit ihm und seiner Kollegin Sabrina Reindl hatte sich der SPD-Außenpolitiker bereits im Frühjahr dieses Jahres zu einem Meinungs austausch in seinem Berliner Büro getroffen.



Seit 2005 hat Deutschland zwei Jugenddelegierte, die die deutsche Delegation zur Generalversammlung der Vereinten Nationen nach New York begleiten. Dort setzen sie sich für die Belange junger Menschen ein, indem sie den Diplomaten als "Experten für Jugendfragen" die Sichtweise von Jugendlichen näher bringen. Ermittelt werden sie durch ein Auswahlverfahren der Träger, dem Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK) und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinte Nationen e.V. (DGVN).

Voraussetzungen für die Bewerbung sind ein besonderes Interesse an den Vereinten Nationen, jugendrelevanten Themen und Erfahrung in der Jugendarbeit. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen sich zudem in fließendem Englisch mit Diplomaten auseinandersetzen, aber auch mit jungen Menschen auf gleicher Augenhöhe sprechen können. Denn bevor die Jugenddelegierten in New York für die Interessen der Jugend eintreten, touren sie mehrere Monate durch Deutschland, um mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und so ihre Wünsche, Meinungen und Forderungen zu sammeln.

„Es würde mich freuen, wenn sich viele junge Menschen aus den Kreisen Segeberg und Stormarn für dieses spannende und wichtige Programm bewerben würden und ich mich auch im nächsten Jahr wieder mit einem Teilnehmer oder einer Teilnehmerin aus meinem Wahlkreis in Berlin treffen könnte“, so Thönnnes.

Alle Informationen zu den UN-Jugenddelegierten sowie zum Bewerbungs- und Auswahlverfahren finden sie unter dem Punkt „Wie werde ich UN-Jugenddelegierte*r?“ auf www.jugenddelegierte.de.

Bildunterschrift: Patrick Rohde, Sabrina Reindl und Franz Thönnnes im Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.09.2012, 14:14 Uhr - 7567 Clicks - Nr. 469

Stormarner Kindertage 2012

Gelungenes Abschlussfest in Bargtheide

Seit 2001 organisiert der Kinderschutzbund Stormarn rund um den Weltkindertag die Stormarner Kindertage. Vereine, Verbände, Institutionen und Personen, die mit Kindern und für Kinder arbeiten, stellen dann ihre Anliegen besonders deutlich dar: Es geht darum, die Lebenssituation von Kindern zu verbessern, Kinderarmut zu bekämpfen und die Rechte von Kindern zu stärken. Dafür setzt sich auch die SPD Stormarn mit ihrer Vorsitzenden Susanne Danhier ein.



Auf dem Abschlussfest der Stormarner Kindertage, diesmal in Bargtheide, war die SPD mit ihrem „traditionellen“ Luftballonwettbewerb vertreten. Weil es um Rechte der Kinder ging, war auch der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat dabei. Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, sprach mit vielen Interessenten über das „Recht auf Bildung“ für jedes Kind und über Möglichkeiten, jedes Kind mit fairen Bildungschancen auszustatten.

Susanne Danhier, Vorsitzende der SPD Stormarn: „Wessen Ballon den weitesten Flug zurücklegt, gewinnt eine Familienkarte für den Hansapark.“ Für die SPD sei es selbstverständlich, die Kindertage zu unterstützen, sowohl die politischen Ziele

betreffend, aber auch bei der Ausrichtung eines tollen Festes für Kinder in Stormarn, das auch dazu beitrage, auf politische Anliegen hinzuweisen.

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/unterwegs-im-land/stormarner-kindertage-2012.html>

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.09.2012, 14:23 Uhr - 26464 Clicks - Nr. 470

Soziales, Gesundheit, Lebensqualität – Kreis-SPD ermutigt zum Mitmachen

Am Freitag, 21. September, startete die Kreis-SPD im Rendsburger „Hotel Hansen“ eine Reihe von drei öffentlichen Diskussionsforen zum ersten Entwurf ihres Kreiswahlprogramm 2013 – 2018. Rund 30 Gäste stimmte der Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix bei seiner Begrüßung auf die Bedeutung des „SPD-Markenzeichens“ ein - die Sozial- und Gesundheitspolitik. „Sozialpolitik beeinflusst unsere Lebensqualität unmittelbar. Gerade hier ist es daher wichtig, auf die Erwartungen und die Bedürfnisse der Menschen einzugehen und sie zu beteiligen.“

Pierre Gilgenast, Kandidat für das Amt des Bürgermeisters in Rendsburg, bewies als Moderator nicht nur profunde Kenntnisse der Sozialpolitik, sondern sorgte in der fast dreistündigen Diskussion mit Gästen, u.a. vom Verband Dehoga und SPD-Neumitgliedern für eine konstruktive Atmosphäre und ermutigte, sich auch kritisch einzubringen.

Ulli Kaminski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion und Andreas Fleck aus Felde fassten die Fragen, Hinweise und Vorschläge aus der Diskussion um Krankenhausversorgung, Qualität des Jobcenters, Beratungsangebote im Kreis und viele andere Punkte auf rund 40 Metaplankarten zusammen.

Ein besonderer Schwerpunkt war die Diskussion um die demografische Entwicklung und deren Auswirkung auf das Leben in den Dörfern und Stadtteilen. Entsprechende Zustimmung fand der SPD-Vorschlag, mit einem „Masterplan“ nach Vorbild anderer Kreise eine umfassende Analyse und ein breites Handlungskonzept für den Kreis aufzustellen.

Am Ende zählte Moderator Pierre Gilgenast akribisch nach: „70 engagierte Beiträge und 40 konkrete Botschaften an die SPD an diesem Abend: das ist eine gute und wichtige Rückmeldung für die weitere Programmarbeit.“

Nach der Diskussion konnten die Themen und Aussagen nach persönlicher Einschätzung gewichtet werden. Zu den „Top-Themen“ gehörten das Miteinander der Generationen und die Stärkung der Bürgerbeteiligung, die Qualität der sozialen Angebote und die medizinische Versorgung in der Fläche.

Eine weitere Beteiligung an der Programmarbeit ist möglich im Internet unter www.spd-rd-eck.de . Zum Thema „Bildungspolitik“ gibt es ein weiteres Diskussionsforum am 27. Oktober in Bordesholm, 10.00 Uhr, im Hotel Carstens.

Keine Kommentare

Das Angebot von Bus und Bahn im Kreis verbessern

„Wie muss der Öffentliche Personennahverkehr Rendsburg-Eckernförde in der Zukunft gestaltet werden, damit er leistungsstark, kunden- und klimafreundlich und bezahlbar ist?“ Um darüber zu diskutieren, hatte der SPD-Kreisverband zu einem Gespräch ins Eckernförder Stadthallenrestaurant eingeladen.

Kreisvorsitzender Sönke Rix erläuterte das Ziel der Veranstaltung: „Wir wollen unsere Ideen für das Wahlprogramm zur Kreistagswahl im Mai 2013 nicht nur in der SPD sondern auch mit den Bürgerinnen und Bürgern und Verbänden und Organisationen diskutieren.“

SPD-Kreisvorstandsmitglied Martin Tretbar-Endres aus Rendsburg stellte das Eckpunktepapier „Mobilität“ der SPD Rendsburg-Eckernförde vor: Der ÖPNV stehe in der Zukunft vor dem Hintergrund des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen. Er müsse sehr viel mehr als nur die Schülerbeförderung sicher stellen, sondern auch für alle Bevölkerungsgruppen, vor allem im ländlichen Raum, ein attraktives Angebot und gute Qualität bieten. Dazu müssten intelligente Lösungen gefunden werden, beispielsweise Sammel- und Anrufbussysteme. Die Vernetzung zwischen Bus und Bahn aber auch zwischen Individualverkehr sowie Bus und Bahn müsse verbessert werden.

Bernhard Wewers, Geschäftsführer der Landesverkehrs-Service-Gesellschaft hob hervor, dass derzeit nur sieben Prozent der Mobilität mit Bussen und Bahnen erfolge. Gemeinsames Ziel müsse sein, diesen Anteil erheblich auszuweiten. Wie bei der Bahn müssten auch die Busverkehre im Kreis nach einem integrierten Taktverkehr fahren. Zu wenig berücksichtigt werde auch, dass ein gutes ÖPNV-Angebot auch ein Standortfaktor für die Region sei.

„Auch die Stadt- und Regionalbahn werde das Verkehrsangebot des Kreises attraktiver machen“, ergänzte Gerrit van den Toren, stellv. Vorsitzender des Umwelt-, Verkehr und Bauausschuss des Kreises. Die Ausgangsbedingungen hätten sich durch die Neuberechnung der Betriebskosten und das verstärkte Engagement der neuen Landesregierung deutlich verbessert.

Wolfgang Krumat vom Allgemeinen deutschen Fahrradclub wies auf die Bedeutung des Fahrrads für die Mobilität hin. Hier sei noch viel zu tun, beispielsweise bei den Möglichkeiten, Fahrräder in Bahnen und Bussen zu transportieren. Er nannte als nachahmenswertes Beispiel die Insel Usedom, wo mit dem Erwerb eines ÖPNV-Tickets anschließend auch eine kostenlose Fahrradnutzung enthalten sei.

Das Thema Barrierefreiheit stellte der Sozialverbandsvertreter Schult in den Mittelpunkt: Trotz gesetzlicher Vorschriften gebe es hier große Defizite beim Zugang zu den Verkehrsmitteln aber auch in der Lesbarkeit von Fahrplänen.

Martin Tretbar-Endres zog das Fazit der Diskussion, die von Martin Klimach-Dreger aus Eckernförde moderiert wurde: „Wir wollen mehr Menschen dazu bewegen vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Dazu muss es aber ein gutes Angebot mit hoher Qualität geben. Die SPD schlägt unter anderem einen kreisweiten ÖPNV-Beirat vor als Interessenvertretung und Ansprechpartner für alle Fragen des ÖPNV.“ Tretbar-Endres sicherte zu, dass die vielen Anregungen der Veranstaltung in die weiteren Diskussionen der SPD zum Kreis-Wahlprogramm einfließen werden.

Keine Kommentare

OB-Kandidatin auf Tour

OB Kandidatin mit AfA Landesvorsitzenden auf Betriebstour in Kiel

Die vorletzte Station der Betriebstour war die Firma L 3 Elac Nautic in Kiel – siehe Bild.

Auf Einladung des Betriebsrates informierte sich Susanne Gaschke über die aktuelle Situation des Unternehmens. Natürlich wurde auch die lange Historie des Kieler Traditionsunternehmens erzählt. Nach 1945 rund 2000 Beschäftigte. Nach mehreren Eignerwechseln heute um die 180 Beschäftigte mit aktuell guter Auftragslage. Der Betriebsratsvorsitzende Jürgen Müller – ein betriebliches Urgestein – legte viel Wert darauf das das Unternehmen jungen Menschen Ausbildung anbietet und Zulieferer aus dem Raum Kiel kommen. „Die kleinen Dinge machen die Wirklichkeit aus“, so Jürgen Müller.

Mit Raytheon Anschütz endet am Freitag die 4 wöchentliche Betriebstour mit Susanne Gaschke. Fazit des AfA Landesvorsitzenden Wolfgang Mädels: „es hat sich gelohnt, für die OB Kandidatin, für die Betriebsräte und die AfA. Mit den Menschen reden, sich über das tagtägliche informieren und daraus die kleinen Dinge in der Politik entwickeln bringt Menschen auch wieder dazu zur Wahl zu gehen.“ Die OB Kandidatin nahm viele Eindrücke mit und mit Sicherheit auch viele Beispiele für die Endphase des Wahlkampfes.

Keine Kommentare

SPD: Licht und Schatten bei der Fernwärme

Bad Bramstedt. „Fernwärme muss attraktiv bleiben“, sagte Arnold Helmcke, SPD-Stadtverordneter und stellvertretender Bürgermeister, im Januar dieses Jahres und gab damit die einhellige Meinung der Bad Bramstedter Sozialdemokraten wieder. Umso mehr ist er jetzt erfreut, dass die Preise bei der Fernwärme deutlich sinken werden und zwar schon rückwirkend ab dem 1.1.2012.

Helmcke: „Das ist ein gutes Ergebnis und wir danken unserem Aufsichtsratsmitglied Jan-Uwe Schadendorf, dass er sich dafür so eingesetzt hat.“

Ebenso begrüßt die SPD, dass die Preise für 2012 und 2013 stabil bleiben und anschließend eine Kopplung an Gas und den gesamten Wärmemarkt erfolgt und nicht mehr an Heizöl allein.

„Das wird die Preisentwicklung günstig beeinflussen,“ ist sich Helmcke sicher.

Unzufrieden ist die SPD hingegen mit dem Umstand dass für die strittigen Verträge der Vergangenheit nur diejenigen Kunden etwas Geld zurückbekommen, die geklagt haben. Helmcke „Wir hätten uns gewünscht, dass alle Fernwärme Kunden etwas zurückerhalten und nicht immer die Gerichte bemüht werden müssen. Leider hat unser Aufsichtsratsmitglied für diese Meinung keine ausreichende Unterstützung erhalten. Das ist verwunderlich, da doch die Mehrheit im Aufsichtsrat aus Stadtverordneten und dem Bürgermeister besteht. Da hätten wir uns eine bürger- bzw. verbraucherfreundlichere Regelung erwartet. In einem kundenorientierten Unternehmen muss ein Kunde auch ohne Anwalt zu seinem Recht kommen können.“

Die Sozialdemokraten unterstützen im Übrigen die Investitionen der Stadtwerke in die Fernwärme. Fernwärme müsse als besonders umweltfreundliche Technologie günstig bleiben. Auch für das neue Gewerbegebiet am Lohstücker Weg denkt die SPD an eine

Fernwärmeversorgung nach - vom Freibad aus, um ganzjährig Wärme und Strom erzeugen zu können.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 25.09.2012, 18:42 Uhr - 14032 Clicks - Nr. 474

Franz Thönnnes und Gernot Erler zur Parlamentswahl in Weißrussland

Zum Wahlverlauf und Wahlausgang in Belarus erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gernot Erler und der Vorsitzende des Gesprächskreises GUS der SPD-Bundestagsfraktion Franz Thönnnes:



Der Wahlausgang in Belarus hat zum wiederholten Mal den undemokratischen Charakter des dortigen Regimes demonstriert. Dass sich nach Angaben der Opposition nur rund 38 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an den sogenannten Wahlen beteiligten, ist ein Schlag ins Gesicht Lukaschenkos und ein kleiner Erfolg der Opposition, die diese Scheinwahlen zu Recht boykottiert hat.

Die vermeintliche Stabilität seines Regimes beruht größtenteils auf Repression. Noch immer sitzen politische Gefangene in den Gefängnissen, unter ihnen auch Nikolai Statkevich, einer der Präsidentschaftskandidaten von 2009.

Das Lukaschenko-Regime hat politisch, wirtschaftlich und moralisch abgewirtschaftet. Sein politisches Überleben hängt am Tropf russischer Subventionen, die das Operettenregime künstlich am Leben erhalten. Mit Lukaschenko an der Spitze wird es in Belarus keine Reformen mehr geben können. Dem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern ist zu wünschen, dass dieser letzte Diktator Europas möglichst bald der Vergangenheit angehört.

Noch gibt es wenig Anzeichen dafür. Aber wie schnell sich der Wind drehen kann, haben auch andere Potentaten in den vergangenen Jahren zu spüren bekommen.

Keine Kommentare

[Beate Raudies, Mdl](#) - veröffentlicht am 26.09.2012, 15:57 Uhr - 8773 Clicks - Nr. 475

Treffen mit dem Kreisbauernverband

Um sich ein Bild von der Lebenssituation der Bauern im Kreis Pinneberg zu machen, haben sich die beiden neue SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies und Kai Vogel die Vorstandsmitglieder des Kreisbauernverbands Lars Kuhlmann, Peer Jensen Nissen und Hans Jürgen Hass zu einem Gespräch im Almthof im Appen getroffen.

Um sich ein Bild von der Lebenssituation der Bauern im Kreis Pinneberg zu machen, haben sich die beiden neue SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies und Kai Vogel die Vorstandsmitglieder des Kreisbauernverbands Lars Kuhlmann, Peer Jensen Nissen und Hans Jürgen Hass zu einem Gespräch im Almthof im Appen getroffen. Dort wurde ein Tag zuvor ein großes Erntedankfest mit mehr als 2000 Besuchern gefeiert. Für Beate Raudies ist klar: "Die bunten Umzüge an Erntedank sollen über eines nicht hinwegtäuschen: Das tägliche Brot ist alles andere als alltäglich, sondern muss hart von den Bauern auf den Äckern erwirtschaftet werden.» Auch auf dem Almthof, mit dem sich Eigentümer Hauke

Pein mit seiner Familie zusätzlich zur Milchwirtschaft touristische Felder erobert hat.

Seit einigen Jahren begeistern Hofcafe und Infoveranstaltungen rund um das Thema Landwirtschaft Jung und Alt. Tourismus auf dem Bauernhof, das sei sogar noch ausbaubar, so Hauke Pein. «Das scheitert allerdings an bürokratischen Hürden. Wenn wir uns vergrößern wollen, also eine Umnutzung beantragen müssten, würde uns das viel Geld kosten.» Denn Planungsrecht müsse geändert werden. Raudies und Vogel sagten zu, sich über Förderungsmöglichkeiten, etwa Finanzen aus dem Aktivregionprogramm, zu informieren.

Außerdem wollten die beiden Politiker erfahren, wie es um das Thema Maisanbau für Biogasanlagen bestellt ist. «Wird zu viel Mais im Kreis angebaut», fragte Raudies die Vertreter des Kreisbauernverbands. Dazu Lars Kuhlmann: «Diese Problematik ist im Kreis Pinneberg nicht vorhanden.» Ohnehin sei der Trend beendet, im Norden des Landes gebe es sogar schon Biogasanlagenbetreiber, die pleite seien. Doch nach wie vor sei Mais eine beliebte Anbaupflanze, da er vermehrt für die Ernährung von Rindern genutzt werde. Auch das sei ein Grund, weshalb kaum noch landwirtschaftliche Flächen brach liegen würden.

Flächenverbrauch und Verdichtung durch Autobahnbau und Erschließung von neuen Wohngebieten ist indes auch ein wichtiges Thema für die Landwirte. «Man geht davon aus, dass für einen Kilometer Autobahnbau 25 Hektar Ackerfläche verschwindet. Wenn dann auch noch für Ausgleichsflächen kostbare Felder dran glauben sollen, wird es für viele Bauer prekär», so Kuhlmann. Er schlug stattdessen vor, extensiv bewirtschaftete Flächen durch Ausgleichspflanzungen aufzuwerten. Die beiden Abgeordneten wollen diese Anregungen in entsprechenden politischen Gremien diskutieren.

Weiteres wichtiges Thema in der Runde: die schwierige Ausbildungssituation von in der Landwirtschaft tätigen Lehrlingen. «Zum einen verdienen Fachho etwa 2500 bis 3000 Euro brutto. Für eine 60-Stunden-Woche kein attraktiver Verdienst», so Kuhlmann. Zum anderem müssten Azubis oftmals lange Wege zu den Berufsschulen in Kauf nehmen. So auch die Lehrlinge vom Almhof, die zur Berufsschule nach Itzehoe fahren und etwa anderthalb Stunden mit Bus und Bahn unterwegs sind. «Wir werden uns um dieses Thema kümmern, damit es in einigen Jahren nicht zum Fachkräftemangel kommt», betonten Beate Raudies und Kai Vogel.

Ebenfalls Thema in der Runde: ökologischer Landbau. «Einige konventionelle Betriebsleiter sehen die Ökobetriebe in einem kritischen Licht. Wir sind uns aber einig darüber, dass Ökobauern hohe Produktionskosten haben und trotz gutem Image kämpfen müssen», so Kuhlmann. Dem stimmten die beiden SPD - Abgeordneten zu.

Weiterhin präsentierte Nissen den beiden Politikern eine kleine Erntebilanz für den Kreis Pinneberg: « Die Maisernte steht in den Startlöchern und wird leicht überdurchschnittlich ausfallen. Bei der Wintergerste wurden gute Erträge erbracht, wobei der Winterweizen aufgrund des kalten Frühjahrs eher durchschnittlich ausfiel, ebenso, wie der Roggen. Raudies und Vogel sowie die Vertreter des Kreisbauernverbands freuten sich über die positive Gesprächsatmosphäre und wollen sich bald wieder zu einer Themenrunde treffen.

Keine Kommentare

Die Paragraphenreiter der Piraten sind Verursacher, nicht Opfer

Es gibt bestimmte Regeln, die das menschliche Zusammenleben erleichtern. Damit meine ich noch nicht einmal den politischen, sondern den ganz privaten Bereich. Diese sehr einfachen Regeln sorgen im Übrigen dafür, dass wir im Konfliktfall nicht mit der Eichenkeule hintereinander herlaufen und uns gegenseitig den Kopf einschlagen.

Das ist einmal der Kompromiss und wenn dieser nicht zustande kommt, der Mehrheitsentscheid. Das beginnt bei ganz einfachen Sachen, wie z.B. sich auf das gemeinsame Fernsehprogramm zu einigen oder das nächste Reiseziel festzulegen.



Diese Prinzipien haben sich auch im politischen Raum bewährt: festgeschrieben in Verfassungen, Gesetzen, Geschäftsordnungen – nicht ausdrücklich festgeschrieben dort, wo Gespräche stattfinden im gegenseitigen Einvernehmen, Dinge flexibel und schnell zu regeln und Abläufe reibungslos auf den Weg zu bringen und wo unabhängig von inhaltlichen Differenzen ein gewisses Grundvertrauen herrscht, dass die Beteiligten von genau diesen Motiven geleitet werden und um Einigkeit und Kompromiss zumindest bemüht sind.

Ganz offensichtlich gibt es in diesem Hause sehr unterschiedliche Auffassungen darüber (das gilt auch innerhalb der Koalitions-Fraktionen), wie viel Öffentlichkeit nötig und wie diese herzustellen ist, was Voraussetzungen für vertrauensvollen Umgang miteinander sind und was die reine Höflichkeit an Verhalten gebietet. Und jeder Besuchergruppe erklären wir, dass im Landtag andere Spielregeln gelten, als beispielsweise in der Schulklasse, dass Zwischenrufe in gewissem Rahmen zugelassen sind und dass neben dem Plenum auch noch andere Arbeit zu leisten ist und daher die Reihen nicht immer vollständig gefüllt sind.

Entscheidend ist, dass dieses Parlament sich auf diese Spielregeln geeinigt hat und das diese Regeln sich im Zeitablauf ändern und heute anders aussehen als 1950.

Welche Situation haben wir heute: Da kommen sechs Abgeordnete und sagen: „Hallo, wir sind die Neuen. Wir wollen alles anders machen und wenn ihr das nicht mitmacht dann sind wir 1. schockiert und 2. ist uns egal, was die Mehrheit möchte. Wir ziehen unseren Striemel durch.“

An vielen Stellen wird klar, warum wir uns nicht der Deutungshoheit der Piraten unterwerfen wollen, was Diskussionsverläufe von Sitzungen angeht. An einem Beispiel kann ich dies deutlich machen: die Piraten vermehren sich lang und breit über das unmögliche Verhalten der etablierten Fraktionen, ihnen die Nutzung der sozialen Netzwerke verbieten zu wollen. Davon ist nirgendwo die Rede.

Mir ist es völlig egal, wo Sie sich virtuell tummeln, während diese Landtagssitzung am Laufen ist. Und das gilt für meine Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen auch. Ebenso gibt es schon seit der vergangenen Legislatur Diskussionen darüber, wie ein störungsfreier, weitgehend papierfreier Parlamentsbetrieb gewährleistet werden kann. Da haben wir uns auch ohne die Piraten auf den Weg gemacht und hier wird es zügig zu einer Lösung kommen. Also wenn Sie sich empören, dann doch bitte nicht über virtuelle Probleme, die in der realen Welt des Landtags von niemandem aufgeworfen worden sind.

Liebe Kollegen von den Piraten: Wenn Sie wirklich Veränderungen wollen, gibt es einen ganz einfachen demokratischen Mechanismus: Suchen Sie sich Mehrheiten. Das kostet etwas mehr Arbeit, als einfach darauf zu warten, dass andere bei Ihnen an die Tür klopfen, aber dafür werden Sie schließlich bezahlt.

Im Moment habe ich allerdings den Eindruck, dass die Piraten sich in der Rolle der armen Opfer gefallen, die sich geradezu darauf freuen, aus dem Sitzungssaal herausgetragen zu werden. Was wir ganz sicher nicht tun, ist Ihnen ein Forum für solch einen Affenzirkus zu liefern.

Ich möchte ausdrücklich herausstellen, dass die Geschäftsordnung bisher ohne explizite Regelungen zur Vertraulichkeit von Ältestenratsitzungen und ohne Sanktionsmöglichkeiten ausgekommen ist.

Ihnen ist möglicherweise auch aufgefallen, dass mangels einer Einigung im Ältestenrat zukünftig keinerlei IT-Technik mehr zulässig ist. Das ist das Resultat Ihres fehlenden Einigungswillens und nicht Ausfluss dessen, was die übrigen Fraktionen hier wollen.

Die Paragraphenreiter der Piraten sind Verursacher dieser Bestimmungen und nicht die Opfer der etablierten Parteien. Ich freue mich darauf, jetzt zügig wieder zur Tagesordnung zurückkehren zu können, damit wir uns nicht länger mit uns selbst, sondern mit Themen befassen können, die für Schleswig-Holstein wichtig sind.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 27.09.2012, 11:48 Uhr - 29931 Clicks - Nr. 477

SPD-Kreisvorstand in Klausur - Bürgerdialog geplant

Der Kreisvorstand der Segeberger Sozialdemokraten hatte sich für ein Wochenende in die Strengliner Mühle zurückgezogen, um sich mit aktueller sozialdemokratischer Politik, der Personalentwicklung des SPD-Kreisverbandes und der im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahl zu beschäftigen.

Ein angeregter Meinungsaustausch mit dem Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies – der sich erneut um eine Kandidatur bewerben wird – stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Den Schwerpunkt bildete dabei die Arbeit des Abgeordneten in seinem Wahlkreis Segeberg/ Stormarn-Nord.

Im Mittelpunkt der politischen Diskussion stand unter anderem die aktuelle Diskussion zur Altersversorgung in Deutschland und der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Siegmund Gabriel. Der SPD-Kreisverband erinnert dazu an seinen Antrag zur „Reform der Alterssicherung“ aus dem September 2010. Die darin enthaltene Forderung, „zu prüfen, ob in Zukunft auf ein einheitliches, festgelegtes Renteneintrittsalter zugunsten einer flexiblen, selbstbestimmten Lebensplanung verzichtet werden kann durch eine Form von Lebensarbeitszeit, deren Länge auch berufsspezifisch festgelegt werden kann“ wurde vom Vorstand bestätigt und soll noch einmal einem Kreisparteitag im November vorgelegt und dort diskutiert werden.

In Vorbereitung der Kommunalwahl im Mai 2013 bereitet der Kreisverband einen Bürgerdialog vor. Alle Mitglieder, Vereine und Verbände und politisch Interessierte sollen zu einem Dialog eingeladen werden, der sich an den Themen Wirtschaftskraft und Arbeit, Förderung der Familie, Armut im Alter und bei Kindern, Gesundheit, Naherholung und Sport sowie Umwelt und Energie orientieren will aber auch andere von den Teilnehmern vorgeschlagene Themen aufgreifen soll. „Einladungen mit Veranstaltungsort und Details werden mit 4 Wochen Vorlauf erfolgen“ sagte SPD-Sprecher Horst Ostwald zu.

Zur personellen Aufstellung der Kreis-SPD konnte der Vorsitzende Andreas Beran zufrieden feststellen, dass man zu diesem Zeitpunkt auf einem sehr guten Weg sei, was die Bewerber für die Vorstandswahlen im November und die Kandidaturen zur Kommunalwahl angehe.

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 27.09.2012, 14:54 Uhr - 8045 Clicks - Nr. 478

Mehr Vertrauen in ehrenamtliche Kommunalpolitiker

Rede von Beate Raudies im Schleswig-Holsteinischen Landtag am 27.09.2012 zum Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz.

Heute ist ein guter Tag für die kommunale Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein. Mit dem von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Gesetzentwurf zur Fortentwicklung des Konsolidierungsgesetzes macht das Land einen großen Schritt auf die Kommunen zu und reicht die Hand zum Dialog!

Das noch geltende Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz ist in der Vergangenheit von vielen Kommunen kritisiert worden. Einer der Hauptkritikpunkte war die ausschließliche Gewährung von Konsolidierungshilfen. Wer dieses Angebot des Landes nicht annehmen wollte, ging für insgesamt 10 Jahre des Rechts auf Fehlbetragszuweisungen verlustig. Wer es annahm, gab damit faktisch alle finanziellen, personellen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten auf. Kritik richtete sich weiterhin gegen den mit dem Gesetz verbundenen Verwaltungsaufwand in Form der jährlich vorzulegenden Listen und Berichte.

Auch deshalb sieht der Koalitionsvertrag eine Aufhebung des Gesetzes vor. Weiter heißt es: In Abstimmung mit den Kommunen soll eine alternative Lösung zur Konsolidierung kommunaler Haushalte erarbeitet werden. Die kommunalen Landesverbände haben daraufhin für ein beschleunigtes Verfahren plädiert, um den betroffenen Kommunen Planungssicherheit zu geben. Dem trägt unser Gesetzentwurf Rechnung. Dieses Verfahren bietet Vorteile für alle Kommunen.

1. Für die an der Konsolidierungshilfe interessierten Kommunen stehen - einschließlich der Fehlbetragszuweisungen - jährlich 75 Millionen Euro zur Verfügung. Im Ergebnis werden die Hilfen für notleidende Kommunen also unvermindert gewährt.

2. Diese Kommunen erhalten ein ECHTES Wahlrecht. Die kommunalen Vertretungen können künftig selbst entscheiden, ob sie einen öffentlich-rechtlichen Vertrag abschließen und Konsolidierungshilfe in Anspruch nehmen wollen oder Fehlbetragszuweisungen.

3. Für die Kommunen, die keine potenziellen Konsolidierungshilfe-Empfänger sind, bleibt alles beim Alten - sie verschlechtern sich nicht.

Das von uns vorgeschlagene Verfahren findet mit der Zustimmung der kommunalen Landesverbände auch die Akzeptanz der Betroffenen. Mit dieser Neufassung des Gesetzes zeigt sich das Land als echter Partner der Kommunen. Dieser Gesetzentwurf nimmt die kommunale Selbstverwaltung Ernst und setzt Vertrauen in die Tätigkeit der ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Und das ist für die SPD-Fraktion der wichtigste Punkt bei dieser Neuregelung: Wir trauen unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zu, die finanziellen Probleme vor Ort in eigener Verantwortung zu lösen. Dabei braucht es sicherlich in einigen Fällen Hilfe und Unterstützung vom Land. Was die Kommunen nicht brauchen, sind Besserwisseri, Überwachung und Bevormundung.

Alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die ich kenne, sind sich dieser Verantwortung bewusst und auch bereit, sich ihr zu stellen. Der Tenor des alten Gesetzes

war geprägt von Misstrauen und Kontrolle. Das Land agierte nicht als Partner, sondern wie ein rechthaberischer Schulmeister.

Ich bin seit über 20 Jahren Stadtverordnete in Elmshorn. Die Stadt war und ist finanziell nicht auf Rosen gebettet - das Wort „freie Finanzspitze“ kennen wir kaum. Deswegen waren und sind die Haushaltsberatungen in Elmshorn geprägt von größter Sparsamkeit, und großzügig, gar leichtfertig sind wir nie mit dem Geld umgegangen. Seit Jahren betreibt die Stadt Haushaltskonsolidierung. Die mit dem Haushaltserlass des Innenministeriums vorgelegten Listen mit Sparvorschlägen haben wir regelmäßig abgearbeitet und bis auf wenige Ausnahmen abgehakt. Trotzdem reicht es nicht, wenn von heute auf morgen ein Gewerbesteuer-Zahler ausfällt und die Einnahmen innerhalb eines Jahres um mehr als 14 Mio € zurückgehen. Dagegen kann man nicht ansparen. Und sich dann sagen lassen zu müssen, man habe schlecht gewirtschaftet und sei selbst schuld an der Misere, trägt nicht zur Motivation bei.

Zugegeben, ich spreche nur aus meiner zwar langjährigen, aber regionalen Erfahrung. Aber auch der Kreis Pinneberg, der zu den wirtschaftsstärksten Regionen des Landes gehört, kommt seit Jahren mit dem Geld nicht aus. Mir scheint, da ist ein Fehler im System...

Deswegen ist es unsere Aufgabe, die Position derjenigen zu stärken, die sich vor Ort mit den Finanzproblemen auseinandersetzen, und ihnen nicht mit überzogenen Vorgaben Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Dies erreichen wir durch unseren Gesetzentwurf, und deswegen ist heute ein guter Tag für die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Schleswig-Holstein!

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 27.09.2012, 15:08 Uhr - 5797 Clicks - Nr. 479

Grußwort auf der Landeskonzferenz 60plus in Neumünster

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus führte ihre 10. Landeskonzferenz zum Thema: Demographischer Wandel – wir mischen uns ein am 26.09.2012 in Neumünster durch.

Folgendes Grußwort hielt der AfA Landesvorsitzender Wolfgang Mädler

Liebe Gertrud, Liebe Genossinnen und Genossen,
die herzlichsten Grüße vom Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Wir haben uns gefreut über die Einladung ich bin auch sehr gerne zu euch gekommen. Die Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften in Schleswig-Holstein ist auf einem guten Stand und mit eurer derzeitigen Vorsitzenden Gertrud Ehrenreich nicht nur herzlich sondern auch von vielen übereinstimmenden Inhalten getragen.

Euer Motto: „Demographischer Wandel – wir mischen uns ein“, ist die richtige Ansage an die Partei, an Jung und Alt und ganz besonders an die Arbeitnehmer.

Es ist hochaktuell, wie man den Medien der letzten Wochen entnehmen kann und für unsere Partei existenziell, wenn wir auch die Partei der „kleinen Leute“ bleiben wollen. Wir haben mit viel Kraftanstrengung aber auch durch viele Blessuren bei den Wahlen den fatalen neoliberalen Politikkurs verlassen. Es geht insbesondere darum Vertrauen zurückzugewinnen und am Solidarprinzip ausgerichtet den demographischen Wandel politisch und inhaltlich zu gestalten.

Wenn ihr – der geballte Sachverstand aus den früheren Tätigkeiten in Arbeitsgemeinschaften, in der Kommunal- und Landespolitik, in den Kreisvorständen und

Ortsvereinen sagt: wir mischen uns ein, sagt die AfA – wir mischen mit.

Wir mischen mit zur Beantwortung der derzeitigen Fragen in der Arbeitswelt, wie Mindestlohn, Tariftreue und Leiharbeit, in der Gesundheitspolitik und den Rentenfragen und den weiteren Zukunftsfragen der heutigen Jugend.

Wer heute den Mindestlohn verweigert und junge Menschen durch Leiharbeit in unsichere Arbeitsverhältnisse stürzt braucht mit uns über Grundsicherung nicht ernsthaft reden, weil damit schon die Voraussetzung für Altersarmut in der Zukunft nicht korrigiert, sondern eher zementiert wird.

Doch wir müssen auch unsere Partei immer wieder daran erinnern für wen und für was wir stehen.

Unser Landesvorsitzender Ralf Stegner hat in der aktuellen Diskussion zum SPD Rentenkonzept ein gute Figur gemacht. Er hat wesentliche Änderungen ins Konzept der Bundespartei mit durchgesetzt und mit Hannelore Kraft, Kurt Beck und dem AfA Bundesvorsitzenden Klaus Barthel es geschafft die Zementierung der Rentenabsenkung auf 43 % wieder bis zum Parteikonvent zu öffnen. Das lässt hoffen und wenn wir gemeinsam noch offener auftreten wird unsere Partei einen sozialen Kurs behalten. Ich wünsche der Konferenz einen guten Verlauf und reiche dem neu zu wählenden Landesvorstand die Hand zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.09.2012, 16:46 Uhr - 27296 Clicks - Nr. 480

Ulrich Kaminski einstimmig vornominiert

Auf der Mitgliederversammlung der SPD-Ortsvereine Hohn, Hamdorf, Nübbel und Elsdorf-Westermühlen am 26.01.2012 in Hohn wurde der Kreistagsabgeordnete Ulrich Kaminski einstimmig zum Kreistagskandidaten zur Kommunalwahl 2013 für den Wahlkreis 06 vornominiert.

Die Versammlung wurde von Sabrina Jacob, Ortsvereinsvorsitzende der SPD aus Schacht-Audorf und Vorsitzende des Kreisparteiausschusses, souverän geleitet. Die Bestätigung der Nominierung erfolgt mit der Ausfstellung der Liste auf einem Kreiswahlkonferenz der SPD im März 2013.

Seit 1998 ist Ulrich Kaminski in der SPD-Kreistagsfraktion aktiv. Seine vierte Wahlperiode soll zugleich die letzte sein, kündigte Kaminski in der Versammlung an. Er will sich weiterhin für die politischen Schwerpunkte Soziales, Gesundheit und Arbeit im Kreistag engagieren sowie die Haushaltskonsolidierung im Blick haben. Diese sei Voraussetzung dafür, die Kreisumlage auf dem landesweit niedrigsten Stand zu belassen und die Gemeinden und Städte des Kreises finanziell auch in Zukunft zu entlasten.

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 27.09.2012, 17:54 Uhr - 5155 Clicks - Nr. 481

5. Suchsdorfer Lesefest

Die Suchsdorfer SPD lädt wieder alle Kulturinteressierten und Bürgerinnen und Bürger zum Suchsdorfer Lesefest ein. Dieses Jahr können wir das fünfte Jubiläum feiern. Unter dem Motto "Kultur im Stadtteil" werden wieder 4 prominente Kieler_innen aus ihren Lieblingstexten lesen. Kommen Sie vorbei, wir freuen uns!

5. SUCHSDORFER LESEFEST -ein kleines Jubiläum-

Liebe Leserinnen und Leser,
ob es auch in diesem Jahr wieder ein Lesefest geben würde, wurden wir immer wieder gefragt. Die Antwort ist: ja ! Die Idee: Bekannte Kielerinnen und Kieler lesen aus ihren Lieblingstexten. Damit begannen wir im Jahr 2008 die Lesefestreihe. Damals haben wir uns nicht vorstellen können, wie stark diese Veranstaltung in Suchsdorf angenommen würde. Für uns Verpflichtung weiterzumachen, in diesem Jahr zum fünften Mal. Wir haben also das erste kleine Jubiläum erreicht- vielleicht wird es ja mal ein ilbernes?

In diesem Jahr findet das Lesefest am Freitag, 02. November 2012 um 19:00 Uhr im Kinderhaus der AWO am Nienbrügger Weg statt. Sie sind wieder herzlich eingeladen.

Wir freuen uns auf die Lieblingstexte unserer vier Gäste. Dazu werden in diesem Jahr der Kieler AWO-Kreisvorsitzende und MdL Jürgen Weber sowie die SPD-Kandiatin für das Amt der Oberbürgermeisterin, Dr. Susanne Gaschke, gehören. Freuen Sie sich außerdem auf zwei Überraschungsgäste! Die Moderation übernimmt Andrea Kößling. Der Eintritt ist frei. Wir freuen uns auf Sie!
Ihr Thomas Wehner, Ratscherr



Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.09.2012, 19:57 Uhr - 28210 Clicks - Nr. 482

Die Lotsin übergibt ein seetüchtiges Schiff

Gertrud Ehrenreich gibt Landesvorsitz ab

Seit Gründung der AG 60 plus hat sich Gertrud Ehrenreich auf Kreis- und Landesebene für die Belange der Älteren in der Spd eingesetzt. Seit 2008 war sie Vorsitzende der AG 60 plus im Landesverband Schleswig-Holstein.

In unzähligen Veranstaltungen bis hin zur Tagungen im Bundesausschuss der SPD stand Gertrud Ehrenreich für die AG 60 plus SH an der Spitze der Delegierten und setzte sich dafür ein, dass die Anträge der Nordsenioren in Beschlüsse umgesetzt wurden. "Wir mischen uns ein - Das war stets ihr gelebtes Ansinnen", so der Kreisvorsitzende der Kreis AG 60 plus Hans Peter Robin, " sie hat sich in all den Jahren um die SPD-Seniorenpolitik verdient gemacht. Herzlichen Dank Gertrud !"

Wir mischen uns ein war auch das Motto der Landeskonferenz der AG 60 plus in Neumünster. Als Nachfolgerin für den Landesvorsitz wählten die 105 Delegierten Anke Rönnaus aus Nordfriesland., die 104 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde wird auch zukünftig im Landesvorstand vertreten sein. Bernhard Fleischer vom OV-Sehestedt wurde mit dem fünftbesten Ergebnis als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Die Kreis-AG 60 plus brachten einen Antrag zur Rentenreform und Altersarmut ein, der mit großer Mehrheit an die Landesregierung verwiesen wurde.

"Die SPD Senioren werden sich auch weitermischen ", sagte Gertrud Ehrenreich in ihrer Abschiedsrede, "lasst Euch nicht an die Seite schieben, ich erinnere nur an den Versuch des Bundesvorstandes, die AG`S in ihrem Einfluss zu beschneiden"

Keine Kommentare

Mit NORMA vernünftig umgehen

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten fordern, vernünftig und angemessen mit den Ansiedlungswünschen der NORMA in Bad Bramstedt umzugehen. „Wir können uns zunächst einmal freuen, dass ein solch namhaftes Unternehmen Interesse am Standort Bad Bramstedt zeigt und sollten es nicht gleich abbügeln, wie es aus dem einen oder anderen Munde in der letzten Sitzung des Planungsausschusses kam.“

das sagte SPD-Fraktions Sprecher Bodo Clausen während der Jahreshauptversammlung seiner Partei. „Aus diesem Grund legen wir Wert darauf, dass das Bebauungsplanverfahren am Kieler Berg ergebnisoffen diskutiert wird.“

Die Aufstellung eines Bebauungsplanes wäre nach Ansicht der SPD rausgeworfenes Geld und Aktionismus der CDU, wenn man das Ergebnis des Verfahrens nicht offen hielte.. Da noch gar kein Bauantrag der NORMA vorliege, gäbe es sonst keinen vernünftigen Grund für diese Verwaltungskosten und den Planungsaufwand. Wer einfach nur einen Supermarkt dort verhindern wolle, brauche dafür derzeit keinen Bebauungsplan. Die Frage, wer die Kosten des Verfahrens tragen soll, habe die CDU auch noch nicht beantwortet. Die Verwaltung hat die Kosten noch nicht beziffert.

In der SPD gibt es nicht nur eine Stimme, die Verständnis für die Wünsche gerade älterer Bewohner der Nordstadt hat, dass dort eine Einkaufsmöglichkeit geschaffen wird. Günter Casper, für die SPD im Planungsausschuss tätig: „Für jeden Einkauf bergauf und bergunter ist für viele ältere Mitbürger eine anstrengende Geschichte. Bevor die Wünsche von NORMA negativ beschieden werden, sollte die Stadt oder der BVV eine Umfrage initiieren, in der die Meinung der Bewohner zwischen Maienbeeck und Liethberg/Kieler Straße erfragt wird. Die Bürgermeinung ist uns als SPD wichtig.“

Die SPD möchte in Gesprächen mit der NORMA ferner prüfen, ob evtl. auch ein anderer, innerstädtischer Standort gefunden wird, an dem sich NORMA niederlassen kann und so die Innenstadt stärkt. „Die Stärkung der Innenstadt haben wir den Bürgern und den Geschäftsleuten als Ziel genannt. Daran wollen wir arbeiten und ein potentes Unternehmen wie NORMA kann da ein geeigneter Partner sein.“ ergänzt Arnold Helmcke die Ausführungen seiner Parteifreunde.

Keine Kommentare

SPD Reinfeld bedankt sich bei Bürgermeister Horn für zehnjährige Amtsführung

Am 12. September 2002 begann Gerhard Horn seine Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Reinfeld. Die SPD Reinfeld nahm die vergangene Stadtverordnetenversammlung zum Anlass um ihm für seinen unermüdlichen Einsatz für Reinfeld und seine Bürger in den vergangenen zehn Jahren zu danken.

Fraktionsvorsitzender Rolf Hanf: „Ohne Ihr Engagement und ohne Ihr ständiges Wirken zum Wohle der Stadt stünden wir heute nicht da, wo wir inzwischen angekommen sind und könnten keine so positiven Entwicklungen vorweisen“.

Wegen des überraschenden Todes des Kämmerers Torsten Brelle wurde auf ein öffentlich



ausgesprochenes Dankeschön mit Blumenstrauß verzichtet und von Rolf Hanf ein Buchgutschein überreicht, verbunden auch mit dem Dank für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der SPD.

Keine Kommentare

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 28.09.2012, 16:54 Uhr - 11008 Clicks - Nr. 485

Gendertrouble am Meer - Feminismus- Seminar in Eckernförde

Am vergangenen Wochenende trafen sich Jungsozialist_innen der Kreisverbände RD-Eck, Stormarn und Dithmarschen in Eckernförde, um ein gemeinsames Gendertraining durchzuführen.

"Dort", so erklärt der Kreisvorsitzende der Jusos Rendsburg- Eckernförde, Moritz Deutschmann (22), "haben wir uns kritisch mit den sozialen Rollen der Geschlechter auseinandergesetzt, um damit bestehende Ungleichheiten in unserer Gesellschaft aufzudecken."

Dabei sei es offensichtlich, dass auch heute, über hundert Jahre nach Beginn der Frauenbewegung, nach wie vor Frauen in Führungspositionen unterrepräsentiert sind und für gleiche Arbeit deutlich weniger Lohn erhalten. So liegt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland bei durchschnittlich 23 Prozent und damit weit über anderen EU- Staaten, wie beispielsweise Italien mit unter fünf Prozent. "Die Auseinandersetzung mit Feminismus und die Aufbrechung der zugeschriebenen Geschlechterrollen ist daher wichtiger denn je", erklärt die Kreisvorsitzende der Jusos Stormarn, Delara Burkhardt (19).

Die rein männliche Riege der SPD- Kanzlerkandidaten zeige dabei, dass auch die SPD nach wie vor verstärkt auf Frauenförderung setzen müsse. Notwendig sei dafür nach Meinung der Jungsozialist_innen eine verstärkte Ansprache (junger) Frauen und deren bessere Beteiligung innerhalb der Partei durch Instrumente wie die Quote. Eine weitere Forderung ist die Verhinderung des Betreuungsgeldes, das die Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter nur zementiere. Neben weiteren Maßnahmen im arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Bereich ist es auch Aufgabe der Medien, sexistische Stereotype nicht zu verbreiten.

Eine Teilnehmerin aus Dithmarschen fasst zusammen: " Dieses Seminar hat mich persönlich bereichert und ich glaube, dass die Jusos auf einem guten Weg hin zu einer geschlechtergerechteren Gesellschaft sind."

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 28.09.2012, 17:24 Uhr - 14681 Clicks - Nr. 486

Auf dem Weg ins Kanzleramt:

SPD-MdB Franz Thönnnes: Peer Steinbrück schafft es!

Erfreut zeigt sich SPD-MdB Franz Thönnnes über den heute gemachten Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, den einstigen deutschen Finanzminister und ehemaligen schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Peer Steinbrück zum Kanzlerkandidaten der SPD zu nominieren.



Jetzt habe man Klarheit bei der SPD und die ganze Partei könne nun im Wissen um die Person und vor dem Hintergrund der bisherigen Beschlüsse an die Erarbeitung eines Regierungsprogramms für Berlin und die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 2013 gehen.

Thönnies: „Mit einer rot-grünen Bundesregierung wird Deutschland wieder sozial gerechter, ökologisch vernünftiger und wirtschaftlich kompetenter in Europa regiert. Die Menschen wissen, dass der ökonomische und finanzpolitische Sachverstand in der Bundesregierung von 2005 – 2009 eindeutig bei Peer Steinbrück verortet war. So rückt denn nun die Ablösung von der völlig zerstrittenen Koalition von Schwarz-Gelb Tag für Tag näher.“

Und so postete Franz Thönnies um 16.00 bei facebook: „Hol di stief Peer! Und dann klarer Kurs der SPD auf ´s Kanzleramt!“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.09.2012, 10:45 Uhr - 8018 Clicks - Nr. 487

Zusammenarbeit mit Hamburg

Landtagsrede vom 28. September 2012

Mit dem „Zuerst-Machen“ ist das so eine Sache. Man kann nicht alles zuerst machen. Es gibt bei Abiturienten den beliebten Streich, das Lehrerzimmer mit lauter gefüllten Wasserbechern voll zu stellen. Die müssen alle weg, wenn man das Zimmer wieder betreten will, aber die können nicht alle zuerst weg. Nun stellen wir uns einmal Torsten Albig vor, wie er eine mit Wasserbechern voll gestellte Staatskanzlei betrat...

Nun fordert also die CDU, die in der letzten Legislatur alle unsere Anträge zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit Hamburg ablehnte, uns zuerst diesem Thema zuzuwenden. Und in der Sache ist diese Forderung richtig.

Der UV Nord fordert uns als Politik seit Langem auf, „auf allen politischen Themenfeldern so eng wie möglich zusammenzuarbeiten.“ Die CDU bittet uns nun zu beschließen, und diesem Teil können wohl alle Anwesenden zustimmen: „Die Kooperation der norddeutschen Bundesländer hat für Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Dabei kommt der besonderen Kooperation mit Hamburg für Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung zu.“

Wir freuen uns, dass die Kollegen der CDU jetzt auch in diese Richtung arbeiten. Und das sinnvollerweise auch mit einem Parallelantrag in der Hamburgischen Bürgerschaft. Und Sie fordern für die gute Nachbarschaft eine Beteiligung der Parlamente. Zu Recht! Die Beteiligung kann, diesem Vorschlag hat sich die CDU bisher leider verweigert, über einen gemeinsamen Ausschuss beider Länder passieren, der formal, das haben wir alle gelernt, aus zwei Ausschüssen besteht, die immer gemeinsam tagen.



Überhaupt sollten wir häufiger mit den Hamburgern sprechen. Noch vor der Landtagswahl wurde ein informelles Zusammentreffen der Parlaments- und Fraktionsspitzen von Seiten der CDU abgelehnt, weil es offenbar nicht in die Wahlkampf-dramatik mit wilden Angriffen auf Hamburg passte. Bis vor Kurzem kommentierten Sie negativ, dass Torsten Albig und Olaf Scholz sich eine gute Nachbarschaft zum Ziel setzten. Jetzt soll es also losgehen - gut so!

Nachdem der letzte Wirtschaftsminister hat prüfen lassen, ob er mit seinem Haus Vereinbarungen mit Hamburger Behörden schließen sollte - war ein einheitliches Vorgehen des gesamten Carstensen-Kabinetts nicht möglich? - greift die CDU dieses Gutachten heute auf, das ein „gemischtes Abkommen“ – auf den Ebenen Regierung, Verwaltung und Parlament – in Form eines Staatsvertrags empfiehlt. Zu klären ist, ob die Regierung einen Grundlagenstaatsvertrag zuerst verhandeln oder zuerst der Dialog der Parlamente gesucht werden sollte. Ich fände es gut, wenn wir auf parlamentarischer Ebene eine Art Kooperationsplan entwickeln, der langfristig funktioniert und sogar Regierungswechsel, so sie denn stattfinden, überdauert.

Ich kann aber auch Menschen verstehen, die zunächst einmal die Zusammenarbeit am Beispiel einzelner Vorhaben verbessern wollen und quasi auf mehrere kleine Staatsverträge setzen statt auf einen großen.

Zusammenarbeit, die von unten wächst: In der Metropolregion gibt es das schon. Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Ebenen, Zusammenarbeit von Stadt und Land, Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg. Für all das ist die Metropolregion Hamburg heute tatsächlich schon ein gelungenes Beispiel.

Die SPD hält es noch immer für eine gute Idee, bisher unregelmäßig stattfindende gemeinsame parlamentarische Beratungen zu institutionalisieren. Wir brauchen eine Form der Zusammenarbeit, die dauerhaft funktioniert. Wir sollten uns darüber verständigen, auf welchen vorhandenen Regelungen wir aufbauen können. Das Parlamentsinformationsgesetz sieht Berichterstattung der Regierung zur Zusammenarbeit mit anderen Ländern vor. Die Entgegennahme dieser Berichte könnte, was Hamburg angeht, meines Erachtens an den schleswig-holsteinischen Teil des gemeinsamen Ausschusses delegiert werden.

Eine Verbesserung der der Kooperation sollte Zielsetzung sein. Dafür gibt es verschiedene Mittel, über die wir uns im Innen- und Rechtsausschuss verständigen wollen. Deshalb beantrage ich Ausschussüberweisung. Und dann los!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.09.2012, 10:51 Uhr - 8130 Clicks - Nr. 488

Dialog zum Schulgesetz ermöglichen

Landtagsrede vom 28. September 2012

„Stell Dir vor, es gibt eine Regierung, die hört Dir zu!“ – das war in den 80er Jahren der Wahlkampflogan von Björn Engholm, der – mit ein bisschen Hilfe der Gegenseite – sehr erfolgreich war. Und die Idee ist immer gut!

Schleswig-Holstein war früher geradezu berüchtigt für seine politische Unbeweglichkeit. 38 Jahre CDU-Regierungen in Folge war schon fast ein Rekord, der nur im Süden der Republik übertroffen wurde. Mittlerweile ist unser Land eher dafür bekannt, politisch besonders sprunghaft zu sein. Wir haben jetzt innerhalb von vier Legislaturperioden vier verschiedene Koalitionsregierungen.

Das Schulgesetz von 2007, das von einer sehr breiten Mehrheit hier im Haus verabschiedet wurde, wäre eine gute Grundlage für einen Schulfrieden gewesen, der den Schulen solche Friktionen erspart hätte. Es hat nicht sollen sein, weil die CDU der FDP die Chance überlassen hat, sich zweieinhalb Jahre im Bildungsbereich auszutoben.

Wir wollen das anders machen. Wir haben uns im Koalitionsvertrag zu einem breiten Dialog mit den Betroffenen verpflichtet, der die Debatte hier im Parlament nicht ersetzen, ihm aber vorangehen soll. Diese Regierung hört zu! Die von Frau Ministerin Wende am 8. September organisierte Bildungskonferenz war daher nicht als Schlachtfeld der Parteipolitiker gedacht, sondern als ein Forum, bei dem der Part der Politikerinnen und Politiker darin bestand, zuzuhören. Und das werden wir fortsetzen. Es wird weitere Bildungskonferenzen und Arbeitsgruppen geben, die die nächste Schulgesetznovelle so vorbereiten sollen, dass sie für länger als drei oder vier Jahre Bestand hat.



Das heißt nicht Standpunktlosigkeit der Koalition. Ich will hier nicht zum hundertsten Mal unser Bekenntnis zum längeren gemeinsamen Lernen wiederholen und nicht zum tausendsten Mal darüber philosophieren, dass das Kernübel des deutschen Bildungswesens ist, dass soziale Herkunft und Bildungschancen in einem Maße miteinander verknüpft sind, wie wir es auf keinen Fall hinnehmen können.

Das Vorschaltgesetz, das die Koalition heute vorlegt, steht nicht im Widerspruch zum Dialog, sondern ermöglicht ihn erst. Stellen Sie sich ein Schachturnier vor, das sich so lange hinzieht, dass es unterbrochen werden muss. Dann muss natürlich sichergestellt sein, dass das Spiel am nächsten Morgen bei exakt dem Stand wieder aufgenommen werden kann, bei dem die Spieler am Abend ihren Tisch verlassen haben. Es kann dann nicht so sein, dass die Figuren über Nacht neu gruppiert werden.

Deswegen brauchen wir ein Moratorium, das für den Übergangszeitraum bis zur definitiven Schulgesetznovelle Bewegungen verhindert, die aus unserer Sicht in die falsche Richtung gehen. Darüber habe ich hier im August bereits gesprochen.

Wir wollen nicht, dass die Phase des Dialoges dadurch unterlaufen wird, dass Gemeinschaftsschulen – aus welchen Gründen auch immer – Gebrauch von der unseres Erachtens völlig falschen Möglichkeit aus der Schulgesetznovelle von 2011 machen, sich so zu organisieren wie kooperative Gesamtschulen mit abschlussbezogener Außendifferenzierung. Wir wollen auch nicht, dass weitere Gymnasien von G8 auf G9 oder auf das Y-Modell übergehen. Aber deutlich: Alle, die das heute anbieten, dürfen es weiterhin. An keiner Schule muss sich durch dieses Vorschaltgesetz etwas ändern!

Wir wissen heute noch nicht, welche Modelle am Ende des Dialogverfahrens konsensfähig sind. Wir treten ein für ein strukturell vereinfachtes und bundesweit soweit wie möglich kompatibles System, das Wechsel über die Ländergrenzen während der Schulzeit nicht mit dem Verlust eines Jahres bestraft. Wir streben eine flächendeckende Wahlfreiheit an, die durch G9 an den Gemeinschaftsschulen und G8 an den Gymnasien gesichert wird. Das ist unser Angebot für den Dialog und wir werden alternative Positionen mit großem Ernst zur Kenntnis nehmen.

Die Novellierung des Schulgesetzes wird zum Schuljahr 2014/15 wirksam werden; bis dahin gilt das Vorschaltgesetz. Das gibt uns alle Zeit der Welt für die Bildungskonferenzen und für eine intensive Behandlung im Plenum und im Bildungsausschuss. Darin liegt einer der großen Unterschiede zwischen unserer Bildungspolitik und der Brechstangen-Strategie der Vorgängerregierung, die Anhörungen – wenn sie denn überhaupt stattfanden – zur formalen Farce degradiert hat.

Ich bitte um Überweisung unseres Gesetzentwurfes in den Bildungsausschuss.

Keine Kommentare

Susanne Gaschke setzt sich für Leseförderung in Kiel ein

Die Oberbürgermeisterkandidatin der Kieler SPD Susanne Gaschke besuchte gemeinsam mit SPD-Landesvorstandsmitglied Kristin Alheit das AWO-Kinderhaus Nienbrügger Weg in Suchsdorf, um dort den Kindern aus dem Buch „Paddington“ vorzulesen um damit auf ein bundesweites Projekt der „Stiftung Lesen“ aufmerksam zu machen. Mit dem Projekt sollen Eltern zur Leseförderung ermuntert und dabei unterstützt werden. Dafür erhalten die Kinder im Rahmen der U6-Untersuchung, mit drei Jahren in der KITA und als Sechsjährige in der Grundschule oder in der Stadtteilbücherei Bücherpakete. Kinder, denen häufig vorgelesen wird, haben eine höhere Sprachkompetenz, besseres Vorstellungsvermögen und damit bessere Bildungschancen als Kinder die ohne Bücher aufwachsen. Gaschkes Ziel ist es, in Zukunft alle Kieler Kinder mit diesem Projekt zu erreichen.



Im AWO-Kinderhaus Nienbrügger Weg werden derzeit 120 Kinder in fünf Elementar- und einer Krippengruppe betreut. Die KITA verfolgt das Konzept der offenen Einrichtung, bei dem die Kinder in verschiedenen Fachräumen nach ihren jeweiligen Vorlieben und Wünschen fachgerecht betreut werden. Dabei gibt es unter anderem einen Bibliotheksraum, in dem regelmäßig vorgelesen wird. Dort versammelten sich die Kinder, die sich an diesem Morgen fürs Lesen entschieden hatten, um Susanne Gaschke, die ihnen mehrere Kapitel aus dem Buch Paddington von Michael Bond, vorlas.

„Lesen ist unglaublich wichtig für Kinder. Bücher und Geschichten sind die allererste Voraussetzung für Bildung. Und das Tollste: Lesen kostet nichts und macht großen Spaß“, sagt Gaschke, die Kiel zu einer Bundeshauptstadt der Leseförderung machen möchte.

Keine Kommentare

Gärten der Begegnung

Schon als das Kuratorium des Olof-Palme-Friedenspreises den Namen des Projekts „Gärten der Begegnung“ das erste Mal hörte, war die Neugier geweckt. Den Preis gewann das Stadtteilprojekt aus Ahrensburg-Gartenholz zwar 2012 (noch) nicht, aber die Kuratoriumsvorsitzende Birgit Kassovic und der damalige SPD-Kreisvorsitzende verabredeten spontan einen Besuch bei den internationalen Kleingärtnern, um Gärten und Begegnung vor Ort zu erleben.

Der Initiator Jürgen Martens lud Kassovic und Habersaat, inzwischen stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, nach Ahrensburg ein und erzählte von der Entstehung und Umsetzung einer guten Idee. Natürlich wurden auch die Gärten besichtigt, und natürlich gab es spannende Begegnungen. Martin Habersaat: „Toll, in gemütlicher Runde bei türkischen und russischen Spezialitäten über so ein verbindendes Projekt zu sprechen und ins Klönen zu kommen!“ Da konnten nicht einmal zeitweise Regengüsse die Stimmung trüben...

Cord Denker stellte das Projekt, als es für den Olof-Palme-Friedenspreis 2012 nominiert war, so vor:

Ein interkulturelles Gartenprojekt

Wer ein Herz für Menschen und ein Gespür dafür hat, dass wir Menschen, gleich welcher Hautfarbe, gleich welcher Kultur... dass wir Menschen doch alle Kinder Gottes sind und eigentlich ins Paradies gehören, hat vielleicht dann eine Vision, wie wir alle im Grünen friedlich miteinander leben könnten, ohne Zäune. Da aber so viele Menschen auf diesem Erdball leben, ist der Platz knapp geworden, doch für Kleingärten reicht es immer noch. Und dann hat ein Mensch die Idee, ein interkulturelles Gartenprojekt in die Wege zu leiten: Jürgen Martens in Ahrensburg. Sein Gartenprojekt dient der friedlichen Kommunikation von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen und gleichzeitig der Begegnung mit einheimischen Hobbygärtnern: Deutsche, Türken, Russen und



Griechen teilen sich im Ahrensburger Stadtteil Gartenholz eine Lauben-Kolonie. Hier können Vorurteile abgebaut werden, Menschen können sich hier arbeitend oder feiernd begegnen und voneinander lernen. Zeitungen und sogar der Rundfunk haben sich mit dieser Initiative beschäftigt und sie hervorgehoben. Das Olof-Palme-Gremium war entzückt von diesem liebenswürdigen Projekt: So charmant kann Integration sein, wenn man fremden Menschen unter uns Heimat gewährt. Wir gratulieren Herrn Jürgen Martens zu dieser Idee und dem Projekt. Wir werden es im Auge behalten und bitten, uns das Datum für den „Tag der offenen Pforte“ mitzuteilen.

Fotoalbum:

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/unterwegs-im-land/gaerten-der-begegnung.html>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 01.10.2012, 15:45 Uhr - 7511 Clicks - Nr. 491

Weg zur Kann-Regelung bei den Schülerbeförderungskosten

Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, geht davon aus, dass der Landtag die Verpflichtung der Kreise, in ihren Satzungen eine Beteiligung von Eltern oder volljährigen Schülern an den Kosten der Schülerbeförderung vorzusehen, im November aus dem Schulgesetz streichen wird. Vorgesehen sei, aus der verpflichtenden Regelung eine Kann-Regelung zu machen.

Die Kreise können dann Eltern und volljährige Schülerinnen und Schüler an den Kosten beteiligen, müssen es aber nicht.

Die erste Lesung eines Antrags von FPD und Piraten, der einen entsprechenden Passus aus dem Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und SSW aufgriff, fand im

August statt. Mit Ausnahme der CDU hatten sich alle im Landtag vertretenen Fraktionen für eine Änderung des Schulgesetzes an dieser Stelle ausgesprochen. Zwischenzeitlich hat der Bildungsausschuss beschlossen, zum vorliegenden Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen und Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände einzuholen. Diese könnten in der Sitzung des Bildungsausschusses am 25. Oktober beraten werden.

Habersaat: „Wenn wir in der November-Sitzung des Landtages, die vom 14. bis 16. November stattfindet, dann eine abschließende zweite Lesung schaffen, können die Kreise das Ergebnis ihrer Überlegungen zur Elternbeteiligung, für die sie dann wieder zuständig sind, noch in die Haushaltsberatungen für 2013 einfließen lassen. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Kreise auf eine Elternbeteiligung verzichten. Gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler dürfen nicht an einer Busfahrkarte scheitern.“



Hintergrund: Gesetzgebungsverfahren

(Quelle: A - Z, Das Landtagslexikon, http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/landtagsh/downloads/infomaterial/kurzinfos/landtag_a-z.pdf)

Die Initiative für einen Gesetzentwurf kann von verschiedenen Seiten ausgehen. Die Vorlage kann von einer Fraktion, einem oder mehreren Abgeordneten, aber auch von der Landesregierung oder einer Volksinitiative stammen. Gesetzentwürfe durchlaufen im Landtag zwei, gegebenenfalls auch drei Beratungen (Lesungen).

Erste Lesung: Hier werden die allgemeinen Grundsätze der Vorlage besprochen (Grundsatzberatung). Anschließend wird der Gesetzentwurf an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen. Dort wird das Thema von den Fachpolitikern der Fraktionen intensiv diskutiert, und die betroffenen Verbände – etwa die kommunalen Spitzenverbände, Umweltgruppen, Lehrer- und Schülervertretungen, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften – werden angehört.

Zweite Lesung: Nach der Beratung in den Fachausschüssen wird ein Gesetzentwurf in der vom federführenden Ausschuss vorgelegten Fassung vom Landtag erneut beraten. In dieser so genannten Einzelberatung geht es vor allem darum, bei strittig gebliebenen Punkten die unterschiedlichen Standpunkte der Fraktionen herauszustellen.

Dritte Lesung: Hat die Mehrheit des Landtages auch nach der Zweiten Lesung noch Klärungsbedarf, so geht die Beratung in die dritte Runde. Dritte Lesungen kommen in Schleswig-Holstein jedoch äußerst selten vor.

Schlussabstimmung: Landesgesetze werden mit einfacher Mehrheit vom Landtag beschlossen. Der Ministerpräsident fertigt unter Mitzeichnung der beteiligten Landesminister die Gesetze aus und verkündet sie im Gesetz- und Verordnungsblatt.

Keine Kommentare

Faire Vorstellungsrunden im Kreis Schleswig-Flensburg

In drei Vorstellungsrunden des Kreises Schleswig-Flensburg für den Bundestagswahlkreis 1 in Boddelhoch, Kropp und Jübek nutzten viele Genossinnen und Genossen die Gelegenheit, die Bewerber Dirk Peddinghaus, Knut Dethlefsen, Bente Reimer und Reinhard Vieth kennenzulernen. Der Kreisverband Schleswig-Flensburg bedankt sich bei allen 4 Bewerbern, für das faire Miteinandergehen als auch für die außerordentlich gute und interessante Stimmung bei den Vorstellungsrunden. Zum guten Gelingen trug aber auch der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel bei, der souverän als Moderator die drei Runden leitete.



Nach den jeweils 10minütigen Vorstellungen der Bewerber wurden viele Fragen der Anwesenden beantwortet. Schwerpunkte der Fragen waren die Themen Rente, Krankenkassen, Schülerbeförderung, erneuerbare Energien, Häuserleestand auf dem Lande, Kanzlerkandidat, Schuldenbremse und Zugehörigkeit und Zusammenarbeit mit Gewerkschaften.

Neben den drei Vorstellungsrunden im Kreis Schleswig-Flensburg nahmen die 4 Bewerber auch Einladungen unter anderem vom Amtsverband Haddeby und vom Ortsverein Kappeln wahr.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg wünscht den 4 Bewerbern alles Gute für die Vorstellungsrunde am 25. Oktober in Flensburg.

Abschließend haben alle Mitglieder aus dem Kreis Schleswig-Flensburg und Flensburg die demokratische Möglichkeit, ihren Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 1 am 24. November 2012 in Tarp zu wählen.

Keine Kommentare

Martin Habersaat und Rainhard Zug im Gespräch

Regelmäßig besucht der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat die Bürgermeister in seinem Wahlkreis, also natürlich auch Rainhard Zug, den Bürgermeister von Glinde. So konnten die beiden bei ihrem jüngsten Treffen viele Gesprächsthemen wieder aufgreifen und vertiefen und neue Entwicklungen in den Blick nehmen. Unter anderem sprachen sie über die Folgen des demografischen Wandels, bildungspolitische Entwicklungen und die wirtschaftliche Stärke des Kreises.

Der demografische Wandel führt nicht nur dazu, dass die Bevölkerung im Schnitt immer älter wird. Mit Blick auf das ganze Land ist auch von sinkenden Einwohnerzahlen auszugehen. Gerade im Hamburger Umland rechnet Martin Habersaat allerdings nicht mit sinkenden Einwohnerzahlen: „Es gibt einen Trend, in die Metropolen zu ziehen, davon

werden auch wir in der unmittelbaren Nachbarschaft Hamburgs profitieren.“ Rainhard Zug ergänzt pointiert: „Ob raus ins Grüne oder rein die Metropolregion - Glinde ist immer dabei!“

In den vergangenen Jahren hat Glinde viel in seine Schulen investiert. Mit der Entwicklung des Neubaugebietes an der alten Wache entstanden neue Kindertagesstätten, die Wilhelm-Busch-Förderschule wurde ebenso saniert wie das Schulzentrum, an der Gemeinschaftsschule Wiesenfeld wurde gerade der Grundstein für einen umfangreichen Anbau gelegt. Diese Anstrengungen vor Ort müssen natürlich ergänzt werden durch eine nachhaltige Bildungspolitik auf Landesebene. Martin Habersaat berichtete von dem begonnen Dialogprozess der neuen Ministerin und bildungspolitischen Tendenzen: „Es läuft auf ein Schulsystem mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien hinaus, wie wir es in Stormarn schon haben. Förderschulen werden als Kompetenzzentren erhalten bleiben, die die Schulen in ihrem Umfeld unterstützen und immer wieder auch eigene Schülerinnen und Schüler haben.“



Der Kreis Stormarn ist nicht mehr weit davon entfernt, schuldenfrei zu sein. Das hat nach Ansicht von Rainhard Zug mehrere positive Effekte: „Mit dem Label ‚schuldenfrei‘ kann man gut werben, der Kreis wird noch mehr als starker Wirtschaftsraum wahrgenommen werden. Außerdem gehe ich davon aus, das bei sinkenden Schulden auch die Kreisumlage sinkt, wovon Glinde ganz direkt profitieren würde.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 05.10.2012, 22:34 Uhr - 7665 Clicks - Nr. 494

Martin Habersaat besucht die Produktionsschule Bergedorf

Sprungbrett e.V. wurde 1989 als Beschäftigungsträger für den Bezirk Bergedorf gegründet. Der Verein hatte die Aufgabe, für schwer vermittelbare ArbeitnehmerInnen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen. Auf Einladung des Reinbekers Dirk du Pin, der 1. Vorsitzender bei Sprungbrett e.V. ist, besuchte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, nun die Produktionsschule im benachbarten Bergedorf.

In Hamburg gibt es sieben Produktionsschulen, in jedem Bezirk eine. Es sind Einrichtungen freier Träger, die der Berufsvorbereitung für schulpflichtige Jugendliche dienen, die nicht über die erforderliche Betriebs- und Ausbildungsreife verfügen und von denen zu erwarten ist, dass sie die schulischen Angebote der Berufsvorbereitung nicht annehmen werden. Durch die Herstellung von marktfähigen Produkten und



Dienstleistungen sollen sie auf das Berufsleben vorbereitet werden - in Bergedorf etwa in den Bereichen Druck, Holzverarbeitung, Lager, Vertrieb und Catering.

Martin Habersaat freute sich, die Einrichtung in Bergedorf kennenzulernen und viele Jugendliche „in Aktion“ zu erleben. „Der Übergang von der Schule in den Beruf ist eine entscheidende Phase im Leben eines jungen Menschen. Hier brauchen wir passende und gute Angebote.“ Außerdem hat sich der Abgeordnete, der auch stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion ist, die bessere Zusammenarbeit mit Hamburg auf die Fahne geschrieben und freut sich grundsätzlich über „grenzüberschreitenden Austausch“.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.10.2012, 17:56 Uhr - 7475 Clicks - Nr. 495

Nachbarschaftliche Zusammenarbeit

Gerhard Lein, Bergedorf, ist seit 2004 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und dort vor allem in der Bildungspolitik engagiert. Martin Habersaat sitzt seit 2009 im schleswig-holsteinischen Landtag, vertritt dort den Wahlkreis Stormarn-Süd und ist bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Beide treffen sich regelmäßig über die Landesgrenze hinweg zu nachbarschaftlichem Austausch und wollen die Zusammenarbeit beider Länder in der Bildungspolitik verbessern.

Martin Habersaat berichtete von dem begonnenen Dialogprozess der neuen Ministerin und bildungspolitischen Tendenzen: „Es läuft auf ein Schulsystem mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien hinaus, wie wir es in Stormarn schon haben und wie es auch in Hamburg mit Gymnasien und Stadtteilschulen schon besteht.“ Lein stellte aktuelle Vorhaben aus Hamburg dar, insbesondere die starke Entwicklung zur Ganztagschule und die Inklusion.



Einig waren sich die beiden Bildungsexperten, dass Inklusion eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre ist. Lein: „Hier wollen wir die Entwicklungen in beiden Ländern aufmerksam verfolgen und voneinander lernen.“ Eine Idee der beiden sind gemeinsame Besuche von Ausschussmitgliedern beider Fraktionen in vorbildlichen Schulen dies- und jenseits der Landesgrenze.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 08.10.2012, 09:48 Uhr - 4408 Clicks - Nr. 496

SPD: Das Rathaus soll bleiben!

Vor rund eineinhalb Jahren haben sich die Bürger Barsbüttels mehrheitlich für den Erhalt des derzeitigen Rathaus-Standortes am Stiefenhofer Platz ausgesprochen. In der Gemeindevertreterversammlung am vergangenen Donnerstag entstand der Eindruck,

dass durch die Nichtunterzeichnung des Vertrags mit dem Architekten Vlcek taktiert würde, um letztlich doch mit dem Rathaus umziehen zu können.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser betonte am Rande der gestrigen Fraktionssitzung noch einmal sehr deutlich, dass die SPD-Fraktion geschlossen hinter dem Bürgerentscheid stehe. „Wir fühlen uns auch nach dem Ablauf der Gültigkeit des Bürgervotums an den Wunsch der Barsbütteler Bürgerinnen und Bürger gebunden. Es kann und darf nicht sein, dass man einfach zwei Jahre etwas aussitzt und dann durch die Hintertür kommt. Wir wollen ja ein Konzept für die Rathaussanierung. Verständlich muss aber auch sein, dass wir einem Architekten keinen Blanko-Scheck ausstellen können. Verwaltung und Architekt sind aufgerufen, einen unterschriftsreifen Vertrag auszuhandeln. Die SPD unterstützt jedwede Bemühungen in diese Richtung.“



Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 08.10.2012, 09:52 Uhr - 4437 Clicks - Nr. 497

SPD fordert Tariftreue auch in Barsbüttel

Zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses hat die SPD folgenden Antrag vorgelegt:

Die Verwaltung wird künftig Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die sich an bestehende Tariftlöhne halten und einen Mindestlohn in Höhe von Euro 8,88 zahlen. Dieses muss auch für mögliche Subunternehmer und Leihfirmen gelten. Die Verwaltung wird sich die Tariftreue und die Zahlung des Mindestlohnes schriftlich bestätigen lassen.



Zur Begründung sagt Hermann Hanser, der Fraktionsvorsitzende der SPD Barsbüttel: „Die Landesregierung strebt eine gleiche Regelung gesetzlich für öffentliche Aufträge des Landes an. Eine entsprechende Regelung kann schon heute für die Verwaltung in jeder Kommune beschlossen werden. Schleswig-Holstein soll kein Billiglohnland sein. Nur mit fairen Löhnen erreichen wir faire Wettbewerbsbedingungen für unsere Unternehmen. Wir wollen nicht, dass unsere Handwerksbetriebe gegenüber auswärtiger Dumping-Konkurrenz das Nachsehen haben. Mit guten Löhnen generiert man auch höhere Steuereinnahmen und weniger Sozialausgaben für Aufstocker aus dem Niedriglohnbereich.“

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.10.2012, 15:54 Uhr - 201018 Clicks - Nr. 498

Kiel wächst - Wir brauchen neue Wohnungen!

Doppelte Abi-Jahrgänge in Berlin, Brandenburg, Bremen und Baden-Württemberg durch die Umstellung von G9 auf G8 - in vielen großen Städten sind die Wohnungen knapp und auch in Kiel suchen Studierende dringend eine Wohnung. Aber auch ohne diesen

Sondereffekt wächst die Landeshauptstadt. Susanne Gaschke, Kandidatin für das Oberbürgermeisteramt in Kiel, will deswegen verstärkt für neue Wohnungen sorgen.

"Zehn Prozent der Kielerinnen und Kieler studieren, Universitätsklinikum und Hochschulen gehören zu den größten Arbeitgebern Kiels. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen muss die Stadt stärken und sich der Belange von Studierenden – z.B. geeigneter Wohnraum – annehmen.

Unsere Stadt braucht bezahlbare Wohnungen für junge Familien und Studierende genauso wie für Ältere, die wieder in die Stadt ziehen und barrierefreien Wohnraum suchen. Ich will Wohnbauflächen in der Innenstadt aktivieren, genauso wie im Stadtteil Holtenau auf dem Gelände des abziehenden Marinefliegergeschwaders. Dort darf eine Wohnbebauung aber nicht die Entstehung von Arbeitsplätzen behindern. Beides muss möglich sein."

Außerdem will sie vorhanden Wohnraum modernisieren: "Mit Hilfe bestehender Instrumente oder auch einer neuen kommunalen Wohnungsbaugesellschaft oder - Genossenschaft kann eine Modernisierung vor allem des Geschosswohnungsbaus gelingen. Mit Städtebaufördermaßnahmen muss das Wohnumfeld weiter verbessert werden."

Links

[Susanne Gaschke](#)

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.10.2012, 16:02 Uhr - 212596 Clicks - Nr. 499

Zum 20. Todestag von Willy Brandt

Willy Brandt starb am 8. Oktober 1992 im Alter von 78 Jahren. Er war der vierte Kanzler der Bundesrepublik (1969-1974) und 23 Jahre lang Vorsitzender der SPD (1964-1987). Mit ihm verknüpfen Ältere noch heute die Erinnerung an eine Zeit des Aufbruchs. Viele traten in den 1960er und Anfang der 1970er Jahre nicht zuletzt wegen seiner Person in die SPD ein.

Zu seinem heutigen 20. Todestag erklärt der Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner: „Leben und Wirken Willy Brandts prägen bis heute die Ansprüche an eine sozialdemokratische Politik. Mit seinem Versprechen, mehr Demokratie zu wagen, hat er ein Leitbild formuliert, an dem sich politisches Handeln auch heute noch messen lassen muss. Denn Demokratie muss immer wieder neu eingefordert und gelebt werden; sie lässt sich nicht einfach verordnen“, so Stegner. „Willy Brandts Politik für mehr Mitbestimmung ist auch heute noch Vorbild für die Politik der SPD: Zum Beispiel sind die Absenkung des Wahlalters und die bessere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Entscheidungen aktueller denn je.“ Weltpolitische Bedeutung erlangte Willy Brandt mit seiner neuen Ostpolitik, für die ihm 1971 der Friedensnobelpreis verliehen wurde. „Diese Politik der Entspannung hat Europas Grenzen durchlässiger gemacht. Sie hat Freiheit und Demokratie zu einer Hoffnung für ganz Europa werden lassen. Und sie hat Europas Bürgerinnen und Bürger ermutigt, sich in das politische Geschehen einzumischen“, so Ralf Stegner abschließend.

Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 11.10.2012, 11:04 Uhr:

RE: Zum 20. Todestag von Willy Brandt

Auch ich trat am 13. August 1970 in Flensburg in die SPD ein, weil Willy Brandt durch sein aktives politisches Handeln in der Ostpolitik begleitet von Egon Bahr, der später im

Kreisverband Schleswig-Flensburg seinen Wahlkreis hatte, die Grundlagen für eine europäische Entspannungspolitik schaffte. Die Hoffnung auf Frieden für ganz Europa wurde konkret. Willy Brandt war unser Hoffnungsträger, und ich kann mich noch gut an den Besuch von Willy Brandt in Flensburg im Deutschen Haus erinnern. Walter Suck war zu dieser Zeit noch unser Bundestagsabgeordneter.

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.10.2012, 17:22 Uhr - 7567 Clicks - Nr. 500

5. Kieler Schulleitungssymposium

Zum 5. Mal lud das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) zum Schulleitungssymposium ein. Das Leitthema der zweitägigen Veranstaltung, die im Audimax der CAU Kiel stattfand, hieß „Führung und Partizipation“. Schulleiterinnen und Schulleiter aller Schularten und aus ganz Schleswig-Holstein trafen sich zum Austausch, hörten Fachvorträge und arbeiteten in Workshops. Als interessierter Gast dabei war auch Martin Habersaat.



5. Kieler
Schulleitungssymposium
Führung und Partizipation

Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und bis zu seinem Einzug in den Landtag 2009 selbst als Lehrer tätig, freute sich einerseits über die Auffrischung seiner Fachkenntnisse, andererseits aber auch über viele gute Gespräche mit Schulleiterinnen und Schulleitern aus Stormarn und anderen Landesteilen. „So ein Symposium, eignet sich hervorragend, über Schulentwicklung und Schulpolitik zu diskutieren. Schließlich wollen wir alle aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse mit den vorhandenen Mitteln möglichst viel Bildung für möglichst viele Schülerinnen und Schüler erreichen“, findet der 35jährige Barsbüttler.

Prof. Dr. Felicitas Thiel von der Freien Universität Berlin beispielsweise referierte über „Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Schulleitung“, Habersaat beteiligte sich an den Workshops „Schule verbessern - von Daten zu Taten“ und „Was wir über guten Unterricht wissen - Hinweise aus der Hattie-Studie“ von Prof. Dr. Jens Möller von der CAU Kiel. Habersaat: „John Hattie begegnet uns momentan vielerorts. Er hat Erkenntnisse aus 800 Meta-Studien zusammengefasst und kommt zu relativ klaren Aussagen, was den Lernerfolg von Schülern fördert oder behindert.“ Positiv beispielsweise sei eine gute Feedback-Kultur oder der Tausch der Schüler-Lehrer-Rolle im Unterricht, negativ wirken sich Sitzenbleiben und zu viel TV-Konsum aus.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.10.2012, 20:04 Uhr - 8937 Clicks - Nr. 501

150 Jahre deutsche Sozialdemokratie

2013 feiert die deutsche Sozialdemokratie ihr 150jähriges Bestehen. Im Laufe des nächsten Jahres wird es zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen auch in Schleswig-Holstein geben, kündigt der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat an. „Die SPD hat allen Grund, stolz auf ihre Geschichte zu sein“, findet der 35jährige Barsbüttler, der für die SPD-Landtagsfraktion an den Vorbereitungen des Jubiläums beteiligt ist. Zunächst als soziale Bewegung, später als Partei habe sie stets für die Demokratie und den Sozialstaat gekämpft.

Bereits in diesem Jahr zeigt das Museum der Arbeit in Hamburg (Wiesendamm 3) eine Ausstellung, die vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung erarbeitet wurde: „150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!“ Die Ausstellung läuft noch bis zum 21. Oktober 2012 und ist montags von 13-21 Uhr zu besichtigen, dienstags bis samstags von 10-17 Uhr und sonntags von 10-18 Uhr. Vom 14. - 30. November wird die Ausstellung im Kieler Rathaus zu sehen sein.



Webseite zur Ausstellung: www.fes.de/150jahre

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 08.10.2012, 22:03 Uhr - 14576 Clicks - Nr. 502

Gute Perspektiven für Kiels neues Kraftwerk

Die sozialdemokratische Oberbürgermeister-Kandidatin Dr. Susanne Gaschke zu Meldungen über Vereinbarungen zum Auslaufen des Gemeinschaftskraftwerks Kiel:

„Die Rahmenbedingen für den geplanten Neubau eines Kraftwerks scheinen besser zu werden: Der Rückzug von E.ON eröffnet die Chance, ein benachbartes Gelände zu erwerben, um so zeitnah mit dem Neubau zu beginnen. Das Thema Kohle ist beendet. Und eine Lösung für eine Kapazitätserweiterung der Gasleitung kristallisiert sich heraus.

Die Stadtwerke sind auf gutem Wege, den Bau eines Gaskraftwerks umzusetzen. Mit Gas als Energieträger, werden Strom und Wärme für die Kielerinnen und Kieler umweltfreundlich, sicher und effizient hergestellt.“

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 09.10.2012, 19:36 Uhr - 6244 Clicks - Nr. 503

Zur aktuellen Rentendiskussion

der AfA Bundesvorstand am 28.09.2012 folgende Resolution verabschiedet

Künftige Alterssicherung ist quer durch alle Bevölkerungs- und Altersschichten einwahlentscheidendes Thema. Es berührt auch unmittelbar Fragen der Gestaltung des Erwerbslebens und der Wertschätzung und Würde von Arbeit. Die AfA hat sich seit vielen Jahren besonders dieses Themas angenommen. Wir verweisen insbesondere auf die ausführlichen Leitanträge der AfA Bundeskongresse 2010 und 2012. Auf dem Bundesparteitag in Berlin 2011 haben wichtige Elemente unserer Argumentation eine entscheidende Rolle gespielt. Der Beschluss des AfA Bundeskongresses von April 2012 bleibt für uns Grundlage und Maßstab künftiger Beratungen, auch auf dem Parteikonvent. Die AfA bedauert, dass der Parteitagsbeschluss vom Dezember 2011 nicht angemessen umgesetzt wurde. Dadurch ist jetzt eine Situation entstanden, die es erschwert, mit

ausreichend Zeit und ohne sachfremde Zwänge zu konsensualen Entscheidungen zu gelangen.

Wir begrüßen es, dass die SPD im Unterschied zur Bundesregierung nicht scheinbar populäre Einzelprojekte angeht, sondern ein glaubwürdiges und durchgerechnetes Gesamtkonzept anstrebt.

Aus diesen Gründen fordert die AfA, die vorliegenden Entwürfe in einer kleineren, aber repräsentativ zusammengesetzten Arbeitsgruppe zusammenzuführen.

Die AfA begrüßt, dass in den letzten Wochen Bewegung in die Rentendebatte gekommen ist und das Thema in Partei, Gewerkschaften und Öffentlichkeit engagiert diskutiert wird. Im Sinne unseres Anspruchs demokratischer Beteiligungskultur erwarten wir bis zum Parteikonvent eine ergebnisoffene und rein sachbezogene Entscheidungsfindung.

Wir begrüßen im vorliegenden Vorschlag des Parteivorstands vom 24. 9. wesentliche Verbesserungen gegenüber den bestehenden Verhältnissen, insbesondere für Erwerbsgeminderte und langjährig Berufstätige. Die Schaffung von Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie eine deutlich bessere Entwicklung der Arbeitseinkommen stehen in unmittelbarem Zusammenhang auch mit der Stabilisierung der Rentenversicherung und der tatsächlichen Rentenhöhe.

Für die AfA steht im Mittelpunkt der jetzt noch zu treffenden Entscheidungen, dass die Gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft den Lebensstandard im Alter beitragsbezogen sichert. Deshalb hat für uns die Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem gegenwärtigen Stand höchste Priorität.

Die Anhebung des gesetzlichen Rentenzugangsalters wird von uns weiterhin abgelehnt.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 09.10.2012, 22:50 Uhr - 17316 Clicks - Nr. 504

Susanne Gaschke setzt Lesezeichen

Die Oberbürgermeisterkandidatin Susanne Gaschke und zahlreiche Mitglieder der Kieler SPD lesen am kommenden Mittwoch, dem Tag der Eröffnung der Frankfurter Buchmesse, ab 18 Uhr in der Holstenstrasse aus ihren Lieblingsbüchern. Mit dabei sind neben der Kandidatin selbst die ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis, der Landtagsabgeordnete Jürgen Weber, Professor Bernhard Schwichtenberg, der Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels und zahlreiche Ratsmitglieder der SPD. 25 Prozent der 15jährigen Schüler und Schulabgänger sind nicht in der Lage, richtig zu lesen und zu schreiben. Aus vielen wissenschaftlichen Studien wissen wir, dass Kinder, denen regelmäßig vorgelesen wurde, bessere Schulnoten haben. Für das Vorlesen gilt also: Je öfter desto besser!

Susanne Gaschke: „Wir wollen Kiel zur Hauptstadt der Leseförderung machen. Am 10 Oktober geben wir einen kleinen Anstoß dafür. Außerdem: Lesen mach Spaß! Deshalb meine Aufforderung an alle Kielerinnen und Kieler: Machen Sie mit beim bundesweiten Vorlesetag der Stifung Lesen, der in diesem Jahr am 16. November stattfindet“.

www.vorlesetag.de

Keine Kommentare

Besuch bei Oststeinbeks Bürgermeisterin

Im Rahmen der Tour zu den Verwaltungschefs „seines“ Wahlkreises besuchte der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat nun auch Bürgermeisterin Martina Denecke in Oststeinbek. Die beiden sprachen über Bildungspolitik in Land und Kommune, die Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Ebenen und über Entwicklungen in der Metropolregion Hamburg, die von Kiel aus scheinbar manchmal später wahrgenommen werden als in der Region selbst.

„Zur Erziehung eines Kindes braucht man ein ganzes Dorf“, lautet ein afrikanisches Sprichwort. Tatsächlich sind aber noch viel mehr Stellen beteiligt. Für Krippe (U3) und Kita sorgt die Gemeinde, für die Grundschule ist die Gemeinde als Schulträger zuständig, das Land sorgt für die Lehrerinnen und Lehrer. Sobald Hortkräfte in die verlässlichen Grundschulzeiten eingebunden werden, vermischen sich die Zuständigkeiten. „Hier würde ich mir klarere Regelungen und ein größeres Engagement von Seiten des Landes wünschen“, sagte Denecke. Martin Habersaat konnte immerhin eine stärkere Beteiligung des Landes an den U3-Kosten in Aussicht stellen und ein Konzept gegen Unterrichtsausfall, an dem das Ministerium derzeit arbeitet.

Geärgert hat sich Oststeinbeks Bürgermeisterin über eine Rede des SSW-Fraktionsvorsitzenden Lars Harms, der in einer Landtagsrede beklagt hatte, „kleine, reiche Gemeinden saugen die großen Städte aus“. Martin Habersaat konnte sich nicht vorstellen, dass Harms dabei Beispiele aus dem Kreis Stormarn im Kopf hatte. Er hat sich aber vorgenommen, für zweierlei zu werben: Erstens für einen vernünftigen Ton gegenüber allen Kommunen, zweitens für einen kommunalen Finanzausgleich, der die Belange großer und kleiner Kommunen berücksichtigt und Leistungsanreize bietet.



Martina Denecke wünschte sich außerdem, die Belange des Hamburger Rands stärker in Kiel zu vertreten. „Die Landesregierung muss sich auch um Kommunen im weit entfernten Südstormarn kümmern die mit ihrem Gewerbeaufkommen nicht unerheblich zum schleswig-holsteinischen Landeshaushalt beitragen“, forderte sie und nannte als Beispiele eine unterstützende Landesplanung und Breitbandversorgung. Damit lief sie bei ihrem Gast offene Türen ein. „Der Blick auf die Metropolregion, verbunden mit einem Werben für eine verbesserte Zusammenarbeit mit Hamburg, bleiben Schwerpunkte meiner Arbeit“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion zu.

Keine Kommentare

Peer Steinbrück zur Bändigung der Finanzmärkte

Peer Steinbrück, der designierte Kanzlerkandidat der SPD, hat im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion am 25. September ein Papier vorgelegt: „Vertrauen zurückgewinnen:

Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte". Ein Blick auf diese inhaltlichen Positionen scheint allemal interessanter als das von CDU und CSU gerade losgetretene Gefeielsche um den Termin der nächsten Bundestagswahl. Steinbrücks berechnete Ausgangsfrage lautet: Wer bestimmt den Lauf von Wirtschaft und Gesellschaft?

Als Probleme nennt der ehemalige Bundesfinanzminister unter anderem: „Insgesamt hat die Finanzbranche allerdings zu den Aufräumarbeiten der von ihr maßgeblich verursachten ökonomischen und sozialen Schiefelage zu wenig beigetragen". (S.2) „Haftung und Risiko fallen auseinander, die Privatisierung von Gewinnen steht der Sozialisierung von Verlusten entgegen." (S.3)



Zur Lösung schlägt Steinbrück ein ganzes Bündel an Maßnahmen vor: Von der Einführung einer Finanztransaktionsteuer über den Rückzug aus der Staatshaftung für Banken bis hin zur Trennung der Geschäfts- von Investmentbanken, um Handeln und Verantwortung wieder zusammenzuführen. Auch mit der Praxis der überzogenen Bonus-Zahlungen soll Schluss sein. „Die variable Vergütung muss durch einen mehrjährigen Bonus-Malus Pool aus tatsächlich realisierten Gewinnen gespeist werden." (S.23) Gefordert wird außerdem eine stärkere Rolle für Europa.

Fazit: „Es bedarf der Korrektur einer Übertreibung und Risikoignoranz, an der keineswegs alle Banken und Bankmanager beteiligt sind, die aber ganze Staaten und ihre Gesellschaften in Mitleidenschaft gezogen hat. Dazu bedarf es der Regelsetzung und der Reaktivierung des Prinzips, dass Haftung und Risiko zusammenfallen. Dazu bedarf es auch eines Kultur- und Bewusstseinswandels der Finanzindustrie selbst – nicht nur in ihren Handelsräumen." (S.30)

Das komplette Papier als pdf-Datei ist hier zu finden:

http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/konzept_aufsicht_und_regulierung_finanzmaerkte.pdf

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 14.10.2012, 12:22 Uhr - 6688 Clicks
- Nr. 507

Kreistagsfraktion verabschiedet Jutta Altenhöner

In ihrer Abschiedsrede lobte die Fraktionsvorsitzende Edda Lessing die Jahrzehnte lange Arbeit Jutta Altenhöners für den Kreis Segeberg.

So habe sie sich besonders durch ihren Einsatz für die sozialen Belange im Kreis hervorgetan, sei als Vorsitzende des Sozialausschusses sozusagen das „soziale Gewissen" des Kreises gewesen.

Jutta Altenhöner will sich jetzt mehr ihrem Privatleben widmen.



Keine Kommentare

125 Jahre A. V. Brandt

Vier Generationen seit 1887 - auf diese Geschichte können die A. V. Branth KG und die Familie Valentiner-Branth zurückblicken. Seit knapp 10 Jahren hat die Firma ihren Sitz am Biedenkamp in Glinde, wo nun dieser Tage das 125jährige Bestehen gefeiert wurde. Zur Feier und zu einer Firmenbesichtigung eingeladen waren auch Vertreter aus Stadt und Politik, Glindes Bürgermeister Rainhard Zug und Bürgervorvorsteher Eberhard Schneider ebenso wie der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



Arnold Valentiner-Branth gründete die Firma A. V. Branth am 19. September 1887 und produzierte dickschichtige und schimmelwidrige Schutzfarben. Bis heute ist die Firma besonders bekannt für ihre umweltfreundliche und wirksame Rostschutzfarbe. Als zu Beginn des neuen Jahrhunderts ein Umzug notwendig wurde, entschied man sich für einen Verbleib in Deutschland, stellte sich den Herausforderungen. Heute haben Enkel und Urenkel des Firmengründers die Geschäftsführung inne, auch die 5. Generation arbeitet schon mit.

Martin Habersaat: „Besonders die Führung durch das Unternehmen war für mich sehr interessant, weil es für mich wichtig ist zu wissen, welche Firmen die Wirtschaft in unserer Region ausmachen, was das ‚Besondere‘ an ihnen ist und welche Schwierigkeiten möglicherweise bestehen. Auch der fünften Generation wünsche ich eine glückliche Hand und dem Unternehmen sowie der Familie alles Gute für die kommenden Jahre.“

Keine Kommentare

Martin Habersaat trifft Matthias Heidelberg

„Regieren ist zeitaufwendiger als opponieren“, stellte Martin Habersaat augenzwinkernd fest, als er in den Herbstferien den Wentorfer Bürgermeister Matthias Heidelberg besuchte. In den Jahren zuvor hatte Habersaat, der seit Mai auch stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion ist, die Bürgermeister seines Wahlkreises immer schon in den Sommermonaten besucht. Matthias Heidelberg fand vor allem wichtig, dass es diese Tour überhaupt gibt:

„Regelmäßiger Austausch und ein kurzer Draht helfen, um Probleme anzusprechen und Lösungen zu entwickeln. Gerne auch im Winter.“

Der Wentorfer Bürgermeister begrüßte die aktuelle Initiative des Landtags, die Gemeindeordnung an zwei Stellen zu ändern: Für den Umgang mit Spenden an



Gemeinden und gemeindliche Einrichtungen soll eine pragmatischere Lösung gefunden werden. Gemeindevertreter sollen wieder an nichtöffentlichen Ausschusssitzungen teilnehmen können. Die Richtung stimme, meinte Heidelberg, Einzelheiten könnten im laufenden Anhörungsverfahren womöglich noch verbessert werden. Derzeit sind die kommunalen Spitzenverbände aufgerufen, ihre Stellungnahmen zum Gesetzentwurf abzugeben, die der Innen- und Rechtsausschuss des Landtags dann zu beraten hat. „Im November könnte der Landtag abschließend entscheiden“, sagte Habersaat.

Die Schulen in Wentorf waren in den vergangenen Monaten Thema vieler Gespräche, so natürlich auch zwischen Bürgermeister und Abgeordnetem, zumal Martin Habersaat auch bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist. Habersaat beschrieb den Weg zu einem neuen Schulgesetz: „Die erste Bildungskonferenz für Schleswig-Holstein hat im September mit großem Erfolg stattgefunden. Zwei Folgeveranstaltungen sind geplant, dazu kleinere Runden und Arbeitsgruppen. Im Frühjahr 2013 werden dann Empfehlungen für ein Schulgesetz vorliegen, das im Schuljahr 2014/15 in Kraft treten kann.“ Ob das Gymnasium Wentorf das Abitur nach acht oder neun Jahren anbieten wird, wird vor Gericht entschieden. Neben den Gymnasien wird es absehbar nur noch Gemeinschaftsschulen als zweite Schulart geben, vermutet Habersaat.

Abschließend sprach man noch über die Entwicklung des Mittelzentrums und die Idee einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung für den Raum Süd-Stormarn und Wentorf. "Ein wichtiger Schritt", fanden beide.

Foto: Matthias Heidelberg zeigt Martin Habersaat die Pläne des in Bau befindlichen Kinderzentrums.

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 16.10.2012, 19:08 Uhr - 13092 Clicks - Nr. 510

Christa Pries verstorben

Am 15. Oktober verstarb plötzlich an einem Herzinfarkt unsere Freundin Christa Pries im Alter von 66 Jahren. Sie gehörte seit fast 30 Jahren der SPD an. Nachdem sie zunächst als bürgerliches Mitglied in einem Ausschuss ehrenamtlich tätig war, war sie seit 1990 Ratsfrau der Marschenstadt Wilster. 15 Jahre war sie stellvertretende Bürgervorsteherin. Sie gehörte dem Schulverband und der Verbandsversammlung der Sparkasse Westholstein an. Sehr engagiert übte sie auch in ihre Tätigkeit als Schöffin aus. In der AWO war sie zuletzt die zweite Ortsvorsitzende.

Die SPD und die SPD-Fraktion der Stadt Wilster trauern um eine erfahrene, sachkundige, verlässliche und pflichtbewusste Kommunalpolitikerin. Christa Pries hat sich unermüdlich für andere eingesetzt und Bürgersinn gezeigt. Wir haben ihr viel zu verdanken. Unser Mitgefühl gilt ihrem Mann Günter und ihrer Tochter Claudia mit Schwiegersohn Christof.



SPD-Ortsverein Wilster
Natascha Böhnisch, Ortsvorsitzende
Helmut Jacobs, Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 16.10.2012, 19:25 Uhr - 5886 Clicks - Nr. 511

Bundestags-Kandidatenvorstellung in Reinbek

Am Dienstag, den 30. Oktober 2012 stellen sich um 19 Uhr in der Kantine des Reinbeker Rathauses die drei Bewerber/innen um die Kandidatur für den Bundestag im Herbst 2013 im Wahlkreis 10 vor.

In dieser Regionalkonferenz, zu der gemeinsam von den SPD-Ortsvereinen Reinbek und Glinde sowie vom SPD-Kreisvorstand Stormarn eingeladen wird, werden die Bewerber/innen Jens Meyer (Lauenburg), Gitta Neemann-Günther (Büchen) und Dr. Nina Scheer (Berlin) unter der Moderation des Vorsitzenden der Reinbeker SPD, René Wendland, ihre Vorstellungen zu den wichtigen Politikbereichen vorstellen und mit den Teilnehmern darüber diskutieren.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 16.10.2012, 21:26 Uhr - 7855 Clicks - Nr. 512

Geschichte – Kultur – Tradition: Die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein

Dienstag, 13. November 2012, 18.30 Uhr, Landeshaus Kiel, Düsternbrooker Weg 70

Seit 22 Jahren setzen sich die deutschen Sinti und Roma dafür ein, gleichberechtigt zur dänischen Minderheit und zur friesischen Volksgruppe in Art. 5, Abs. 2 der Landesverfassung aufgenommen zu werden, der das Staatsziel des Schutzes und der Förderung der nationalen Minderheiten formuliert.

In seiner November-Tagung wird der Schleswig-Holsteinische Landtag erneut über die Aufnahme der Sinti und Roma in die Landesverfassung abstimmen. Aus diesem Anlass lädt die SPD-Landtagsfraktion am Vorabend der Plenarsitzung zu einer Veranstaltung ein: Geschichte – Kultur –

Tradition: Die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein.



Birte Pauls, minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Kaum eine Bevölkerungsgruppe in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in der EU benötigt mehr Schutz und Förderung als die der Sinti und Roma.“ Die Sinti und Roma gehören zu den insgesamt vier anerkannten nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland. Urkundlich erstmals 1417 erwähnt, leben sie seit mehreren Jahrhunderten in Schleswig-Holstein. Über all diese Zeit hinweg haben sie Intoleranz und Ausgrenzung erfahren. Ihre Verfolgung gipfelte in den vielen Morden durch die Nationalsozialisten. Bis heute ist ihr Alltag nicht frei von Diskriminierungen.

Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Südstormarn: „Die SPD-Landtagsfraktion möchte mit dieser Veranstaltung gemeinsam mit dem schleswig-holsteinischen Landesverband der Sinti und Roma einen Einblick in die Geschichte, Kultur und Traditionen der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein geben. Wir würden uns freuen, auch Gäste aus Stormarn begrüßen zu dürfen!“ Gebeten wird um eine Anmeldung bis

zum 7. November bei Dr. Silke Schielberg, T. 0431 988-13 34, s.schielberg@spd.ltsh.de.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 17.10.2012, 19:24 Uhr - 9069 Clicks - Nr. 513

Energiesymposium in Gedenken an Hermann Scheer

Die Hermann-Scheer-Stiftung, die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesverband veranstalten gemeinsam ein "Energiesymposium in Gedenken an Hermann Scheer (1944-2010)". Das Symposium greift energiepolitische Fragen auf, wie sie sich auf dem Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien stellen und setzt sich mit politischen Gestaltungsebenen sowie deren Wirken in Gesetzgebungsprozessen auseinander.

Anknüpfend an das am 14. Oktober 2011 von der Hermann-Scheer-Stiftung, der SPD-Bundestagsfraktion und dem SPD-Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus in Berlin ausgerichtete Symposium im Gedenken an Hermann Scheer, widmet sich das diesjährige Symposium der energiepolitischen Länderperspektive.



Das Symposium findet statt am Samstag, dem 3. November 2012, ab um 10.30 Uhr (Einlass ab 10.00 Uhr) im Hotel Atlantic, Raiffeisenstraße 2, 24103 Kiel.

Die Teilnahme ist kostenlos. Rückfragen und Anmeldung, bitte bis zum 31. Oktober:

SPD Landesverband Schleswig-Holstein
Nina Thielscher
Telefon: 0431-90 60 628
Fax: 0431-90 60 621
Nina.Thielscher@spd.de

Programm:

10.30 Begrüßung und Einführung

-Olaf Schulze, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion SH

-Nina Scheer, ehrenamtl. Vorstand Hermann-Scheer-Stiftung

11.00 "Energiewende als gesellschaftlicher Auftrag - eine Länderperspektive"

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein

11.30 "Strukturelle und systemische Herausforderungen auf dem Weg zur regenerativen Vollversorgung"

Prof. Dr. Uwe Leprich, IZES gGmbH

12.00 Diskussion

12.30 Pause (Snacks für Selbstzahler)

13.00 Das Koordinatensystem der Energiewende - über die Bedeutung von Speichern und Netzausbau für den systemischen Umstieg auf Erneuerbare Energien

Inputs mit anschließender Podiumsdiskussion:

-Prof. Dr. Olav Hohmeyer, Direktor am Internationalen Institut für Management der

Universität Flensburg

-Prof. Dr. Ingo Stadler, FH Köln, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Elektrische Energietechnik

-Rosa Hemmers, Vorstand EUROSOLAR Deutschland, Vorsitzende Grüner Strom Label e.V.

-Margit Conrad, Staatsministerin, Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa (angefragt)

-Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender SPD Energie-Kommission

14.50 Zusammenfassung

Stefan Bolln, Energiepolitischer Sprecher SPD Landesverband Schleswig-Holstein

Moderation: Hanne May

Ende gegen 15.00 Uhr

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.10.2012, 21:01 Uhr - 19534 Clicks - Nr. 514

SPD-Veranstaltung „Zu viel Mais im Kreis?“ in Tetenhusen

Im Kreis Schleswig-Flensburg sind über 130 Agrargas-Anlagen am Netz. Als Rohstoff für die Energiegewinnung dient Mais zu großen Teilen. Auf über die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche im Kreisgebiet wird derzeit Mais angebaut. Das hat Folgen für die Natur, das Landschaftsbild, das Grundwasser und das Leben im ländlichen Raum.

Kann es so weitergehen und welche Lösungsvorschläge gibt es?

Der SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg lädt am 24. Oktober 2012 um 19.30 Uhr alle Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Gasthof „Zum Fuchsbau“, Hauptstraße 4 in 24817 Tetenhusen, ein. Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Lars Winter aus Ostholstein, zuständig für regenerative Energien nachwachsende Rohstoffe und Biogas der SPD-Landtagsfraktion, werden Fragen beantwortet und diskutiert.

Im Anschluss an die Veranstaltung mit Lars Winter wird ein SPD Ortsverein in Tetenhusen gegründet.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 18.10.2012, 09:59 Uhr - 27621 Clicks - Nr. 515

Mach mit bei Politik im Dialog!

Politik im Dialog ist ein Markenzeichen der SPD. Der SPD Landesverband Schleswig-Holstein hatte mit dem „Demokratiesommer“ vor der Landtagswahl einen Maßstab gesetzt. Für die bevorstehende Bundestagswahl im Herbst 2013 hat der Parteivorstand in Berlin den „Bürger-Dialog“ ins Leben gerufen.

Der SPD-Kreisverband Segeberg lädt jetzt alle Mitglieder, Vereine und Verbände, aber auch alle Mitbürgerinnen und Mitbürger ein, bei der Vorbereitung des Wahlprogramms für die Kreistagswahl mitzuwirken.

Unter anderem – natürlich können alle Themen angesprochen werden - sind Anregungen gefragt zu Themen wie:

Arbeit und Wirtschaft im Kreis Segeberg (Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze, Mobilität, Qualifikation),

familienfreundlicher Kreis Segeberg (Förderung der Familien, Kindeswohl, Integration, Frauen und Beruf, Kita),

Soziale Sicherheit im Kreis Segeberg (von der Kindeswohlförderung bis zu einem auskömmlichen Leben im Alter),

Gesundheitsstandort Kreis Segeberg nutzen und ausbauen (Gesundheit, Naherholung, Sport, Natur und Umwelt).

„Mach mit“ fordert der Kreisverband auf zum

Bürger-Dialog am Samstag, den 3. November um 10 Uhr im Hotel Wiking, Hamburger Straße 81, 24558 Henstedt-Ulzburg.

Bis etwa 15:00 Uhr sollen in moderierten Arbeitsgruppen alle Ideen gesammelt werden für eine zukunftsorientierte Entwicklung des Kreises Segeberg, für Sicherheit, Gesundheit und Wohlstand der Menschen.

Die Sozialdemokraten freuen sich auf den Besuch vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger und deren Unterstützung.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.10.2012, 17:00 Uhr - 7558 Clicks - Nr. 516

Standards beim Abitur sind hilfreich

Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, zu den Abitur-Plänen der KMK:

Es ist gut, das Instrument der Bildungsstandards auch auf die Oberstufe und das Abitur auszuweiten. Der Start mit den Kernfächern Deutsch, Mathe, Englisch und Französisch wird Erkenntnisse bringen, die bei der Ausweitung auf weitere Fächer berücksichtigt werden können. Es ist hilfreich, Kompetenzen zu beschreiben und diese anhand von Beispielaufgaben zu verdeutlichen.



Mit diesen Beispielaufgaben kann im Unterricht gut gearbeitet werden. Unter den Ländern abgestimmte Aufgaben dienen der Vergleichbarkeit. Mit gleichen Anforderungen in der Oberstufe wird zudem der Wechsel von einem Bundesland ins andere leichter. Zentral gestellte Aufgaben verändern die Rolle der Lehrkräfte, die zu Lernhelfern werden. Alle arbeiten gemeinsam auf das Ziel hin, dass alle die Kompetenzen erreichen. Außerdem sparen zentrale Aufgaben der einzelnen Lehrkraft die zeitaufwendige Erstellung von Aufgaben und Korrekturhilfen.

Heute liegt die Schwierigkeit allerdings nicht nur in der Unterschiedlichkeit der Aufgaben, sondern auch in der Unterschiedlichkeit der Bewertungskriterien. Mit Schwächen in Rechtschreibung und Grammatik beispielsweise gehen nicht alle Länder gleich streng um, nicht einmal alle Lehrerinnen und Lehrer eines Landes.

Ein bundesweit einheitliches Zentralabitur, also die Abnahme aller Abiturprüfungen, und das wären pro Fach hundertausende, mit derselben Aufgabenstellung zum selben Zeitpunkt, wird schwer zu erreichen sein und uns auch nicht unbedingt weiterbringen. Das Schuljahr 2012/2013 beispielsweise begann in Schleswig-Holstein am 6. August, in Bayern erst am 13. September. Würden die Schülerinnen und Schüler nun eine zentrale Prüfung ablegen, wäre die Vorbereitungszeit sehr unterschiedlich.

Interessant wäre einmal, Abiturklausuren anonymisiert und stichprobenartig länderübergreifend auszutauschen und Zweitgutachten in anderen Ländern und an anderen Schultypen zu erstellen.

(Als Gymnasiallehrer in Hamburg habe ich für meinen Geschichtsleistungskurs die Aufgaben selbst erstellt, in Deutschkursen habe ich meine Schülerinnen und Schüler auf Zentralaufgaben vorbereitet.)

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 19.10.2012, 16:11 Uhr - 13444 Clicks - Nr. 517

SPD will 50 Mio. Euro zur Stärkung der Verbraucherzentralen als Marktwächter

Thönnies: Standort Norderstedt stärken

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich im Rahmen der aktuellen Beratungen zum Bundeshaushalt dafür stark, die Arbeit der Verbraucherzentralen besser finanziell zu unterstützen. „Für die Einrichtung von so genannten ‚Marktwächtern‘ in den Bereichen Finanzen, Gesundheit, Energie und digitale Welt sollen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.



Die Verbraucherzentralen werden Märkte beobachten, unlautere Praktiken aufspüren und Missstände an die Aufsichtsbehörden weitergeben. Unter dem Titel ‚Marktwächter‘ ist vorgesehen, dass diese Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und aufklären. Die Klagerechte, die Verbraucherorganisationen schon heute nutzen, gelte es im Rahmen des Konzeptes weiterzuentwickeln.

Thönnies: „Schon jetzt leisten die Verbraucherzentralen bundesweit wichtige Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger.“ Auch in den Kreisen Segeberg und Stormarn berät die Verbraucherschutzzentrale Schleswig-Holstein e.V. in vielen Themenbereichen wie Altersvorsorge und Geldanlage, Energie und Bauen sowie Verbraucherrecht Kunden bei ihren Konsumententscheidungen. In Norderstedt wird eine eigene Beratungsstelle betrieben, die vor Ort vor allem Seniorinnen und Senioren berät.

Thönnies erklärt dazu: „Seit einigen Jahren stehen die Dienste der Verbraucherzentralen wegen Mittelkürzungen durch die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung sowie die aktuelle Bundesregierung und der Anhebung der Mehrwertsteuer für Beratungsangebote auf wackligen Beinen. Dabei sind sie heutzutage im großen Dschungel der Märkte wichtiger denn je. Meine Fraktion legt daher bei den aktuellen Haushaltsberatungen im Bundestag hier einen Schwerpunkt, um die bestehenden Strukturen wieder zu stärken. Bis zu 50 Millionen Euro der Haushaltsmittel wollen wir bereitstellen, um Verbraucherinteressen wieder stärker gegenüber undurchsichtigen Konstrukten wie Finanzmärkten zu wahren.“

Zur Finanzierung der Marktwächter sollen laut SPD-Vorschlag zudem Geldbußen aus

Kartellverfahren herangezogen werden. Kartelle sorgen für Wettbewerbsdefizite durch Preisabsprachen, die Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlen müssen. Die Einnahmen soll die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz zum Aufbau von Stiftungskapital erhalten. Aus den Erlösen werden in Zukunft Marktwächterfunktionen in den Bereichen Energie, Gesundheit und Digitale Welt finanziert. Desweiteren sollen Mehreinnahmen aus dem Verkauf der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank bis zu einer Höhe von 20 Millionen Euro zur Finanzierung verwendet werden.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.10.2012, 11:01 Uhr - 7961 Clicks - Nr. 518

SPD-Bildungspolitiker vernetzen sich

Einmal im Jahr treffen sich alle SPD-Bildungspolitiker aus Bund und Ländern zur sogenannten „Kirkel-Runde“. Benannt ist die Runde nach dem Ort im Saarland, wo sie erstmals stattfand. 2012 traf man sich im Kurt-Schumacher-Haus in Hamburg. Über 50 Ministerinnen, Staatssekretäre, Bundestags- und Landtagsabgeordnete kamen zusammen, um sich zwei Tage über bildungspolitische Entwicklungen in Bund und Ländern auszutauschen. Mit dabei waren auch vier Teilnehmer aus Schleswig-Holstein.

Die beiden Staatssekretäre aus dem Bildungsministerium, Dirk Loßack und Rolf Fischer, waren ebenso nach Hamburg gekommen wie Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Ebenfalls in Schleswig-Holstein lebt Hans-Gerhard Husung, Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) und ehemals Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin.

Thema 2012 war unter anderem die von der SPD geforderte Aufhebung des Kooperationsverbots. Martin Habersaat: „Kommunen und Ländern bauen die Bildungsinfrastruktur dieser Tage massiv aus, beispielsweise die Betreuung für Kinder unter drei Jahren, aber auch immer mehr Ganztagschulen entstehen. Nach heutiger Gesetzeslage darf sich der Bund an solchen Maßnahmen nicht oder nur indirekt beteiligen. Das reicht nicht.“



Weitere Beratungsgegenstände waren der Hochschulpakt, der sicherstellen soll, dass auch in Zeiten doppelter Abiturjahrgänge ausreichend Studienplätze für die Erstsemester zur Verfügung stehen und die Lehrerausbildung. Habersaat: „Deutsch als Zweitsprache wird an den Schulen immer wichtiger, auch Inklusion und Binnendifferenzierung fordern von künftigen Lehrerinnen und Lehrern neue Qualifikationen.“

Foto: Loßack, Husung, Fischer, Habersaat

Keine Kommentare

Tribüne e.V. - Mitgliederversammlung am 5. November

Zur jährlichen Mitgliederversammlung treffen sich Mitglieder und Freunde von Tribüne e.V. am 5. November in Glinde (19.00 Uhr, Bürgerhaus). Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat hatte 2011 den Vorsitz übernommen. Er kündigt an: „Zunächst waren wir mit einigen Formalia befasst. Dann gab es für mich durch die Landtagswahl und der Start der neuen Regierung viel zu tun. Jetzt können wir richtig durchstarten.“

Die Jahresplanung 2013 soll am 5. November besprochen werden. Die Mitgliederversammlung ist offen für alle, die sich für die Arbeit der Tribüne interessieren oder mitmachen wollen. Schon am 22. November wird es die erste inhaltliche Veranstaltung geben. Habersaat: „Wir werden uns mit Wissenschaft und Hochschulpolitik beschäftigen und hochkarätige Gäste begrüßen können.“ Weitere Informationen folgen.



Der Verein „Tribüne – Vereinigung zur Diskussion der Probleme der modernen demokratischen Gesellschaft e. V.“ (abgekürzt „Tribüne e.V.“) widmet sich gemeinnützig der Förderung und Pflege der staatspolitischen Bildung. Er will ein Diskussionsforum für gesellschaftliche und staatliche Probleme der Zeit schaffen. Der spätere Landtagsabgeordnete Alfred Schulz gründete den Verein gemeinsam mit Freunden und Weggefährten 1967 und war bis zu seinem Tod im vergangenen Jahr 44 Jahre lang dessen Vorsitzender.

Keine Kommentare

Die fragwürdige Spendenaktion des Herrn Kubicki

Ernsthaftes Engagement für Gewaltopfer sieht anders aus!

Mit markiger Polemik weiß sich Wolfgang Kubicki, Fraktionsvorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, meist sehr medienwirksam zu präsentieren. Doch mit seiner groß angelegten TV-Spendenaktion für das Frauenhaus Wedel hat er eine moralische Grenze überschritten, sagt die SPD Landtagsabgeordnete Beate Raudies.

"Das ist an Geschmacklosigkeit nicht mehr zu überbieten.

Sich mit der Not und dem Elend von Frauen und Kindern im Land in Szene zu setzen, um der Landesregierung eins auszuwischen, ist nicht in Ordnung", sagt die Politikerin.

Sicherlich sei die Spende für das Frauenhaus Wedel hilfreich. "Aber Frauenhäuser müssen finanziell nachhaltiger abgesichert werden. Genau daran wird gearbeitet", sagt Beate Raudies.



Der Schutz vor Gewalt sei ein Menschenrecht, so Raudies weiter, das habe die alte Landesregierung wohl nicht so eingeordnet. "Denn es war doch die schwarz-gelbe Regierung, also mit aktiver Beteiligung des Herrn Kubicki, die die finanziellen Mittel für Frauenfachrichtungen und Frauenhäuser massiv gekürzt hat. Eine

menschenunwürdige Entscheidung, die nun schnellstens rückgängig gemacht werden muss. Dabei setzt die SPD allerdings nicht auf Heuwenderaktionen. Beate Raudies: "Da haben sich die Wählerinnen und Wähler für einen anderen Politikstil entschieden. Wir haben uns im Koalitionsvertrag klar zu Gleichstellungspolitik, Frauenförderung und Gewaltschutzarbeit bekannt." Der Landtag habe deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er die Arbeit der Frauenhäuser und der Frauenberatungsstellen sowie der Mädchentreffs für unverzichtbar hält und für diese Zwecke ein Mindestmaß an personeller, sachlicher und finanzieller Ausstattung vorgehalten werden müsse.

Daher, so Raudies weiter, arbeite die Landesregierung zurzeit an einem Konzept, das den Fortbestand des Frauenhauses Wedel sichere. Außerdem würden Gespräche mit dem Nachbarland Hamburg über eine Kostenausgleichsregelung geführt. Weiterhin werde sich die Landesregierung auch auf Bundesebene für länderübergreifende Lösungen einsetzen. "Unabhängig von ihrem Aufenthaltsort und ihrer Lebenssituation sollen Frauen und Kinder vor Gewalt geschützt werden, deshalb sind bundeseinheitliche Regelungen notwendig", betont Beate Raudies.

Ziele, die auch im Haushaltsentwurf wiedergespiegelt werden. So werden unter anderem die Finanzen für Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser um mehr als eine halbe Million Euro aufgestockt.

"Und wenn Herr Kubicki nicht so viel Zeit für Gebrauchspolemik und publikumswirksame Fernsehshows aufwenden würde, wäre er besser darüber informiert, wie die Landesregierung das Engagement der Frauenhäuser zum einen würdigt, zum anderem aber auch nachhaltig zukunftsfähig aufstellen will", so die SPD Landtagsabgeordnete.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.10.2012, 21:16 Uhr - 9351 Clicks - Nr. 521

Bezahlbare Energie ist möglich!

Franz Alt und Nina Scheer im Barsbüttler Rathaus (6. November, 19.00 Uhr)

Die Energiewende ist eine zentrale Herausforderung unserer Tage. Der Klimawandel, die Verknappung fossiler Ressourcen und damit auch die Kosten für herkömmliche Energieträger erfordern einen beschleunigten Wechsel zu regenerativen Energieträgern. Dabei ist die Diskussion unübersichtlich: Es gibt viele Vorschläge, gegensätzliche Prognosen und viele interesselitete Argumente.

Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, hat zwei prominente Experten eingeladen, um zu zeigen: „Bessere Energie ist möglich.“

In Barsbüttler Rathaus kommen am 6. November der Journalist und Autor Franz Alt („Sonnige Aussichten. Wie Klimaschutz zum Gewinn für alle wird“) und die Autorin Nina Scheer („Energiewende fortsetzen – Regenerative Vollversorgung vor dem Durchbruch“). Martin Habersaat: „Ich freue mich darauf, mit beiden über Herausforderungen und Chancen der Energiewende zu diskutieren und auch



**BEZAHLBARE ENERGIE
IST MÖGLICH!**
FRANZ ALT
NINA SCHEER

Moderation: Martin Habersaat, MdL

Dienstag, 6. November 2012 | 19.00 Uhr
Rathaus Barsbüttel
Stiefenhoferplatz 1

www.martinhabersaat.de

mit dem Publikum ins Gespräch zu kommen.“ Dabei gehe es nicht nur um die Frage, was technisch machbar sei. Für Habersaat ist genauso wichtig, auf die Kosten der Energiewende zu achten und auf deren gerechte Verteilung.

Der Eintritt ist frei.

Die Gäste:

Dr. Franz Alt, Jahrgang 1938, studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Philosophie und Theologie. In seiner Dissertation befasste er sich mit Konrad Adenauer. Bekannt wurde er einem breiten Publikum als Moderator des Politmagazins „Report“ und Leiter der Zukunftsredaktion des SWR. Seine Bücher (z.B. „Frieden ist möglich“, 1983) wurden in 12 Sprachen übersetzt und erreichten eine Auflage von über zwei Millionen. Alt wurde u.a. mit dem Adolf-Grimme Preis und der Goldenen Kamera ausgezeichnet.

Dr. Nina Scheer, geb. 1971, studierte Musik und Rechtswissenschaften. In ihrer politikwissenschaftlichen Dissertation befasste sie sich mit dem Spannungsfeld „Welthandelsfreiheit vor Umweltschutz?“. Seit 2007 ist sie Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, Bundesverband der grünen Wirtschaft. Nina Scheer ist Mitglied der Grundwertekommission der SPD und ehrenamtlicher Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung. Im Juli 2012 erschien im Vorwärtsbuch Verlag ihr Buch „Energiewende fortsetzen – Regenerative Vollversorgung vor dem Durchbruch“.

Keine Kommentare

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 22.10.2012, 21:23 Uhr - 9473 Clicks - Nr. 522

Amerika muss wieder rot werden! - Für eine politische Alternative in den Vereinigten Staaten

In den USA stehen am 6.11. die Präsidentschaftswahlen an. Diese Wahl hat auch über die Ländergrenzen der USA hinausgehend einige Bedeutung, und auch die Jusos Dithmarschen haben sich intensiv mit der anstehenden Wahl befasst.

„Die Bürgerinnen und Bürger der USA stehen vor einer wichtigen politischen Entscheidung. Entweder das politische „Weiter so“ des außerordentlich blassen amtierenden Präsidenten hinnehmen, oder einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel wagen“, meint der Juso-Kreisvorsitzende von Dithmarschen, Patrick Lange.

Mitt Romney verfügt über die menschlichen und politischen Qualitäten, um dieser schweren Aufgabe gerecht zu werden. Durch seine Zeit bei Bain Capital und dem damit einhergehenden Export von Arbeitsplätzen verspürt Mitt Romney eine durch seinen mormonischen Glauben hervorgerufene Pflicht, seinem Land etwas (Arbeitsplätze) zurückzugeben.

Mitt Romney glänzt jedoch nicht nur durch seine Menschlichkeit und aufrichtige Persönlichkeit, im Gegensatz zum technokratischen Amtsinhaber, sondern hat auch in seiner Karriere einige Erfolge vorzuweisen. „Als Gouverneur von Massachusetts führte Mitt Romney eine ehrgeizige Gesundheitsreform durch, die unserer Meinung nach ein Modell für ganz Amerika ist, außerdem kämpft er für die Rücknahme demokratischer Sparbeschlüsse im Gesundheitssystem“, so die Juso-Gesundheitsexpertin Svea Langkavel.

Auch in der Wirtschaftspolitik werden die grundsätzlichen Alternativen klar. Weiterhin Barack Obamas wachstumsfeindlichen Bastardkeynesianismus ohne Ziel und Mut hinnehmen, oder eine Politik zu führen die die Massenkaufkraft durch Steuersenkungen

stärkt und wirkungsvolles Deficit Spending von 5 Billionen Dollar betreibt. Die geplanten Investitionen von 2 Billionen Dollar in Pentagon und Militärapparat würden das Wachstum in Amerika deutlich ankurbeln und knüpfen an republikanische Traditionen an. „Die amerikanischen Genossinnen und Genossen haben gerade mit Ronald Reagans Rüstungskeynesianismus sehr positive Erfahrungen gemacht“, gibt Juso-Wirtschaftsexperte Torben Priemer zu bedenken.

Doch nicht nur in den „harten“ Themen dürfte Romney die Nasen vorne haben. „Ich selbst habe erst vor kurzem gelesen, dass Obama die ihm die unangenehme Frage der Homoehe im Wahlkampf aussparen will, während die Republikanerinnen und Republikaner versuchen, die Menschen in den immer noch sehr christlich geprägten USA für dieses sensible Thema zu begeistern“, erklärt der Juso-Kreisvorsitzende auf Nachfrage hin.

Als feministischer Richtungsverband ist es für uns auch besonders erfreulich, dass nach einer etwaigen Wahl Mitt Romneys die kompetenten Frauen in Romneys Aktenordnern endlich in eine bessere Zukunft schauen können.

Nun gilt es am 6.11. auf eine möglichst große Anzahl roter Staaten zu hoffen. Unsere Sympathien dabei sind klar, wider die obamasche und merkelsche „Alternativlosigkeit“ solidarische Alternativen stärken und sozialistische Potentiale ausschöpfen. Venceremos!

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 23.10.2012, 17:00 Uhr - 13486 Clicks - Nr. 523

SPD begrüßt Wahl eines Koordinierungskomitees der Opposition in Russland

Zum Ergebnis der Wahlen zu einem gemeinsamen Koordinierungskomitee der russischen Opposition in der Russischen Föderation erklären der stellvertretende Vorsitzende Gernot Eler und der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Franz Thönnnes:



Mit der am Wochenende stattgefundenen Wahl zur Bildung eines gemeinsamen Koordinierungskomitees der Opposition in Russland hat sich erstmals mit demokratischer Legitimation ein Gremium mit Führungspersönlichkeiten gebildet. Diese übernehmen einerseits ein hohes Maß an Verantwortung und wecken andererseits große Erwartungen.

Der im vergangenen Jahr entstandenen Protestbewegung in Russland mangelte es bislang an gewählten Repräsentanten sowie an einem klaren politisch-inhaltlichen Programm. Jetzt besteht ein Kreis von Persönlichkeiten, der nicht nur für die Behörden Ansprechpartner bei Demonstrationen ist, sondern auch als Dialogpartner für die russische Regierung sowie die Parteien in der Duma infrage kommt.

Allen Beteiligten kommt für die zukünftige Entwicklung Russlands mit einer aktiven Bürgergesellschaft eine besondere Verantwortung zu. Eine wirkungsvolle Modernisierung der Wirtschaft und des Justizwesens sowie einen erfolgreichen Kampf gegen Korruption wird es nur dann geben, wenn es auch zu einer gesellschaftlich-demokratischen Modernisierung kommt. Dabei müssen die tragenden Gruppen der Bürgerbewegung, ohne nationalistischen Kräften einen Raum einzuräumen, mit einbezogen werden und der Dialog von beiden Seiten konstruktiv geführt werden.

Die in den vergangenen Monaten getroffenen Entscheidungen für neue Gesetze zur

Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen, zum Demonstrations- und Versammlungsrecht sowie die Intensität des Vorgehens staatlicher Organe gegen oppositionelle Kräfte erfüllen uns mit Sorge. Wir erwarten, dass die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Respektierung bürgerlicher Freiheiten, wie sie Russland mit der Charta des Europarates zugesichert hat, gewährleistet wird und setzen darauf, dass künftig auch durch die Organisatoren sowie die Behörden friedliche Demonstrationen durchgeführt werden können.

Wir setzen auf die beiderseitige Bereitschaft zum Dialog, denn es besteht ein gutes Interesse an einem stabilen Russland als verlässlicher Partner in Europa, der seine Wirtschaft schrittweise erfolgreich modernisiert und in einem Prozess einer friedlichen Entwicklung seine Gesellschaft demokratisiert.

Der anstehende Petersburger Dialog im November 2012 in Moskau bietet gute Möglichkeiten Vertreter des neuen Koordinierungskomitees in die russisch-deutschen Gespräche einzubeziehen.

Keine Kommentare

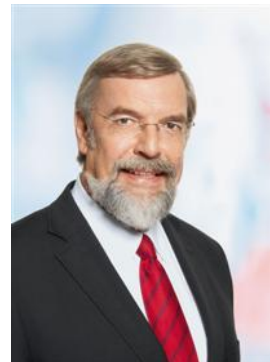
[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 23.10.2012, 23:40 Uhr - 14125 Clicks - Nr. 524

Lindenau-Gelände für Industrie- und Gewerbenutzung optimieren

Der SPD-Kreisvorstand hat sich mit der Situation der Lindenau-Werft befasst.

„Wir sind an der Seite der Lindenau-Werft und ihrer Beschäftigten. Gerade in dieser durchaus schwierigen Situation muss deutlich sein: Wir setzen auch weiterhin an diesem Standort auf maritime Industrie und schifffahrtnahes Gewerbe.

Wir wollen Arbeitsplätze und Know-how in Friedrichsort erhalten und diesen traditionellen Standort weiterentwickeln. „Schöner Wohnen“ auf dem Lindenau-Gelände lehnen wir ab.



Die Kieler SPD wird weiterhin mit der Lindenau-Werft und ihren Unterstützern kooperieren“, so Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 24.10.2012, 16:29 Uhr:

RE: Lindenau-Gelände für Industrie- und Gewerbenutzung optim

Wie ich heute aus der Presse erfahren habe, hat die Nobiskrug-Werft Interesse gezeigt, die Lindenau Werft zu übernehmen. Hoffentlich sieht man jetzt Licht am Ende des Tunnels.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 24.10.2012, 09:10 Uhr:

RE: Lindenau-Gelände für Industrie- und Gewerbenutzung optim

Ich stimme diesem Beitrag von Rolf Fischer zu. Ich würde mir wünschen, dass auf dem Lindenau-Gelände wieder viele große Schiffe gebaut werden. Darüber hinaus glaube ich auch nicht, dass dieses Gelände als Wohngebiet geeignet ist, weil dort vermutlich zu viele Altlasten sind. Die SPD muss sich dafür stark machen, dass hier in Friedrichsort Arbeitsplätze im maritimen Bereich entstehen. Der jetzige Zustand hier ist unhaltbar!

SPD sorgt für bessere Bürgerinformationen

Bad Bramstedt. Künftig haben alle Bürger die Möglichkeit sich im Internet die Sitzungsunterlagen der Bad Bramstedter Ausschüsse anzusehen. Das beschlossen auf Antrag der SPD die Mitglieder des Hauptausschusses.

„Das Votum erfolgte einstimmig, das freut uns ganz besonders“, erklärte Klaus-Dieter Hinck, SPD-Vorsitzender und Ausschussmitglied. „Damit folgen wir dem guten Beispiel anderer Kommunen und des Kreises Segeberg.“

In Zukunft sollen die Sitzungsunterlagen, die die Stadtverordneten für den öffentlichen Teil von Sitzungen erhalten, auch im Internet auf der Seite der Stadt Bad Bramstedt hinterlegt werden. „Dann haben sowohl die Bürger als auch die Presse die Möglichkeit sich hier zeitig über die Beratungsgegenstände zu informieren,“ ergänzt SPD-Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf, „und interessierte Bürger haben eine viel bessere Möglichkeit sich zu entscheiden, ob sie die Sitzungen besuchen wollen. Für uns ist das ein großer Schritt zu mehr Transparenz und Bürgernähe und entspricht den Anforderungen, die man als Bürger im digitalen Zeitalter stellen darf.“



Außerdem soll die Arbeit der Stadtverordneten und die Suche im Internet dadurch verbessert werden, dass die Unterlagen auf der Homepage der Stadt in einem durchsuchbaren pdf-Format abgelegt werden. Damit werden Suchbegriffe lesbar durch die großen Suchmaschinen und der interessierte Bad Bramstedter Bürger wird leichter fündig.

Keine Kommentare

SPD stellt Forderungen an Verträge mit Quantum für das Fachmarktzentrum

Bad Bramstedt. Keine weitere Schwächung der Innenstadt und Fernwärmeanschluss, das sind die beiden zentralen Forderungen mit denen die Bad Bramstedter SPD den Bürgermeister in die weiteren Verhandlungen mit der Firma Quantum zum Thema Fachmarktzentrum schicken wollen. Das formulierte die SPD deutlich bei den Beratungen im Hauptausschuss am vergangenen Dienstag.

Die SPD möchte nach Worten ihres Pressesprechers, Jan-Uwe Schadendorf, erreichen, dass im städtebaulichen Vertrag fixiert wird, im Fachmarktzentrum keine Mieter zu nehmen, die jetzt schon in der Innenstadt ansässig sind und größere Flächen betreiben. „Die Quantum hatte in ihren Präsentationen erklärt, dass sie zu solcher Selbstbeschränkung auch vertraglich verpflichtend bereit sei. Da wollen wir sie beim Wort nehmen, um Befürchtungen in der Kaufmannschaft zu mindern, dass solche Verlagerungen erfolgen können.“



Außerdem möchte die SPD, dass das neue Gewerbegebiet Wärmeversorgung über Fernwärme erhält. Diese soll das Blockheizkraftwerk (BHKW) am Freibad liefern. Jan-Uwe Schadendorf: „Am Freibad steht sowieso eine Erneuerung des Kessels an und der

Leitungsweg zum Lohstücker Weg ist kurz. Das ist eine hervorragende Möglichkeit einen Kessel dann das ganze Jahr betreiben zu können. Das ist eine ökologisch optimale Kraftwärmekopplung, die wechselnd Wärme für FMZ oder Freibad produziert und ganzjährig Strom erzeugen kann, der an die Stadtwerke geht und Geld in die Kasse der stadteigenen Wirtschaftsbetriebe bringt.“

Die SPD fand mit diesem Gedanken Zuspruch im Hauptausschuss, so dass sie davon ausgehen kann, dass das ein Gegenstand der weiteren Gespräche des Bürgermeisters mit der Quantum AG wird.

Auf heftige Kritik stieß im Ausschuss die späte Vorlage der Beratungsunterlagen zu dem Thema FMZ. Die Unterlagen waren erst am Vorabend per Mail verschickt worden. Ausschussmitglied Klaus-Dieter Hinck bemängelte, dass er nicht nur zum Abnicken da sei, sondern sich mit den Vertragstexten auch ausreichend beschäftigen will. Im Ergebnis darf der Bürgermeister jetzt mit Quantum weiterverhandeln; vor Vertragsschluss muss aber der Hauptausschuss erneut eingebunden werden.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 24.10.2012, 12:24 Uhr - 14808 Clicks - Nr. 527

Thönnnes gratuliert und trifft zwei aktive Schülerinnen aus Bad Segeberg

20 Jahre „Schüler Helfen Leben“

Ihr 20-jähriges Jubiläum feierte die in Neumünster ansässige Initiative „Schüler Helfen Leben“ Ende letzter Woche im Europäischen Haus in Berlin. Aufgewühlt durch die Kriegsbilder aus dem ehemaligen Jugoslawien entschieden sich 1992 verschiedene Schülerinnen und Schüler etwas zu tun, um gerade den jungen Menschen vor Ort zu helfen.



Sie packten kurzerhand die Autos ihrer Eltern voller Hilfsgüter und machten sich auf den Weg. Die Aktion war geboren. Bis heute konnten 130 Projekte im Umfang von mehreren Millionen Euro auf dem Balkan umgesetzt werden. Dazu gehören u.a. der Bau und der Betrieb von Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen. Tausende von Schulen und Hunderttausende von Schülern engagierten sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten für diese Solidaritätsidee.

„Die Geschichte von „Schüler Helfen Leben“ ist schon etwas ganz Besonderes. Noch während des Krieges waren sie vor Ort und halten das Engagement auch weiterhin aufrecht, obwohl die Region nicht mehr so in der Öffentlichkeit steht, wie damals. Dieser Einsatz verdient Respekt und die größte Anerkennung“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes. Er selbst unterstützte die Aktion in der Vergangenheit auch dadurch, dass er in seinem Segeberger Bürgerbüro am „Sozialen Tag“ jungen Schülern die Gelegenheit bot mitzuarbeiten und die Entlohnung auf das Konto der guten Initiative überwies. An diesen Tag arbeiten einmal im Jahr junge Menschen für ihre Gleichaltrigen im Südosten Europas. Dabei kommen inzwischen jährlich aus dem ganzen Bundesgebiet rund 1,6 Mio. Euro zusammen.

So nahm der SPD-Politiker jetzt auch gerne an der Jubiläumsveranstaltung teil und nutzte die Chance zum Gespräch mit zwei aktiven Schülerinnen aus seinem Wahlkreis in der Bundeshauptstadt. Jule Nagel (16) und Jonna Kunde (16) besuchen die Dahlmannschule in Bad Segeberg, engagieren sich bei „Schüler Helfen Leben“ und haben

sich auch an den „Sozialen Tagen“ beteiligt.

„Wir können nur allen raten hierbei mitzumachen. Abgesehen davon, dass es Spaß bereitet in verschiedene Berufe hinein zu schnuppern, kann man ein bisschen dazu beitragen, die Lebensbedingungen von Jugendlichen in einer Krisenregion zu verbessern“, so Jule Nagel. Jonna Kunde ergänzt: „Und auch die Arbeit im Verein macht riesig Spaß. Man merkt, dass dies ein Zusammenschluss von Jugendlichen für Jugendliche ist“.

Dazu Thönnnes: „Eltern, Schulen und Unternehmen kann ich nur aufrufen jungen Menschen die Teilnahme am „Sozialen Tag“ zu ermöglichen. Denn unser Zusammenleben funktioniert nur, wenn wir füreinander Verantwortung übernehmen. Im Kleinen, wie in der Kommune vor Ort, aber auch über die Grenzen Deutschlands hinweg. Ich bin mit dem Bürgerbüro wieder gerne dabei!“

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 25.10.2012, 13:40 Uhr - 17323 Clicks - Nr. 528

Arbeitslose Alleinerziehende und Kinderbetreuung in den Mittelpunkt rücken

Initiative von SPD-MdB Franz Thönnnes:

Die Unterstützung und Hilfe von arbeitslosen Alleinerziehenden soll ein Schwerpunkt im Kreis Segeberg werden. Das ist das Fazit der Beratungen der gestern auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes zusammengekommenen Teilnehmergruppe des 2. Runden Tisches „Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren“ im Sozialkaufhaus in Bad Segeberg.



Mit dabei waren die folgenden Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung: Jutta Hartweg (Landrätin Kreis Segeberg), Dagmar Höppner-Reher (Gleichstellungsbeauftragte Kreis Segeberg), Thomas Kenntemich, Birgit Fritsche (beide Agentur für Arbeit Elmshorn), Beate Mönkedieck (Gleichstellungsbeauftragte Bad Segeberg), Marianne Schütt (Gleichstellungsbeauftragte Amt Itzstedt), Renate Soukup (Gleichstellungsbeauftragte Amt Kisdorf), Annegret Horn (Gleichstellungsbeauftragte Henstedt-Ulzburg), Alexandra Griebisch, Marion Borsch, Julia Blunck (alle BQOH gGmbH), Rudolf G. Beeth (DGB-Kreisverband Segeberg), Siegfried Prante (DRK-Kreisverband Segeberg), Susanne Danhier (Diakonisches Werk, Erziehungsberatungsstelle), Stephanie Böttcher (Frauenzimmer e.V. Bad Segeberg), Tanja Gienke (Jobcenter Kreis Segeberg), Klaus Schernau (Kreis Segeberg, Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe), Ute Prange (Servicebüro Tagespflege, Kirchenkreis Plön-Segeberg), Ulrike Feige, Anke Kehrmann-Panten (beide Tausendfüßler Kinder- und Familiengarten Kaltenkirchen e.V.), Kornelia Hennicke (Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.) und Ulrich Graumann (Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg).

Im Juni 2012 waren im Kreis Segeberg 1824 Alleinerziehende arbeitslos und auf Grundsicherung angewiesen. In diesen Familien lebten ca. 2.800 Kinder. Knapp 380 (21 %) der genannten Alleinerziehenden haben Kinder unter drei Jahren und stehen der Arbeitsvermittlung, sofern sie es wünschen, nicht zur Verfügung. 811 Alleinerziehende erhalten zu ihrem derzeitigen Einkommen eine Aufstockung durch die Grundsicherung. Damit stünden ca. 650 der Alleinerziehenden im Kreis Segeberg der Arbeitsvermittlung demnach grundsätzlich zur Verfügung. Hemmnisse für eine erfolgreiche Integration in

eine neue Beschäftigung sind jedoch zu wenig Arbeitsplätze für diese Gruppe, mangelnde Qualifikation, teilweise nicht vorhandene Schulabschlüsse, psychosoziale Probleme sowie fehlende, flexible und bezahlbare Betreuungsmöglichkeiten. Ebenso zu nennen ist die gestiegene Zahl der Trennungen.

Bereits beim 1. Runden Tisch, der auf Initiative von Franz Thönnies kurz nach dem Sommer stattfand, war die große Übereinstimmung in der Einschätzung über die bestehenden Herausforderungen sowie die breite Bereitschaft, hieran gemeinsam zu arbeiten, sehr bemerkenswert. Schon damals war man sich einig, dass das Ziel die allgemeine Verbesserung eines ausreichenden und verlässlichen Kinderbetreuungsangebotes sowie die Reduzierung der Zahl der arbeitslosen Alleinerziehenden und ihre Herausführung aus dem Bezug der Grundsicherung sein soll. Dazu ist eine enge, konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich, denn noch immer gibt es in weiten Bereichen Defizite bei der Betreuung bzw. werden gruppenspezifische Lösungen benötigt.

Ermutigend war ebenso das von der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Stormarn Birte Kruse-Gobrecht vorgestellte, erfolgreiche Beispiel der Herangehensweise im Nachbarkreis Stormarn. Die dort seit einiger Zeit bestehende Stiftung "Beruf und Familie" sowie das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderte Projekt "WiNetA - Wissensnetz Alleinerziehende" zeigen bereits erste gute Erfolge der gemeinsamen Aktivitäten zur Herstellung von mehr Familienfreundlichkeit und verbesserter Kinderbetreuung. Dies kommt ebenso den dort ansässigen Unternehmen zu Gute. Auch in Stormarn ging die Initiative auf Franz Thönnies zurück.

Segebergs Landrätin Jutta Hartweg, die gleichfalls am 2. Runden Tisch teilnahm, verwies auf den fortgeschrittenen Stand des Ausbaus der Kinderbetreuung im Kreis Segeberg mit gut 11.000 Plätzen. „Besonders wichtig ist es dennoch, gerade für die Zielgruppe der Alleinerziehenden besondere Anstrengungen zu unternehmen. Ich sehe hierbei die Chance zum Beispiel durch einen ‚Markt der Möglichkeiten‘ und die angedachte Fachtagung Unternehmen und Familien zusammen zu bringen“, so Hartweg.

In intensiver Diskussion entwickelten alle Beteiligten 9 Leitgedanken, für die die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Segeberg Dagmar Höppner-Reher und der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies einen Vorschlag erarbeitet hatten. Sie sollen Orientierung für die weitere Arbeit des Runden Tisches sein:

9 Leitgedanken der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 2. Runden Tisches „Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren“ im Kreis Segeberg vom 24.10.12

Alleinerziehende und ihre Kinder sind besonders stark von Armut bedroht bzw. betroffen. Im Kreis Segeberg leben rund 1.800 Alleinerziehende, davon 98% Mütter, mit ihren Kindern vom Arbeitslosengeld II. Diese Zahl stagniert, obwohl der Arbeitsmarkt im Kreis Segeberg sich trotz der Finanzkrise positiv entwickelt hat. Die Alleinerziehenden profitieren davon nicht. Die Gründe dafür sind vielschichtig: fehlende bedarfsgerechte und finanzierbare Kinderbetreuung, die Kinderbetreuung muss von einem Elternteil allein gewährleistet werden, fehlende familienfreundliche Arbeitsangebote, fehlende Qualifikation, fehlende Mobilität.

Die Hilfe und Unterstützung von Alleinerziehenden soll ein Schwerpunkt im Kreis Segeberg werden.

Die Teilnehmenden des 2. Runden Tisches im Kreis Segeberg verständigten sich auf die folgenden 9 Leitgedanken, die die weitere Arbeit begleiten werden:

- Alleinerziehende und hier insbesondere Mütter und deren Kinder sind überproportional von Armut bedroht und betroffen, da die Einkommenssituation den Lebensstandard

beeinflusst.

- Eine Beschäftigung mit einem existenzsichernden Einkommen ist für die Familien unverzichtbar.
- Alleinerziehende sind mit der Kinderbetreuung auf sich allein gestellt. Zur Bewältigung der Familien- und Erwerbsarbeit benötigen sie ein enges, gut funktionierendes Netzwerk von Beratung, Unterstützung und zielgruppenorientiertem Bildungsangebot.
- Notwendig ist eine bedarfsgerechte, kreisweite, zeitlich flexible, bezahlbare, qualitativ hochwertige und adäquat bezahlte Betreuung für alle Kinder von 0 bis 14 Jahren als grundsätzliche Voraussetzung für einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt. Im Kreis Segeberg soll eine Vermittlung in Arbeit nicht an einer fehlenden Betreuungsmöglichkeit scheitern. Dies gilt auch für ganz junge alleinstehende Mütter, die eine Teilzeitausbildung absolvieren.
- Erfolgreiches Berufsleben soll für Männer und Frauen mit der Familie vereinbar sein. Dazu bedarf es auch einer flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeitorganisation.
- Im Kreis Segeberg wird eine stärkere, familienbewusste Unternehmenskultur benötigt, die mit den Lebenswelten der Beschäftigten kompatibel ist. Familienfreundlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit müssen feste Bestandteile des Personalmanagement werden. Dies muss zur Führungsaufgabe und ein Markenzeichen der Wirtschaft im Kreis Segeberg werden.
- Kleinere und mittlere Unternehmen werden wir bei der Umsetzung einer familienbewussten Personalpolitik besonders unterstützen.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit des Kreises Segeberg zu sichern, Fachkräfte zu halten, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und neue Bürgerinnen und Bürger für unseren Kreis zu gewinnen, muss ein umfassendes, transparentes Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebot geschaffen werden. Hierzu ist ein leicht zugängliches und aktuelles Informationssystem einzurichten, das Auskunft über diese Infrastruktur gibt.
- Wir benötigen neue und innovative Formen der Zusammenarbeit aller Verantwortlichen und eine Vernetzung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, pädagogischer und politischer Potenziale. Die Behandlung des Themas „Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren“ hat deutlich gemacht, dass es verdient, in einem größeren Zusammenhang über den Kreis der Alleinerziehenden hinaus unter der Überschrift „Arbeitsmarkt und Bedeutung der Kinderbetreuung“ in einer kreisweiten Fachtagung vertieft zu werden.

Franz Thönnies: „Über diese große Übereinstimmung und das gemeinsame Handeln freue ich mich sehr. Gleiches gilt für die Bereitschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Segeberg Dagmar Höppner-Reher, die weitere Organisation des Runden Tisches und die zukünftigen Aktivitäten u.a. mit einer Fachtagung im Kreis zu übernehmen. Die bisherige Kooperation aller Beteiligten stimmt mich sehr zuversichtlich.“

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 25.10.2012, 21:04 Uhr - 5304 Clicks - Nr. 529

Suchsdorf Infobrief Oktober

Die vergangenen Wochen haben uns schwer beschäftigt! Wir haben einiges auf den Weg gebracht und hatten hierfür eine tolle Unterstützung aus dem Ortsverein. Wir stellen aber auch vermehrt fest, dass immer mehr MitbürgerInnen aus Klausbrook und Suchsdorf sich für UNSERE SACHE interessieren und wir im Ortsverein einen leichten Anstieg der Mitgliedszahlen zu verzeichnen haben.

Über unsere Aktionen und Veranstaltungen kannst Du dich hier im Newsletter informieren!

+++++++Suchsdorf Aktuell Oktober 2012+++++++
Näheres wie immer beim Vorsitzenden und auf der Homepage

Der Infobrief wird grundsätzlich als PDF an die OV-Mitglieder versendet. Daher fehlen hier Fotos und der Leser wird gedutzt; ebenso können Zeilenumbrüche fehlerhaft sein.

I) Pressemitteilung zur Jahreshauptversammlung

Mit einer Mischung aus Erfahrung und frischem Wind geht die Suchsdorfer SPD in die Kommunalwahl. Bereits jetzt nominierte der SPD-Ortsverein seine Kandidatinnen und Kandidaten für die Ratsversammlung und den Ortsbeirat. Genügend Zeit, um bis zur Wahl am 26. Mai 2013 mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Auf der Jahreshauptversammlung im September nominierte die SPD einstimmig den Ratsherrn Thomas Wehner erneut als Kandidaten für die Ratsversammlung.



Für Thomas Wehner ist der Erhalt der Stadtteilbücherei mit hauptamtlichem Personal der größte Erfolg in dieser Wahlperiode: „Nur dem konsequenten Eintreten der SPD ist es zu verdanken, dass die Bücherei für Kinder und Erwachsene so erfolgreich weiterarbeiten kann. Das bleibt auch so.“ Auch bei der Verbesserung der Kinderbetreuung hat die SPD Wort gehalten, unter anderem mit dem Anbau der Kita am Amrumring in diesem Jahr. Die gesetzliche Betreuungsquote von 35 % für die unter 3-Jährigen ist in Kiel bereits in diesem Jahr erfüllt. Der SPD ist das aber nicht genug, weil der Bedarf für die Kinderbetreuung viel höher eingeschätzt wird. Weiterhin will sich Thomas Wehner weiterhin für eine Verbesserung der Situation am Rungholtplatz einsetzen: „Die Verlegung der Bushaltestelle an die Seite zwischen Eckernförder Straße und Rungholtplatz ist vom Tisch. Damit ist aber der Platz noch nicht freundlicher geworden. Hier muss etwas getan werden, gerade auch dann, wenn der neue Supermarkt einzieht. Gleiches gilt auch für den Amrumring.“ Schließlich will sich Thomas Wehner für mehr Treffpunkte in Suchsdorf für Jung und Alt (z.B. Nachnutzung des ehemaligen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes) einsetzen.

Für den Ortsbeirat ist es gelungen, eine Liste von 9 Kandidatinnen und Kandidaten aufzustellen – genauso viel wie der Ortsbeirat Mitglieder hat. In Zeiten angeblich schwindenden ehrenamtlichen Engagements für die Allgemeinheit ist dies ein gutes Zeichen. Besonders erfreulich war, dass die Liste im Vergleich zur aktuellen Besetzung wesentlich verjüngt werden konnte und drei Frauen dabei sind, zwei auf aussichtsreichen vorderen Plätzen.

II) Aktion Barrierefreiheit im Kinderhaus

Am 21. September haben wir den barrierefreien Gartenweg erstellt (erstellen lassen). Susanne Gaschke und Thomas Wehner, Sprecher für Menschen mit Behinderung der SPD Ratsfraktion, haben beim Verlegen der Betonplatten beide beherzt mit angefasst und sind mit Kindern, den Erzieherinnen und Erziehern sowie Eltern ins Gespräch gekommen. Besonders Spaß machte es unserer Kandidatin, die schweren Gehwegplatten mit dem Hammer festzuklopfen – auch die zuschauenden Kinder bekamen Lust mitzumachen. Mit unserer Aktion „Barrierefrei“ möchten wir darauf aufmerksam machen, dass dieses Thema für das Zusammenleben in unserer Stadt von großer Bedeutung ist. Auf unseren Aufruf zur Spendenaktion sind bisher 320 € eingegangen. Bei den SpenderInnen möchten wir uns ganz herzlich bedanken!

III) Musiksalon: Klaviermatinee

Mit Stücken von Lydie Auvray spielte das Duo Tanja Zimmer und Chriss Luckhardt auf unserem Zweiten Suchsdorfer Musiksalon auf. Beide begeisterten mit Akkordeon und Klavier die ca. 50 Gäste. Geladen hatten Anemone und Volkmar Helbig. In den Pausen gab es Buffett und reichlich politischen Gesprächsstoff über die bevorstehende Wahl unserer Oberbürgermeisterin Susanne. Sie nahm selbst mit Hans-Peter an der Matinee teil.

Es war natürlich Ehrensache für Susanne sich vor dem Publikum für den Erhalt und die Förderung der Kultur in Kiel auszusprechen. "Zur Lebenszufriedenheit und zu einem umfassenden Kulturangebot haben wir Vieles, aber es ist sicherlich auch immer mehr möglich!" äußerte sie in ihrem Vortrag zur Kulturszene in Kiel.

Besonders hob sie auch das Engagement der Kieler BürgerInnen hervor, die sich so wie

die Kulturschaffenden Tanja Zimmer und Chriss Luckhardt oder die Familie Helbig für die Durchführung von musikalischen Veranstaltungen im Stadtteil einbringen und einsetzen.

IV) Plakatierungsaktion zur OB-Wahl

Am 29.09.2012 war es wieder soweit! Mit sieben Genossen zu drei Teams machten wir uns auf und hinterließen im Stadtteil unsere Spuren! Die 60 Susanne-Plakate haben wir bis in die Dunkelheit hinein an gut sichtbaren Stellen aufgehängt.

V) Ein kleiner Veranstaltungshinweis: Am Freitag 2.11. findet um 19:00 Uhr das 5.(!) Suchsdorfer Lesefest mit interessanten Gästen statt. Ort ist das AWO-Kinderhaus

Nienbrügger Weg. Wir freuen uns über alle Gäste!

Die Suchsdorfer SPD! Und Gut!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.10.2012, 22:36 Uhr - 7866 Clicks - Nr. 530

Die Kreise können entscheiden

Mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP, Piraten und SSW hat der Bildungsausschuss des Landtags dem von FDP und Piratenpartei eingebrachten Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes zugestimmt, durch den die Verpflichtung der Kreise gestrichen wird, die Eltern zu den Kosten der Schülerbeförderung heranzuziehen. Abschließend wird jetzt der Landtag in seiner Sitzung vom 14. – 16. November entscheiden.

Da nur die CDU die Kreise weiterhin zur Erhebung einer Elternbeteiligung zwingen will, ist das Ergebnis absehbar.

„Gut so!“, finden Anita Klahn (FDP, Bad Oldesloe) und Martin Habersaat (SPD, Barsbüttel). „Jetzt können die Kreise selbst entscheiden, ob sie die Eltern an den Schülerbeförderungskosten beteiligen oder nicht. Wir hoffen, dass der Stormarner Kreistag sich am 14. Dezember für eine Entlastung der Eltern entscheidet.“



Martin Habersaat: „Die Koalitionsparteien setzen damit das um, was wir nach der Wahl versprochen haben: Anträge nicht nach ihrem Absender zu beurteilen, sondern danach, ob sie unseres Erachtens richtig sind.“

Anita Klahn: „Ich freue mich, dass unser Gesetzentwurf im Ausschuss eine Mehrheit gefunden hat. Die CDU, die als einzige dagegen gestimmt hat, hat offensichtlich kein Vertrauen in die kommunale Selbstverwaltung und offensichtlich auch kein Vertrauen in die Fähigkeiten ihrer Parteifreunde vor Ort.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 26.10.2012, 14:36 Uhr - 14595 Clicks - Nr. 531

Jugend aus dem Wahlkreis besucht SPD-MdB Franz Thönnies

72 Stunden „große Politik“ in der Bundeshauptstadt Berlin geschnuppert

Drei Tage lang hatten 50 junge Menschen aus den Kreisen Segeberg und Stormarn im

Oktober Gelegenheit, die Bundespolitik in Berlin ganz nah zu erleben. Die Hälfte der Teilnehmer bestand aus aktiven Mitgliedern der Jugendfeuerwehren beider Kreise, die andere Hälfte aus politisch aktiven Jugendlichen.

Mit dem Besuch im Auswärtigen Amt startete der Aufenthalt in der Bundeshauptstadt, bei dem die Teilnehmer besonderes Interesse an den beruflichen Perspektiven im internationalen Dienst zeigten. Bei einem Gespräch zu Jugendkultur in der Bundeszentrale für politische Bildung wurden die Schleswig-Holsteiner dann selbst zu Experten und diskutierten die Entwicklung von Jugendkulturen im historischen Vergleich.



Eine an politischen Gesichtspunkten orientierte Stadtrundfahrt bot einen Überblick über zentrale wichtige Einrichtungen wie Botschaften, Ministerien und Regierungsgebäude. In der ‚Topographie des Terrors‘ fand dann eine intensive Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Gestapo und Polizei während der Nazi-Zeit statt. Nach einer Führung im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Parteizentrale, diskutierten die Jugendlichen dort über Partizipation und die Notwendigkeit des Engagements junger Menschen in politischen Parteien.

In der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen setzten sich die Teilnehmer mit den Praktiken der Staatssicherheit der ehem. DDR auseinander. Gemeinsam mit dem Besuch der Stätten des Nazi-Terrors wurde so ein eindrucksvolles Bild vermittelt, wozu Diktaturen fähig sind.

Nach einer Besichtigung des Plenarsaals im Reichstagsgebäude mit einem Vortrag über die Arbeit des Deutschen Bundestages begrüßte Franz Thönnies die Gruppe und diskutierte mit ihr. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen zum Alltag eines Parlamentariers. Aber auch die Nebentätigkeiten von Bundestagabgeordneten beschäftigten die jungen Menschen. Thönnies erklärte, dass er selbst keine Nebentätigkeiten habe, aus denen er weitere Einkünfte beziehe.

Als Höhepunkte der dreitägigen Fahrt wurde von vielen die Möglichkeit gesehen, auf der Besuchertribüne des Deutschen Bundestages eine Debatte zur Stärkung von Väterrechten zu verfolgen. Ebenso der Zeitrahmen für die gemeinsame Freizeit in Berlin, während dessen auch die kulturellen Seiten der Stadt erkundet werden konnten, fand guten Zuspruch.

„Wir fahren mit zahlreichen und eindrucklichen Erlebnissen nach Hause. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen von Gestapo und Stasi, hat die Bedeutung unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates noch klarer gemacht. Eine Fahrt, die ich jedem empfehlen kann“, so die Teilnehmerin Fiora Galante aus Ammersbek.

Mehrmals im Jahr lädt Franz Thönnies Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis zu einer eindrucksvollen und informativen Reise nach Berlin ein, die als politische Bildungsfahrt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert wird.

Bildunterschrift: SPD-MdB Franz Thönnies mit seinen Gästen auf dem Dach des Reichstagsgebäudes

Keine Kommentare

SPD-Umweltpolitiker setzen sich für biologische Vielfalt ein

Kommunen sollen sich „Bündnis“ anschließen

Die Umweltpolitiker in der schleswig-holsteinischen SPD wollen erreichen, dass sich möglichst viele Städte und Gemeinden im Land dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ anschließen oder die entsprechende Deklaration unterzeichnen.

Wie Eckart Kuhlwein, der Geschäftsführer des SPD-Umweltforums, erklärte, sei dies ein Teil der von der Bundesregierung 2007 beschlossenen „Biodiversitätsstrategie“, nach der Schutz und Nutzung der biologischen Vielfalt so gestaltet werden sollen, dass die Vielfalt der Arten und Naturräume erhalten wird und das gesellschaftliche Interesse an einer „nachhaltigen“ Nutzung realisiert werden kann.



Nach Angaben Kuhlweins haben 60 Kommunen aus ganz Deutschland im Februar 2012 das „Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt“ gegründet. Inzwischen seien dem Bündnis insgesamt 77 Kommunen beigetreten (Stand vom 31. Juli 12). Darunter 59 Städte, 16 Gemeinden und zwei Landkreise. 232 Kommunen hätten (Stand September 12) die Deklaration des Bündnisses unterzeichnet. Aus Schleswig-Holstein gehörten zu den Gründungsmitgliedern Eckernförde, Kiel, Lübeck, Preetz, Ratekau und Rendsburg. Die Erklärung hätten außerdem Ammersbek, Bordesholm, Börnsen, Eutin, Geesthacht, Heide, Malente, Timmendorfer Strand und Todenbüttel unterzeichnet.

Das wichtigste Ziel des Bündnisses sei der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt. Kommunen seien dabei besonders wichtige Akteure, da ihr Handeln vor Ort für den Erhalt der biologischen Vielfalt entscheidend sei. Sie repräsentierten die politische Ebene, die den Menschen am nächsten stehe und habe die Verantwortung, das öffentliche Bewusstsein zur Bedeutung der biologischen Vielfalt zu stärken. Angesichts ihrer umfassenden Kompetenz in Planung, Verwaltung und Politik und der damit verbundenen Entscheidungen über den Umgang mit der Natur und Landschaft vor Ort verfügten sie über zahlreiche Möglichkeiten zum Erhalt der biologischen Vielfalt beizutragen. Aktivitäten vor Ort führen zudem zu konkreten Ergebnissen, die anderen Akteuren als Vorbild dienen und wichtige Impulse auf höhere politische Ebenen senden können.

Das Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt“ wolle Städte und Gemeinden darin unterstützen, diesen Erwartungen gerecht zu werden und biete konkrete Vorteile für die Kommunen. Es biete den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, sich als Kommunen zu profilieren, die sich an Grundsätzen der Nachhaltigkeit orientieren und positiv auf sich und ihre Maßnahmen aufmerksam machen. Gerade im Hinblick auf die weichen Standortfaktoren und für Kommunen in Tourismusregionen könne der Erhalt der biologischen Vielfalt, der auch ein Erhalt der landschaftlichen Vielfalt ist, ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal werden.

Das Umweltforum plant für den März 2013 eine größere Veranstaltung, auf der Experten aus den Mitgliedskommunen

Keine Kommentare

Gründung eines Ortsvereins Tetenhusen

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg unter der Leitung vom Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel gründete auf der Versammlung einen Ortsverein in Tetenhusen am 24. Oktober

2012.

In den 70iger Jahren gab es bereits in Tetenhusen einen Ortsverein. Später war in Tetenhusen ein Stützpunkt vom Ortsverein Kropp.

Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder einstimmig Hans-Georg Bock. Ihm stehen Hermann Zachau als Stellvertreter und Marianne Bock als Kassiererin zur Seite.

An der Gründungsversammlung nahmen MdL Birte Pauls, MdL Lars Winter, Andreas Pauls (Betreuer des Kreisvorstandes für das Amt Kropp-Stapelhom) und Anne Marxen vom Kreisvorstand als auch die Bewerber für den Bundestagswahlkreis 1 Knut Dethlefsen, Dirk Peddinghaus und Reinhard Vieth teil. Bente Reimer hatte sich wegen eines Termins der AfA in Kiel als verhindert abgemeldet.



Vor der Gründungsversammlung nahmen neben den SPD-Mitgliedern viele

Bürgerinnen und Bürger an einer Veranstaltung „Zu viel Mais im Kreis?“ teil. MdL Lars Winter, Sprecher für Fischerei, Biogas und nachwachsende Rohstoffe der SPD-Fraktion im Landtag erläuterte die Haltung der Landesregierung zu der Vielzahl von Agrargasanlagen und dem Einsetzen von Mais als Mittel für die Gewinnung von regenerativer Energie. In Schleswig-Holstein wurde im Jahr 2000 60 Tausend Hektar Mais und im Jahr 2010 wurden bereits 164 Tausend Hektar Mais angebaut. Die Monokultur Mais versucht im Boden unter anderem einen hohen Nitratgehalt, der ein großes Problem für das Grundwasser bedeutet. Die Koalition in Kiel beabsichtigt ein Umsteuern, indem auf den Bund eingewirkt werden soll, das privilegierte Bauen im Baugesetzbuch § 35 1.6 zu streichen. Im Land sollen Verordnungen angestoßen und Erlasse sollen angestrebt werden, die verhindern sollen, dass die Gülle nicht mehr auf Maisflächen gegeben werden sollen. Ein großes Problem stellen auch die Gärreste dar.

In anschließender Diskussion stellten Bürgerinnen und Bürger Fragen zu den Subventionen in der industriellen Landwirtschaft, Problematik der Wasserwirtschaftsversorgung durch das Eindringen des Nitrats nach 30 Jahren, Kontrollen des Wassers, Pachterhöhungen, Belastung der Straßen, Blockheizkraftwerke, Grünlandumbruch, Biodiversität, Verschlechterung der Lebensqualität, Tourismus und Umwelt, sinnvoller Umgang mit Lebensmitteln und Auswirkungen auf die Dritte Welt. Alle Fragen wurden von MdL Lars Winter beantwortet. Die Anregungen aus der Bevölkerung werden von der Landesregierung sehr ernst genommen.

Auf dem Foto von links nach rechts: MdL Lars Winter, OV-Vorsitzender Tetenhusen Hans-Georg Bock, stv. Vorsitzender Tetenhusen Hermann Zachau, Kassiererin Tetenhusen Marianne Bock, MdL Birte Pauls und Kreisvorsitzender Ralf Wrobel

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.10.2012, 22:20 Uhr - 8860 Clicks - Nr. 534

Der Hamburger Rand - zusammen gut

Zu einem fachlichen Austausch über die Belange der Metropolregion und des Hamburger Nachbarschaftsraums trafen sich Segebergs Landrätin Jutta Hartweg und die Landtagsabgeordneten Olaf Schulze und Martin Habersaat. Hartweg ist Vorsitzende der Facharbeitsgruppe Bildung der Metropolregion Hamburg und der Arbeitsgemeinschaft der Hamburg-Randkreise.

Olaf Schulze ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und zuständig für den Hamburger Nachbarschaftsraum und Martin Habersaat ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und deren bildungspolitischer Sprecher.



„Das Ziel muss es sein, eine Strategie für den schleswig-holsteinischen Teil der Metropolregion zu entwickeln. Wir können in dieser Region viel erreichen, müssen aber wissen, wo wir hinwollen“, erklärte Jutta Hartweg. Martin Habersaat und Olaf Schulze ergänzten: „Herausforderungen bieten die kommenden Jahre genug: 2015 soll das bisherige Gastschulabkommen durch eine freie Schulwahl über die Landesgrenze hinweg ersetzt werden, die feste Fehmarnbeltquerung wird eines Tages die Metropolregion Kopenhagen-Malmö mit der Metropolregion Hamburg verbinden, in der Staatskanzlei wird an der Neuordnung der Landesplanung gearbeitet.“

Auch regional decken die drei ein großes Spektrum des Hamburger Nachbarschaftsraums ab: Jutta Hartweg den Kreis Segeberg, Olaf Schulze kommt aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg und Martin Habersaat aus Stormarn. Die drei nahmen sich vor, diese Arbeitsrunden fortzusetzen und um Vertreter_innen aus allen schleswig-holsteinischen Teilen der Metropolregion zu erweitern.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.10.2012, 18:44 Uhr - 20860 Clicks - Nr. 535

Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg

Am Sonnabend, den 3. November 2012, findet ein Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg um 10.00 Uhr im „Rosengarten“, Rheider Weg 7 in Kropp statt, wo neben der Wahl der Direktkandidatinnen und -kandidaten auch die Kandidatinnen und Kandidaten für die Liste gewählt werden.

Einen großen Raum wird die Vorstellung und Beschlussfassung des Kreiswahlprogramms von 2013 bis 2018 einnehmen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 29.10.2012, 20:25 Uhr - 24715 Clicks - Nr. 536

Pierre Gilgenast: Miteinander Rendsburg gestalten

SPD-Kreisvorstand gratuliert Pierre Gilgenast

„Im Namen der SPD Rendsburg-Eckernförde gratuliere ich Pierre Gilgenast herzlich zur Wahl ins Amt des Bürgermeisters der Stadt Rendsburg. Die Wahl mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang mit 62% der Stimmen bei vier Mitbewerbern drückt das große Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Pierre Gilgenast aus“, erklärt der SPD Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix.

„Pierre Gilgenast ist ein junges sozialdemokratisches Urgestein aus unserem Kreis. Er ist seit vielen Jahren SPD-Mitglied, hat sich schon bei den Jusos engagiert, Kommunalpolitik von der Pike auf gelernt. Seit 14 Jahren ist er einer der beliebtesten und erfolgreichsten

Bürgermeister im Kreis - und das wird er nun auch in Rendsburg bleiben. Diese Stadt hat eine stolze sozialdemokratische Tradition. Mit Andreas Breitner stand zuletzt ein Mann an der Spitze Rendsburg, der landesweit hohes Ansehen genießt. Pierre Gilgenast ist der geeignete Nachfolger. Er wird ein guter Bürgermeister für die Stadt Rendsburg sein.“

Der SPD-Kreisvorstand gratuliert Pierre Gilgenast und wünscht ihm viel Erfolg bei der Arbeit für die Stadt Rendsburg und die Belange der Bürgerinnen und Bürger.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.10.2012, 22:54 Uhr - 7398 Clicks - Nr. 537

Schulfrieden ja – aber alle müssen sich bewegen!

Zu den Vorschlägen des CDU-Landesvorsitzenden Jost de Jager zu einem landesweiten Schulfrieden erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die Koalition hat immer deutlich gemacht, dass sie einen Schulfrieden anstrebt, der nicht nach jeder Regierungsneubildung wieder aufgekündigt wird. Für uns ist deshalb klar, dass wir die Novellierung des Schulgesetzes über ein längerfristig angelegtes landesweites Dialogverfahren vorbereiten wollen.



Zu den von Bildungsministerin Wara Wende einberufenen Bildungskonferenzen sind daher selbstverständlich auch die bildungspolitischen SprecherInnen aller Landtagsfraktionen eingeladen.

Natürlich werden wir Vorschläge der Oppositionsfraktionen sehr ernst nehmen und strecken ihnen unsere Hand entgegen, um für die Schulgesetznovellierung eine Mehrheit zu erreichen, die über Sozialdemokraten, Grüne und SSW hinausreicht.

Dass Herr de Jager zusagt, seine Partei in diesen Dialog einzubringen, begrüßen wir. Das von ihm in der Presse vorgestellte Papier ist leider CDU-Programmatik in Reinkultur und daher als Grundlage für einen Schulfrieden wenig geeignet. Wir verkennen aber nicht die Bereitschaft und Fähigkeit der CDU, eigene Positionen zu überdenken. Daher geben auch wir die Hoffnung nicht auf, dass eine lagerübergreifende Mehrheit für ein neues Schulgesetz prinzipiell erreichbar ist.

Auch wird sich Herr de Jager künftig manchen Ellenbogencheck gegen die verkneifen müssen, die eine andere Meinung vertreten. Es wird an ALLEN Grundschulen in Deutschland gemeinsam gelernt; ein Ranking der Grundschulen sagt also über die Vor- und Nachteile gemeinsamen Lernens NICHTS.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 29.10.2012, 22:56 Uhr - 4976 Clicks - Nr. 538

Wie funktioniert Kommunalpolitik?

Am 26. Mai 2013 sind in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen. In Barsbüttel wird die

neue Gemeindevertretung gewählt.

Die Gemeindevertretung ist ein Organ der Selbstverwaltung der Bürger. Wie können die Bürger mitentscheiden?

Welche Aufgaben hat ein Gemeindevertreter?

Die stärkste Fraktion hat das Recht, den Bürgervorsteher vorzuschlagen. Was macht der Bürgervorsteher?

Wie wird man ein "wählbarer Bürger"?

Die SPD Barsbüttel lädt ein, diesen und anderen Fragen am Freitag, 16. November ab 19.00 Uhr im Bürgerhaus Barsbüttel nachzugehen.



Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der auch Gemeindevertreter in Barsbüttel ist, wird einen kurzen Überblick über die verschiedenen Gremien und ihre Aufgaben geben. Abschließend berichten Kommunalpolitiker aus der Praxis ihrer Tätigkeit.

Hermann Hanser als Fraktionsvorsitzende der SPD Barsbüttel, Holger Gettschat als „Wählbarer Bürger“, der dem Planungsausschuss der Gemeinde angehört.

Hermann Hanser: „Die Befragung der Barsbüttlerinnen und Barsbüttler hat ergeben, dass sie sich über ihre Kommunalpolitik nicht ausreichend informiert fühlen. Dem wollen wir begegnen und aufzeigen, wie die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 31.10.2012, 21:23 Uhr - 11097 Clicks - Nr. 539

Besuch bei der Budgetberatungsstelle des DRK Bad Oldesloe

Auf Einladung von Cornelia Steigert besuchte Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, die Budgetberatungsstelle des DRK Bad Oldesloe. Dort lernte er ein Team engagierter Frauen kennen, die ihm von ihrer Arbeit berichteten, von der Möglichkeit, Familien in schwierigen Lagen zu helfen und letztlich auch von einer Vision.

Habersaat: „Wieder einmal wurde deutlich: Prävention ist notwendig. Probleme lassen sich immer dann am besten lösen, wenn sie noch klein und überschaubar sind.“

Seit über 10 Jahren bietet das Team des DRK Budgetberatungen mit Haushaltsplanung, Versicherungs-Check und Pfändungsschutz an. Mit Birgit Hellweg und Cornelia Steinert helfen zwei gelernte Bankkauffrauen weiter, wenn der Überblick verloren ist. Bei Bedarf gibt es mit Gabriele Thiedig sogar eine Familienhelferin, die bei Erziehungsfragen hilft. Der Hilfebedarf wird immer größer, weil es immer leichter fällt, an Kredite zu kommen: „Hausfinanzierungen auf wackliger Grundlage, immer einfacher zu tätige



Ratenkäufe, es gibt viele Wege ins Chaos. Und wenn die Finanzen aus dem Lot sind, kommen für die Familien oft noch andere Schwierigkeiten hinzu“, berichtete Cornelia Steinert.

Vielen Ratsuchenden seien nicht einmal die Pfändungsfreigrenzen bekannt, die Steinert als „Rettungsschirm für den Einzelnen“ bezeichnet. Ein Nettolohn unter 1030 Euro beispielsweise ist überhaupt nicht pfändbar, damit können die wesentlichen Ausgaben wie Miete, Strom und Essen in der Regel finanziert werden. Solches und anderes Grundwissen über Finanzen und Haushaltsführung müsste verstärkt auch in den Schulen vermittelt werden, waren sich alle einig. Habersaat: „Dafür kommen Projektstage in Frage, aber auch der reguläre Unterricht ist hier gefragt.“

Mehr als 200 Menschen konnte im vergangenen Jahr geholfen werden. Finanziert wird die Budgetberatung vom DRK Bad Oldesloe und über Spenden, beispielsweise durch den Lions Club Stormarn. Cornelia Steinert hat ein Ziel: „Hauseigentümer, Arbeitgeber, Kita-Träger - alle haben etwas davon, wenn Familien nicht in einen finanziellen Strudel geraten und wir bereits präventiv tätig werden. Ich wünsche mir ein Modellprojekt mit solchen Partnern, um zu beweisen, dass davon alle profitieren würden.“ Martin Habersaat sagte zu, an verschiedenen Stellen solche Vorhaben zu werben. „Als Abgeordneter kommt man viel herum. Und für gute Ideen werbe ich gerne, zumal ein ‚präventiver Sozialstaat‘ ohnehin ein aus meiner Sicht anzustrebendes Ziel ist.“

Nach der erfolgreichen Landtagswahl hatte Martin Habersaat das Angebot gemacht, als Abgeordneter überall dort zu Besuch zu kommen, wo ein Bericht über seine Arbeit in Kiel gewünscht ist oder wo Menschen ihm von ihrer Arbeit oder ihren Problemen erzählen wollen. Wer einen Kreis von 5 oder mehr interessierten Menschen organisiert, im heimischen Wohnzimmer, Clubhaus oder Café, kann mit Martin Habersaat einen Termin vereinbaren. Telefon: 040 / 67081528.

Foto: Birgit Hellweg, Martin Habersaat, Gabriele Thiedig, Cornelia Steinert

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.11.2012, 17:23 Uhr
- 24105 Clicks - Nr. 540

Kreiseigentum sanieren statt verschleudern!

Kreiseigentum sanieren statt verschleudern!

Für das kreiseigene Gebäude des ehemaligen Kreiskinderheims in Eckernförde hat die SPD-Kreistagsfraktion jetzt beantragt, dieses Gebäude grundlegend zu sanieren. Dabei will die SPD-Kreistagsfraktion die beiden bisherigen Mieter, Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik und Familienhorizonte, weiter langfristig im Gebäude halten. Die derzeit nicht genutzten Flächen von knapp 1.000 qm sollen für kreiseigene Zwecke genutzt werden.

„Eine Sanierung dieses Gebäudes ist wirtschaftlich darstellbar und allemal besser, als Grundstück und Gebäude erheblich unter Wert zu verschleudern“, so Gerhard Gehringer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Die SPD schlägt dazu vor, alle vorhandenen Dienststellen des Kreises in Eckernförde (Jugend- und Sozialdienst, Tagesgruppe, Kfz-Zulassungsstelle und Teile des Berufsbildungszentrums Eckernförde) an diesem Standort zusammenzufassen. „ Die Mieteinnahmen und die ersparten Mieten für die zur Zeit vom Kreis für seine Zwecke angemieteten Räume reichen mehr als aus, um die notwendigen Sanierungskosten zu finanzieren“, so Gehringer weiter. „Es bleibt

sogar noch Geld über, das für künftige Instandhaltungsmaßnahmen verwendet werden. Nach 20 Jahren sind die Sanierungskosten vollständig zurückgezahlt und der Kreis ist immer noch Eigentümer dieses dann sanierten Gebäudes auf einem Grundstück von über 30.000 qm. Bei dem von CDU und FDP vorgeschlagenen Verkauf läge dagegen der Kaufpreis erheblich unter dem Verkehrswert und unter dem Buchwert, sodass der Kreis einen erheblichen Verlust verbuchen müsste.“

Weitere Vorteile bei einer Sanierung des Gebäudes sind nach Ansicht der SPD-Kreistagsfraktion, dass die Dienststellen des Kreises in Eckernförde an einem einheitlichen Standort zusammengefasst wären und für das Berufsbildungszentrum Eckernförde zusätzlicher dringend benötigter Raum zur Verfügung stehen würde.

„Die Sanierung dieses Gebäudes trägt zum nachhaltigen Erhalt des Kreisvermögens bei. Dies ist allemal besser, als ein Verschleudern unter Wert“, so Gehringer abschließend. „Der vorgesehene Verkaufspreis würde gerade einmal die Mietkosten für die vorhandenen Dienststellen des Kreises in Eckernförde für 6 Jahre decken. Danach wären das Eigentum weg und der vorgesehene Verkaufserlös ebenso.“

Gerhard Gehringer
(stv. Fraktionsvorsitzender
der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde)

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.11.2012, 18:16 Uhr - 13768 Clicks - Nr. 541

Bantzer, Luckhardt und Gansel rufen zur Wahl auf und stellen sich hinter Susanne

Mit einem gemeinsamen Appell wenden sich die drei Kieler Alt-Oberbürgermeister Bantzer (1965-80), Luckhardt (1980-92) und Gansel (1997-2003) an alle Wahlberechtigten in Kiel.

„Wir appellieren an alle Wahlberechtigten in Kiel, sich am 11. November an der Stichwahl zu beteiligen. Die Wahl der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters ist die wichtigste Personalentscheidung in unserer Stadt.“

Wir rufen dazu auf, Dr. Susanne Gaschke zu wählen.

Sie hat das Format, an der Spitze unserer Stadt Arbeit und Umwelt, soziale Gerechtigkeit und Bildung, Erfahrung und Wissenschaft miteinander zu verbinden. Wir trauen ihr zu, unter schwierigen finanziellen Bedingungen mit den politischen Mehrheiten der Ratsversammlung die Handlungsfähigkeit unserer Stadt sicherzustellen. Sie wird zugleich unbelastet und mit Frische, mit neuen Ideen auch neue Wege gehen und Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen.

Als eine auch bundesweit bekannte und respektierte Persönlichkeit wird sie unserer Stadt gut zu Gesicht stehen.

Die ehemaligen Kieler Oberbürgermeister
Günther Bantzer
Karl-Heinz Luckhardt
Norbert Gansel“

Keine Kommentare

Forschung in Stormarn

Besuch beim Institut für Ökologischen Landbau in Trenthorst

Seit 2007 ist das Institut für Ökologischen Landbau dem neu gegründeten Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei - dem Johann Heinrich von Thünen-Institut - zugeordnet. Auf 600 Hektar werden im Norden Stormarns Fragen der ökologischen Landwirtschaft erforscht. Derzeit befindet sich das Institut - in Auftrag gegeben und finanziert durch den Bund - mitten in großen Umbauarbeiten.

Im Juni 2013 sollen die Mitarbeiter in das frisch renovierte Torhaus ziehen,

2014 soll auch der Seitenflügel mit modernen Laboren ausgerüstet sein.



Bei einem Besuch in Trenthorst diskutierten nun die Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn, ihr Bundestagskollege Wilhelm Priesmeier und die SPD-Landtagsabgeordneten Kirstin Eickhoff-Weber und Martin Habersaat mit dem Institutsleiter Gerold Rahmann über Entwicklungen und Chancen dieser Forschungseinrichtung. Den Politikern saßen noch weitere Experten gegenüber: der stellvertretende Institutsleiter Dr. Hans Marten Paulsen, der Thünen-Präsident Prof. Dr. Folkhard Isermeyer und der ehemalige Landtagsabgeordnete Fritz Wodarz, der Vorsitzender des Fördervereins ist.

Bettina Hagedorn: „Die Zukunftsinvestitionen hier sind erfreulich, weil 2006 in Trenthorst die Zeichen auf Sturm standen: das Bundeslandwirtschaftsministerium unter Horst Seehofer sah die Schließung vor – 80 Arbeitsplätze standen damit auf der Kippe.“ Wilhelm Priesmeier kämpfte damals im Berliner Fachausschuss für das renommierte Öko-Institut gemeinsam mit Bettina Hagedorn, die im Haushaltsausschuss an wichtiger Stelle saß. Institutsmitarbeiter und der Förderverein reisten zu Gesprächen nach Berlin – letztlich mit Erfolg.

Martin Habersaat: „Wenn Seehofer sich durchgesetzt hätte, wäre ein wichtiger Impulsgeber für die ökologische Landwirtschaft verloren gegangen, den wir in Schleswig-Holstein gut gebrauchen können. Außerdem ist Trenthorst einer der wenigen Forschungsstandorte in Stormarn.“

Foto: Fritz Wodarz, Prof. Dr. Folkhard Isermeyer, Martin Habersaat, Kirsten Eickhoff-Weber, Dr. Wilhelm Priesmeier, Bettina Hagedorn und Prof. Dr. Gerold Rahmann.

Fotoalbum: <http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/unterwegs-im-land/trenthorst-2012/aa9-712.html>

Keine Kommentare

SPD-Bewerbungen für den Bundestag

Kandidat/in für 2013 wird am 30. November nominiert

Über 60 Gäste konnte Stormarns SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier in der Kantine des Reinbeker Rathauses begrüßen, als sich die drei Bewerber um die Bundestagskandidatur im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd der Parteibasis vorstellten. Unter den Gästen waren auch der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und sein Amtsvorgänger Klaus-Peter Puls. Sie erlebten einen interessanten politischen Abend - mit drei starken Bewerbern, von denen einer am 30. November in Schwarzenbek als Kandidat für die Bundestagswahl im Herbst 2013 aufgestellt werden wird.



René Wendland, der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Reinbek, moderierte den Abend und räumte den drei Bewerbern zunächst jeweils 10 Minuten ein, um sich und ihre Positionen vorzustellen. Jens Meyer (55), Fachanwalt für Familienrecht und Notar, stellte sein Engagement in der AWO, seine Erfahrungen in der Kommunalpolitik und Aspekte der Innen- und Rechtspolitik in den Mittelpunkt. Seit 2008 ist er Mitglied des Lauenburger Kreistags. Die Fremdsprachenkorrespondentin Gitta Neemann-Güntner (53) betonte die Bedeutung der Bildungspolitik, für die sie sich bereits als Elternbeiratsvorsitzende und heute im Kreistag, als RBZ-Verwaltungsrat und Kreisvorsitzende der SPD-AG für Bildungsfragen einsetzt. Dr. Nina Scheer (41) warb mit ihren guten Verbindungen in Berlin und ihrem Schwerpunktthema: In Sachen Energiewende ist die Juristin und Bundesgeschäftsführerin von Unternehmensgrün e.V. bereits heute bundesweit unterwegs, außerdem ist sie Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

In der anschließenden Diskussion ging es um einen bunten Strauß verschiedener Themen, von der Perspektive einer großen Koalition (Meyer: „Ich wünsche mir eine rot-grüne Mehrheit.“) über den Umgang mit rechtsradikalen Parteien (Neemann-Güntner: „Mit Nazis setze ich mich nicht an einen Tisch.“) über Deutschlands Rolle in der Welt (Nina Scheer: „Mit der Energiewende können wir Kriege um Ressourcen vermeiden helfen.“). Auch die Lage der kommunalen Finanzen wurde angesprochen, das Für und Wider des Bildungsföderalismus und weitere Themen, die zeigten: von Politikverdrossenheit keine Spur, dafür ist zu viel zu tun.

Am Ende des Abends waren Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Bewerber klar, diese können die SPD-Mitglieder für sich bewerten und bis Ende November eine Entscheidung treffen. Martin Habersaat: „Ich würde mich sehr freuen, wieder eine starke SPD-Vertretung für unseren Wahlkreis in Berlin zu haben.“ In Kiel, also der Landtagsfraktion, ist dieses Ziel mit Peter Eichstädt (Vorsitzender des Sozialausschusses), Tobias von Pein (Jugendpolitischer Sprecher), Olaf Schulze (Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft) und Martin Habersaat (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) bereits erreicht.

Keine Kommentare

Symposium im Gedenken an Hermann Scheer

Anknüpfend an das am 14. Oktober 2011 von der Hermann-Scheer-Stiftung und der SPD ausgerichtete Symposium in Gedenken an Hermann Scheer kamen im Kieler Hotel Atlantic über 100 Menschen zusammen, um sich 2012 nun der Länderperspektive der Energiewende zu widmen. Aus Stormarn dabei waren u.a. der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und Bernd Marzi aus dem SPD-Kreisvorstand. „Die Energiewende muss eine Energiewende der Länder sein, eine Energiewende der Menschen vor Ort“, sagte Nina Scheer

bei der Eröffnung im Namen des Stiftungsvorstands. Sie nahm aber auch eine übergreifende Perspektive ein, als sie über den Friedensnobelpreis der EU sprach. „Die Energiewende kann auch der Friedenssicherung dienen, kann Kriege um Ressourcen vermeiden. Auch das kann ein Signal Europas an die Welt sein.“

Olaf Schulze, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, freute sich, dass das erste Symposium auf Landesebene ausgerechnet in Schleswig-Holstein stattfand, wo es 1987 in Dithmarschen den ersten Windpark in der Bundesrepublik gegeben habe. „In Schleswig-Holstein bringen wir die Energiewende ruhig und mit Kraft voran, wie das unsere Art ist.“ Ralf Stegner betonte in seinem Eingangsreferat den gesamtgesellschaftlichen Auftrag, der mit der Energiewende verbunden sei. „Es gibt keine Schablone für das, was wir tun müssen. Wir sind selbst gefragt - das erfordert Mut und Überzeugungskraft.“ Stegner ging auch auf das jüngste Gipfeltreffen von Bund und Ländern zur Energiewende ein: „Die Bundesregierung scheint erkannt zu haben, dass es mit der Deckelung von erneuerbaren Energien nicht gehen kann. Die Frage ist jetzt, mit welcher Konsequenz so eine Erkenntnis umgesetzt wird.“



Prof. Dr. Uwe Leprich skizzierte die künftige Stromversorgung Deutschlands. Herzstück, so seine Prognose, werden fluktuierende erneuerbare Energien wie Wasser und Sonne sein. Und damit sei bereits das Ausmaß der Wende umrissen. Dabei macht Leprich bereits heute einen Wandel im Denken aller Beteiligten aus: „War früher der Klimaschutz das erste Argument für erneuerbare Energien, sind es heute regionale Wertschöpfung und die Unabhängigkeit von Energieimporten.“ Leprich warb für eine Weiterentwicklung des EEG, warnte aber auch vor noch vorhandenen Widerständen, mit denen es sich auseinanderzusetzen gelte. Wie das EEG weiterzuentwickeln wäre, erläuterte Prof. Dr. Ingo Stadler.

Über die Bedeutung von Speichern und Netzausbau diskutierten später auch Rosa Hemmers von EUROSOLAR und Prof. Dr. Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg. Die Produktion der Energie, so ein Fazit, sei weniger Problematisch als deren Transport und Speicherung. Hohmeyer warb für anspruchsvolle Ziele, für die Ausnutzung der Potentiale vor Ort und dafür, auch „große Lösungen“, etwa in der Kooperation mit Norwegen, im Blick zu behalten. Fazit: Die Energiewende läuft, aber es bleibt noch viel zu tun.

„Knapp sind nicht die erneuerbaren Energien - knapp ist die Zeit.“

Hermann Scheer (1944-2010)

Keine Kommentare

SPD-Kreisverband eröffnet den Kommunalwahlkampf

Der Kreisparteitag der SPD Schleswig-Flensburg am 3. November in Kropp hatte eine Menge Arbeit zu erledigen und die Delegierten stimmten sich schon auf die Kommunalwahl am 26. Mai 2013 ein. Der Fraktionsvorsitzende im Kreistag Ingo Degner erläuterte den Delegierten die Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion der letzten Jahre im Kreistag. So sprach er die aktuelle Situation der NOSPA und Zukunft des Krankenhausstandortes Schleswig an. Arbeitsschwerpunkte, so Degner, werden in den nächsten Monaten die Schulentwicklungsplanung, die Haushaltskonsolidierung und die europäische Förderkulisse für unsere Region sein. Besonders wolle die SPD-Kreisfraktion sich mit der Fortentwicklung der Möglichkeiten des Kreises als Optionskommune und dem Umgang mit den Auswirkungen der erneuerbaren Energien beschäftigen. „Programmatisch sind wir gut gerüstet, jetzt werden wir in den nächsten Monaten um die Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern werben, damit wir unsere Vorstellungen auch im Kreistag mit Beschlüssen umsetzen können!“, so Degner unter dem Beifall der Delegierten.



Kreisvorsitzender Ralf Wrobel hob zum Schluss des Parteitages die große Geschlossenheit der Kreispartei hervor: „Mit diesem Programm und den vorgeschlagenen Kandidaten für die 23 Wahlkreise bin ich überzeugt, dass die SPD nach der Kommunalwahl eine vergrößerte Fraktion in den Schleswiger Kreistag schicken wird“.

Einen großen Rahmen nahm das Wahlprogramm für die nächste Legislaturperiode von 2013 bis 2018 ein, das bei einer Enthaltung angenommen wurde.

Die Delegierten hatten einiges zu wählen. Zuerst wurden die Direktkandidatinnen und -kandidaten der 23 Wahlkreise (WK) im Kreis gewählt, die von den Ortsvereinen in den Wahlkreisen nominiert wurden. Hier im Einzelnen die Direktkandidaten: Burkhard Luckow (WK1), Dr. Jens Maßlo (WK 2), Holger Zschiesche (WK 3), André Hense (WK 4), Dirk Peddinghaus (WK 5), Jürgen Cordes (WK 6), Henning Carstensen (WK7), Ingo Obst (WK 8), Thorsten Schacht (WK 9), Simone Ullmann (WK 10), Jürgen Klose (WK 11), Joachim Menge (WK 12), Ralf Wrobel (WK 13), Anja Bütow (WK 14), Karsten Stühmer (WK 15), Inke Asmussen (WK 16), Holger Groteguth (WK 17), Ingo Degner (WK 18), Petra Schulze (WK 19), Hanna Hansen (WK 20), Gerhard Schulz (WK 21), Peter Casper (WK 22) und Andreas Pauls (WK 23).

Bei der Wahl der Listenkandidatinnen und -kandidaten wurde dem Vorschlag des Kreisverbandes gefolgt und in folgender Reihenfolge gewählt: Ingo Degner (Platz 1, WK 18), Hanna Hansen (Platz 2, WK 20), Ralf Wrobel (Platz 3, WK 13), Anja Bütow (Platz 4, WK 14), Dr. Jens Maßlo (Platz 5, WK 2), Simone Ullmann (Platz 6, WK 10), Holger Zschiesche (Platz 7, WK3), Holger Groteguth, (Platz 8, WK 17), Karsten Stühmer (Platz 9, WK 15), Petra Schulze (Platz 10, WK 19), Dirk Peddinghaus (Platz 11, WK 5), Inke Asmussen (Platz 12, WK 16), Andreas Pauls (Platz 13, WK 23), Henning Carstensen (Platz 14, WK 7), Burkhard Luckow (Platz 15, WK 1), Peter Casper (Platz 16, WK 22), Jürgen Cordes (Platz 17, WK 6), Jürgen Klose (Platz 18, WK 11), André Hense (Platz 19, WK 4), Joachim Menge (Platz 20, WK 12), Gerhard Schulz (Platz 21, WK 21), Thorsten Schacht (Platz 22, WK 9), Ingo Obst (Platz 23) und die Listenkandidaten ohne Wahlkreis

Torben Mohrfeldt (Platz 24), Marina Eibich (Platz 25), Maren Korban (Platz 26), Jörg Joosten (Platz 27) und Hans-Georg Bock (Platz 28).

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 06.11.2012, 12:50 Uhr - 5452 Clicks - Nr. 546

5. Suchsdorfer Lesefest

Dieses Jahr gab es für dem SPD OV Suchsdorf ein kleines Jubiläum zu feiern: die fünfte Auflage des beliebten Suchsdorfer Lesefests stand an- dieses Jahr mit Siegfried Kristen, Jürgen Weber, Özlem Ünsal und Susanne Gaschke. Und wie immer waren alle begeistert.
5. SUCHSDORFER LESEFEST

Das AWO-Kinderhaus am Nienbrügger Weg bot am 02. November wieder die Bühne für eine er-neute Ausgabe des Suchsdorfer Lesefestes. Rund 80 Besucherinnen und Besucher waren dem Aufruf des SPD-Ortsvereins gefolgt.

Ratsherr Thomas Wehner konnte zu dem kleinen Jubiläum des jährlichen Leseereignisses in Suchsdorf wieder vier bekannte Kielerinnen und Kieler begrüßen. Sie lasen aus ihren Lieblings-texten und fesselten damit ihre Zuhörerinnen und Zuhörer.

Das Lesefest, so Thomas Wehner, ist fest verbunden mit dem erfolgreichen Kampf für den Erhalt der Stadtteilbücherei. Ein kulturelles Angebot in den Stadtteil zu holen, ist ein weiterer wichtiger Zweck. Der SPD-Ortsverein wird es fortführen, solange es den Aktiven und dem Publikum Spaß macht. Das AWO-Kinderhaus bietet ein ideales Ambiente. Dank Spenden von SPD-Mitgliedern ist das Kinderhaus jetzt auch vom Garten barrierefrei zu erreichen. Auch der Büchereiver ein Suchsdorf war wieder mit einem Bücherflohmarkt vor Ort.

Mit großem Applaus begrüßten die Zuschauer den Kammerschauspieler Siegfried Kristen, der vor kurzem seinen 84. Geburtstag gefeiert hat. Siegfried Kristen las absurde Geschichten von Thomas Theodor Heine (nicht zu verwechseln mit Heinrich Heine). Heine hat die Satire Zeitschrift „Simplicissimus“ mitbegründet und ist auch als Karikaturist bekannt gewesen.



Jürgen Weber, SPD-Landtagsabgeordneter, AWO Kreisvorsitzender und Aufsichtsrat von Holstein Kiel präsentierte eindrucksvoll einen Ab-schnitt aus „Keeper“ von Mal Peet und ein Ge-dicht von Lutz Rathenow.

Die Vorsitzende des Forums für Migrantinnen und Migranten Özlem Ünsal, las den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk. Der Roman „Das Museum der Unschuld“ erzählt die Geschichte von Kemal, einem Sohn aus reicher Familie, der sich kurz vor einer standesgemäßen Verlobung in Füsun, eine entfernte und verarmte Verwandte, verliebt. Danach trug auch sie ein Gedicht vor, von Mevlâna Celaleddin Rumi.

Dr. Susanne Gaschke, OB-Kandidatin der SPD, stellte von John Green „Das Schicksal ist ein mieser Verräter“ vor. Der Roman erzählt von krebskranken Jugendlichen, aber aus der „Ich“-Perspektive. Es ist voller Sarkasmus und trotz der darin beschriebenen Dramen voller Lebenswillen.

Der Leseabend wurde kongenial musikalisch von den Brüdern Helbig & Helbig am Saxophon und Piano begleitet.

Andrea Köbling führte als Moderatorin wieder charmant und souverän durch das Programm.

In der Pause konnten die Anwesenden das von Mitgliedern des SPD-Ortsvereins vorbereitete Buffet genießen.

Zum Schluß dankte Thomas Wehner den Vorlesenden, den Musikern, der Moderatorin und allen Helferinnen und Helfern. Es gab viel Lob, was die SPD ermutigt, dass Lesefest auch im nächsten Jahr zu veranstalten.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 07.11.2012, 11:40 Uhr - 156762 Clicks - Nr. 547

WWF übergibt Petition an Ulrike Rodust

Am 06. November 2012 nahm die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust, stellvertretend für das Europäische Parlament, eine Petition des WWF mit 150.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Europa an, die gesunde Ozeane und nachhaltige Fangmethoden fordern.

Am 06. November 2012 nahm die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust, stellvertretend für das Europäische Parlament, eine Petition des WWF mit 150.000 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Europa an, die gesunde Ozeane und nachhaltige Fangmethoden fordern.



Ulrike Rodust begrüßte die Petition und sieht sich in ihrem Kampf für eine möglichst unverfälschte Fischereireform bestätigt: „150.000 Unterschriften für nachhaltige Fischerei und gesunde Meere sind ein eindeutiges Zeichen: Die Menschen wollen, dass ihre Repräsentanten im Europäischen Parlament für eine starke und ehrgeizige Fischereireform kämpfen.“ Rodust ist seit Herbst 2011 Berichterstatterin zur Grundverordnung über die Reform der EU-Fischereipolitik und ist seitens des Parlamentes die federführende Ansprechpartnerin für die anstehende Reform.

Der WWF bemängelt in seiner Petition, dass die europäischen Fischereiminister seit Jahrzehnten schlechte Entscheidungen getroffen hätten, die nicht nur den europäischen Fischbeständen, sondern auch der Fischerei stark geschadet hätten. Nun sei es Aufgabe des Europäischen Parlaments dem Wunsch der Bevölkerung nach einem Wandel in der europäischen Fischereipolitik nachzukommen, so Roberto Ferrigno, WWF Projektkoordinator zur Fischereipolitik der EU.

Hintergrund:
Reform der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik

Obwohl die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) seit ihrer Einführung im Jahr 1983 schon mehrfach überarbeitet worden ist, bleibt sie reformbedürftig. Bis 2014 soll eine neue Politik für diesen Bereich stehen, die gleichermaßen ökologische und ökonomische Aspekte zu berücksichtigen hat. Die Kommission hat im vergangenen Jahr ein Grünbuch mit ersten Ideen für die Reform vorgelegt, das europaweit auf breiter Basis diskutiert wird. Durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages gilt auch in der Fischereipolitik das so genannte Mitentscheidungsverfahren: Das Europäische Parlament ist somit gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union und aktiv an der anstehenden Reform beteiligt.

Kommentar von [Lisbeth Herlem](#) vom 22.11.2012, 18:49 Uhr:

RE: WWF übergibt Petition an Ulrike Rodust

It was just about time that somebody started thinking about the biodiversity "that we do not see"!!!! We came from the sea and if we do not watch out, the sea will be empty and the rest of of the ecosystem too. Ignoring a problem, does not make it go away. every time a living creature, big or small, disappears we are closer to the END of our Earth. The rhinos are being poached, the elephants too. The tigers are disappearing and what do you say about the Pandas? or the Koalas? You might not care, but maybe you grand grand children will!!!!!!

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 07.11.2012, 12:40 Uhr - 10659 Clicks - Nr. 548

Lutz Schlüsen wieder Direktkandidat zur Kreiswahl in Schönberg

7. 11. 2012

Lutz Schlüsen wieder Direktkandidat zur Kreiswahl in Schönberg

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Plöner Kreistag Lutz Schlüsen ist auf der jüngsten Ortsvereinsitzung der Schönberger SPD wieder einstimmig als Direktkandidat für den Wahlkreis 22 , Schönberg nominiert worden.

Die Mitgliederversammlung sprach ihm das Vertrauen aus und bat ihn, weiterhin die Interessen der Gemeinde Schönberg im Kreistag zu vertreten. Der 42-jährige aus Stoltenberg ist seit 1998 für Schönberg im Plöner Kreistag. Beruflich ist der Versicherungsfachwirt als Abteilungsleiter bei der Provinzial Nord für den Bereich der Personalentwicklung und Ausbildung tätig. Seit 2008 ist er Fraktionsvorsitzender. Er berichtete ausführlich aus der Arbeit der Kreistagsfraktion. Schlüsen wirkt als Kreistagsabgeordneter auch im Verwaltungsrat und Risikoausschuss der Förde Sparkasse mit.

Lutz Schlüsen:

"Ich würde gern am 26. Mai 2012 zum dritten Mal den Wahlkreis direkt gewinnen und daran mitarbeiten, dass die SPD wieder stärkste Fraktion Im Plöner Kreistag wird. Wir machen dort gute Arbeit, die Handschrift der SPD ist auch als zweitstärkste Fraktion deutlich zu erkennen".

Zu unseren Erfolgen gehört die Wahl der neuen Landrätin Stephanie Ladwig, die für ein gutes Miteinander zwischen Politik und Verwaltung durch ihren kooperativen Stil wirkt. Bei der Kindergartenförderung und Tagesmutterförderung, bei Schulbauförderungen und Sportstättenförderung ist die SPD verlässlicher Partner genauso, wie bei der Unterstützung der Feuerwehren. Aber auch finanzpolitische Akzeptanz wird der SPD-Fraktion bescheinigt, Sparmaßnahmen führen aber jetzt auch zu Erfolgen, und auch zur weiteren Unterstützung der neuen SPD geführten Landesregierung. Als nächste wichtige Maßnahme versuchen wird jetzt Schritt für die Schritt die Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung zu reduzieren. Wir könnten dieses zum Teil machen und dabei

trotzdem die geforderten Sparbemühungen zur einhalten. Bei der Schulpolitik steht die gesamte SPD-Kreistagsfraktion hinter der Einführung der gymnasialen Oberstufe in Schönberg, auch die finanzielle Unterstützung beim Bau der neuen Umkleidekabine in der Strandstraße ist im knappen Haushalt 2013 vorgesehen.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.11.2012, 12:50 Uhr - 8330 Clicks - Nr. 549

Schulterschluss zwischen SPD-Fraktionen Hamburg und Schleswig-Holstein

Die beiden Geschäftsführenden SPD-Fraktionsvorstände aus Kiel und Hamburg sind am Mittwoch unter Leitung der beiden Fraktionschefs Andreas Dressel und Ralf Stegner zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengekommen. Mit dabei war auch der Barsbüttler Landtagsabgeordnete Martin Habersaat als einer der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion.



Themen des Treffens waren der Ausbau der parlamentarischen Zusammenarbeit und die Unterstützung für verschiedene Infrastrukturprojekte, die im Interesse beider Länder liegen.

„Beide Länder arbeiten hervorragend zusammen. Dass man in Einzelfällen auch mal unterschiedlicher Auffassung ist, kommt in den besten Partnerschaften vor. Insofern ist der Versuch der Opposition, in Kiel und Hamburg, die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern schlecht zu reden, ein durchsichtiges parteipolitisches Manöver. Diesem stellen wir konkrete neue Kooperationsideen und ein abgestimmtes Vorgehen in vielen Politikbereichen entgegen. Wir wollen vorankommen - vor allem bei der Zusammenarbeit der Parlamente. Ein gemeinsamer Ausschuss beider Parlamente, natürlich im Einklang mit der aktuellen Verfassungslage in beiden Ländern, ist mehr als überfällig. Hier wollen wir einen neuen Anlauf unternehmen und einen möglichst breiten Konsens erreichen - damit wir endlich auch auf parlamentarischer Ebene weniger übereinander, sondern mehr miteinander reden“, so die beiden Fraktionsvorsitzenden.

Forderungen nach einem Grundlagenstaatsvertrag Hamburg-Schleswig-Holstein sind aus Sicht beider SPD-Fraktionen zum jetzigen Zeitpunkt dagegen verfrüht. „Angesichts einer ganzen Reihe von Kooperationsprojekten, die für Hamburg und Schleswig-Holstein von großer Bedeutung sind, wollen wir die parlamentarische Zusammenarbeit jetzt ganz konkret und zeitnah intensivieren. Dafür ist ein gemeinsamer interparlamentarischer Ausschuss das richtige Gremium. Ein Grundlagenstaatsvertrag kann vielleicht am Ende eines längerfristigen Verhandlungsprozesses stehen - momentan ist das aber nicht mehr als eine abstrakte Idee, die uns in der konkreten Zusammenarbeit nicht wirklich voranbringt“, so Dressel und Stegner.

„Dass in dem aktuell sehr schwierigen Umfeld eine enge Abstimmung zwischen den beiden Finanz-Ressortchefs Heinold und Tschentscher in Sachen HSH Nordbank stattfindet, stellt neben vielen anderen Kooperationsbeispielen einmal mehr unter Beweis, wie vertrauensvoll die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Kiel ist“, machten die beiden deutlich. Mit Blick auf die aktuelle Lage der HSH Nordbank unterstützen die SPD-Fraktionen den Sanierungskurs der beiden Landesregierungen.

Deshalb wäre auch eine Erhöhung des Garantierahmens angesichts der momentan schwierigen Rahmenbedingungen aus Sicht beider Fraktionen eine wirksame Bekräftigung der Länderverantwortung für die Bank. „Die laufenden Entwicklungen werden wir in beiden Landesparlamenten eng begleiten. Dabei muss selbstverständlich auch gewährleistet sein, dass die Bank gegenüber den Eignern eine transparente Informationspolitik sicherstellt und die Vorgaben der EU für die Vorstandsvergütungen vollständig einhält“, betonten Dressel und Stegner.

Die SPD-Fraktionen bekräftigten in der gemeinsamen Sitzung außerdem, an den vereinbarten Infrastrukturvorhaben nachdrücklich festzuhalten. Insbesondere die S4 genießt dabei höchste Priorität. „In diesem Zusammenhang wollen wir auch eine Umsteigemöglichkeit zwischen S4 und U1 in Ahrensburg West prüfen lassen, denn dort kreuzen sich beide Linien ohnehin. Diese Maßnahme hätte für Hamburg und Schleswig-Holstein gleichermaßen einen großen verkehrlichen Nutzen“, so Dressel.

Ausdrücklich Unterstützung von Seiten der SPD-Bürgerschaftsfraktion findet der Ansatz der neuen Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, die A20 bis zum Ende der Wahlperiode bis zur A7 zu verlängern. Dressel: „Die Koalition in Kiel orientiert sich hier völlig zu Recht am tatsächlich Machbaren, denn jeder weiß, dass beispielsweise eine Elbquerung bei Glückstadt bis 2017 völlig unrealistisch ist. Weitere Ausbauziele sind keineswegs vom Tisch, aber in Anbetracht eines unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplans, den Herr Ramsauer in Berlin zu verantworten hat, momentan auch nicht umsetzbar.“ Stegner: „Die neue Koalition in Schleswig-Holstein ist realistisch: Wir werden die A20 bis zum Anschluss an die A7 Stück für Stück fertig stellen. Sie ist eines der wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein.“

Darüber hinaus betonten die beiden Fraktionsvorsitzenden den Zusammenhang von Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und der Elbvertiefung. Dressel und Stegner: „Das sind zwei Seiten einer Medaille, denn diese beiden Projekte hängen unmittelbar miteinander zusammen.“ Für die von beiden Ländern gewollte Fahrrinnenanpassung der Elbe setzen die SPD-Fraktionen auf ein zügiges und erfolgreiches Hauptsacheverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Die Geschäftsführenden SPD-Fraktionsvorstände aus Kiel und Hamburg haben sich in den Beratungen außerdem darauf verständigt, zeitnah die Voraussetzungen für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg/Schleswig-Holstein zu schaffen. „Dass beide Länder zunächst einmal ein eigenes Register auf den Weg bringen, um es dann erst später zusammenzuführen, macht wenig Sinn. Wir wollen es lieber gleich richtig und gemeinsam machen“, so Dressel.

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 07.11.2012, 13:04 Uhr - 6153 Clicks - Nr. 550

SPD: Erst Aufklärung dann Beurteilung

Bad Bramstedt. In Sachen des Schweizer Franken Kredites der Stadt Bad Bramstedt will die örtliche SPD die Ergebnisse umfassender Prüfungsaufträge abwarten, die am Montagabend während einer Krisensitzung von Verwaltung und Fraktionen einvernehmlich beschlossen wurden.

Bodo Clausen, Sprecher der SPD-Fraktion: „Wir haben die Forderung aufgestellt, dass die Kommunalaufsicht prüfen soll, ob bei dieser Kreditaufnahme in Fremdwährung gegen die Gemeindeordnung oder Erlasse oder die Hauptsatzung der Stadt verstoßen wurde. Erst wenn diese Prüfung abgeschlossen ist, wird darüber zu entscheiden sein, ob und welche Konsequenzen zu ziehen sind.“



Erstaunt ist Bodo Clausen, dass der FDP-Fraktionsvorsitzende Joachim Behm in seiner Funktion als Finanzausschussvorsitzender schon jetzt davon spreche, dass nicht fahrlässig gehandelt worden sei. Clausen: „Wenn die FDP das so sieht, kann man ihr das nicht verbieten, aber das war keinesfalls das Ergebnis der Runde am Montag. Die FDP ist in ihrem Urteil sehr voreilig. Angesichts der Dimension des möglichen Schadens für die Stadt und der noch nicht abgeschlossenen Klärung von Rechtsfragen ist diese Haltung nicht nachzuvollziehen.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.11.2012, 13:59 Uhr - 9299 Clicks - Nr. 551

Franz Alt und Nina Scheer in Barsbüttel

„Ich habe Texte von Franz Alt als Schüler in Klausuren diskutieren müssen. Ich hätte nicht gedacht, dass ich Franz Alt einmal ins Rathaus meiner Heimatgemeinde Barsbüttel würde einladen können.“ So begrüßte Martin Habersaat die über 60 Gäste im Barsbüttler Rathaus, die gekommen waren, um mit Franz Alt und Nina Scheer, der der Kontakt zu Franz Alt zu verdanken war, im Barsbüttler Rathaus über die Energiewende und deren Bezahlbarkeit zu diskutieren.

Das Fazit hatte Landtagsabgeordnete schon auf den Plakaten verkündet: „Bezahlbare Energie ist möglich!“

Der Journalist Franz Alt stellte an den Beginn seiner Ausführungen Betrachtungen über die Sonne. Von Natur aus gebe es kein Energieproblem, da es die Sonne gebe. „Und die Sonne schickt keine Rechnung!“ Das war ein Beitrag zur Frage der Bezahlbarkeit, an anderer Stelle widmeten Alt und Scheer sich der Frage, was denn die Alternativen zu erneuerbaren Energieträgern seien: „Fossile Energieträger werden immer knapper und teurer. Wenn kein Umstieg gelingt, können bald nur noch Reiche Auto fahren.“ Nicht redlich sei die Berechnung der Kosten für Atomstrom, wenn diese ohne Berücksichtigung der Lagerung des verstrahlten Mülls erfolge.



Nina Scheer forderte „ökonomische Anreize für ökologisches Verhalten“ und warb für eine Beibehaltung des einst von Rot-Grün eingeführten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Wie einfach der Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie sein kann, machte Alt an einem Beispiel klar: „Einen Neubau nach Süden auszurichten und nach Norden abzudichten kann 50 Prozent der Heizkosten sparen.“ An die Politik hatte Franz Alt, vor Jahren aus der CDU ausgetreten, einen klaren Rat: „Es geht nur, wenn die Vernünftigen aus allen Lagern sich zusammentun.“

Mehr als eine Stunde lang diskutierten die beiden Referenten anschließend mit dem Publikum, es ging um Stromleitungen, Stromspeicher und immer wieder um den Vergleich konventioneller und regenerativer Energien. In vielen Fragen erkannte Franz Alt „altes Denken“ und warb dafür, sich von Denkstrukturen zu lösen, die von den „vier heutigen Besatzungsmächten E-On, Vattenfall, RWE und EnBW“ vorgegeben würden. „Natürlich haben die Zentralversorger kein Interesse an dezentralen Lösungen.“ Eine mögliche Lösung für das Energiespeicherproblem, so Nina Scheer, zeichne sich im „Power to Gas“ - Verfahren ab - Strom aus erneuerbaren Energien würde in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas umgewandelt und im Erdgasnetz gespeichert.

Mit Blick auf den Titel der Veranstaltung schloss Nina Scheer mit dem Hinweis: „Die eigentliche Kostenfalle sind nicht die erneuerbaren Energien, sondern die Verzögerung der Energiewende.“ Ein Appell an Landes- und Bundesregierungen.

Fotoalbum: [hier](#).

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 07.11.2012, 18:27 Uhr - 20677 Clicks - Nr. 552

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt Rassismus und rassistische G

Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt aufs Schärfste den brutalen Überfall auf die französischen Auszubildenden in der letzten Woche im Internat des Berufsbildungszentrums in Schleswig. Unsere Gedanken sind solidarisch bei den betroffenen 14 französischen Jugendlichen, die im Rahmen eines deutsch-französischen Austausches der Kreishandwerkskammer in Schleswig zu Gast sind.



Die Vorgänge am BBZ in Schleswig haben sich anders zugetragen. Die Presse war etwas zu schnell, aber aufgrund von Fehlinformationen sind jetzt 1500 Schüler/innen für das Thema Rechtsextremismus sensibilisiert worden! Wenn die Schule jetzt Wort hält und das angekündigte Programm gegen Rechtsextremismus umsetzt, dann hätte diese unsägliche Geschichte nachträglich doch noch etwas Positives.

Auch wenn es auf Fehlinformationen beruhte, bewertet der Kreisverband Schleswig-Flensburg die große Welle der Solidarität positiv. Lieber einmal zu viel als einmal zu wenig reagieren! Drogen Ankauf Verkauf und Konsum lehnen wir generell ab! Den Schnellschuss gegenüber der Politik aus der Kolumne in den Schleswiger Nachrichten vom 10. November betrachten wir als überflüssig, denn die Presse selbst haben den Ball ins Rollen gebracht!

Wir stehen immer noch auf dem Standpunkt: Rechtsextremismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Unverständlich ist das aktuelle Eiltempo des Bundesinnenministers zur Einrichtung eines Extremismus-Abwehrzentrums. Hier wirft die Konservative wieder den Rechts- und Linksextremismus in einen Topf und verharmlost damit die Gefahr von Rechts! Die SPD setzt sich dafür ein, dass Rassismus und jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung und rechtsextremistische Gewalttaten verhindert werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass gesellschaftliche Solidarität gelebt wird statt Aufspaltung in Gruppen entgegen Hautfarbe, Herkunft, Religion, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung. Aufklärungsarbeit zu fördern, sei es in Schulen, Jugendarbeit, im Beruf als auch in allen öffentlichen Bereichen.

Menschenfeindlichkeit, Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Islamophobie stellen nach wie vor eine erhebliche Gefahr für die Demokratie, die politische Kultur und den sozialen Frieden in Deutschland dar. Auch die Verfestigung rechtspopulistischer und menschenfeindlicher Einstellungsmuster sorgt für eine soziale Spaltung in unserer Gesellschaft.

Die SPD setzt alles daran, über die Motive rechtsextremistischer Gruppierungen aufzuklären und gemeinsam gegen ihre menschenverachtenden Aktionen vorzugehen. Dazu gehört auch, dass die Zivilgesellschaft couragiert dem Alltagsrassismus entgegentritt und damit dem Rechtsextremismus den Nährboden entzieht.

Kommentar von [S.Schwindt](#) vom 13.11.2012, 10:58 Uhr:

RE: Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt Rass

"Drogen Ankauf Verkauf und Konsum lehnen wir generell ab!" Liest eigentlich jemand diese Meldungen quer, bevor sie herausgegeben werden? In der Schule lernt man doch (hoffentlich), dass zwischen verschiedene Substantive erstmal ein Komma kommt, bei Aufzählungen. Es müsste außerdem heißen: "Drogenan- und Verkauf". So wie es formuliert ist, mit einem einfachen und sinnfreien Leerzeichen, haben die beiden Substantive "Drogen" und "Ankauf" nichts miteinander zu tun. Nicht nur inhaltlich, sondern auch formell wird die ganze Sache immer lächerlicher. ;)

Kommentar von [Dr. Fritz Baur](#) vom 13.11.2012, 08:17 Uhr:

RE: Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt Rass

Liebe Schleswig-Flensburger SPD! Nach Lektüre Ihres Artikels möchte man Ihnen zurufen: Erst denken (oder vielleicht auch nur den Sachverhalt prüfen), dann reagieren! Die ganze Aktion mit Teelichterkerette, Betroffenheits- bekundungen und dem übrigen einschlägigen Programm wird an Peinlichkeit nur noch von Ihrem Artikel übertroffen, der ja in Kenntnis der tatsächlichen Geschehnisse verfasst wurde (von denen der Leser von Ihnen allerdings nichts erfährt). - Ferner: Sie sagen, Rechtsextremismus sei ein Verbrechen, vergessen aber dabei den untrennbar dazugehörigen und ebenso verbrecherischen Linksextremismus - Kurt Schumacher wurde bekanntlich nicht müde, auf den Charakter von Kommunisten als "rotlackierte Faschisten" hinzuweisen - ist aber lange her! Nichts für Ungut, Ihr Fritz Baur

Kommentar von [Klaas](#) vom 13.11.2012, 04:25 Uhr:

RE: Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt Rass

Wenn ich den Artikel so lese, frag ich mich, warum man nicht einfach mal sagt, dass in der allgemein aufgeregten Nazihysterie in diesem Land auch mal überschnell geschossen wird. (siehe Presseartikel) Bleibt doch mal unaufgeregt. Diese Nazihysterie ist ja kaum noch zu ertragen. Ich hab viel mehr Angst, wenn meine Kinder am Wochenende nachts öffentliche Verkehrsmittel benutzen, oder ich sehe, dass Totschläger nicht mal in U-haft müssen, weil sie ja ne Familie haben. Das sind Entwicklungen, die in direktem Zusammenhang mit dieser Nazihysterie stehen. Bloß nichts politisch inkorrektes sagen, es könnte ja ausländerfeindlich sein. War viele Jahre Sozialdemokrat, aber die Partei schafft es auch nicht, seine Bürger zu schützen. Weil sie gar nicht sieht, woher die eigentliche Gefahr für dieses Land herkommt. Vor lauter Naziwahn. ich geh dann mal ne Zigarette rauchen. gegen Rechts, versteht sich....

Kommentar von [peace brother peace](#) vom 13.11.2012, 00:08 Uhr:

RE: Der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg verurteilt Rass

Einfach mal blöde daherlabern und Lichterketten anzünden..Ach es war gar nichts? Macht nichts, hätte ja sein können, wieder 1500 Schüler sensibilisiert... Glaubt Ihr eigentlich, dass irgend jemand noch Eure Lügen glaubt? Glaubt Ihr, das die "sensibilisierten Schüler" sich noch einmal von Euch verarschen lassen? Was seid Ihr für lächerliche Nullnummern.

[SPD-Lütjensee](#) - veröffentlicht am 07.11.2012, 23:37 Uhr - 3175 Clicks - Nr. 553

Politik fängt vor der eigenen Haustür an! Interessierten-Treffen am 12.11. !

Im Mai nächsten Jahres sind wieder in allen Gemeinden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen. Vielerorts sinkt jedoch die Zahl der Aktiven in den

Wählergemeinschaften und Parteien. Auch in Lütjensee werden wieder interessierte Bürgerinnen und Bürger gesucht.

"Es geht darum, im eigenen Dorf aktiv mitzubestimmen", so Tobias von Pein, der seit 4 1/2 Jahren SPD-Gemeindevertreter in Lütjensee und seit kurzem auch Landtagsabgeordneter in Kiel ist. Viele unmittelbare Dinge wie z.B. Baumaßnahmen, Ortsgestaltung oder Kinderbetreuung werden in der Kommune entschieden. "Politik fängt vor der eigenen Haustür an." so von Pein. "Daher lohnt es sich, sich für seinen Ort aktiv einzusetzen."

Die SPD Lütjensee hat daher Anfang Oktober zu einem offenen Informationstreffen eingeladen. Dort kamen bereits viele Interessierte Bürgerinnen und Bürger um sich zu informieren. Dabei wurde auch über mögliche Themen gesprochen, die in Zukunft in Lütjensee angepackt werden könnten. Hier ging es u.a. um die Kinderbetreuung und Freizeitangebote und die Frage nach dem Umgang mit dem Demographischen Wandel im Ort. "Wir wollen uns nun regelmäßig treffen und unsere Gruppe erweitern.", so von Pein. Ziel ist die Aufstellung einer eigenen Liste im Frühjahr. Um alle drei Wahlkreise in Lütjensee ausreichend zu besetzen sind aber mindestens 9 Personen notwendig. Wer mitmischen will muss aber nicht zwingend Mitglied der SPD sein, der Ortsverein möchte seine Liste auch für Nichtmitglieder öffnen.

Das nächste Treffen für Interessierte findet statt am Montag , den 12. November im Dorfgemeinschaftshaus am Waldstadion (Großenseer Str. 8). Los geht es um 19:30 Uhr

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 08.11.2012, 11:12 Uhr - 6633 Clicks - Nr. 554

Fragen an den Bürgermeister zum Schweizer Franken Kredit

Bad Bramstedf. Die Bad Bramstedter SPD hat öffentlich gemacht, dass die Stadtverwaltung im Februar 2011 einen großen Kredit in Schweizer Franken abgeschlossen hat. Weil damit ein nicht überschaubares Wechselkursrisiko eingegangen wurde, verlangt die SPD Aufklärung und hat folgende Fragen an den Bürgermeister gestellt:

Sehr geehrter Herr Kütbach,

zu dem Kassenkredit in schweizer Franken habe ich einige Fragen ausgearbeitet. Für die Beantwortung bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschuss wäre ich ihnen sehr dankbar.

1. Die Aufnahme des Kredites in schweizer Franken (im Folgenden Kreditgeschäft genannt) erfolgte auskunftsgemäß durch vermittlung eines Finanzberaters. Welche Aussagen des Finanzberaters zu den Risiken dies Kreditgeschäftes sind aktenkundig?

2. Welche Aussagen wurden zum Einsatz risikobgrenzender Hedging-Instrumente getroffen?

3. Warum wurde auf den Einsatz solcher Instrumente verzichtet?

4. Mit welchen Argumenten hat man den Erlass des Innenministeriums zur Kreditaufnahme nicht beachtet?

5. Welche Aussagen der Kommunalaufsicht gab es bis jetzt zu diesem Kreditgeschäft?

6. Die Entwicklung der Wechselkurse ist sicherlich wie fast alle zukünftigen Ereignisse nicht vorhersehbar. Warum hat man gleichwohl das Risiko einer negativen Wechselkursentwicklung trotz ungelöster Finanzprobleme im Euroraum nicht in Betracht gezogen?

7. Warum wurden bei der Entscheidung für dieses Kreditgeschäft die städtischen Gremien nicht einbezogen und auch nicht explizit informiert?

Und nun das Wichtigste:

8. Welche Maßnahmen zur Risikobegrenzung lassen sich aus ihrer Sicht noch einleiten und zu welchen Kosten?

Mit freundlichen Grüßen
Jens Wulf-von Moers
(Mitglied im Finanzausschuss)

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 08.11.2012, 12:07 Uhr - 15115 Clicks - Nr. 555

Thönnies: Mehr denn je für Demokratie und Toleranz am 9. November werben!

Ein Jahr nach der NSU-Aufdeckung:

Knapp ein Jahr, nachdem die rechtsradikale Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ entdeckt wurde, bestimmen immer noch viele Fragen, Streit sowie Zurückweisung von Verantwortung durch die Behörden die aktuellen Diskussionen. Die Recherchen des dafür eingesetzten Untersuchungsausschusses belegen dies. Für die SPD ist klar, dass die Vorfälle lückenlos aufgedeckt werden müssen.



„Ansetzen müssen wir aber auch da, wo friedliches, gesellschaftliches Zusammenleben durch soziale Missstände und politische Irreleitungen gestört wird, wenn wir das Aufkommen rechtsradikaler Einstellungen verhindern wollen“, erklärt Franz Thönnies, SPD-Bundestagsabgeordneter für die Kreise Segeberg und Stormarn.

„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ist in Deutschland keine Seltenheit oder Randerscheinung mehr. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit finden sich leider nach aktuellen Studien bei bis zu 30 Prozent der Bevölkerung. Es ist daher notwendig, rechtsextremen Einstellungsmuster in der Gesellschaft konsequent durch die Unterstützung der Programme gegen Rechtsradikalismus zu begegnen. Insbesondere bei der politischen Bildung und der notwendigen Infrastruktur für soziale Sicherung muss in die Zukunftschancen junger Menschen investiert werden.

Auch in den Kreisen Segeberg und Stormarn sind immer stärkere Aktivitäten von Rechtsradikalen zu beobachten. „Vorschnelle Schlüsse sind hier zwar unangebracht, genauso wenig dürfen wir diese Tatsachen jedoch leugnen. Es muss darum gehen, sich der historischen Verantwortung vor dem aktuellen Hintergrund von NPD, NSU und alltagsrassistischen Tendenzen bewusst zu werden und an der Stärkung unserer demokratischen Strukturen zu arbeiten“, so Thönnies.

Der 74. Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 2012 bietet Gelegenheit, sich der Verantwortung in Deutschland bewusst zu werden, in dem man den Opfern der

Anschläge auf Synagogen, jüdische Einrichtungen und Menschen gedenkt. „Ich bitte die Bürgerinnen und Bürger, sich an den Gedenkveranstaltungen in den Kreisen zu beteiligen!“, erklärt Thönnes abschließend.

Am Freitag, den 9. November 2012, finden eine Reihe von Veranstaltungen in Neumünster und den Kreisen Segeberg und Stormarn statt. Darunter unter anderem der Gang des Erinnerns in Ahrensburg (14.00 Uhr, ab Hagener Allee / Ernst-Ziese-Straße), der Stolperstein-Rundgang „Licht ins Dunkle bringen“ in Neumünster (17.30 Uhr, Altes Rathaus), die Kranzniederlegung der Stadt Bad Segeberg (11.00 Uhr, Lübecker Straße) sowie Gedenk-Mahnwachen auf dem Bad Segeberger Marktplatz und dem Norderstedter Rathausmarkt (jeweils um 18.00 Uhr).

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 08.11.2012, 18:55 Uhr - 27826 Clicks - Nr. 556

MdB Sönke Rix zur Debatte um das Betreuungsgeld

Wenn der Deutsche Bundestag morgen aller Voraussicht nach mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition die Einführung eines Betreuungsgelds beschließt, haben wir das dem Kuhhandel vom vergangenen Sonntag zu verdanken. Beim Koalitionsgipfel konnte sich die CSU mit ihrer unsäglichen Forderung durchsetzen – allerdings nur im Tausch gegen die Abschaffung der Praxisgebühr, die die FDP gefordert hatte.



Sowohl aus bildungs- und finanzpolitischer Sicht als auch im Hinblick auf die Chancengleichheit zwischen Frauen und Männer ist das Betreuungsgeld der falsche Weg - dies zeigen u.a. Erfahrungen aus Skandinavien, wo es ein Betreuungsgeld in unterschiedlichen Ausführungen gibt. In Deutschland waren die Planungen für diese neue Leistung von Anfang an inkonsistent und unlogisch. Neben den meisten Bürgerinnen und Bürger sehen das mittlerweile auch viele Politikerinnen und Politiker der Koalition so. Umso abstruser erscheint vor diesem Hintergrund die Mehrheit, die das Betreuungsgeld voraussichtlich morgen im Bundestag erhalten wird. Die SPD- Bundestagsfraktion hat eine namentliche Abstimmung dieses Gesetzes beantragt - so müssen sich auch diejenigen erklären, die wider besseren Wissens zustimmen werden.

Es geht mir nicht darum, Eltern in unserem Land in gute oder schlechte Eltern einzuteilen. Im Gegenteil: Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Mütter und Väter selbst entscheiden, wie und ob sie Familie und Beruf vereinbaren. Aber um genau dies auch tun zu können – also um echte Wahlfreiheit zu haben – benötigen wir dringend mehr Kita-Plätze. Deshalb wären die jährlich fürs Betreuungsgeld veranschlagten 1,2 Milliarden Euro beim Kita-Ausbau besser angelegt.

Die SPD wird Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das Betreuungsgeld einlegen. Renommierete Verfassungsrechtler bescheinigen uns Aussicht auf Erfolg.

Die Norwegische Regierung hat übrigens Konsequenzen aus den schlechten Entwicklungen gezogen, die das Betreuungsgeld nach sich gezogen hat: Im August hat sie es wieder abgeschafft. Für meine Kolleginnen und Kollegen und mich ist klar: Wir werden es der norwegischen Regierung nach der nächsten Bundestagswahl gleich tun und die Mittel in den Kita-Ausbau investieren – damit Familien in Deutschland wirklich eine Wahlfreiheit haben.

Keine Kommentare

MdB Sönke Rix fordert entschiedenes Handeln gegen Rechtsextremismus

Zu der aktuellen Stunde zum ersten Jahrestag der Aufdeckung der Terrorzelle NSU erklärt MdB Sönke Rix, Sprecher SPD-AG "Strategien gegen Rechtsextremismus":



Die Aufdeckung der NSU-Mordserie und die inzwischen fast zehnmonatige Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses zeigen immer deutlicher, dass ein entschiedenes Handeln gegen Rechtsextremismus durch alle gesellschaftlichen Gruppen, alle Behörden und Dienste und durch jeden Einzelnen nötig ist.

Zu den grundlegenden Elementen des Zusammenlebens in unserem Staat gehören zwei Versprechen, die der Staat seinen Bürgern gibt. Er verspricht, mit seinen rechtsstaatlichen Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass Niemandem Schaden an Leib und Leben oder Hab und Gut zugefügt wird. Dies kann natürlich nicht allumfassend garantiert werden. Darum ist das zweite Versprechen, solche Vorfälle ohne Ansehen der Geschädigten und ohne Vorurteile umfassend aufzuklären und den Täter zu bestrafen. Beide Versprechen hat unser Staat - vertreten durch seine Sicherheitsdienste und Polizeibehörden - gegenüber den 10 Opfern des NSU und den Opferangehörigen nicht halten können.

Umso wichtiger ist, dass das Parlament nun alle Umstände und Fakten dieser Mordserie ohne Ansehen einzelner Behörden oder Dienste und ohne Vorurteile zum Vorschein bringt.

Immer wieder stelle ich bei den Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses fest, dass Verantwortung abgeschoben wird, Schuld haben immer die anderen. Diese Ignoranz zieht sich von kleinen Behördenmitarbeitern bis zu den Chefs und zeigt sich auch immer wieder bei den Zeugenbefragungen. Die Dienste und Behörden haben mittlerweile ein Eigenleben entwickelt, in dem die Befugnisse und Aufgabenverteilungen zwischen Legislative und Exekutive nicht nur verschwimmen, sondern teilweise schlicht ignoriert werden. Hier muss dringend Licht und Luft ran.

Keine Kommentare

Beate Raudies lädt zur Bürgersprechstunde ein

Bürgerinnen und Bürger haben am Freitag, 23. November, von 16 Uhr an bis 18 Uhr, die Möglichkeit, Fragen und Informationswünsche im Rahmen eines persönlichen Gesprächs mit der SPD-Landtagsabgeordneten Beate Raudies zu klären.



Die Bürgersprechstunde findet in den Räumlichkeiten des Elmshorner SPD-Parteibüros an der Panjestraße 16 statt.

Aus organisatorischen Gründen wird im Wahlkreisbüro um Anmeldung unter Telefon 04121 – 470320 gebeten.

Keine Kommentare

Kreis-SPD diskutierte beim Forum zum Kreiswahlprogramm über Bildung

„Wie kann die SPD dazu beitragen, dass ein modernes Bildungssystem im Kreis Rendsburg- Eckernförde etabliert wird? Wie können alle Akteure in der Bildung auf Basis verbindlicher Strukturen zusammenarbeiten, ob in KITA, Schulen, Bildungszentren oder Familienbildungsstätten?“ Diese und weitere Fragen rund um das Thema Bildung wurde am 27. Oktober 2012 im Bordesholmer Hotel Carstens mit vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern diskutiert.

Unter der Moderation des SPD-Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneter Sönke Rix wurde ein Eckpunktepapier von den Kreisvorstandsmitgliedern Carsten Peschel aus Gnutz und Axel Diehl aus Büdelsdorf den Gästen dieser dritten öffentlichen Veranstaltung vorgestellt. „Unser erklärtes Ziel in allen Veranstaltungen ist es Ideen für das Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2013 mit Verbänden, Organisationen, Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren und Anregungen aufzunehmen,“ betonte Sönke Rix. Schwerpunkte waren dabei der Ausbau von Kinderkrippen und Kindertagesstätten, Perspektiven durch Schule sowie weitere Bildungswege und die Bildungsinfrastruktur.

Unter dem Titel „Wir wollen niemanden zurücklassen“ waren sich alle Anwesenden einig dass kein Kind aufgrund des Elterneinkommens oder der Herkunft ausgegrenzt werden dürfe. Um allen Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen, seien Kooperationen aller an der Bildung Beteiligten unerlässlich. Diskutiert wurden die Möglichkeiten eines Mittagessens in Kitas oder auch die Förderung von Zusatzangeboten in Kindertagesstätten im Bereich von Sprachförderung oder Sport. Einigkeit bestand darin, einen regelmäßigen Kita-Fachtag ins Leben zu rufen, auf dem Eltern, Fachpersonal, Träger und Politiker gleichberechtigt und auf Augenhöhe miteinander diskutieren und Lösungen für die Zukunft entwickeln könnten. Hier solle es Aufgabe des Kreises sein, die Moderatorenrolle zu übernehmen.

Beim Thema Bildung als wichtigster Baustein für ein selbstbestimmtes Leben gerade im Bereich Schulen, Berufsbildungszentren und weiterführenden Bildungseinrichtungen füllten viele Wortmeldungen die Diskussion mit Leben. Übergänge nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ und Chancengleichheit zeigten auch hier deutlich, dass sich die SPD im Kreis Rendsburg Eckernförde mit dem Wahlprogramm auf dem richtigen Weg befindet.

Keine Kommentare

Koalition sichert Studierbarkeit

Zu dem heute vom Wissenschaftsministerium vorgestellten Maßnahmenkatalog für die Sanierung des Hochschulbaus erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die Koalition setzt ihre politischen Ankündigungen auch im Hochschulbereich zügig um. Der Sanierungstau im Hochschulbereich, einschließlich des studentischen Wohnraums, wird mit einem umfangreichen



Maßnahmenkatalog angegangen.

Entscheidend dafür ist, dass der Bund auch über 2013 hinaus Kompensationsmittel für den weggefallenen Hochschulbaufonds zur Verfügung stellt.

Mit besonderem Interesse werden wir die Projekte zum Ausbau der Hochschulen in öffentlich-privaten Partnerschaften begleiten.

Wir freuen uns besonders, dass die Landesregierung entsprechend den steigenden Studierendenzahlen einen Schwerpunkt bei der Schaffung von neuem studentischen Wohnraum setzt.

Wir schaffen nicht alles auf einen Schlag, aber wir gehen beachtliche Schritte in die richtige Richtung.

Gesamtstrategie zur Hochschulbau-Sanierung: http://www.schleswig-holstein.de/MBW/DE/Service/Presse/PI/2012_neu/November/III_Hochschulbau.html

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 09.11.2012, 11:19 Uhr - 15066 Clicks - Nr. 561

SPD-MdB Thönnnes: Keine Gasförderung per Fracking im Kreis Segeberg

Bundesregierung muss endlich klare Gesetzesgrundlage schaffen

Für große Unruhe hat im Kreis Segeberg der beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Hannover gestellte Antrag des kanadischen Unternehmens „PRD Energy GmbH“ geführt, vor Ort nach unkonventionellen Gasvorkommen zu suchen.



Um diese auszubeuten müsste die sogenannte „Fracking-Methode“ angewendet werden. Bei diesem wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Additiven unter hohem hydraulischen Druck in den Untergrund gepresst, um tief liegende Gesteinsformationen aufzubrechen und das Gas herausströmen zu lassen.

„Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits Ende 2011 den Antrag „Leitlinien für Transparenz und Umweltverträglichkeit bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas“ (Drs. 17/7612) in den Deutschen Bundestag eingebracht. In diesem fordern wir die Bundesregierung auf, für diese Fördertechnik strenge Auflagen und weitgehende Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung umzusetzen“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes.

CDU/CSU und FDP lehnten den Antrag am 10. Mai 2012 mit der Begründung ab, dass zuerst ein vom Bundesumweltministerium in Auftrag gegebenes Gutachten abgewartet werden müsse. „Seit Anfang September liegt dieses vor und die Bundesregierung handelt trotzdem nicht. Jetzt will sie das Thema weiter verschleppen, indem die Ergebnisse erst in Workshops diskutiert werden sollen“, erläutert Thönnnes.

Die Empfehlungen der Wissenschaftler können den Regierungsfractionen auch nicht gefallen, da diese unter anderem vorschlagen der Bundesratsinitiative des SPD-geführten Nordrhein-Westfalen zu folgen und eine bundesrechtliche Umweltverträglichkeitsprüfungs-Pflicht für Fracking-Vorhaben einzuführen.

Die SPD wird bei dem Thema weiter Druck machen und in Kürze erneut einen Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen. Darin werden ein Moratorium, bis nicht umweltschädigende Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien zur Verfügung stehen sowie eine deutlich erweiterte Beteiligung der betroffenen Kommunen gefordert. Deshalb gilt zunächst: Keine Gasförderung per Fracking im Kreis Segeberg.

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion ist unter www.thoennes.de zu finden.

Bildquelle: Oliver Brunner / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 09.11.2012, 20:56 Uhr - 8016 Clicks - Nr. 562

SPD unterstützt "Kleine Riesen"

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten unterstützen das Projekt "Kleine Riesen" der Suchtberatungsstelle der Diakonie in Kaltenkirchen. Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck übergab Dr.



Tecklenburg kürzlich eine Spende

aus den Erlösen des letzten

Flohmarktstandes.

"Kleine Riesen" ist ein Projekt in

dem Kinder in Familien mit suchtkranken Eltern unterstützt und betreut werden.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.11.2012, 21:20 Uhr - 7788 Clicks - Nr. 563

Tribüne e.V. diskutiert über Wissenschaftspolitik

22. November, 20.00 Uhr, Bürgerhaus Glinde

Mit zwei hochkarätigen Gästen nimmt der Verein Tribüne seine Arbeit wieder auf, Probleme und Herausforderungen der demokratischen Gesellschaft zu diskutieren. Dr. Hans-Gerhard Husung, Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) und ehemaliger Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin, und Rolf Fischer, Wissenschaftsstaatssekretär des Landes Schleswig-Holstein, kommen am 22. November nach Glinde. Die Veranstaltung beginnt um 20.00 Uhr im Bürgerhaus (Markt 2).

Martin Habersaat, Vorsitzender von Tribüne e.V.: „Wir wollen einerseits einen Überblick geben über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der Wissenschaftspolitik. Warum kann man nur noch Bachelor- oder Masterstudiengänge belegen? Was brachte die Exzellenzinitiative? Warum gewinnt Deutschland keine Nobelpreise? Andererseits können wir auch einen Blick auf die Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein werfen und ganz grundsätzliche Fragen anreißen: Wie viel Wissenschaft brauchen wir? Wie können wir das bezahlen?“

Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt ist frei. Habersaat: „Das Konzept der Tribüne ist, in überschaubarer Runde mit kompetenten Gästen ins Gespräch zu kommen, Fragen zu stellen und Ideen zu entwickeln. Ich freue mich, dass es wieder losgeht.“ Martin Habersaat hatte den Vorsitz des Vereins 2011 in der Nachfolge von Alfred Schulz übernommen, der diesen seit Gründung des Vereins bis zu seinem Tod 44 Jahre lang innehatte. Für die erste Veranstaltung suchte er sich inhaltlich ein „Heimspiel“, ist er doch bildungs- und hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Zur GWK

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben 2007 die Einrichtung der GWK beschlossen. Der Sitz ihres Büros ist in Bonn. Mitglieder sind die für Wissenschaft und Forschung sowie für Finanzen zuständigen Ministerinnen und Minister und Senatorinnen und Senatoren des Bundes und der Länder. Die GWK behandelt alle Bund und Länder gemeinsam berührenden Fragen der Forschungsförderung und des Wissenschaftssystems. Verfolgt wird das Ziel, die Leistungsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Deutschland im internationalen Wettbewerb zu steigern.



Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.11.2012, 19:24 Uhr - 5455 Clicks - Nr. 564

Offener Brief an den Hauptausschussvorsitzenden Wulf

Offener Brief

zum Artikel „ Gutachter: Jugendamt hat keine Schuld am ‚Fall Bussardweg‘ „ in der Segeberger Zeitung vom 19. Oktober 2012

Sehr geehrter Herr Wulf !

Mit Empörung habe ich heute Ihre Äußerung im o.g. Zeitungsartikel zur Kenntnis genommen.

Wie kann es möglich sein, dass der Vorsitzende des Hauptausschusses , der gemeinsam mit den übrigen Hauptausschussmitgliedern das Gutachten bei Prof. Wolff in Auftrag gegeben hat (einstimmiger Beschluss !!), jetzt der Landrätin unterstellt, sie habe das Gutachten „gekauft“ ?!

„Derjenige, der bezahlt, bekommt halt das, was er hören möchte.“ , verlauten Sie gegenüber der Presse. Diese Aussage lässt nur den Schluss zu, dass Sie gern ein anderes Untersuchungsergebnis gehabt hätten. Ihnen ging es nicht wirklich um Aufklärung, Sie haben eine Möglichkeit gesehen, der Verwaltung, sprich der Landrätin, fehlerhaftes Verhalten nachzuweisen. Diese Hoffnung ist nun mit der Eröffnung des Gutachtens zerschlagen worden.

Statt zufrieden zu sein, dass wir eine Verwaltung haben, die auch in schwierigen Situationen angemessen reagiert, unterstellen Sie Manipulation.

Sie sind allzeit bemüht, Ihre Verantwortung als Vorsitzender des Hauptausschusses zu demonstrieren, dann handeln Sie auch danach und werden Ihrer Aufgabe gerecht.

Ich fordere Sie auf, sich bei der Landrätin und damit der gesamten Verwaltung für Ihre verunglimpfenden Aussagen öffentlich zu entschuldigen.

Edda Lessing
Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.11.2012, 19:29 Uhr - 5624 Clicks
- Nr. 565

CDU verhindert Weitergabe von Informationen zum „Kinderschutzfall“

Während der letzten Kreistagssitzung stimmte die CDU gegen die Aufnahme eines zusätzlichen Punktes auf die Tagesordnung und verhinderte damit die Weitergabe von wichtigen Details:

Die SPD hatte beantragt, einen Bericht der Landrätin zur aktuellen Situation im „Kinderschutzfall“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Es hatten sich nämlich im vorangegangenen Hauptausschuss einige neue Aspekte ergeben, die außer den Hauptausschussmitgliedern den übrigen Kreistagsabgeordneten und den Besuchern nicht bekannt waren.

Daran hatte die CDU offensichtlich kein Interesse und verhinderte somit, dass alle Beteiligten und die Öffentlichkeit auf den gleichen Informationsstand gebracht werden. „Dass, was sie der Landrätin in der Vergangenheit vorgeworfen hatten, nämlich mangelnde Transparenz und das Zurückhalten von Informationen, das praktiziert die CDU nun selbst.“, so Edda Lessing, Vorsitzende des SPD-Kreistagsfraktion.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 12.11.2012, 07:50 Uhr - 10780 Clicks - Nr. 566

Birgit Malecha-Nissen zur Bundestagskandidatin gewählt

Birgit Malecha-Nissen zur Bundestagskandidatin gewählt

Am Freitag, den 09.11.2012 fand in Schellhorn die Wahlkreisdelegiertenkonferenz der SPD für den Wahlkreis Plön/Neumünster statt. Insgesamt 117 Genossinnen und Genossen aus dem Kreis Plön, Neumünster und Boostedt (Kreis Segeberg) waren ins Gildehaus gekommen, um den SPD-Bundestagskandidaten für den Wahlkreis zu bestimmen.

Zur Wahl standen zwei Kandidaten. Zum einen Birgit Malecha-Nissen aus Passade. Sie war bereits 2009 Bundestagskandidatin der SPD und hat damals das Direktmandat nur knapp verpasst. Birgit arbeitet schon länger im Kreistag mit und ist Ortsvereinsvorsitzende in

Probsteierhagen. Außerdem war sie zwei Jahre Mitglied im Landesvorstand und mehrere Jahre im Kreisvorstand. Ihr politisches Spezialgebiet ist die Energiepolitik. Ihr Kontrahent war Dietmar Katzer aus Mönkeberg. Dort ist er Fraktionsvorsitzender in der Gemeindevertretung. Außerdem ist Dietmar seit 2011 Kassierer der Kreis-SPD. Sein Spezialgebiet ist die Sozialpolitik. Ein dritter Kandidat aus Neumünster hatte seine Kandidatur dagegen zurückgezogen.

Beide Kandidaten haben sich in den letzten Wochen in Vorstellungsrunden den Ortsvereinen, also der Basis präsentiert. Ein Favorit kristallisierte sich in diesen Runden



allerdings nicht heraus, da man beiden zutraute den CDU-Kandidaten Murrmann zu besiegen und somit das Direktmandat für die SPD zu holen. So wurde der 09.11. zum erwarteten spannenden Abend. Im ersten Wahlgang war die absolute Mehrheit, also 59 Stimmen notwendig. Am Ende hieß es denkbar knapp 60:56 für Birgit Malecha-Nissen, ein wahrer Krimi. Herzlichen Glückwunsch, Birgit! Jetzt heißt es gemeinsam kämpfen und das Direktmandat holen!

Jonas Cornelsen (Kreisvorstand)

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 12.11.2012, 08:19 Uhr:

RE: Birgit Malecha-Nissen zur Bundestagskandidatin gewählt

Ich möchte zur Nominierung gratulieren und wünsche viel Erfolg!

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 12.11.2012, 10:41 Uhr - 27853 Clicks - Nr. 567

SPD-Kreisverband Segeberg: Politik im Dialog

Die Kreis-SPD hatte zum ersten Mal zu einem Bürgerdialog eingeladen, um mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden sowie Mitgliedern über kommunalpolitisch bedeutende Themen zu diskutieren und Anregungen der Teilnehmer aufzugreifen. Kreisvorsitzender Andreas Beran begrüßte die Teilnehmer im Henstedt-Ulzheimer Wiking-Hotel und sprach seine Freude darüber aus, dass verschiedene Institutionen den Weg gefunden hatten, um das Gespräch mit den Segeberger Sozialdemokraten zu suchen.



Ziel der Veranstaltung war es, gemeinsam mit Nicht-Parteimitgliedern für die nächsten 5 Jahre politische Ziele des Kreises Segeberg zu entwickeln.

Vertreterinnen und Vertreter der Kreismusikschule, des Landesseniorenbeirats und des Kreissportverbandes formulierten ebenso wie die Henstedt-Ulzheimer Gleichstellungsbeauftragte Annegret Horn, die SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Edda Lessing und Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies, Forderungen zu den vorgeschlagenen Themenfeldern (Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze, familienfreundlicher Kreis Segeberg, soziale Sicherheit, Gesundheitsstandort Kreis Segeberg).

Zahlreiche weitere Themen wurden in den moderierten Arbeitsgruppen angesprochen - als Schwerpunktthemen entwickelten sich aber eindeutig die Familienpolitik im Kreis Segeberg und die Kindeswohlförderung, aber auch die Forderung nach einer landesweiten, einkommensabhängigen Sozialstaffel und die Schaffung preiswerten Wohnraumes prägten die Diskussion. Eine mögliche weitere Folge des politischen Dialogs könnte die Aufstockung der Fördermittel für Sport und Musik sein.

Pressesprecher Horst Ostwald erläuterte das weitere Verfahren, wonach sich Mitglieder des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion mit den protokollierten Anregungen der Dialogteilnehmer befassen werden. „Vieles davon wird sich in unseren Wahlaussagen für den Kreis Segeberg wiederfinden,“ vermutete Beran.

Keine Kommentare

Neues Personal, verlässliche Politik - SPD überträgt Kreisparteitag im Internet

Auf einem ordentlichen Kreisparteitag in Trappenkamp wird sich der SPD-Kreisverband Segeberg personell neu orientieren.

Andreas Beran aus Kaltenkirchen wird sich nach 10 Jahren nicht wieder um das Amt des Kreisvorsitzenden bewerben. Bis heute gibt es eine Bewerbung um das Amt des Chefs bei den Segeberger Sozialdemokraten: Stefan Weber, Bürgermeister aus Sievershütten, möchte das Amt übernehmen. Auch andere Positionen im Kreisvorstand stehen vor einer neuen Besetzung.

Das neugewählte Gremium soll sich zukünftig in einer Mischung aus Jung und Alt des Kreisverbandes annehmen – erste Aufgabe wird die Vorbereitung der Kommunalwahl 2013 sein.

Neben der personellen Umstrukturierung kommt die Politik auf dem Parteitag nicht zu kurz. Die Delegierten werden sich mit Anträgen befassen müssen, die sich mit einer breiten Palette des politischen Alltags und seiner Problemstellungen beschäftigen.

Die Transparenzregelung bei Parlamentarier-Nebeneinkünften spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Zukunft des Schienenpersonennahverkehrs und der AKN oder Europa und seine Finanzen. Die Jungsozialisten haben einen Antrag zur Gestaltung des energetischen Wandels eingebracht.

Der Parteitag findet statt am Samstag, den 17. November um 10 Uhr im Bürgerhaus Trappenkamp, Am Markt 3.

Gäste sind herzlich willkommen, die SPD bittet um Anmeldung unter +49 40 5235202. Wer keine Zeit hat, den Parteitag zu besuchen, kann sich einer technischen Neuerung bedienen: Der SPD-Kreisverband überträgt die Veranstaltung live im Internet. Näheres dazu erfahren Interessenten unter www.spd-segeberg.de [SPD Segeberg](#)

Keine Kommentare

Engagement gegen Rechtsextremismus: Projektsterben 2014 verhindern

Die Schwierigkeiten von Bundesministerin Schröder mit dem Thema Kampf gegen Rechtsextremismus sind nicht neu. Wir erinnern uns: Erst wurden aus ideologischen Gründen die Themen Islamismus und Linksextremismus mit dem Thema Rechtsextremismus auf eine Stufe gestellt. Dann setzte das Schröder-Ministerium die engagierten Initiativen mit einer Verfassungstreuerklärung generell unter Extremismusverdacht.



Und schließlich scheiterte die Ministerin vor einem Jahr mit dem Versuch, die Mittel der Programme gegen Rechtsextremismus um 2 Mio. Euro zu kürzen. Wer nun denkt, dass Bundesministerin Schröder hieraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen hätte, hat sich leider geirrt. Ende 2013 soll alles noch viel schlimmer werden.

Der Titel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ im Etat des Bundesfamilienministeriums ist der wichtigste Ausgabetitel des Bundes zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten zur Extremismusprävention, vor allem gegen Rechtsextremismus. Hierfür sollen in 2013, wie in den vergangenen Jahren auch, insgesamt 29 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Völlig offen ist allerdings, wie es nach der Bundestagswahl weitergehen soll. Ja schlimmer noch: Frau Schröder gibt den Projekten

keinerlei Perspektive für 2014 und hat jede Anschlussfinanzierung bei den Haushaltsberatungen unterbunden. Sie verfährt ganz offensichtlich nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“. Wenn die Koalition in der nächsten Woche nicht noch das Ruder herumreißt, wird es im Frühjahr 2014 deshalb ein großes Projektsterben geben.

Bei den Haushaltsberatungen der vergangenen Wochen ging es im Schröder-Etat insbesondere um die bruchlose Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus nach der Bundestagswahl im Haushaltsjahr 2014. Das ist wichtig, weil die Förderprogramme gegen Rechtsextremismus Ende 2013 auslaufen und wegen der Bundestagswahl mit der Verabschiedung des Folgehaushalts erst im Frühjahr 2014 zu rechnen ist. Wer eine bruchlose Fortsetzung der Projekte gegen Rechtsextremismus will, muss deshalb entsprechende Ermächtigungen für eine künftige Bewilligung (Verpflichtungsermächtigung) in den Bundeshaushalt 2013 aufnehmen. Genau dies hat Bundesministerin Schröder jedoch bis heute verhindert. Wird der Etat des Bundesfamilienministeriums in der nächsten Woche nicht noch einmal geändert, können Anfang 2014 lediglich 26 Prozent der Projekte fortgesetzt werden. Für 74 Prozent (22 Mio. Euro) des Gesamtbudgets besteht keinerlei Vorsorge für 2014. Damit stünden fast dreiviertel aller Projekte vor dem Aus.

Ein solcher Kahlschlag bei der Extremismusprävention muss in den abschließenden Haushaltsberatungen in der kommenden Woche verhindert werden. Vor fast einem Jahr beschloss der Deutsche Bundestag mit Zustimmung aller Fraktionen: „Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. ... Wir müssen gerade jetzt alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus engagieren. Wir werden prüfen, wo dem Hindernisse entgegenstehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre, die ermutigt, gegen politischen Extremismus und Gewalt das Wort zu erheben. Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.“ Wir erwarten, dass sich auch die Koalitionsfraktionen dieses Beschlusses erinnern. Wir fordern die Koalition auf, die fehlenden 22 Mio. Euro in der kommenden Woche in den Etat des Bundesfamilienministeriums aufzunehmen.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 14.11.2012, 00:08 Uhr - 5027 Clicks - Nr. 570

„Reformprozess der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung aussetzen“

„Reformprozess der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung aussetzen“

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist für viele von uns eine zweite Heimat geworden.

Seit mehreren Jahren findet ein sogenannter Reformprozess statt, der angefangen hat, diese Heimat den Beschäftigten zu nehmen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier eine Reform mit der Brechstange und ohne Plan von oben durchgeführt werden soll. Beschäftigte und auch Personalräte erfahren von geplanten Standortauflösungen aus den Medien. Die Menschen in der WSV werden mit Ihren Sorgen alleine gelassen.

„Was wird aus meinem Arbeitsplatz morgen, in 5, in 10 oder in 20 Jahren?“

" Muss ich meine Heimatstadt für einen Arbeitsplatz in der WSV verlassen?"

„Behalte ich meine Entgeltgruppe oder Besoldungsgruppe, wenn Arbeit zentralisiert und neu verteilt wird?“ und.....

Diese und viele andere Fragen bewegen die Beschäftigten.

Mit dem bisherigen Weg des Bundesverkehrsministers bei der Reform ist viel Vertrauen verloren gegangen und Porzellan zerschlagen worden.

Dieses ist unerträglich.

Bereits heute werden Fakten für eine neue, aber keinesfalls bessere WSV geschaffen:

- ausscheidendes Personal wird an bestimmten Standorten bzw. mit bestimmten Aufgaben nicht nachbesetzt,
- mit einem langem bürokratischen Verfahren werden dringende Stellenbesetzungen ausgesessen,
- bisherige Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung werden weiter privatisiert,
- notwendige Erhaltungsinvestitionen für die Bundeswasserstraßen werden vertagt,
- überfällige Investitionsentscheidungen unterbleiben und
- die Nutzerinnen und Nutzer der Wasserstraßen werden weiter durch eine „Gebühren-Debatte“ verunsichert.

Wir treten für eine Reform ein, die die MitarbeiterINNEN nicht nur informiert sondern beteiligt!

Wir treten für eine Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ein, in der alle Beschäftigten ihren Platz haben!

Wir treten für eine Reform ein, die die berechtigten Interessen alle NutzerINNEN an den Bundeswasserstraßen berücksichtigt!

Der jetzige Weg von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer tut dieses nicht! Deshalb: Beteiligt Euch an der Petition 36175 --- Reformprozess der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung aussetzen.

Dieses ist noch bis zum 22.11.2012 möglich !!

Unterzeichnungen sind zu richten an: post.pet@bundestag.de mit dem Stichwort: Petition 36175

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 14.11.2012, 00:12 Uhr - 5573 Clicks - Nr. 571

Staatssekretärin Anette Langner beim AfA-Landesvorstand

Dialog zwischen AfA-Landesverband und Landesregierung

In der Reihe „die AfA spricht mit Vertretern der neuen Landesregierung“ war am 08.11.2012 Anette Langner vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung bei der Sitzung des AfA Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden im Kieler Legienhof. Es ging unter anderem um die Pflegeversicherung, Menschen mit Behinderungen, den Ausbau der Kita-Plätze und den sozialen Dialog. Anette steht einem Ministerium als Staatssekretärin vor mit rund 300 Beschäftigten und einem Haushalt von 1,2 Mrd. €, von dem aber durch gesetzliche Verpflichtungen ca. 90 % gebundene Mittel sind. Dennoch so Langner gibt es wichtige Handlungsräume beispielsweise durch „unsere Entscheidung inhaltliche Vorgaben bei den zu verwendenden Mitteln zu geben, wie bei den familien- und bildungspolitischen Gestaltungsrahmen bei den Kita-Plätzen oder bei Rahmenrichtlinien für die Kommunen bei dem ‚Einsatz der Mittel für Menschen mit Behinderungen. Sie stellte dar das das vom Bundestag beschlossene Betreuungsgeld dazu führt das alleine in ihrem Ministerium dazu führen würde, dass 20 zusätzliche Stellen für die Administration und Kontrolle geschaffen werden müssten. Geldausgabe die Unsinnig ist und besser für den Ausbau der Kita-Plätze verwendet werden sollte. Auf den notwendigen DIALOG der Landesregierung mit den sozialen Verbänden angesprochen, wies sie auf die schon eingerichteten Dialog-Runden mit den Kommunen und Spitzenverbänden hin versprach aber auch die Gewerkschaften in diese Runden mit einzubeziehen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 14.11.2012, 10:49 Uhr - 14467 Clicks - Nr. 572

Norderstedter Schülerinnen und Schülern besuchen Franz Thönnies in Berlin

85 Schülerinnen und Schüler des Lessing-Gymnasiums Norderstedt erhielten am 7. November 2012 einen Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestages. Auf Einladung des SPD-Abgeordneten Franz Thönnies verfolgten sie auf der Besuchertribüne des Parlaments einen Vortrag über die Arbeitsweise des Hauses und kamen im Anschluss daran zum Gespräch mit dem Bundespolitiker zusammen.



Von der Gelegenheit einen Parlamentarier eine Stunde direkt befragen zu können, machten die Schülerinnen und Schüler regen Gebrauch. Besonders interessierte sie der Arbeitsalltag eines Abgeordneten, der parteiübergreifende, persönliche Umgang miteinander in Berlin und welche konkreten Projekte Thönnies aktuell bearbeitet. Auch die Position der SPD in der Rentenpolitik oder die aktuellen Entwicklungen in China und der Ukraine wurden angesprochen und vom SPD-Außenpolitiker beantwortet.

Nach einer lebendigen Diskussion gab Thönnies den Jugendlichen noch zwei Anregungen mit auf den Weg: „Durch die demografische Entwicklung stehen Ihnen viele Möglichkeiten offen. Legen Sie einen guten Abschluss in der Schule hin, seien Sie mindestens in einer Fremdsprache fit. Und wenn Sie Ihre Interessen in der Politik wiederfinden wollen, denken Sie mal drüber nach, vielleicht bei einer der Jugendorganisationen der demokratischen Parteien vorbeizuschauen. Wir alle brauchen jungen politischen Nachwuchs, der sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligt.“

Anschließend besichtigte die Gruppe die Kuppel des Reichstagsgebäudes.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 15.11.2012, 11:42 Uhr - 28128 Clicks - Nr. 573

MdB Sönke Rix beim Live-Chat „Kinderrechte ins Grundgesetz“

Am Dienstag, den 20. November 2012, von 17 bis 18 Uhr chatten Abgeordnete aller Fraktionen zum Thema „Kinderrechte ins Grundgesetz“ auf dem Jugendportal des Bundestages www.mitmischen.de. Für die SPD-Bundestagsfraktion stellt sich der stellvertretende familienpolitische Sprecher Sönke Rix den Fragen der Teilnehmer.



Die SPD-Bundestagsfraktion fordert seit langem, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, so auch in ihren Anträgen aus der aktuellen Legislaturperiode "Kinderschutz wirksam verbessern: Prävention im Kinderschutz optimieren" und "Kinderrechte in Deutschland umfassend stärken". Sönke Rix dazu: "Wir versprechen uns davon, dass Kinderrechte endlich den Stellenwert in Gesellschaft und vor allem auch in der Gesetzgebung bekommen, der ihnen zusteht. Dazu gehört auch ein Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung sowie die Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen".

Dabei ist dem Abgeordneten klar: Kinderschutz gelingt nicht zum Nulltarif. Kontinuität im Bereich des Kinderschutzes sei besonders wichtig. Deshalb müsse der Staat - soll er handlungsfähig sein - ausreichend finanziell ausgestattet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert außerdem, dass die Bundesregierung die Stärkung der Kinderrechte ganz oben auf ihre Agenda setzt. Bestehende Gesetze müssten regelmäßig überprüft werden, inwieweit sie mit dem Vorrang des Kindeswohls in Einklang stehen. Notwendig sei auch eine Stärkung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen. Eine Ombudschaft in der Jugendhilfe könne außerdem ein sinnvoller Schritt sein.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 15.11.2012, 17:33 Uhr - 13526 Clicks - Nr. 574

Henstedt-Ulzburger gewann Aufenthalt in Berlin bei „Du und deine Welt“

Besuch im Deutschen Bundestag

Sehr erfreut war Norbert Bläser aus Henstedt-Ulzburg, als er vom Deutschen Bundestag erfuhr, dass er beim Preisausschreiben der Messe „Du und deine Welt“ 2011 in Hamburg einen 2 ½ tägigen Aufenthalt in der Hauptstadt gewonnen hatte. Nun war es soweit. Zusammen mit einer Gruppe von anderen glücklichen Preisträgern nahm er vom 7. bis zum 9. November 2012 an einem umfangreichen Besuchs- und Informationsprogramm teil.



Dazu gehörten Erläuterungen zur Arbeits- und Funktionsweise des Deutschen Bundestages, der Besuch der Ausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte – Wege, Irrwege, Umwege“, die Teilnahme an einer Plenarsitzung, eine Stadtrundfahrt sowie eine Diskussionsrunde mit Parlamentariern.

Der 56-jährige Henstedt-Ulzburger, der in den Ahrensburger Werkstätten im Kreis Stormarn beschäftigt ist, traf hier auch mit seinem Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies zusammen, der sich ebenfalls den Fragen der gesamten Besuchergruppe stellte. „Ich habe mich sehr gefreut, dass auch ein Bürger aus meinem Wahlkreis zu den Gewinnern gehört und wir die Gelegenheit zu einem Treffen hatten“, so der SPD-Politiker.

Norbert Bläser zeigte sich „restlos begeistert“ von dem Eindruck, den er durch das interessante Programm gewonnen hat. „Man hat ja eigentlich nur eine vage Vorstellung durch Zeitung und Fernsehen vom Berliner Geschehen. Das reicht aber nicht. Nun habe ich ein viel besseres Bild vom Deutschen Bundestag, wenn man gesehen hat, wie intensiv die Entscheidungen in Sitzungen, Ausschüssen und Diskussionsrunden vorbereitet werden.“, so Bläser.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.11.2012, 19:07 Uhr - 9124 Clicks - Nr. 575

Zumutungen für UKSH-Beschäftigte müssen ein Ende haben!

Landtagsrede vom 15. November 2012 zur Neuordnung der Universitätsmedizin

Das Ziel ist eine schwarze Null. Leider geht es nicht um Vertreter der Opposition, sondern um ein komplexes Thema, das den Landtag eine Weile beschäftigt und wohl auch noch beschäftigen wird.

Im nächsten Jahr feiert das UKSH sein 10jähriges Bestehen. Vieles wurde erreicht, Vieles liegt noch vor uns.

Leider wurde besagte schwarze Null im letzten Jahr nicht erreicht, liegen die Gesamtschulden inzwischen bei rund 140 Millionen Euro. Der Investitionsstau kommt noch hinzu. Für das schlechte Bilanzjahr 2011 mag es auch saisonale Gründe wie die EHEC-Epidemie geben, allerdings sollte das gesamte Gesundheitswesen grundsätzlich auf derartige Ereignisse eingestellt sein.

Noch immer zahlen die Krankenkassen für eine Blinddarmoperation in Bayern mehr als in Schleswig-Holstein. Leider lässt sich diese Basisfallwert-Ungerechtigkeit nicht im Alleingang lösen; alle im Saal sind sich einig, dass wir an diesem dicken Brett gemeinsam weiter bohren.

Die Möglichkeiten zu Einsparungen sind erschöpft. Die Zumutungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UKSH müssen ein Ende haben. Diese haben zur Stabilisierung des Unternehmens beigetragen. Die Klinikärzte haben erst kürzlich darauf hingewiesen, dass die Arbeitsverdichtung ein nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht hat.

Die im Februar 2012 erreichte Einigung zwischen den beiden Universitäten und dem Vorstand des Universitätsklinikums über eine strukturelle Neuordnung entspricht den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Es wäre aber eine Illusion anzunehmen, dass solche Veränderungen der Organisation die Ausgaben in dem für eine Sanierung erforderlichen Maße senken oder die Einnahmen erhöhen.

Im Mittelpunkt des Jahres 2013 werden die Novellierungen des Schulgesetzes und des Hochschulgesetzes stehen, die wir mit dem breitesten Dialogverfahren vorbereiten, das es in unserem Land je gegeben hat. Hochschulkonferenzen, Anhörung des Ministeriums zum Referentenentwurf und Anhörung des Bildungsausschusses zum Kabinettsentwurf bieten denen, die an Hochschulen und Universitätsklinikum arbeiten oder studieren, nicht weniger als drei Gelegenheiten, ihren Standpunkt einzubringen.

Gleichzeitig hatte die Landesregierung ein Vergabeverfahren an einen privaten Investor im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft eingeleitet, das den riesigen Sanierungsstau an beiden Standorten beseitigen soll. Wir unterstützen die Ministerin darin, dass wir in jedem Einzelfall prüfen müssen, welches Modell tatsächlich das günstigste ist. Der Kreditmarkt ist in Bewegung, und daher kann eine Lösung, die noch vor wenigen Jahren als richtig erschien, heute falsch sein.

Für die SPD gilt weiterhin, was wir in zurückliegenden Sitzungen des Landtages regelmäßig erklärt haben: Wir lehnen eine Vollprivatisierung des UKSH ab, weil es nicht nur unser größter Arbeitgeber, sondern vor allem der wichtigste Träger der medizinischen Maximalversorgung im Land ist.

Wir lehnen eine Sanierung auf dem Rücken der Beschäftigten ab, weil diese ihren Sanierungsbeitrag geleistet haben und weil ein Krankenhaus ohne ausreichende medizinische Betreuungskräfte seine Aufgaben nicht erfüllen kann.



Wir lehnen die Schließung eines der beiden Standorte des UKSH oder die Schließung einer der beteiligten Medizinischen Fakultäten an den Universitäten Kiel und Lübeck ab.

Und wir lehnen eine Defusionierung ab.

Das sind die Eckwerte der SPD-Landtagsfraktion. Darüber hinaus sind wir bereit, jeden Vorschlag offen zu prüfen, der der Bestandssicherung und der Sanierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein dient. Wir sehen es positiv, dass die Präsidien von CAU, Uni Lübeck und der UKSH-Vorstand gemeinsame Vorschläge entwickeln. Wir glauben, dass der neue UKSH-Aufsichtsratschef mit seiner besonnenen und tatkräftigen Art helfen wird.

Den Bericht der Frau Ministerin sollten wir im Bildungsausschuss weiter beraten; dort, im Finanz- und ggf. auch im Sozialausschuss, werden wir auch künftig regelmäßig den Sanierungsprozess des UKSH begleiten.

Zuletzt: Es wird dem UKSH nicht gerecht, immer nur als Problemfall betrachtet zu werden. Es gibt auch Erfolge – in Forschung und Lehre ebenso wie in der Krankenversorgung. Wenn auch nur kurz erwähnt, so will ich doch meinen Beitrag mit diesem Hinweis schließen!

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 16.11.2012, 12:29 Uhr - 9216 Clicks - Nr. 576

Herzlichen Glückwunsch Ingrid Rusch!

Herzlichen Glückwunsch Ingrid Rusch!

Innenminister Andreas Breitner hat die Kreistagsabgeordnete Ingrid Rusch für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik mit der Freiherr-vom-Stein-Verdienstnadel ausgezeichnet. „Die freiwillige Arbeit für das Gemeinwohl vor Ort ist Ausdruck gelebter Demokratie“, sagte Breitner während einer Feierstunde.

Ingrid Rusch ist seit November 1990 Mitglied des Kreistages des Kreises Plön. Im Jahre 2003 wurde sie zur Vorsitzenden des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport des Plöner Kreistages gewählt. Das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden dieses Ausschusses hatte sie zuvor über fast acht Jahre inne.

Als Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport hat sie maßgeblich dazu beigetragen, die Kreismusikschule im Kreis Plön zu erhalten. Weiterhin gilt ihr besonderes Augenmerk den Schulen des Kreises. Ihr Ansinnen ist es, den Schülerinnen und Schülern sowie den Kollegien der Schulen die besten Voraussetzungen für ein optimales Lernen zu gewähren. Auch hat sich Ingrid Rusch in ganz besonderer Weise für den Erhalt des Kreismuseums in Plön engagiert. Es war ihr eine Herzensangelegenheit, dieses Museum zu erhalten.

Ihr ganz besonderes Interesse gilt den Schulen des Kreises. Sie hat entscheidend mit dazu beigetragen, dass die Aula des Friedrich-Schiller-Gymnasiums in Preetz gebaut wurde. Auch den Neubau der Fachschule/Berufsfachschule für Sozialpädagogik in Preetz hat sie mit forciert.



Das trifft auch für die Sporthalle und die Musikräume sowie den Bau der Cafeteria und den Umbau der Gymnastikhalle zur Aula in Plön zu. In diesem Jahr wird nach umfassender energetischer Sanierung das berufliche Gymnasium in Preetz eingeweiht und der Neubau der Mensa am Schulzentrum in Lütjenburg steht kurz vor der Vollendung und offiziellen Einweihung.

Die gemeinsam mit der Stadt Preetz errichtete Mensa, an der die Schülerinnen und Schüler des kreiseigenen Friedrich-Schiller-Gymnasiums und der städtischen Gemeinschaftsschule gemeinsam ihr Mittagessen einnehmen, ist ein weiterer Glanzpunkt, insbesondere auch durch die Kunst am Bau, denn mit den Künstlern, die Kunst am Bau an den durch das Land geförderten Baumaßnahmen an unseren kreiseigenen Schulen verwirklicht haben, konnten wichtige ideenreiche Akzente gesetzt werden und die Kunst wurde in beispielhafter Weise in die Schule integriert.

Ihr großes Interesse gilt dem Schlossparkstadion in Plön. Ende letzten Jahres konnte mit dessen Eigentümern und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz nach schwierigen Verhandlungen eine Verlängerung der Pacht vereinbart werden. Als Gegenleistung wird die Anlage denkmalgerecht umgestaltet. Damit ist der Schulsport nach langer Diskussion am Gymnasium Schloss Plön langfristig gesichert.

Die SPD im Kreis Plön gratuliert Ingrid Rusch herzlich und wünscht ihr weiterhin viel Schaffenskraft und Erfolg!

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 16.11.2012, 13:56 Uhr - 28926 Clicks - Nr. 577

Den Kampf gegen Rechtsextremismus müssen wir alle führen!

Ein volles Haus bescherte die Einladung zur Diskussionsveranstaltung „Rechtsterrorismus in Deutschland“, zu der die Bundestagsabgeordneten Sönke Rix und Dr. Eva Högl (Berlin) eingeladen hatten. Rix und Högl sind Mitglieder im Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe NSU“ und konnten den über 50 Gästen aus erster Hand einen teils bestürzenden Sachstandsbericht zu den Fehlern und Versäumnissen geben, die sich bei der Aufklärungsarbeit rund um die Morde der Terrorgruppe ereigneten.



„Bei unseren Befragungen habe ich den Eindruck gewonnen, dass viele Behörden bis in die Chefetage hinauf nicht erkennen, dass sie Fehler begangen haben – vom Einräumen der Fehler will ich gar nicht reden“, erklärte Eva Högl, die auch Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss ist. Serpil Midyatli, MdL, konnte bestätigen, dass das Versagen bei der Aufklärung der Morde insbesondere bei Menschen mit Migrationshintergrund einen verheerenden Vertrauensverlust in die Sicherheitsbehörden zur Folge hat.

Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu-Antonio-Stiftung, und Merle Stöver von der Netzwerkstelle Antifa der Jusos Schleswig-Holstein konnten in der Diskussion verstörende Beispiele von alltäglichem Rassismus beisteuern. „Was bedeutet das für uns in Eckernförde?“, lautet die abschließend aus dem Publikum gestellte Frage. „Mölln liegt

nicht im Osten“ erklärte Sönke Rix in Anspielung auf den 20. Jahrestag der Brandanschläge in Mölln, „und das Hakenkreuz auf der Motorhaube meines Wagens habe ich in Eckernförde bekommen.“ Für Wachsamkeit, Entschlossenheit und vor allem eine präventive Politik vor Ort können und müssen alle sorgen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 16.11.2012, 15:03 Uhr - 13030 Clicks - Nr. 578

Sockelarbeitslosigkeit im Kreis Segeberg reduzieren

Thönnies: Sozialer Arbeitsmarkt gibt Langzeitarbeitslosen echte Perspektiven

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Antrag „Sozialen Arbeitsmarkt dauerhaft über Passiv-Aktiv-Transfer ermöglichen – Teilhabe für alle durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.



„Mit dieser Initiative wollen wir Menschen, die lange Zeit keine Beschäftigung gefunden haben, wieder neue Perspektiven und Teilhabechancen geben. Denn Arbeit dient nicht nur dem Broterwerb, sondern gibt Selbstachtung und sorgt für gesellschaftliche Teilhabe. Genau hier setzt unser Vorschlag an“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Dank der von den ehemaligen SPD-Bundesministern Olaf Scholz und Peer Steinbrück initiierten Konjunkturprogramme sowie des Kurzarbeitergeldes, ist Deutschland gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise herausgekommen. Die aktuell niedrigen Arbeitslosenzahlen sind Lohn dieses Engagements. Doch darauf darf man sich nicht ausruhen. Statt, wie Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, die Hände in den Schoß zu legen gilt es jetzt auch denen zu helfen, die schwer vermittelbar sind und von der guten Situation am Arbeitsmarkt bisher nicht profitiert haben.

Die SPD will Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, indem bisher passive Leistungen - wie das Arbeitslosengeld II und die Kosten für Unterkunft - in aktive Unterstützung umgewandelt werden. Arbeitgeber, die Menschen einstellen die lange Zeit wegen Krankheit oder fehlenden Qualifikationen arbeitslos waren, bekommen dann bis zu 75 % der Lohnkosten als Zuschuss. Der Lohn muss dabei tariflich bzw. ortsüblich sein. Flankiert wird dies durch sozialpädagogische Begleitung.

„Auch im Kreis Segeberg gibt es dringenden Handlungsbedarf. Mit 3500 Menschen haben wir auch hier einen festen Kern von Langzeitarbeitslosen, denen wir endlich die Chance auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geben müssen. Meine Fraktion hat hierzu einen Vorschlag gemacht. Jetzt liegt es an CDU/CSU und FDP zu handeln“ so Thönnies.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 17.11.2012, 14:25 Uhr - 25248 Clicks - Nr. 579

Kandidatenkür in Rendsburg: 100 Prozent für Sönke Rix!

Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix wurde von seiner Partei bei einer Wahlkreis-Konferenz in geheimer Wahl mit 95 abgegebenen Stimmen einstimmig zum Direktkandidaten im Wahlkreis 04 Rendsburg-Eckernförde für die

Bundestagswahl 2013 gewählt.

Rix bedankte sich für dieses außergewöhnliche Ergebnis und wertete es „als Auftrag... und als Zeichen großer Geschlossenheit in der SPD. Rix hatte in seiner Bewerbungsrede herausgestellt: „Es gibt praktisch kein Thema, bei dem die Koalition nicht Streithähne mit unterschiedlichen Auffassungen auf der Bühne hat“, Das Ziel sei es, diese Chaos-Koalition abzulösen und mit den Grünen eine Regierung zu bilden, die diese Bezeichnung auch verdient.

Er wolle sich in Berlin weiter um den Krippenplatzbau, um eine Kindergrundsicherung und um eine gerechte Familienpolitik einsetzen. „Das sind Themen, die in der Regionalpresse nicht so viel Niederschlag finden, die am Ende aber den meisten Menschen zu Gute kommen.“ Für diese wolle er weiter Politik machen. Weiterer Schwerpunkt blieben der Kampf gegen den Rechtsextremismus und die Kinder- und Jugendpolitik. In der Aussprache wurde die Kandidatur bereits mit Lob für das Engagement vor Ort und den persönlichen Einsatz in Berlin unterstützt. 100 Prozent Zustimmung quittierten die Delegierten dann aber doch mit anhaltendem stehenden Beifall.

Sönke Rix ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags. Er arbeitet dort im Ausschuss für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Seit Anfang des Jahres ist Rix auch Mitglied im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“.

Auf dem anschließenden Kreisparteitag in Rendsburg diskutierten die Kreis-SPD Kernaussagen für das Kreiswahlprogramm 2013 bis 2018.

Um die Lebensqualität im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu erhalten, will die SPD in Rendsburg-Eckernförde mit einem „Masterplan“ eine umfassende Analyse und ein breites Handlungskonzept für den Kreis aufstellen - Hauptziel: Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Pflege angesichts der demographischen Entwicklungen langfristig sicherstellen.. Die Sozialdemokraten setzen außerdem auf den Erhalt der sozialen Angebote und Hilfen und die Stärkung von Bürgerengagement im Kreis für eine tolerante und solidarische Gesellschaft.

Im Bereich der Mobilität will die SPD mehr Menschen dazu bewegen vom Auto auf Bus und Bahn umzusteigen. Dazu müsse es aber ein gutes Angebot mit hoher Qualität geben. Ziel ist ein integrierter Taktplan für den Kreis. Die SPD schlägt darüber hinaus einen kreisweiten ÖPNV-Beirat vor als Interessenvertretung und Ansprechpartner für alle Fragen des ÖPNV.

Nur Bildung garantiere, dass kein Kind zurückgelassen werde. Der Kreis könne eine stärkere Moderations- und Vernetzungsrolle zwischen den unterschiedlichen Bildungsträgern einnehmen und auf diese Weise zum Gelingen beitragen.

„Wir setzen in unserem Kreiswahlprogramm Schwerpunkte bei den Themen Bildung, Lebensqualität und Mobilität. Sie sind das Herzstück unseres Programms. Und wir Sozialdemokraten haben dafür die Kompetenz“, erklärt der stellvertretende Kreisvorsitzende Götz Borchert.

Ihre ersten Ideen hatte die Kreis-SPD zuvor auf drei öffentlichen Diskussionsveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen und Verbänden diskutiert. Der Diskussionsprozess gehe aber weiter.

„Wir sind von den bisherigen Ergebnissen so begeistert, dass wir Anfang 2013 eine weitere Veranstaltung zum Dialog nutzen wollen, um erst dann einen Entwurf für das Kreiswahlprogramm für den Kreisparteitag am 2. März 2013 zu erarbeiten.“

Keine Kommentare

Günter Grotzeck zum Kreistagskandidaten für den WK 21 Probstei West gewählt

Günter Grotzeck zum Kreistagskandidaten der SPD für den WK 21 Probstei West gewählt

Auf der Versammlung am 12.11.2012 in Drea's Treff in Wendtorf wurde Günter Grotzeck einstimmig zum Direktkandidaten für den Wahlkreis 21 Probstei West von den anwesenden SPD-Genossinnen und Genossen aus den sechs dazu gehörenden Ortsvereinen Wendtorf, Stein, Lutterbek, Brodersdorf, Prasdorf, Probsteierhagen nominiert.



Günter Grotzeck wohnt in Stein und ist verheiratet, hat zwei Kinder und arbeitet beim Arbeitgeberservice der Agentur für Arbeit Ostholstein. In Stein ist er seit 1999 im SPD-Ortsvereinsvorstand und bekannt wurde er als Organisator des Bosselns in Stein und weiteren Orten in der Probstei. In seiner Vorstellungsrede ging Günter Grotzeck vor allem auf einige Themen ein, die er bereits als derzeitiges bürgerliches Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Kreistages mitgestaltet hat:

- Erneuerung des Fähranlegers Mönkeberg
- Entscheidung zum Neubau der Kreisfeuerwehrzentrale
- Voranbringen der Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Kiel unter Neuorientierung zur Kiel-Region
- Förderung erneuerbarer Energien, unter anderem Ausweisung von Windenergieflächen

Für die Zukunft ist es für ihn wichtig, dass eine gymnasiale Oberstufe in der Gemeinschaftsschule Schönberg eingerichtet wird. Er möchte sich ebenfalls für eine Optimierung des ÖPNV im ländlichen Bereich einsetzen.

Breitbandversorgung in der Probstei ist ebenfalls ein wichtiges Thema. "In der heutigen Zeit haben die neuen Medien einen wichtigen Stellenwert für die Zukunft auf dem Lande erworben - Betriebe, Bauern und Privatleute sind aufgeschmissen, wenn die Datenkapazität und Datenübertragungsgeschwindigkeit den heutigen Anforderungen nicht gerecht werden können. Schlimmstenfalls wandern die Betriebe ab und die Arbeitsplätze sind weg", so Günter Grotzeck. Zur Kommunalwahl am 26.Mai 2013 soll der Wahlkreis 21 Probstei West wieder in sozialdemokratische Hände gelangen, damit die SPD im Plöner Kreistag stärkste Fraktion wird.

Keine Kommentare

Innenstadt und Fachmarktzentrum sollen sich ergänzen

Bad Bramstedt. Die SPD Bad Bramstedt hat in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefordert, den Investor für das Fachmarktzentrum, die Quantum AG, beim Wort zu nehmen und in den städtebaulichen Rahmenvertrag Bestimmungen zum Schutz der Innenstadt aufzunehmen.

Der Sprecher der Quantum, Herr Hammer, hatte in denm Vorgesprächen angeboten, in den Vertrag eine Regelung aufzunehmen, dass Quantum keine Mieter anwerben werde, die schon jetzt mehr als z.B. 400 qm Verkaufsflächen der Innenstadt haben und damit ein sogenannter Frequenzbringer für die Innenstadt sind.

SPD-Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf: "Das ist vernünftig. Da wollen wir die

Quantum beim Wort nehmen und das schriftlich fixieren. Der SPD ist eine weiterhin lebendige Innenstadt wichtig und daher wollen wir alles tun, um das auch mit dem Fachmarktzentrum zu ermöglichen. Nur so kann das FMZ die gewünschte Ergänzung des Kaufangebotes in Bad Bramstedt werden."

Gleichzeitig weist die SPD auf eine Darstellung der FDP auf deren Homepage hin, die diesen Antrag falsch deutet. Bei der FDP heiße es, dass '... kein Innenstadtgeschft sich im Fachmarktzentrum ansiedeln darf, zum Beispiel auch kein Buchladen oder auch keine Apotheke.'

Diese Aussage sei, so Schadendorf, unzutreffend. Die Quantum habe angeboten, keine großen Mieter aus der Innenstadt abziehen. Dadurch sind weder Eigentümer von Geschäften betroffen noch kleine Geschäfte oder die angesprochene Apotheke. Allerdings sei es nach der gegenwärtigen Planung auch gar kein Ziel von Quantum, viele kleine Mieter haben zu wollen. Fachmarktzentrum heiße eben großflächige Verkaufsräume. von Apotheke, Buchladen oder ähnlichem mehr war bislang nicht die Rede.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.11.2012, 17:06 Uhr - 7605 Clicks - Nr. 582

Ehrlich währt am längsten

Landtagsrede zur Ausstattung mit Lehrkräften vom 16.11.2012

Ehrlich währt am längsten. Jetzt ist es raus: Es gibt eine Lücke zwischen der Zahl der Lehrkräfte, die der Haushaltsgeber – das sind übrigens wir! – zur Verfügung stellt, und den Aufgaben, die zu erfüllen sind. Und trotzdem erwarten wir viel von unseren Schulen.

Frau Ministerin, es ist mutig, das heute in dieser Deutlichkeit auszusprechen. Und es ist richtig, weil diese Aufrichtigkeit an den Schulen im Land honoriert werden wird. Ich danke Ihnen dafür!

Der diesjährige Jahresbericht zur Unterrichtsversorgung betrifft ein Schuljahr, für das die politische Gesamtverantwortung bei der CDU/FDP-Regierung lag. Er weist eine immerhin stabile Unterrichtsversorgung aus. Das können wir Ihnen ehrlich zugestehen.

Der Unterrichtsausfall ist über alle Schularten gerechnet leicht rückläufig. Aber ist er auch ehrlich erhoben? ber die methodischen Probleme werden wir nachher noch reden; das wird mein Kollege Kai Vogel übernehmen.

Die GEW hatte sich dankenswerterweise schon vor knapp zwei Jahren die Mühe gemacht nachzurechnen und kam auf die Zahl von 24.305 Lehrkräften, die für die erforderlichen Aufgaben benötigt würden (davon gut 20.100 für den lehrplanmäßigen Unterricht und gut 4.200 für sonstige Pflichtaufgaben), fand aber im Haushalt nur 22.817. Das ergab eine Versorgungslücke von 1.488.

Herr Dr. Klug hat als damaliger Minister diese Zahlen nicht bestätigt, aber in einer eigenen Aufrechnung – wir erinnern uns: kurz vor Ende der Regierung Carstensen wollte man dann doch einmal wissen, wie die Lage an den Schulen ist – eine Versorgungslücke von 628 Stellen eingeräumt, die erforderlich seien, um verschiedene Schwerpunktaufgaben zu erfüllen. Leider folgte daraus nichts. Obwohl,



ehrlicherweise doch: Es folgte immerhin ein Parteitagsbeschluss der FDP, der 300 Lehrerstellen mehr forderte.

Die Landesregierung hat sich nun vernünftigerweise mit der GEW zusammengesetzt – Dialog! – und die wechselseitigen Berechnungsverfahren überprüft. Dabei kam heraus: es gibt eine Lücke von 1.263 Lehrerstellen plus 350 Erziehern. Wir sind damit meines Wissens die erste Regierungskoalition, die auf rosa Tünche bei der Darstellung der Unterrichtsversorgung verzichtet.

Bleiben wir bei Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit: Was ist von einem Angebot über Gespräche zu einem Schulfrieden zu halten, zu dem die Kieler Nachrichten in ihrem Kommentar schreiben: „Aber, ach: Wenn das, was CDU-Chef Jost de Jager vorlegt, ein Friedensangebot sein soll, fragt man sich, wie bei ihm eine Kriegserklärung aussieht.“

Lassen Sie mich die Aufrichtigkeit des CDU-Vorsitzenden an einem Beispiel auf die Probe stellen. Im shz-Namensartikel heißt es: „Die jüngste Studie zu den Kompetenzen von Kindern nach vier Jahren Grundschule zeigt deutlich, dass es offenbar Anlass gibt, umfassend über die Qualität unserer Bildungsangebote nachzudenken. Denn die schleswig-holsteinischen Grundschul Kinder liegen im Ländervergleich beim Lesen und Rechnen nur im unteren Mittelfeld. Das zeigt: Das von der Landesregierung präferierte gemeinsame Lernen schafft allein für sich genommen noch keine höhere Bildungsqualität. In der Grundschule wird ja gemeinsam gelernt.“

Merken Sie es selbst? An allen Grundschulen in Deutschland wird gemeinsam gelernt, an den erstplatzierten genauso wie an den letztplatzierten. Über gemeinsames Lernen kann die Studie also gar nichts aussagen. Trotzdem wird sie hier für einen Ellenbogencheck gegen das gemeinsame Lernen missbraucht. Müssen wir da jetzt von fehlender Aufrichtigkeit ausgehen oder sollen wir jetzt aus moralischen Gründen hoffen, dass der CDU-Vorsitzende es einfach nicht besser wusste?

Die Bildungskonferenzen laufen und die CDU ist eingeladen, mitzumachen. Vielleicht führt das ja auch zu hilfreichen Erkenntnissen bei ihrer Suche nach sich selbst.

Auf die Suche machen müssen wir alle uns nach Möglichkeiten, die heute offengelegte Lücke zu schließen. Selbstverständlich sind wir nicht in der Lage, eben einmal schnell 1.263 zusätzliche Planstellen und 350 Erzieherstellen zu schaffen. Was wir leisten, ist, noch im laufenden Schuljahr 300 Lehrerstellen in den Schulen zu erhalten und im Laufe dieser Legislaturperiode etwa 750 Lehrerstellen an den Schulen zu lassen, die nach den Plänen der früheren Landesregierung als demographische Rendite gestrichen worden wären. Darüber hinaus werden 264 Stellen nicht in Form von Planstellen, sondern in finanziellen Mitteln an den Schulen bleiben.

Im nächsten Jahr wird die SPD 150 Jahre alt. Ferdinand Lassalle hat 1863 gesagt: „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen, was ist, und beginnt damit.“ Das ist heute geschehen. Vielen Dank.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.11.2012, 18:39 Uhr - 5815 Clicks - Nr. 583

Für Arbeit und Solidarität - Nein zur sozialen Spaltung Europas

Der AfA Bundesvorstand hat am 13. November folgenden Beschluss gefasst:

Die AfA solidarisiert sich mit den Protesten der Europäischen Gewerkschaften gegen die Kürzungspolitik und den Abbau von Arbeitnehmerrechten in Europa.

Das Brüsseler Spardiktat hat Südeuropa in eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise gestürzt. Die drakonischen Kürzungen bei Staatsausgaben und Löhnen haben das Wachstum abgewürgt und einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit verursacht. In Spanien und Griechenland hat heute jeder Vierte keine Arbeit. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 50 Prozent. Trotz Kürzungspolitik steigen die Schulden weiter.



Gleichzeitig läuft in ganz Südeuropa ein historischer Angriff auf Arbeitnehmerrechte und Tarifautonomie. Die Troika – EU-Kommission, Europäische Zentralbank, IWF - und nationale Arbeitgeberverbände nutzen die Krise, um die nationalen Tariflandschaften zu zerstören. Neue Kredite gibt es nur gegen Abbau von Arbeitnehmerrechten.

Von Athen bis Madrid werden die Flächentarifverträge zerschlagen. Haustarifverträge haben zukünftig Vorfahrt vor Branchentarifverträgen. Öffnungsklauseln werden gesetzlich festgeschrieben. Das Günstigkeitsprinzip wird abgeschafft. Die Nachwirkung von Tarifverträgen wird zeitlich begrenzt.

Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wird erschwert. So wird die hohe Tarifbindung unserer südeuropäischen Nachbarn - 80 bis 90 Prozent der Beschäftigten schützte ein Tarifvertrag - geschliffen. Das, was Gewerkschaften dort aushandeln, wird künftig bei immer weniger Beschäftigten ankommen.

Gleichzeitig hebt das staatliche Lohndiktat die Tarifautonomie aus. In Griechenland wurden die Löhne der öffentlichen Beschäftigten um 30 Prozent abgesenkt und der Mindestlohn um mehr als ein Fünftel gekürzt. In Spanien und Italien liegen die Gehälter der öffentlich Beschäftigten auf Eis. Die Mindestlöhne wurden nicht mehr angepasst.

Darüber hinaus wird in unseren südeuropäischen Nachbarländern die gesetzliche Rente zerstört. Überall in Südeuropa wird das Rentenniveau gekürzt und das Renteneintrittsalter erhöht. Wer künftig in Rente gehen will, muss mehr Versicherungsjahre nachweisen. Für Erwerbsunfähige wird es immer schwieriger, überhaupt eine Rente zu bekommen.

Dieses Lohn- und Sozialdumping muss ebenso wie die ökonomisch unsinnige Kürzungspolitik sofort gestoppt werden. Anderenfalls wird sie über die Schrumpfung der europäischen Wirtschaft, den Rückgang der deutschen Exporte und eine neue Runde des internationalen Lohn - und Sozialdumpings auch auf Deutschland zurückschlagen. Deswegen unterstützen wir die Abwehrkämpfe unserer südeuropäischen Kolleginnen und Kollegen.

Gemeinsam streiten wir für ein soziales Europa. Wir wollen ein Europa, in dem jeder Mensch Arbeit findet und davon in Würde leben kann. Wir wollen ein Europa, in dem freie Gewerkschaften die Löhne und Arbeitsbedingungen aushandeln. Wir wollen ein Europa, in dem erwerbslose, kranke und alte Menschen nicht in Armut fallen und nicht derjenige am „wettbewerbsfähigsten“ ist, der die Umverteilung von unten nach oben am konsequentesten vorantreibt.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.11.2012, 22:34 Uhr - 7659 Clicks - Nr. 584

Entwicklungsperspektiven von Hochschulen

Differenziert, durchlässig, exzellent - so sollen sie sein, die Hochschulen im norddeutschen Raum. Präsidien, Regierungsvertreter und Hochschulpolitiker kamen nun

in der Evangelischen Akademie Loccum zusammen, um zwei Tage lang darüber zu beraten, wie kreative Kooperationen aussehen können, wie dem Bedarf an Forschung und Ausbildung für Gesellschaft und Region entsprochen werden kann. Mit dabei war auch Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein.

Hans Gerhard Husung, Generalsekretär der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, moderierte ein Gespräch mit Rolf Greve, dem Leiter des Hochschulamtes Hamburg, mit den Uni-Präsidenten Babette Simon (Oldenburg) und Dieter Lenzen (Hamburg). Husung stellte fest, dass die norddeutsche Tiefebene nicht nur ein geographisches Phänomen sei, sondern auch bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu finden. Um so besser muss mit den knappen Mitteln gewirtschaftet werden. Beide Hochschulpräsidenten schilderten die Kooperationskonzepte ihrer Hochschulen, die vor allem geplant und breit getragen sein müssten.

Über Kooperationsmodelle differenzierter Hochschulen im Norden diskutierten anschließend vor allem die Vertreter der Politik. Nicht ausreichend, fanden alle, sei es, wenn Hochschulen lediglich „Beutegemeinschaften“ bildeten, weil viele Drittmittel-Ausschreibungen eben die Beteiligung verschiedener Hochschulen voraussetzen. Es bleibt noch viel zu tun. Martin Habersaat: „Es war gut, einmal in so einer gut besetzten Runde zusammenzukommen. Die Hochschulpräsidenten beispielsweise treffe ich oft einzeln, eine Diskussion in großer Runde bringt zuweilen aber mehr für alle Beteiligten.“



Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.11.2012, 22:34 Uhr - 22189 Clicks - Nr. 585

SPD-Wahlkreiskonferenz in Tarp wählt Kandidatin/Kandidaten für d. Bundestagswahl

Am 24. November 2012 um 10.00 Uhr im Landgasthof Tarp (Bahnhofshotel) laden die SPD Kreisverbände Schleswig-Flensburg und Flensburg alle Mitglieder ein zu einer Wahlkreiskonferenz. Auf dieser Konferenz wird eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten für den Bundestagswahlkreis 1 gewählt.

In Vorstellungsrunden der beiden Kreise und in Ortsvereinen nutzten die Bewerberin Bente Reimer aus Gelting und die Bewerber Knut Dethlefsen aus Schleswig, Dirk Peddinghaus aus Sollerup und Reinhard Vieth aus Schleswig die Möglichkeit, ihre politischen Ziele und Themenschwerpunkte zu präsentieren. Kommentar von [Wolfgang Biegemann \(OV Husby\)](#) vom 24.11.2012, 15:44 Uhr:

RE: SPD-Wahlkreiskonferenz in Tarp wählt Kandidatin/Kandidat

Die heutige Wahlkreiskonferenz hat zwischendurch sehr unter einigen persönlichen



Anfeindungen gelitten, am Ende aber das beste Ende für den Wahlkreis gefunden. Wir unterstützen Dirk Peddinghaus.

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.11.2012, 17:11 Uhr - 8712 Clicks - Nr. 586

9. bundesweiter Vorlesetag

Martin Habersaat und „Urmel aus dem Eis“ in der Grundschule Mühlenredder

Seit neun Jahren organisieren DIE ZEIT, die Stiftung Lesen und die Deutsche Bahn den bundesweiten Vorlesetag. 2012 waren bundesweit 48000 Vorleserinnen und Vorleser dabei, darunter über 1000 Politikerinnen und Politiker. Auch Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, beteiligte sich und las etwa 65 Schülerinnen und Schülern

der ersten Klassen der Reinbeker Grundschule Mühlenredder in Reinbek vor. Mitgebracht hatte er „Urmel aus dem Eis“ von Max Kruse. „Mein Lieblingsbuch in dem Alter“, berichtete er.

Martin Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag 2009 Deutschlehrer an einem Hamburger Gymnasium: „Lesen braucht Vorbilder und Vorlesen macht Spaß. Es war toll, die gespannten Gesichter zu sehen und den Spaß, den die lustigen Tiere den Kindern machen.“ Dabei waren durchaus Herausforderungen für den Vorleser dabei, hat doch jedes der Tiere bei Urmel seinen eigenen Sprachfehler. Deshalb besuchen sie auch alle eine Tierschule - freiwillig. Der Pinguin sucht eine „pföne Mupfel“ am Strand, der Schuhschnabel hat Probleme mit dem „i“.

Zwischendurch galt es, verschiedene Fragen zu klären. Was ist eigentlich ein Landtagsabgeordneter? Das wurde gleich zu Beginn erörtert. Die Heimatgemeinde des Abgeordneten kannten die Kinder vor allem wegen des „dicken Mannes“ - gemeint war das Höffner-Logo an der Autobahnabfahrt Barsbüttel. Und wie sieht eigentlich ein Waran aus? Weil nur Zeit für die ersten vier Kapitel blieb - das Urmel war gerade einmal als Ei mit seinem Eisberg an den Strand gespült worden - schenkte Habersaat jeder Klasse ein Exemplar des Buches, um zu erfahren, wie es weitergeht.

[Fotoalbum](#)



Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 19.11.2012, 23:15 Uhr - 28906 Clicks - Nr. 587

Stefan Weber neuer Chef der Segeberger Sozialdemokraten

Auf einem Parteitag in Trappenkamp hat der SPD-Kreisverband Segeberg seinen langjährigen Vorsitzenden Andreas Beran in den verdienten und gewünschten politischen Ruhestand verabschiedet. Der langjährige Chef der Sozialdemokraten im Kreis war nicht wieder angetreten.

Während der offiziellen Verabschiedung durch die stellvertretende Landesvorsitzende Bettina Hagedorn wurde deutlich, dass Beran an vielen Stellen politische Aufgaben übernommen hatte. Kreistagsfraktionsvorsitz, Landtagsabgeordneter oder Vorsitzender des Landesparteirats seien exemplarisch genannt.



Der Kreisverband dankte ihm mit einem Gourmet-Kochkurs und überreichte dazu die notwendige Kochmütze und -schürze..

Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies ergänzte dieses mit einem internationalen Kochbuch.

Zum Nachfolger Berans wählte der Parteitag den 49jährigen Stefan Weber mit einem guten Ergebnis von 88% der abgegebenen Stimmen. Weber – verheiratet und Vater zweier Kinder –

Ist tätig bei der Stadt Hamburg und politisch – als Bürgermeister der Gemeinde Sievershütten – im Kreis kein Unbekannter.

Als seine Stellvertreter wählten die Delegierten Andrea Schuster aus Itzstedt und Reinhard Kunde aus Henstedt-Ulzburg.

In seiner ersten Ansprache vor den Segeberger Genossinnen und Genossen machte der neue Vorsitzende seine Schwerpunkte der politischen Arbeit im Kreisvorstand deutlich: Vorbereitung des Kommunal- und Bundestagswahlkampfes, verbesserte Vernetzung der Kreispartei nach Kiel und eine gute Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen.

Ganz aktuell stellte Weber unter dem Beifall der Delegierten fest, dass es mit der SPD im Kreis Segeberg kein „Fracking“ zur Erdgasgewinnung geben würde. Die Risiko-Technologie sei nicht akzeptabel.

Nach den Wahlen gab es Sachpolitik: Die Delegierten diskutierten sich durch zahlreiche Anträge unterschiedlicher Art. So sprach sich der Parteitag mit knapper Mehrheit dafür aus, Landrätinnen und Landräte in Schleswig-Holstein wieder per Direktwahl durch die Bevölkerung statt durch die Kreistage durchführen zu lassen.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.11.2012, 17:57 Uhr - 5887 Clicks - Nr. 588

AfA Schleswig-Flensburg begrüßt Urteil des BAG Erfurt

Am 20. November erreichte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) das Streikrecht in kirchliche Einrichtungen beim Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt! Das Streikverbot ist hiermit vom Tisch. Die AfA Schleswig-Flensburg begrüßt dieses Urteil.

Das heute verhandelte Verfahren vor dem BAG geht zurück auf einen Streikaufruf von ver.di mit nachfolgenden Arbeitsniederlegungen in mehreren diakonischen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen im Jahre 2009, gegen die die betroffenen Betriebe, diakonischen Werke und Landeskirchen vor dem Arbeitsgericht Bielefeld geklagt und in erster Instanz Recht bekommen hatten. Im Berufungsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht Hamm hatte ver.di im Wesentlichen obsiegt. Nun ist die Revision

der Kirchen zurückgewiesen worden.

Die Themen Streikrecht und Arbeitsbedingungen in kirchliche Einrichtungen wurden auf der AfA Bundeskonferenz auch behandelt und Forderungen dazu wurden in Anträgen angenommen. Auch die AfA Schleswig-Flensburg hatte dazu einen Antrag eingereicht, der angenommen wurde.

Keine Kommentare



[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.11.2012, 23:35 Uhr - 10656 Clicks - Nr. 589

„Älter werden in Stormarn“

Kreisparteitag der SPD in Bad Oldesloe am 24.11.

Das Statistische Bundesamt prognostiziert, dass im Jahre 2010 bereits jeder vierte Bundesbürger, im Jahre 2030 jeder dritte Bundesbürger über 60 Jahre alt sein wird. Auf die Kreise, Städte und Gemeinden kommen damit neue Herausforderungen zu. Grund genug für die SPD Stormarn, erneut einen Kreisparteitag unter das Motto „Älter werden in Stormarn“ zu stellen.

SPD-Kreisvorsitzende Susanne Danhier: „Der demographische Wandel muss dauerhaft Thema von Kommunalpolitik sein. Ich erhoffe mir von dem Kreisparteitag einige zukunftsweisende Ideen und den Anstoß von Projekten.“

Der Kreisparteitag beginnt am 24. November um 10.00 Uhr im Bürgerhaus Bad Oldesloe. In vier Arbeitsgruppen, Alter und Pflege, Alter und Wohnen, Alter und Armut und Alter und Bildung, werden die Delegierten die unterschiedlichen Seiten des Themas diskutieren und dann Leitlinien zum Thema „Älter werden in Stormarn“ für die Kommunalwahl erarbeiten. Die Einführung in das Thema übernimmt Anette Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein.

Ergänzend wird Margot Sinning, Vorsitzende des Sozialausschusses des Kreises Stormarn, berichten, welche Einrichtungen, Beratungsmöglichkeiten und Hilfen für ältere Menschen und ihre Angehörigen es in Stormarn schon gibt und was noch fehlt. Idee ist es, ein Pflegenetzwerk in Stormarn zu entwickeln, das auf bestehenden Strukturen aufbaut. Zur Beschlussfassung liegt außerdem ein Papier „Familienpolitik in Stormarn“ vor.



Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 22.11.2012, 11:26 Uhr - 28442 Clicks - Nr. 590

Regierung setzt Abbrucharbeiten beim Kampf gegen Rechtsextremismus fort

Zu der heutigen Lesung des Einzelplans "Familie" erklärt der Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Strategien gegen Rechtsextremismus Sönke Rix, MdB:

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP bietet den Projekten gegen Rechtsextremismus keinerlei Perspektive für 2014 und hat jede Anschlussfinanzierung bei den Haushaltsberatungen unterbunden. Auch Nachverhandlungen der Fraktionsspitzen brachten keinen Erfolg.



Wie die erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus weitergeführt werden kann, ist damit bis zum Abschluss des Bundeshaushaltes 2014 nicht sicher.

Die Bundesregierung und Familienministerin Schröder setzen damit ihre Abbrucharbeiten an der Zivilgesellschaft fort, die sich Tag für Tag für Demokratie und gegen Rassismus einsetzt.

Der Titel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ im Etat des Bundesfamilienministeriums ist der wichtigste Ausgabetitel des Bundes zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten zur Extremismusprävention, vor allem gegen Rechtsextremismus.

Hierfür sollen zwar in 2013, wie in den vergangenen Jahren auch, insgesamt 29 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Völlig offen ist allerdings, wie es danach weitergehen wird.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 23.11.2012, 09:02 Uhr - 10550 Clicks - Nr. 591

Alexander Schreiber zum SPD-Kreistagskandidaten gewählt

Pressemitteilung
20.11.2012

Alexander Schreiber zum SPD-Kreistagskandidaten gewählt

Anlässlich einer Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Heikendorf wurde der Kreistagsabgeordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses, Alexander Schreiber wiederum zum Kreistagskandidaten für den Wahlkreis 10 gewählt. Zu dem Wahlkreis gehören Möltenort, Altheikendorf-Ost und Altheikendorf-Nord.



Alexander Schreiber ist 41 Jahre alt, von Beruf Diplom Volkswirt, verheiratet und ist seit 24 Jahren in der SPD. Seit 1994 gehört er dem Plöner Kreistag an und ist dort an exponierter Stelle maßgeblich für die Haushaltspolitik zuständig. Als Vorsitzender des Finanzausschusses liegt ihm die gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Gelder sehr am Herzen. Er setzt sich weiter für solide Finanzen ein. Ziel der Beteiligung zur Konsolidierung des Kreishaushaltes wird es sein, Überschüsse zu erwirtschaften um langfristig die aufgelaufenen Defizite abzubauen. Allerdings wird es kein Sparen um jeden Preis geben: Dort wo Investitionen notwendig und wirtschaftlich richtig sind, sollen sie auch finanziert und durchgeführt werden – das gilt insbesondere im Bereich der Bildungspolitik.

Keine Kommentare

Die Zukunft der Wissenschaft - Tribüne e.V. ist wieder da

„Warum gewinnt Deutschland so wenig Nobelpreise?“ Als Einstieg in ein spannendes Gespräch war diese Frage des Tribüne-Vorsitzenden Martin Habersaat erlaubt, schnell drehte sich die Diskussion mit Hans-Gerhard Husung, dem Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz und ehemaligen Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin, dem Wissenschaftsstaatssekretär des Landes Schleswig-Holstein, Rolf Fischer, und der Runde aus 15 TeilnehmerInnen aber um andere Fragen.

„Gute Wissenschaft findet auch da statt, wo keine Nobelpreise gewonnen werden“, betonte Fischer. So verfüge das kleine Schleswig-Holstein über einige starke Exzellenz-Cluster, und so seien gerade Kieler Forscher an einer Mars-Mission beteiligt.

Vorgestellt und diskutiert wurden im Glinder Bürgerhaus viele Entwicklungen im Wissenschaftsbetrieb der vergangenen Jahre. Der Hochschulpakt, der zusätzliche Studienplätze für immer mehr Studienanfänger/innen bereit stellen soll, die Exzellenzinitiative, mit der Bund und Länder innovative Forschungsansätze fördern und die 2017 ausläuft, die Bologna-Reform, die eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen zum Ziel hatte. „Im Prinzip war der Bologna-Prozess richtig“, befand Husung, „wir sind allerdings noch lange nicht am Ziel angekommen.“ Husung und Fischer betonten, dass einzelne Bundesländer heute zu klein seien, um wissenschaftlich international mithalten zu können. Es brauche mindestens eine in Norddeutschland abgestimmte Strategie. „In der Forschung funktioniert das schon, in der Lehre nicht. Da kann ich mir mehr vorstellen“, meinte Fischer.



Weitere Trends im Hochschulbereich seien eine Zunahme der Praxisanteile und eine Zunahme der Drittmittel. Wenn mehr als die Hälfte eines Jahrgangs ein Studium beginne, dann könne das eben nicht mehr allein auf die Vermittlung von Theorie beschränkt sein. Husung: „Die Mehrheit dieser jungen Menschen muss auf die Berufspraxis vorbereitet werden und nicht auf eine akademische Karriere.“ Rolf Fischer berichtete von dem Wunsch der Universität Lübeck, Stiftungsuniversität zu werden. „Die Universität erhofft sich dadurch zusätzliche Mittel von Stiftungen und Unternehmen. Das kann funktionieren, muss aber kritisch begleitet werden.“

Keine Kommentare

Was wir gegen die Versorgungslücke an den Schulen tun

Zu den Debatten im Landtag über die Eröffnungsbilanz von Bildungsministerin Wara Wende erläutert der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Jeder, der Schule kennt, weiß, dass zwischen Statistik und dem tatsächlichen Schulalltag an vielen Schulen eine unübersehbare Differenz besteht. Das liegt daran, dass die Lehrerinnen und Lehrer mehr zu tun haben als nur Unterricht zu erteilen. Zu diesen in

den letzten Jahren angewachsenen Aufgaben gehören:

Zusätzlich erteilter Unterricht z.B. für Arbeitsgemeinschaften und Förderstunden, Innovationspool, Förderfonds, Rückgabe der Vorgriffstunde, Schwerbehinderung, Altersermäßigung, Leitungszeit, Freistellungen und Ermäßigungen für Personalräte, Verlässlichkeit, Deutsch als Zweitsprache, Unterricht im Krankenhaus, Ausbau der Fachschulen, Ausbau der Ganztagschulen. Das berücksichtigt der Jahresbericht zur Unterrichtsversorgung nur unzureichend.



Für den Unterricht werden 20.390 Planstellen und weitere 350 ErzieherInnen benötigt. Für die übrigen Aufgaben, die gesetzlich vorgeschrieben sind, über deren genauen Umfang es aber unterschiedliche Berechnungen gab, haben sich das Bildungsministerium und die GEW auf einen Planstellenbedarf von 3.390 verständigt, macht in summa 23.780. Es sind aber aktuell nur 22.517 Stellen im Haushalt eingestellt, dadurch ergibt sich eine Versorgungslücke von 1.263 Stellen und 350 Erzieherstellen. Diese Lücke wird aber aufgrund der sinkenden Schülerzahlen jährlich kleiner. Die Bedarfslücke können wir nicht schließen, indem wir eben mal schnell 1.263 neue Lehrerstellen plus die Erzieherstellen schaffen. Dann müssten wir uns vom Neuverschuldungsverbot ab 2020 wieder verabschieden, was uns die Verfassung verbietet.

Wir machen folgendes:

- 300 Stellen, die mit dem letzten Doppelhaushalt gestrichen wurden, bleiben an den Schulen. Dafür führen wir den Vertretungsfonds wieder auf die ursprünglichen 12,1 Mio. zurück.

- Auch wir werden in dieser Legislaturperiode Lehrerstellen streichen, aber nicht 9 %, obwohl die Schülerzahl um 9 % zurückgeht. Während die alte Regierung 1.763 Stellen abbauen wollte und nach ihrer Methodik aufgrund neuerer demographischer Prognosen bis zu 2.125 Stellen hätte streichen können, reduzieren wir die Stellenzahl um nur 1.373 und lassen 752 Stellen im System und wandeln 264 Stellen in Geldmittel um, die für die genannten Zwecke zur Verfügung stehen werden. Von den abzubauenen Stellen werden 200 durch Streichung von Referendarstellen erbracht, weil im Hinblick auf den sehr schmalen Einstellungskorridor weniger Nachwuchs benötigt wird.

Wir werden nicht allen Forderungen gerecht werden können, weil wir den Spagat zwischen der Priorität Bildung und der Priorität Haushalt nicht zu hundert Prozent bewältigen können, aber wir gehen an die Grenze dessen, was der Haushalt hergibt.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 23.11.2012, 15:11 Uhr - 13416 Clicks - Nr. 594

Interessenvertretung der Behinderten im Betriebsalltag verbessern

Teilnehmer aus Segeberg bei der Werkstatträtekonzferenz 2012 in Berlin

Die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung fordert, dass sie ihre vollen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte wahrnehmen sollen. Vor Ort im Betriebsalltag der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen werden deren Interessen durch die Werkstatträte vertreten.



Um über die Situation, Probleme und Herausforderungen zu diskutieren hat die SPD-Bundestagsfraktion deshalb am 21. November 2012 zum siebten Mal ca. 200 Werkstatträte aus der gesamten Bundesrepublik nach Berlin eingeladen. Von den Segeberger Wohn- und Werkstätten nahmen Ulrike Henning (Vertrauensperson) Malte

Both (Werkstattrat in Bad Segeberg) und Erika Schneller (Werkstatträtin in Wahlstedt) teil.

„Die Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion ist eines der größten Treffen von Politik und Menschen mit Behinderungen. Für uns steht fest, dass eine erfolgreiche Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nur im permanenten Austausch mit den Verantwortlichen vor Ort gelingen kann. Deshalb freut es mich, dass Vertreter aus Segeberg dabei sind“, so SPD-MdB Franz Thönnnes.

Im Rahmen der Konferenz diskutierten die Teilnehmer konkrete Vorschläge zur Werkstättenmitwirkungsverordnung von 2001, die von der Bundesvereinigung der Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte entwickelt worden ist. Dabei geht es nicht zu Letzt auch um eine Verbesserung der Gestaltungsmöglichkeiten für die gewählten Interessenvertretungen sowie gute Aus- und Fortbildung. Letzteres war gerade für den Bad Segeberger Malte Both sehr wichtig.

Erika Schneller aus Wahlstedt meinte: „Es gibt noch viel zu verbessern. Zum Beispiel bei der Anrechnung von Sonderzahlungen auf die Grundsicherung, dem barrierefreien Zugang zu Sozialleistungen und besonders im Bereich der „leichten Sprache“. Miteinander reden, nicht übereinander - das ist wichtig und bringt uns weiter. Deshalb war die Veranstaltung sehr gelungen“.

„Unsere gemeinsamen Ziele sind klar bestimmt: Es geht um Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen ganz selbstverständlich dazugehören. Hierzu hat auch diese Konferenz wieder einen Beitrag geleistet“, so der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Thönnnes.

Bildunterschrift v.l.: Franz Thönnnes, Ulrike Henning, Malte Both und Erika Schneller vor dem Fraktionssaal der SPD im Deutschen Bundestag

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 24.11.2012, 21:24 Uhr - 24942 Clicks - Nr. 595

Dirk Peddinghaus mit überzeugender Mehrheit gewählt

Dirk Peddinghaus erhielt auf der Wahlkreis-Konferenz der Kreisverbände Flensburg und Schleswig-Flensburg als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis 1 am 24. November in Tarp die absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert Dirk Peddinghaus zu diesem überwältigen Ergebnis, der sich mit 151 Stimmen von 279 abgegeben gültigen Stimmen an die Spitze gewählt wurde. Seine Mitbewerber/in erhielten in der Reihenfolge Knut Dethlefsen 91 Stimmen, Bente Reimer 30 Stimmen und Reinhard Vieth 6 Stimmen. Es gab eine Stimmenthaltung.

Dirk Peddinghaus hatte bei den anwesenden Mitgliedern in Tarp versprochen, dass er sich für die Belange in unserer Region einsetzen wird. „Ja – ich will die starke Stimme für euch in Berlin sein“ war seine Devise und überzeugte die Mehrheit der Mitglieder.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg bedankt sich bei allen 4 Bewerbern/in für ihr faires Verhalten bei den Bewerbungsrunden.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel rief zum Abschluss zur Geschlossenheit der Partei auf.

Im Anschluss an die Wahlkreiskonferenz fanden getrennte Mitgliederversammlungen der Kreisverbände für die Wahl der Delegierten zur Landeskonferenz, Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2013, statt. Die Wahlkreiskonferenz Schleswig-Flensburg wählten in der Reihenfolge folgende Delegierten:

Ralf Wrobel (182 Stimmen), Dirk Peddinghaus (168 Stimmen), Bente Reimer (162 Stimmen), Dr. Jens Maßlo (157 Stimmen), Anne Marxen (134 Stimmen), Birte Pauls (129 Stimmen), Karsten Reimer (115 Stimmen) Holger Groteguth (113 Stimmen), Antje Schümann (104 Stimmen), Ingo Obst (100 Stimmen), Marina Hansen (87 Stimmen), Bettina Koch (81 Stimmen), Rotraud Rasch (81 Stimmen), Immo Degner (77 Stimmen) und Jan Thorben Book (67 Stimmen).

Als Ersatzdelegierte wurden in der Reihenfolge gewählt:

Andreas Pauls (63 Stimmen), Petra Schulze (61 Stimmen), Ingo Degner (60 Stimmen), Thorsten Schacht (45 Stimmen), Günter Nissen (41 Stimmen), Hermann Jobben (40 Stimmen) und Arne Mumm (34 Stimmen).

Bild von Herbert Ohms

Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 25.11.2012, 08:53 Uhr:

RE: Dirk Peddinghaus mit überwältigender Mehrheit gewählt

Die grosse Anzahl der angereisten Mitglieder unserer Partei zeigte das hohe Interesse an der Wahl eines Bundestagskandidaten für die kommende Legislaturperiode. Alle vier Kandidaten/in zeigten in engagierten Reden ihre Visionen für eine mögliche Wahl. Dirk Peddinghaus überzeugte in seiner Vorstellungsrunde 151 der wahlberechtigten Genossen/-innen, das waren 54,3 %. Herzlichen Glückwunsch zu diesem überzeugenden Ergebnis! Hermann Jobben (Stellvertretender Vorsitzender AG60+plus Flensburg/ Schleswig-Flensburg)

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 25.11.2012, 13:24 Uhr - 6646 Clicks - Nr. 596

SPD: Erst Feuerwehr, Kindergärten, Sport und Gewerbeansiedlung, dann der Bleeck

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten haben bei Ihrer Klausurtagung zum Bad Bramstedter Haushalt 2013 ihre Prioritäten festgelegt. Der Ausbau des Bleeck soll zwar in kleinen Schritten beginnen, muss aber in 2013 noch hinter andere Investitionen zurücktreten. Das war das einmütige Votum der Mitglieder der SPD-Fraktion.

Bodo Clausen: „Wir wollen, dass in 2013 am Bleeck die zweite Zufahrt zum Parkplatz realisiert und möglichst die Einbahnstraßenregelung für die Hamburger Straße umgesetzt werden und ansonsten mit Absperrungen und Verkehrslenkungen erste Erfahrungen mit der gedachten Neugestaltung gesammelt werden. Ab 2014 sollen dann weitere Investitionen folgen.“

Vorn an stehen in 2013 für die SPD Investitionen in den Brandschutz, für Kindertagesstätten, Sport und in die Gewerbeansiedlung, um mehr Gewerbe- und Steueraufkommen nach Bad Bramstedt zu holen.



Ein fast siebenstelliger Betrag wird für die Aufgaben der Feuerwehr investiert. SPD-Stadtverordneter Arnold Helmcke: „Die Anschaffung eines neuen Löschfahrzeuges und die schon lange anstehenden Umbauarbeiten am Gerätehaus schlagen in diesem und den folgenden Jahren mit rund 900.000 Euro zu Buche. Eine Investition, die wir leisten, zur notwendigen Sicherung des Brandschutzes für unsere Bürgerinnen und Bürger, die aber auch gleichzeitig die Arbeitsbedingungen für unsere erfolgreichen und sehr engagierten Kameraden der freiwilligen Feuerwehr erleichtern soll.“

Ein ähnlich hoher Betrag wird für die Kinderkrippenplätze benötigt werden. Die baut die Stadt zwar wohl nicht selbst, wird aber über Mietverträge die entsprechenden Investitionen ermöglichen. Birgit Albrecht: „20 Plätze im Krippenbereich sind die erste Maßnahme, die erfolgen soll. Das Ziel einer bedarfsgerechten Versorgung haben wir dann leider immer noch nicht erreicht, aber wir sind deutlich näher dran.“

Auch dem langgehegten Wunsch des Sportvereines, den bisherigen Grandplatz auf dem Schäferberg umzubauen zu einem Kunstrasenplatz wollen die Sozialdemokraten bei Unterstützung durch Selbsthilfe und Zuschussgeber umgesetzt wissen. Die entsprechenden Haushaltsmittel sollen nach ihrem Willen bereitgestellt werden und die SPD hofft, dass die anderen Parteien dem folgen.

Ein dicker finanzieller Brocken im Millionen Euro Bereich wird nach dem Willen der SPD in die Gewerbegebiete auf dem Tegelberg und am Lohstücker Weg investiert werden. Hier sollen weitere Grundstücke an- und verkauft werden und die Erschließungsanlagen gebaut werden. Jan-Uwe Schadendorf: „Bad Bramstedt muss seine Chance nutzen, mit der Umgehungsstraße als Standort attraktiver geworden zu sein. Daher gilt es neben dem geplanten Fachmarktzentrum weitere Flächen anzubieten, die Gewerbebetrieben eine Ansiedlung ermöglichen. Damit wollen wir Gewerbesteuerzahler nach Bad Bramstedt holen ebenso wie Arbeitsplätze vor Ort schaffen.“

Um diese Investitionen zu ermöglichen will die SPD nicht nur Schulden machen, sondern auch Grundstücke der Stadt besser vermarkten. U.a. soll das Grundstück an der Erdgastankstelle planerisch aufbereitet und verkauft werden. Davon erhofft sich die SPD Einnahmen im deutlich sechsstelligen, wenn nicht siebenstelligen Bereich.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.11.2012, 17:23 Uhr - 7359 Clicks - Nr. 597

Keine Schließung nach Umwandlung

Zur Diskussion im Bildungsausschuss über die Zukunft der Regionalschulen erklären die bildungspolitischen SprecherInnen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SSW, Martin Habersaat, Anke Erdmann und Jette Waldinger-Thiering:

Wir wollen die Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln. Um den besten Weg dorthin zu finden, läuft der Dialogprozess mit den Betroffenen, u.a. auf den landesweiten Bildungskonferenzen, zu denen Ministerin Wende eingeladen hat.



Eines ist sicher: Keine Regionalschule wird geschlossen werden, weil sie sich zu einer Gemeinschaftsschule umwandelt. Angstkampagnen, wie die CDU sie fährt, sind gegenstandslos.

Keine Kommentare

Hinter den Kulissen der Bildungspolitik

Das ging schnell. Am Wochenende hatte der Gymnasiast Viktor Lederer über Facebook Kontakt zu Martin Habersaat aufgenommen und gefragt, ob er einmal einen Blick hinter die Kulissen der Bildungspolitik im Lande werfen könne. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und deren stellvertretender Vorsitzender, lud den 16jährigen spontan ins Landeshaus ein. Schon am Donnerstag darauf konnte Viktor Lederer einen gemeinsamen Arbeitskreis (GAK), eine Ausschussvorbereitung und eine Sitzung des Bildungsausschusses miterleben.

In GAK-Runden stimmen sich die Koalitionspartner von SPD, Grünen und SSW regelmäßig über aktuelle Fragen ab. Mit dabei sind in der Regel auch die Minister und Staatssekretäre. Viktor Lederer: „Ich habe an einer Runde teilnehmen können, in der Bildungsministerin Wara Wendt und die Staatssekretäre Dirk Loßack und Rolf Fischer gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten der Koalition diskutiert haben. Ich hätte nicht gedacht, dass man als Gast dabei sein darf.“

„Grundsätzlich sind solche Sitzungen nicht öffentlich, aber in Ausnahmefällen nehmen wir schon einmal Gäste oder Praktikanten mit“, berichtet Martin Habersaat. „Schließlich freuen wir uns, wenn junge Menschen Interesse an der Politik haben und ihre Freizeit investieren, um zu sehen, wie wir arbeiten.“ Im Anschluss an den GAK ging es an die Vorbereitung des Bildungsausschusses, der an diesem Nachmittag im Schleswig-Holstein-Saal tagte. Sitzungen des Bildungsausschusses finden einmal im Monat donnerstags ab 14:00 Uhr statt und sind immer öffentlich. Natürlich blieb auch noch Zeit für einen Besuch der Kantine und eine kurze Tour durch das Landeshaus, etwa zum Paternoster.



Über die Möglichkeiten, Einblick in die Arbeit in Kiel zu nehmen, berichtet Martin Habersaat auf seinen Webseiten unter <http://www.martinhabersaat.de/zumlandtag/besuch-in-kiel.html>.

Keine Kommentare

Stadtmagazin 12/2012

Das Stadtmagazin fragte für die Dezemberausgabe 2012: Sind die Kosten für den Kreisverkehr an der Raiffeisenbank noch vertretbar? Warum tut sich seit Eröffnung der Ortsumgehung vor einem Jahr so wenig rund um den Bleeck?

Die SPD antwortete:

Wir Sozialdemokraten können gut verstehen, dass der lange Entscheidungsprozess zur Neugestaltung der Innenstadt auf Unverständnis stößt. Wir wären da gern ein Stück weiter und haben dieses wiederholt deutlich gemacht.

Jetzt hängen wir an dem Punkt fest, dass aufgrund der Ergebnisse der letzten Verkehrszählung noch nicht klar ist, ob überhaupt eine Tempo-30-Zone auf dem Bleeck



genehmigt wird. Die Verkehrsaufsicht des Kreises hat sich dazu noch nicht abschließend geäußert. Das ist eine völlig unbefriedigende Situation ein Jahr nach Fertigstellung der Umgehungsstraße!

Klar ist: Wenn wir keine Tempo-30-Zone genehmigt bekommen, muss neu überlegt werden.

Das andere Thema sind die Finanzen der Stadt. Wir stehen vor riesigen Herausforderungen bei den Kindertagesstätten, die Investitionen in Millionenhöhe erfordern. Da sehen wir als SPD eine klare Priorität.

Das gerade neu aufgetauchte Risiko eines Schweizer Franken Kredites, den die Stadtverwaltung eigenmächtig aufgenommen hat, macht die Finanzlage nicht einfacher. Dennoch wollen wir, dass in 2013 zumindest erste Schritte für die neue Innenstadtgestaltung realisiert werden. Das sind eine nördliche Zufahrt zum Bleeckparkplatz, die Sperrung der Hamburger Straße nach Norden und die noch zu diskutierende Neugestaltung im Maienbeek. Alles weitere muss die anstehende Diskussion zum Haushalt ergeben.

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 26.11.2012, 06:00 Uhr - 7150 Clicks - Nr. 600

Koalitionsfrieden auf Kosten der Kinder

Mit Bestürzung und Wut hat der SPD Ortsverein Barmstedt die Bundestagsabstimmung zum Betreuungsgeld zur Kenntnis genommen.

„Um die Koalitionäre aus FDP und CSU wieder ruhig zu stellen, wurde auf Kosten der Kinder ein Betreuungsgeld eingeführt“, so der Barmstedter SPD Vorsitzende Hans Hansen. Für ihn wird deutlich, dass damit versucht werden soll, die Zahl der Klagen zur Einhaltung des Rechtsanspruches zu reduzieren. „Bildungsgerechtigkeit und gleiche Chancen für alle Kinder kann es so nicht geben. Nur eine frühe Förderung schafft gerechte Bildungsvorraussetzungen für alle Kinder. Erfahrungen aus Thüringen und Norwegen hätten gezeigt, dass genau die Kinder, die am meisten von einer frühen Förderung profitieren, zu Hause gelassen würden“, so Hansen weiter.

Es war immer eine sozialdemokratische Forderung, Berufstätigkeit und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen. Dieses ideologisch rückwärtsgewandte Betreuungsgeld wird diesem Ansinnen entgegenstehen. Und auch die so genannte Bildungskomponente, die das Betreuungsgeld ergänzen soll, mache das Betreuungsgeld nicht besser. Der zusätzliche bürokratische Aufwand, den Betreuungsgeld und Bildungskomponente erfordern, schafft neue Arbeitsplätze in den öffentlichen Verwaltungen und in der Versicherungsbranche, aber leider nicht in den Kindertagesstätten.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 26.11.2012, 10:48 Uhr - 8559 Clicks - Nr. 601

Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung schrittweise absenken!

Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung schrittweise absenken!

„Die Abschaffung der Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten ist ein zentrales Ziel der SPD-Kreistagsfraktion“, so der

Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen. Er wird einen entsprechenden Antrag im Kreistag einbringen

Die völlige Abschaffung, wie wir uns gewünscht haben, ist leider in den Jahren 2013 und 2014 nicht möglich, denn dann würde der Kreis die vom Land geforderten Konsolidierungsbeiträge nicht erreichen.

Sollten wir die geforderte Gesamteinsparsumme nicht erreichen, würde der Kreis Plön auf eine Fehlbedarfszuweisung von 1,7 Mio. Euro pro Jahr verzichten, erklärt Lutz Schlüsen.



Das sind wichtige Haushaltsmittel, die dem Kreis zum Ausgleich des Haushaltes und Abbau der Kassenkredite dienen. Durch die großen Sparanstrengungen in der Vergangenheit, ist allerdings ein wenig Luft, so dass wir die Halbierung der Einnahmen vorsehen. Die Gesamteinnahmen der Elternbeiträge lägen statt bei 367.000 € dann noch bei 180.000 €. In diesem Zusammenhang soll auch die Schülerbeförderungssatzung überprüft werden. Bei der Überarbeitung sollte die bisherige Regelung überprüft werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Handhabung und Praktikabilität, Tarifzonen, Geschwisterregelungen gelegt werden. Ziel ist es, für die Eltern eine deutliche Absenkung der Elternbeiträge zum Schuljahr 2013/2014 zu erreichen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 26.11.2012, 10:53 Uhr - 8812 Clicks - Nr. 602

SPD-Kreistagsfraktion: Bildungs- und Teilhabepaket soll kreisweit ankommen

26. 11. 2012

SPD-Kreistagsfraktion: Bildungs- und Teilhabepaket soll kreisweit ankommen
Mit einer umfangreichen Anfrage an die Kreisverwaltung ist die SPD-Kreistagsfraktion der Frage nachgegangen, ob sich mit Umsetzung der Hartz IV- Reform zum 01.01.2011 die Situation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen im Kreis Plön verbessert hat. Der ausführliche Bericht liegt nun vor und gibt Anlass, einige Bereiche genauer zu beleuchten. Auf Antrag der SPD-Fraktion soll dies in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses des Kreises geschehen.

Als äußerst positiv zu bewerten ist, dass seit Anfang November nun kreisweit betroffene Eltern über die elektronische Bildungskarte per Online-Verfahren Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes abfordern können. Damit haben Jobcenter (bereits ab Anfang des Jahres) und nun auch Städte und Ämter den Zugang zu den Leistungen für alle Beteiligten vereinfacht. Ein wichtiger Schritt, der hoffentlich dazu führen wird, dass mehr einkommensschwache Familien als bisher den Rechtsanspruch auf Leistungen für ihre Kinder und Jugendlichen einlösen werden, hoffen die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit und der sozialpolitische Sprecher Kai Bellstedt.

Nach Auskunft der Verwaltung haben zum Stichtag 01.03.2012 insgesamt 4.274 Kinder und Jugendliche Anspruch auf Leistungen, aber für nur ca. 1995 wurden eine oder mehrere Leistungen abgefordert. Der prozentuale Anteil der beantragten Leistungen stellt sich zu diesem Zeitpunkt wie folgt dar: Ausflüge/Klassenfahrten 11,9%, persönlicher

Schulbedarf 45%, Schülerbeförderung 10,0%, Lernförderung 2,2%, Mittagsverpflegung 12,5% und Teilhabeleistungen mit 18,5%.

Daraus wird ersichtlich, dass alle Leistungsarten zwar nachgefragt werden, aber in sehr unterschiedlicher Intensität. Besonders auffällig ist die sehr geringe Nachfrage im Bereich der Lernförderung, einem Angebot, über das Kinder eine qualifizierte Förderung bekommen können, wenn sie in der Schule nicht mehr mitkommen und das Klassenziel gefährdet ist. Gerade vor dem Hintergrund, dass immer mehr Kinder die Schule ohne Schulabschluss verlassen, muss es aus Sicht der SPD-Fraktion darauf ankommen, möglichst vielen lernschwachen Kindern über eine Lernförderung den weiteren Bildungsweg zu sichern. Dies setzt allerdings voraus, dass Eltern, Schulsozialarbeiter und Lehrer über diese Fördermöglichkeit ausreichend informiert sind, eine entsprechende Anbieterstrukturen vor Ort zur Verfügung steht, und die Gewährung von Lernförderung an nicht zu hohe Hürden geknüpft ist. Die geringe Inanspruchnahme lässt allerdings zurzeit die Vermutung zu, dass es an diesen Voraussetzungen noch hakt und hier über Gespräche nachgebessert werden muss.

Am Beispiel Lernförderung zeigt sich ein Hinderungsgrund bei der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes in einem ländlich geprägten Kreis ganz deutlich. Selbst wenn es gelingt, den Bekanntheitsgrad des Bildungspaketes über Schule, Schulsozialarbeit, öffentliche Medien usw. erheblich zu steigern, wird es immer auf die notwendige Infrastruktur vor Ort ankommen, damit Kinder die Hilfsangebote überhaupt nutzen können. So hilft der Anspruch auf Übernahme der Mehraufwendungen einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung nur dann, wenn an der besuchten Schule oder Kitaeinrichtung auch tatsächlich ein Mittagsangebot besteht.

Für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes im Kreis Plön standen für 2011 Bundesmittel in Höhe von 820.000 € zur Verfügung, wovon aber nur 416.000 € abgerufen wurden. Auch für 2012 wird eine entsprechende Summe vorgehalten. Fazit ist also: Die Finanzausstattung ist da, aber nur über eine entsprechende Infrastruktur kann das Bildungs- und Teilhabepaket dazu beitragen, die Lebens- und Entwicklungschancen benachteiligter Kinder zu verbessern und damit ein Stück mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft schaffen, sind sich Helga Hohnheit und Kai Bellstedt einig.

Es muss also in Zukunft weiter darum gehen, unseren Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Leistungsangeboten des Paketes barrierefrei zu ermöglichen. Ob dies allerdings allein dazu beitragen kann, die Anzahl der von Armut bedrohten Kinder und Jugendlichen zu senken, ist fraglich. Die Nachfrage der einkommensschwachen Familien bei den unterschiedlichen Initiativen und Fördervereinen im Kreis auf Unterstützung belegen diese Vermutung ebenso wie die Anzahl der Kinder, die trotz erhöhter Regelsätze über die Tafeln mit versorgt werden. Das Thema Kinderarmut im Kreis Plön wird für die SPD-Fraktion weiter auf der Agenda stehen, ebenso sowie die Frage, wie die dauerhafte Absicherung der 13 Schulsozialarbeiter an den 18 Schulen bzw. Schulzentren im Kreis aussehen kann, wenn sich der Bund Ende 2013 aus der Förderung zurückzieht.

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 26.11.2012, 14:29 Uhr - 6649 Clicks - Nr. 603

SPD: NORMA kann kommen

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD will den Weg freimachen für die Ansiedlung eines NORMA-Marktes im Norden der Stadt an der Kieler Straße. Das beschloss mit ganz deutlicher Mehrheit die Fraktion auf ihrer alljährlichen Klausurtagung.

Fraktionssprecher Bodo Clausen: „Wir haben in den letzten drei Monaten vielfältige Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dem Seniorenbeirat und nicht zuletzt dem Bürger

und Verkehrsverein bekommen, die sich für eine Ansiedlung dieses Marktes aussprechen. Gegenstimmen aus der Bevölkerung gab es kaum. Das hat uns bewogen, unsere bislang offene aber doch zurückhaltende Position abzulegen. Wir glauben, dass dieser Markt eine gute Sache für die Menschen im Norden unserer Stadt sein wird und werden einer Ansiedlung nicht im Weg stehen.“

Die Sozialdemokraten beenden damit einen längeren Überlegungsprozess, in den auch Bedenken wegen der bereits vorhandenen und geplanten Märkte in der Stadt einbezogen wurden. Doch wurden diese zurückgestellt, da NORMA mit seinen 800 qm Verkaufsfläche eine Größenordnung habe, die heute als Nahversorger gesehen werden müsse und sich baurechtlich sogar in allgemeinen Wohngebieten verwirklichen lasse. Ebenso hat die SPD das letzte Einzelhandelsgutachten und das Verträglichkeitsgutachten *) zum Fachmarktzentrum herangezogen und bewertet. Auch diese ließen mit den dort ab 2014 prognostizierten Umsatzzahlen noch Luft für einen Anbieter erkennen.



Clausen: „Es ist zwar ein abgedroschener Spruch, aber Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt, und wenn hier ein weiterer Mitbewerber meint, sein Auskommen finden zu können, ist das erst einmal gut für das Angebot am Ort und für unsere Bürgerinnen und Bürger.“

Die SPD hofft nun, dass auch die anderen Parteien zu diesen Überlegungen kommen und damit für den Norden der Stadt eine weitere und gut erreichbare Einkaufsmöglichkeit geschaffen wird. Dabei will die SPD darauf drängen, dass NORMA, wie von ihnen selbst in Aussicht gestellt, auf eigene Kosten einen guten Fuß und Radweg in das angrenzende Wohngebiet schaffen wird.

*) Das Verträglichkeitsgutachten für das Fachmarktzentrum musste erstellt werden, weil der Gesetzgeber es bei großen Einzelhandelsvorhaben vorschreibt. Es stammt aus August 2011 und prognostiziert mit dem Fachmarktzentrum eine Steigerung der Umsätze für Nahversorger in Bad Bramstedt und Umgebung von jetzt rund 60 Millionen EUR auf 76 Millionen EUR in 2014. Vom Zuwachs von 16 MEUR werden gut 7 MEUR durch den neuen Supermarkt und Drogeriemarkt im FMZ abgeschöpft werden, so das Gutachten. Damit verblieben noch rund 8 MEUR Zuwachs für andere Anbieter.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 26.11.2012, 14:43 Uhr - 14885 Clicks - Nr. 604

Thönnnes: Minijobs führen in berufliche und finanzielle Sackgasse

Vom Bundesrat beschlossene Anhebung der Einkommensgrenze ist falsches Signal

Am 23. November 2012 passierte das Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung den Bundesrat. Mit dem bereits Ende Oktober im Deutschen Bundestag von CDU/CSU und FDP, gegen die Stimmen der SPD, beschlossenen Entwurf, wird die Einkommensgrenze bei Minijobs von 400 auf 450 Euro erhöht.



Da es sich um ein nicht zustimmungspflichtiges Gesetz handelt, hätte die Länderkammer dieses nur mit einer Zweidrittelmehrheit in den Vermittlungsausschuss überweisen können.

„Die verabschiedete Neuregelung hilft den Beschäftigten in keiner Weise. Der Großteil der Minijobber ist weiblich, verdient unter 8,50 Euro die Stunde und geht keiner weiteren

sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach. Davon können die Menschen weder heute noch im Alter leben. Altersarmut ist so vorprogrammiert.“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Selbst das Bundesfamilienministerium hat jüngst in einer hauseigenen Studie festgestellt, dass Minijobs keine Brücken in den regulären Arbeitsmarkt sind, sondern sogar den Wechsel in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verhindern.

Auf diesen Umstand hatten im Vorfeld der Abstimmung auch die SPD-geführten Länder Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zusammen mit dem DGB-Nord hingewiesen. Jedoch ohne Erfolg.

„Anstatt die Einkommensgrenze anzuheben und Altersarmut sowie die Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt zu vergrößern, sollten Frau von der Leyen und die schwarz-gelbe Koalition endlich für Ordnung sorgen. Mit einem gesetzlichen Mindestlohn und sozial abgesicherten und existenzsichernden Beschäftigungen. Das würde auch den 23.000 geringfügig entlohnten Berufstätigen im Kreis Segeberg helfen“, so Thönnies.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dieses Thema weiterhin kritisch begleiten und in dieser Woche die Kleine Anfrage „Missbrauch der rechtlichen Situation von geringfügig Beschäftigten“ an die Bundesregierung stellen.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 26.11.2012, 16:05 Uhr - 151126 Clicks - Nr. 605

„Wichtige Entscheidung zum Schutz der Haifischbestände“

Europäisches Parlament setzt 'Finning' von Haifischen ein Ende

'Finning' von Haifischen gehört in Europa nun endlich der Vergangenheit an. Das Europäische Parlament verabschiedete am Donnerstag in Straßburg ein ausnahmsloses Verbot des Abschneidens von Haiflossen. Die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST zeigte sich nach der Abstimmung zufrieden: „Viele Haifischarten sind überfischt, einige sogar in ihrem Bestand gefährdet. Deshalb kann es nicht sein, dass die EU bislang das Shark-Finning nur auf dem Papier verbietet, aber in der Praxis dieses nicht effizient kontrolliert werden kann.“



Haifischflossen haben insbesondere in Asien einen sehr hohen Marktwert. Deshalb kommt es immer wieder zu Fällen, in denen die Fischer die Flossen abschneiden und den weniger wertvollen Rest des Haifischkörpers zurück ins Meer werfen. Diese Praxis, das so genannte Finning, ist in der EU verboten. Allerdings gab es bislang eine in Spanien und Portugal angewandte Ausnahmeregelung, die das Abschneiden der Flossen an Bord erlaubte, um eine getrennte Lagerhaltung von Flossen und Körpern zu ermöglichen. Da häufig Flossen und Körper in verschiedenen Häfen angelandet werden, ist es aber unmöglich sicherzustellen, dass es in der EU nicht doch zu Finning kommt.

In Zukunft sollen diese Ausnahmen gestrichen werden und die Haifischflossen erst an Land vom Körper der Haie abgetrennt werden dürfen.

„Mit seiner Entscheidung hat das Europäische Parlament nun einen weiteren wichtigen Schritt hin zu mehr Schutz von Haifischen gemacht. Ein wertvolles Tier wie einen Hai zu töten, aber nur die Flossen zu nutzen, weil diese eine Delikatesse sind, ist für mich moralisch nicht vertretbar“, erklärte Ulrike RODUST abschließend.

Keine Kommentare

"Agrarreform nicht aufs Spiel setzen"

Ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik in Gefahr

Brüssel: Die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST fordert die europäischen Agrarminister auf, sich während des am 28. und 29. November tagenden Agrarrates für eine ökologische Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik einzusetzen.

Die im Raum stehenden Mittelkürzungen dürften nicht dazu führen, den geplanten Systemwechsel innerhalb der ersten Säule, nämlich die Direktzahlung an die Landwirte stärker an tatsächliche Umweltleistungen zu koppeln, zu untergraben. „Es darf nicht sein“, so Ulrike RODUST „dass die Agrarminister die umweltfreundlichere Ausrichtung der Direktzahlungen in Frage stellen. Eine gegenüber der Gesamtbevölkerung in Europa vermittelbare EU-Agrarpolitik bedarf im 21. Jahrhundert eines grundlegenden Systemwechsels. Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität dürfen bei der Agrarreform nicht hinten anstehen.“

In der letzten Woche hatte Ratspräsident Herman Van Rompuy Vorschläge vorgelegt, die Haushaltskürzungen und eine Abschwächung der Reformvorhaben in der Agrarpolitik vorsehen. Die Kürzungen betreffen sowohl die Direktzahlungen an die Landwirte als auch die in der zweiten Säule vorgesehenen Fördermittel für die Entwicklung der ländlichen Räume. Zudem will Van Rompuy diese Fördermittel aus der zweiten Säule zugunsten der Direktzahlungen umschichten und somit weiter reduzieren.

Ulrike RODUST lehnt das entschieden ab: „Wir brauchen eine gezielte Förderung von Entwicklungsmaßnahmen in ländlichen Gebieten, um hier Wachstums- und Beschäftigungspotentiale zu schaffen und so für lebenswerte lebendige ländliche Regionen zu sorgen. Vor allem in Anbetracht der derzeitigen schwierigen Wirtschaftslage der EU ist es wichtig, in die ländlichen Räume zu investieren, um den Menschen dort Anreize für die aktive Mitgestaltung des Strukturwandels zu bieten. Das erfordert aber eine ausreichende finanzielle Mittelausstattung – vor allem und gerade in der zweiten Säule.“

Auch ein weiteres zentrales Element der Agrarreform, nämlich die Deckelung der Agrarsubventionen für größere Agrarunternehmen, will Van Rompuy kippen. Dazu Ulrike RODUST: „Den Vorschlag, ob Beihilfen für große landwirtschaftliche Betriebe in Zukunft gedeckelt werden oder nicht, allein den nationalen Regierungen zu überlassen, ist inakzeptabel. Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade in Zeiten knapper Haushalte keine Obergrenze pro Betrieb bei den Direktzahlungen klar und eindeutig eingezogen wird. Das Europäische Parlament hat sich bereits im Vorfeld zu Reformvorschlägen im letzten Jahr eindeutig für eine Kappung der Direktzahlungen im Rahmen der Reform ausgesprochen. Daran sollten wir festhalten.“

Keine Kommentare

Keine Gasförderung per Fracking im Kreis Segeberg

SPD-Bundes- und Landespolitiker gegen unsichere Fördermethode

Am 27. November 2012 hat die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein den Antrag „Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein“ beschlossen. Damit liegt sie inhaltlich auf einer Linie mit ihren Berliner Kolleginnen und Kollegen, die die Bundesregierung



bereits 2011 aufgefordert hatten, diese Fördertechnik nur unter strengsten Auflagen und weitgehender Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu erlauben. Darüber hinaus setzen sich die Sozialdemokraten in Land und Bund für ein Verbot von Fracking-Methoden unter Einsatz giftiger Chemikalien ein.

„Die Entscheidung in Schleswig-Holstein macht deutlich, wie wichtig eine SPD-geführte Regierung ist. Während die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger im Norden ernst genommen werden, zeigen CDU/CSU und FDP auf Bundesebene keinerlei Engagement diese Förderform zu reglementieren“, so der SPD-Bundestags-abgeordnete Franz Thönnies.

Bei der „Fracking-Methode“ wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Additiven unter hohem hydraulischen Druck in den Untergrund gepresst, um tief liegende Gesteinsformationen aufzubrechen und das Gas herausströmen zu lassen. Diese Art der Rohstoffgewinnung ist umstritten, da die Auswirkungen auf die Umwelt kaum erforscht sind. Anfang November hatten Medienberichte die Bürger und die Politik im Kreis Segeberg aufgeschreckt. Für das sogenannte „Erlebnisfeld Bramstedt“, das vom Süden bei Bad Bramstedt, an Kaltenkirchen vorbei bis in den Nordosten nach Bornhöved reicht, hat der kanadische Konzern PRD Energy einen Antrag für eine „Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen“, also Erdöl und Erdgas, gestellt.

„Wir wollen Schleswig-Holstein nicht zum Versuchslabor machen. Deshalb sollen keine Genehmigungen bei Einsatz umweltgefährdender Stoffe und generell nie in Wasserschutzgebieten erfolgen. Es gilt alle Möglichkeiten zu nutzen um Fracking zu verhindern“, so die den Kreis Segeberg mit betreuende SPD-Landtagsabgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber aus Neumünster.

Des Weiteren fordern die Sozialdemokraten im Kieler Landtag, dass für jede Gewinnung von Erdöl und Erdgas eine Umweltverträglichkeitsprüfung eingeholt sowie ein verstärkter Dialog mit allen Beteiligten vorgeschrieben werden muss. Hierfür soll sich die Landesregierung im Bundesrat einsetzen, um CDU/CSU und FDP in Berlin bei diesem wichtigen Thema anzutreiben.

Quelle: Oliver Brunner /pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 27.11.2012, 19:49 Uhr - 5794 Clicks - Nr. 608

SPD Reinbek für Wohnungsbauförderung

„Wir können nicht zulassen, dass die Mieten in Reinbek selbst für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen zunehmend unerschwinglich sind.“ Mit dieser klaren Ansage begründet der Reinbeker SPD-Fraktionsvorsitzende Volker Müller seine Initiative zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Reinbek.

Das Mietniveau in Reinbek sei in den letzten Jahren stark angestiegen. Vor allem Familien mit Kindern falle es zunehmend schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Folge ist, dass gerade diese Familien zum Teil gezwungen sind, aus Reinbek wegzuziehen.

„Wir dürfen dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen“, gibt sich Müller entschlossen. Angesichts der hohen Verschuldung und der Tatsache, dass die Stadt über keine kommunale Wohnungsbaugesellschaft verfüge, kann die Stadt nicht direkt zur Wohnungsbauförderung beitragen. Allerdings, so Müller, könne die Kommune indirekt den sozialen Wohnungsbau fördern, indem sie gezielt für diesen Zweck städtische Grundstücke zur Verfügung stellt. Dort könnten dann gemeinnützige Wohnungsbauträger Sozialwohnungen errichten. Konkret schlägt Müller vor, im Stadtteil Neuschönningstedt

das städtische Grundstück im Bereich Feldstraße/Eggerskoppel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Über einen entsprechenden Antrag Müllers wird der Reinbeker Finanzausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen beraten.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 27.11.2012, 21:32 Uhr - 6465 Clicks - Nr. 609

Anpassung der Gewerbesteuer entschieden

„Historische“ Abstimmung in der Quickborner Ratsversammlung

Gestern abend hat die Quickborner Ratsversammlung mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und eines fraktionslosen Rats Herrn gegen die Stimmen der CDU eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 320 Punkte beschlossen. Bislang lag der Hebesatz seit mehr als 30 Jahren unverändert bei 290 Punkten.

Hierzu erklärt der finanzpolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der SPD Fraktion Christian Dornis: „In der Sache fiel die Entscheidung schwer. Denn der im interkommunalen Vergleich sehr geringe Hebesatz für die Gewerbesteuer war ein wichtiger Impuls für die in den vergangenen Jahren sehr erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Quickborn. Viele Unternehmen kamen auch wegen des geringen Gewerbesteuerhebesatzes nach Quickborn. Dem Steuerzahler kurz vor der Kommunalwahl 2013 in die Tasche zu greifen, ist nicht leicht.“

Gleichwohl konnte angesichts eines strukturellen Defizits im Quickborner Haushalt von über 2 Millionen Euro im Jahr und gestiegenen Anforderungen an die städtischen Leistungen für Schule, Kinderbetreuung und Infrastruktur dieser so lange unveränderte Hebesatz nicht aufrechterhalten werden. Wir haben Schulen gebaut, die Kitabetreuung ausgebaut – wir wollen auch weiter die Angebote von Bücherei, Volkshochschule, Freibad und Musikschule aufrecht erhalten. Zudem müssen wir jetzt dringend das Schulzentrum Süd sanieren. Dies alles lässt sich bei einem Schuldenstand von schon jetzt etwa 41,5 Millionen Euro nicht mehr finanzieren.

Bereits in den letzten Jahren hat die Stadt viel gespart. Der Hauptausschuss hat darüber hinaus eine externe Organisationsuntersuchung der Verwaltungsstrukturen auf den Weg gebracht. Das Sparpotential, was hier möglicherweise liegt, kann das Defizit aber nicht annähernd ausgleichen. Wir hatten gar keine andere Wahl, als den sehr unangenehmen Weg einer Steuererhöhung zu gehen. Hier kam realistisch nur die Gewerbesteuer in Betracht, da eine erneute Erhöhung der Grundsteuer, die bereits im Jahr 2009 um 50 Prozent angehoben wurde, angesichts bereits enorm steigender Wohnkosten infolge der Entwicklungen am Energie- und Immobilienmarkt ausgeschlossen schien.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Olaf Nuckel erklärte im Anschluss an die Sitzung: „Wir haben heute eine historische Ratssitzung erlebt. Erstmals wurde ein substantieller Beschluss gegen die CDU mit den Stimmen aller anderen drei Fraktionen – auch der FDP ! – verabschiedet. Diese neue Unabhängigkeit der FDP lässt uns für die Zukunft auf eine neue Zusammenarbeit hoffen. Mehrheiten, die sich an sachlichen Argumenten orientieren, und nicht politischen Abhängigkeiten geschuldet sind, sind in Quickborn möglich geworden. Das war ein guter Abend für die politische Kultur und für die städtische Entwicklung.“

Keine Kommentare

SPD: Es geht doch! – SPD froh über Tempo 20 für den Bleeck

Bad Bramstedt. „Der Bleeck kann Tempo 20 erhalten und in kleinen Schritten neu gestaltet werden. Das ist eine tolle Nachricht.“, so kommentiert Bodo Clausen, Fraktionssprecher der Bad Bramstedter SPD, die Ergebnisse der Verkehrsschau vom 26.11. , die der Bürgermeister auf der Sitzung des Ausschusses für Planung und Umwelt vortrug. Demnach kann die Stadt Bad Bramstedt den Bleeck versuchsweise in einen „Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich“ mit Tempo 20 umwandeln. Altonaer Straße mit Seitenstraßen und die Hamburger Straße bei der Raiffeisenbank können Tempo 30 Zonen werden.



Pressesprecher Jan-Uwe Schadendorf: „Das entspricht genau den Vorstellungen, die wir verfolgt haben, von denen es aber monatelang hieß, dass die Verkehrsaufsicht wohl nicht mitmache. Schade ist, dass wir so lange in eine falsche Richtung diskutieren mussten und die ganze Bürgerschaft aufregten. Aber nun ist das Ergebnis einfach Klasse. Die heiß diskutierten Kreisel sind damit erst einmal vom Tisch.“

Als Verkehrsberuhigter Geschäftsbereich bezeichnet der Gesetzgeber einen zentralen städtischen Bereich mit hohem Fußgängeraufkommen und überwiegender Aufenthaltsfunktion und lässt dort Tempo 20 oder gar Tempo 10 zu.

Für die SPD passt das hervorragend zu ihren Beratungen auf ihrer jüngsten Haushaltsklausur. Dort beschlossen sie, in 2013 keine Mittel für „große“ Umbauten bereit zu stellen, sondern in 2013 mit einer zweiten Zufahrt zum östlichen Bleeckparkplatz und der Sperrung der Hamburger Straße in Richtung Norden zu beginnen.

Bodo Clausen: „Das passt nun genau zu den Ergebnissen der Verkehrsschau. Das freut uns sehr und bringt die Bleeckentwicklung hoffentlich auf den richtigen Weg. Jetzt können wir in kleinen Schritten sehen, welche Maßnahmen zu welchen Ergebnissen führen. Wir wollen ein Bleeck mit viel Grün und viel Aufenthaltsqualität, dazu besteht jetzt eine gute Chance.“

Kommentar von [Schaefer](#) vom 09.07.2013, 11:23 Uhr:

RE: SPD: Es geht doch! – SPD froh über Tempo 20 für den Bleek

Super mit TEMPO 20 und wir als Anlieger der Mühlenstraßen, haben das nachsehen!!!!!!!!!! Es ist schon immer so gewesen dass, hier zu den bestimmten Zeiten alle Autofahrer die Mühlenstraße als Abkürzung benutzen, ob wohl hier eigentlich nur Anlieger rein fahren dürfen, das Straßenschild nur für Anlieger, steht unter einen Baum und auch schön in einer nicht so guten einsiecht baren Kurve, (was sollst denken die Leute) ich fahre da mal durch !!! Heute Morgen sind auch 40Toner hier durch gefahren, wir wohnen in einem altem Haus und bei uns ist um 4:30 Uhr, mal eben die Schranktüren raus gefallen, ich weiß Sie können ja noch schön schlafen, aber wir werden sogar am Sonntag um 5:00 Uhr von den Straßen Lärm gewägt. Heute standen alle Nachbar in der Mühlenstraßen draußen und meinten, wir haben wieder de Mönkebegstraße bei uns!!! WANN WIRD endlich mal was unter nomen, Es kann nicht sein das auch immer LKW hier durch Rassen. Sie können Sich ja mal gerne zu den Stoß-Zeiten bei uns vor die Tür stellen, es geht von Morgens 5:00Uhr Los und endet erst so um 22:30Uhr Es macht kein spass mehr, hier zu Wohnen, man ist so von dem Straßen Lärm genervt und auch gestresst. Und auch die Straße leidet unter den LKW, sie geht da durch auch Kaputt!!

Kinder beteiligen sich am Weihnachtsbasar in Steinfeld

Am 2. Dezember von 11.00 bis 16.00 Uhr findet ein Weihnachtsbasar im gemeindeeigenen Landgasthof Jäger´s Ruh in Steinfeld statt, wo sich neben Ausstellungen von HobbykünstlerInnen wieder die 3. und 4. Klasse an einem Malwettbewerb der Schleidörferschule in Steinfeld beteiligen werden.

Der Kultur- und Jugendausschuss in der Gemeinde Steinfeld prämiert jeweils die ersten 3 Plätze des Malwettbewerbs. Als erste Preise winken den Gewinnerinnen und Gewinnern jeweils ein Reitwochenende im Reiterhof "Kastanienhof" der Familie Junge in Steinfeld. Die weiteren Prämierten erhalten jeweils Büchergutscheine.

Alle gemalten Bilder der Kinder werden im Saal des Landgasthofes ausgestellt.

Die Prämierung findet am 2. Dezember um 13.00 Uhr im Jäger´s Ruh statt.

Keine Kommentare

Lebendiger Advent mit der SPD Kreis Plön

28. 11. 2012

Lebendiger Advent mit der SPD Kreis Plön
die SPD im Kreis Plön möchte mit vielen bunten Aktionen zu einem bunten Advent beitragen. Diese Veranstaltungen sollen die Menschen in der Adventszeit zusammenzubringen und auf das Weihnachtsfest vorbereiten, so dass im Alltagsstress ein wenig Besinnlichkeit einkehren wird. Auf diese Weise treffen sich außerdem Menschen, die sich sonst vielleicht nicht kennen lernen würden.

Gemeinsam mit dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Matthias Naumann wird am 30. 11. 2012 um 17.00 Uhr in Preetz im städtischen Kindergarten "Bunte Kiste" ein bunt geschmückter Weihnachtsbaum aufgestellt.

Am Donnerstag, dem 6. Dezember ab 9.30 Uhr wird der Kreistagsabgeordnete aus Schönberg Lutz Schlüsen viele Schokoladen-Nikoläuse auf dem Schönberger Wochenmarkt verteilen, um damit den Bürgerinnen und Bürgern eine besinnliche Adventszeit zu wünschen.

Mit Punsch und Politik veranstaltet der SPD-Ortsverein Schönberg traditionsgemäß am Freitag, dem 7.12.2012 um 19.00 Uhr einen gemütlichen Abend im Sprüttenhus. Gäste sind herzlich willkommen.

Weihnachtliche Lieder zur Gitarre werden am Samstag, dem 8. 12. 2012 im Seniorenheim in Wankendorf: von dem Kreistagsabgeordneten Jürgen Plambeck vorgetragen.

Ein ganz besonderer Adventsspaziergang findet am Samstag, dem 15. Dezember, 9.00 Uhr mit dem NABU-Schutzgebietsreferenten Herrn Lothar Sielmann und dem Kreistagsabgeordneten Matthias Ehmke vom Nabu Sehlendorf statt. Die Wanderung beginnt mit einem Treffen an der Tourist Info am Sehlendorfer Strand.

Ebenfalls am 15. Dezember veranstalten die Mitglieder des Ortsvereins Schönkirchen von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr in Schönkirchen am Kirchplatz ein Treffen mit Glühwein und Keksen für die Schönkirchener Bürgerinnen und Bürger. Der Kandidat für die Kreiswahlen, Kai Bellstedt und die Gemeindevertreter der SPD stellen sich den Fragen der Bürger..

Infostand der SPD Plön am Freitag, 21. Dezember 2012 von 9:30 Uhr bis 12:30 Uhr vor der Hof-Apotheke am Markt/Lange Straße in Plön.
Der SPD-Weihnachtsmann verteilt Schokoladen-Weihnachtsmänner an die Kinder und Jugendlichen und Punsch an die Erwachsenen und wünscht Frohe Weihnachten.

Zu einer Bosseltour lädt der SPD Ortsverein Stein am Samstag, dem 22.12.2012 um 14.30 Uhr an. Treffpunkt ist in Stein am Ehrenmal Richtung Lutterbek; die Tour dauert ca. 2 Stunden. Anschließend findet ein Punschtrinken unter dem Carport in Sandkuhle 1 bei Günter Grotzek in Stein statt; um Anmeldung wird gebeten; bei schlechtem Wetter: nur Punschtrinken unter dem Carport. Die Anmeldung zum Bosseln erfolgt unter der Tel. Nr. 04343 - 429 300 bis 19.Dez.2012

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 29.11.2012, 08:36 Uhr - 9626 Clicks - Nr. 613

Der SPD OV Preetz nominiert seine Kreistagskandidaten

Der SPD OV Preetz nominiert seine Kreistagskandidaten



Auf der Mitgliederversammlung der SPD Preetz wurden die drei Kreistagskandidaten für die Kommunalwahl 2013 nominiert. Gewählt wurden der ehemalige Vorsitzende des Ortsvereines, Norbert Maroses, und der aktuelle Vorsitzende, Matthias Naumann, die beide auch im aktuellen Kreistag als Abgeordnete vertreten sind.

Komplettiert wird das Trio durch Andre Rehder, der Mitglied im Vorstand der SPD Preetz ist und sich erstmalig um ein Kreistagsmandat bewirbt.

Gemeinsam verfolgen Sie das Ziel, alle drei Preetzer Wahlkreise zu gewinnen. "Mit dem Rückenwind des hervorragenden Wahlergebnisses für die SPD in Preetz bei der letzten Landtagswahl, einem engagierten Wahlkampf und den richtigen Themen können wir dieses ambitionierte Ziel erreichen", so Matthias Naumann.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.11.2012, 10:21 Uhr - 7400 Clicks - Nr. 614

Planungssicherheit und Klarheit für Gemeinschaftsschulen

Die SPD-Landtagsfraktion lädt in unregelmäßigen Abständen zum „offenen Büro“ beim

Fraktionsvorsitzenden ein. Zu jeweils einem bestimmten Thema oder Sachgebiet kommen Vertreterinnen und Vertreter der entsprechenden gesellschaftlichen Gruppen zu einem Gespräch und Meinungsaustausch in lockerer Runde ins Landeshaus. Am 27. November waren Lehrkräfte, Eltern- und Schülervertretungen von Gemeinschaftsschulen aus dem ganzen Land zu Gast bei uns in Kiel.

Dazu erklären der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner und der bildungspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende Martin Habersaat:

Wir freuen uns, dass so viele Lehrerinnen und Lehrer, Eltern- und Schülervertreterinnen und -vertreter unserer Einladung zum „offenen Büro“ gefolgt sind.

Sie alle arbeiten mit sehr viel Überzeugung und Engagement an ihrer Schulform. In den Gesprächen wurde deutlich, dass sie sich für ihre Gemeinschaftsschulen vor allem Planungssicherheit wünschen. Wir haben zugesichert, dass über die Anträge auf Oberstufen an Gemeinschaftsschulen bald entschieden wird. Begrüßt wurde von den Gästen, dass die Koalition bei den Differenzierungsstunden

Verbesserungen erreicht und die Anzahl auf fünf erhöht hat. Positiv vermerkt wurde auch die Ankündigung, die Mindestgrößenverordnung anzupassen, damit nicht Regionalschulen auf dem Weg zu Gemeinschaftsschulen auf der Strecke bleiben und dies von der Opposition zum Anlass genommen wird, gegen Gemeinschaftsschulen zu polemisieren. Die Vertreter der Lehrkräfte äußerten den Wunsch nach mehr Kooperation mit beruflichen Schulen, von den Elternvertretern kam die klare Aussage, dass Eltern sich flächendeckend G9 an Gemeinschafts- und beruflichen Schulen als Alternative zu G8 an Gymnasien wünschten.

Diese Anregungen und Wünsche fließen selbstverständlich in unsere politische Arbeit ein.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.11.2012, 11:16 Uhr - 8474 Clicks - Nr. 615

Hochschulland Schleswig-Holstein stärken

Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Wende stellte auf der 1. Hochschulkonferenz in Kiel die Leitlinien ihrer Hochschulpolitik vor: „Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen das Hochschulland Schleswig-Holstein stärken“, sagte Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Waltraud 'Wara' Wende am 28. November bei der Eröffnung der ersten Hochschulkonferenz in Schleswig-Holstein, zu der sie eingeladen hatte.

Bei der Vorstellung ihrer Leitlinien für die schleswig-holsteinische Hochschulpolitik vor Vertretern der Hochschul-Präsidien, der Studierenden, Gleichstellungsbeauftragten, Verbandsvertretern, Landtagsabgeordneten und vor den Vertretern weiterer mit Hochschul- und Wissenschaftspolitik befassten Institutionen betonte Wende in Kiel: „Wir reden nicht nur von Dialog, wir führen ihn auch.“ Denn der Dialog mache Betroffene zu Beteiligten. Für die SPD-Fraktion nahm deren hochschulpolitischer



Sprecher Martin Habersaat an der Konferenz teil.

Es gehe darum, Forschung und Lehre zu verbessern, die Universitäten und Fachhochschulen im Land wettbewerbsfähig zu erhalten und den Studierenden gute Bildungsperspektiven zu bieten, erklärte die Ministerin. Auf diesem Weg gebe es mehrere Baustellen zu bearbeiten - „übrigens im wahrsten Sinne des Wortes: Der Sanierungsbedarf an Hochschulgebäuden in Schleswig-Holstein ist erheblich“. Vor diesem Hintergrund hätten die Regierungsfractionen bereits die Weichen gestellt und einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung „genau zum richtigen Zeitpunkt“ eingebracht, zudem habe die Landesregierung einen Maßnahmenkatalog zur Hochschulbau-Sanierung entwickelt.

Jenseits dieser „Baustellen“ lägen gewichtige inhaltliche Themen auf dem Tisch: So habe die „EU-Europa-2020-Strategie“ das Ziel formuliert, das Bildungsniveau grundsätzlich zu verbessern, Ingenieure und Computer-Experten seien rar, es gebe Engpässe beim naturwissenschaftlichen Nachwuchs - den sogenannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik); und bei der Studienanfängerquote liege Schleswig-Holstein mit 30 Prozent auf dem bundesweit letzten Platz. Zudem habe der demografische Wandel einen entscheidenden Einfluss auf die zukünftige Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes, sagte Wissenschaftsministerin Wende.

„Wir haben Nachholbedarf bei der Akademisierung, der Internationalisierung und im MINT-Bereich“, stellte die Ministerin fest und wies gleichzeitig darauf hin, dass die Kooperationen zwischen Universitäten und Fachhochschulen weiter entwickelt und die deutsch-dänischen Studiengänge und ihre grenzüberschreitende Bedeutung betont werden müssten. Zudem solle die Kooperation mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Hochschulen, Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen und der Technologietransfer kreativ weiter entwickelt und gestärkt werden. Die Ministerin beschrieb die Leitlinien ihrer Politik und benannte dabei die Themen, die ihr besonders wichtig sind:

- Das Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen: Fachhochschulen seien im Konzert der akademischen Ausbildung gleichberechtigte Hochschulen: „Andersartig, aber gleichwertig“. Die Landesregierung wolle dem Rechnung tragen und die Rolle der Fachhochschulen weiter stärken, wobei anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer die besonderen Kennzeichen der Fachhochschulen seien. Zu fragen sei, ob das ausschließliche Promotionsrecht der Universitäten noch zeitgemäß sei. Im Übrigen müssten die bestehenden Ansätze zur Zusammenarbeit der Hochschulen ausgebaut und intensiviert werden, denn Kooperationen seien notwendig, um den steigenden interdisziplinären Anforderungen gerecht zu werden. Darüber hinaus habe sich die Landesregierung mit den drei Universitäten darauf geeinigt, dass man nicht mehr an einem gemeinsamen Hochschulrat für alle drei Universitäten festhalten wolle, stattdessen solle jede Universität einen eigenen Hochschulrat erhalten.
- Schwerpunkte und Profilbildungen innerhalb der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft: Die Hochschulen in Schleswig-Holstein sollen bei der Ausprägung ihres jeweils individuellen Profils unterstützt werden. Gute Ansätze gebe es bereits; so schlage die Universität Flensburg den Weg zur Europa-Uni ein, erstmals würden zum Wintersemester 2013/2014 in 15 bis 18 Fächern englischsprachige Lehrveranstaltungen angeboten; und die Universität Lübeck werde auf dem eingeschlagenen Weg zur Stiftungsuniversität unterstützt. Darüber hinaus gebe es weitere gute Beispiele an den schleswig-holsteinischen Hochschulen für sehr erfolgreiche Profilbildungen; diese gelte es zu stärken und auszubauen. Ein Anliegen sei es zudem, das Thema Nachhaltigkeit in der schleswig-holsteinischen Bildungslandschaft zu implementieren, und zwar von der Schule bis hin zu den Hochschulen.
- Verbesserung der Lehre: In den vergangenen Jahren hätten an den Hochschulen die Strukturfragen im Vordergrund gestanden. Mittlerweile seien 85 Prozent aller Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt. Nun sei es an der Zeit, sich stärker

um die Lehre und deren Qualität zu kümmern. Dabei müsse es unter anderem gelingen, die Lehrer- und Lehrerinnenausbildungen an den Universitäten Kiel und Flensburg so aufzustellen, dass beide Universitäten ihre spezifischen Stärken in die Ausbildung einbringen können und es für beide Entwicklungsmöglichkeiten gebe. Darüber hinaus sei es zwingend erforderlich, das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) als gleichberechtigten Partner in die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung einzubeziehen.

- Mehr Professorinnen: Geschlechtergerechtigkeit an schleswig-holsteinischen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sei eine zentrale Querschnittsaufgabe. Im Rahmen der Novellierung des Hochschulgesetzes strebe das Land eine Stärkung der Chancengleichheit an. Ziel sei es, den Frauenanteil auf Professuren signifikant zu erhöhen.

Fazit Martin Habersaat: „Dialog hilft - auch in der Hochschulpolitik. Wieder einmal war es eine schöne Erfahrung, Fachleute auch miteinander diskutieren zu sehen und nicht nur jeweils einzeln mit der Politik.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 29.11.2012, 14:35 Uhr - 14969 Clicks - Nr. 616

Thönnies: Arbeit darf nicht krank machen

Zwei Segeberger bei Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

„Humaner Arbeitsplatz – Humane Arbeitswelt“, so lautete der Titel der Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin am 28. November 2012, an der ca. 250 Gäste aus ganz Deutschland teilnahmen.

Aus dem Kreis Segeberg waren auf Einladung des SPD-Abgeordneten Franz Thönnies die Betriebsratsvorsitzenden des DRK Kreisverbandes, Norbert Vahl und des Forschungszentrums Borstel, Heiko Käbner, dabei.



„Hoch verdichtete Arbeitsabläufe führen immer häufiger zu psychischen Belastungen. Druck und Versagensängste haben in der Berufswelt zugenommen. Für uns Sozialdemokraten ist klar, dass das Arbeitsleben wieder menschlicher werden muss. Die Beschäftigten sind keine Roboter, die ständig Höchstleistungen bringen können. Arbeitskraft ist nicht nur ein Produktionsfaktor, dahinter steht immer ein Mensch“, erläutert der SPD-Politiker

Zusammen mit Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionsvorsitzender, Detlef Wetzel, zweiter Vorsitzender der IG Metall, Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund und weiteren Experten aus der Praxis, diskutierten die Teilnehmer welche Rahmenbedingungen die Politik für humane Arbeit schaffen kann und welche Handlungsspielräume Gewerkschaften und Betriebsräte haben oder benötigen, um die Interessen der Beschäftigten erfolgreich vertreten zu können.

„Bereits im letzten Jahr habe ich an der Konferenz teilgenommen und bin gerne wiedergekommen. Denn der Austausch ist wichtig um deutlich zu machen, welche gesetzlichen Regelungen wirken oder wo nachgebessert werden muss. Besonders gefreut hat mich, dass die Probleme beim Teilzeitbefristungsgesetz und der sachgrundlosen Befristung angesprochen wurden“, so Heiko Käbner. Und Norbert Vahl ergänzt: „Gerade in der Pflege wird 2020 jeder Zweite über 50 Jahre alt sein. Das werden wir nur mit altersgerechter Arbeit und einem funktionierenden Betrieblichen Eingliederungsmanagement gestalten können. Hierfür ist der Dialog mit der Politik unentbehrlich“.

„Wir glauben, dass Stress, Burn-Out und Erwerbsunfähigkeit oft vermeidbar sind. Flexible Übergänge in die Rente sind dabei genauso notwendig wie Arbeitsplätze mit dem Alter entsprechender, ergonomischer Ausstattung, damit auch Ältere länger im Beruf bleiben können und nicht als Kranke heraus gedrängt werden. Hierüber zu diskutieren lohnt sich und es ist gut, dass auch aus dem Kreis Segeberg Vertreter dabei sind“, so Thönnies abschließend.

Bildunterschrift v.l.: Sirko Hartmann, begleitet als Gewerkschaftsjunior diese Woche den SPD-Abgeordneten, Franz Thönnies, Norbert Vahl und Heiko Käbner im Fraktionsaal der SPD

Keine Kommentare

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 29.11.2012, 20:52 Uhr - 12679 Clicks - Nr. 617

Schließung Finanzamt Eckernförde: Wer hat Recht?

Zur Berichterstattung in der örtlichen Presse über die Schließung des Finanzamts Eckernförde erklärt die Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli folgendes und fragt, wer hat denn nun Recht?

In der Eckernförder Presse wird der örtliche CDU-Abgeordnete Daniel Günther folgendermaßen zitiert: „Unter der CDU-Regierung in Kiel sei die Hauptstelle des Finanzamtes in Eckernförde im Erhalt stets vorgesehen gewesen.“

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, sagt dagegen in den Schleswiger Nachrichten: „Ich habe mich bereits in der letzten Wahlperiode für das Schleswiger Finanzamt eingesetzt und darauf hingewirkt, dass von der CDU-geführten Landesregierung die Rahmenbedingungen für die Zukunft des Standortes Schleswig geschaffen wurden. Es wäre nicht vertretbar gewesen, wenn die neue Landesregierung diese positiven Weichenstellungen zurückgenommen hätte.“

Dazu erklärt die SPD-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Eckernförde, Serpil Midyatli: Herr Günther verschweigt, dass das Konzept „Steuerverwaltung 2020“ im Finanzministerium unter der Ägide der Vorgängerregierung erarbeitet wurde und kritisiert die neue Landesregierung für die Umsetzung. Sein Fraktionsvorsitzender Callsen dagegen lobt die Vorgängerregierung für das Konzept, das jetzt umgesetzt wird. Jeder hat sich angeblich für „sein“ Finanzamt eingesetzt. Aber wer hat denn nun Recht?

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 01.12.2012, 13:14 Uhr - 9913 Clicks - Nr. 618

Ein Weihnachtsbaum für die 'Bunte Kiste'

Ein Weihnachtsbaum für die 'Bunte Kiste'

Da auf dem Preetzer Markt seit einigen Jahren kein Weihnachtsmarkt mehr stattfindet, haben sich die Kinder des Preetzer Kindergartens 'Bunte Kiste' einen Weihnachtsmarkt im Kindergarten gewünscht. Initiiert durch die Leiterin des Kindergartens, Martina Bock, wurde dieser Wunsch in die Tat umgesetzt, so dass in diesem Jahr vom 28.11. – 30.11. ein Weihnachtsmarkt auf dem Gelände des Kindergartens stattfand.



Den dazugehörigen Weihnachtsbaum – und was ist ein Weihnachtsmarkt ohne richtigen Weihnachtsbaum – sponserten die drei Preetzer SPD Kreistagskandidaten Norbert Maroses, Matthias Naumann und Andre Rehder. "Mit einem so großen Ansturm auf unseren Weihnachtsbasar hätten wir gar nicht gerechnet", so Martina Bock und freute sich über diesen Erfolg und den von der SPD gesponserten Weihnachtsbaum.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 01.12.2012, 16:29 Uhr - 9534 Clicks - Nr. 619

SPD Mitglieder wählen Dirk Osbahr einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten

SPD-Ortsverein Schönberg 24217 Schönberg

SPD Mitglieder wählen Dirk Osbahr einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten
Am 3. März 2013 entscheiden die Schönberger Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stimme!

Auf einer Mitgliederversammlung der SPD Schönberg wurde Dirk Osbahr einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten für die Bürgermeisterwahl in Schönberg am 3. März 2013 gewählt. Dirk Osbahr ist parteilos.



Die Vorsitzende der Findungskommission, Antje Klein, gab einen Bericht über die Arbeit in den vergangenen Wochen: das Anforderungsprofil für den/die Bürgermeister/in beinhaltet eine Verwaltungsausbildung, Bürgernähe, Familienfreundlichkeit und soziale Kompetenz.

Die Mitglieder des Ortsvereins freuten sich über den überzeugenden Personalvorschlag, Dirk Osbahr, für die Bürgermeisterwahl. Fraktionsvorsitzender Dieter Winkler hob den historischen Moment dieser Versammlung hervor, zum ersten mal entscheidet eine Mitgliederversammlung über die Bewerbung, und dankte in diesem Zusammenhang Bürgermeister Wilfried Zurstraßen für seine über 25-jährige Tätigkeit, hauptamtlich und ehrenamtlich als Bürgermeister, kein anderer hat die Gemeinde so positiv geprägt und gestaltet. Wilfried Zurstraßen wiederum berichtete über die sehr förderliche Zusammenarbeit bei verschiedenen Touristikprojekten mit Dirk Osbahr und hob hervor, dass er Dirk Osbahr als hervorragenden Verwaltungsfachmann kennen gelernt hat, der die besten Voraussetzungen für das Bürgermeisteramt mitbringt.

Der Bewerber stellte sich den Mitgliedern des Ortsvereins vor. Als leitender Verwaltungsbeamter im Amt Dänischenhagen hat er viele Projekte mit initiiert wie z.B.:

Gründung der Lokalen Tourismusorganisation „LTO Eckernförder Bucht GmbH“
Mitarbeit im Rahmenplan Kieler Förde und im Klimabündnis Kieler Bucht und dem Projekt
„Lust op dat Meer“, an denen auch die Gemeinde Schönberg beteiligt ist.

Dirk Osbahr ist verheiratet und hat vier Kinder, er ist Vorsitzender des Elternbeirates der
Gemeinschaftsschule Probstei. Er war erfolgreicher Cheftrainer und Manager der „Kiel
Baltic Witches“, einer American Football Damenmannschaft. In seiner Freizeit fährt er
gern mit seiner Familie Fahrrad in der Probstei.

Dirk Osbahr führte aus: „Ich möchte Bürgermeister von Schönberg werden, weil ich
durch meine fundierte Ausbildung in der Verwaltung und meine langjährigen beruflichen
Erfahrungen in der Leitung kommunaler Verwaltungseinheiten einen Beitrag für die
Entwicklung unserer schönen Gemeinde leisten kann. Eine moderne Gemeinde muss die
Anforderungen erfüllen, die wir alle von jedem Dienstleister verlangen: freundlich und
zuvorkommend, hilfsbereit und zielorientiert, effektiv und wirtschaftlich. Das setzt eine
Unternehmenskultur voraus, in der hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
gerne arbeiten und sich mit ihrer Gemeinde und ihren Aufgaben im Interesse der
Bürgerinnen und Bürger identifizieren. Hierzu bedarf es eines Bürgermeisters, der in allen
Belangen mit gutem Beispiel voran geht.

Das Amt des Bürgermeisters im Ostseebad Schönberg reizt mich, weil die wirtschaftliche,
kulturelle und touristische Bedeutung Schönbergs weit über die Gemeindegrenzen hinaus
wirkt. In der reizvollen Lage an der Ostsee und inmitten der landschaftlich schönen
Probstei profitiert Schönberg insbesondere von dem sozialen, kulturellen und politischen
Engagement der Bürgerinnen und Bürger in über 60 Vereinen und Verbänden. Im
Rahmen von Gesprächen und Bürgerbeteiligungen möchte ich zuhören und als Motor,
Moderator und Mediator meine Fähigkeiten einsetzen. Schönberg und die Probstei sind
seit meiner Kindheit mein Lebensmittelpunkt. Daher zieht es mich nun auch beruflich
zurück in die Heimat. Ich freue mich darauf, Bürgermeister für alle Bürgerinnen und
Bürger zu werden.“

Der Ortsvereinsvorsitzende Peter Domeier: „Dirk Osbahr beeindruckt die Mitglieder durch
seine offene und freundliche Art und sein Hochmotiviertes Auftreten. Dirk Osbahr hat die
Mitglieder überzeugt, dass er die beste Wahl für Schönberg ist.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.12.2012, 12:09 Uhr - 9495 Clicks - Nr. 620

Herzlichen Glückwunsch, Nina Scheer!

Dr. Nina Scheer ist SPD-Kandidatin für den Bundestag

106 Delegierte aus den SPD-Kreisverbänden Stormarn und Lauenburg trafen sich, um
ihre Kandidatin für die Bundestagswahl im Herbst 2013 zu nominieren. Sie entschieden
sich für Dr. Nina Scheer (41). Die Mutter einer achtjährigen Tochter ist promovierte
Politikwissenschaftlerin, besitzt Diplome in Musik (Hauptfach: Violine) und Jura und ist
derzeit in Berlin als Geschäftsführerin eines Unternehmensverbands tätig,

der sich für gute Rahmenbedingungen für ökologisches
Wirtschaften einsetzt.

Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der als
Barsbüttler Delegierter an der Versammlung teilnahm,
freute sich: „Nina Scheer ist eine gute Verstärkung für
den Wahlkreis. Sie ist in Berlin bestens vernetzt und
wird unsere Region als neue Heimat schnell schätzen
lernen.“



In ihrer Bewerbungsrede wies Nina Scheer auf ihre Kompetenzen im Bereich der Energiewende hin, im Hauptberuf und als Vorsitzende der Hermann-Scheer-Stiftung, der Energiepolitiker Hermann Scheer war ihr Vater, ist sie bereits heute bundesweit gefragte Referentin in Energiefragen. Im ersten Wahlgang konnte keiner der drei Bewerber die erforderliche absolute Mehrheit erreichen. Nina Scheer erhielt 45 Stimmen, Gitte Neemann-Güntner (Büchen) 35 und Jens Meyer (Lauenburg) 26. Im zweiten Wahlgang fiel dann die Entscheidung mit 56 zu 36 (Neemann-Güntner) und 14 (Meyer). Stormarns Kreisvorsitzende Susanne Danhier freute sich über den spannenden Abend: „Es ist gut zu wissen, dass die SPD drei starke Kandidaten gehabt hätte und unter diesen eine Auswahl treffen konnte. Auch die lebhafteste Diskussion ist Zeichen einer starken Partei.“

Nina Scheer kündigte an, die dezentrale Energiewende unter Beteiligung der Menschen vor Ort, mit den Kommunen und den starken Stadtwerken des Wahlkreises voranzubringen zu wollen. Dabei warb sie für Transparenz und kritisierte, dass Genehmigungen für Fracking-Bohrungen unter Einsatz hoch giftiger Chemikalien oder riesige Kiesabbau-Vorhaben wie in Grande nicht mit dem in der Verfassung verankerten Staatsziel „Förderung des Umweltschutzes“ vereinbar seien. Scheer: „Fracking ist abzulehnen. Wohltorf und Wentorf müssen von Fracking verschont bleiben!“ Sie fragte sich außerdem, wie ihr Gegenkandidat von der CDU sich damit rühmen könne, Solarparks ins Großhansdorf und Lancken zu fördern, wenn er gleichzeitig im Bundestag für EEG-Änderungen stimme, auf deren Grundlage eben solche Projekte nun ausgebremst würden.

Die beiden Kreisvorsitzenden Susanne Danhier und Peter Eichstädt forderten die Delegierten unter großem Beifall auf, jetzt das Projekt „Regierungswechsel“ anzugehen. So formulierte es auch Nina Scheer in ihrem Schlusswort: „Lasst uns zusammen sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen der Zeit finden und gemeinsam den Regierungswechsel einleiten!“ Dabei bot sie an, bereits im anstehenden Kommunalwahlkampf mit Benefizkonzerten und Veranstaltungsreihen zu verschiedenen Themen kräftig mitzumischen.

Keine Kommentare

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 02.12.2012, 15:47 Uhr - 10277 Clicks - Nr. 621

Innovatives Integrationsseminar initiiert!

Ein Beitrag von Lasse Nissen von den Jusos Rendsburg-Eckernförde und Patrick Lange über unser Integrationsseminar vom 23-25.11 in Elpersbüttel

Was hat das Oktoberfest auf einem Migrationsseminar zu suchen?

Diese und natürlich einige Fragen mehr wurden am Wochenende im beschaulichen Elpersbüttel am Dithmarscher Deich geklärt. Was war passiert?

Die Kreiverbände der Jusos aus Dithmarschen, Stormarn und Rendsburg-Eckernförde haben gemeinsam ein Seminar zum Thema Integration und Flüchtlingspolitik organisiert.

Am Freitag Abend machten die Teilnehmenden einen Persönlichkeitstest und konnten herausfinden ob sie BärIn, Igel, Hase/Häsin oder TigerIn (bzw. für die Gelehrten unter uns PhlegmatikerIn, MelancholikerIn, SanguinikerIn oder CholerikerIn) waren. Danach wurde darüber debattiert wie sich alle bestens in das Seminar integrieren können, da Integration für uns Jusos mehr bedeutet als nur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Mehrheitsgesellschaft.

Am Samstag bekamen wir einen faktenbasierten Input von Anja Döhren von der Diakonie

über Integration in Dithmarschen, sowie Erfahrungen von einem, seit 3 Jahren in Deutschland lebenden, Iraner der nun in Hamburg studiert.

Samstagmittag kam dann Christopher Schmidt, Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt der SPD-SH zu Besuch. Er hatte einige Filme im Gepäck, unter anderem einen Expeditions/Dokumentarfilm, „Das Fest des Huhnes“, der aus der Sicht dunkelhäutiger Afrikaner satirisch beschreibt, wie diese „das unberührte und rätselhafte Oberösterreich“ entdecken.

Im Zuge ihrer Expedition beobachteten sie die Bräuche und Lebensgewohnheiten der „Oberösterreichischen Stämme“, unter anderem natürlich auch das Bierfest. Es wurde deutlich, wie im Kolonialismus, als Europäer Afrika, Asien oder Amerika entdeckten, Rassismus und Xenophobie entstanden, da ethnologisch viel zu oberflächlich geforscht wurde.

Dies wurde als Einstieg zu einer Debatte über Alltagsrassismus heutzutage genutzt, die ergänzt wurde mit dem Besuch Serpil Midyatlis. Viel Aufregung und Diskussionen verursachten die Hindernisse, denen MigrantInnen in deutschen Kitas und Schulen ausgesetzt sind. Rassismus ist auch dort weit verbreitet.

Den Start in den Workshop „Flüchtlinge an Europas Grenzen und Asyl in Deutschland“ machte Juso Landesvorstandsmitglied Felix Deutschmann am Samstagabend mit dem Tatort „Unter Verdacht – Eine elegante Lösung“, der die Menschenrechtsverletzungen an Europas Mittelmeergrenze thematisiert.

Den Abend ließen wir dann gemeinsam am Kamin ausklingen, um uns nach einer kurzen Nachtruhe und einem leckeren Frühstück in den Hauptteil von Felix´ Workshop zu stürzen. Es galt, sich in Gruppen durch verschiedene Texte zu arbeiten, und anschließend, den anderen Teilnehmern die Ergebnisse zu präsentieren. Dabei wurde klar, dass die Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen Europas und in Flüchtlingslagern gestoppt werden müssen. Außerdem dürfen Menschen in Deutschland nicht eingesperrt oder an der Weiterreise gehindert werden, nur weil sie keine gültige Aufenthaltsgenehmigung besitzen.

Europa darf keine Festung sein!

Damit endete das Seminar, doch nicht unsere Bemühungen, die Mauern der Festung Europa niederzureißen!

Keine Kommentare

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 02.12.2012, 20:51 Uhr - 5632 Clicks - Nr. 622

Kandidatennominierung im Wahlkreis 12

Die SPD Ortsvereine Bovenau, Osterrönfeld, Schacht-Audorf und Schülldorf veranstalten am Dienstag, dem 18. Dezember 2012 ab 19 Uhr, im Hotel Audorfer Hof in Schacht-Audorf, eine gemeinsame Mitgliederversammlung. Haupttagesordnungspunkt wird die Nominierung einer Kandidatin oder eines Kandidaten für den Kreistag sein. Interessierte sind herzlich willkommen.

Keine Kommentare

Ostuferrunde zum Thema Bildung

Bernd Heinemann ist Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtags und direkt gewählter Abgeordneter für Kiel-Ost. Regelmäßig lädt er zu „Ostuferrunden“, bei denen es mit unterschiedlichen Gästen um aktuelle Themen geht. In der jüngsten Runde stand die Bildungspolitik der rot-grün-blauen Koalition auf der Tagesordnung. Gast im Gymnasium Elmschenhagen waren Lehrer und Elternvertreter von 13 Schulen aller Schularten, Vertreter der Kieler Politik, darunter Susanne Gaschke,

und andere interessierte Gäste. Als Experte war Martin Habersaat eingeladen, bildungspolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Martin Habersaat stellte die bildungspolitischen Passagen des Koalitionsvertrags vor und skizzierte die ersten Maßnahmen der neuen Regierung. Im Mittelpunkt standen dabei die Rückgabe von 300 Lehrerstellen und der begonnene Bildungsdialog.

Diskutiert wurde auch über Chancen und Notwendigkeiten der Inklusion, die besonderen Herausforderungen der Eingangsstufe an Grundschulen, das Für und Wider der Schulartempfehlung nach Klasse vier, Anforderungen an eine moderne Lehrerbildung und die Perspektive eines zweigliedrigen Schulsystems, das auf Gymnasien und Gemeinschaftsschulen setzt.

Martin Habersaat: „Es war ein lebhafter Abend. Ich bedanke mich bei allen für die gute Diskussion. Natürlich können wir nicht alle Probleme sofort lösen und natürlich kann kein Dialog erreichen, dass hinterher alle voll zufrieden sind. Wichtig scheint mir aber, sich vor Ort der Diskussion zu stellen und gemeinsam um den besten Weg für unsere Kinder zu ringen.“



Keine Kommentare

Kinderbeteiligung am Weihnachtsbasar in Steinfeld

Der Weihnachtsbasar am 1. Advent in Steinfeld fand in diesem Jahr großen Anklang. Am Weihnachtsbasar beteiligten sich wieder die 3. und 4. Klassen der Schleidöferschule mit einem Malwettbewerb. Ihre kreativen Werke wurden im Saal des Landgasthofes Jäger's Ruh in Steinfeld ausgestellt.

Der Jury des Kultur- und Jugendausschusses der Gemeinde, Anne Marxen und Dörte Jönk, fiel einmal wieder die Auswahl für die Prämierung der eingereichten Bilder sehr schwer, wovon jeweils die ersten drei Plätze prämiert wurden. Ina Martensen aus Steinfeld (3. Klasse) und Carlotta Marx aus Steinfeld (4. Klasse) erhielten als Siegerinnen einen Gutschein für ein Reit-Wochenende auf dem Kastanienhof der Familie Junge in Steinfeld-Krock. Den Zweit-

und Drittplazierten wurden jeweils Gutscheine für Bücher überreicht. Mit dem 2. Platz wurden Anuschka Dolata aus Ulsnis (3. Klasse) und Melina Gramsch aus Steinfeld (4. Klasse) und mit dem 3. Platz wurden Vicky Flügge aus Loit und Lea Vockamm aus Steinfeld belohnt.

Auf dem Foto die 6 prämierten Schülerinnen der Schleidöferschule und Dörte Jönk und Anne Marxen vom Kultur- und Jugendausschuss der Gemeinde Steinfeld

Foto: Mette Rieck

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 03.12.2012, 12:38 Uhr - 4510 Clicks - Nr. 625

Festakt zum 40-jährigen Jubiläum SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis

Am 7. Dezember 2012 um 18.00 Uhr wird im Rahmen eines Festaktes das 40-jährige Jubiläum im Landgasthof Jäger´s Ruh in Steinfeld begangen. Alle Mitglieder sind ganz herzlich eingeladen und als Gäste haben MdL Birte Pauls, der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel, der Direktkandidat für den Kommunalwahlkreis 15 Karsten Stühmer, der Staatssekretär a. D. und jetziger Bürgermeister von Borgwedel Uwe Jensen und Vertreter der umliegenden Ortsvereine ihre Teilnahme angekündigt.

Nach den Grußworten wird ein Essen gereicht. Danach werden langjährige Mitglieder geehrt und zum Abschluss wird eine kulturelle Überraschung erwartet. Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird außerdem eine Festschrift überreicht.

Das Jahr 1972 war ein bedeutungsvolles Jahr für die SPD. Im Bundestagswahlkampf, daran erinnern sich sicher viele, war der Wahlslogan „Willy wählen“ in aller Munde. Die Bundestagswahl am 19. November 1972 wurde ein großer Erfolg für die SPD. Willy Brandt wurde als Bundeskanzler wiedergewählt. Sehr gute Wahlergebnisse gab es auch auf dem Land, auch in Steinfeld, Kius und Ulsnis.

Im Kreisgebiet wurden im Jahr 1972 viele SPD-Ortsvereine gegründet. So auch der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis.

Im Dezember 1972 hatte der Kreisverband Schleswig-Flensburg zu einer Gründungsversammlung in die Gaststätte Jäger´s Ruh in Steinfeld eingeladen, wo der SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis gegründet wurde. Gründungsmitglieder waren unter anderen Karl-Heinz Klinker, Günter Große, Wolf Dürkop und Uwe Jensen. Vor der Gründung waren aber bereits einige Mitglieder in der Partei. Hier sind besonders Herbert Ohl aus Ulsnisstrand, Uwe Jensen, der damals in Kius wohnte, Wolf Dürkop aus Ulsnis und Karl-Heinz Klinker zu erwähnen.

Über die Gründung des Ortsvereins in Steinfeld erinnert sich das Gründungsmitglied Günter Große: „Ich kam an dem Tag spät von der Arbeit nach Hause, sprang noch schnell unter die Dusche und erreichte mit noch nassem Haar das Treffen im Jäger´s Ruh in Steinfeld. Alle warteten schon auf mich. Die Gründung eines SPD-Ortsvereins war für mich ein Selbstverständnis.“

Keine Kommentare

Besuch in Geesthacht

1.104 Schülerinnen und Schüler werden im Schuljahr 2012/2013 an der Bertha-von-Suttner-Schule in Geesthacht unterrichtet. Viele der aktuellen bildungspolitischen Herausforderungen lassen sich hier beobachten, ist die gebundene Ganztagschule doch nicht nur Grund- und Gemeinschaftsschule, sondern hat auch noch einen jeweils auslaufenden Haupt- und Realschulteil. Auf Einladung von Olaf Schulze, dem örtlichen Landtagsabgeordneten, besuchte nun Martin Habersaat,



bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Schule, um mit dem Schulleiter René Imort, Mitgliedern des Personalrats und Elternvertretern ins Gespräch zu kommen.

Im äußersten Süden des Landes ist die Situation eine besondere: Die Lehrerausbildung an den Universitäten Flensburg und Kiel ist weit entfernt, Schülerbewegungen über vier Bundesländer hinweg keine Seltenheit. Olaf Schulze und Martin Habersaat waren gekommen, um sich über besondere Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten zu informieren. Gleichzeitig konnten sie von den bildungspolitischen Weichenstellungen der Landesregierung berichten. Habersaat: „Wir haben auch einige Hausaufgaben mitbekommen, die wir auch sorgfältig abarbeiten werden. Dafür sind solche Gespräche schließlich da.“

Bertha von Suttner war übrigens die erste weibliche Friedensnobelpreisträgerin. Sie korrespondierte mit Alfred Nobel, was bereits zwei Gründe waren, die im August 2010 als Zusammenschluss gestartete Schule nach ihr zu benennen. Dass die einzelnen Teile der Schule schon etwas älter sind, wurde spätestens klar, als Olaf Schulze beim Rundgang einen Blick in sein ehemaliges Klassenzimmer werfen konnte.

Keine Kommentare

SPD-Kandidaten für die Gemeinde Barsbüttel

Die SPD Barsbüttel hat die Kandidaten für die Kommunalwahl im kommenden Mai gewählt. Martin Habersaat, MdL und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Kieler Landtag, wurde als Kandidat für den Wahlkreis 3 aufgestellt. „Ich freue mich über diesen Wahlkreis, denn mit dem Soltausredder fallen gleich mehrere Barsbütteler Erziehungsrichtungen in den Wahlbezirk, Kindergarten, Grundschule und Gesamtschule.



Als bildungspolitischer Sprecher der

Landtagsfraktion werde ich einerseits hier wichtige Impulse für meine Arbeit im Kieler Landtag bekommen und andererseits die Ergebnisse der Landespolitik direkt mit den Einrichtungen erörtern können“, so Habersaat.

Mit deutlichen Mehrheiten konnten auch die anderen 11 Wahlkreise besetzt werden: Die SPD Barsbüttel tritt 2013 mit erfahrenen, aber auch vielen jungen und politisch engagierten Kandidaten an. An der Spitze der Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser. Der Inhaber und Geschäftsführer einer Kongressagentur ist zugleich einer der stellvertretenden Bürgermeister und Vorsitzender des SKS-Ausschusses. Mit ihm zusammen bewerben sich Frauen und Männer, Mütter wie Väter mit vielen unterschiedlichen Kompetenzen und Leidenschaften, um sich für das Wohl der Gemeinde einzusetzen. Unternehmer, Pianist, IT-Experte - das Spektrum ist breit. In Stenwarde tritt der Ortsbeiratsvorsitzende Klaus-Jürgen Krüger erneut an, in Stellau die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Inga Bodenburg, in Willinghusen die Lehrerin und Ortsbeiratsvorsitzende Hedwig Wiczorreck und Thomas E. W. Harden, Vertriebsleiter der Hamburger Elbphilharmonie. In Barsbüttel-Ort kandidieren zudem der Verwaltungsexperte Holger Gettschat und der Wasserwerker Heinrich Dippel. Neue Kandidatinnen und Kandidaten sind Martina Sönnichsen, Lilli Falkowski, Sebastian Bernt und Wolf Harden. Im Januar wird dann das Wahlprogramm der SPD Barsbüttel verabschiedet.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 04.12.2012, 17:15 Uhr - 26064 Clicks - Nr. 628

MdB Sönke Rix: Engagement ermöglichen

Anlässlich des Internationalen Tages der Freiwilligen am 5. Dezember erklärt Sönke Rix, Obmann im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement: "Wir wollen die Freiwilligendienste weiter ausbauen, in ihrer Vielfalt erhalten und für alle Bevölkerungsgruppen offen halten. Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes durch die Bundesregierung war chaotisch. Viele Anfangsschwierigkeiten wurden behoben, nicht zuletzt durch massiven Druck aus der Opposition.



Dennoch „ächzen“ noch immer viele Träger unter der Bürokratie. Bürokratie ist ärgerlich und hinderlich auch für viele Ehrenamtliche im Verein. Diese Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, war der SPD schon immer ein Anliegen. Das „Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz“ wurde am 8. November von der CDU/ CSU in den Bundestag eingebracht und in Erster Lesung debattiert. Änderungen sind unter anderem vorgesehen in der Abgabenordnung, im Einkommenssteuergesetz, im Körperschaftsteuergesetz und im Bürgerlichen Gesetzbuch. Darüber hinaus sollen die Übungsleiter- und die Ehrenamtszuschläge erhöht werden.

Für die SPD-Fraktion ist dieses Gesetz mutlos, denn es fehlen wichtige Bereiche und Verbesserungen wie zum Beispiel in der Insolvenzordnung, im Umsatzsteuergesetz sowie bei der Grunderwerbssteuer. Ein Schritt in die richtige Richtung reicht nicht. Wir müssen einen größeren Sprung nach Vorne wagen! Deshalb wird die SPD-Fraktion Änderungsanträge in die Beratungen im Deutschen Bundestag einbringen.

Unsere Demokratie lebt durch das demokratische Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Wir wollen eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen für sich und füreinander eintreten, die Freiheit nutzen ihre Meinung zu äußern und sich in Initiativen, Verbänden, Vereinen zusammenschließen.

In Deutschland engagieren sich 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger in über 600.000 Vereinen, aber auch in Genossenschaften, Stiftungen und anderen gemeinnützigen Organisationen für das Gemeinwohl."

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 04.12.2012, 19:13 Uhr - 6754 Clicks - Nr. 629

Betriebsrätekonferenz in Berlin

AfA Mitglieder aus SH in Berlin

An der am 28.11.2012 in Berlin stattgefundenen Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD Bundestagsfraktion haben teilgenommen Norbert Vahl, Kreisvorsitzender Pinneberg, Inke-Marie Jaschinski, Kreisvorsitzende Ostholstein, Wolfgang Mädler, Landesvorsitzender, Jürgen Müller, Kreisvorsitzender Kiel und Frank Hornschu DGB Regiongeschäftsführer Region Kiel.

Thema der Konferenz: Humaner Arbeitsplatz-Humane Arbeitswelt. Es referierten u.a. Frank Walter Steinmeier, Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall, sowie der stellv. Konzernbetriebsratsvorsitzende der Deutschen Telekom und Vertreter des BKK Bundesverbandes und der Präsident der Deutschen Rentenversicherung. Das Schlusswort hatte unser AfA Bundesvorsitzende Klaus Barthel.

Klar wurde: Gute Arbeit - Gesund in Rente geht nur mit Korrekturen bei den prekären Arbeitsverhältnissen, einem gesetzlichen Mindestlohn und gemeinsamen Anstrengungen, insbesondere echten Mitbestimmungsrechten der Betriebs- und Personalräte, damit Humanisierung in der Arbeitswelt auch Wirklichkeit werden kann.

Keine Kommentare

[SPD Schacht-Audorf](#) - veröffentlicht am 04.12.2012, 20:45 Uhr - 6387 Clicks - Nr. 630

Bürgersprechstunde MdL Ralf Stegner

Auf Grund der positiven Resonanz wird der Abgeordnete Ralf Stegner seine Sprechstunden in Schacht-Audorf nun regelmäßig abhalten. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag, 7.12. ab 17:00 Uhr in den Räumen der Gemeindeverwaltung statt.

Anmeldungen bitte an sein Büro unter 0160-1841012 oder über die Vorsitzende des Ortsvereins Schacht-Audorf (Sabrina Jacob, 0160-96921797)

Keine Kommentare

Suchsdorf Aktuell Dezember 2012

Die Suchsdorfer SPD gibt jeden Monat einen Infobrief für alle Mitglieder und alle weiteren Interessierten, ob Parteimitglied oder nicht, heraus. Dieser ist in voller Länge und mit Fotos beim



SUCHSDORF aktuell
DIE KIELER SOZIALDEMOKRATEN

Vorsitzenden (Kontakt siehe Homepage) zu erhalten. Aber auch hier gibt es einen guten Überblick über die Aktivitäten. Wir wünschen viel Spaß beim lesen!

Themen:

-5. Suchsdorfer Lesefest

-OB-Wahl

-Politische Schule Kiel

Mitgliederversammlung Kommunalwahl

-Facebook-Auftritt

Zwei arbeitsintensive und ereignisreiche Monate liegen hinter uns.

Ein großer Brocken war natürlich der Wahlkampf für unsere Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke - aber es hat sich ja auch gelohnt und ein Ende war absehbar!

Die tollen Veranstaltungen und prima Infostände sind sehr gut angekommen und wir hatten alle viel Spaß miteinander. Immer wieder hatte auch Susanne betont, wie toll ihr unser Ortsverein und unser Suchsdorf gefällt. Leider waren die Endergebnisse der Wahlbezirke 27, 29 und 31 etwas untermaßig und die Gründe hierfür sind sicher vielschichtig! Prima Ergebnisse wurden durch den Wahlbezirk 25 (Klausbrook) erreicht!

Am 14.12.2012 wollen wir auf unserem "Politischen Stammtisch" in die Diskussion über die Auswirkungen, Gründe und Perspektiven für die Kommunalwahl einsteigen.

Die ganz hervorragende aktive Mitwirkungsbereitschaft der GenossInnen ließ uns auch noch Raum für die politische Basisarbeit. So konnten wir das Wahlkampfkonzept für die Kommunalwahl weiter ausbauen und es wurde ein Diskussionspapier für ein eigenes Wahlprogramm Suchsdorf/Klausbrook entwickelt. Auch sind aus unseren Reihen mehrere Anträge für das Wahlprogramm der Kieler SPD eingereicht worden. So hat z. B. unsere Ratsfrau, Thomas Wehner, seine Fachlichkeit in vier Anträgen für das Kapitel "Menschen mit Behinderung" und Claus Möller für den Bereich Energie eingebracht. Diese wurden nach Zustimmung auf der MV an die Programmkommission weitergereicht.

Über unsere Aktionen und Veranstaltungen kannst Du dich hier im Newsletter informieren! Dieses und noch viel mehr kannst Du aber auch auf unseren Internetseiten, www.spd-kiel.de/suchsdorf, erfahren.

Wir wünschen Dir viel Spaß beim Lesen!

Der Vorstand

I) 5. Suchsdorfer Lesefest

I.1) Kleben für das Lesefest

Wir hatten uns schon lange darauf gefreut! Und am 15.10.2012 war es dann endlich soweit - Anpunschen! In einer gemütlichen, netten Runde haben wir bei Hans-Ulrich in der Garage geplauscht und den ersten Punsch des Jahres mit Schmalzbrot genossen. Das Kleben lief nebenbei und wir hatten am Ende 20 A1 Plakatträger zum Aufhängen vorbereitet. Die

Entwicklung der Poster hatte Helge Riis übernommen und realisiert. Mit seinem Sohn hatte er dann dafür gesorgt, dass diese an werbewirksamen Plätzen gezielt eingesetzt wurden. Sie sammelten diese auch wieder ein. Ein ganz herzliches Dankeschön an alle Beteiligten! aa

I.2) Lesefest- Kultur im Stadtteil

Das AWO-Kinderhaus am Nienbrügger Weg bot am 02. November wieder die Bühne für eine erneute Ausgabe des Suchsdorfer Lesefestes. Rund 80 Besucherinnen und Besucher waren dem Aufruf des SPD-Ortsvereins gefolgt.

Ratsherr Thomas Wehner konnte zu dem kleinen Jubiläum des jährlichen Leseereignisses in Suchsdorf wieder vier bekannte Kielerinnen und Kieler begrüßen. Sie lasen aus ihren Lieblingstexten und fesselten damit ihre Zuhörerinnen und Zuhörer.

Das Lesefest, so Thomas Wehner, ist fest verbunden mit dem erfolgreichen Kampf für den Erhalt der Stadtteilbücherei. Ein kulturelles Angebot in den Stadtteil zu holen, ist ein weiterer wichtiger Zweck. Der SPD-Ortsverein wird es fortführen, solange es den Aktiven und dem Publikum Spaß macht. Das AWO-Kinderhaus bietet ein ideales Ambiente. Dank Spenden von SPD-Mitgliedern ist das Kinderhaus jetzt auch vom Garten barrierefrei zu erreichen. Auch der Büchereiverein Suchsdorf war wieder mit einem Bücherflohmarkt vor Ort.

Mit großem Applaus begrüßten die Zuschauer den Kammerschauspieler Siegfried Kristen, der vor kurzem seinen 84. Geburtstag gefeiert hat. Siegfried Kristen las absurde Geschichten von Thomas Theodor Heine (nicht zu verwechseln mit Heinrich Heine). Heine hat die Satire-Zeitschrift „Simplicissimus“ mitbegründet und ist auch als Karikaturist bekannt gewesen. Jürgen Weber, SPD-Landtagsabgeordneter, AWO-Kreisvorsitzender und Aufsichtsrat von Holstein Kiel präsentierte eindrucksvoll einen Abschnitt aus „Keeper“ von Mal Peet und ein Gedicht von Lutz Rathenow.

Die Vorsitzende des Forums für Migrantinnen und Migranten Özlem Ünsal, las den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk. Der Roman „Das Museum der Unschuld“ erzählt die Geschichte von Kemal, einem Sohn aus reicher Familie, der sich kurz vor einer standesgemäßen Verlobung in Füsün, eine entfernte und verarmte Verwandte, verliebt.

Danach trug auch sie ein Gedicht vor, von Mevlâna Celaleddin Rumi.

Dr. Susanne Gaschke, damals noch OB-Kandidatin der SPD, stellte von John Green „Das Schicksal ist ein mieser Verräter“ vor. Der Roman erzählt von krebserkrankten Jugendlichen, aber aus der „Ich“- Perspektive. Es ist voller Sarkasmus und trotz der darin beschriebenen Dramen voller Lebenswillen.

Der Leseabend wurde kongenial musikalisch von den Brüdern Helbig & Helbig am Saxophon und Piano begleitet.

Andrea Kößling führte als Moderatorin wieder charmant und souverän durch das Programm. In der Pause konnten die Anwesenden das von Mitgliedern des SPD-Ortsvereins vorbereitete Buffet genießen.

Zum Schluss dankte Thomas Wehner den Vorlesenden, den Musikern, der Moderatorin und allen Helferinnen und Helfern. Es gab viel Lob, was die SPD ermutigt, dass Lesefest auch im nächsten Jahr zu veranstalten.

Wir bedanken uns auf diesem Wege bei allen, die zum Gelingen dieser tollen Aktion beigetragen haben und freuen uns auf das nächste Lesefest 2013. tw

II) OB-Wahlkampf

Infostände förderten Potential und die Gemeinschaft im Ortsverein

Während des OB - Wahlkampfes führten wir insgesamt 17 Infostände durch. Mit einer Anzahl von über 25 GenossInnen war die Bereitschaft mitzumachen gewaltig. An einem Stand beim EDEKA waren sogar einmal 25 Wahlkämpfer gleichzeitig gekommen, um ihre Solidarität mit Susanne und der SPD Suchsdorf aktiv zu unterstreichen. Der Kommentar vom CDU-Stand: "Haltet ihr hier ´ne Mitgliederversammlung ab?" Die Gegenveranstaltung der

CDU eine Woche später brachte dann sechs Christdemokraten auf die Beine. Dafür fand ein Stand am Rungholtplatz und in Klausbrook nicht statt! aa

III) Politische Schule Kiel

Die Politische Schule Kiel fand in diesem Jahr als Weiterbildungsprogramm der SPD Kiel zum ersten Mal statt.

Dabei wurden insgesamt sechs Module unterrichtet. Geleitet wurde die Veranstaltung vom Kreisverbandsvorsitzenden Rolf Fischer.

Begonnen wurde Anfang des Jahres mit einer Einführung in die Kommunalpolitik. Dabei wurde insbesondere die schwierige Situation der kommunalen Finanzen thematisiert. Gerade in Kiel werden durch verschiedene Pflichtausgaben, wie flächendeckende Kitaplätze, Spielräume für die Gestaltung einer sozialen Stadt und die Wahrnehmung der Aufgaben einer Landeshauptstadt eingeschränkt.

Auch haben wir bei einem Besuch im Rathaus den politischen Alltag kennengelernt und ein wenig über die Geschichte Kiels erfahren.

Im zweiten Modul wurden uns dann die Grundzüge des Kommunalen Verfassungsrechts erklärt. Dabei haben wir unter anderem gelernt, wie Haushalte gemacht werden.

Im Modul Öffentlichkeitsarbeit, welches im Landtag stattfand, ging es darum, wie man mit Journalisten arbeitet und seine politischen Aktivitäten und Meinungen öffentlichkeitswirksam darstellt.

Die Einführung in die Rhetorik fand ebenfalls im Landtag statt. Hier konnte jede_r mit anschließender Analyse und Tipps seine Qualitäten als Redner testen und verbessern.

2012 war auch sehr durch Wahlkämpfe geprägt, sodass es sich anbot die Praxis des Wahlkampfes direkt als Modul zu unterrichten. Dabei wurden verschiedene Wahlkampfaktiken besprochen, bevor diese dann direkt auf der Straße eingesetzt und erprobt worden sind.

Schließlich war das Modul Geschichte der SPD zum Abschluss an der Tagesordnung.

Zunächst allgemein, dann speziell auf Kiel bezogen, spannte Rolf Fischer den Bogen von der Parteigründung bis in die heutige Zeit, in einem sehr interessanten Vortrag.

Eine insgesamt sehr informative und gewinnbringende Veranstaltung, die hoffentlich genauso gut fortgesetzt wird. ps/db

IV) Herzliche Einladung zum Grünkohllessen

In den letzten zwölf Monaten war unsere Arbeit vom Landtagswahlkampf und vom OB-Wahlkampf geprägt. Aufgrund der großartigen Beteiligung aus dem Ortsverein konnten wir trotz dieser Anstrengungen über zwölf Veranstaltungen mit kulturpolitischen und sozialpolitischen Themen durchführen. Es gibt also, wie immer, genügend Gesprächsstoff und viele Neuigkeiten aus dem Ortsverein. Auch sollen die langjährigen Mitglieder aus dem Ortsverein geehrt werden. Wir freuen uns auf einen interessanten Abend mit gutem Essen und Trinken und daher würden wir uns freuen, Euch zum traditionellen Grünkohllessen des Ortsvereins Suchsdorf

am Freitag, 18. Januar 2013 um 19.00 Uhr

im Suchsdorfer SV-Vereinsheim, Alter Steenbeker Weg 24

begrüßen zu können.

Es wird Grünkohl satt mit Kassler, Kochwurst, warmer und kalter Schweinebacke sowie Röstkartoffeln geben (13,50 €). Ein Ausweichmenü (auch vegetarisch) wird angeboten, bitte vormerken lassen. Meldet Euch bitte bis zum 13.01.2013 telefonisch oder per E-Mail bei Andreas Arend (Tel.:2400949 oder E-Mail andreas.arend@gmx.de) an.

Gäste, auch wenn nicht Parteimitglieder, sind natürlich herzlich willkommen!

Andreas Arend, Vorsitzender

Thomas Wehner, Ratsherr

V) Mitgliederversammlung Kommunalwahl

15. November 2012, Sportheim des Suchsdorfer SV, 19:00 Uhr

Anwesend: 21 Mitglieder des Ortsvereins

Der Vorsitzende A. Arend begrüßt die Anwesenden und stellt die Neumitglieder vor. In seiner Einführung stimmt er auf die Kommunalwahl am 26.05.2013 ein und bittet um aktiven Einsatz aller Mitglieder.

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Wahl der Delegierten für die Kreiswahlkonferenz

Diskussion des Entwurfs für das Kommunalwahlprogramm. B. Raschke stellt für den KV-Vorstand die Grundkonzeption auf der Basis des Programmentwurfs vor

Die MV konzentriert sich auf die Punkte Handeln: Wohnen, Nahverkehr

Hier werden Anträge eingebracht: Th. Wehner begründet

Antrag zu Zeile 1081 : Änderungsantrag einstimmig angenommen

Antrag zu Zeile 1083: Änderungsantrag einstimmig angenommen

Antrag zu Zeile 1099: Antrag mit den Einschüben einstimmig angenommen

Antrag zu Zeile 1103: Einstimmig angenommen

Die programmatischen Aussagen im Wahlprogramm, vor allem im Hinblick auf die für den Wahlkampf in Suchsdorf wichtigen Punkte wurden einstimmig angenommen. Diese Aussagen werden im Wahlkampf unsere Grundlagen sein: Teil 4 des Wahlprogramms der SPD für die Kommunalwahl.

Es folgte eine kurze Aussprache über den Wahlkampf für die OB-Wahl. huw

VI) Und mit uns die neue Zeit...

Seit November 2012 ist die Suchsdorfer SPD auch bei facebook vertreten und informiert aktuell über ihre Tätigkeiten. Einfach bei facebook einloggen, oben in die Suchleiste "SPD OV Suchsdorf (Kiel)" eingeben und schon erscheint unsere Seite, auf der ihr natürlich auch etwas schreiben könnt. Dann "Gefällt mir" klicken nicht vergessen! cbe

Eure/Ihre

Suchsdorfer SPD!

Und Gut!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 05.12.2012, 14:07 Uhr - 7606 Clicks - Nr. 632

Der Bildungsdialog geht weiter

Erfolgreiche Werkstattgespräche in Kronshagen

Nach der ersten Bildungskonferenz, die im September in der Toni-Jensen-Gemeinschaftsschule stattfand, folgten nun Werkstattgespräche im Gymnasium Kronshorst. Eingeladen waren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Bildungskonferenz, mehr als 100 von ihnen kamen - darunter Schüler, Eltern, Lehrer, Schulträger und Beteiligte am Ganztagsunterricht. Sie alle informierten sich über die Zwischenergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppen.

„Wir reden miteinander und lernen voneinander - das ist der Dialog. Wir wollen Lösungen und Kompromisse in der Bildungspolitik finden, mit denen möglichst alle gut leben können“, sagte Bildungsministerin Wara Wende in ihrer Begrüßung.

In den Arbeitsgruppen ging es beispielsweise um eine zeitgemäße Lehreraus- und Weiterbildung, um den Übergang von der Kita in die Grundschule und von dort in die weiterführende Schule, um berufliche Bildung und Berufsorientierung und um das Thema Inklusion, bei dem deutlich wurde: Es geht auch um Barrierefreiheit in den Köpfen. Es ging um Inhalte, nicht um Strukturen, was von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr begrüßt wurde. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Der deutschlandweite Trend geht zu einem Zwei-Säulen-Modell nach der Grundschule, das wären in Schleswig-Holstein die Gymnasien und die Gemeinschaftsschulen. Wir wollen starke Grundschulen, starke Gemeinschaftsschulen und starke Gymnasien, ergänzt durch starke Berufliche Schulen, gerne organisiert als Regionale Bildungszentren.“ Gemeinsam rede man jetzt darüber, wie diese Schulen stark bleiben oder werden.



Zum Schuljahr 2014/15 soll ein neues Schulgesetz in Kraft treten, dessen Grundzüge auf Grundlage des Dialogprozesses entstehen. Diese werden auf der 2. großen Bildungskonferenz am 23. Februar 2013 ebenso thematisiert wie die weitere Vorgehensweise für den Bildungsdialo.

Bericht zur ersten Bildungskonferenz: <http://www.martinhabersaat.de/zursache/bildung/645-bildungspolitik-im-dialog-das-experiment-ist-gelungen-.html>

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 05.12.2012, 14:44 Uhr - 10375 Clicks - Nr. 633

Dr. Nina Scheer ist SPD-Kandidatin für den Bundestag

106 Delegierte aus den SPD-Kreisverbänden Stormarn und Lauenburg trafen sich am 30. November 2012 in Schwarzenbek, um ihre Kandidatin für die Bundestagswahl im Herbst 2013 zu nominieren. Sie entschieden sich für Dr. Nina Scheer (41). Die Mutter einer achtjährigen Tochter ist promovierte Politikwissenschaftlerin, besitzt Diplome in Musik (Hauptfach: Violine) und Jura und ist derzeit in Berlin als Geschäftsführerin von UnternehmensGrün e.V., einem Wirtsch



Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der als Barsbüttler Delegierter an der Versammlung teilnahm, freute sich über das Ergebnis des Abends: „Nina Scheer ist eine gute Verstärkung für den Wahlkreis. Sie ist in Berlin bestens vernetzt und wird unsere Region als neue Heimat schnell schätzen lernen.“ In ihrer Bewerbungsrede wies Nina Scheer auf ihre Kompetenzen im Bereich der Energiewende hin, im Hauptberuf und als Vorsitzende der Hermann-Scheer-Stiftung - der Energiepolitiker Hermann Scheer war ihr Vater - ist sie bereits heute bundesweit gefragte Referentin in Energiefragen. Im ersten Wahlgang konnte keiner der drei Bewerber die erforderliche absolute Mehrheit erreichen. Nina Scheer erhielt 45 Stimmen, Gitte Neemann-Güntner (Büchen) 35 und Jens Meyer (Lauenburg) 26. Im zweiten Wahlgang fiel dann die Entscheidung mit 56 zu 36 (Neemann-Güntner) und 14 (Meyer). Stormarns Kreisvorsitzende Susanne Danhier freute sich über den spannenden Abend: „Es ist gut zu wissen, dass die SPD drei starke Kandidaten gehabt hätte und unter diesen eine Auswahl treffen konnte. Auch die lebhaftige Diskussion ist Zeichen einer starken Partei.“ Nina Scheer kündigte an, die dezentrale Energiewende unter Beteiligung der Menschen vor Ort, mit den Kommunen und den starken Stadtwerken des Wahlkreises voranbringen zu wollen. Dabei warb sie für Transparenz und kritisierte, dass Genehmigungen für Fracking-Bohrungen unter Einsatz hoch giftiger Chemikalien oder riesige Kiesabbau-Vorhaben wie in Grande nicht mit dem in der Verfassung verankerten Staatsziel „Förderung des Umweltschutzes“ vereinbar seien. Die beiden Kreisvorsitzenden Susanne Danhier und Peter Eichstädt forderten die Delegierten unter großem Beifall auf, jetzt das Projekt „Regierungswechsel“ anzugehen. So formulierte es auch Nina Scheer in ihrem Schlusswort: „Lasst uns zusammen sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen der Zeit finden und gemeinsam den Regierungswechsel einleiten!“ Dabei bot sie an, bereits im anstehenden Kommunalwahlkampf mit Benefizkonzerten und Veranstaltungsreihen zu verschiedenen Themen kräftig mitzumischen.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 05.12.2012, 15:27 Uhr - 31111 Clicks - Nr. 634

Klares Votum: 91,7 Prozent für Thönnnes

Delegierte aus den Kreisen Segeberg und Stormarn statteten den SPD-Bundestagsabgeordneten mit einem überzeugenden Vertrauensvotum aus. „Das ist ein starkes Ergebnis und ein schöner Vertrauensbeweis“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes nach der Auszählung der Stimmen. Bei seiner nunmehr sechsten Kandidatur für den Wahlkreis 8, Segeberg-Stormarn-Mitte, votierten am 4. Dezember 2012 in Henstedt-Ulzburg, 99 von 108 Delegierten bei sieben Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen, für Franz Thönnnes. Zuvor hatte er in seiner 30 minütigen, immer wieder von Beifall unterbrochenen Rede für eine SPD-geführte Regierung geworben, die Schwarz-Gelb endlich ablöse. Die Konferenz im Bürgerhaus in Henstedt-Ulzburg wurde von den SPD-Kreisvorsitzenden Susanne Danhier aus



Stormarn und Stefan Weber aus Segeberg eröffnet. Die Norderstedter SPD-Vorsitzende Katrin Fedrowitz leitete das Präsidium.

In seiner Rede zog Thönnies zum einen Bilanz, stimmte aber auch die Genossen auf die bevorstehenden Wahlen ein. So zeigte er sich erfreut, dass die von ihm gestarteten Initiativen der „Runden Tische – Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren“ in Stormarn und Segeberg sich jetzt positiv in Verantwortung der Kreisgleichstellungsbeauftragten weiterentwickeln. Häufig könne eine neue Stelle nicht angetreten werden, weil gerade kein Krippenplatz vorhanden ist. Das Motto, so Thönnies, ist: „Eine mögliche Arbeitsaufnahme darf nicht an fehlender Kinderbetreuung scheitern.“ Auf große Zustimmung stieß die von Thönnies ausgesprochene Ablehnung des gerade beschlossenen Betreuungsgeldes. „Wir brauchen keine Herdprämie, sondern mit Krippenplätzen ein möglichst frühes Betreuungs- und Bildungsangebot für unsere Kinder“, zeigte sich der Bundespolitiker überzeugt. Ein weiterer Erfolg sei, dass man es geschafft die beiden Mehrgenerationenhäuser in Bad Oldesloe und Kaltenkirchen zu erhalten sowie in Henstedt-Ulzburg ein neues hinzuzubekommen, obwohl die Merkel-Regierung das Förderprogramm streichen wollte. „Drei Mehrgenerationenhäuser in einem Wahlkreis sei ein Unikat“, so der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär.

Für Thönnies ist klar, dass für die SPD im Wahlkampf die soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen muss. „Der Kampf gegen Altersarmut beginnt beim Kampf gegen Einkommensarmut. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Es ist ein Unding, dass Frauen heute im Durchschnitt immer noch 23 Prozent weniger erhalten als Männer“. Man dürfe sich auch nicht, wie die Konservativen mit 3,9 Prozent Arbeitslosigkeit in Stormarn und 4,4 Prozent in Segeberg abfinden. Das sind immer noch 10.000 Menschen ohne Arbeit. „Und darunter sind gerade die, die besonders unsere Unterstützung bedürfen“, meinte der SPD-Bundestagsabgeordnete. Hier forderte er ein Programm für den sozialen Arbeitsmarkt, um denen zu helfen, die lange Zeit aufgrund von Alter, Krankheit oder fehlenden Qualifikationen arbeitslos sind. Die Beschäftigung sollte über Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber erfolgen. Ebenso seien die Sozialkaufhäuser in Bad Segeberg und Kaltenkirchen gute Beispiele für Arbeitsangebote. „Integration und Inklusion sind unsere Ziele“, unterstrich der Sozialdemokrat. Gleichzeitig griff er die steigenden Wohnungsmieten im Wahlkreis auf. „Wir müssen dafür sorgen, dass Wohnen bezahlbar bleibt“, so der Ammersbeker Bundestagsabgeordnete. Dafür gelte es die Mittel für die Städtebauförderung und das Programm „Soziale Stadt“ aufzustocken. Auch dürften die Kosten für Hausrenovierung und energetische Sanierung nicht einseitig von Vermietern auf die Mieter abgewälzt werden.

Schließlich spannte der Ammersbeker Politiker auch den Bogen zur großen Politik und unterstrich mit einem klaren Bekenntnis zu Europa den Antrieb für seine erneute Kandidatur: „Nicht die Finanzjongleure und Spekulanten dürfen in Europa das sagen haben. Es geht um Demokratie und darum den Vorrang der Politik wieder herzustellen, dafür will ich mit euch kämpfen.“

Ausdrücklich wies Thönnies auf die Bedeutung der Erststimme bei der Bundestagswahl hin. Ernsthafte Aussichten im Wahlkreis direkt gewählt zu werden hätten nur die Kandidaten der beiden großen Volksparteien. Deshalb stellte er klar: „Bei der Wahl des Direktkandidaten geht es um genau eine Entscheidung: Entweder man wählt konservativ oder sozialdemokratisch-fortschrittlich. Das gilt es deutlich zu machen. Ich will diesen Wahlkreis wieder direkt gewinnen und das schaffen wir gemeinsam, wenn wir den Menschen die Alternativen klar aufzeigen“, betonte der 58-jährige Bundestagsabgeordnete unter dem Jubel

der Delegierten. Am Ende seiner Rede rief Thönnies den Delegierten zu „Gemeinsam mit Peer Steinbrück und einer Rot-Grünen Koalition werden wir im September 2013 die schlechteste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung ablösen und für einen Politikwechsel sorgen, der wieder wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit sinnvoll miteinander verknüpft.“

Der lang anhaltende Beifall ließ das folgende gute Ergebnis bereits erahnen. Thönnies hatte einmal mehr das Vertrauen und die Herzen seiner Parteifreunde gewonnen. Die beiden SPD-Kreisvorsitzenden Stefan Weber und Susanne Danhier überreichten dem frisch gekürten Kandidaten, einen roten Schal und ein Paar rote Socken, damit die Gesundheit bei den kommenden Aktivitäten in den Fußgängerzonen und auf den Marktplätzen erhalten bleibt. Mit der vom Juso-Landesvorsitzenden Alexander Wagner an den Hobby-Segler Thönnies übergebenen Schiffsglocke wurde schließlich der Bundestagswahlkampf 2013 buchstäblich eingeläutet

Foto von links: Susanne Danhier, Franz Thönnies, Stefan Weber, Alexander Wagner, JUSO-Landesvorsitzender

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 05.12.2012, 17:37 Uhr - 154564 Clicks - Nr. 635

"Reden wir über Europa"

SPD-Bürgerdialog in Kiel zum Thema Europa

Kiel: Am vergangenen Montagabend, den 03. Dezember 2012, nahm die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST an der öffentlichen Diskussionsveranstaltung „Reden wir über Europa!“ im Rahmen des SPD-Bürgerdialogs zur Themenwoche „Europa“ teil.

Moderiert von Martin Tretbar-Endres (Europaforum der schleswig-holsteinischen SPD) stellten sich Ulrike Rodust, der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner sowie der Landesvorsitzende der Jungen Europäischen Föderalisten Hauke Petersen den Fragen der Bürgerinnen und Bürger.



Immer wieder wurden aus dem Plenum ein Demokratiedefizit und die zu geringe Bürgerbeteiligung innerhalb der Europäischen Union bemängelt. Ulrike RODUST teilte die Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger: „Ich hätte lieber heute als morgen eine gemeinsame europäische Verfassung. Wir müssen aber alle 27 Mitgliedstaaten auf diesen Weg mitnehmen – das geht nur mit kleinen Schritten. Bis dahin wäre es schon ein großer Fortschritt, wenn der Europäische Rat endlich den Vertrag von Lissabon und das Mitbestimmungsrecht des Europäischen Parlaments ernst nehmen und sich entsprechend verhalten würde.“

In einer anschließenden offenen Diskussionsrunde konnten die Bürgerinnen und Bürger direkt mit Rodust ins Gespräch kommen. Vor allem die jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigten sich besorgt von der hohen Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen

Mitgliedsstaaten und fragten Ulrike RODUST nach Gegenmaßnahmen: „Die Europäische Kommission arbeitet bereits an einem Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Wichtig wäre es auch, die bereits zur Verfügung stehenden Mittel aus den Strukturfonds der EU mehr auszunutzen.

Da aber Länder wie Spanien, Griechenland und Portugal derzeit nicht in der Lage sind, die Ko-Finanzierung zu übernehmen, müssen hier Lösungen erarbeitet werden. Ich könnte mir vorstellen, dass in bestimmten Fällen auf die Ko-Finanzierung verzichtet werden kann.“

Die Podiumsteilnehmer Rodust, Stegner und Petersen wünschten sich abschließend für die Zukunft der EU vor allem eins – eine umfassende Umsetzung der SPD-Grundwerte in Europa: Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 05.12.2012, 22:25 Uhr - 11210 Clicks - Nr. 636

Bezahlbare Energie ist möglich, 6. November 2012, Barsbüttel

„Ich habe Texte von Franz Alt als Schüler in Klausuren diskutieren müssen. Ich hätte nicht gedacht, dass ich Franz Alt einmal ins Rathaus meiner Heimatgemeinde Barsbüttel würde einladen können.“ So begrüßte Martin Habersaat die über 60 Gäste, die gekommen waren, um mit Franz Alt und Nina Scheer, der der Kontakt zu Franz Alt zu verdanken war, über die Energiewende zu diskutieren.

Das Fazit hatte Landtagsabgeordnete schon auf den Plakaten verkündet: „Bezahlbare Energie ist möglich!“ Der Journalist Franz Alt stellte an den Beginn seiner Ausführungen Betrachtungen über die Sonne. Von Natur aus gebe es kein Energieproblem, da es die Sonne gebe. „Und die Sonne schickt keine Rechnung!“ Das war ein Beitrag zur Frage der Bezahlbarkeit, an anderer Stelle widmeten Alt und Scheer sich der Frage, was denn die Alternativen zu erneuerbaren Energieträgern seien: „Fossile Energieträger werden immer knapper und teurer. Wenn kein Umstieg gelingt, können bald nur noch Reiche Auto fahren.“ Nicht redlich sei die Berechnung der Kosten für Atomstrom, wenn diese ohne Berücksichtigung der Lagerung des verstrahlten Mülls erfolge. Nina Scheer forderte „ökonomische Anreize für ökologisches Verhalten“ und warb für eine Beibehaltung des einst unter Rot-Grün eingeführten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Wie einfach der Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie sein kann, machte Alt an einem Beispiel klar: „Einen Neubau nach Süden auszurichten und nach Norden abzudichten kann 50 Prozent der Heizkosten sparen.“ An die Politik hatte Franz Alt einen klaren Rat: „Es geht nur, wenn die



Vernünftigen aus allen Lagern sich zusammentun." Mehr als eine Stunde lang diskutierten die beiden Referenten anschließend mit dem Publikum. Es ging um Stromleitungen, Stromspeicher und immer wieder um den Vergleich konventioneller und regenerativer Energien. In vielen Fragen erkannte Franz Alt „altes Denken" und warb dafür, sich von Denkstrukturen zu lösen, die von den „vier heutigen Besatzungsmächten E.ON, Vattenfall, RWE und EnBW" vorgegeben würden. „Natürlich haben die Zentralversorger kein Interesse an dezentralen Lösungen." Eine mögliche Lösung für das Energiespeicherproblem, so Nina Scheer, zeichne sich im „Power to Gas" - Verfahren ab - Strom aus Erneuerbaren Energien würde in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas umgewandelt und im Erdgasnetz gespeichert. Mit Blick auf den Titel der Veranstaltung schloss Nina Scheer mit dem Hinweis: „Die eigentliche Kostenfalle sind nicht die Erneuerbaren Energien, sondern die Verzögerung der Energiewende." Ein Appell an Landes- und Bundesregierungen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.12.2012, 21:48 Uhr - 7463 Clicks - Nr. 637

Neue Oberstufen braucht das Land

Zur heutigen Diskussion im Bildungsausschuss über ein Vorschaltgesetz zur Schulgesetznovelle erklären die bildungspolitischen Sprecher_innen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, Martin Habersaat, Anke Erdmann und Jette Waldinger-Thiering:

Die Koalition wird die künstlich errichteten Hürden, die der Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen entgegenstehen, einreißen. Die Vorgängerregierung aus CDU und FDP hatte, wie jetzt deutlich wurde, aus § 43 des Schulgesetzes einen Oberstufenverhinderungsparagrafen gemacht.



Wir werden eine in der Anhörung zum Vorschaltgesetz mehrfach erhobene Forderung aufgreifen und das korrigieren. Wie diese Änderung konkret aussehen kann, wird eine weitere schriftliche Anhörung im Januar und eine mündliche Anhörung im Februar 2013 ergeben.

Die Zeit drängt, da die ersten neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen nun so weit aufgewachsen sind, dass Klarheit über ihre Perspektiven geschaffen werden muss. Darauf haben Schülerinnen, Schüler und Eltern ebenso ein Recht wie die Schulträger.

Wir wünschen uns für Schleswig-Holstein starke Gemeinschaftsschulen und starke Gymnasien und den bestmöglichen Schulabschluss für alle Schülerinnen und Schüler. Mehr junge Menschen als bisher sollen das erreichen. Damit wird sich die schleswig-holsteinische Bildungslandschaft qualitativ und quantitativ verbessern. Für alle Schulträger, die einen Antrag auf Errichtung einer Oberstufe gestellt haben, wünschen wir uns deshalb ein Signal aus dem Bildungsministerium noch vor Weihnachten in möglichst vielen Fällen ein positives.

Der Dialogprozess zur Schulgesetznovelle geht weiter, die nächste große Bildungskonferenz zu Eckpunkten dieser Novelle findet am 23. Februar 2013 statt. Danach folgen natürlich die Anhörungen zum Referentenentwurf sowie zum Kabinettsentwurf des Schulgesetzes. Insgesamt haben wir damit ein Ausmaß an Beteiligung ermöglicht, das es in diesem Land noch nie gegeben hat.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 06.12.2012, 22:05 Uhr - 10183 Clicks - Nr. 638

Ist die Energiewende bezahlbar? 9. August 2012, Schwarzenbek

Schwarzenbek. Auf Einladung von MdL Olaf Schulze, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, referierte Dr. Nina Scheer am 9. August 2012 in Schwarzenbek über die Zukunft der Erneuerbaren Energien. Beide Redner waren sich darüber einig, dass die Erneuerbaren Energien die Chance bieten, sowohl fossiler Ressourcenverknappung als auch dem fortschreitenden Klimawandel entgegen zu treten.



Bis auf den letzten Stuhl war der Veranstaltungsraum in Schröders Hotel in Schwarzenbek am Donnerstag besetzt. Nina Scheer zeigte auf, dass die eigentlichen Energiekosten nicht in der Energiewende längen, sondern in deren Unterlassen - sowohl mit Blick auf steigende Importpreise für fossile Energieträger als auch die durch ihren Verbrauch verursachten Umweltfolgeschäden. Die erfolgreichen Anreizmechanismen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die heute in Deutschland bereits zu einem Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von über 25 Anteil geführt haben, müssten nun auch für Speichertechnologien und Netzmanagementsysteme eingeführt werden.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 06.12.2012, 22:30 Uhr - 11085 Clicks - Nr. 639

Symposium im Gedenken an Hermann Scheer, 3. November, Kiel

Anknüpfend an das am 14. Oktober 2011 von der Hermann-Scheer-Stiftung und der SPD ausgerichtete Symposium in Gedenken an Hermann Scheer kamen im Kieler Hotel Atlantic über 100 Menschen zusammen, um sich 2012 nun der Länderperspektive der Energiewende

zu widmen. Aus Stormarn dabei waren u.a. der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und Bernd Marzi aus dem SPD-Kreisvorstand.

„Die Energiewende muss eine Energiewende der Länder sein, eine Energiewende der Menschen vor Ort“, sagte Dr. Nina Scheer bei der Eröffnung im Namen des Stiftungsvorstands der Hermann-Scheer-Stiftung. Sie nahm aber auch eine übergreifende Perspektive ein, als sie über den Friedensnobelpreis der EU sprach. „Die Energiewende kann auch der Friedenssicherung dienen, kann Kriege um Ressourcen vermeiden. Auch das kann ein Signal Europas an die Welt sein.“ Olaf Schulze, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-



Landtagsfraktion, freute sich, dass das erste Symposium auf Landesebene ausgerechnet in Schleswig-Holstein stattfand, wo es 1987 in Dithmarschen den ersten Windpark in der Bundesrepublik gegeben habe. „In Schleswig-Holstein bringen wir die Energiewende ruhig und mit Kraft voran, wie das unsere Art ist.“ Ralf Stegner betonte in seinem Eingangsreferat den gesamtgesellschaftlichen Auftrag, der mit der Energiewende verbunden sei. „Es gibt keine Schablone für das, was wir tun müssen. Wir sind selbst gefragt - das erfordert Mut und Überzeugungskraft.“ Stegner ging auch auf das jüngste Gipfeltreffen von Bund und Ländern zur Energiewende ein: „Die Bundesregierung scheint erkannt zu haben, dass es mit der Deckelung von erneuerbaren Energien nicht gehen kann. Die Frage ist jetzt, mit welcher Konsequenz so eine Erkenntnis umgesetzt wird.“ Prof. Dr. Uwe Leprich skizzierte die künftige Stromversorgung Deutschlands. Herzstück, so seine Prognose, werden fluktuierende erneuerbare Energien wie Wasser und Sonne sein. Und damit sei bereits das Ausmaß der Wende umrissen. Dabei macht Leprich bereits heute einen Wandel im Denken aller Beteiligten aus: „War früher der Klimaschutz das erste Argument für erneuerbare Energien, sind es heute regionale Wertschöpfung und die Unabhängigkeit von Energieimporten.“ Leprich warb für eine Weiterentwicklung des EEG, warnte aber auch vor noch vorhandenen Widerständen, mit denen es sich auseinanderzusetzen gelte. Wie das EEG weiterzuentwickeln wäre, erläuterte Prof. Dr. Ingo Stadler. Über die Bedeutung von Speichern und Netzausbau diskutierten später auch Rosa Hemmers von EUROSOLAR und Prof. Dr. Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg. Die Produktion der Energie, so ein Fazit, sei weniger problematisch als deren Transport und Speicherung. Hohmeyer warb für anspruchsvolle Ziele, für die Ausnutzung der Potentiale vor Ort und dafür, auch „große Lösungen“, etwa in der Kooperation mit Norwegen, im Blick zu behalten. Fazit: Die Energiewende läuft, aber es bleibt noch viel zu tun. „Knapp sind nicht die erneuerbaren Energien - knapp ist die Zeit.“ Hermann Scheer (1944-2010)

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 07.12.2012, 13:33 Uhr - 4154 Clicks - Nr. 640

Zum Nikolaus ein Dankeschön

Die SPD-Fraktion nahm den Nikolaustag zum Anlass, den KindergärtnerInnen Barsbüttels mit einer adventlichen Aufmerksamkeit einfach einmal Danke für ihre nicht immer ganz einfache Aufgabe zu sagen. Rund 100 exklusiv für diesen Anlass in einer kleinen Bäckerei in

Dresden handgefertigte Stollen wurden im Laufe des Tages in allen Einrichtungen verteilt. „Man kann die Arbeit der Erzieher in unserer Gemeinde gar nicht hoch genug bewerten“ sagte Hermann Hanser, Fraktionsvorsitzender der SPD.



Das Foto zeigt ihn bei seinem Besuch in der Kita Soltausredder mit Leiter Joachim-Hans Hahne. „Wir haben beschlossen, künftig jedes Jahr ausgewählten Personen zum Nikolaustag eine

Freude zu machen und damit ihre Arbeit persönlich zu würdigen. In der heutigen Zeit kommt das persönliche Miteinander häufig zu kurz - da wollen wir etwas entgegensetzen“, führte Hanser aus, der gleichzeitig Vorsitzender des Sozial-, Kultur- und Schulausschusses der Gemeinde ist.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.12.2012, 14:31 Uhr - 7585 Clicks - Nr. 641

Eine historische Einigung

Das Land unterstützt die Kommunen beim U3-Ausbau

Als „historischen Kompromiss“ bezeichnet Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis Stormarn-Süd, die Einigung zwischen Land und Kommunen zur Finanzierung des Ausbau der Kindertagesbetreuung. Ab dem 1. August 2013 übernimmt das Land die Betriebskosten für die U3-Plätze.

Dafür stehen 2013 15 Millionen Euro zur Verfügung, diese wachsen im Laufe der Jahre auf 80 Millionen Euro auf.

Habersaat: „Der Schwerpunkt dieser Regierung ist die Bildungs- und Familienpolitik. Und der Stil dieser Regierung zeichnet sich durch Dialog mit den Betroffenen aus. Beides ist richtig.“ Wichtig sei, dass es bei dem Kompromiss nicht nur um die Zahl der Plätze, sondern auch um deren Qualität und Regelungen zur Sozialstaffel geht.



Die Kommunen hatten, noch zu Zeiten der Regierung Carstensen, vor dem

Landesverfassungsgericht ge- und eine Blockadehaltung Kiels beklagt. Ministerpräsident Torsten Albig und Sozialministerin Kristin Ahlheit (beide SPD) handelten nun mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Kompromiss aus und die Klage wird zurückgenommen. Torsten Albig: „Die Kosten für den Ausbau sind nicht durch die Kommunen verursacht, sondern durch bundesgesetzliche Regelungen. Da der Bund nicht für einen angemessenen Ausgleich sorgt, übernimmt diesen das Land.“

Das Land unterstützt die Kommunen für bereits geleistete Anstrengungen mit 36,5 Millionen Euro. Diese setzen sich aus drei Komponenten zusammen: Die Bundesmittel für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden 2013 nicht hälftig, sondern in voller Höhe von 26 Millionen Euro an die Kommunen weitergeleitet. 11,5 Millionen bekommen die Kommunen für energetische Sanierungsmaßnahmen an Kitas und Schulen. Habersaat: „Dieser Betrag wird, wie auch das ähnliche Sondervermögen für den Hochschulbau, aus Zinsersparnissen 2012 finanziert. Durch die energetische Sanierung erhoffen wir uns langfristige Kostensenkungen für die öffentliche Hand.“ 12 Millionen Euro sollen zur Einrichtung einer landeseinheitlichen Sozialstaffel genutzt werden.

Die Koalition aus SPD, Grünen und SSW sei an die Grenzen dessen gegangen, was das Land tun könne, um die Kommunen zu unterstützen. Ähnliches würde Habersaat sich auch vom Bund wünschen: „Leider rudert die Bundesregierung im Kreis. Anstatt den Ausbau beherzt voranzutreiben, werden Milliarden dafür ausgegeben, Kinder von den Bildungseinrichtungen fern zu halten.“

Die Vereinbarung soll am 10. Dezember unterzeichnet werden.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 08.12.2012, 10:40 Uhr - 9957 Clicks - Nr. 642

Klar zur Wende, 13. April 2012, Glinde

Die Energiewende ist eines der zentralen Zukunftsprojekte für unser Land. Doch an der Frage, wie sie gelingen kann, welche Strategie bei der Umstellung unserer Energiegewinnung und -versorgung verfolgt werden sollte, scheiden sich die Geister. Die Diskussion um die Änderungen am EEG oder auch über die Fortschritte des Ausbaus der Stromnetze belegen dies eindrucksvoll.

Wie wir „Klar zur Wende“ werden, darüber diskutierten am 13. April 2012 im Glinde Bürgerhaus, Dr. Nina Scheer, Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung, Dr. Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender, Willi Voigt, Energiestaatssekretär a.D. und Detlef Palm, Geschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen mit dem örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste



Einspeisevergütungen. Von Rot-Grün eingeführt, wird es von der Regierung Merkel Stück für Stück zurückgefahren und seiner Wirkungsmöglichkeiten beraubt. Nicht Wenige machen sich Sorgen, dass dahinter politische Absicht steckt. Nina Scheer warnte, sich nicht darauf zu verlassen, dass in Sachen Atomkraft und anderer fossiler Energieträger ein wirklicher Bewusstseinswandel eingesetzt habe. So würden heute bereits von Vielen steigende Energiepreise den regenerativen Energieträgern angelastet, obwohl auch knapper werdende fossile Ressourcen teurer würden. „Manche hoffen auf ein Zurück zum Atomstrom“, so Nina Scheer. Ins selbe Horn stieß auch Willi Voigt, Kreisvorsitzender der Grünen in Kiel: „Kleine Zwerge ersetzen die großen Kraftwerksriesen“ - so beschrieb er die Energierversorgung der Zukunft. Viele Windräder, aber auch Biogas und Solarenergie könnten die Großkraftwerke ersetzen. Das liege allerdings nicht im Interesse der Konzerne, die heute mit den Großkraftwerken Milliarden verdienen. Das merkwürdige Verhältnis der Bundesregierung zum EEG machte er an einem Sachverhalt deutlich: „Weltweit kopieren Staaten unser EEG, nur unsere eigene Regierung macht es wieder kaputt. Deutschland sollte lieber weiter an der Erfolgsgeschichte EEG schreiben!“ In einer neuen Struktur liegen Chancen für Schleswig-Holstein, betonten Ralf Stegner und Martin Habersaat, Mitglied des Arbeitskreises Energie der SPD-Landtagsfraktion. Stegner: „Auf dem Weg dahin wird es zahlreiche Interessenkonflikte mit den Betreibern von Großkraftwerken zu bestehen geben.“ Das ist eine Erfahrung, die auch Detlef Palm häufig macht, der sich in seiner neuen Funktion für die Stadtwerke stark macht. Stromnetze gehören in öffentliche Hand, befand er. Damit und mit starken Stadtwerken sei nicht nur eine dezentrale Energieversorgung zu leisten, sondern auch sicherzustellen, dass entstehende Gewinne in der Region verbleiben. Manche Themen konnten an dem Abend nur andiskutiert werden. Um wirklich „Klar zu Wende“ zu sein, brauche es eine Regierung, die wirklich hinter der Wende stehe, schloss Martin Habersaat. Neben der Erzeugung von Energie seien auch die Übertragung, also die Netze, und die Speicherung von Energie Themen, über die weiter gesprochen werden muss. Und wird.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 08.12.2012, 10:46 Uhr - 10198 Clicks - Nr. 643

Jobwunder Nachhaltigkeit, 19. November 2012, Ahrensburg

Nina Scheer, Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung und Geschäftsführerin von UnternehmensGrün e.V., diskutierte auf Einladung von MdL Tobias von Pein in Ahrensburg mit dem NaturFreunde-Bundvorsitzenden Michael Müller über den Umstieg auf eine nachhaltige Wirtschaft, wie er beispielhaft im Energiebereich stattfindet. Die Stromversorgung gehört nach Auffassung der Energieexpertin Nina Scheer wieder in die Hände der Kommunen. Nur so sei sie bürgernah.

In „Uns Huus“ beteiligten sich 30 Zuhörer eifrig an der Diskussion. Michael Müller, früherer



Umweltstaatssekretär in Berlin, warnte davor, die Belastung der Natur so fortzusetzen, wie in den letzten Jahrzehnten. Die Menschheit habe die Grenzen des Wachstums bereits überschritten. Nach neuesten Erkenntnissen sei eine Erwärmung der Atmosphäre um mehr als zwei Grad kaum noch zu verhindern. Der Gipfel der Ölförderung (Peak Oil) sei bereits überschritten. Energiewende sei die Schlüsselfrage, ob die Menschheit in der Lage sei, noch rechtzeitig umzusteuern. Nina Scheer, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, einem Verband kleiner und mittelständischer Unternehmen, die sich für nachhaltige Wirtschaftsweisen einsetzen, machte das Konkurrenzdenken und das Gewinnstreben in der Wirtschaft für die Krisen der Marktwirtschaft verantwortlich. Kooperation von Unternehmen und die Beteiligung der Mitarbeiter könnten sozialen Ausgleich schaffen. Für eine erfolgreiche Energiewende sei aber auch notwendig, die Netze in öffentliche Hand zu übernehmen. Tobias von Pein dankte den beiden Referenten und wird prüfen, ob sich Gesprächsrunden dieser Art regelmäßig in Ahrensburg veranstalten lassen. Er werde die Anregungen mit nach Kiel nehmen, denn hier sei die neue Landesregierung schon auf einem guten Weg, z.B. bei der Ausweisung von weiteten Windeignungsflächen.

Foto: Michael Müller, Tobias von Pein, Nina Scheer

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 09.12.2012, 14:01 Uhr - 10142 Clicks - Nr. 644

umWeltforum Stormarn gegründet, 20. Januar 2012, Ahrensburg

Auf Initiative von Tobias von Pein gründete sich ein "umWeltforum" der SPD Stormarn. Dort haben alle Interessierten, egal ob Mitglied der SPD oder nicht, in Zukunft die Möglichkeit über Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit zu diskutieren. Unter den Anwesenden auf der Gründungsveranstaltung fanden sich auch einige Jusos. Als Gast dabei war Nina Scheer von UnternehmensGrün e.V.

In ihrem Impulsreferat kritisierte sie vor allem die fehlende Werteorientierung in Wirtschaft und Politik, wenn es um das Übernehmen von Verantwortung im Bereich Nachhaltigkeit gehe. Als Beispiel dafür nannte sie die Inkaufnahme zusätzlicher Kosten, wenn etwa über Produktionsweisen Umweltschäden entstehen, oder das Tolerieren von Antibiotika in unseren Lebensmitteln. Das "umWeltforum" möchte nun regelmäßig Expertinnen und -experten einladen und unpolitische Themen auf die Tagesordnung der Sozialdemokratie setzen. Für die Koordinierung wurde eine Steuerungsgruppe gegründet, der



- neben Bernd Marzi (Trittau) und Sven Schäfer (Ammersbek) - mit Tobias von Pein und Delara Burkhardt auch zwei Jusos angehören. Delara Burkhardt, Vorsitzende der Jusos Stormarn: „Wir Jusos in Stormarn möchten uns im kommenden Jahr intensiv mit umweltpolitischen Themen auseinandersetzen, begrüßen also das neue Forum als Plattform für diese Diskussion. Nach dem längst überfälligem Aus für Atomkraft und dem absehbaren Ende der Kohlekraft wollen wir nachforschen, wie es um die dezentrale Energieversorgung in Stormarn steht, verschiedene Methoden beleuchten und uns eigene Konzepte überlegen. Außerdem wollen wir uns auch mit umwelt- ethischen Themen wie der Massentierhaltung befassen.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.12.2012, 16:46 Uhr - 11292 Clicks - Nr. 645

Rezension: Frank Goosen - Liegen lernen

Das Besondere an Frank Goosens erstem Roman, „Liegen lernen“ ist die erzählte Zeit. Der damals 34jährige Goosen nutzt als Rahmen der Handlung des 2000 erschienenen Romans die Jahre 1982 bis 1998, also die „Ära Kohl“. Goosens Protagonist, der mit Vornamen auch Helmut heißt, erlebt als Schüler den Wechsel von Schmidt zu Kohl.

Die erste Liebe, das Studium, die Scheidung der Eltern, die Frage nach der Gründung einer Familie - all das passiert, während der Kanzler derselbe bleibt. Und das Erwachsenwerden gelingt schließlich parallel zur Bundestagswahl 1998, als Helmut mit Mitte 30 auf sein bisheriges Leben zurückschaut.

Helmut Hermes interessiert sich so richtig eigentlich erst für Politik, als die schöne Britta in die Stadt zieht, Schulsprecherin wird und zu verschiedenen Arbeitsgruppen einlädt. „Ein paar Tage später wurde Helmut Kohl Bundeskanzler. Britta sagte, das sei ein großes Unglück, und wir könnten uns jetzt auf was gefasst machen. Erst mal passierte aber nichts. Außer, dass das Wetter schlechter wurde, aber es war ja auch Herbst.“ (S.64) Nach der Schule lässt Helmut sich vom Wehrdienst zurückstellen und beginnt ein Geschichtsstudium, wird später selbst Dozent.



Die Zeitgeschichte ist nicht das eigentliche Thema von „Liegen lernen“, die 1980er und 1990er Jahre bilden aber einen Hintergrund, der immer wieder vorschimmert, zum Beispiel bei Helmut's Berlin-Besuchen. Vor der Wende bekommt er auf Klassenreise Schwierigkeiten, weil er wegen Blasendrucks den „sozialistischen Mutterboden entweicht“, während der Wende gerät er in verschiedene Feierlichkeiten und lernt Teile der Subkultur Berlins kennen. Und nach der Wende, im September 1998, liegt Helmut in einer Pfütze vor einer Kreuzberger Kneipe und blickt zurück.

Coming of Age - Romane scheinen als Erstlingswerke besonders gut geeignet zu sein, gerade Frank Goosen profitiert in seinen Büchern häufig von eigenen Erlebnissen im Ruhrgebiet. Die Grundidee, vor der wirklich festen Bindung („Für immer? Das war eine verdammt lange Zeit.“) noch einmal die Verflassenen zu besuchen, kennen wir z.B. von [Nick Hornbys High Fidelity](#). Die Schallplatte auf dem Buchtitel würde ich als Reminiszenz deuten. Frank Gossen liefert eine originelle deutsche Variante dazu. Helmut's Fazit nach diesen Besuchen lautet übrigens: „Von den drei Frauen, mit denen ich zusammen gewesen war, war eine fett geworden, eine lesbisch und eine lebte mit fünfzig immer noch allein. Ich hatte ganze Arbeit geleistet.“ (S.315)

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 10.12.2012, 12:23 Uhr - 8877 Clicks - Nr. 646

Fröhliches Adventssingen zur Gitarre in Wankendorf

9. 12. 2012

Fröhliches Adventssingen zur Gitarre in Wankendorf

Der Kreistagsabgeordnete der SPD, Jürgen Plambeck, und der stellvertretende Vorsitzende der SPD Wankendorf, Frank Salisch, haben im Vitanas Senioren Centrum Wankendorf mit den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger einen Liedernachmittag veranstaltet. Es wurden gemeinsam traditionelle Weihnachtslieder zur Gitarre gesungen.



Das Vorlesen von Weihnachtsgeschichten rundete das Programm ab. Mit dieser feierlichen Adventsstunde wurde der 2. Advent im Seniorenzentrum eingeläutet. Die Senioren spendeten den Musikanten viel Beifall und Zustimmung und es gibt schon eine Verabredung für das nächste Jahr, dann heißt es wieder: Fröhliches Adventssingen zur Gitarre.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 10.12.2012, 14:59 Uhr - 9662 Clicks - Nr. 647

„Sagen, was man denkt. Tun was man sagt“

Rede von Peer Steinbrück

„Sagen, was man denkt. Tun was man sagt“

Ein anderer Stil, eine andere Politik: Haltung, Werte und Mut – Klartext für konkrete Ziele. In seiner Bewerbungsrede auf dem SPD-Parteitag unterstreicht Peer Steinbrück den Kontrast zu Union und FDP.



Damit will er Wahlkampf machen, Menschen überzeugen.

Der Start in den Wahlkampf: Auf der Bühne des SPD-Parteitags in Hannover der Mann, der Schwarz-Gelb in die Opposition schicken will. Der „einen ganzen Regierungswechsel“ will, keinen halben. Rot-Grün, so die Botschaft der fast zweistündigen Rede in Hannover, kann es besser. Schwarz-Gelb sei gescheitert: Inhaltlich vor allem, aber es geht Steinbrück auch um den Politikstil. Orientierungslosigkeit wirft er der Merkel-Regierung vor. Die Kanzlerin habe keine Ziele. Schwarz-Gelb lasse sich treiben von Klientelinteressen, von kurzfristigen Stimmungen und verschweige zu oft die Wahrheit, die die Menschen wissen wollen. Und auf die sie einen Anspruch haben, so Steinbrück. Kein Zweifel: Der Mann will Kanzler werden – und er weiß, wofür.

"Unten fühlen sich viele ausgegrenzt"

Die über 600 Delegierten hat er dabei voll auf seiner Seite. Immer wieder muss Steinbrück innehalten, die Rede wird unterbrochen durch starken Beifall. Besonders, wenn er leidenschaftlich gerechte Löhne fordert: Für die Millionen, die immer noch zu Billiglöhnen arbeiten müssen. Für Leih- und Zeitarbeiter, die sich nicht selten mit 40 Prozent weniger Geld zufrieden geben müssen als ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Und vor allem auch für Frauen. Durchschnittlich verdienen sie nämlich 22 Prozent weniger als Männer.

Begeisterung erntet Steinbrück auch, als er die Tendenz zu Parallelgesellschaften kritisiert, die sich abkoppeln von der Gesamtgesellschaft. Eine oben und eine unten: „Unten fühlen sich viele ausgegrenzt, ausgeschlossen von der Wohlstandsentwicklung und dem öffentlich Leben.“ Und oben? Dort gebe es inzwischen eine Schicht: Reiche, „die es sich in ihrer eigenen Wirklichkeit bequem macht“. Die sich Bildung für ihre Kinder privat kaufen können, Sicherheit, Mobilität oder Kultur. Und die darum kein Interesse mehr an den Leistungen des Staates habe.

Immer wieder stellt er auch den Bezug zu seinem eigenen Leben her: Der Wunsch nach eigener Berufstätigkeit. Die Auseinandersetzung seiner Großväter mit der Nazi-Diktatur, seine eigene Studentenzeit. Seine Faszination für Willy Brandt, die ihn zur SPD gebracht hat.

Gerechtigkeit, das wird immer wieder deutlich, ist das zentrale Thema des Mannes, der die SPD in den Wahlkampf führen will. Denn: „Etwas gerät aus dem Lot in unserem Land“ – was viele denken, weiß auch Steinbrück. Und damit will er sich nicht abfinden. Sondern eine Politik durchsetzen mit klarer Richtung: „Der Mensch im Mittelpunkt“. Oder, wie er es auch formuliert: „Mehr Wir und weniger Ich.“

So benennt er klar, was er machen will:

Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt: Hier geht es Steinbrück um den Mindestlohn, 8,50 Euro mindestens. Und um gleiche Bezahlung zwischen Leiharbeitern und Stammbesetzungen und zwischen Frauen und Männern, die Reform der Mini-Jobs, starke Tarifbindung, sichere Jobs. Bei Gesundheit und Pflege will er für eine gute Versorgung für alle sorgen: Im Mittelpunkt steht dabei das Konzept der Bürgerversicherung. Keine Zwei- oder Drei-Klassen-Medizin. Denn: „Die Versichertenkarte darf nicht entscheiden, wann und wie man behandelt wird.“ Und er verschweigt nicht, dass für eine menschenwürdige Pflege auch der Versichertenbeitrag wird steigen müssen.

Anerkennung für ein langes Arbeitsleben: Die SPD und Peer Steinbrück haben ein schlüssiges Gesamtkonzept für gute Renten anzubieten: Mit der Solidarrente, dem abschlagsfreien Rentenzugang auch schon ab 63 für Menschen, die nicht mehr können – oder die lange

gearbeitet haben. Mit der Sicherung des Rentenniveaus und der Aussetzung der 67er-Rente. Die so genannte „Leistungsrente“ der CDU nannte Steinbrück „blanker Zynismus“. Dem Thema Gleichstellung will der Sozialdemokrat besondere Bedeutung zuweisen: in klarer Verantwortung unter dem Dach des Kanzleramts. Dabei seien Themen wie der Kita-Ausbau wichtig, aber nur ein halber Schritt. „Gesellschaftlicher Fortschritt bemisst sich auch daran, wie Frauen und Männer miteinander arbeiten und leben.“

Mieten im Griff behalten: „Soziale Stadt“ soll Leitprogramm und altersgerechtes Wohnen besser gefördert werden. Und auch ein Wohnungswechsel dürfe nicht nur bei einem besonders dicken Geldbeutel möglich sein. Darum soll künftig den Makler nur bezahlt, wer ihn auch bestellt.

Die Energiewende will Steinbrück konzentriert und mit klarer Struktur wieder aufs Gleis bringen: Die Kräfte dafür will er bündeln in einem Ministerium.

Und natürlich eine Politik, die sich gegen die Macht der Finanzmärkte durchzusetzen weiß: Ein starkes Europa, in dem nicht die Menschen in Haftung genommen werden für Folgen maßloser Spekulation. Entschiedene Regulierung und die Spekulationssteuer.

Steinbrück tritt an, um der Politik in Deutschland eine andere Richtung zu geben. Es geht ihm vor allem auch um die Haltung. Eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern nichts vormacht. Eine Politik, die von Werten geleitet ist. Die klaren Ziele hat und den Mut, dafür Weichen zu stellen. Auch bei Gegenwind. „Sagen, was man denkt, tun was man sagt“ – das ist sein Motto. Und deshalb will er die ganze Regierung ablösen: Schwarz und Gelb. Politik – nicht nur besser, sondern anders. Gemeinsam mit den Grünen.

Für diesen Wechsel will er kämpfen. Und dafür stellt er sich zur Wahl. Die über 600 Delegierten hat er dabei klar hinter sich: Minutenlangem Beifall bestätigte ihn. Über 4000 Gäste verfolgten in der Messe von Hannover die Bewerbungsrede.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 11.12.2012, 12:43 Uhr - 13808 Clicks - Nr. 648

MdB Franz Thönnies ehrt langjährige Mitglieder des SPD-Ortsvereins Wahlstedt

SPD-Weihnachtsfeier in Wahlstedt:

Im Rahmen der jährlichen Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins in Wahlstedt wurden am vergangenen Wochenende drei langjährige SPD-Mitglieder für ihr ehrenamtliches Engagement von Franz Thönnies geehrt. „Euer Einsatz für die Ziele der Sozialdemokratie und die Umsetzung unserer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ist beispielhaft“, so der SPD-Politiker in seiner Laudatio auf die Jubilare.



Besonders hervor hob er die Verdienste des ehemaligen Bürgervorstehers Eberhard John, der nun 34 Jahre Mitglied der Wahlstedter Stadtverordneten-Versammlung ist. Er wurde für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Von 1977 bis 1990 war er SPD-Ortsvereinsvorsitzender. Seine kommunalpolitischen Tätigkeiten hat er mit weiteren ehrenamtlichen Aufgaben ergänzt, so z.B. beim Kulturring, im Deutschen Roten Kreuz, beim

örtlichen Schützenverein sowie in der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie und Energie. Bei den Glaswerken in Wahlstedt war er mehrere Jahre im Betriebsrat.

Jens Kummerfeld wurde für 25 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Über zwei Perioden gehörte auch er dem Wahlstedter Stadtparlament an. Im Ortsverein hat er die Internetpräsenz aufgebaut und betreut. Auch war er an der Erstellung der SPD-Ortsvereinszeitung „Wahlstedter Rundschau“ beteiligt.

SPD-Stadtvertreter Dirk Stock kann auf eine zehnjährige Mitgliedschaft zurückblicken. Die Aufgabe als Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung hatte er ebenfalls eine Zeit lang inne. Auf Kreisebene engagiert er sich im SPD-Kreisvorstand und in der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Rudolf von Dorum dankte allen Jubilaren mit einem kulinarischen Präsident sowie einem persönlichen Gruß vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Torsten Albig für ihre langjährige Treue zur Partei und ihren Einsatz.

Bildunterschrift v.l.: Rudolf von Dorum, Eberhard John, Dirk Stock, Jens Kummerfeld und Franz Thönnnes

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.12.2012, 14:03 Uhr - 9356 Clicks - Nr. 649

Keinen Verkauf der Provinzial

10. 12. 2012

Keinen Verkauf der Provinzial

Die SPD-Kreistagsfraktion wird anl. der Kreistagssitzung am 20.12.2012 folgende Resolution einbringen und hofft auf große Unterstützung.

Die SPD-Kreistagsfraktion empfiehlt dem Kreistag nachstehende Resolution zum evtl. beabsichtigen Verkauf der Provinzial an einen privaten Investor zu beschließen.

Die Versicherungsnehmer und Versicherungsnehmerinnen, Belegschaft und die Gewerkschaften sind fassungslos über die Pläne, die Provinzial evtl. an einen privaten Investor zu veräußern.

Die Provinzial ist mit über 2.000 Arbeitsplätzen im Norden und fast 4000 Arbeitsplätzen in Westfalen im Innen- und Außendienst im Sparkassenfinanzverbund ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Sie ist ein kerngesundes und ertragreiches Unternehmen. Anders als private Unternehmen ist das oberste Ziel nicht die Gewinnmaximierung. Die Provinzial agiert wie die Sparkassen gemeinwohlorientiert in der Region. Dies lässt sich aus dem öffentlichen Auftrag ableiten und ist an der vielfältigen Förderung von kulturellem und sozialem Engagement vor Ort spürbar. Zum Beispiel bei der Förderung der freiwilligen Feuerwehren und des Breitensports. Sie unterstützt ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in großem Umfang. Sie ist finanziell aktiv bei Sportveranstaltungen, Partner und Förderer der

Landesverkehrswachten. Die Provinzial trägt mit dazu bei, dass der soziale Zusammenhalt funktioniert.

Die Provinzial ist außerdem einer der größten Gewerbesteuerzahler in der Region. Sie ist ein wichtiger Partner für Städte, Kommunen und Land. Die Kunden in Schleswig-Holstein würden einen wichtigen Versicherungspartner verlieren. Umfragen zeigen deutlich, dass sich die Kunden bewusst für die Provinzial entschieden haben.

Durch einen Verkauf an einen privaten Investor würde der öffentliche Finanzsektor in Frage gestellt und letztlich auch gefährdet werden.

Der Kreistag fordert von den Verantwortlichen und der Landesregierung Schleswig-Holstein dem entgegenzuwirken, sich zum öffentlichen Finanzsektor zu bekennen, diesen zu stärken und Lösungen für die Weiterentwicklung von Sparkassen und Provinzial gemeinsam im öffentlichen Verbund zu erarbeiten.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 11.12.2012, 20:06 Uhr - 19690 Clicks - Nr. 650

KV-Intern aktuell erschienen

Noch rechtzeitig vor Weihnachten ist das Informationsblatt KV-Intern des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg mit vielen Informationen erschienen, das hier vorgestellt wird.

Allen eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins SPD-Jubiläums-Jahr 2013, 150 Jahre SPD.

Neben vielen Veranstaltungen im Jubiläumsjahr 2013 finden in Schleswig-Holstein am 26. Mai 2013 Kommunalwahlen und im Herbst die Bundestagswahl statt.



[KV Intern Dezember 2012](#)

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 12.12.2012, 15:53 Uhr - 153032 Clicks - Nr. 651

„Tiertransporte auf 8 Stunden begrenzen“

Europaparlamentarier fordern EU-Kommission zum Handeln auf
Tiertransporte sollen auf maximal acht Stunden begrenzt werden. Zu einer entsprechenden Überarbeitung der bestehenden Rechtsvorschriften fordern die Europaabgeordneten die EU-Kommission in einem am Mittwoch in Straßburg verabschiedeten Initiativbericht auf, der sich mit dem Schutz von Tieren beim Transport auseinandersetzt.



"Die EU-Kommission muss sich endlich den mit Tiertransporten verbundenen Herausforderungen stellen und die entsprechenden Rechtsvorschriften anpassen", forderte Ulrike RODUST im Anschluss an die Abstimmung. Denn die Zahl der transportierten Tiere sei in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen.

Die Abgeordneten fordern neben einer Reduzierung der Transportzeit auf acht Stunden, die ordnungsgemäße Durchsetzung bestehender EU-Rechtsvorschriften zu Tiertransporten in allen EU-Mitgliedsstaaten, mehr Kontrollen vor Ort beim Tierschutz und Transport von Tieren, stärkere Strafen bei Regelverstößen sowie eine Unterstützung lokaler Schlachthöfe und lokaler Nahrungsketten, um unnötigen Fernverkehr von Tieren zu unterbinden.

Umstritten war vor allem die Forderung, die Transportzeit zukünftig auf acht Stunden zu begrenzen. Insbesondere die Fraktion der Konservativen spricht einer zeitlichen Begrenzung die wissenschaftliche Grundlage ab. Die agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten Ulrike RODUST positioniert sich klar für eine Begrenzung von Tiertransporten auf acht Stunden. „Mehrtätige Transporte sind auch bei regelmäßigen Pausen und ausreichender Fütterung und Tränkung eine Qual für die Tiere“, erklärte die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST.

Ein weiteres Problem ist, dass in den vergangenen Jahren viele kleine regionale und lokale Schlachthöfe ihren Betrieb aufgeben mussten aufgrund der gestiegenen Anforderungen an Hygienebestimmungen. Ein immer dünner werdendes Netz von Schlachtbetrieben in der Fläche führt aber dazu dass die Tiere zu weiter entlegenen großen Schlachthöfen transportiert werden müssen. Das Parlament fordert deshalb in dem vorliegenden Bericht die EU-Kommission auf, Wege zu finden, lokale Schlachthöfe wieder rentabel zu machen. "Mit der Förderung von lokalen Schlachtbetrieben schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Auf der einen Seite vermeiden wir lange Transportzeiten für die Tiere und auf der anderen Seite stärken wir die Wertschöpfung vor Ort und schaffen Arbeitsplätze", so Ulrike RODUST abschließend.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.12.2012, 09:56 Uhr - 7277 Clicks - Nr. 652

Wir wollen starke Lehrerinnen und Lehrer für alle

Landtagsrede zur Bericht zur Zukunft der Lehrerausbildung vom 12. Dezember 2012

Außer uns befasst sich auch das Land Berlin mit einer Neuordnung der Lehrerbildung. Regiert von einer Großen Koalition, ideologischer Umtriebe unverdächtig, hat man dort eine hochkarätig besetzte Expertenkommission zusammengestellt, die zu folgenden Vorschlägen für die Neuordnung Lehrerbildung kam:

1. Es soll so viel Polyvalenz wie möglich bei zu sichernder Professionalität geben.
2. Es soll Lehrämter orientiert an der Schulstruktur geben:
 - Lehramt an Grundschulen
 - Lehramt an Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien, übrigens in einem gemeinsamen Studiengang. Das wären bei uns die Gemeinschaftsschulen und die Gymnasien. Und wie wird das begründet? Man habe in Berlin ein Zwei-Säulen-Modell realisiert, in dem „zwei zeitlich unterschiedlich getaktete und curricular unterschiedlich akzentuierte, aber gleichwertige

Bildungsgänge zu allen Abschlüssen, einschließlich der Hochschulreife führen“.

— Lehramt an beruflichen Schulen

Übrigens, es gibt viele Länder, in denen keine reinen Gymnasiallehrer ausgebildet werden. Und: keines dieser Länder hat in der Folge die Gymnasien abgeschafft.

Es gibt in diesem Hause Konsens zu verschiedenen Punkten: Beide Universitäten haben Stärken, die in eine Neuordnung der Lehrerbildung einfließen müssen. Neue Schulstrukturen und neue Schülerinnen und Schüler brauchen eine neue Lehrerausbildung.



Unsere Ziele:

1. Der bestmögliche Abschluss für alle Schülerinnen und Schüler.
2. Möglichst viele Schülerinnen und Schüler mit Abitur.
3. Bestmögliche individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler.

Wenn das unsere Ziele sind, dann sollten das auch die Ziele für alle Lehrerinnen und Lehrer sein. Und wenn auch das stimmt, warum tun manche dann noch immer so, als müssten Lehrerinnen und Lehrer für zwei unterschiedliche Sorten Mensch ausgebildet werden?

Wir wollen starke Grundschulen. Starke Gemeinschaftsschulen. Starke Gymnasien. Starke berufliche Schulen. Und starke Lehrerinnen und Lehrer für alle!

Keine Kommentare

[Franz Thönnes](#) - veröffentlicht am 13.12.2012, 12:34 Uhr - 12984 Clicks - Nr. 653

1240 Bürger aus der Region bei Thönnes in Berlin

Besucherstrom hält auch 2012 an

Wie in den letzten Jahren besuchten auch 2012 über 1200 Bürger aus dem Wahlkreis auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnes den Deutschen Bundestag in Berlin. „Der Besucherstrom hält an und es ist erfreulich, welch großes Interesse an der „Werkstatt der Demokratie“ besteht“, kommentiert der SPD-Politiker die Besucherbilanz aus den Kreisen Segeberg und Stormarn sowie der Stadt Neumünster.



Den größten Anteil stellten die vielen Klassen aller Schulformen, die das Reichstagsgebäude besuchten, an einer Informationsveranstaltung oder Plenarsitzung mit anschließender Diskussionsrunde teilnahmen. „Mir liegt sehr viel daran mit jungen Menschen über Demokratie zu sprechen und deshalb ist es gut, dass es hierfür wieder so häufig die Gelegenheit gab“, so der SPD-Politiker. Aber auch viele Einzelbesucher oder Kleingruppen von Verbänden und Vereinen kamen aus dem Norden in die Hauptstadt.

Darüber hinaus lud er dreimal je 50 politisch Interessierte aus Segeberg, Stormarn und Neumünster zu einem dreitägigen Mix aus Politik und Kultur ein. „Besonders gefreut hat mich, dass die anspruchsvollen Programme für diese Bildungsreisen weiterhin auf so große Zustimmung und Interesse gestoßen sind“, erklärt Thönnies. Auch die von ihm wegen der regen Nachfrage zusätzlich angebotene Berlinfahrt, die auf Selbstzahlerbasis in Kooperation mit dem Unternehmen „Dienstwerker“ durchgeführt wurde, hat 2012 wieder stattgefunden.

Im zurückliegenden Jahr besuchten außerdem Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Betriebs- und Werkstatträte, Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren sowie Jugendliche aus dem Wahlkreis den Deutschen Bundestag im Rahmen von Konferenzen der SPD-Bundestagfraktion. Sie nahmen teil an Gesprächsrunden oder besonderen Veranstaltungen wie dem „Girls Day“, dem „Planspiel Zukunftsdialog“ oder dem Programm für „Gewerkschaftsjunioren“.

„Dieser intensive Austausch passt genau zu meinem politischen Motto „da sein – zuhören – handeln“, so Franz Thönnies weiter. Die Zeit für solche Runden sei eine gute Investition. „Dass so viele junge Leute darunter sind, zeigt mir, dass entgegen manch anderer Meinung ein reges Interesse an Politik da ist. Es kommt eben darauf, an, wie sie dargeboten wird“, bewertet Thönnies den enormen Zuspruch. Und die Nachfrage hält an. Schon jetzt haben sich bereits über 600 Interessierte für 2013 angemeldet.

Bildunterschrift: Franz Thönnies mit einer Besuchergruppe aus dem Oktober 2012 vor der Kuppel des Reichstagsgebäudes

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 13.12.2012, 15:45 Uhr - 5449 Clicks - Nr. 654

Jubiläum Ortsverein Steinfeld-Ulsnis

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis feierte am letzten Freitag sein 40-jähriges Bestehen im Steinfelder gemeindeeigenen Landgasthof Jäger´s Ruh, wozu alle Mitglieder, Vertreter der umliegenden Ortsvereine, MdL Birte Pauls, der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel und der Direktkandidat zur Kommunalwahl Karsten Stühmer eingeladen waren.

In der Eröffnungsrede gab die Ortsvereinsvorsitzende Anne Marxen einen geschichtlichen Überblick des Ortsvereins. Am 8. Dezember 1972 hatte der Kreisverband Schleswig-Flensburg zu einer Gründungsversammlung in die Gaststätte Jäger´s Ruh in Steinfeld eingeladen, wo der SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis gegründet wurde. Gründungsmitglieder waren unter anderen Karl-Heinz Klinker, Günter Große, Wolf Dürkop, Helmut Naeve und Uwe Jensen. Vor der Gründung waren aber bereits einige Mitglieder in der Partei. Hier sind besonders Herbert Ohl aus Ulsnisstrand, Uwe Jensen, der damals in Kius wohnte, Wolf Dürkop aus Ulsnis und Karl-Heinz Klinker zu erwähnen.



Karl-Heinz Klinker, Ortsvereinsvorsitzender von 1972 bis 1989 und Ehrenbürgermeister von Steinfeld, erinnerte an die schwierigen ersten Jahre nach der Gründung und an das stetige

Wachsen des Vertrauens besonders in der Steinfelder Bevölkerung. „Wir dürfen nicht vergessen, woher wir kommen und wo unsere Wurzeln sind“ appellierte er in seinem Grußwort.

Gründungsmitglied Günter Große sorgte für lebhaften Beifall mit seinem Grußwort in plattdeutscher Sprache über die „soziale Gerechtigkeit“.

MdL Birte Pauls hob in ihrer Festrede die Verdienste des Ortsvereins hervor „Mit eurer Arbeit vor Ort, lebt ihr die sozialdemokratischen Werte, die sich für das Einsetzen des Gemeinwohls widerspiegeln“. Birte Pauls gehörte selbst dem Ortsverein an und in der Gemeindevertretung Steinfeld holte sie im Jahr 1970 ihre ersten kommunalen Erfahrungen.

Ralf Wrobel hob in seinem Grußwort die sozialen Errungenschaften wie die Einrichtung des ersten MarktTreffs in SH im Jahr 1999, den Erwerb des Landgasthofes Jäger´s Ruh und die nachschulische Betreuung in der Grundschule in der Gemeinde Steinfeld hervor. Auf Kreisebene erzielt die Gemeinde Steinfeld bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen prozentual immer das beste Ergebnis.

Karsten Stühmer lobte die Arbeit des Ortsvereins und wies auf die arbeitsintensive Zeit im Jahr 2013 hin.

Für ihre 40-jährige Mitgliedschaft wurden Wolf Dürkop, Karl-Heinz Klinker, Günter Große und Helmut Naeve mit einer Urkunde und Ehrennadel feierlich geehrt.

Jochen Rose, Hannelore Günther, Holger Krause und Annegret und Kay Schillert wurden für ihre 25 Jahre lange Treue in der SPD geehrt.

Urkunden für ihre 20-jährige Mitgliedschaft erhielten Hermann Knackstedt und Jürgen Schacht und für ihre 10-jährige Mitgliedschaft wurden Johannes Hansen, Richard Krohn, Dirk Nissen, Dörte Weitkamp und Thomas Haake geehrt.

Auf dem Foto: Ralf Wrobel ehrt Günter Große und Karl-Heinz Klinker zum 40-jährigen Jubiläum. Von links nach rechts: Günter Große, Karl-Heinz Klinker, Dieter Kinne, Ralf Wrobel

Keine Kommentare

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 13.12.2012, 20:44 Uhr - 12374 Clicks - Nr. 655

Keine Regionalschule wird wegen Umwandlung in Gemeinschaftsschule geschlossen

Zur aktuellen Berichterstattung über die Zukunft der Fritz-Reuter-Regionalschule in Eckernförde äußert die örtliche Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli:

Schleswig-Holsteins Landesregierung führt derzeit ein Dialogverfahren zur Überarbeitung des Schulgesetzes durch, wie es das in unserem Land noch nie gegeben hat.

Auf zwei landesweiten Bildungskonferenzen und einer Zwischentagung, in der ministeriellen Anhörung zum Referentenentwurf und natürlich in der Anhörung, die der Landtag zum Regierungsentwurf für ein neues Schulgesetz durchführen wird, haben alle Beteiligten, auch

die Verbände der kommunalen Schulträger, jede Möglichkeit, auf die künftige Gestalt unseres Schulsystems Einfluss zu nehmen.

Es bleibt bei dem, was Ministerin Wara Wende und die SPD-Landtagsfraktion erklärt haben: Keine Regionalschule wird deswegen geschlossen werden, weil sie sich zu einer Gemeinschaftsschule umwandelt; dies wird durch entsprechende Veränderungen der Mindestgrößenverordnung sichergestellt, die derzeit für eine Regionalschule eine Mindestgröße von 240, für eine Gemeinschaftsschule aber von 300 SchülerInnen vorsieht.

Nicht auszuschließen ist allerdings, dass es zu organisatorischen Änderungen bei bisherigen Regionalschulen kommen muss, die die 240er Grenze (Sek I) deutlich unterschreiten – was die Fritz-Reuter-Schule gar nicht betrifft. Das ist allerdings keine Neuigkeit und wäre auch ohne Regierungswechsel so gewesen. Wir werden die Schulen und die Schulträger bei der Suche nach individuellen Lösungen unterstützen und würden uns freuen, wenn die CDU es auch einmal konstruktiv versuchen würde.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.12.2012, 09:49 Uhr - 7500 Clicks - Nr. 656

Bund und Länder müssen wieder enger zusammenarbeiten

Landtagsrede vom 13. Dezember 2012 zur Hochschulpolitik

Alle reden von der Energiewende und ausgerechnet der öffentliche Bereich ist oft derjenige, der daraus am wenigsten seine Konsequenzen zieht. Viele Bauwerke, in denen heute Schüler und Studierende der Zukunft entgegen streben, dienen offenbar unfreiwillig auch der Beheizung der unmittelbaren Umgebung.

Das hat natürlich auch etwas mit Verhalten zu tun. Wenn in der Pause gelüftet wird, kommt niemand auf die Idee, die Heizung herunterzudrehen.

Mein Kollege Lars Winter hat in der letzten Sitzung deutlich gemacht, dass unsere Hochschulen ein Sonderprogramm zur baulichen Sanierung und insbesondere zur energetischen Modernisierung benötigen. Der Gesetzentwurf der Koalition ist in den vergangenen Wochen intensiv beraten worden. Die FDP forderte die Aufstockung der Mittel, und auch die CDU findet in der Opposition Gefallen an „Höher – Weiter – Schneller“-Anträgen.

Wir haben Ihnen im Finanzausschuss als Ergebnis dieser Beratungen, aber auch als Konsequenz aus der etwas entspannten Haushaltssituation einen umfangreichen Änderungsantrag vorgelegt, der das Volumen des Sondervermögens Hochschule von 30 auf 40 Millionen Euro erhöht. Zugleich begründen wir ein weiteres Sondervermögen für die energetische Sanierung von Schulen und Kindertageseinrichtungen in Höhe von 11.5 Millionen Euro. Damit tragen wir auch der Einigung zwischen den Kommunen und dem Land über den Ausbau der Betreuung für unter 3-jährige Kinder Rechnung.



Wir verkennen nicht, dass auch 40 Millionen Euro eines Sondervermögens nicht alle berechtigten Wünsche und nicht einmal alle Notwendigkeiten, die sich aus dem baulichen Zustand unserer Hochschulen ergeben, beheben können. Es ist aber mit Sicherheit weit mehr als der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“.

Das Parlament wird nach Wegen suchen müssen, wie wir den Hochschulen innerhalb der engen Grenzen, die der Landeshaushalt uns allen setzt, in diesem Bereich helfen können. Ob der Weg, den die Universität Lübeck zur Stiftungsuniversität gehen will, hier eine Lösung bietet, werden wir sehr genau beobachten.

In den nächsten Jahren dürfen wir einen weiteren Zuwachs an Studienanfängern in ganz Deutschland erwarten, natürlich auch bei uns. Das ist ein Grund zur Freude, denn wir brauchen mehr akademisch qualifizierte Kräfte, aber es stellt uns vor eine Herausforderung.

Die Vorausberechnungen aus dem Jahr 2009 versprachen für das Jahr 2011 bundesweit rund 413.000 Studienanfänger. Diese Zahlen waren die Grundlage für den Hochschulpakt II und damit auch für die Berechnung der Fördermittelhöhe des Bundes. Tatsächlich haben rund 518.000 Hochschulberechtigte ihr Studium in Deutschland aufgenommen. Ein Plus von mehr als 100.000!

Für 2012 zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab, auch wenn nicht ganz so drastisch. Die Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz prognostizieren, dass wir bis 2020 ca. 750.000 Studienanfängerplätze mehr benötigen werden als angenommen. Allein diese Zahl belegt, dass der Hochschulpakt II keineswegs ausreichend ist, um seine Ziele umzusetzen. Dann wären alle Bemühungen der letzten Jahre nur ein netter Versuch ohne Konsequenz und Nachhaltigkeit.

Unser Ziel war es doch, mehr jungen Menschen die Chance zu geben, sich akademisch zu qualifizieren, einen Hochschulabschluss zu erlangen und so den immer mehr werdenden Fachkräftebedarf zu decken. Die demografische Entwicklung, die doppelten Abiturjahrgänge und der Wegfall der Wehrpflicht sind dabei zusätzliche Aspekte, die wir nicht außer Acht lassen dürfen.

Wir allein können die steigende Studienplatznachfrage ohne die Hilfe des Bundes nicht bewältigen. Auch auf den drohenden Mangel an Master-Studienplätzen müssen wir entsprechend reagieren und den Studierenden die Möglichkeit geben, das zu beenden, was sie angefangen haben. Die Befürchtung der Bachelor-Absolventen, einen Weg einzuschlagen, den sie nicht zu Ende gehen können, obgleich die Leistungen gut sind, ist legitim und muss ernst genommen werden.

2007 haben wir angefangen, ein Gerüst zu bauen, welches ohne weitere Finanzierung ins Wanken geraten wird, und das kann niemand wollen. Denn es wurde bereits einiges erreicht.

Mit der ersten Säule des Hochschulpaktes sollten zusätzliche Studienmöglichkeiten an deutschen Hochschulen geschaffen werden. Dieses Ziel wurde nicht nur erreicht, sondern auch übertroffen.

Mit der zweiten Säule konnten Programmpauschalen für universitäre Forschung effektiv unterstützt und die Strategiefähigkeit der Hochschulen erhöht werden. Bis dato mussten die Hochschulen diese zusätzlichen Kosten für ihre Projekte aus Eigenmitteln finanzieren.

Mit der dritten Säule konnten die Studienbedingungen durch Personalgewinnung, Personalqualifizierung und durch Weiterentwicklung der Lehrqualität verbessert werden.

Vielleicht geschah das alles noch nicht immer in völlig zufriedenstellendem Maße, aber Schritte in die richtige Richtung sind deutlich erkennbar.

Nun wäre es konsequent, eine dritte Programmphase des Hochschulpaktes 2020 einzusetzen. Vor 2021 können wir nicht mit einem Absinken der Studienanfängerzahl auf das Niveau von 2010 rechnen, so die Kultusministerkonferenz. Und nebenbei: Das wollen wir ja eigentlich auch gar nicht.

Wir brauchen Planungssicherheit, um den zusätzlichen Studieninteressenten zukunftsfähige Angebote schaffen zu können.

Wir haben hier einen Konsens darüber, dass Bund und Länder wieder enger zusammenarbeiten müssen. Im Bereich des Hochschulpaktes bedarf es nicht einmal einer Grundgesetzänderung. Das Ministerium wird – da bin ich mir sicher – die geeigneten Wege finden, um eine dritte Generation des Hochschulpaktes zu erreichen.

Ich bitte Sie deshalb, der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Sondervermögen und unserem Antrag zum Hochschulpakt III zuzustimmen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 14.12.2012, 10:30 Uhr - 9779 Clicks - Nr. 657

Dr. Birgit Malecha-Nissen einstimmig gewählt

Dr. Birgit Malecha-Nissen einstimmig gewählt: Kandidatur für den Plöner Kreistag Wahlkreis 20 Probstei Ost bei der Kommunalwahl im Mai 2013.



Dr. Birgit Malecha-Nissen wurde einstimmig als Kandidatin für den Plöner Kreistag im Wahlkreis Probstei Ost bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2013 gewählt

Die Versammlung fand in Stoltenberg statt. Zum Wahlkreis gehören die Gemeinden Barsbek, Bendfeld, Fiefbergen, Höhdorf-Gödersdorf, Köhn, Krokau, Krumbek, Stakendorf, Stoltenberg und Wisch. Die endgültige Kandidatenkür mit der Listenwahl findet am 15. Januar 2013 auf einem Kreisparteitag in Stein statt.

Der Wahlkreis wird zurzeit von Matthias Naumann vertreten, der 2013 in seiner Heimatgemeinde Preetz für die Wahl antreten wird. Birgit Malecha-Nissen war 9 Jahre Abgeordnete des Plöner Kreistages für die Stadt Schwentinental. Sie ist Mitglied des Hauptausschusses, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bauen-, Umwelt- und Abfallwirtschaft, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion und Vorsitzende der Natur- und Umweltstiftung Kreis Plön.

Ihre Kernthemen in der Kreispolitik sind eine verlässliche und bürgernahe Abfallwirtschaft mit stabilen Gebühren, ein Klimaschutzkonzept für den Kreis Plön und die erneuerbaren Energien als Aufschwung für den Arbeitsmarkt zu nutzen. „Der Kreis Plön muss als Region attraktiv bleiben und den Familien eine Zukunft bieten. Dazu gehören sichere Arbeitsplätze,

bezahlbarer Wohnraum und eine gute Infrastruktur. Das bedeutet ein gutes Angebot an Kinderbetreuung und Schulen, einen flexiblen und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr und damit auch die von Kosten freie Schülerbeförderung!“ so Birgit Malecha-Nissen.

„Vielen Dank für die große Zustimmung! Ich freue mich mit diesem Wahlkreis meine direkten Nachbargemeinden vertreten zu dürfen,“ betont die Passaderin Birgit Malecha-Nissen.

Foto:

V.l.n.r.: Waltraud Schabel, Waltraud Holst, Birgit Malecha-Nissen, Karl-Otto Knust, Ingo Lange, Jörn Husen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 14.12.2012, 10:32 Uhr - 14414 Clicks - Nr. 658

SPD-MdB Thönnnes ruft zur Teilnahme am Jugendmedienworkshop 2013 auf

Vom 17. bis 23. März 2013 findet im Parlament in Berlin unter dem Titel „Wohin wollen wir gehen? Irrgarten Demografie – Gesucht: Lebenswege 3.0“ ein Workshop für junge Medienmacher zwischen 16 und 20 Jahren statt. Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland zum mittlerweile zehnten Mal 30 junge Journalistinnen und Journalisten in die Hauptstadt ein.



Eine Woche lang werden die Jugendlichen vor Ort hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens blicken. Sie hospitierten in Redaktionen, lernen Journalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung. Inhaltlich werden sie sich mit dem demografischen Wandel und den Auswirkungen auf die verschiedenen Generationen sowie den eigenen Lebenswegen auseinandersetzen und die Antworten der Politik auf diese Herausforderung aus ihrer Sicht hinterfragen.

„Der Jugendmedienworkshop ist eine gute Gelegenheit für interessierte junge Menschen, um in Mediengesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Abgeordneten zu formulieren, kritische Fragen zu stellen und zu sehen, wie die journalistische Arbeit in der Bundeshauptstadt funktioniert. Es würde mich freuen, wenn auch aus den Kreisen Segeberg und Stormarn jemand teilnimmt“, so SPD-MdB Franz Thönnnes.

Bewerben können sich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema des Workshops. Eingereicht werden können Artikel, Video-/Audiobeiträge oder Fotoarbeiten.

Nähere Informationen hierzu und zu den Bewerbungsbedingungen finden sich auf der Homepage <http://bundestag.jugendpresse.de>. **Bewerbungsschluss** ist der **15. Januar 2013**.

Keine Kommentare

Versprochen – gehalten: Mehr Geld für Schulsozialarbeit

„Sie ist wirklich ein Schatz. Wir wüssten gar nicht mehr, wie wir ohne sie klar kommen sollten.“ Dies ist die Aussage einer Lehrerin über IHRE Schulsozialarbeiterin.

Tatsächlich sind die Erfolge ihrer Arbeit schon nach einem Jahr an der Grundschule sichtbar. Die Kinder vertrauen ihr ihre Sorgen und Nöte an. Sie gehen respektvoller miteinander um, so dass z.B. der Gedanke der Schulbusbegleitung wieder fallen gelassen werden konnte.



„Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir die Mittel für die Schulsozialarbeit von bisher 1,7 auf künftig 4,6 Mio. € erhöhen. Wir bauen damit die bisherige engagierte Arbeit aus, weil jedes Kind ein Recht darauf haben soll, sich auf die Schule zu freuen und stolz auf Erfolge zu sein,“ so Birgit Herdejürgen, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion

Keine Kommentare

CDU/CSU/FDP verhindern im Bund Aufschub bei der „Fracking-Methode“

Thönnies: Antrag der SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt:

Am 13. Dezember 2012 haben CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag den Antrag „Ergebnisse der Gutachten zu Umweltauswirkungen von Fracking zügig umsetzen“ der SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt (Drs. 17/11829).



„Damit wird wieder einmal deutlich, dass die Sorgen und Ängste der Menschen von den Fraktionen der Merkel-Regierung nicht ernst genommen werden. Besonders erschreckend ist, dass sie nicht einmal einen eigenen Beschlussvorschlag eingebracht haben“, so SPD-MdB Franz Thönnies.

Die „Fracking-Methode“, um unkonventionelle Gasvorkommen auszuschöpfen, ist umstritten, weil die Auswirkungen auf die Umwelt kaum erforscht sind. Bei dieser wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Additiven unter hohem hydraulischen Druck in den Untergrund gepresst, um tief liegende Gesteinsformationen aufzubrechen und das Gas herausströmen zu lassen.

Seit Anfang November bekannt ist, dass der kanadische Konzern PRD Energy einen Antrag für eine „Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen“, also Erdöl und Erdgas, für das sogenannte „Erlebnisfeld Bramstedt“ gestellt hat, wird hierüber auch im Kreis Segeberg intensiv diskutiert.

Dass hierzu auch fraktionsübergreifende Mehrheiten organisiert werden können, hat der schleswig-holsteinische Landtag gezeigt. Am 12. Dezember 2012 gaben die Parlamentarier der Landesregierung einstimmig den Auftrag „keine Genehmigungen für die Aufsuchung und Erkundung unkonventioneller Erdgas- und Erdöllagerstätten unter Einsatz von umweltgefährdenden Substanzen“ zu erteilen. Auch der Segeberger Kreistag hat sich entsprechend positioniert.

„Die SPD-Bundestagsfraktion hat hierzu ebenfalls klar Flagge gezeigt. Wir wollen ein Moratorium, solange bei dieser Methode auch gesundheitsgefährdende Substanzen mit in den Boden verpresst werden. Und generell müssen die Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben und das Bundesbergrecht so reformiert werden, dass Öffentlichkeitsbeteiligung und umfassende Transparenz gewährleistet sind“, erläutert Thönnies und ergänzt: „Bedauerlicherweise haben sich die CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Segeberg, Gero Storjohann, Dr. Rolf Koschorrek und Dr. Phillip Murman, dagegen ausgesprochen und befinden sich mit diesem Verhalten im völligen Widerspruch zu ihren Parteifreunden im Kreis- und Landtag.“

Darüber hinaus unterstützt das nördlichste Bundesland auch einen am 14. Dezember 2012 in den Bundesrat eingebrachten Antrag Nordrhein-Westfalens, mit dem Regeln für diese Fördermethode eingeführt werden sollen (Drs. 754/12).

Bildquelle: Oliver Brunner /pixelio.de

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 14.12.2012, 14:14 Uhr - 26132 Clicks - Nr. 661

MdB Sönke Rix: Bundestag lädt ein zum Workshop für junge Medienmacher

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland zum zehnten Mal 30 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein.



Vom 17. bis 23. März 2013 werden die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, lernen Hauptstadt-Journalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung.

„Wohin wollen wir gehen? Irrgarten Demografie – Gesucht: Lebenswege 3.0“ heißt der Titel der Veranstaltung in diesem Jahr. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden sich mit dem demografischen Wandel unserer Gesellschaft und den Auswirkungen auf die verschiedenen Generationen sowie den eigenen Lebensweg auseinandersetzen und die Antworten der Politik auf diese Herausforderung aus Sicht einer jungen Generation hinterfragen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix hofft, dass auch Bewerbungen aus Rendsburg-Eckernförde eingehen: „Gerade im ländlichen Raum ist der demografische Wandel schon heute spürbar, das merken auch die jungen Leute.“

Bewerben können sich interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema des Workshops. Eingereicht werden können Artikel, Video-/Audiobeiträge oder Fotoarbeiten. Nähere Informationen zum Workshop und den Bewerbungsbedingungen finden sich auf der Homepage <http://bundestag.jugendpresse.de>. Bei Bedarf können Sie sich auch gern an den Abgeordneten Sönke Rix wenden. Weitere Informationen zu Ihrem Wahlkreisabgeordneten finden Sie auf der Internetseite des Deutschen Bundestages <http://www.bundestag.de>.

Bewerbungsschluss ist der 15. Januar 2013.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 15.12.2012, 01:53 Uhr - 3397 Clicks - Nr. 662

Weihnachtsfeier mit Wahlen!

Am Freitag, den 30.11.2012 feierte der SPD Ortsverein von Reinfeld in der Alten Schule seine Weihnachtsfeier.

Während der Veranstaltung wurde der umweltpolitische Sprecher der SPD Kreistagsfraktion, Heinz Hartmann, mit großer Mehrheit als Kandidaten für den Kreistag bei der nächsten Kommunalwahl gewählt.

Außerdem wurden noch die Mitglieder Martina van Elkan-Röhl, Irene Andresen, Thomas Klüver und Harald Klückmann für ihre langjährig Parteizugehörigkeit geehrt.

gez. Norbert Hintze

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 15.12.2012, 01:56 Uhr - 4211 Clicks - Nr. 663

Höhere Zuschüsse für Kindertagespflege in Reinfeld – Elternbeiträge sinken

„Reinfeld wird familienfreundlicher“, freut sich Lasse Karnatz, SPD-Stadtverordneter und Mitglied im Sozialausschuss. In der letzten Sitzung des Sozialausschuss in diesem Jahr wurde auf Initiative der SPD einstimmig beschlossen, dass die städtischen Zuschüsse für die Kindertagespflege in Reinfeld deutlich steigen.

Derzeit fördert die Stadt Reinfeld jede Betreuungsstunde mit 50 Cent. Ab dem 1. August 2013 steigt der Zuschuss auf 1,50 Euro für jede geleistete Betreuungsstunde. Darüber hinaus einigten sich die Ausschussmitglieder auf die Zahlung eines Mietkostenzuschusses von bis zu 200 Euro im Monat für Tagespflegestellen, in denen die Kinder nicht im eigenen Haushalt der Tagespflegeperson betreut werden.

„Uns lag besonders am Herzen, dass es einen Zuschuss an die Tagesmütter für ihre Fortbildungskosten gibt“, führt Lasse Karnatz weiter aus. Es sei in erster Linie im Interesse der Kinder, dass sich die Tagesmütter regelmäßig fortbilden. Die gute pädagogische Arbeit

erfordere ständigen Austausch und Weiterbildung.

CDU und WIR folgten der SPD in dem Anliegen die Kindertagespflege auf die gleiche Stufe wie die Betreuung in Krippengruppen zu stellen nicht. „Die Gleichrangigkeit wird zwar im Kindertagesstättengesetz festgeschrieben, aber dem wollten sich die anderen Parteien leider nicht anschließen“, bedauert Karnatz. Damit Eltern in der Kindertagespflege den gleichen Elternbeitrag wie in einer vergleichbaren Krippenbetreuung zahlen, hätte die Förderung lediglich um weitere 20 Cent je Betreuungsstunde angehoben werden müssen.

„Wir sehen die Tagesmütter als Partner der Stadt Reinfeld in dem Bemühen bedarfsgerechte und qualitativ wertvolle Betreuungsplätze für alle Kinder anbieten zu können“, betont Lasse Karnatz. Durch den Beschluss des Sozialausschusses sieht er diese Partnerschaft zum Wohle der Kinder und Familien in Reinfeld auf einem guten Weg.

Ab dem 1. August 2013 haben alle Kinder im Alter von ein bis drei Jahren einen Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Betreuung. In Reinfeld werden die Kinder von 12 Tagesmüttern und seit Dezember 2011 in der Kindertagesstätte „Wurzelkinder“ der Lebenshilfe Stormarn betreut. Zwei weitere Krippengruppen sind in dem Neubau des AWO-Bewegungskindergartens geplant, der im Jahr 2013 fertig gestellt werden soll.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 16.12.2012, 09:41 Uhr - 9238 Clicks - Nr. 664

SPD Kreistagsfraktion: Kreisfeuerwehrzentrale: Neubau in Preetz

13. 12. 2012

SPD Kreistagsfraktion: Kreisfeuerwehrzentrale: Neubau in Preetz

Die SPD Kreistagsfraktion hat sich bei der Entscheidung der Kreisfeuerwehr für Preetz als neuen Standort entschieden, so der SPD Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen.

Bei einer sachlichen Betrachtung und Abwägung aller Argumente, fiel die Entscheidung eindeutig aus. Die Kosten für den Bau sollen gedeckelt werden und der Bau mit einer Arbeitsgruppe von Kreistagsabgeordneten und Verwaltungsmitarbeitern eng begleitet werden. Der Preetzer Standort liegt zentral im Kreis, und ist somit optimal erreichbar.

Die vorgesehene Fläche ist eine eigene Gewerbefläche und die zu erwartenden Synergien mit dem THW und dem regionalen Bildungszentrum sind positiv zu bewerten. Die Gründe der Konversion für den Standort Lütjenburg haben wir auch in unserer Fraktion intensiv erörtert, glauben aber nicht, dass die Kreisfeuerwehrzentrale als Magnet für die Flächen in Lütjenburg nützlich ist. Sie schafft weder Arbeitsplätze noch Gewerbesteuer, im Gegenteil, sie schränkt eher die Überlegungen ein, das gesamte Gebiet zu entwickeln. Die SPD-Kreistagsfraktion wird der Region helfen, wenn überzeugende Vorschläge zur Weiterentwicklung vorliegen. Auch die Baukosten sind nicht günstiger, sondern eher etwas teurer als in Preetz und Wankendorf.

Der Wankendorfer Standort ist nicht zentral. Bei allem Verständnis für die Wankendorfer und der hohen Akzeptanz des dortigen Feuerwehrübungsplatzes hätten die Feuerwehren wenig Verständnis für eine Feuerwehrzentrale am Rande des Kreises. Das sind natürlich Gründe, die



nicht verrückbar sind. Von hoher Bedeutung ist für uns aber auch das Votum der Feuerwehr. Wenn alle Parameter so stimmen, und die Feuerwehr mit großer Mehrheit - und auch mit der Akzeptanz der Wehren der nicht gewählten Regionen Wankendorf und Lütjenburg - für den Standort Preetz stimmen, dann sollte auch der Kreistag dem folgen. Wir unterstützen deshalb das Votum der Feuerwehren, weil auch finanzielle Erwägungen für den Standort sprechen. Wir halten anl. der Kreistagssitzung am 20. Dezember 2013 daran fest, damit nach drei Jahren Diskussion endgültig Klarheit herrscht und die Feuerwehr eine klare Perspektive hat: Wir stimmen für den Standort Preetz.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 17.12.2012, 11:11 Uhr - 153599 Clicks - Nr. 665

"Fischereiminister auf Schlafentzug – Abschied von einem Brüsseler Ritual?"

Entscheidende Woche für nachhaltige Fischereipolitik: Fischereiausschuss stimmt über Reformpläne ab / Sozialdemokraten fordern Beendigung des Quotengeschachers im Ministerrat

48 Stunden, in denen die Weichen für die Zukunft von Fischen und Fischern in Europa gestellt werden: Der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments stimmt am kommenden Dienstag über die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik ab.

In der darauffolgenden Nacht steht dann das jährliche Adventsritual des Minister-rats an: Die Minister entscheiden in einer Nachtsitzung über Fangquoten für Atlantik und Nordsee. Mit einer Entscheidung wird erst am frühen Donnerstag gerechnet.

"Mit diesem Geschacher muss Schluss sein. Deshalb geht es bei der Abstimmung im Fischereiausschuss darum, die Fischereiminister in Zukunft zum nachhaltigen Handeln zu zwingen. Nachtsitzungen hinter verschlossenen Türen, in denen die Endlichkeit der Ressourcen vergessen wird und deren Entscheidungen kein Wissenschaftler gutheißen würde, könnten bald der Vergangenheit angehören", kommentiert die SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin für die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik Ulrike RODUST die anstehenden Entscheidungen.

Nach langen Verhandlungen zwischen den Fraktionen unter der Leitung von Ulrike RODUST liegen nun Kompromisse vor, mit denen rechtsverbindlich sichergestellt werden soll, dass ab 2015 die Fischbestände nicht mehr überfischt werden. Dadurch sollen sich die Bestände bis spätestens 2020 auf ihr optimales Niveau erholen. "Gesunde Fischbestände sind gut für die Fischer: Große, erholte Fischbestände liefern mehr Fisch als kleine, überfischte. Und auch die Natur freut sich über ein rundum intaktes Ökosystem", erklärt Ulrike RODUST die Leitlinie ihrer Arbeit.

Als weiteres wichtiges Ziel nannte die SPD-Abgeordnete ein Verbot des Rückwurfes von essbarem Fisch ('Discards') ins Meer: "Auch hier muss die Politik handeln. Leckerer Fisch gehört entweder auf den Teller oder sollte in Ruhe gelassen werden, damit er sich fortpflanzen kann. Erst fangen, ersticken lassen und dann den Möwen zuwerfen ist Irrsinn." Auch hier betont Ulrike RODUST das Eigeninteresse der Fischer: "Keiner von den Fischern, die ich kenne, will Rückwürfe – die bisherige Politik zwingt sie aber häufig genau dazu."

Ob die Vorschläge der Sozialdemokratin am Dienstag eine Mehrheit finden, liegt maßgeblich am Abstimmungsverhalten der CDU- und EVP-Abgeordneten. "Leider haben meine konservativen Kollegen als einzige Fraktion die Kompromisse nicht unterschrieben. Die EVP will lieber beim Status quo bleiben. Ich hoffe, dass sich bis Dienstag bei einigen noch die Vernunft durchsetzt", so Ulrike RODUST.

Pressekonferenz mit Ulrike Rodust am Dienstag, 18.12.2012 um 16:00 Uhr. (tbc)
Raum ASP 5G3 des Europäischen Parlaments und im Livestream:
<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees>

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 18.12.2012, 16:03 Uhr - 155843 Clicks - Nr. 666

"Reform der Fischereipolitik nimmt wichtige Hürde"

Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments stimmt für Kompromisstexte der SPD-Berichterstatterin

Der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments hat sich am Dienstag für verbindliche Maßnahmen zur Beendigung der Überfischung der europäischen Fischbestände ausgesprochen. Außerdem beschlossen die Fachpolitiker die Einführung eines Rückwurfverbots. Nur die konservative EVP-Fraktion stimmte gegen die zur Abstimmung stehenden Kompromisstexte.



"Ich bin sehr erleichtert, dass wir nun die schwierigste Hürde genommen haben. Ich gehe davon aus, dass das Gesamtparlament im Februar unsere Entscheidung bestätigen wird. Danach können wir mit einem breiten Kreuz in die Verhandlungen mit dem Ministerrat treten und die Reform unter Dach und Fach bringen", kommentierte die SPD-Europaabgeordnete Ulrike RODUST, die als Berichterstatterin für die Aushandlung des Abstimmungstextes zuständig war, die Entscheidung.

Geht es nach dem Fischereiausschuss, dürfen ab 2015 keine überhöhten Fangquoten mehr beschlossen werden. Bis 2020 sollen sich die Fischbestände erholen. Ab 2014 soll schrittweise der Rückwurf von essbarem Fisch zurück ins Meer beendet werden. Zurzeit dürfen die Fischer zu kleine oder nicht vermarktungsfähige Fische zurückwerfen und müssen für diese Fische auch keine Quote nutzen. "Nach Einführung des Rückwurfverbots werden unsere Fischer selektiver fischen müssen – aber das können sie auch", erklärte Ulrike RODUST die Maßnahme.

Die Parlamentarier sprachen sich außerdem für einen faireren Umgang mit Drittländern aus. Auch in ihren Gewässern darf die EU nicht mehr zur Überfischung beitragen. Wichtige Vorentscheidungen wurden auch beim Thema Fischereisubventionen getroffen: Regelbrecher sollen in Zukunft keinen Zugang zu EU-Mitteln mehr erhalten.

"Die Abstimmung im Ausschuss hat belegt, dass die EU-Fischereipolitik besser wird, wenn das Europäische Parlament mitentscheidet. Die Mehrheit meiner Kollegen und Kolleginnen hat ein Ohr für die Wünsche der Menschen. Europas Bürger wollen, dass ihr Fisch nachhaltig und fair gefangen wird!", freute sich Ulrike RODUST.

+++ INFO +++

Pressekonferenz mit Ulrike Rodust am Dienstag, 18.12.2012 um 16:30 Uhr.

Raum ASP 5G2 des Europäischen Parlaments

Im Livestream unter:

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/en/other-events/video?event=20121218-1630-SPECIAL>

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 18.12.2012, 18:35 Uhr - 9231 Clicks - Nr. 667

SPD-Kreistagsfraktion für Breitbandversorgung kreisweit!

17. 12. 2012

SPD-Kreistagsfraktion für Breitbandversorgung kreisweit!

Die SPD-Kreistagsfraktion wird zum TOP 11 „Antrag der SPD Fraktion Breitbandversorgung im Kreis Plön“ anl. der Kreistagssitzung am 20. 12. 2012 folgenden Antrag stellen.



Die Kreisverwaltung wird gebeten:

- 1.) in Zusammenarbeit mit allen Ämtern eine stärkere Koordinierungsrolle bei der Umsetzung der Breitbandversorgung zu übernehmen. Die Zusammenarbeit mit den Ämtern soll ausgebaut werden und die unterschiedlichen Entwicklungsstände genutzt werden, um kreisweit die Bestandsaufnahme zu ermöglichen.
- 2.) Fördermittel für die Regionen zu beantragen, die bisher noch keine Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben haben und die Ämter ansprechen, sich mit Haushaltsmitteln daran zu beteiligen. Das Ergebnis ist am 28.2.2012 vorzulegen, ggf. sind eigene Haushaltsmittel einzusetzen (ca. 25.000 € bei einer Fördersumme von 60.000 €)
- 3.) Mit den Ämtern auszuloten, ob es sinnvoll ist, als großer Anbieter aufzutreten, um bei Ausschreibungen und Anbieter bessere Konditionen auszuhandeln und attraktiver für die Anbieter zu sein. Je mehr Kommunen sich beteiligen, umso besser kann man das Breitbandkonzept umsetzen.
- 4.) Bei der Umsetzung der Erarbeitung die Wirtschaftsförderung des Kreises einzubinden.
- 5.) Einen gemeinsamer Arbeitskreis von Ämtern, und Selbstverwaltung einzurichten, dieser soll den Prozess begleiten.
- 6.) Mit den möglichen Versorgern, E.ON Hanse, Zweckverbänden, Wasserbeschaffungsverbänden und dem Schwarzdeckenunterhaltungsverband Gespräche zu führen, um bei der Bestandsaufnahme und bei der möglichen Verlegung von Leerrohren partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

7.) Eine sinnvolle Organisationsform herauszuarbeiten, wie z.B. Zweckverband/ GmbH oder andere.

8.) In der Sitzung am 28.2.2012 ein Bericht vorzulegen, sowie den endgültigen Förderantrag vorzubereiten und zu verabschieden.

Begründung:

Das Thema Breitbandversorgung ist eine Schlüsseltechnologie. Sie wird eine strategische Bedeutung haben, da mittelfristig die Kupfer und LTE-Technologie an ihre Grenzen kommen werden. Um nicht in der wirtschaftlichen Entwicklung und regionalen Entwicklung abgehängt zu werden und insbesondere die ländlichen – aber auch die städtischen Bereiche weiterzuentwickeln, ist es notwendig, diese Aufgabe fortzuentwickeln. Sowohl für die Daseinsvorsorge, aber auch zum Werterhalt von Gebäuden und Grundstücken, Sicherung von Arbeitsplätzen und der touristischen Infrastruktur ist es unerlässlich, diese Technologie zu entwickeln.

Schon heute sind optimale Internetnutzungsmöglichkeiten wichtige Kriterien bei der Ansiedlung von Menschen mit ihren Wohnungen, Betrieben aber auch bei der Auswahl touristischer Ziele. Dieses wird sich im Zeitalter dieser Technologie mit Sicherheit noch verstärken, so dass jetzt der Zeitpunkt ist, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Einige Ämter haben hier bereits erste Schritte gemacht. Dieser Antrag dient dazu, dass der Kreis Plön als Initiator und Koordinator aktiv wird, da gemeinsam in der Umsetzungsphase bessere Möglichkeiten bei Ausschreibungen zu erreichen sind. Die unterschiedlichen Investitionen der Ämter sollten natürlich bei dem weiteren Procedere berücksichtigt werden. Da die Landesregierung Mittel in Höhe von 3 Mio. € für 2013 bereitgestellt hat, sollte der Kreis Plön dieses aufgreifen und mutig vorangehen. Auch die Ämter profitieren, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, denn erste Ergebnisse zeigen, dass die Einheiten der Ämter bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zu klein sein könnten und das größere Einheiten auf Kreisebene bessere Konditionen für Anbieter geben können.

Lutz Schlüsen

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 18.12.2012, 19:14 Uhr - 5256 Clicks - Nr. 668

Frohe Weihnacht

Erholsame Weihnachtstage und einen gesunden Rutsch ins neue Jahr wünscht allen der AfA-Landesvorstand Schleswig-Holstein

Ein intensives Jahr haben wir gemeinsam erlebt, gestaltet und mit viel Aktivitäten uns politisch in Schleswig-Holstein zurück gemeldet. Die Landtagswahl haben wir mit einem guten Programm und überzeugenden Personen gewonnen. Aber auch in den Rathäusern sind Sozialdemokraten neu oder erneut in Verantwortung, so unter anderem in Kiel, in Rendsburg, in Timmendorfer Strand und in Pinneberg. Wir haben als AfA viele Inhalte wie Mindestlohn, Tariftreuegesetz, Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, Gute Arbeit-Index und verbesserte Bildungschancen insbesondere für Arbeitnehmerkinder durch mehr Gemeinschaftsschulen in den Koalitionsvertrag verankert. Und die ersten gesetzlichen Aktivitäten der Rot-Grün-Blauen-Koalition zeigen: „Was wir haben im Wahlkampf versprochen haben halten wir auch.“

Unser Einsatz hat sich gelohnt, wir können auf Alle die mitgemacht haben stolz sein. Die AfA ist in Schleswig-Holstein eine Arbeitsgemeinschaft mit Herz und Einfluss. Der AfA Landesvorstand bedankt sich bei allen die dazu beigetragen haben und wünscht allen Mitgliedern und ihren Familien erholsame Weihnachtstage und einen gesunden Rutsch ins neue Jahr. Wir haben in 2013 noch viel auf dem Zettel, also tankt viel Kraft.

Wolfgang Mädel Kirsten Jöhnck Uwe Teut Helmut Ulbrand
Landesvorsitzender Stellv. Landesv. Stellv. Landesv. Geschäftsführer

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 19.12.2012, 01:08 Uhr - 4632 Clicks - Nr. 669

Jahresrückblick und Ehrungen

Weihnachtsfeier der SPD Barsbüttel

Zum gemütlichen Jahresabschluss trafen sich die Mitglieder des SPD Ortsvereins Barsbüttel im Stapelfelder Hof. Der Ortsvereinsvorsitzende Paul Donning konnte vor dem Grünkohlessen auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken: Mit Martin Habersaat gewann ein Barsbüttler Sozialdemokrat bei der Landtagswahl den Wahlkreis Stormarn-Süd direkt, die SPD freute sich über so viele Neueintritte wie lange nicht



Und man war vor Ort mit inhaltlichen Initiativen und originellen Aktionen sehr präsent.

Nach dem Grünkohl standen Ehrungen auf dem Programm: Hedwig Wiczorreck, Gemeindevertreterin und Vorsitzende des Ortsbeirates Willinghusen, wurde für 10jährige SPD-Mitgliedschaft geehrt, der Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser für 30 Jahre. Er war, wie er berichtete, 1982 aus Solidarität mit dem gerade als Kanzler abgewählten Helmut Schmidt in die SPD eingetreten. Zu Zeiten Willy Brandts bereits ist Jutta Plöger Mitglied geworden. Die ehemalige Fraktionsvorsitzende, die auch lange Vorsitzende des SKS-Ausschusses war, kann auf 40 Jahre in der SPD zurückblicken.

In der Barsbüttler Kommunalpolitik, berichtete Jutta Plöger, lagen ihr die Schulen und Kitas immer besonders am Herzen. Sie erzählte von Zeiten, als ein Kita-Platz in Barsbüttel lediglich wenige Stunden am Vormittag zur Verfügung statt. Den Ausbau dieser Angebote und den Aufbau der Gesamtschule, heute Erich Kästner Gemeinschaftsschule, bezeichnete sie als ihre schönsten Erfolge. Heute ist sie bei der Bürgerstiftung und der Barsbüttler Tafel aktiv.

Keine Kommentare

Wir öffnen den Weg für Oberstufen an Gemeinschaftsschulen!

Zu den heutigen Bescheiden des Bildungsministeriums an die Schulträger, die die Errichtung einer Oberstufe an den dort bestehenden Gemeinschaftsschulen beantragt haben, erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner und der bildungspolitische Sprecher Martin Habersaat:

Es gehört zu den schwierigsten Hinterlassenschaften der CDU/FDP-Koalition, dass sie durch eine Verschärfung des Schulgesetzes die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen faktisch verhinderte

Wie "wirksam" der kleine Nebensatz in § 43 Abs. 3 des Schulgesetzes war, zeigt sich an den heutigen Bescheiden des Ministeriums, wonach alle dreizehn Anträge auf der Basis des geltenden Gesetzes abgelehnt werden müssten.

Die Gemeinschaftsschulen sind eine wichtige Säule unseres Schulsystems, die wir weiter stärken wollen. Neben den Gymnasien und den Beruflichen Schulen wird es uns gelingen, in Schleswig-Holstein zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, die Hochschulreife zu erwerben. Das ist auch eine gute Nachricht für die Schulentwicklung in der Fläche.

Die Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SSW hat über den Bildungsausschuss eine zusätzliche Änderung des ohnehin geplanten Vorschaltgesetzes beantragt, das diese Verschärfung rückgängig macht. Das würde nach Inkrafttreten ermöglichen, dass die Gemeinschaftsschulen in Bargteheide, Büchen, Handewitt, Büdelsdorf, Schönberg, Nortorf, Kellinghusen, Lauenburg und Bordesholm zum Schuljahr 2013/14 eine Oberstufe erhalten könnten.

Wir tragen damit auch einer Anregung Rechnung, die auf der Bildungskonferenz und bei der ersten Anhörungsrunde zu dem geplanten Vorschaltgesetz geäußert wurde. Die Koalition macht Schulpolitik für das 21. Jahrhundert und nicht für die 60er Jahre.

Keine Kommentare



Weihnachten

Plön, 18. 12. 2012

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Weihnachten steht vor der Tür und für uns ist es eine ganz besondere Zeit, weil wir Danke sagen möchten.
Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, bei allen Vereinen und Verbänden und den vielen ehrenamtlich



Tätigen für die engagierte Arbeit, die sie im vergangenen Jahr geleistet haben. Oft durften wir Sie unterstützen, wir haben Gespräche geführt, uns ausgetauscht und einen fruchtbaren Dialog geführt, um gemeinsamen Zielen näher zu kommen.

Wir verbinden diesen Dank mit dem Wunsch, diese gute Zusammenarbeit im neuen Jahr 2013 fortsetzen zu dürfen.

Die Mitglieder der SPD im Kreis Plön wünschen allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Kreises ein paar besinnliche Advents- und Weihnachtsfeiertage, sowie viele schöne gemeinsame Stunden im Kreise der Familie. Für das Jahr 2013 wünschen wir Ihnen beste Gesundheit, Glück und Erfolg im Berufsleben, sowie viel Kraft und Geduld, um die täglichen Dinge des Alltags zu bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Anette Langner Ihr Lutz Schlünsen

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 19.12.2012, 10:25 Uhr - 14768 Clicks - Nr. 672

Breite Übereinstimmung bei wesentlichen Themen

SPD-Politiker Lessing und Thönnnes am 18. Dezember zu Gast bei der Kreishandwerkerschaft Segeberg

Beim Meinungsaustausch mit den Spitzen der Kreishandwerkerschaft Mittelholstein in Bad Segeberg, Kreishandwerksmeister Michael Kahl und Geschäftsführer Thomas Kavfelström zeigten sich die SPD-Fraktionsvorsitzende im Segeberger Kreistag Edda Lessing und SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnnes, sehr erfreut über den tollen Beitrag des Handwerks für die Ausbildung junger Menschen.



So verwies Thomas Kefvelström darauf, dass derzeit 1.450 Nachwuchskräfte in den verschiedenen Gewerken ausgebildet werden. Über 20 % davon seien weiblich. Man zeigte sich erfreut, dass sich immer mehr junge Frauen für diese Berufe entscheiden. „Für das Handwerk ist schließlich die demografische Entwicklung eine der wichtigsten Herausforderungen“, so der Kreisgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft. Franz Thönnnes dazu: „Das Ausbildungsengagement des Handwerks ist eine gute Investition in die Zukunft und gut drei mal höher als das in der Gesamtwirtschaft.“ Besonders begrüßt wurde die handwerkliche Praxis, auch Schulabgängern Chancen einzuräumen, die nicht immer gleich über die erwarteten Eingangsqualifikationen verfügten. Thomas Kavfelström: „Hier helfen wir mit separaten Kursen und mit ausbildungsbegleitenden Hilfen“.

Übereinstimmung bestand auch beim Thema Mindestlöhne und Tariftreuegesetz. „Es kann nicht angehen, dass Unternehmen, die ihre Mitarbeiter fair entlohnen, von jenen im Konkurrenzkampf unter Druck gesetzt werden, die mit Dumpinglöhnen arbeiten“, meint Edda Lessing. Mindestlohn und Tariftreue seien bei 1.800 „Aufstockern“ im Kreisgebiet, also Menschen, die trotz Arbeit grundsicherungsberechtigt sind, auch wichtige Beiträge zur Einkommenssicherung der Beschäftigten und zur Verringerung der Sozialausgaben des Kreises. Die Sozialdemokraten nahmen den Wunsch der Handwerksvertreter mit, dass bei

grundsätzlicher Unterstützung des Tariftreuegesetzes, bei der Umsetzung jedoch darauf geachtet werden solle, dass dies mit möglichst wenig Bürokratie geschehe.

Erfreut zeigte sich Thönnies auch über die Bereitschaft der Kreishandwerkerschaft bei dem von ihm initiierten Runden Tisch „Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren“, der nun von der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Segeberg, Dagmar Höppner-Reher fortgeführt wird, mitzuarbeiten. Wichtig ist nach Auffassung des SPD-Bundestagsabgeordneten, dass alle Wirtschafts- und Vermittlungsakteure zusammenkommen, um daran zu arbeiten, dass keine mögliche Annahme eines Beschäftigungsangebotes für eine arbeitslose Alleinerziehende, an fehlender Kinderbetreuung scheitere.

Auch die konjunkturelle Lage wurde von den Verbandvertretern allgemein als positiv bewertet. „Eigentlich sind wir ganz gut durch die Finanzkrise gekommen“, so Michael Kahl. Und Thomas Kafvelström ergänzte: „Das Baugewerbe hat ein gutes Jahr 2012 hinter sich.“ Die anstehenden neuen Fördermöglichkeiten von Bundes und Land für die energetische Sanierung an öffentlichen Gebäuden kämen sowohl der Umwelt als auch der weiteren Stabilisierung der Beschäftigungslage im Handwerk zugute. Gemeinsam setzten die Gesprächsteilnehmer hohe Erwartungen an die inzwischen aktive Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Segeberg mit ihrem Geschäftsführer Ulrich Gahrmann. „Denn der Kreis hat noch eine Menge guter Entwicklungsmöglichkeiten“, so Edda Lessing. Und Thönnies fügte hinzu: „Das Handwerk ist und bleibt ein wesentlicher Pfeiler der deutschen Wirtschaft. Ein gesunder Mittelstand ist daher wichtig für die ökonomische Entwicklung im Kreis Segeberg und darüber hinaus.“

v.l.nr.: Thomas Kafvelström, Michael Kahl, Edda Lessing und Franz Thönnies.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 20.12.2012, 09:00 Uhr - 10080 Clicks - Nr. 673

Gymnasiale Oberstufe in Schönberg - ein tolles Weihnachtsgeschenk!

18. 12. 2012

Presseerklärung:

Gymnasiale Oberstufe in Schönberg - ein tolles Weihnachtsgeschenk!

„Das ist ja ein tolles Weihnachtsgeschenk“, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion und Schönberger Kreistagsabgeordnete Lutz Schlünsen, zur aktuellen guten Nachricht:

In Schönberg wird die gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Probstei eingerichtet.

Endlich gibt es die Perspektive, für die die Mitglieder des Schulverbandes, die Elternschaft und die Lehrer so lange gekämpft haben. Endlich bekommen die Eltern bei den Anmeldungen ihrer Kinder die Sicherheit, dass es zukünftig auch das Abitur in Schönberg geben wird. Ein großes Dankeschön geht an die SPD-geführte Landesregierung, die zu ihrem Versprechen steht, in optimale Voraussetzungen für mehr Bildung zu investieren. Ein Dankeschön aber auch an alle Eltern, Lehrer, Schulleiter für das Engagement und die Beharrlichkeit, mit der an

diesem Thema so lange gearbeitet wurde. Ausdrücklich nennen möchte ich den unermüdlenden Einsatz von Verbandsvorsteher Helmut Wichelmann und seiner Stellv. Antje Klein, Schönbergs Bürgermeister Wilfried Zurstraßen, Dirk Osbahr als Elternbeiratsvorsitzender und Wolfgang Wittmaack als Schulleiter.

„Nun gibt es Planungssicherheit, die alle Beteiligten gefordert haben. Die SPD-Kreistagsfraktion freut sich mit den Verantwortlichen vor Ort und sagt: Herzlichen Glückwunsch!

Keine Kommentare

[Franz Thönnes](#) - veröffentlicht am 20.12.2012, 12:56 Uhr - 15950 Clicks - Nr. 674

Kelber: Die Energiewende muss auch sozial gestaltet werden

Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzende in Norderstedt:

Ulrich Kelber, MdB und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, war auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnes einen Tag lang zu Gast in Norderstedt, um sich in verschiedenen Terminen über Energie- und Umweltpolitik vor Ort zu informieren.



So standen am 17. Dezember 2012 ein Gedankenaustausch mit der Geschäftsleitung der Stadtwerke Norderstedt, ein Treffen mit dem Leiter des Norderstedter Umweltamtes, Herbert Brüning und ein Hintergrundgespräch mit Vertretern aus Umweltverbänden und im Umweltbereich tätigen SPD-Kommunalpolitikern an. Mit dabei für die Norderstedter SPD waren Ortsvereinsvorsitzende Katrin Fedrowitz und Fraktionsvorsitzender Jürgen Lange. Am Abend fand im Sportlerheim der TuRa Harksheide abschließend die öffentliche Veranstaltung „Solidarische Energiewende. Dem Klimawandel nachhaltig und sozial begegnen“, statt.

Die Geschäftsführer der Stadtwerke Norderstedt, Theo Weirich und Axel Gengelbach, machten deutlich, dass Fragen des Klimawandels und die energiepolitischen Folgen schon lange mitgedacht werden. Mit einem eigenen Programm haben sich die Stadtwerke als Energieversorger in ihrem Angebot auf ein nachhaltiges Fundament gestellt. „Besonders bemerkenswert finde ich die Flexibilität, die Kundennähe und die demokratische Kontrolle eines kommunalen Energieversorgers. Die Stadtwerke sind ein Juwel für Norderstedt“, sagte Franz Thönnes nach dem Besuch. „Starke Stadtwerke sind wichtig für die öffentliche Daseinsfürsorge. Da wo sie vorhanden sind, sind sie starke Partner für die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels“, ergänzt Ulrich Kelber.

Der Leiter des Norderstedter Umweltamtes, Herbert Brüning, stellte den SPD-Politikern die umfangreichen Aktivitäten der Stadt Norderstedt im Rahmen des Projekts ZukunftsWerkStadt vor. Die große, kreisangehörige Stadt will bis 2040 Nullemissionsstadt werden und wird hierbei durch Mittel des Bundes gefördert. In einem breit angelegten Verfahren finden hierzu mehrere, öffentliche Veranstaltungen statt, bei denen sich alle Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Ideen am Projekt beteiligen können. Zudem gibt es ein detailliertes Umweltschutzkonzept der Stadt, das mit vielen Einzelmaßnahmen bereits in Umsetzung ist,

gerade im Bereich der Energieeffizienz. „Norderstedt agiert hier vorbildlich für andere Kommunen im Land“, so Thönnnes. Und Kelber brachte sein Lob zur intensiven Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck.

Viel Engagement und Fachverstand prägte das Hintergrundgespräch, zu dem Vertreterinnen und Vertreter aus der Lokal- und Umweltpolitik eingeladen wurden. Inhaltlich war es durch energiepolitische Fragen zu Solarstrom und Biogas geprägt. Dabei wurde deutlich, dass eine andere Qualität von Steuerung der Energiepolitik im Bund notwendig ist, um auch vor Ort die richtigen Weichen zu stellen. Auch dürfen die sozialen Folgen von politischen Entscheidungen nicht unbeachtet bleiben. „Wir müssen eine sichere, saubere und nachhaltige Strategie fahren. Und es muss klar sein, dass dies fair, solidarisch und gut gemanaged passiert, um niemanden dabei auf der Strecke zu lassen“, hielt Ulrich Kelber fest.

Abschließend kamen Kelber und Thönnnes dann in einer gut besuchten Abendveranstaltung im Sportlerheim der TuRa Harksheide mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern zusammen und es entwickelte sich eine breite und intensive Diskussion. In seinem Eingangsreferat unterstrich Kelber, dass nur ein notwendiger Dreiklang von Stromsparen, Investitionen in Erneuerbare Energien und gezielten Hilfen für Strombezieher mit geringen Einkommen zu einer sozial gerechten und nachhaltigen Energiepolitik in Deutschland führen wird. Kelber: „Wir müssen den Menschen mit Anreizen aktiv dabei helfen in Zukunft weniger Strom zu verbrauchen. Davon profitieren sie durch geringere Ausgaben dann ja auch direkt.“

Uwe Köhlmann-Thater, der für das „Bündnis für Erneuerbare Energien für den Kreis Segeberg“ einen lokalpolitischen Impuls lieferte, gab jedoch zu bedenken: „Die Politik und Anbieter tun schon viel. Aber es kommt in der Wahrnehmung nicht bei den Menschen an.“ Er unterstützte die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, noch mehr für ein besseres Bewusstsein für sparsamen Energieverbrauch zu werben, da hier auf vielen Seiten Vorteile entstehen: für Einwohner, Staat und zukunftsgerichtete Unternehmen.

Thönnnes schloss die Veranstaltung mit dem Aufruf, dass eine solidarische und soziale Energiewende nur mit einer SPD-geführten Bundesregierung tatsächlich umgesetzt werden kann. „Es liegt an jedem Einzelnen, bei den Kommunalwahlen im Mai und den Bundestagswahlen im September 2013 die Weichen für eine nachhaltige und soziale Umweltpolitik zu stellen.“

**Bildunterschrift v.l.: Franz Thönnnes, Ulrich Kelber und Uwe Köhlmann-Thater
Sportlerheim der TuRa Harksheide**

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 20.12.2012, 18:39 Uhr - 24828 Clicks - Nr. 675

Gymnasiale Oberstufe in Kellinghusen

„Schön, dass es nun auch endlich möglich sein wird, im Osten des Kreises Steinburg das Abitur abzulegen“, freut sich die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion Birgit Herdejürgen. „Dies war lange überfällig. Das Engagement aller Beteiligten hat sich gelohnt.“

Nach jahrelangen Bemühen des Schulträgers hat die SPD-geführte Landesregierung den Weg für die gymnasiale Oberstufe in Kellinghusen frei gemacht. Dies wird sich positiv auf die

Schulstandorte der Region auswirken und den Raum Kellinghusen für Familien noch attraktiver machen.

Heute hat das Bildungsministerium dem Schulverband Kellinghusen mitgeteilt, dass soweit die regierungstragenden Fraktionen die beabsichtigte Gesetzesänderung beschließen werden, eine Genehmigung der gymnasialen Oberstufe in Kellinghusen beabsichtigt ist.



Mit dem ersten Angebot von G 9 an einer Gemeinschaftsschule im Kreis Steinburg haben Kinder und Eltern nun eine echte Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Wegen zum Abitur.

„Ich wünsche allen Beteiligten auf diesem Weg viel Erfolg und werde sie, wie auch in der Vergangenheit, gern auf diesem Weg begleiten“, so Birgit Herdejürgen.

Kommentar von [Uwe Reimann](#) vom 08.01.2013, 20:18 Uhr:

RE: Gymnasiale Oberstufe in Kellinghusen

Endlich hat sich das jahrelange Engagement aller Bürger und Parteien für eine gymnasiale Oberstufe in Kellinghusen gelohnt. Die CDU/FDP-Koalition der vergangenen Legislaturperiode hat es in den 5 Regierungsjahren nicht fertig gebracht, weil sie es nämlich auch nicht wollte, für die Einführung der gymnasialen Oberstufe Sorge zu tragen. Und das, obwohl Herr Carstensen im Wahlkampf in Kellinghusen versprochen hat, die gymnasiale Oberstufe einzuführen. Die jetzige Küstenkoalition aus SPD/Grüne/SSW hat dieses Wahlversprechen, wie andere auch, bereits nach kurzer Zeit im Amt, bereits umgesetzt. Dafür herzlichen Dank

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.12.2012, 20:47 Uhr - 5823 Clicks - Nr. 676

AfA Weihnachtsgrüße

Die AfA Schleswig-Flensburg bedankt sich für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2012 und wünscht allen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein erfolgreiches Jahr 2013.

Das Jahr 2013 wird wieder ein arbeitsreiches Jahr mit Kommunal- und Bundestagswahlen.

Die AfA Schleswig-Flensburg nimmt mit Sorge

den Armutsbericht zur Kenntnis. Deshalb wird es ein Ziel sein, im Wahljahr 2013 das Augenmerk auf eine soziale und gerechte Politik zu setzen. Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns muss Priorität sein.



Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 21.12.2012, 16:50 Uhr - 5016 Clicks - Nr. 677

SPD OV Steinfeld-Ulsnis trauert um Peter Struck

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis hat mit großer Bestürzung den Tod von Peter Struck so kurz vor Weihnachten zur Kenntnis nehmen müssen. Peter Struck hatte ein besonderes Verhältnis zum OV Steinfeld-Ulsnis und wir erinnern uns gerne an seinen letzten Besuch im April des Jahres 2008 in Steinfeld.

Mit Peter Struck verlieren wir einen großartigen und gradlinigen Demokraten, der sich als SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag und als Verteidigungsminister verdient gemacht hat. Wir werden ihn sehr vermissen.

Die offizielle Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 3. Januar 2013, um 13.00 Uhr in der Kirche St.-Marien, Pastorenstraße 2, Uelzen statt.

Unsere Gedanken sind bei der Familie von Peter Struck.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.12.2012, 13:06 Uhr - 9133 Clicks - Nr. 678

Ein landespolitischer Jahresrückblick

Die ruhigen Tage „zwischen den Jahren“ bieten auch immer die Gelegenheit für einen Rückblick auf das vorangegangene Jahr. Und das hatte politisch viel zu bieten. „Für unser Lieblingsland“ haben wir mit der SPD Schleswig-Holstein einen Landtagswahlkampf geführt, der auf Dialog und eigene Stärken setzte und dazu führte, dass Torsten Albig neuer Ministerpräsident Schleswig-Holsteins wurde. Noch wenige Tage vor der Wahl war Torsten Albig in Glinde und Reinbek unterwegs.



Beispielsweise um das Neubaugebiet „Alte Wache“ und das e-Werk Sachsenwald zu besichtigen. Nachdem ich 2009 über die Landesliste ins Parlament eingezogen bin, konnte ich 2012 den Wahlkreis Stormarn-Süd, zu dem neben Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek erstmals auch die Gemeinde Wentorf gehörte, mit 13.334 Stimmen direkt gewinnen.

Dieses Ergebnis war für mich eine tolle Bestätigung meiner Arbeit, wie zuvor auch schon die fast einstimmige Nominierung durch die SPD im Wahlkreis und die Entscheidung der Landespartei, mich, nach Platz 20 in 2009, auf Listenplatz fünf zu setzen. Seit der Wahl im Mai bin ich wie bisher bildungspolitischer Sprecher, nun zusätzlich auch stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und kann noch mehr Verantwortung übernehmen.

Die Koalition aus SPD, Grünen und SSW hat eine klare Priorität: Bildung. Diese sichern wir

auch finanziell ab. Das ist ein Kraftakt, da es parallel die Schuldenbremse einzuhalten gilt. Die Gemeinschaftsschulen haben 2 der 3 von der Vorgängerregierung gestrichenen Differenzierungsstunden wieder zurück bekommen, um durch längeres gemeinsames Lernen jedes Kind zum bestmöglichen Abschluss führen zu können. So viele Gemeinschaftsschulen wie möglich sollen eine Oberstufe bekommen, wenn der Schulträger dies mit Zustimmung der Schulkonferenz beantragt und wenn nach der Schulentwicklungsplanung ein Bedarf besteht. Im Südosten des Landes werden zunächst Bargteheide, Lauenburg und Büchen davon profitieren. Die im Landeshaushalt für Schulsozialarbeit zur Verfügung stehende Summe wird auf 4,8 Millionen Euro verdreifacht. Mit 120 zusätzlichen Stellen wird die Inklusion gefördert. Wir haben den größten Dialogprozess gestartet, den es in der Bildungspolitik Schleswig-Holsteins je gegeben hat. Wir diskutieren die Herausforderungen für unser Bildungssystem auf breiter Basis und wollen so erreichen, dass unsere sich daraus ergebenden Entscheidungen langfristig Bestand haben.

Zu unserer Politik gehört es, Land und Kommunen als Einheit zu sehen. Zu Zeiten der Vorgängerregierung hatten die Kommunen das Land verklagt, weil sie sich mit dem vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren allein gelassen fühlten. Ministerpräsident Torsten Albig und Sozialministerin Kristin Ahlheit haben mit den Kommunen nun einen Kompromiss gefunden. Diese ziehen ihre Klage zurück und das Land übernimmt seinen Teil der Verantwortung für den U3-Ausbau. Das Land stellt 2013 zusätzlich 15 Millionen Euro für die Betriebskosten zur Verfügung, dieser Zuschuss an die Kommunen wächst bis 2017 auf 80 Millionen Euro jährlich, das wird auch für die Städte und Gemeinden in Stormarn spürbar sein. Zum umstrittenen „Kuchenparagrafen“ wurde, im Dialog mit den Kommunen, eine praktikable Regelung gefunden. Das Land hat außerdem die Kreise von der Verpflichtung befreit, die Eltern an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen. Stormarn hat diese Beteiligung zum nächsten Schuljahr gestrichen. Ein neuer Vertrag zur Eingliederungshilfe und direkte Konsolidierungshilfen für notleidende Kommunen flankieren den neuen Stil.

Mehr Mitsprache für die Bürgerinnen und Bürger: Wir werden es Bürgerinnen und Bürgern einfacher machen, sich an den Entscheidungen in ihrer Gemeinde zu beteiligen. Zukünftig müssen weniger Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt werden, ehrenamtliche Initiativen bekommen eine unentgeltliche Rechtsberatung, eine Folgekostenrechnung für ihre Vorschläge durch die Verwaltung und dürfen zukünftig auch über Bauvorhaben in ihrer Gemeinde abstimmen. Wir wollen auch hier den Dialog mit den Menschen fördern, deshalb bekommen die Initiativen Rederecht im Gemeinderat und die Möglichkeit, zusammen mit den gewählten Gemeinderatsmitgliedern nach den besten möglichen Lösungen für ihre Gemeinschaft zu suchen. Der Gemeinderat kann zudem alternative Vorschläge entwickeln und sie ebenfalls zur Abstimmung stellen. Das Wahlalter bei den Landtagswahlen wird, wie heute schon bei Kommunalwahlen, auf 16 gesenkt.

Mitbestimmung und gute Arbeit: Schleswig-Holstein hatte mal das modernste Mitbestimmungsgesetz für den öffentlichen Dienst in der ganzen Bundesrepublik. Die schwarz-gelbe Koalition hat dies in ihrer Regierungszeit nicht ertragen können und Mitwirkungsrechte eingeschränkt. Doch aus unserer Sicht stärkt Mitbestimmung durch die Beschäftigten Regierung, Parlament und das Land. Daher haben wir eine Rücknahme der Änderungen auf den Weg gebracht. Anfang 2013 werden wir zudem in zweiter Lesung ein Tariftreuegesetz für Schleswig-Holstein beschließen, dessen wichtigstes Ziel es ist, Lohndumping zu verhindern.

Mehr Ausbildungsplätze in der Pflege: Immer mehr Menschen in Schleswig-Holstein sind

pflegebedürftig. Schon heute benötigen 80.000 Menschen qualifizierte Pflege und Unterstützung, 2015 werden es 90.000 Frauen und Männer sein. Gleichzeitig stehen immer wenige Pflegekräfte zur Verfügung. Um gegenzusteuern, erhöhen wir die Zahl der mit Landesmitteln geförderten Ausbildungsplätze im Jahr 2013 und 2014 jeweils um 200 weitere.

Auch wirtschaftspolitisch setzt die neue Landesregierung Impulse. Es wurden mehr Flächen für Windenergie ausgewiesen, das landesweites Tourismusmarketing wird wieder unterstützt und der Ökolandbau wieder gefördert. Wir wollen den hohen Standard unserer Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft mit nachhaltiger Wirtschaftsweise verbinden. S4 und A20 werden weiter geplant und gebaut.

Im November wurde ich von der SPD Barsbüttel für den Kommunalwahlkreis 3 aufgestellt. Ich freue mich über diesen Wahlkreis, denn mit dem Soltausredder fallen Kindergarten, Grundschule und Gemeinschaftsschule in den Wahlbezirk. Als bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion werde ich hier wichtige Impulse für meine Arbeit im Kieler Landtag bekommen und andererseits die Ergebnisse der Landespolitik direkt mit den Einrichtungen erörtern können. Mit Dr. Nina Scheer haben wir zudem eine gute Kandidatin für die Bundestagswahl im September 2013 aufgestellt. Die Mutter einer achtjährigen Tochter ist promovierte Politikwissenschaftlerin, besitzt Diplome in Musik (Hauptfach: Violine) und Jura und ist derzeit in Berlin als Geschäftsführerin eines Unternehmensverbands tätig, der sich für gute Rahmenbedingungen für ökologisches Wirtschaften einsetzt. Aber damit bin ich schon eher beim Ausblick auf das Jahr 2013, in dem die SPD übrigens ihr 150jähriges Bestehen feiern wird und in dem wir einen gemeinsamen Ausschuss für die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Hamburg einrichten werden.

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 22.12.2012, 19:20 Uhr - 3825 Clicks - Nr. 679

Ortsvereinszeitung online

Mit den besten Wünschen für die Weihnachtszeit informieren wir, dass unsere Ortsvereinszeitung erschienen und auch online erreichbar ist.

Hier der Link zur [Dütt un Datt 109](#)

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 22.12.2012, 20:52 Uhr - 5045 Clicks - Nr. 680

Weihnachts- und Neujahrsgrüße des OV Steinfeld-Ulsnis

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und für das Jahr 2013 viel Gesundheit, Frieden und Zufriedenheit. Der Ortsverein freut sich besonders, neue Mitglieder begrüßen zu können.

Das Jahr 2012 ist wie im Flug vergangen und war durch die Vorbereitungen zum 40jährigen Bestehen unseres Ortsvereins begleitet. Ein großes Dankeschön gebührt den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern für die Beiträge zum Gelingen des Festaktes am 7. Dezember 2012. Neben den Grußworten unserer MdL Birte Pauls, dem Kreisvorsitzenden

Ralf Wrobel und dem Kreistags-Direktkandidaten Karsten Stühmer nutzten die Gründungsmitglieder des Ortsvereins Uwe Jensen, Karl-Heinz Klinker und Günter Große auch die Gelegenheit, aus der Gründungszeit vor 40 Jahren ihre Eindrücke in eindrucksvoller Weise an uns zu richten.

Das Jahr 2012 war ein erfolgreiches Wahlkampfjahr zur Landtagswahl, in dem sich viele vom Ortsverein aktiv beteiligt haben. In der Gemeinde Steinfeld erreichte die SPD prozentual im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kreisgebiet wieder das beste Ergebnis. Den Unterstützerinnen und Unterstützern ein großes Dankeschön.

Bei der Kandidatenkür zur Bundestagswahl beteiligten sich viele Mitglieder des Ortsvereins in Boddelhoch. Am 24. November 2012 wurde Dirk Peddinghaus in Tarp mit großer Mehrheit als Bundestagskandidat für den Bundestagswahlkreis 1 (Flensburg und Schleswig-Flensburg) von den anwesenden Mitgliedern gewählt, wozu der Ortsverein ihm an dieser Stelle viel Erfolg wünscht. Der Wahlkreis im Jahr 2013 kann direkt gewonnen werden. Davon sind alle im Ortsverein überzeugt.

Am 26. Mai 2013 finden die Kommunalwahlen in SH statt. In der Gemeinde Steinfeld wird die SPD eine Liste aufstellen. Das ist ein Erfolg der kontinuierlich guten Arbeit des Ortsvereins, aber insbesondere auch des Bürgermeisters Heinrich Buch. In der Gemeinde Ulsnis wird Torben Mohrfeldt auf der Liste der KWU kandidieren, da dort keine SPD-Liste eingereicht werden kann. Der Ortsverein wünscht Torben viel Erfolg.

Auf der Jahreshauptversammlung am 15. Februar 2013 wird sowohl der Vorstand turnusgemäß gewählt als auch die Kandidatinnen und Kandidaten für die SPD-Liste zur Kommunalwahl in Steinfeld von den SPD-Mitgliedern aufgestellt.

Mit großer Bestürzung hat der Ortsverein vom Tod des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und Verteidigungsministers Peter Struck so kurz vor Weihnachten erfahren und erinnert sich gerne an seinem Besuch in Steinfeld im Jahr 2008. Die gradlinige und direkte Art von Peter Struck wird den Steinfelder und Ulsnisern in Erinnerung bleiben.

Der Ortsverein bedankt sich bei allen für das vergangene Jahr und wünscht alles Gute für die bevorstehenden Festtage.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 24.12.2012, 13:06 Uhr - 4638 Clicks - Nr. 681

Neujahrsempfang der SPD-Südstormarn

8. Januar, 19.00 Uhr, Rathaus Barsbüttel

Zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang laden die Südstormarner SPD-Ortsvereine alle interessierten Bürgerinnen und Bürger für den 8. Januar um 19.00 Uhr ein. Ausrichter des gemeinsamen Empfangs der Sozialdemokraten aus Barsbüttel, Glinde, Reinbek, Oststeinbek und Wentorf ist in diesem Jahr die SPD Barsbüttel, die ins Rathaus der Gemeinde am Stieferhoferplatz 1 einlädt. Hermann Hanser, SPD-Fraktionsvorsitzender in der Gemeindevertretung:

„2013 feiert die SPD ihren 150sten Geburtstag. Im Mai werden die Kommunalparlamente neu gewählt, im Herbst steht eine Bundestagswahl vor der Tür. Wir treffen uns zu Beginn eines politisch spannenden Jahres.“



Mit von der Partei sein werden der 2012 direkt gewählte Landtagsabgeordnete für Stormarn-Süd, Martin Habersaat, inzwischen stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und die im November nominierte Bundestagskandidaten für den Bundestagswahlkreis 10 (Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd), Dr. Nina Scheer. Außerdem stehen viele SPD-Kommunalpolitiker aus den fünf Städten und Gemeinden für Gespräche zur Verfügung. Hermann Hanser: „Ein musikalisches und ein kulinarisches Rahmenprogramm werden dafür sorgen, dass wir nicht nur inhaltlich einen schönen Abend haben werden.“

Seit 1992 laden die SPD-Ortsvereine in Südstormarn, in der Regel am 2. Dienstag eines Jahres, zum gemeinsamen Neujahresempfang ein. Ziel ist es, die kommunalpolitische Zusammenarbeit durch ein Zusammentreffen vieler Akteure zu fördern und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. 2012 fand der gemeinsame Neujahresempfang in Oststeinbek statt, nach Barsbüttel 2013 folgt die Gemeinde Wentorf im Kreis Herzogtum Lauenburg im Jahr 2014. Wentorf ist neu dabei, seit es das gemeinsame Mittelzentrum Reinbek-Glinde-Wentorf gibt und der Landtagswahlkreis Stormarn-Süd neu geschnitten wurde.

Foto: Martin Habersaat und Hermann Hanser

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 26.12.2012, 17:58 Uhr - 6322 Clicks - Nr. 682

neue Ausgabe "Rund um den Roland" erschienen

Die Bad Bramstedter hat Ihre aktuelle Ausgabe des "[Rund um den Roland](#)", der SPD-Bürgerzeitung für Bad Bramstedt und Umgebung veröffentlicht. Die Zeitung wird am 27.12. mit dem "Nord-Express" flächendeckend verteilt werden.

Keine Kommentare

[Franz Thönnes](#) - veröffentlicht am 27.12.2012, 13:43 Uhr - 14183 Clicks - Nr. 683

Thönnes ruft zur Teilnahme am „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ auf

Kreativwettbewerb der SPD-Bundestagsfraktion

Wie können wir unsere Demokratie stärken und gegen Rechtsextremismus und Intoleranz verteidigen? Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes ruft junge Menschen aus dem Kreis Segeberg auf, sich mit diesen Fragen in kreativer Weise



auseinanderzusetzen. Seine Fraktion hat dazu einen Wettbewerb ausgeschrieben und den Gewinnerinnen und Gewinnern winken Geldpreise sowie eine Einladung nach Berlin.

Am 23. März 2013 jährt sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal. Mit dem Gesetz trat der Reichstag seine Rechte als Gesetzgeber an das NS-Regime ab und besiegelte damit das Ende der Weimarer Demokratie. Allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich und stimmte gegen die Ermächtigung Hitlers.

„Die Rede von Otto Wels und sein mutiges Eintreten für die Demokratie haben bis heute eine bleibende Aktualität. Das beweist die Verbreitung rechtsradikaler, rassistischer und antidemokratischer Einstellungen und nicht zuletzt die Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU. Deshalb müssen wir unsere freiheitliche Grundordnung stets aufs Neue verteidigen und bewahren“, erläutert Thönnies. Dafür das Bewusstsein der jungen Generation zu schärfen, sei das Anliegen des „Otto-Wels-Preises für Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion.

Beteiligen können sich Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Drei Wettbewerbsaufgaben stehen zur Auswahl. So kann beispielsweise eine Rede verfasst oder eine Demokratie-Kampagne gestaltet werden. Zugelassen sind Einzel- sowie Gruppenarbeiten von maximal drei Teilnehmern.

„Die Gewinnerinnen und Gewinner laden wir im März nach Berlin ein. Es würde mich freuen hierbei Teilnehmer aus dem Kreis Segeberg begrüßen zu können“, so der SPD-Politiker. Für die drei besten Arbeiten winken attraktive Preise.

Unter <http://www.spdfraktion.de/ottowelspreis> sind die Ausschreibung und das Teilnahmeformular abrufbar.

Einsendeschluss ist der 4. Februar 2013.

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 30.12.2012, 18:46 Uhr - 8688 Clicks - Nr. 684

200 Jahre Mitgliedschaften

Bad Bramstedt. Traditionell ehrt die Bad Bramstedter SPD auf ihrer Weihnachtsfeier diejenigen Mitglieder, die der Partei seit vielen Jahren angehören. Dieses Mal war es etwas ganz Besonderes: Gleich fünf Mitglieder können auf jeweils 40 Jahre Mitgliedschaft zurückblicken ... also Eintritt in der Zeit Willy Brandts. Es sind Bodo Clausen (heute Fraktionsvorsitzender), Peter Heinlein (langjähriger Ortsvereinsvorsitzender), Jutta Märker, Karsten Heide und Heinz Retslag.

Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck zeichnete

die Jubilare zusammen mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten für den Wahlkreis Segeberg/Stormann-Mitte, Franz Thönnies, auf der Weihnachtsfeier der Bad Bramstedter Sozialdemokraten aus.



Bodo Clausen trat 1972 den Jungsozialisten (Jusos) bei und war ab 1973 Vorsitzender des Juso-Ortsvereins in Bad Bramstedt geworden. Damals zählte der Parteinachwuchs in Bad Bramstedt über 20 Mitglieder und war sehr aktiv.

Damit gehörte Clausen schon früh auch dem Vorstand des SPD-Ortsvereins an. Mit einer kurzen Unterbrechung in den Jahren 1986 bis 1990 ist der Sozialdemokrat seit 1979 Stadtverordneter als er für Hannes Wettering nachrückte. Zeitweise war Bodo Clausen auch örtlicher Parteichef und schon 15 Jahre Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion der SPD.

„Meine Mitgliedschaft ist eng verbunden mit der Politik

Willy Brandt“, erklärte Clausen sein frühes politisches Engagement.

Friedensnobelpreisträger Brandt, der am 18. Dezember 2013 100 Jahre alt werden würde, war von 1969 bis 1974 Bundeskanzler.

Eine weitere Geehrte, Jutta Märker, war für die Partei in Ausschüssen tätig und engagierte sich ganz besonders für Kinder und Jugendliche. Sie und ihr Mann Klaus, der viele Jahre Stadtverordneter war, waren sehr engagiert im Kinderschutzbund tätig.

Peter Heinlein arbeitete ab 1975 im Vorstand des Ortsvereins zunächst als Kassenwart mit, von 1979 bis 1989 war er Vorsitzender und viele Jahre Stadtverordneter sowie von 1986 bis 1989 auch Fraktionsvorsitzender.

Heinlein habe als recht streitbarer Vertreter gegolten, auch innerhalb seiner Partei, erklärte Vorsitzender Hinck.

Karsten Heide, auch seit 40 Jahren zunächst in Kiel und Neustadt und ab 1998 in Bad Bramstedt Sozialdemokrat, habe zwar keine Funktionen innerhalb des Ortsvereins übernommen, sei aber ein stets hilfsbereites und interessiertes Mitglied gewesen, erklärte Hinck.

Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies, der zusammen mit Hinck die Urkunden und Ehrennadeln überreichte, erinnerte an das für die SPD besonders bedeutsame kommende Jahr. So feiere die Partei ihr 150-jähriges Bestehen. Außerdem strebe die Partei bei den Kommunalwahlen im Mai und der Bundestagswahl im September die Mehrheit an. Thönnies nannte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität das Fundament, auf dem die SPD seit ihrer Gründung stehe und dem sie auch heute noch verpflichtet fühle.

Über 60 Mitglieder und Gäste des Ortsvereins waren in den Kaisersaal gekommen, um mit einem Essen und beim Bingo-Spiel das Jahr ausklingen zu lassen.

Keine Kommentare